

Nachkriegszeit in Soest

SOESTER BEITRÄGE

Band 60

im Auftrag des Vereins
für Geschichte und Heimatpflege Soest
herausgegeben von Norbert Wex

NACHKRIEGSZEIT IN SOEST

Im Auftrag des Vereins
für Geschichte und Heimatpflege Soest
herausgegeben von Ilse Maas-Steinhoff

Westfälische Verlagsbuchhandlung Mocker & Jahn
Soest 2011

*Abbildung auf dem Umschlag:
Wiederaufbau des Osthofentors*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2011 Westfälische Verlagsbuchhandlung Mocker & Jahn Soest
ISBN 978-3-87902-051-5
Alle Rechte vorbehalten

Dieser Band erscheint zugleich als Heft 122/123 (2010/2011) der Soester Zeitschrift.
ISSN 0176-3946
Satz und Druck: Althoff Druck, Soest
Printed in Germany

Inhalt

Wilhelm Becker Der Wiederaufbau der Elektrizitätsversorgung in Soest nach dem 2. Weltkrieg	13
Bernd-Heiner Röger Der Wiederaufbau der St.-Petri-Kirche	31
Jürgen Peters Der Wiederaufbau von St. Patrokli	39
Friedrich Wilhelm Landwehr Die Wohnungsnot und der Wiederaufbau in Soest nach dem Krieg	55
Friedrich Wilhelm Landwehr Die Anfänge der Planungen für den Wiederaufbau Soests	97
Ulrike Sasse-Voswinckel Wiederbelebung und Neubeginn der Kulturarbeit nach 1945: Theaterleben in Soest	131
Guido Niermann Brücke zwischen den Konfessionen – Die ersten Jahre der CDU in Stadt und Altkreis Soest	153
Martin Hückebrink Die Soester Presselandschaft von 1945 bis 1950	171
Wolfgang Stelbrink Die Entnazifizierung in Soest	197
Gerhard Köhn Wiedergutmachung für Verfolgte des Nationalsozialismus, aufgezeigt an einigen Beispielen aus Soest	227
Michael Römling Befreit und immer noch gefangen – Displaced Persons im Raum Soest	269
Ulrich Löer Sieger in Trümmern? Zum Katholischen Milieu in Soest zur Nachkriegszeit Ein Beitrag zur neueren Katholizismusforschung	295
Ilse Maas-Steinhoff Bekenntnis, Tradition und Nothilfe Die Soester evangelischen Kirchengemeinden in der Nachkriegszeit	327
Hans Rudolf Hartung Alltagsleben – Nach Tagebuch-Notizen aus den Jahren 1945 bis 1949 aufgezeichnet im Sommer 2008	355
Abbildungsnachweis und Anschriften der Autoren	375

EINLEITUNG

An einem 8. April 329 Jahre zuvor hatte Soest zum ersten Mal einen Feind in seinen Mauern gesehen¹. Das Datum jährte sich fast, als am 6. und 7. April 1945 amerikanische Soldaten nach mehrtägigem Artilleriebeschuss die Börde Stadt erreichten. Einen Tag früher als geplant rückten die ersten beiden Bataillone des 377. Panzerregiments aus der 95. US-Infanteriedivision ohne Straßenkampf ein. Die 95. hatte den Ehrentitel „Victory-Division“. Auf ihrem Abzeichen war die Fünf nach der Neun römisch geschrieben, als ein V-Zeichen, entsprechend der oft zuvor gezeigten Geste des Selbstvertrauens der Amerikaner² – ein frühes Symbol des Siegeszuges amerikanischer Lebensart, der nun seinen Anfang nehmen sollte. Etliche Ballen roten Stoffes für Hakenkreuzfahnen, die in Soest weisungsgemäß zur Feier des deutschen „Endsieges“ auf Lager gehalten worden waren, fanden wenige Tage zuvor private Verwendung³.

Versucht man, die Situation im Reich an den Stichtagen der Einnahme von Soest Anfang April 1945 zu überblicken, tritt ein zerfaserter, jeder einheitlichen Ordnung enthobener Raum vor Augen. Einen Tag, nachdem im Soester Oflag die französischen Insassen den Amerikanern die bereits festgesetzte Wachmannschaft übergeben hatten, öffneten US-Mannschaften im reichsweit größten Zuchthaus in Werl die Tore. Unmittelbar vorher wurde nahebei ein Volkssturm-Soldat, der die Verteidigung für zwecklos gehalten hatte und sich nach Hause absetzen wollte, standrechtlich erschossen.

Hitler hielt sich seit etwa drei Wochen im „Führerbunker“ auf, als am gleichen Tag wie Soest auch Hamm genommen wurde und zugleich andere US-Truppenteile die Weser überschritten. Für Aachen lag das Kriegsende bereits über fünf Monate zurück. Das linksrheinische Köln war einen Monat, Wesel zwei Wochen zuvor besetzt worden. Dagegen flogen am 7. April Bombergeschwader die Städte Dessau, Göttingen und andere an. Am Brennerpass und in der Festung Königsberg stand die Wehrmacht vor der Kapitulation, die wenige Tage später erfolgte. Auf der noch gehaltenen Halbinsel Hela an der Danziger Bucht warteten Flüchtlinge zu Zehntausenden auf ihre Evakuierung über die Ostsee. Die Rote Armee stand an der Oder. – Ebenfalls am 7. April 1945 befand sich der SS-Mann und vielbeschäftigte Ankläger Walter Huppenkothen auf einer Dienstreise von einem Anklagetermin im KZ Sachsenhausen nördlich von Berlin zum KZ Flossenbürg in der Oberpfalz. Hier hatte er das Standgericht gegen Dietrich Bonhoeffer und vier weitere Widerstands-

1 Im Erbfolgestreit mit Brandenburg eroberte am 8. April 1616 ein für Pfalz-Neuburg kämpfendes spanisches Heer unter dem Kommando Graf Heinrichs von dem Berg die Stadt.

2 Sieg-Division Artikel: “The 95th Infantry Division”. In: Holocaust Encyclopedia, United States Holocaust Memorial Museum Washington DC; <http://www.ushmm.org/wlc/en/article.php?ModuleId=10006148> (aufger. am 2.11.2010).

3 Freundlicher mündlicher Hinweis von Frau Ingeborg vom Lehn, Soest; wer Stoff verlangte, musste auch Hakenkreuzembleme nehmen.

kämpfer vorzubereiten. Das Todesurteil wurde wenige Tage später an allen fünf Gefangenen vollstreckt. – Auf einem Landstreifen um Flensburg-Mürwik „ergab sich“ die „Reichsregierung Dönitz“ zwei Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai. Erst am 5. Juni 1945, zwei Monate nach der Einnahme von Soest, ging mit der Berliner Erklärung der Alliierten alle staatliche Gewalt auf die vier Siegermächte über.

Das Ende des Krieges, der Beginn eines Lebens nach Staats- und Bombenterror war auf deutschem Gebiet also nur lokal zu bestimmen, eine einheitliche Erfahrung des Kriegsendes gab es ebenso wenig wie den Stichtag der Befreiung.

Dass es auch nicht die „Stunde Null“ gab, wies Werner Abelshauser, Bielefelder Wirtschaftshistoriker, im November 2007 in seinem Vortrag in Soest erneut nach: „Aufbau West – musste Nordrhein-Westfalen dem ‚Wirtschaftswunder‘ seine eigene wirtschaftliche Zukunft opfern?“ Damit stellte er das lokalgeschichtliche Vorhaben eines Bandes zur Nachkriegszeit in Soest zu Beginn in einen übergreifenden Zusammenhang, bevor sich eine Autorengruppe an die Arbeit dieser lokalhistorischen Untersuchungen machte. Zur Nachkriegszeit stand uns zwar breite allgemeine Fachliteratur zur Verfügung, doch für Soest gab es nur sehr wenige Ansätze mit wissenschaftlicher Zielsetzung.

Als die Waffen schwiegen, galt den Soestern die Unversehrtheit der Stadtsilhouette, bis heute vorrangiges Identifikationssymbol, als ein Zeichen der Hoffnung. Alle Kirchtürme standen! Welche „Türme“ der inneren Orientierung gab es angesichts der politischen und humanitären Katastrophe? Wie machten sich nun die Menschen, die bei Kriegsende und in den Monaten danach in den Mauern von Soest zusammengeführt worden waren, auf den Weg in das Leben nach Bombenalarm und Staatsterror? Was sah man neu, was wirkte fort, nachdem zunächst die amerikanische, dann die britische Besatzung ihre Flagge über der Kommandantur gehisst hatten?

Unmittelbar nach Kriegsende stand es naturgemäß an erster Stelle, elementare Voraussetzungen städtischen Lebens zurückzugewinnen, am vordringlichsten die Infrastruktur. Wilhelm Becker geht dem Prozess der örtlichen Elektrizitätsversorgung nach, der exemplarisch die wirtschaftliche Entwicklung spiegelt, von der nötigsten Wiederherstellung von Hauptsträngen des Stromnetzes über stufenweise geminderte Einschränkungen bis zum leistungsfähigen Ausbau. – Welches Engagement es bedeutete, die beiden Hauptkirchen wiederherzustellen, in einem Umfeld von Materialknappheit, Wohnungsnot und gemeindlicher Verunsicherung, zeigen die Beiträge von Bernd-Heiner Röger und Jürgen Peters. Es war keineswegs selbstverständlich, den Kirchen Vorrang gegenüber anderen Notständen beim Wiederaufbau einzuräumen. Ihre Symbolkraft für Hoffnung und Aufbruch setzte sich durch.

Städtischen Wohnungsnot- und Wiederaufbauprogrammen widmet sich Friedrich Wilhelm Landwehr. Er lässt die Nachkriegsjahre im Spiegel einer Stadtverwaltung vor Augen treten, die von Sofortmaßnahmen zu geregelter Lenkung der Wohnungsnot und des Wiederaufbaus finden musste, während sie in ihrer Handlungsfähigkeit zwischen höherer Weisung, beherrschendem Mangel an Baumaterial und der

darbenden Bevölkerung in die Zange genommen wurde. Der Beitrag stellt in einem zweiten Teil Wege und Maximen des Wiederaufbaus dar und prüft, wer die richtungsweisenden Institutionen und Persönlichkeiten mit Einfluss waren. Verantwortliche jener Jahre stellten unter dem Druck der Verhältnisse Weichen, die das Bild der Stadt und das Gefüge des Gemeinwesens bis heute bestimmen. Auch hier plante man nicht „auf ausgewischter Tafel“: Vorgaben und politische Haltungen der Vorkriegszeit wirkten nach.

Aber es war auch Aufbruch spürbar, besonders beim Neuanfang der Kulturarbeit. Man sehnte sich nach dem freien Wort und anspruchsvoller Kultur. Ulrike Sasse-Voswinckel verfolgt die Theaterkulturarbeit im Nachkriegs-Soest, vom anfänglichen Idealismus einer Notgemeinschaft bis zum Kulturbetrieb mit spürbaren bürokratischen und marktwirtschaftlichen Zwängen. Es zeigt sich, dass es unter den dürftigen Bedingungen der Zeit auch Chancen für weiterreichende Perspektiven gab, die man ungenutzt lassen musste.

Politischem Neubeginn geht Guido Niermann am Beispiel der neu gegründeten CDU nach. Deren enge Verbindung zur ersten Lokalzeitung „Westfalenpost“ beleuchtet auch Martin Hucklebrink aus dem Blickwinkel der entstehenden Presse-landschaft. Dass sich die CDU durchsetzte, die Westfalenpost konsolidierte: Auch hier lässt sich feststellen, dass der Weg, den die Entwicklung nahm, nicht zwingend war.

Eine andere Gruppe von Autoren widmet sich den moralischen Lasten der Nachkriegsgesellschaft. Seit Deutschland 1990 wiedervereint war und die volle Souveränität erlangt hatte, wurden die Problemfelder erneut aktuell, holten juristische Konsequenzen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die deutsche Öffentlichkeit ein. Zum einen blickte man, zumal in den östlichen Bundesländern, bei Fragen des Umgangs mit ehemaligen führenden Mitarbeitern der Staatssicherheit zurück auf Verfahrensweisen und Ergebnisse der Entnazifizierung. Zum anderen hatte sich die Rechtsposition des souveränen deutschen Staates geändert. Daher führten drohende Entschädigungsklagen überlebender Opfer 1999 zu der Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die schließlich in sehr bescheidenem Umfang auch Zahlungen an Zwangsarbeiter ermöglichte. Wolfgang Stelbrink verfolgt nun die zunächst relativ stringente Praxis der Entnazifizierung in Soest. Er richtet besonderes Augenmerk auf das Beamtentum der Soester Stadtverwaltung. Gerhard Köhn stellt anhand von Einzelbeispielen die Praxis der Wiedergutmachung in Frage. Michael Römling richtet Licht auf die Gruppe der Displaced Persons. Von diesen „aus ihrer Heimat in den deutschen Machtbereich gespülten Personen“ (Römling), die sich als namenlose Masse in das kollektive Gedächtnis gebrannt haben, war bis auf eine kürzlich erschienene Monographie zu Einzelschicksalen und Lebensbedingungen von Zwangsarbeitern aus unserem Raum⁴ wenig Konkretes belegt. Römling ermittelt Zuständigkeiten und Orte, die sich im Raum Soest mit dem Schicksal der Displaced Persons verbinden, macht das Lagersystem des Alt-kreises ausfindig und geht den Problemen der Repatriierung nach.

4 Mechtild Brand: Verschleppt und entwurzelt. Zwangsarbeit zwischen Soest, Werl, Wickede und Möhnetal. Essen 2010.

Der Weg aus der allumfassenden Katastrophe erforderte die Suche nach neuen Werten, die sich in den Kirchen bündelte. Ulrich Lörer geht der Frage nach, ob sich in Soest ein Aufleben des Katholischen Milieus nachweisen lässt. Festigte der Verbandskatholizismus nach dem NS-Regime die Bindung an die katholische Kirche? Ilse Maas-Steinhoff legt dar, wie in den Soester evangelischen Kirchengemeinden der Kirchenkampf in der Nachkriegszeit weiterwirkte und fragt, ob sich auch hier unter den Pfarrern eine „selbstbewusste Bastion des Traditionalismus“ (Kleßmann) zeigte.

Am Schluss wertet Hans Rudolf Hartung in einem Exkurs seine stichwortartigen Kalender-Notizen aus den Jahren 1946-49 aus, um in Tagebuchform zurück zu schauen. In der Sprache von heute gibt er ein plastisches Bild vom Alltag eines jungen Mannes in den ersten Jahren nach dem Krieg – und von dessen optimistischer, pragmatischer Art, das Leben zu meistern.

Die jeweiligen Beiträge entstanden aus dem persönlichen Forscherinteresse der einzelnen Autoren. Das führt dazu, dass die Nachkriegszeit schlaglichtartig beleuchtet wird und ausschlaggebende Aspekte fehlen. Wir setzen unsere Hoffnung auf weitere Forschung, spätestens für den bereits angestoßenen Band 5 der Soester Stadtgeschichte.

Wann endete die Nachkriegszeit in Soest? Geht man von der Stationierung alliierter Truppen in der Stadt aus, müsste erst der Abzug der belgischen Streitkräfte 1994 ihr Ende markieren. Niemand wird deshalb eine einheitliche Antwort finden, die allen Ansätzen gerecht wird. Daher umfassen die Beiträge spezifische Zeitspannen, doch lässt sich das Jahr 1950 als Scheitelpunkt der Entwicklung verstehen: Beispielsweise geht in diesem Jahr die letzte Lebensmittelkarte über die Ladentheke, die Ernährungsämter werden aufgelöst, und das Jahr 1951 etwa mit der „Korea-Siedlung“ steht deutlich im Zeichen des Aufbaus.

Wer sich darauf einlässt, die ersten Jahre nach 1945 näher zu beleuchten, hat es bei dem zeitgeschichtlichen Stoff schwer, die eigene innere Beteiligung zu überwinden. Die Thematik trifft noch fast jede Familie an wunder Stelle. Leid und moralische Lasten und die alles beherrschende Not stehen zwischen den Zeilen der Beiträge, auch darin knüpft diese Ausgabe der Soester Zeitschrift an das Sonderheft „Bomben auf Soest“ an. Der ehemalige Stadtarchivar Dr. Gerhard Köhn schrieb dort in seiner Dokumentation zu dem großen Bombenangriff des 5. Dezember 1944 nach fünfzig Jahren: „Es stehen zwar die Leiden der Deutschen im Vordergrund, aber deutlich werden auch die der anderen Beteiligten, der Kriegsgefangenen, der ‚Ostarbeiter‘, der deutschen und amerikanischen Soldaten und der [...] KZ-Häftlinge aus etlichen europäischen Staaten, den ersten in der Reihe des Leidens, wenn es denn zu messen wäre.“⁵

Köhns Untersuchung zur Entnazifizierung ist die letzte, die er vor seinem Tod im Januar 2011 für den Geschichtsverein verfasste – nach vier Jahrzehnten Forschung zur Soester Geschichte.

5 Bomben auf Soest. Tagebücher ... und Fotos zur Erinnerung an die Bombardierungen und das Kriegsende vor 50 Jahren, zusammengest. v. Gerhard Köhn. In: Soester Zeitschrift 106 (1994), S. 8.

Dank zu sagen ist nun allen, die dazu beitrugen, dass „Nachkriegszeit in Soest“ entstehen konnte, dem Initiator, dem Autorenteam und denen, die Korrektur lasen, aber ganz besonders, einmal mehr, dem Stadtarchiv Soest.

Noch einmal zurück zum Dreißigjährigen Krieg, an dessen Vorabend, wie oben erinnert, Soest erstmals „genommen“ wurde. Der Rat der heimgesuchten Stadt schreibt im Sommer 1641 angesichts erneuter Truppeneinquartierung: „Wie kann und soll eine sölche ausgebrandte, ruinirte, ausgezehrte und landkundlich verdorbene Stadt sothane starke Garnison [...] unterhalten? Wir werden [...] alles drängen und zu Trümmern und Boden gehen lassen müssen. Gott im Himmel erhöere unser elendes Seuffzen und errette uns!“⁶

Soest, im April 2011

Ilse Maas-Steinhoff



Pferdefuhrwerk vor der Teichsmühle, ca. 1946

6 Stadtarchiv Soest, A 3081, fol. 245r, zit. n. Gerhard Köhn: Soest und die Börde in den kriegesischen Auseinandersetzungen 1543-1648. In: Ellen Widder (Hrsg.): Soest - Geschichte der Stadt, Bd. 3. Zwischen Bürgerstolz und Fürstenstaat – Soest in der Frühen Neuzeit. Soest 1995, S. 687-864, hier S. 825.

WILHELM BECKER

DER WIEDERAUFBAU DER ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNG IN SOEST NACH DEM 2. WELTKRIEG¹

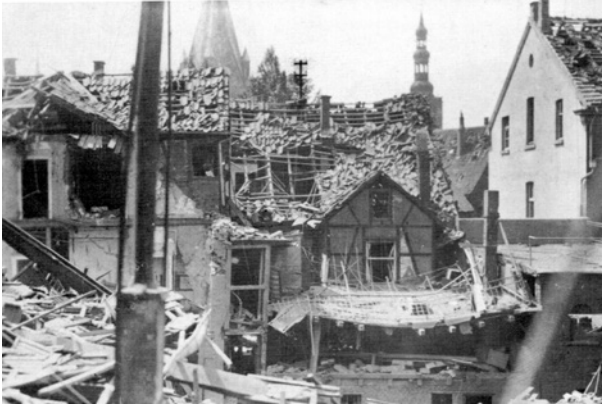
Die Soester Elektrizitätsversorgung am Ende des Krieges

Als Soest am 7. April 1945 von den Amerikanern eingenommen wurde, war die Versorgung mit Elektrizität in Soest völlig zusammengebrochen. Noch bis in den Herbst 1944 hatten die Angriffe der amerikanischen und englischen Luftwaffe auf die Eisenbahn und die Stadt nur relativ geringe Schäden an den Anlagen zur Elektrizitätsversorgung bewirkt, die schnell beseitigt werden konnten. Doch einige Wochen später, am 5. Dezember 1944, wurde Soest durch einen verheerenden Bombenangriff innerhalb einer halben Stunde zu über 60 % zerstört. Die Versorgungsleistung der Stadtwerke fiel völlig aus. U. a. hatten 32 Bomben die Hochspannungskabel und 6 Bomben die Niederspannungskabel getroffen.



Das alte Kraftwerksgebäude von 1899 am Aldegrevier-Wall; heute – nach Umbau und neuer Fassadengestaltung von 1976 – Verwaltungsgebäude der Stadtwerke

1 S. a. Wilhelm Becker/Birgit Bedranowsky: Ein Jahrhundert öffentliche Stromversorgung in Soest 1899-1999. (Soester Beiträge zur Geschichte von Naturwissenschaft und Technik 7) Soest 1999. Erhältlich über das „Technik-Museum Soest“ an der Fachhochschule Südwestfalen, Abteilung Soest.



Wiesenstraße 5, Dachständer zwischen Patrokli- und Petri-Kirchturm



Einsamer Leitungsmast in der Osthofenstraße

Mit Unterstützung einer Arbeitskolonne der VEW wurde versucht, die Stromversorgung provisorisch soweit instand zu setzen, dass nicht nur die lebenswichtigen Anlagen wie Krankenhäuser, Kühleinrichtungen, Pumpstationen usw., sondern auch die Privathäuser in relativ kurzer Zeit wieder mit Strom versorgt werden konnten. Doch diese Versuche wurden in den folgenden Wochen wiederholt durch weitere Luftangriffe, wie die vom 28. Februar und von Anfang März 1945, zunichte gemacht. Zwischenzeitlich wurden die Bahnhöfe notdürftig mit Pechfackeln erleuchtet².

Bei den letzten Kämpfen um Soest Anfang April 1945 kamen schwere Schäden durch Artilleriebeschuss hinzu. Dadurch war – als die Amerikaner in Soest einrückten – die Stadt auch von jeder

Stromzuleitung von außerhalb, auf die Soest angewiesen war, abgeschnitten. Dazu heißt es im Jahresbericht der Stadtwerke: „In den ersten Tagen des Monats April wurden durch Artilleriebeschuss die oberirdischen Stromverteilungsleitungen fast in vollem Umfang zerstört. Nur in kleinen Teilen des Stadtgebietes blieben die Freileitungen unberührt. Die Stromzuleitung von Erwitte nach Soest war an über 30 Stellen durch Granatsplitter getroffen [und ebenso] die Stromzuleitung Neheim - Soest.“³

2 Margarete Bremer: Mein Einsatz als Diakonisse während des Krieges in Soest. In: Gerhard Köhn (Bearb.): Bomben auf Soest. (Soester Zeitschrift 106), Soest 1994, S. 33-39, hier S. 38.

3 Jahresbericht der Stadtwerke Soest für die Zeit vom 1. April 1945 bis zum 31. März 1946, S. 2, Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS) D 868. – Demgegenüber erklärte Hermann Siggel: „Der Amerikaner hat dann doch am 5. und 6. 4. mit Artillerie in die Stadt geschossen. Es war leichtes Streufeuer, wie wir es von der Front her kennen. Was die Chronik [Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik, zugleich Bericht der Stadtverwaltung Soest über die Zeit vom 1. April 1942 bis

Von 1899 bis in die zwanziger Jahre hatte es in Soest ein eigenes Kraftwerk am Aldegrevewall (das heutige Verwaltungsgebäude der Stadtwerke) gegeben, das die elektrische Energie für die Stadt und das Bahngelände lieferte. Als jedoch die Stadt 1918 das Elektrizitätswerk mit dem städtischen Leitungsnetz vom Verbandselektrizitätswerk Dortmund (einer Vorgängereinrichtung der VEW⁴) und damit die Elektrizitätsversorgung von Soest in eigene Regie übernahm, musste sie sich vertraglich verpflichten, das eigene Kraftwerk stillzulegen und zum ausschließlichen Fremdstrombezug überzugehen. Der Strom für Soest wurde dann aus dem VEW-Netz über Hochspannungsleitungen geliefert – erst von Werl, ab 1923 von der Möhnetalsperre/Neheim und später auch von Erwitte, da dort zum Betrieb der Zementwerke leistungsfähige Überlandleitungen bestanden.

Soest erhält wieder „Strom“

Für eine moderne, funktionierende, zivilisierte Stadt ist die technische Infrastruktur unabdingbar. Insoweit kann man durchaus behaupten, dass Soest 1944/45 „in die Steinzeit“ zurück gebombt wurde. Die Menschen hausten zum Teil in den Höhlen zerstörter Häuser, Wasser wurde aus alten, reaktivierten Brunnen oder dem Bach genommen und abgekocht, wobei als Brennmaterial, ebenso wie zum Kochen des Essens, nur Bretter und Balken der zerstörten Nachbarhäuser zur Verfügung standen, soweit nicht die Obstbäume in den Gärten abgeholzt wurden. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wiederherstellung der Infrastruktur neben der Nahrungsbeschaffung höchste Priorität hatte. Im Mai 1946, ein Jahr später, schrieb die Westfalenpost: „Die wichtigsten Aufgaben, die sofort nach Einstellung der Kampfhandlungen tatkräftig in Angriff genommen und inzwischen beendet wurden, waren: Freilegung der Straßen, Abstützung und Eindeckung der beschädigten, aber noch bewohnbaren Häuser, Wiederherstellung der Wasserleitungen, des Kanalisationssystems und der Stromleitungen. [...] Es quirlen keine Bäche mehr aus den geplatzten Wasserleitungsrohren über die Straßen, ein Gang durch die abendliche Stadt ist für den Ortsunkundigen nicht mehr mit Lebensgefahr verbunden, von den Leitungsmasten hängen nicht mehr die zerschossenen Drahtenden in wirren Büscheln herab.“⁵

Für weite Teile dieser Infrastruktur waren in Soest die Stadtwerke zuständig. 1921, drei Jahre nach der Übernahme des Elektrizitätswerkes, hatte man dieses mit den städtischen Gas- und Wasserwerken zusammengelegt und die „Stadtwerke Soest“ unter Leitung von Direktor Sierp gegründet. Doch jetzt konnten sie ihre Aufgabe nur noch notdürftig erfüllen. Im Krieg waren die meisten Mitarbeiter der Stadtwerke zur Wehrmacht eingezogen worden, obwohl die Versorgung vieler Soester

31. März 1948 (Soester wiss. Beiträge. 4), Soest 1951] da verzeichnet, ist falsch! Leider ist auch hierdurch Schaden entstanden, er war aber gering.“ Köhn (wie Anm. 2), S. 139-148, hier S. 146.

4 Das Verbandselektrizitätswerk wurde im Jahre 1908 gegründet. Am 1.1.1925 schloss es sich mit dem Städtischen Elektrizitätswerk Dortmund und dem Elektrizitätswerk Westfalen in Bochum zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammen – den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW).

5 Westfalenpost vom 14.5.1946.

Industriebetriebe mit elektrischer Energie als kriegswichtig eingestuft worden war, wie z. B. die der Accumulatorenfabrik Hagen, des Glühlampenwerkes Merkur, aber auch die der Maschinenfabrik Grüter & Grage mit ihren Geräten für die Deutsche Reichsbahn. So standen in den letzten Kriegsmonaten für die Aufrechterhaltung der Stromversorgung der Stadt und der Industrie nur noch 4 Fachkräfte zur Verfügung.

Bereits am 8. April 1945, einem Sonntag und ein Tag nach dem Einmarsch der Amerikaner, einigten sich der Soester Bürgermeister und der damalige Direktor der Stadtwerke Karl Cebulla dahingehend, dass „zuallererst die Strom-, Gas- und Wasserleitungen wieder herzustellen sind, damit die notwendige Energie und das wichtige Lebensmittel Trinkwasser wieder fließen.“⁶ Einen Eindruck von den Schwierigkeiten, Soest wieder mit Elektrizität zu versorgen, vermittelt folgender Auszug aus dem Jahresbericht der Stadtwerke für 1945:

„Es mußte zunächst nun dafür gesorgt werden, daß die Überlandleitungen instandgesetzt wurden. Eine Fernsprechverbindung war nicht möglich, das Verlassen der Stadt nicht statthaft, die Benutzung eines Pkw nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Militärregierung und unter Begleitung eines Offiziers der Besatzungstruppen gestattet.“

Als Verbindung mit der Dienststelle der VEW in Werl aufgenommen war, war zwar das Fachpersonal „bereit, die Arbeiten sofort aufzunehmen, aber es ergaben sich Schwierigkeiten mit der Ausstellung der Personalpässe, da der kommissarische Leiter der Stadt Werl die Fachkräfte nicht freigeben wollte, weil auch in Werl umfangreiche Instandsetzungsarbeiten im Netz durchzuführen waren. Der Bürgermeister wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Stromversorgung in Werl erst dann wieder aufgenommen werden könne, wenn die Zuleitung Erwitte – Soest und Soest – Werl instandgesetzt wäre. Dabei ging man zweckmäßigerweise von Erwitte aus“ vor, also von der Stelle, woher der Strom kam, „weil dann die instandgesetzten Teile sofort unter Spannung gesetzt werden konnten.

Nach Regelung dieser Angelegenheit [48 Std. nach dem Gespräch zwischen Bürgermeister und Stadtwerkedirektor] wurde schnellstens eine Reparaturkolonne zusammengesetzt, die dann mit einem Lkw zur Arbeitsstelle transportiert wurde. Die Arbeiten wurden in außergewöhnlichem Maße beeinträchtigt durch frei herumlaufende Kolonnen ehem. Kriegsgefangene gestört, die unsere Leute immer wieder auszurauben drohten und sogar mit Karabinern beschossen.“

In Soest wurden zusätzlich alle Fachleute, die man finden konnte, zu Dienstleistungen verpflichtet und in mehreren Kolonnen für die Instandsetzung der innerörtlichen Leitungen eingesetzt. Als bereits eine Woche später die Fernleitung von Erwitte nach Soest eingeschaltet wurde, waren Teile der Freileitungen in den Soester Straßen schon wieder nutzbar, so dass die Kommandantur der amerikanischen Besatzung in der Nöthenstraße und alle Straßenzüge links und rechts der Strecke vom Elektrizitätswerk am Aldegrever-Wall zum Nöttentor mit Strom versorgt werden konnten. In wenigen Monaten wurden nach und nach die Stadtbezirke durch

6 Becker/Bedranowsky (wie Anm. 1), S. 126.

provisorische Reparaturen der Leitungen insgesamt wieder mit Strom versorgt. Es dauerte jedoch noch bis zum Frühjahr 1946, bis die Verteilungsleitungen soweit wiederhergestellt waren, dass das gesamte Stadtgebiet zwar provisorisch, aber ohne „technische“ Einschränkungen versorgt werden konnte.

Die Kriegsschäden im Einzelnen

Im September 1945 meldeten die Stadtwerke Kriegsschäden von insgesamt 1.372.583,58 Reichsmark. Einen wesentlichen Anteil daran hatte die Zerstörung des Wasserwerkes in Wickede durch die Möhnekatastrophe. Der Anteil des Elektrizitätswerkes betrug „nur“ 239.622,11 Reichsmark, davon 20.411,71 Mark Gebäudeschäden, 159.210,40 Mark Schäden an Anlagen und Leitungen und 60.000 Mark Nutzungsausfälle⁷. Die Zerstörung des Kraftwerkes am Möhnesee in der Nacht vom 16. zum 17. Mai 1943 hatte in Soest nicht zu größeren Einschränkungen der Stromlieferung durch die VEW geführt, da der Ausfall durch rasche Kapazitätsverlagerungen im Verbundnetz der Kraftwerke ausgeglichen werden konnte.

Die Gebäudeschäden waren gering. Außer an den Transformatorenstationen am Osthofentor und am Grandwegertor sowie dem alten Kraftwerk scheinen sich diese Schäden im Wesentlichen auf kaputte Fensterscheiben und einzelne Dachpfannen beschränkt zu haben. Zerstörungen an Transformatoren und Schaltanlagen waren jedoch zum Glück nicht entstanden, denn dies hätte wegen der äußerst schwierigen Ersatzteilbeschaffung längerfristige Ausfälle bedeutet. Das Ortsnetz Soest hatte neben dem alten Kraftwerk von 1899 eine Übergabestation am Schützenhof von 1923, an der die 25 kV-Hochspannungsleitungen der VEW einspeisten, um Soest mit Strom zu versorgen. Die Spannung wurde hier auf die im Hochspannungsnetz von Soest verwendete Spannung von 10 kV herabgesetzt. Mehr als ein Dutzend 10 kV-Hochspannungsstationen rund um die Wälle und in der „Feldmark“ hatten dann die Aufgabe, die Hochspannung auf die in den Haushalten übliche Spannung von damals 220 Volt herabzusetzen.

Außerdem besaßen 14 Industriebetriebe eigene Hochspannungsanschlüsse. Durch unterirdische Hochspannungskabel mit einer Gesamtlänge von 15 km waren die Hochspannungsstationen in Form einer Ringleitung untereinander und mit der Übergabestation am Schützenhof und der Zentrale im alten Kraftwerksgebäude am Aldegrevewall verbunden. Von diesen Verteilstationen führten die Niederspannungsleitungen – insgesamt mehr als 70 km im Stadtgebiet – über Maste und über die Dächer der Stadt zu den einzelnen Häusern und Wohnungen. In einzelnen Bereichen waren diese Leitungen jedoch auch schon als Niederspannungskabel (insgesamt etwa 10 km) unterirdisch verlegt.

Ersatz für die zerbombten Hochspannungskabel konnten in dieser Zeit nicht beschafft werden. So blieb nur die Möglichkeit, das ebenfalls beschädigte Kabel zur Hermannstraße auszubauen und für die Reparatur im Ringkabel und seinen Abzweigen zu verwenden. In gleicher Weise wurde das Kabel zwischen Osthofentor

7 StAS D 2075.

und Marienhospital ausgegraben und für die Instandsetzung zwischen Brüdertor und Walburgertor verwandt, damit auch dieser Teil als Zuführung für das Marienhospital in Betrieb genommen werden konnte.

Die Hauptschäden entstanden am Freileitungsnetz, für deren Wiederherstellung Leitungsmaterial und Maste beschafft werden mussten. Der Krieg hatte nicht nur zur Folge gehabt, dass kaum noch Material zu erhalten war, sondern es musste sogar Kupfer abgegeben werden, wie ja auch das Buntmetall der Kirchenglocken für die Rüstungsindustrie missbraucht wurde. Im August 1942 ordnete die Reichsregierung eine – bereits aus dem I. Weltkrieg bekannte – „Kupferaktion“ an. „Auf Anordnung des Reichsministers Speer wurden im Rahmen der sogenannten Kupferaktion auch die Kupferleitungen aus dem Freileitungsnetz ausgebaut und gegen Eisendraht ausgetauscht. Diese Aktion hatte bis zum Frühjahr 1943 schon mehr als achttausend Meter Freileitungen erfaßt, und auch im Jahre 1943 wurde das technische Personal fast ausschließlich bei diesem Ausbau von Kupfer eingesetzt.“⁸ Die Regierung in Berlin forderte vom Soester Elektrizitätswerk insgesamt 45 Tonnen Kupfer. Tatsächlich ausgebaut wurden aber nur etwa 8 Tonnen. Da Direktor Cebulla in Berlin über den Mangel an Fachpersonal geklagt hatte, war sogar von auswärts eigens eine Kupferausbaukolonne (von der Organisation Todt) zur Verfügung gestellt worden. In den Nachkriegsjahren waren diese Leitungszüge aus Eisendraht an den roten Linien auf dem Straßenbelag zu erkennen, die der vom Regen abgewaschene Rost hervorrief.

Die VEW verfügte nach dem Krieg noch über Lagerbestände aus dieser Kupferaktion und konnte damit den Stadtwerken aushelfen, die massiven Schäden am Leitungsnetz in der Stadt zu beheben. Für die zerstörten Leitungsmasten wurde ein Handel mit der Post arrangiert, indem „die Post hohe Masten von der Stadt [den Stadtwerken] erhielt und hierfür dann jeweils die doppelte Menge an geeigneten Freileitungsmasten von neun Meter Länge gab.“⁹ Innerhalb der Stadt reichten diese kürzeren Maste in der Mehrzahl der Fälle aus.

Auch in den kommenden Jahren musste bei Bestellungen von Freileitungskupferseilen und Kabelmaterial der Materialbedarf in jedem Falle in vollem Umfang in Tausch gegeben werden. Durch Zufall war es den Stadtwerken kurze Zeit nach dem Zusammenbruch möglich gewesen, Metall anzukaufen, so dass diese Bedingung erfüllt werden konnte. Im Frühjahr 1946 waren die Stromverteilungsleitungen teils provisorisch, teils endgültig soweit hergestellt, dass das gesamte Stadtgebiet ohne jede Einschränkung mit Strom versorgt werden konnte. Es dauerte jedoch noch mehrere Jahre, bis alle Provisorien beseitigt waren, und man von einer sicheren, zuverlässigen und zeitgemäßen Stromversorgung in Soest sprechen konnte.

Bei den Kriegseinwirkungen auf die Stadt Soest waren natürlich auch die elektrischen Versorgungsanlagen in den einzelnen Häusern betroffen. Mit jeder zerbombten Wohnung waren auch alle Anschlussleitungen, die Hausanschlusssicherungen, die Zähler, die Zähler- und Sicherungskästen und natürlich die gesamte Hausinstallation zerstört. 1948 gab es in Soest 6.471 Stromzähler, von denen die meisten nach dem Krieg repariert oder neu beschafft und installiert werden mussten.

⁸ Deus (wie Anm. 3), S. 271ff.

⁹ Ebd., S. 267.

Erst nach und nach normalisierte sich der Arbeitsalltag und die Männer kamen aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Bis 1949 hatte sich die Mitarbeiterzahl einschließlich der Lehrlinge von den vier Facharbeitern Ende des Krieges wieder auf 32 erhöht. Aber nicht nur die Personalsituation bereitete Sorgen, auch die gesamte Infrastruktur musste verbessert werden. Bereits 1909 verfügte das Elektrizitätswerk über ein Automobil, was man damals noch als einen gewissen Luxus ansehen konnte. In der Zeit nach dem Krieg waren die vielen Transportaufgaben aber ohne geeignete Kraftfahrzeuge, nur mit Hand- und Pferdekarren, kaum zu bewältigen. So wurde 1947/1948 ein Daimler-Benz-Lkw mit drei Tonnen Ladegewicht für 9.379 RM angeschafft. Damit bestand der gesamte Fuhrpark aus einem 3-Tonner- und ei-



Der gesamte Fahrzeugpark der Stadtwerke um 1950

nem 1-Tonner-Lkw, einem Mercedes-Pkw sowie einem Motorrad. Kurz nach dieser Zeit, so um 1950, war der Fahrzeugpark bereits wieder um einen Lkw und einen Motorroller Marke Vespa angewachsen. Die Vespa gab es in Italien bereits ab 1946, in Deutschland wurde sie jedoch erst ab 1950 verbreitet. An dem tiefgesetzten Scheinwerfer kann man das alte Modell erkennen.

Strom zum Kochen und Heizen?

1945 ruhte die Stromversorgung des Gewerbes und der Industrie, die zu Kriegszeit auf Hochtouren für die Rüstungsindustrie arbeiten musste, fast ganz. Erst im Herbst des Jahres begannen die Betriebe, soweit sie provisorisch instandgesetzt waren, die Produktion allmählich wieder aufzunehmen – auf Anordnung bzw. mit Genehmigung der Militärregierung. Hierbei wurde ihnen nur ein bestimmtes Stromkontingent zugebilligt. Jedoch auch der Strombedarf der Kleinabnehmer und der Haushalte nahm 1945 weiter zu. Der Grund hierfür lag zum einen in dem bestehenden Brennstoffmangel und zum anderen in der fehlenden Gasversorgung, die erst im September 1945 wieder aufgenommen werden konnte. Hierzu hieß es Anfang Oktober 1945: „Wir haben wieder Gas. Eine große Erleichterung für die Haus-

frauen, denn Kohlen gibt es kaum. Wer kein Gas hat u. auch nicht elektrisch kochen kann, ist nur auf Holz angewiesen, das natürlich ebenso knapp ist. Über die Hausbrandkohlenversorgung ist noch nichts bekannt.“¹⁰ Holz und Kohle aller Art wurden nur in sehr beschränkten Mengen zugeteilt. Dieser Not begegnete man, wo man nur konnte, durch die verstärkte Benutzung von elektrischen Heizöfen und Kochplatten. So waren in der Zwischenzeit immer mehr Haushalte dazu übergegangen, elektrisch zu kochen – wenn man denn etwas zu kochen hatte. Doch Allgemeingut wurde der Elektroherd in dieser Notzeit noch nicht. Zudem handelte es sich bei den verwendeten Geräten häufig um „primitive Behelfsherde“¹¹.

Wie allgemein in der britisch besetzten Zone ordnete die Militärregierung in Soest zum 1.11.1945 aufgrund des hohen Energiebedarfs Einschränkungsmaßnahmen an, die bis 1948 und teilweise bis 1949 andauerten. „Wir dürfen nur noch eine bestimmte Menge Licht und Gas verbrauchen. Die Militärregierung hat darüber eine Verordnung herausgebracht, um dem Kohlenverbrauch [für die Kraftwerke] entgegenzutreten. Kohlen, Koks und anderes Brennmaterial ist noch nicht verteilt worden. Wovon die Hausfrauen das Mittagessen kochen sollen, ist uns ein Rätsel, ganz zu schweigen von der Heizung der Räume. Die Aussicht auf den Winter wird immer schwieriger.“ Nach dieser Verordnung erhielt jeder Haushalt eine Grundmenge von 500 Wattstunden pro Tag und jede Person 50 Wattstunden. Ein Haushalt mit zwei Personen beispielsweise konnte im Monat nur 18 kWh verbrauchen¹². Oder allgemeinverständlicher ausgedrückt: Die zwei Personen durften eine Kochplatte täglich 20 Minuten benutzen und zusätzlich eine 40 Watt Glühlampe für zweieinhalb Stunden einschalten. Der Gebrauch von Elektrizität zur Warmwasserbereitung oder Raumheizung wurde generell verboten; das gleiche galt auch für die elektrische Beleuchtung von Schaufenstern. Die Straßenbeleuchtung musste auf ein Minimum reduziert werden. Dabei war die Freude über die wiederaufgenommene Straßenbeleuchtung in Soest übergroß, wie die Notiz in der Soester Chronik vom 20. Oktober 1945 zeigt: „Seit gestern Abend brennen an den verkehrsreichsten Punkten der Stadt wieder elektrische Bogenlampen. – Seit über 6 Jahren die erste Straßenbeleuchtung!“

Aufgrund der großen Kohlenknappheit musste man zeitweise ganz ohne Strom auskommen. Vor allem im Winterhalbjahr 1946/47 traten erhebliche Schwierigkeiten in der Energieversorgung auf, die umfangreiche Abschaltzeiten zur Folge hatten. So hieß es im Januar 1947: „Die Stromversorgung ist sehr unregelmäßig. Es kommt oft vor, daß das Licht für 1 bis 2 Stunden weggenommen wird, weil die für die Stromerzeugung notwendigen Kohlen fehlen. Morgen sollen wir, wie bekanntgegeben wird, von 7,30 bis 10 Uhr und von 18 bis 21 Uhr keinen Strom erhalten. Dabei sind Kerzen kaum erhältlich, auch Petroleum, Spiritus usw. nicht, so daß wir im Dunklen sitzen müssen. Kinos und Veranstaltungen können also erst nach 21 Uhr beginnen.“¹³

10 Kl. Hilse: Soester Chronik 1945-1949 [Tagebuchaufzeichnungen, masch.-schr.], StAS D Hs 4, S. 32, 4.10.1945.

11 Becker/Bedranowsky (wie Anm. 1), S. 127.

12 Jahresbericht der Stadtwerke Soest für die Zeit vom 1. April 1945 bis zum 31. März 1946, S. 2, StAS D 868. - Zitat bei Hilse (wie Anm. 10), am 11.10.1945

13 Hilse (wie Anm. 10), S. 64, 15.1.1947.

Ungeachtet all dieser Einsparungsmaßnahmen steigerte sich in den Nachkriegsjahren der Stromabsatz in Soest beträchtlich. Der Grund lag vor allem in der „Wiederbelebung“ von Gewerbe und Industrie, deren begrenzte Stromzuteilungen 1948 wieder aufgehoben wurden. Wenn auch jeder einzelne Haushalt nur ein bestimmtes Kontingent verbrauchen durfte, so stieg doch auch der Haushaltsstromabsatz in dieser Zeit kräftig an. Außerdem benötigten die Besatzungstruppen große Mengen an elektrischer Energie.

Aber es wurde auch gefeiert

Trotz der schlechten Zeiten mit dem Problem, täglich etwas zu essen zu besorgen, der ungewöhnlich schweren Arbeiten, die jedem das Äußerste abverlangten, wurde aber auch gefeiert. Zum 1. Mai 1947 veranstalteten die Stadtwerke einen Betriebsausflug. Den Jargon des Dritten Reiches hatte man noch nicht ganz abgelegt, und so wurde zum „Kameradschaftsausflug der Gefolgschaft der Stadtwerke Soest nach Kloster-Brunnen“ eingeladen. Bei der Abfahrt vom Marktplatz um 7 Uhr auf den firmeneigenen Lkws war „Der Mai ist gekommen“ zu singen. An der Sorpe-Talsperre wurde das Kraftwerk besichtigt und der Abend klang mit einem gemütlichen Beisammensein im „Jägerhaus“ in Arnsberg aus: „Dortselbst: Kameradschaftsabend!“¹⁴

Ende 1948 begann sich manches wieder zu normalisieren. So hieß es an Heiligabend 1948 in der Soester Chronik: „Auf dem Petrikirchplatz brennen zum ersten Mal wieder (seit 1938) die elektrischen Kerzen am Weihnachtsbaum. Von der Petrikirche wird man heute Abend wieder singen „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden“ und der Wunsch wird dazu in allen Herzen sein. In Wirklichkeit sind



Betriebsausflug der Stadtwerke am 1. Mai 1947 zur Sorpe-Talsperre mit eigenen Transportmitteln

14 Becker/Bedranowsky (wie Anm. 1), S. 133f.



Betriebsausflug 1950/51

wir weit davon entfernt. Trotz alledem es ist Weihnachten, es ist vieles unvollkommen auf dieser Welt, aber die elektrischen Kerzen am Weihnachtsbaum heißen uns hoffen trotz allem.“

Im August 1949 gab es für die Stadtwerke einen ganz besonderen Anlass zu feiern, war doch am 1. August 1899 das Elektrizitätswerk in Betrieb gegangen. In einem Aushang am 29. Juli hieß es: „Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Elektrizitätswerkes ist der Montag, der 1.8., für alle Betriebsangehörige, soweit sie nicht für Maschinendienst und Störungsbereitschaft eingesetzt sind, dienstfrei. Um 11 Uhr findet eine Gedenkfeier im Blauen Saal des Rathauses statt. Die Betriebsangehörigen versammeln sich um 10 Uhr auf dem Werkshof. Hier wird ihnen die vom Beirat der Stadtwerke bewilligte Geldspende überreicht. Die Teilnahme an dieser Feier

ist Dienst und damit für jeden einzelnen Verpflichtung. Am Abend treffen sich die Betriebsangehörigen im Zentralhotel zu einem gemütlichen Beisammensein.“¹⁵ Die Geldspende war nicht ganz unbeträchtlich. Außerdem gaben die Stadtwerke aus diesem Anlass die Broschüre „Elektrizitätswerk Soest. Eine kleine Erinnerungsschrift 1899 – 1949“ heraus.

Auch in den kommenden Jahren kam die Geselligkeit nicht zu kurz, und die eleganter werdende Kleidung bei solchen besonderen Anlässen, wie zum Beispiel beim Betriebsausflug der Stadtwerke 1950/51, ließ bereits das kommende Wirtschaftswunder ahnen.

Eine besondere Herausforderung für die Stromversorgung in Soest war seit jeher die „Fünfte Jahreszeit“. Bereits zur Allerheiligenkirmes 1899, als es gerade 3 Monate Strom in der Stadt Soest gab, drehte sich auf der Kirmes „ein Tunnelkarussell, das in voller elektrischer Beleuchtung seine Wirkung nicht verfehlt!“¹⁶ 1946, nach der „traurigsten Kirmes aller Zeiten“ (das Riesenrad stand am Rathaus von Trümmern umgeben), fand die Kirmes lange Zeit nur auf den Petri-Kirchplätzen, der Rathausstraße, dem Paradeplatz (zwischen Dom und Rathaus), auf dem Vreithof und dem Marktplatz statt. Für die Stromversorgung wurde in der Wippgasse die Trafoleistung erhöht und eine Freileitung mit 70 mm² Querschnitt über Masten bis zum Markt zu den einzelnen Schaltkästen verlegt. Der Stromverbrauch wurde mit

¹⁵ StAS D 2539.

¹⁶ Soester Anzeiger vom 4.11.1899.

den einzelnen Schaustellern kundennah in der Wippgasse abgerechnet. Die Stadtwerke hatten damals Order, Kirmessonntag um 22.00 Uhr den Strom abzuschalten. Das wurde auch gemacht, ganz gleich, ob noch Fahrgäste oben im Riesenrad saßen oder nicht. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Kirmes immer größer. Immer mehr elektrische Leistung wurde erforderlich, um die Fahrgeschäfte in Schwung zu bringen und die Schaubuden in Betrieb zu nehmen. Die heutigen Fahrgeschäfte sind ohne eine effektive Elektrizitätsversorgung nicht denkbar. Es sind hochmoderne, automatisierte technische Anlagen mit erheblichem Energiebedarf, modernsten Antriebssystemen und Computersteuerungen.

Die Auswirkungen der Währungsreform

Am 21. Juni 1948 ersetzten die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen die Reichsmark durch die Deutsche Mark (DM). Jeder Bürger wurde mit 40 Mark, im August mit weiteren 20 Mark ausgestattet, die Umwertung von Spareinlagen und Guthaben erfolgte im Verhältnis 100 Reichsmark zu 10 DM (später zu 6,50 DM). Gehälter und Zahlungen blieben im Verhältnis 1:1. „Unser Leben hat sich über Nacht verändert. Eine neue Lebensmitteldekade beginnt!“, so der überschwängliche Kommentar eines Soesters zu diesem Ereignis. Die Schaufenster der Läden füllten sich schlagartig. Elektrische Herde waren nunmehr wieder in bester Ausführung vorhanden und die „primitiven Behelfsherde“ verschwanden. Weite Kreise der Bevölkerung profitierten jedoch erst später von der nunmehr in Gang gekommenen wirtschaftlichen Entwicklung. Dennoch sah man hoffnungsvoll in die Zukunft.

Die DM-Eröffnungsbilanz der Stadtwerke wies eine Bilanzsumme von 4.453.938,69 DM auf. Für die Erstausrüstung der öffentlichen Hand wurde ein Monatsbetrag ihrer Einnahmen zur Verfügung gestellt. Für die Stadtwerke waren dies 179.550,45 DM, die sich aus einem Sechstel der Einnahmen des letzten halben Jahres, vom 1.10.1947 bis 31. 3.1948, berechneten. Allerdings erhielten die Stadtwerke diesen Betrag nur nach und nach und zudem nur als rückzahlbares Darlehen der Stadtverwaltung. Ansonsten erloschen alle Guthaben der öffentlichen Hand.

Um nicht größere Verluste bei der Abrechnung des Energieverbrauches hinnehmen zu müssen, wurden am 21. Juni 1948 mit allen verfügbaren Kräften sämtliche Zähler an einem Tag abgelesen, da sonst der Verbrauch nach diesem Datum nur im Verhältnis 10:1 hätte verrechnet werden können.

Die Währungsumstellung ging ohne Probleme vonstatten. „Es muß aber zur Ehre der Lieferanten festgestellt werden, daß mit einer Ausnahme alle Firmen auch vor dem Währungsschnitt die Stadtwerke nach bestem Können belieferten, daß Firmen sogar wenige Tage vor dem Währungsschnitt, als dessen Termin schon bekannt war, Material gegen Reichsmark lieferten, ohne den Währungsschnitt abzuwarten. In einem einzigen Falle wurde ein im Jahre 1946 erteilter Auftrag erst nach dem Währungsschnitt mit Berechnung der neuen Preise erfüllt und nachträglich auch noch Nachzahlung gefordert, die aber abgelehnt wurde.“¹⁷

17 Wolf-Herbst Deus (Bearb.): Soester Chronik 1948-1954, zugleich Bericht der Stadtverwaltung Soest über die Zeit vom 1. April 1948 bis 31. März 1954, (Soester wiss. Beiträge 12). Soest 1957, S. 301. - Zitat oben aus Hilse (wie Anm. 10), zum 21.6.1948.

Mit der Marktwirtschaft verloren einige Probleme an Bedeutung, während andere größeres Gewicht gewannen: „Die Sorgen und Schwierigkeiten in der Materialversorgung waren nun geschwunden, um so schwieriger wurde aber die Finanzierung aller Bauvorhaben und aller Arbeiten, die anstanden.“ Da in Zukunft ein wesentlicher Anstieg des Energieverbrauchs zu erwarten war, wurden die noch vorhandenen Schäden schleunigst behoben und die Verteilungsanlagen verstärkt, um den steigenden Belastungen gewachsen zu sein.

Neue Siedlungstätigkeiten in Soest

Nach der Währungsreform wurde der Wiederaufbau der zerstörten Häuser in Soest weiter vorangetrieben. Doch waren für die Soester Bürger und wegen der vielen unterzubringenden Flüchtlinge auch neue Baugebiete zu erschließen. In den 1950er- und 1960er-Jahren bestand neben dem Wiederaufbau das vorrangigste Ziel der Stadtverwaltung in der Schaffung neuen Wohnraumes. Dies führte zu einem wahren „Bauboom“ mit der Entstehung von zahlreichen Neubauvierteln und Wohnkomplexen. Über die Hälfte des 1968 in Soest bestehenden Wohnbestandes wurde erst nach 1948 erstellt. Bereits am 6. Mai 1948 wurde der Grundstein für eine Siedlung auf dem ehemaligen Gartengelände zwischen Oelmüllerweg und Hattroper Weg gelegt. Diese Baumaßnahmen brachten die Stadtwerke an ihre Leistungsgrenze, denn sowohl die wieder aufgebauten als auch die neuen Häuser mussten mit Strom, Gas und Wasser versorgt werden.

Im Milke-Prospekt von 1949 stand: „1946: alle zwei Tage ein Haus; 1947: jeden Tag ein Haus; 1948: jeden Tag zwei Häuser; 1949: zusätzlich zweigeschossige Häuser und Kleinsthäuser.“ Für die 23 Mitarbeiter der Stadtwerke, die diese Hausanschlüsse erstellen mussten, gab es alle Hände voll zu tun. Und dies im wörtlichen Sinne. Maschinen, die heute die Arbeiten erleichtern, waren so gut wie nicht vorhanden, zum großen Teil waren sie damals noch nicht einmal entwickelt. 1951 mussten die Häuser der neuen „Soest-Südostsiedlung“ an die Stadtwerkenetze angeschlossen werden. Insgesamt wurden in diesem Bereich 584 Wohnungen in 48 Wohnblocks und 114 Doppelhäusern errichtet. Aus diesem Grunde überließ die Soester Stadtverwaltung den Stadtwerken zwischen 1948 und 1951 die Konzessionsabgabe als Darlehen, damit ausreichende Geldmittel zur Verfügung standen, um die Umspannstationen und das Stromverteilungsnetz zu verstärken und zu erweitern.

Ab 1955 bewarb sich Soest um die Ansiedlung von Industriebetrieben. So gewann auch die gewerbliche Flächeninanspruchnahme durch Neuansiedlungen auswärtiger Betriebe und Erweiterungen einheimischer Unternehmen zunehmend an Bedeutung. 50 Industrie- und Fabrikbetriebe wurden 1960 in der Stadt gezählt. Außerdem entstanden rund um Soest zusätzliche Wohnsiedlungen, was zu einem immer weiter steigenden Energiebedarf führte.

Einige abgelegene Höfe und Gemarkungen in den Ortschaften um Soest erhielten erst in den fünfziger Jahren zum ersten Mal einen Stromanschluss. So bat im Juni 1956 der Oberkreisdirektor des Landkreises Soest die VEW, die damals noch für die Versorgung dieser Ortschaften zuständig war, der Frage näherzutreten, die „noch mit elektrischer Energie unversorgten Interessenten an ihr Stromnetz anschließen zu

wollen.” Denn „die Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Energie (gehört) in der heutigen Zeit zu den Lebens- und kulturellen Ansprüchen”, die die betroffenen Landwirte an die Allgemeinheit stellen können¹⁸.

Die Bundesbahn stellt von Gleich- auf Drehstrom um

Ein besonderer Anlass für eine Feier der Stadtwerke entstand, als die Bundesbahn 1949/1950 eine Hochspannungsübergabestation baute und ihre Energieversorgung von Gleichstrom auf Drehstrom umstellte. 1951/1952 konnten endlich die alten Umformer und Schaltanlagen für diese Gleichstromversorgung in der Zentrale am Aldegrevener-Wall abgebaut werden.

Am 4. März 1898 hatte die Soester Stadtverordnetenversammlung beschlossen, ein Elektrizitätswerk zu bauen. Anlass war, dass die Bahn das Soester Bahnhofsgelände elektrisch beleuchten und den Strom hierzu von der Stadt beziehen wollte. In dem am 21.12.1898 abgeschlossenen Vertrag hieß es dazu: „Die Stadt Soest verpflichtet sich, der Staatseisenbahn-Verwaltung die zur elektrischen Beleuchtung und Kraftversorgung des Bahnhofes Soest erforderliche elektrische Energie in Form von Gleichstrom für ein Zweileitersystem mit einer Gebrauchsspannung von 220 Volt zu jeder Tages- und Nachtzeit zu liefern. Für die Beleuchtungsanlage des Bahnhofes in dem zunächst auszuführenden Umfange müssen bei normalem Stromverbrauche von Beginn der Dämmerung bis Sonnenaufgang und unter Berücksichtigung der hierauf einwirkenden Witterungsverhältnisse mindestens dreiundfünfzig Kilowatt jederzeit zur Verfügung stehen. [...] Die Staatseisenbahnverwaltung behält sich die Erweiterung ihrer elektrischen Anlagen und eine hierdurch bedingte Steigerung vorstehender Bedarfsziffer bis zu 25 Prozent vor.”¹⁹



Der endgültige Abschied der Bahn vom Gleichstrom wurde 1951/52 gefeiert. Der Umformer ist bereits abgebaut. Im Hintergrund vor der nicht mehr benötigten alten Gleichstromschalttafel stehend Direktor Cebulla (Foto Stadtwerke Soest).

Die Gleichspannung von 220 Volt war zur Beleuchtung von großen Arealen wie dem Bahnhofsgelände mit Bogenlampen in dieser Zeit die ideale Lösung. Die Bogenlampen wurden an diese Spannung angeschlossen, indem jeweils 4 gleiche Lampen in Reihe geschaltet wurden (die Zündspannung einer Bogenlampe beträgt 55 Volt, $4 \times 55 \text{ Volt} = 220 \text{ Volt}$).

Die Bahn war dann über viele Jahre der größte Kunde des Elektrizitätswerkes. Die

¹⁸ Oberkreisdirektor an die VEW am 9.6.1956, VEW-Archiv Dortmund B2/273.

¹⁹ StAS C 934.

Abgabe an die Bahn betrug im ersten Jahr $\frac{3}{4}$ der gesamten Stromabgabe. Bereits nach einem Jahr beantragte die Bahn eine Verdopplung der erforderlichen Leistung von den vorher festgelegten 53 Kilowatt auf 118 Kilowatt. 1907 belief sich der Anteil der Bahn noch auf 61 Prozent und selbst um 1930 noch auf ca. 25 Prozent der Gesamtstrommenge, die das Elektrizitätswerk lieferte.

Die drei Dampfmaschinen von 1899, die jeweils einen Gleichstromgenerator von 75 kW antrieben, konnten bald den wachsenden Bedarf nicht mehr decken. Auch wollte man das Werk modernisieren. So wurde 1908 eine neue, stärkere 500-PS-Dampfmaschine eingebaut, die sowohl mit einem Gleichstromgenerator von 210 kW als auch mit einem Drehstromgenerator von 360 kW auf einer Welle direkt gekuppelt war. Zur Kopplung des Gleichstromnetzes mit dem Drehstromnetz diente zusätzlich ein 75 kW Einankerumformer.

1908 gewann man das Walzwerk Gabriel & Bergenthal hinter dem Soester Bahnhof (inzwischen unter dem Namen Hüstener Gewerkschaft bzw. Gelsenkirchener Bergwerks-AG) als Kunden, der nun mit hochgespanntem Drehstrom von 3.000 Volt vom Soester Kraftwerk beliefert werden konnte. Diese Gesellschaft hatte bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1926 immer einen beträchtlichen Anteil am Gesamtstromverkauf. Ab 1908 wurde auch Paradiese von Soest aus über eine Hochspannungsleitung mit Elektrizität versorgt.

Nach der Übernahme des Elektrizitätswerkes 1918 in eigene Regie musste die Stadt ihre eigene Stromerzeugung einstellen: „Zur Deckung des Spitzenbedarfes ist die Stadt berechtigt, in den Wintermonaten die vorhandene eigene Maschinenanlage in den Abendstunden zur Beschaffung des erforderlichen Stromes für die Versorgung der Stadt mit heranzuziehen.“²⁰ Die letzte Dampfmaschine im Soester Kraftwerk wurde 1925 stillgelegt. Der Strom wurde nun über Drehstrom-Hochspannungsleitungen von der Vorgängereinrichtung der VEW geliefert. Es war nun nicht mehr sinnvoll, den moderneren und vielfältiger nutzbaren Drehstrom in Gleichstrom für die Stadt umzuwandeln. Man stellte vielmehr in den 1920er Jahren das gesamte Ortsnetz in Soest auf Drehstrom bzw. Wechselstrom um. Nur die Bahn blieb beim Gleichstrom, und so mussten im Elektrizitätswerk nach wie vor Umformer und Schaltanlagen für diese Gleichstromversorgung bereitgehalten werden. Erst 1951/52 konnten diese Anlagen abgebaut werden.

Der Strom geht unter die Erde

Als 1951 die 584 Wohnungen der „Vertriebenen-Siedlung“ Südost an das Stromnetz angeschlossen werden mussten, stellte sich heraus, dass die Dachkonstruktionen mit Rücksicht auf die Baukosten so schwach ausgeführt worden waren, dass es praktisch unmöglich war, Leitungen auf Dachständern zu verlegen. So entschieden sich die Stadtwerke bei Neubausiedlungen zwangsläufig für Verkabelung der Leitungen.

20 Vertrag der Stadt Soest mit dem Westf. Verbands-Elektrizitätswerk Dortmund vom 25.6.1918, § 3, StAS C 951.



Links: Arbeiten im Kabelgraben;

Rechts: Abbau der Freileitungen über den Dächern im Bereich der Brüderstraße 1951/52

Auch die Innenstadt war Anfang der 1950er Jahre bereits in weiten Bereichen verkabelt, so dass 1951 und 1952 mit dem Abbau der Freileitungen begonnen werden konnte. 1953 fiel der Freileitungsmast am Soestbach. Bis 1970 war fast die gesamte Stadt verkabelt. Die Versorgung erfolgte unterirdisch durch Niederspannungskabel. Bei den Verlegearbeiten, die tagsüber durchgeführt wurden, musste nachts Posten gestanden werden, damit die noch offenliegenden Kabel nicht mutwillig zerstört wurden. So hatte es Stadtwerkechef Cebulla jedenfalls früher auch schon immer gehandhabt. Doch bis zum Einsatz von Baggern für diese Arbeiten in den letzten zwei Jahrzehnten hatte sich auch sonst an diesen Arbeiten nichts geändert.

Bereits bei der Gründung des Elektrizitätswerkes hatte man überlegt, aus „Schönheitsrücksichten“ die Speiseleitungen unterirdisch als Kabel zu verlegen, um



Der starke Eisengittermast von 1909 am Soestbach beim Abbau 1953

das Stadtbild so wenig wie möglich zu beeinträchtigen²¹. Offiziell festgeschrieben wurde dies erst in der Ortssatzung vom 24. März 1939: „Freileitungen an oder zu Bauten von besonderer geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sind unzulässig. Im übrigen sind sie so unauffällig zu verlegen, daß das Bild des Gebäudes, der Straße und der Landschaft nicht gestört wird.“ Im Jahr 1899 führte jedoch der Kostendruck dazu, dass die Schönheit zurückstehen musste und das gesamte Leitungsnetz der Stadt als Freileitungen ausgeführt wurde. Nur den für die Bahn benötigten Kabelgraben nutzte man damals, um auch städtische Niederspannungskabel darin unterzubringen.

Das Soester Elektrizitätswerk in der Zeit des „Wirtschaftswunders“

Nach der Währungsreform setzte der über viele Jahre ungebrochen anhaltende wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands ein. Mit jährlichen Zuwachsraten um 10 Prozent stieg die Bundesrepublik binnen kürzester Zeit von einem fast völlig zerstörten und ökonomisch daniederliegenden Land zum drittgrößten Industriestaat auf. Schon Anfang der fünfziger Jahre wurde im Ausland von einem deutschen „Wirtschaftswunder“ gesprochen. Zwischen 1950 und 1960 verdreifachte sich das Bruttosozialprodukt. 1961 wurde mit einer Arbeitslosenquote unter 1 Prozent praktisch die Vollbeschäftigung erreicht. Der Preisanstieg blieb während der ganzen Zeit unter 3 Prozent.

Parallel zu dieser Entwicklung und als Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges erlebte das Elektrizitätswerk eine ungewöhnliche Absatzsteigerung. Zwischen 1950 und 1960 konnte die Stromabgabe mehr als verdreifacht werden.

Zwischen 1952 und 1954 verzichtete die Stadtverwaltung ganz auf Abführung der Konzessionsabgabe in Folge des am 7.1.1952 erlassenen Investitionshilfegesetzes. Um der sprunghaften Entwicklung in der Absatzsteigerung Rechnung zu tragen, beschlossen der Werksausschuss des Elektrizitätswerkes und der Rat der Stadt, den gesamten Bruttogewinn der Jahre 1952 bis 1954 für die erforderlichen Investitionen der Verteilungsanlagen zu verwenden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen war nämlich eine Sonderabschreibung bis zu 50 Prozent auf das im Laufe dieser Wirtschaftsjahre für „begünstigte Wirtschaftsgüter“ investierte Kapital zugelassen. Somit wurden in diesen Jahren beträchtliche Mittel in den umfangreichen Ausbau der Verteilungsanlagen investiert²².

Die Elektrifizierung der Haushalte der rd. 35.000 Einwohner von Soest hatte in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ einen gewaltigen Schritt nach vorn getan. Der Verwaltungsbericht der Stadt Soest für die Jahre 1960/61 schreibt dazu Folgendes: „Bemerkenswert bleibt im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadtwerke der Zugang im Verbrauch elektrischer Energie, der insbesondere auch in den Haushalten zu verzeichnen ist. Hier spielt der Einsatz elektrischer Geräte zur Entlastung der Hausfrau sowie das Fernsehgerät bei der Steigerung des Verbrauchs eine we-

21 Schreiben der Union-Elektricitäts-Gesellschaft, Berlin, an die Stadt Soest vom 7.6.1898, StAS C 934.

22 1960 hatte das Niederspannungsnetz eine Länge von 215 km (1950/51: 85 km), das Mittelspannungsnetz 46 km (1950/51: 20 km).

sentliche Rolle.” 1961 hieß es, eine Kilowattstunde erspare der Hausfrau 10 Stunden mühseliger Arbeit im Haushalt. „Mutti hat nun viel mehr Zeit für uns!” lautete einer der Werbesprüche der Elektroindustrie beim Verkauf ihrer Produkte.

Die volle Elektrifizierung der Küchen steckte Anfang der 50er Jahre praktisch noch in den Anfängen. Ein anderes Werbemotto der Elektrizitätswerke lautete: „Strom kommt sowieso ins Haus – nutz das aus!” Von den Architekten forderte man, „stromgerecht” zu bauen. Das Ergebnis ist die Einbauküche, wie wir sie kennen – durchrationalisiert und auf hohem technischen Niveau.

Bereits 1950 begannen die Soester Stadtwerke damit, den Verbrauchern die Anschaffung von Elektrogeräten durch Kredite zu erleichtern. Man stellte hierfür zunächst einen Betrag von 30.000 DM zur Verfügung. Da auch die Preise der Geräte in dieser Zeit in vertretbare Regionen rückten, für die es sich zu arbeiten und zu sparen lohnte, war die Elektrifizierung der Haushalte nicht mehr aufzuhalten.

Als 1954 in Soest außerhalb des Stadtbereiches ein großer Siedlungskomplex für Angehörige der kanadischen Streitkräfte entstand, auch als „Klein-Kanada” bezeichnet, wurden alle 607 Wohnungen vollständig mit Elektrogeräten ausgestattet.

Neben Elektroherden, elektrischen Kühlschränken, Staubsaugern und elektrischen Waschmaschinen gab es hier auch elektrische Heißwassergeräte, die in den 50er Jahren einen „Boom” erlebten und in die meisten Neubauwohnungen Einzug hielten. Der Elektroherd ersparte das mühselige Kohlenschleppen aus dem Keller. Der Staubsauger galt als zeitsparend und hygienisch, weil er den Schmutz nicht in der Wohnung hin- und herschob wie ein Besen, sondern ihn schluckte und damit vernichtete. Der elektrische Kühlschrank ersetzte den kühlen Vorratsraum, der in Neubauten nicht mehr eingeplant wurde. Der schlimme „Waschtag” mit Waschbrett und Kessel – die schwerste aller Arbeiten für die Hausfrau – verlor seinen Schrecken. Andere, für uns heute selbstverständliche Elektrogeräte, wie etwa Tiefkühltruhen, die sich seit 1950 in der Entwicklung befanden, waren zu dieser Zeit noch nicht verbreitet. Erst seit Mitte der 1960er Jahre führten sie sich in den Haushalten allmählich ein und veränderten, wie später auch die Mikrowelle, langfristig alle Ernährungs- und Kochgewohnheiten. Ebenso war die elektrische Geschirrspülmaschine – seit 1955 auf dem Markt – damals noch eine Rarität ²³.

23 Becker/Bedranowsky (wie Anm. 1), S. 132.

BERND-HEINER RÖGER

DER WIEDERAUFBAU DER ST.-PETRI-KIRCHE

Zerstörung

Die St.-Petri-Kirche wurde im 2. Weltkrieg zweimal schwer beschädigt. Bei dem großen Fliegerangriff am 5. Dezember 1944 gab es zwar keine baulichen Schäden, aber fast alle Kirchenfenster wurden zerstört. Danach konnte die Kirche gottesdienstlich eine Zeit nicht benutzt werden. Nachbarn, die ausgebombt waren, nutzten sie als Unterstellort für ihr Hab und Gut¹.



Bei dem Bombenangriff am 28. Februar 1945 wurde fast der gesamte Chorraum der St. Petrikirche zerstört. Bis in die 50er Jahre hinein blieb die Baustelle erhalten

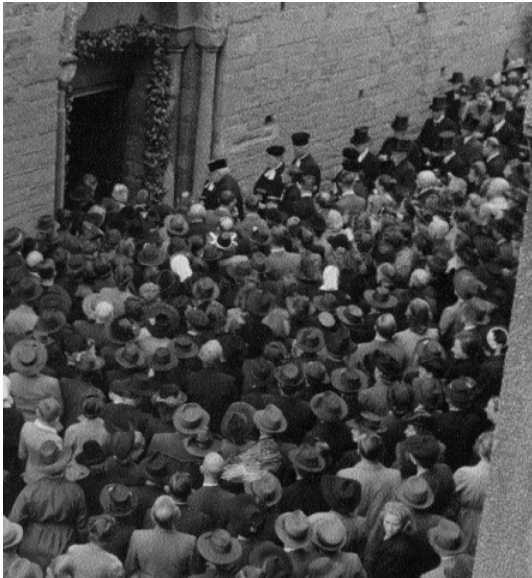
Erheblich schlimmere Auswirkungen hatte der Angriff am 28. Februar 1945, bei dem eine Bombe zwischen St.-Patrokli und Petrikirche detonierte. Die Explosion führte zum Einsturz des Kreuzschiffes und des gesamten gotischen Chores. Nur das romanische Langhaus blieb stehen und die äußeren Wände des Kreuzschiffes mit der Fensterrosette. Im Innern war besonders Wertvolles gesichert worden: 1942 hatte man in der Turmhalle eine Luftschutzkammer errichtet, in der die bedeutendsten Kunstschatze der Kirche – der Kleppingaltar, die Triumphkreuzgruppe und die beiden mittelalterlichen Apostelscheiben aus dem Fenster im Herrenchörchen – untergebracht waren. Anderes jedoch wurde unter den Steinmassen begraben und war unwiederbringlich dahin: der barocke Hauptaltar, die Wandgemälde im Chorraum, Abendmahlskelche, Kronleuchter, Kirchengestühl und einige Bilder. Die Kanzel

¹ Ausführliche Beschreibung der Schäden im Brief von Pfarrer Freytag an Präses Koch vom 27.12.1944, Landeskirchliches Archiv der Ev. Kirche von Westfalen (im Folgenden abgekürzt LKA-EKvW), Bestand 4,50 Nr. 4.

und der Taufstein, der in zwei Teile zerborsten war, waren schwer beschädigt, ebenfalls die Orgel, bei der durch den Luftdruck der Prospekt auf Pfeifen und Spieltisch gedrückt wurde. Zerstört wurde auch der Südflügel des Petrushauses mit wertvollen Gemälden².

*Wiederaufbauarbeiten bis zur Wiedereingebrauchnahme des Langhauses
(1945-1948)*

An einen Wiederaufbau war nach dem Krieg zunächst nicht zu denken. Zu groß war der Schock über die Zerstörung des Gotteshauses. Die Bemühungen richteten sich erst einmal darauf, eine neue Gottesdienststätte zu finden. Im Mai 1945 stellte die Stadt Soest den evangelischen Gemeinden das Haus der Freimaurerloge in der Roßkampffgasse zur Verfügung, dessen Saal etwa 100 Menschen Platz bot³. Daneben fanden Gottesdienste der Petri-Gemeinde auch in der Brunsteinkapelle und in den Räumen der Evangelischen Frauenhilfe statt.



Unter großer Beteiligung wird die verkürzte Petrikirche am 8. August 1948 wiedereröffnet. Im weihnachtlich geschmückten Raum ist die Zwischenwand mit den drei an die Romanik angelehnten langen Fenstern deutlich zu erkennen

Die Petrikirche lag wochenlang in Trümmern da. Erst als Plünderungen zunahmen – die zerstörte Kirche war offen und für jeden zugänglich –, begann man, die Kirche aufzuräumen und die schweren Bruchsteine auf den Petrikirchplatz zu schaffen.

² Eine genaue Auflistung der Schäden bei Hubertus Schwartz: Die Bau- und Kunstdenkmäler von Soest im Kriege 1939-1945. In: Soester Zeitschrift 61 (1948), S. 25-36.

³ Ausführliche Beschreibung im Brief von Pfarrer Freytag an Präses Koch vom 14.5.1945, LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 4.

Zahlreiche Freiwillige wurden dafür benötigt und das Presbyterium stellte unter Einbeziehung der Dörfer und Bezirke einen detaillierten Wochenplan auf – „mittwochs Ampen, donnerstags Deiringsen“⁴. Dennoch dauerten die Aufräumarbeiten bis in den Herbst und erst im August 1946 – also fast 1 ½ Jahre später – findet sich der Beschluss des Presbyteriums, den Bombentrichter auf dem Petrikirchhof zu verfüllen⁵.

Im August 1945 wurde der Architekt Artur Tachill beauftragt, den Wiederaufbau des Chores zu planen und in Angriff zu nehmen. Bis zu seinem Weggang nach Münster im Oktober 1949 leitete er alle Bauarbeiten in und an St. Petri.

Im Vordergrund stand zunächst die Sicherung des stehengebliebenen Teils der Kirche. Das durch Artilleriebeschuss beschädigte nördliche Kirchendach wie auch das Dach des Paradiesportals wurden mit Blechen gedeckt. Im Langhaus und im Turmportal wurden neue Holztüren eingesetzt. Im Innern mussten Kanzel und Taufstein instandgesetzt werden. Anstelle des völlig zerstörten Hauptaltars wurde der unversehrt gebliebene Kleppingaltar für den Gebrauch als Hauptaltar hergerichtet und mit einer Predella versehen, die der Maler Herrmann Prüßmann mit biblischen Darstellungen versah. Die Fenster erhielten eine einfache Verglasung.

Um die Kirche nach Osten abzuschließen, wurde in Höhe der westlichen Vierungspfeiler eine Zwischenwand eingezogen, die im Sommer 1946 fertiggestellt war. Sie war durchbrochen von drei schmalen, hohen, an die Romanik angelehnten Fenstern. Die Zerstörung des gotischen Chorraums führte offensichtlich zu einer Diskussion darüber, ob man nicht unter Verzicht auf einen Wiederaufbau die alte romanische Petrikirche unter Tilgung aller späteren gotischen Erweiterungen rekonstruieren solle – eine Position, die sich aber nicht durchsetzte⁶. Dennoch gab es Bemühungen, im Zuge der Reparaturarbeiten der Kirche die romanische Gestalt zurückzugeben und spätere Verfälschungen zu beseitigen. So wurden auf der Empore Fenster, die in späteren Jahrhunderten vergrößert und mit gotischen Spitzbögen ausgestattet waren, verkleinert und in ihre ursprüngliche romanische Form gebracht.

Das benötigte Geld für diese Erstmaßnahmen wurde zum großen Teil durch eine Sammlung innerhalb der Gemeinde aufgebracht, bei der um den Jahreswechsel 1945/46 herum jede evangelische Familie um eine Spende in Höhe eines Monatseinkommens gebeten wurde⁷. In vier Wochen kamen ca. 120.000 Reichsmark zusammen, was die Errichtung einer Bauhütte auf dem Petrikirchhof möglich machte. Die Spendenbereitschaft hielt in der Folgezeit an. Ein großer Einschnitt war jedoch die Währungsreform 1948, die das Spendenvermögen der Gemeindeglieder erheblich herabsetzte.

Ein großes Problem war es, Arbeitskräfte und Baumaterial zu bekommen. Dies führte immer wieder zu Unterbrechungen der Bautätigkeit. Die Gründe dafür waren vielfältig.

4 Presbyteriumsprotokoll vom 30. August 1945, LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 50, Bd. 4.

5 Ebd., Presbyteriumsprotokoll vom 1. August 1946: „Die Schuttmassen auf dem Petrikirchhof sollen beseitigt und dabei die Bombentrichter auf dem nördlichen Petrikirchhof zugefüllt werden.“

6 Erwähnung z. B. in dem Brief von Hubertus Schwartz vom 25. Januar 1949, LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 157.

7 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1942-1948 (Soester wiss. Beiträge. 4). Soest 1951, S. 157.



Nach Jahren ist die Chorruine der Petrikirche mit Unkraut überwuchert. Die Arbeiten an St. Patrokli gehen zügiger voran

In der Zeit der knappen Lebensmittel wechselten viele Arbeiter kurzfristig die Stellen und gingen dorthin, wo sie eine bessere Verpflegung bekamen, was in der Regel auf dem Lande der Fall war⁸. Mehrmals wurde die Bauernschaft der Gemeinde um Spenden von Kartoffeln und Getreide gebeten als „Werbe- und Stärkungsmittel“ für die Handwerker auf der Kirchenbaustelle, damit diese auch „gerne und willig“ dort arbeiten⁹. Persönlich setzte sich Pfr. Bülow bei der Stadt Soest dafür ein, dass einzelnen Arbeitern mit Unterwäsche, Kleidung und Schuhen geholfen wurde¹⁰. Und auch Architekt und Handwerkerfirmen wurden zwischendurch mit einem halben oder ganzen Zentner Weizen – je nach Wunsch gemahlen oder ungemahlen – bei Laune gehalten¹¹.

8 Presbyteriumsprotokoll vom 1. August 1946: „Es wird beklagt, dass die Arbeiter nicht intensiver sich an der Arbeit beteiligen, sondern im Hinblick auf die schlechte Verpflegung zu oft die Arbeitsstelle verlassen, um bei Bauern auf dem Lande zu arbeiten“ LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 50, Bd. 4.

9 Z. B. Aufruf des Presbyteriums an die Bauernschaft vom 3. Januar 1947: “[...] erbitten wir Kartoffeln und Roggen und Weizen, damit wir laufend Kartoffeln und Brot zusätzlich geben können. Es handelt sich hierbei um eine vom gesamten Presbyterium gebilligte und genau geregelte Zubuße.“ LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 157.

10 Ebd., Brief von Pfr. Bülow an Stadtdirektor Becker vom 8.10.1947.

11 Ebd., Briefe in Bd. 2: 1945-1952.

Zusätzliche Arbeitskräfte waren auch deshalb erforderlich, weil manche Materialien nur zu bekommen waren, wenn die Kirchengemeinde als Auftraggeberin Hilfskräfte stellte bzw. dafür sorgte, dass das Arbeitsamt sie zuwies. Dies gelang oft nicht und so verzögerten sich Lieferungen wie die von Bruchsteinen aus den Steinbrüchen in Rüthen. Argwöhnisch wurde beobachtet, wie andere Kirchengemeinden behandelt wurden. So beschwerte sich eine Baufirma darüber, dass „der Einfluss der katholischen Kirche auf die Hilfsbereitschaft ihrer Gemeindemitglieder ein ganz wesentlich größerer [sei] als der unserer evangelischen Kirche“ und das Arbeitsamt – größtenteils von Katholiken besetzt – Arbeitskräfte nur dem Wiederaufbau von St. Patrokli zuweisen würde¹².

Facharbeiter waren sehr schwer zu bekommen. Insbesondere Steinmetze waren knapp und gesucht. Anträge an den Regierungspräsidenten um Zuweisung wurden gestellt und es wurde genau beobachtet, welche Angehörige von Berufsgruppen in Soest zuzogen.

Ähnlich abenteuerlich und schwierig war die Beschaffung von Materialien, die oft nur über Beziehungen und durch großen persönlichen Einsatz zu bekommen waren. Architekt Tachill forderte deshalb das gesamte Presbyterium zur Mithilfe auf. In der Folgezeit gingen Bittbriefe an viele staatliche und kirchliche Stellen. So wurde der Erzbischof der lutherischen Kirche von Schweden um Bauholz gebeten, der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf um Holz und Eisen. Ein Wülfrather Bürger wurde eingeschaltet, um bei dem dortigen Kalkwerk drei Tonnen Kalkhydrat zu besorgen, das der Stuckateur benötigte. Und Erleichterung war da, als das Kultusministerium die Zuteilung von 25 kg Leim bewilligte¹³.

Trotz aller Widrigkeiten gingen die Arbeiten im Innern der Kirche so weit voran, dass am 8. August 1948 das Langhaus wieder gottesdienstlich in Gebrauch genommen werden konnte. Vor der eingezogenen Zwischenwand mit den Bogenfenstern im romanischen Stil stand nun der Kleppingaltar mit der neuen Predella. Unter großer Anteilnahme der Gemeinde – Pfarrer Gottfried Freytag schätzte 1500 Menschen – wurden Kreuz und Bibel, Taufschale und Abendmahlskelche, Petrusstatuette und die liturgischen Bücher in die Kirche hineingetragen¹⁴. Danach konnte in der Petri-Kirche wieder regelmäßig Gottesdienst gefeiert werden. Zum Weihnachtsfest 1949 erklang auch die Orgel wieder, die die Firma Kemper aus Lübeck mit neuer Registrierung wiederhergestellt hatte. Sie war an die Westwand zurückversetzt worden und hatte aus Kostengründen keinen Prospekt mehr.

Wiederaufbau des Chores (1948-1955)

Die Spendensammlung für den Wiederaufbau musste nach der Währungsreform auf neue Füße gestellt werden. Zu diesem Zweck wurde Anfang 1949 ein „Opfering St. Petri“ ins Leben gerufen, bei dem sich Gemeindeglieder verpflichteten, monatlich

12 Ebd., Brief der Fa. Reincke an den Architekten Tachill vom 8.8.1948.

13 Ebd., Brief des Kultusministers vom 13. Februar 1947.

14 S. den ausführlichen Bericht von Pfr. Freytag: Wiedereingebrauchnahme des Langhauses der St.-Petri-Kirche. Rückblick, masch.-schr., Soest 1948, LKA-EKvW 4,50, Nr. 157.



Ein Steinmetz bei der Bearbeitung des gotischen Maßwerks. Der Wiederaufbau des Chores kam einem Kirchenneubau gleich

einen festen Betrag zum Wiederaufbau der Kirche zu geben. Besonders der Männerdienst der Gemeinde machte sich für diese Aktion stark und sprach bei den einzelnen Familien vor. Dennoch war in diesen Jahren ein Erlahmen des Engagements für den Wiederaufbau zu spüren.

Dies verband sich mit einer Kontroverse über die Prioritäten des Wiederaufbaus. Pfarrer Bülow empfand zunächst die Wiederherstellung des Petrushauses als dringlich, da „von einem Gemeindehaus mit am wesentlichsten der innere Aufbau eines Gemeindelebens abhängt“¹⁵. Die Petrikirche sei – wenn auch in verkürzter Form – soweit wiederhergerichtet, dass man in ihr würdig Gottesdienst feiern könne. An die Wiederherstellung des Chorraums sei in den nächsten 10-20 Jahren ohnehin nicht zu denken.

Dem widersprachen Senator a. D. Hubertus Schwartz und ein Teil des Presbyteriums heftig. St. Petri ziehe mit seiner exponierten Lage in der Stadt die Blicke aller auf sich und könne nicht als Ruine da stehen, ohne dass das als Mutlosigkeit der evangelischen Kirche insgesamt und Unfähigkeit, den Wiederaufbau zu schaffen, gedeutet würde. Schwartz warnte davor, sich in kleinen Baumaßnahmen (Orgel, Heizung, Gemeindehaus) zu verzetteln und das große Ziel aus den Augen zu verlieren, verglich das Verfahren mit einem Elefantenjäger, der nur noch Kaninchen jage und prägte nicht ohne Theatralik das Motto „Der Chor geht vor!“¹⁶

Letztlich war es doch möglich, beide Ziele zu realisieren. Eine Lösung für das Gemeindehaus zu finden, wurde nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die Freimaurerloge darauf drängte, ihr Haus in der Roßkampffsgasse, das nach wie vor den evangelischen Gemeinden als Gemeindehaus diene, zurückzuerhalten. 1953 wurde das neue Petrushaus eingeweiht.

Die Arbeiten am Chor der Petrikirche zogen sich dagegen länger hin und wurden immer wieder unterbrochen, weil das Geld fehlte. Trotz ihrer großen Spendenbereitschaft war die Gemeinde allein mit der Finanzierung überfordert, Fördergelder blieben aber aus. Es finden sich häufige Klagen der Verantwortlichen, dass die öf-

15 Brief von Pfr. Bülow an Senator Schwartz vom 4. Juni 1949, LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 157.

16 Ebd., Briefe von Senator Schwartz an das Presbyterium vom 25. Januar 1949 und vom 2. Januar 1950.

fentliche Hand sie im Stich ließe¹⁷. Die Kriterien der Verteilung empfand man als ungerecht.

So begannen, obwohl schon im August 1947 die Grundsteinlegung stattgefunden hatte, die eigentlichen Wiederaufbauarbeiten erst 1950. Nach der Versetzung des Architekten Artur Tachill nach Münster übernahm Baurat a. D. Herbert Ehring die Leitung. Im ersten Bauabschnitt wurden im Winter 1950/51 die Chorkranzmauern bis zu den Fensterbrüstungen hochgezogen. Im Sommer 1951 wurde der südliche Giebel des Kreuzschiffes fertiggestellt. Im zweiten Bauabschnitt, der bis zum Frühjahr 1952 reichte, wurden Mittelpfeiler und Gurtbögen wiedererrichtet. Danach erfolgte eine längere Pause, bis die Arbeiten 1953 fortgesetzt wurden¹⁸. Dabei spielte eine motivierende Rolle, dass die benachbarte Patrokli-Gemeinde die 1000-Jahr-Feier von St. Patrokli 1954 vorbereitete und man als evangelische Gemeinde nicht zu schlecht dastehen wollte¹⁹. Im Jahr 1953 wurden die Fensterpfeiler und -bögen gemauert, im Winter 1953 / Frühjahr 1954 war der Dachstuhl fertiggestellt, am 17. März 1954 wurde Richtfest gefeiert. Danach begann die Einwölbung von Chorraum und Kreuzschiff, die für die beteiligten Handwerker technisches Neuland war, und die aufwändigen Arbeiten am Maßwerk der Fenster. Auch die Säulenkapitelle im Innern verlangten außergewöhnliche Steinmetzkunst. Zwar konnten einige der alten Kapitelle wiederverwendet werden und die Schlusssteine für Chor und Vorchor, die Petrus und das Lamm Gottes zeigen, waren glücklicherweise erhalten, aber vieles musste neu angefertigt werden. 1955 wurde das zunächst provisorisch mit Pappe gedeckte Dach mit einer Bleideckung versehen.

Am 1. Advent 1955 wurden im Rahmen eines „Festlichen Dankgottesdienstes“ Kreuzschiff und Chorraum der St.-Petri-Kirche wieder in Dienst genommen. Noch war die Kirche nicht fertig: Die Fenster hatten nur eine einfache, provisorische Verglasung und manches war im Innern noch nicht fertiggestellt. Trotzdem überwog die Freude, dass das Gotteshaus wiederhergestellt war und der Stolz, diesen Wiederaufbau in schwieriger Zeit geleistet zu haben.

Die Beseitigung aller Kriegsschäden nahm dann noch viele Jahre in Anspruch. 1959 kamen die neuen Chorfenster in die Kirche, 1967 und 1971 die beiden Fenster im Kreuzschiff. 1958-1968 wurden die drei neuen Bronzetüren eingebaut, 1962-1964 erfolgte eine Innenrestaurierung der stark verschmutzten Kirche. In den 1980er-Jahren kam im Zuge einer Neugestaltung des Altarraumes der Kleppingaltar wieder an seinen angestammten Platz im Seitenchor zurück. 1994 wurde der neue gläserne Hauptaltar aufgestellt. Am schwierigsten erwies sich die Orgelfrage. Die Kemperorgel war schon bald unspielbar. Provisorien folgten. Erst als 2006 die neue Orgel eingeweiht wurde, war der letzte Kriegsschaden behoben.

17 Deutliche Worte noch im Artikel „Die ‚alde Kerke‘ ist wieder heil!“ von „b“ (= Dr. Inge Berbecker), Soester Anzeiger vom 26.11.1955.

18 Genaue Chronologie in dem o. g. Zeitungsartikel sowie in den Gemeindeberichten der Gemeindechronik der St.-Petri-Gemeinde, LKA-EKvW, Bestand 4,50 Nr. 252.

19 Ebd., Gemeindebericht der St.-Petri-Gemeinde für die Jahre 1950-53.

JÜRGEN PETERS

DER WIEDERAUFBAU VON ST. PATROKLI

Neben vielen wertvollen Baudenkmälern der Stadt Soest wurde eines der schönsten und bedeutendsten, der St.-Patrokli-Dom, tragisches Opfer der furchtbaren Bombardements, die die Stadt im Zweiten Weltkrieg erleiden musste. Ursache der vermehrten und konzentrierten Luftangriffe war die Bedeutung des Soester Güterbahnhofes. Er war ein Hauptumschlagplatz für Rüstungsgüter. Insgesamt fielen auf Soest 67 Luftminen, über 7700 Sprengbomben und über 51000 Brandbomben. Etwa 62 Prozent der Soester Bebauung wurden vernichtet oder beschädigt.

Dieser Beitrag erzählt von den Wiederaufbauarbeiten des Domes unter Auswertung authentischer Quellen. Dazu gehören die im Pfarrarchiv der Patrokli-Kirchengemeinde überlieferten Dokumente (Akte Wiederaufbau) von Gutachtern, Denkmalflegern, Architekten, Baufachleuten. Schriftstücke über Verhandlungen mit verschiedenen Geldgebern, Verträge mit Handwerksfirmen und Lieferanten zeugen von der fast unlösbaren Aufgabe, vor der die Kirchengemeinde stand. Die Zeitungsartikel der Westfalenpost und später des Soester Anzeigers berichten immer wieder über Ereignisse und Fortschritte des großen Bauvorhabens.



Bombentreffer in der Nordwand von St. Patrokli

In der Festschrift zum Tage der Weihe des neuen Hochaltares am 5. Juli 1948 sind neben der Bau- und Kunstgeschichte des Domes auch die Zerstörung und der Wiederaufbau gewürdigt. Die Soester Chronik 1945 – 1954 berichtet ebenfalls über den Fortgang des Wiederaufbaues der Soester Kirchen. Weitere Hinweise gibt die chronikalische Zusammenfassung über die Patrokli-Gemeinde von Winfried Dornschneider von 1995.

Am 5. Dezember 1944, abends um 21 Uhr, trifft eine Bombe die Nordwand des Westwerks und lässt diese zum Teil einstürzen. Der Rest ist nicht mehr standsicher und muss später abgetragen werden. Auch die vier angrenzenden Gewölbe stürzen ein. 15 Fenster im Hauptschiff werden vernichtet. Im letzten Kriegsjahr wird der Patrokli-Dom nochmals schwer heimgesucht. Am 28. Februar 1945, nachmittags gegen 16 Uhr, treffen Spreng- und Brandbomben das Gotteshaus. Zwei Gewölbe im Hauptschiff werden durchschlagen. Die große Orgel wird vollständig vernichtet. Zum Glück können die Brände ziemlich schnell gelöscht werden.

Den schwersten Schlag aber erleidet der Dom am 7. März 1945, vormittags um 11 Uhr. Fast das gesamte Mauerwerk der Apsis mit den wertvollen romanischen Fresken des 12. Jahrhunderts sowie ein großer Teil der südlichen Chorwand werden ver-



Zerstörte Chorapsis

nichtet. Allein ein Fenstergewände mit der Darstellung eines alttestamentarischen Königs wird verschont. Der Hochaltar wird zerstört und mit dem Tabernakel unter den Schuttmassen begraben. Ein großer Bombentrichter tut sich auf. Die Wände und das Gewölbe der Sakristei werden schwer beschädigt, ihre Ostwand und ein Teil ihrer Nordwand stürzen ein. In verschiedenen Gewölben entstehen Risse, der Turmhelm zeigt nach einem Artilleriebeschuss in der Woche nach Ostern ein etwa 40 m² großes Loch, Wände des Domes und des Turmes weisen Einschusslöcher auf.

Auch die zur Patrokli-Kirchengemeinde gehörenden anderen Gebäude erleiden schwere Schäden. Das Dach der Nikolaikapelle wird zerstört, alle Fenster vernichtet. Der Remter, das frühere Refektorium des Patroklistifts aus dem 13. Jahrhundert, erleidet starke Beschädigungen. Die Außenwände sind teilweise nicht mehr standsicher, die Gewölbe drohen einzustürzen.

Das Kolpinghaus fällt einem Volltreffer zum Opfer. Das Antoniushaus wird schwer beschädigt, das Theresienhaus und das Wirtschaftsgebäude werden zerstört. Dort finden fünf Menschen, darunter zwei Schwestern, den Tod. Auch das Marienhospital bleibt nicht verschont. Es erhält am 19. September 1944 einen Volltreffer. Der Dachstuhl brennt aus. Die Gewölbe der Kapelle stürzen ein. Das Krankenhaus bietet ein Bild der Verwüstung. Der Betrieb wird größtenteils nach Bad Sassendorf verlegt. Die Propstei und zwei Vikariegebäude, Thomästr. 1a und Vreithof 7, erleiden Beschädigungen an Außenwänden, Dächern und Fenstern und sind z. T. nicht mehr bewohnbar. Der Kindergarten der Gemeinde am Damm erhält einen Volltreffer, der Kindergarten Auf der Borg wird stark getroffen und fast unbenutzbar gemacht. Die Kapelle der St.-Bruno-Gemeinde, der Tochtergemeinde von St. Patrokli, im damaligen Kindergarten in der Akazienstraße, wird am 10. März 1945 durch einen Volltreffer vernichtet. Hier sterben fünf Gemeindemitglieder, darunter der Domorganist Wilhelm Osterwinter mit seiner Frau.

Der Patroklischrein des Soester Goldschmiedemeisters Sigefrid, der im Jahre 1841 vom Vorstand der Patrokli-Kirchengemeinde an die Königliche Münze in Berlin veräußert wurde, zählt zu den Kriegsverlusten außerhalb der Stadt. Er wird dort in einem Flakturm, wohin er aus Sicherheitsgründen aus dem Deutschen Museum gebracht worden ist, durch Brand zum größten Teil vernichtet.

Zwischen dem 5. Dezember 1944 und dem 28. Februar 1945 finden weiter Messen im Dom statt. Wegen der offenen Fenster und der von den Bomben gerissenen Mauerlöcher dürfen die Männer ihre Kopfbedeckungen weiter tragen. Im dann durch weitere Bomben bis zu ca. 65 Prozent zerstörten und Wind und Wetter ausgesetzten Dom ist danach kein Gottesdienst mehr möglich. In der Folgezeit muss die Gemeinde bis 1948 in insgesamt 6 andere Räume ausweichen, zunächst in die Kapelle des Leo-Waisenhauses und in das Pfarrheim in der Niedergasse ab 18. März 1945, ab Ostern 1946 bis zum 2. Mai 1948 in die Turnhalle der Oberschule für Mädchen, dem Hildegardis-Lyzeum am Paradieser Weg, in die Turnhalle der Patroklischule vom 10. Mai 1945 bis März 1946 und anschließend in den Blauen Saal des Rathauses bis 1948. Ende 1945 ist die Nikolaikapelle so weit instand gesetzt, dass Gottesdienste dort gefeiert werden können.

Beginn des Wiederaufbaues

Nach dem Zusammenbruch am 9. Mai 1945 gilt es zunächst, das alltägliche Leben wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Es geht vordringlich darum, Wohnraum wiederherzustellen und Lebensmittel zu beschaffen. Es ist sicher am wichtigsten, den Schutt des Krieges aus Häusern und Straßen zu räumen. Trotzdem beginnen viele Gemeindemitglieder sofort damit, die gewaltigen Schuttmassen, zuerst aus dem Chor des Domes, zu beseitigen. Wiederverwendbare Steine müssen sortiert und gelagert werden.

Bereits am 24. Mai 1945 wird ein erstes Gutachten über die Schäden, die der Dom erlitten hatte, von dem Architekten Conrad Borghoff aus Soest erstellt. In Zeichnungen und Auflistungen hält er alle Schäden an Wänden und Gewölben fest. Das vorhandene Steinmaterial könne nach seiner Meinung noch für die Verblendarbeiten genutzt werden. Neue Steine könne man aus den noch bestehenden Steinbrüchen in Ostönnen und Neuengeseke gewinnen. Er empfiehlt, wegen der Schwierigkeiten der Wiederaufbauarbeiten nur Fachfirmen zu beauftragen.

Eine erste Besprechung wegen der Renovierung des Domes findet am 25. Juli 1945 mit dem Regierungspräsidium und dem Staatshochbauamt statt. Daran nehmen u. a. Propst Carl Völlmecke, Magistrats-Oberbaurat (Berlin) a. D. Heinrich Schäfer, der später Stadtbaurat in Soest wird, als Architekt und Regierungs-Baurat August Dambleff als Leiter des Staatshochbauamtes und Bevollmächtigter für den Wiederaufbau der Stadt und des Kreises Soest teil. Man überlegt zunächst, das Dach als Notlösung mit Blechen zu dichten und die nicht mehr standsicheren Gewölbe zu sichern. Chor und Nordwestecke mit ihren schweren Schäden sollen durch Ver-



Beginn der Wiederrichtung der Nordwand

schalungen abgetrennt werden. Die Wiederherstellung der Nordwestwand erfolgt als letzte Baumaßnahme erst zum Schluss.

Die Planung und die Bauleitung vertraut man Oberbaurat Schäfer an. Diese Arbeiten führt er dann auch jahrelang mit großem Einsatz und profunder Fachkenntnis aus. Er hat vor allem Kenntnisse über die Wege, auf denen man Material beschaffen kann. Das ist in dieser Zeit ganz besonders wertvoll. Das preußische Staatshochbauamt, Regierungs-Baurat August Dambelff, übernimmt einen Teil der Planung und die denkmalpflegerische Aufsicht. Es kommt auch die Überlegung auf, eine Bauhütte für den Dom zu schaffen, um wegen des Fachkräftemangels geeignete Handwerker für die besonderen Aufgaben heranzubilden. Dieser Plan findet aber keine Zustimmung. Heimische Handwerksbetriebe sollen für die Wiederaufbauarbeiten eingesetzt werden. Mit den Steinmetzarbeiten wird der Steinmetzmeister Heinrich Brune aus Soest beauftragt. Das Jahr 1945 geht mit Aufräumarbeiten, ersten Sicherungsmaßnahmen und vorbereitenden Arbeiten hin. Ende Oktober 1945 können die ersten Bleiplatten für den Turmhelm nach vielen Verhandlungen und Schwierigkeiten beschafft werden. Im Dezember erfolgt eine erste Lieferung von Dachblechen, um das beschädigte Kirchendach notdürftig zu reparieren.

Die Firma Hermann Milke, eine bekannte große Straßen- und Ingenieurbaufirma aus Soest erhält den Auftrag für die Maurer- und Betonarbeiten. Sie hat Arbeitskräfte und Maschinen sowie Möglichkeiten der Materialbeschaffung, wenn auch mit erheblichen Schwierigkeiten. Insgesamt erhalten nach und nach über 40 Soester Handwerksbetriebe und Handelsgeschäfte Aufträge.

Unterdessen beginnt die Brunogemeinde mit der Errichtung eines neuen Gotteshauses. Die Kirche wird nach Plänen des Soester Architekturbüros Ferber u. vor dem Brocke in reiner Selbsthilfe der Gemeindemitglieder gebaut. Sie fasst mit Orgelepore fast 500 Menschen. Die feierliche Einweihung findet am 12. Mai 1946 durch Propst Völlmecke statt.

Im März 1946 stellt Oberbaurat Schäfer die voraussichtlichen Kosten der Wiederherstellung des Domes, allerdings ohne Nordwand und Inneneinrichtungen, mit 380.000 RM zusammen. Diese gewaltige Summe aufzubringen, stellt eine fast unüberwindliche Schwierigkeit dar.

Im Jahre 1946 entsteht die Notgemeinschaft „Soest baut auf“ mit schnell über 500 Mitgliedern. Hier geht es um die Förderung des Wiederaufbaues aller öffentlichen Gebäude. Die Soester Künstlerschaft steht an der Spitze der Gemeinschaft und jeder Maler stiftet ein Bild zum Verkauf. Viele Soester beteiligen sich mit einmaligen Spenden oder mit Jahresbeiträgen an den gemeinsamen Aufgaben.

Am Dreifaltigkeitssonntag 1946 wird in einer schlichten Feier der Grundstein für die Wiederherstellung von Chor und Apsis gelegt. Eine Urkunde dokumentiert die Zerstörungen des Krieges, die ersten Arbeiten und die Schwierigkeiten des täglichen Lebens. Aber auch große Hoffnung und Zuversicht kommen darin zum Ausdruck: „Der Wiederaufbau unseres Domes beginnt unter den schwersten Verhältnissen. Es fehlt an Arbeitskräften und Material. Das Volk ist aus Mangel an ausreichender Nahrung zu schweren Arbeiten nicht fähig. Niedergeschlagenheit und völlige Unklarheit der Zukunft rauben den Mut zum Schaffen. Wo sich im ausgeplünderten

Reich Wiederaufbauwille zeigt, wird er zurückgedrängt. So kann der Wiederaufbau nur langsam und unter Überwindung immer neuer Schwierigkeiten erfolgen. Aber wir hoffen zu Gott, dass Seine Gnade unser Werk begleiten wird. Voll Vertrauen beten wir zu Ihm, dass Er unserem Beginnen die baldige glückliche Vollendung, unserer Gemeinde Seinen Segen und dem Deutschen Volke Freiheit, neues Leben und Gedeihen schenken möge.“ Um im Sommer 1946 Fußballplätze anlegen zu können, zieht die britische Militärregierung Handwerker von den Arbeiten am Dom ab. Propst Völlmecke bittet in einem Schreiben an die Militärregierung darum, diese Handwerker wieder zur Verfügung zu stellen, da es sich um die Wiederherstellung eines der wertvollsten Bauwerke handelt. Er kann sich erfreulicherweise auf ein Empfehlungsschreiben des britischen Offiziers Major Robertson in Münster, zuständig für die Erhaltung von Denkmälern und Kunst, berufen. Der Bitte wird stattgegeben. Zuständig ist die Dienststelle „Monuments, Fine Arts and Archives“ Sektion Mil. Gov. Det. 714 in Düsseldorf. Anträge auf Baugenehmigungen müssen bis 1948 in vierfacher Ausfertigung mit dem Formblatt „Building Control Form A“ an die britische Militärregierung gestellt werden.

Die Beton-, Maurer- und Steinmetzarbeiten an Chor und Apsis gehen gut voran. Der Bombentrichter wird verfüllt und das Fundament neu gegossen. Die Leistungen kann man besonders daran ermessen, dass man nicht wie in heutiger Zeit moderne Geräte und Gerüste zur Verfügung hat. Man hofft, im Frühjahr des kommenden Jahres das Gewölbe schließen zu können. Diese Arbeiten werden zunächst vorgezogen, da noch nicht entschieden ist, in welcher Form die Krypta, die im Jahre 1817 gesprengt und eingeebnet wurde, wiederhergestellt werden soll.

Viele Kräfte, besonders Landrat und Denkmalbeauftragter Dr. Hubertus Schwartz, setzen sich dafür ein, dass die Krypta, allerdings ohne die frühere Vierungskrypta, wieder in der alten Bauform entsteht. Nach einem genauen Plan des Propstes sind an den verschiedenen Wochentagen bestimmte Gruppen der Gemeinde aufgerufen, beim Schutträumen zu helfen, z.B. Kirchenchor, Kirchenvorstand, Handwerker und andere. Bei der Schuttbeseitigung und den Ausgrabungen werden alte Säulenreste, beschädigte Basen und Kapitelle gefunden sowie die Pfeileransätze an den Wänden, so dass die Wiederherstellung in der alten romanischen Form erfolgen kann. Es werden allerdings nur 6 alte Basen wiederverwendet. Die übrigen Stücke gehen verloren. Die 22 Säulen müssen neu erstellt werden. Man findet im Ausgrabungsschutt Bruchstücke des Grabsteins des Ritters Walter von 1075.

Ganz besondere Schwierigkeiten treten bei der Planung der Kryptagewölbe auf. Man benötigt für diese Maurerarbeiten eine große Menge Bauholz für die Lehren und Gerüste der vielen Gewölbe. Die Beschaffung ist wieder einmal fast unmöglich. Hilfe kommt durch die Idee eines Ingenieurs aus dem Ruhrbergbau. Er schlägt vor, zunächst die Gewölbeform durch entsprechend gebogene Betonstähle festzulegen, dann die Abstände mit feinem Maschendraht zu überbrücken. Auf diese Drahtgeflechte werden mehrere Schichten kräftiges Einmachzellophan gezogen. Plastikplanen stehen noch nicht zur Verfügung. Diese Konstruktion wird von unten mit Beton nach dem Torkretverfahren ca. 5 cm stark ausgespritzt, so dass nach dem Erhärten eine tragfähige Unterlage für den weiteren Betonaufbau entsteht. Der Verputz lässt

nicht errahnen, auf welche Weise diese „romanischen“ Gewölbe entstanden sind. Bernhard Gottschalk, langjähriges Mitglied des Kirchenvorstandes und damals als Praktikant zuständig für die genaue Geometrie der gebogenen Betonstähle, erinnert sich noch gut daran.

Mit Vertrag vom 1. September 1946 stellt die Orgelbaufirma Feith aus Paderborn eine Orgel mit fünf Registern und zwei Manualen leihweise für 20 RM monatlich zur Verfügung. Für den Transport nach Soest hofft man, bald einen LKW zu bekommen. Später wird eine zunächst kleinere, ausbaufähige neue Orgel in Auftrag gegeben, für die allerdings erneut ungeahnte Schwierigkeiten auftauchen. So sucht die Kirchengemeinde im ganzen Kreisgebiet nach verwendungsfähigem Holz.

Im Oktober 1947 wird ein Antrag an den Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen auf Zuteilung von 16 m² Orgelbauleder (Schafleder) gestellt. Es kann auch kein geeignetes Moltonpapier zur Abdichtung der Windladen beschafft werden. Das schließlich organisierte Moltonpapier wird wieder verworfen, weil es sich als zu dünn erweist. Zur Not will man auf zwei dünne Woldecken nach genauer Vorschrift ausweichen. Diese werden von der Kirchengemeinde besorgt und zur Verfügung gestellt. Die neue Orgel kann dann im Mai 1948 abgeholt werden.

Unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten stellen sich der Beschaffung von Glas für die zerborstenen und notdürftig zugeschalteten Fenster in den Weg. Während des gesamten Jahres 1947 bemüht man sich immer wieder, Glas zu kaufen. Auch das erfordert endlose Schreiben, Verhandlungen und Bittgänge. Das Staatshochbauamt befürwortet z. B. die Lieferung von Antikglas an die Fa. Glasmalerei Peters in Paderborn für die Fenster des Domes, da Antikglas sehr schwer zu beschaffen ist und nur für besondere historisch wertvolle Bauwerke geliefert werden darf. Es gibt auch die Überlegung, die großen Fensteröffnungen der Obergadenwände des Mittelschiffes aus dem 15. Jahrhundert wieder in die ursprüngliche romanische Form umzubauen. Dieser Vorschlag findet keine Zustimmung. Im Januar 1947 fragt der Landrat Hubertus Schwartz beim Provinzialkonservator Dr. Rawe wegen der Finanzierung für die Durchführung von Suchgräben im Mittelschiff des Domes an, um den genauen Verlauf der früheren Krypta und eventuelle Fundamente festzustellen. Im Herbst führen freiwillige Schüler des Archigymnasiums und der Oberschule für Jungen diese Grabungen durch. Auf Bitten von Schwartz gewährt der Konservator eine Entschädigung für insgesamt 26 Schüler von 520 Reichsmark.

Helpen und Gewinnen durch die Lotterien

Im Oktober 1947 hat sich auf Anregung des Propstes Völlmecke unter der Bezeichnung „Freunde des Patrokli-Domes, Komitee für den Wiederaufbau“ ein Verein gegründet, dessen Zweck allein die Förderung des Wiederaufbaues des Domes ist. Die Satzung wird am 21. Oktober 1947 verabschiedet. Sie nennt als Aufgabe des Vereins, „durch geeignete Veranstaltungen Geldmittel für den Wiederaufbau des Patrokli-Domes zu beschaffen“. Zum Vorsitzenden wird der Kaufmann Egon Hochherz gewählt. Schriftführer ist der Chefredakteur der Westfalenpost Edmund Pesch, Kassierer der Kaufmann Josef Kahr. Vorstandsmitglied ist der damalige Stadtwerke-

direktor Karl Cebulla, der in den Jahren des Wiederaufbaus besonders bei der Beschaffung von Materialien und den vielen, oft endlosen Verhandlungen erfolgreich wirkt. Der Verein wird im Vereinsregister eingetragen. Als erste Veranstaltung ist eine Dombau-Verlosung geplant, deren behördliche Genehmigung bereits sichergestellt ist.

Als Hauptgewinn steht ein Hermann-Milke-Eigenheim zur Verfügung. Es soll sogar im Umkreis von 50 km um Soest kostenlos aufgestellt werden. Außerdem sind Gemälde namhafter Künstler sowie Haushaltsgegenstände zu gewinnen. Insgesamt gibt es über 1000 Gewinne. Darunter befinden sich Kucheneinrichtungen, Herde, Öfen sowie Fahrräder, Möbelstücke, Textilien und Genussmittel und viele andere nützliche Gegenstände.

Der öffentliche Start findet am 16. November 1947 mit einer Feierstunde in der Lichtburg, dem ehemaligen Kinosaal in der Brüderstraße, statt. Musikalische Darbietungen des St.-Patrokli-Kirchenchores und ein Lichtbildervortrag über den Dom geben ihr einen festlichen Rahmen. Der Verkauf der Lose beginnt am 30. November 1947 durch die Pfarrjugend der Patrokli-Gemeinde. Der Lospreis beträgt 5 RM. Über 50.000 Lose werden abgesetzt. Leider können nicht alle Gelder aus der Lotterie wegen Mangels an Arbeitskräften und Material bis zur Währungsreform ausgegeben werden und werden dann mit der Währungsreform 1948 auf 6,5 Prozent des alten Wertes abgewertet.

Wie schwierig damals selbst der Warentransport war, zeigt eine Begebenheit im Zusammenhang mit der Verlosung. Eine namhafte Soester Firma will eine Kiste Wein als Lotteriegewinn spenden. Diese wird aber in Dortmund von einem Sonderkommando der Dortmunder Stadtpolizei beschlagnahmt, weil man dunkle Geschäfte vermutet. Erst Verhandlungen mit dem Städtischen Ernährungsamt Dortmund können die Freigabe bewirken. Die Ziehung der Lose erfolgt am Sonntag vor Weihnachten durch Kinder des Leo-Waisenhauses in der Turnhalle der Patroklischule unter der Aufsicht von Rechtsanwalt und Notar Franz Kresing. Das Milke-Eigenheim entfällt auf die Losnummer 8026, dessen Besitzer zunächst nicht bekannt ist. Später meldet sich August Bierbaum aus Heinrichsthal bei Eversberg mit seiner Braut als glücklicher Gewinner. Freunde haben ihm eins ihrer Lose geschenkt. Mit der 1000-Jahr-Feier 1954 löst sich der Verein nach Erreichen seiner Ziele auf.

Eine weitere Lotterie startet die Notgemeinschaft „Soest baut auf“. Es ist eine Losbrieflotterie mit dem Westdeutschen Lotteriekontor in Krefeld. Das Verkaufsergebnis wird dadurch stark beeinträchtigt, dass das Sozialministerium seine Zusage nicht einhält. So sollte von Mitte September bis Mitte November 1947 ein Alleinverkaufsrecht für Soest bestehen. Stattdessen gestattet das Sozialministerium auch der Arbeiterwohlfahrt und dem Bauverein des Kölner Domes den Verkauf der Lose. Aus diesem Grunde erhält der Dom nur 12.500 DM.

Der Dom ist wieder ein Gotteshaus

Es besteht große Hoffnung und auch Zuversicht, im Mai des Jahres 1948 im St.-Patrokli-Dom die erste Messe nach dem Kriege feiern zu können. Bis dahin sind aber noch viele Arbeiten zu erledigen. Im Januar wird der neue Altartisch aus Rüthener Grünsandstein, ca. 3 Tonnen schwer, in den Dom geschafft.

In der Lichtburg findet am 19. Januar 1948 die Abschlussfeier der Dombaulotterie statt. Mit Johann Sebastian Bachs Jubellied „Dir, dir, Jehova, will ich singen“ leitet der Domchor die Feierstunde ein. Hauptschriftleiter Edmund Pesch, Schriftführer des Vereins „Freunde des Patrokli-Domes“, hält einen Lichtbildervortrag über die westfälischen Dome.

Die stattliche Summe von 280.000 RM abzüglich Lotteriesteuer in Höhe von 41.666 RM kommt dem Wiederaufbau zugute. Ein Antrag auf Erlass der Lotteriesteuer wird von der „Leitstelle der Finanzverwaltung für die Britische Zone“ im Einvernehmen mit der Britischen Militärregierung abgelehnt.

Durch den Erfolg dieser Lotterie angeregt, planen auch die evangelischen Kirchengemeinden in Soest, einen Wiederaufbauverein zu gründen. Er wird „Rettet unsere Kirchen! Hilfswerk für die Wiederherstellung der ev. Kirchen in Soest“ heißen. Der Verein der Freunde des Patrokli-Domes sagt seinen Rat und seine Unterstützung aufgrund seiner guten Erfahrungen zu. Es wird auch eine Lotterie durchgeführt, deren Hauptgewinn wieder ein Milke-Fertighaus ist. Der Erfolg dieser Lotterie ist riesengroß.

Manche Schwierigkeiten sind noch zu überwinden. Ende Januar 1948 bemüht man sich, für die Anschaffung eines Läufers für den Chor entweder 150 kg Papiergarn oder 750 kg Altpapier zur Verfügung zu stellen. Der Kaufmann Emil Gerling, Inhaber des früheren Modegeschäftes neben dem Dom, kann den Läufer beschaffen. Der Kunstmaler Theo Landmann bittet in einem Brief an Propst Völlmecke um ein mit Siegel versehenes Schreiben, aus dem die Wichtigkeit der Angelegenheit hervorgehen soll, damit er sich einen Interzonenpass für eine Fahrt nach Überlingen (amerikanische Zone) zu einer Glasmalerei ausstellen lassen kann.

Im März 1948 geht es darum, Papier für Zementsäcke zu besorgen, damit die Zementwerke liefern können. Man wird dabei an mittelalterlichen Handel erinnert.

Am 2. März trifft eine Bewilligung des Wirtschaftsministers NRW für eine Lieferung von 86 Glühbirnen für den Dom ein. Die Heizung für den Dom kann im April 1948 fertiggestellt werden. Die Chorfenster wurden im Laufe des Sommers 1942 rechtzeitig herausgenommen und in Kisten verpackt in der Südkrypta in Sicherheit gebracht. Ebenso wurden weitere Kunstschatze aus St. Patrokli, der Nikolaikapelle, der Wiesen- und Paulikirche in der Südkrypta eingelagert. Rechtzeitig zum lange ersehnten Tag können die geretteten Chorfenster wieder eingesetzt werden. Im April sind noch 50–60 Handwerker im und um den Dom tätig, um den ersehnten Termin im Mai zu schaffen. Unter der Apsis steht noch eine Betonmischmaschine.

Zum ersten Mal erlebt der Dom am 1. Mai wieder eine Feierstunde, in der allen Helfern, besonders Hermann Milke, der mit Rat und Tat, Spenden und Zement geholfen hat, gedankt wird. Am Sonntag, 2. Mai, dankt in einer feierlichen Messe



Wiedereinweihung durch Kardinal Jaeger

Propst Völlmecke im Namen der Gemeinde allen, die zum Gelingen dieses Werkes bis zu diesem Festtag beigetragen haben. Der Domchor singt die vierstimmige Messe „Il bianco“ von Stefano Bernardi. Es sind zwar noch längst nicht alle Schäden beseitigt. Jahre werden noch vergehen mit der Instandsetzung der Nordwand, des Remters und des Kreuzganges sowie vielen kleineren Reparaturarbeiten. Jedoch ist die Halle des Domes vom Westwerk bis zur Apsis wieder geschlossen, die Krypta und Sakristei sind wieder aufgebaut, Gewölbe des Langhauses gesichert, Kanzel und Bänke instand gesetzt. Drei alte Glocken stellen das Geläut dar.

Am Samstag, 3. Juli 1948, klettert der Dachdeckermeister Rau durch eine Luke des Turmes auf einer Leiter bis an die Spitze und bringt dort zur Feier des Tages eine große Fahne an.

Am 5. Juli 1948 erfolgt dann die feierliche Wiedereinweihung des Domes durch den Erzbischof von Paderborn, Dr. Lorenz Jaeger, am Jahrestage der letzten Weihe des Domes durch den Kölner Erzbischof Rainald von Dassel im Jahre 1166. Der aus Trümmern wiedererstandene Dom kann die Gläubigen kaum fassen. Der Domchor singt die e-Moll-Messe von Anton Bruckner.

An diesem Tage haben die Schüler schulfrei, Stadt- und Kreisverwaltung und viele Geschäfte bleiben geschlossen. Am Nachmittag überträgt der Nordwestdeutsche Rundfunk ein Interview mit Propst Völlmecke über den Wiederaufbau und den Freudentag für die Gemeinde.

Zu diesem Tage erscheint die oben genannte Festschrift mit Beiträgen über die Baugeschichte, kunstgeschichtliche Bedeutung, Zerstörung und Wiederaufbau des Domes. Trotz aller Bemühungen kann die Druckerei zum Festtag von den in Auftrag gegebenen 3000 Exemplaren nur 200 Stück liefern. Der Rest wird Ende Juli/Anfang August bereitgestellt. Dadurch wird der Verkauf natürlich sehr behindert.

Die bisherigen Arbeiten können nur geschafft werden durch die unermüdliche Mitarbeit vieler freiwilliger Helfer aus der Gemeinde und durch die große Opferbereitschaft der Gemeindemitglieder in der ohnehin schwierigen Zeit. Zuschüsse der Regierung, des Landesdenkmalamtes, der Stadt und des Kreises tragen ihren Teil dazu bei. Eine große Hilfe ist natürlich der Erfolg der Lotterie, wenn auch ein großer Teil der Einnahmen auf die Lotteriesteuer entfällt. Trotzdem hat die Gemeinde 1948 über 50.000 DM Schulden. Um sie zu tilgen und neue Maßnahmen beginnen

zu können, beschließt der Kirchenvorstand am 14. Dezember 1948, der Patrokli-Gemeinde gehörende Grundstücke von etwa 45 Morgen, gelegen in der Gemarkung Oestinghausen, zu verkaufen.

Nun werden kleinere Reparaturen durchgeführt, aber die schwierige Finanzlage lässt die größte Aufgabe, nämlich den Wiederaufbau der Nordwand, noch nicht zu.

Am 2. März 1949 entsteht ein großer Sturmschaden am Dach des Westwerks. Der Sturm mit Windstärke 10 hat von Norden gute Angriffsmöglichkeiten, weil die Nordwand stark beschädigt ist und die angrenzenden Gewölbe und das Dach über diesen Flächen fehlen. Die westlichen und südlichen Dachflächen werden aus ihrer Verankerung am Turm herausgerissen, Teile werden auf die Rathausstraße und den Domplatz geschleudert. Die Rathausstraße muss wegen Verkehrsgefährdung mehrere Tage gesperrt werden. Der Schiefstand der Nordwand vergrößert sich, so dass die Einsturzgefahr steigt. Das Abtragen der Nordwand wird umso dringlicher, da man sonst die Steine nicht mehr wiederverwenden kann.

Zunächst muss auch hier noch Schutt beseitigt und das schadhafte Mauerwerk abgetragen werden. Für diese Abbrucharbeiten wird eine Holzrutsche gebaut, um die noch verwendbaren Steine zu schonen und sie entsprechend lagern zu können. Viele Steine müssen aber neu beschafft werden. Die vorhandenen Steine werden schichtweise nummeriert. Der Wiederaufbau wird dadurch erleichtert. Für die Wiedererrichtung der Nordwand werden im Sommer 1949 noch rd. 135.000 DM benötigt. Neben Spenden und Zuschüssen beantragt der Kirchenvorstand ein mittelfristiges Darlehen bei der Landesbank in Münster. Das kann jedoch nicht gewährt werden, weil der Bank nach eigenen Angaben weder kurz- noch mittelfristige Gelder zur Verfügung stehen. Eine Vormerkung für 1950 wird in Aussicht gestellt.

Im Herbst 1949 beginnt man mit den Maurerarbeiten zur Wiederherstellung der Nordwand. Die Fundamentierung muss wegen eines Bombentrichters von 3,50 m Tiefe erneuert werden. Um Schäden und Gefahren zu vermeiden, wird der Straßenverkehr am Dom gesperrt. Ende Oktober 1949 sind die Arbeiten so weit fortgeschritten, dass Hilfsabstützungen entfernt und die Bauzäune wegen der bevorstehenden Allerheiligenkirmes zurückgesetzt werden können.

Schon in der Vergangenheit gab es Forderungen, wegen des zunehmenden Straßenverkehrs die Rathausstraße zu sperren, um Schäden an den beiden Kirchen St. Patrokli und St. Petri zu vermeiden. In den Jahren 1934 und 1935 sprechen sich Provinzialkonservator, Presbyterium der St.-Petri-Kirche, Propst und Kirchenvorstand der St.-Patrokli-Pfarrgemeinde und Hubertus Schwartz für eine Sperrung aus. Dies bleibt zunächst ohne Erfolg.

Im April 1953 stellen beide Pfarrgemeinden wieder den Antrag an Stadt und Kreis Soest. Besonders der Wiederaufbau des Chores der St.-Petri-Kirche mit den schlanken Pfeilern ist durch die Erschütterungen stark gefährdet. Die Stadtverwaltung lässt nun die Erschütterungen mittels eines Kompasses auf den neuen Pfeilern bei Vorbeifahrten eines Müllwagens messen und kommt zu dem Ergebnis, dass keine Auswirkungen vorliegen. Allerdings spricht die Kreisverwaltung Soest am 26. Mai 1953 eine Sperrung der Rathausstraße für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen Gewicht aus.

Anschließend an die Überprüfung durch die Stadtverwaltung Soest werden 1954 zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Das Geologische Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und die Westfälische Berggewerkschaftskasse Bochum, Abteilung Geophysik, erklären nach eingehenden Untersuchungen in ihren Gutachten, dass sowohl die Gebäudeerschütterungen als auch die Bodenerschütterungen durch den Straßenverkehr sehr groß sind, selbst bei verhältnismäßig leichten Fahrzeugen.

Im Jahre 1950 sind die Maurerarbeiten der Nordwand des Domes, die Dacharbeiten und die Wiederherstellung der Gewölbe im Erd- und Obergeschoss fertiggestellt. Es verbleiben noch viele kleinere Arbeiten im Inneren des Gebäudes, nicht zuletzt Anstreicherarbeiten.

Im März 1951 werden dann die Zwischenwände, die den gesamten Nordwandbereich vom Kirchenschiff abgetrennt haben, wieder entfernt. Zum ersten Mal nach dem Krieg ist damit der gesamte Kirchenraum wieder nutzbar.

In dieser Zeit ist der Verein „Freunde des Patrokli-Domes“ weiter aktiv, um Spenden für den Wiederaufbau zu sammeln. Ein großes Ereignis ist am 4. April 1952 ein Symphoniekonzert im Burgtheater mit der Nordwestdeutschen Philharmonie unter der Leitung des Dirigenten Walter Schulten, Sohn des Soester Hoteliers Heinrich Schulten. Auf dem Programm stehen die Sinfonie „Mathis der Maler“ von Paul Hindemith sowie die 7. Sinfonie von Anton Bruckner. Der Überschuss kommt dem Dom zugute.

Die anderen Gebäude und Einrichtungen

Bis zum Sommer 1951 werden am ebenfalls schwer beschädigten Remter außer Sicherungsmaßnahmen keine Renovierungsarbeiten vorgenommen. Gleichzeitig zu den bedeutenden Arbeiten am Dom sind andere Arbeiten nicht zu leisten. Jedoch drängen jetzt Staatshochbauamt und Denkmalpflegeamt auf Wiederherstellung, da der bauliche Zustand bedrohlich ist und Einsturzgefahr besteht. Die westliche Außenwand und verschiedene Innenwände sowie zwei Gewölbekappen werden neu erstellt, dazu Basen und Kapitelle verschiedener Säulen, Fußböden, Fenster und die obere Decke werden erneuert, das undichte Dach wird repariert und teilweise neu eingedeckt. Im September 1952 zieht die Pfarrbücherei wieder in den Remter ein, den sie 1947 wegen Einsturzgefahr verlassen musste. Die Bücherei muss zunächst mit einem Bestand von 4300 Bänden vorliebnehmen, da die Gestapo im Jahre 1940 über 2.000 Bücher beschlagnahmt hat. Im Obergeschoss des Remters entstehen drei Wohnungen. In eine Wohnung zieht der Domorganist Heinrich Graefenstein mit seiner Familie ein. Die wichtigsten Arbeiten können im Jahre 1952 abgeschlossen werden.

Die folgenden Jahre sehen viele kleinere Reparatur- und Renovierungsarbeiten. So werden verschiedene Dacharbeiten am Turm und am Hauptdach des Domes vorgenommen. Die aus Kostengründen direkt nach dem Kriege benutzten Zink- und Eisenbleche sind zum Teil gerostet und werden durch Bleiplatten ersetzt. Im Kriege wurden im Februar 1942 drei Glocken abgeliefert und eingeschmolzen. Für diese

sollen drei neue Stahlglocken angeschafft werden. Statiker sehen die Notwendigkeit, wegen der Kriegsschäden des Turmes neue Berechnungen für die Belastungen durch das Geläut aufzustellen. Sie fordern, dass der Glockenstuhl überarbeitet und teilweise neu hergestellt werden muss. Neue Balken und Stahlkonstruktionen werden in den Turm geschafft.

Steinmetzarbeiten sind erforderlich an allen Innenwänden des Domes sowie an vielen Stellen des Außenmauerwerks. Anfang 1954 erhält eine Hammer Firma den Auftrag, die Innenwandflächen des Domes mit einem Sandstrahlgebläse von Schmutz und Farbe zu reinigen, damit der Stein sichtbar bleibt. Laufend werden noch Schäden der Kriegseinwirkungen entdeckt. So droht zum Beispiel ein Gurtbogen einzustürzen. Die Innenausmalung, besonders der Gewölbe, erfordert beträchtliche Summen.

Der Marienchor wird am 2. Juli 1953 eingeweiht, nachdem die Wandmalerei durch den Kirchenmaler Kästner restauriert und die Marmorverkleidung der Wände entfernt wurde.

Apsisausmalung

Eine große Aufgabe, die nun nach all den baulichen Maßnahmen in Angriff genommen werden soll, besteht darin, Chor und Apsis neu ausmalen zu lassen. Alle berufenen Stellen, Konservatoren, Denkmalschützer, Diözesankunstverein und nicht zuletzt Vertreter der Gemeinde, diskutieren lange und teilweise kontrovers, wie eine neue Ausmalung an Stelle der verloren gegangenen romanischen Ausmalung dem hohen Anspruch des nun 1000-jährigen Domes gerecht werden könnte. Schon in einem Schreiben vom 1. März 1948 plädiert Bürgermeister Hubertus Schwartz leidenschaftlich dafür, die zerstörte alte Ausmalung im Chor originalgetreu wiederherzustellen. Es bestünden genaue Farbaufnahmen, nach denen gearbeitet werden könnte. Zwischen der noch vorhandenen Malerei und einer modernen Ausmalung würde immer „ein hässlicher Gegensatz“ bestehen. Der Landeskonservator Wilhelm Rave stellt aber später fest, dass die früheren Originale durch Übermalungen so „grausam“ in Form, Farbe und Ausdruck entstellt waren, dass man sie unmöglich kopieren könne. Die alte Anordnung und romanische Sinnggebung könne bestimmt einen Anhalt geben. Dem ausführenden Künstler müsse man freie Hand lassen. Er müsse sich aber einordnen können, damit seine Arbeit nicht schon nach kurzer Zeit geschmätzt werde.

Die Überlegung, die in einer Fensterwandung einzig noch erhaltene Kaiserfigur aus dem Jahre 1166 von ihrer Stelle abzulösen und an anderer Stelle wieder anzubringen, wird schnell fallen gelassen. Für den Auftrag zur Ausmalung bewerben sich acht namhafte Kirchenmaler.

Nach sorgfältiger Überlegung des eigens gebildeten Sachverständigenausschusses wird der Kunstmaler Peter Hecker aus Köln mit der Arbeit beauftragt. Er will sich mit seiner Ausmalung an die alte Chor- und Apsismalerei anlehnen. Er beginnt im Herbst 1953 mit den vorbereitenden Arbeiten und stellt sie im Frühjahr 1954 fertig.

Im Kriege mussten viele Kirchengemeinden ihre Glocken abliefern, die eingeschmolzen wurden. In Deutschland wurden 47.000, in den besetzten Gebieten

33.000 Glocken beschlagnahmt. Auch St. Patrokli war betroffen. Fünf Glocken erklangen zum Patroklusfest im Januar 1942 zum letzten Mal. Sie wurden dann vom Turm heruntergelassen und abtransportiert. Glücklicherweise kommen zwei Glocken, eine ohne besonderen Namen aus dem 13. Jahrhundert und die Marienglocke von 1469 nach dem Kriege zurück. Eine Entschädigung seitens des Staates gibt es für die verlorenen Glocken nicht.

Um die drei eingeschmolzenen Glocken zu ersetzen, werden im Jahre 1953 drei neue Stahlglocken beim Bochumer Verein bestellt. Sie sollten am 1. Adventssonntag zum ersten Mal erklingen. Es gibt aber technische Schwierigkeiten, so dass die neuen Glocken erst am 8. Januar 1954 angeliefert werden. Am 10. Januar weiht Prälat Rohde aus Paderborn in einem feierlichen Akt, an dem sehr viele Bürger der Stadt teilnehmen, die Glocken auf dem Domplatz, wo sie festlich geschmückt zwei Tage stehen bleiben. Dann werden sie, wieder unter großer Teilnahme der Bevölkerung, von der Rathausstraße in das Vordach und von da aus im Turm hochgezogen.

Das volle Domgeläut erklingt zum ersten Mal am Patronatsfest des heiligen Patroklos am 23. Januar 1954. Die neuen Glocken tragen die Namen Patroklos, Carl Borromäus und Hermann Josef. Die schwerste wiegt 3.900 Kilogramm.

Im Dezember 1953 beginnen die ersten vorbereitenden Arbeiten zur Wiederherstellung des Kreuzganges. Zunächst werden die Fundamente für den Beginn der Maurerarbeiten freigelegt und vom Schutt befreit. Durch die Kriegseinwirkungen sind der südliche und der östliche Teil des Kreuzganges zerstört worden. Die größten Schäden des noch erhaltenen westlichen und nördlichen Kreuzgangflügels sind bereits beseitigt. Die einzelnen Joche des neuen Teiles werden nicht eingewölbt, sondern bleiben zum Dachstuhl offen. Es hat sich herausgestellt, dass ein Teil der Grundfläche des südlichen Kreuzgangflügels der Stadt Soest gehört. Der Erwerb ist jedoch nicht schwierig. Die Wiederherstellungsarbeiten ziehen sich über das Jahr 1954 hin.

Die 1000-Jahr-Feier ist ein Meilenstein

Im Jahre 1954 begeht die Patrokli-Gemeinde die 1000-Jahr-Feier der Gründung ihres Domes. Stadt Soest und Kirchengemeinde bereiten dieses besondere Ereignis gemeinsam vor, da der heilige Patroklos Schutzpatron der Kirche und der Stadt ist. Die Stadtverwaltung bildet einen Festausschuss. Es wird eine Kultur- und Heimatwoche vom 29. Juni bis 11. Juli geplant mit kirchlichen Feiern, einem Volksfest, Vorträgen und Ausstellungen. Die Stadt Soest gibt eine Festschrift heraus. Am Sonntag, dem 4. Juli 1954 findet das Kirchweihfest statt. Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger zelebriert das Pontifikalamt im Dom. Unter den vielen Ehrengästen befindet sich auch der Bischof von Troyes, der Partnergemeinde von St. Patrokli, Julien le Couëdic, der die Soester herzlich zum Gegenbesuch in Troyes einlädt. Der Domchor singt die e-Moll-Messe von Anton Bruckner unter Mitwirkung des Städtischen Orchesters Dortmund. Am Montag findet ein großes Volksfest statt. Die Attraktion ist ein Luftballonflugwettbewerb. Ein Ballon fliegt sogar bis Magdeburg. Die Fest-



1000-Jahrfeier mit dem Bischof von Troyes, Julien Le Couëdic

woche endet am 11. Juli mit einer Aufführung von Beethovens „Missa solemnis“ im Dom.

Kurz zuvor kann Propst Völlmecke auf ein 10-jähriges Wirken in Soest zurückblicken. Der gebürtige Rüthener ist am 19. Juni 1944 nach Soest gekommen. Seine Amtszeit wurde geprägt durch die schrecklichen Kriegseignisse und ganz besonders durch den Wiederaufbau des Domes. Dieses Werk des Wiederaufbaues mit seinen vielfältigen Aufgaben war nur möglich durch die Zusammenarbeit und Unterstützung vieler Menschen und Institutionen.

An erster Stelle stand der Aufbauwille und die große Opferbereitschaft der Patrokli-Kirchengemeinde und ihre Mitarbeit, aber auch die Hilfe vieler Firmen und Geschäfte sowie der offiziellen Stellen. Die Zuschüsse kamen von der Erzdiözese Paderborn, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Landeskonservator, von Stadt und Kreis Soest.

Bis zur Währungsreform 1948 wurden 500.000 RM aufgebracht. Danach, bis zum Jahre 1956, kostete der Wiederaufbau noch weitere 1.250.000 DM.

Literatur

Winfried Dornschneider (Hrsg.): St.-Patrokli Soest, Geschichte und Gegenwart 1845-1995. Iserlohn 1995

St.-Patrokli in Soest, Beiträge aus Anlass der Wiederherstellung des tausendjährigen Domes am Hellweg nach seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg (Festschrift). Münster 1948

Soester Chronik, vom 1. April 1942 bis 31. März 1948, zusammengestellt von Wolf-Herbert Deus, (Soester wiss. Beiträge. 4), Soest 1951

Soester Chronik, vom 1. April 1948 bis 31. März 1954, Zusammengestellt von Wolf-Herbert Deus, (Soester wiss. Beiträge. 12), Soest 1957

FRIEDRICH WILHELM LANDWEHR

DIE WOHNUNGSNOT UND DER WIEDERAUFBAU IN SOEST NACH DEM KRIEG

1. Ausgangslage

Situation nach dem Ende der Kriegshandlungen

Es gab einen kurzen Zeitabschnitt unmittelbar nach der Besetzung der Stadt am 6. April 1945 bis zur Kapitulation der Wehrmacht, den man als einen Moment des „großen Atemholens“ bezeichnen könnte: In einer Art inneren Stillstandes warteten die Menschen im Chaos der zerstörten Stadt mit der Frage: Wie geht es jetzt weiter?

Man hat oft gesagt, dies sei die „Stunde Null“ gewesen, der Beginn einer neuen Zeitrechnung, „ein totaler Neubeginn“¹. „Später wurde klar, dass die Stunde Null gar kein wirklicher neuer Anfang gewesen war; aber angesichts des totalen Zusammenbruchs empfand man sie so: Formel der Hoffnung, Synonym der Erwartung.“²

Es gab eben personelle, rechtliche und ideologische Kontinuitäten in diesem „Neubeginn“. Die Menschen lebten und arbeiteten unter sehr schlechten Bedingungen, den Weisungen der Besatzungsmacht unterworfen, an das Vergangene anknüpfend weiter, zum Teil mit denselben Menschen³ und denselben Gesetzen, wenn diese nicht ausdrücklich aufgehoben worden waren⁴.

Im Verwaltungshandeln zeigte sich diese Kontinuität unter anderem dadurch, dass 1944 bewilligte Reichszuschüsse in Form von Darlehen für die Schaffung von Wohnraum noch im August 1945 ausgezahlt wurden, wenn die erforderlichen Arbeitskräfte und das Material vorhanden waren.

„Die täglichen Zukunftsorgen verdrängten die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“, die ja doch die Ursache für das damalige Elend war⁵. Erst später wurden sich die Menschen der geistig-seelischen Befreiung durch die Alliierten von der menschenverachtenden, totalitären Nazidiktatur bewusst. Dies gab die Hoffnung

1 Jörg Echternkamp: Nach dem Krieg. Zürich 2003, S. 225.

2 Hermann Glaser: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland – Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948. München 1985, S. 18.

3 In der Stadtverwaltung Soest wurden 20 % der Belegschaft aus politischen Gründen entlassen, darunter 33 von 76 Beamten. Vgl. Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1942-1948. (Soester wiss. Beiträge, Bd. 4), Soest 1951, S. 51.

4 Verfügung des Regierungspräsidenten v. 7.5.1945 an die Landräte und Oberbürgermeister betr. Wiederherstellung der Verwaltungsordnung im Regierungsbezirk Arnsberg: „Auf Anordnung der Militärregierung für den Regierungsbezirk Arnsberg und mit deren Billigung im Wortlaut ergeht folgende Verfügung: Die Regierung in Arnsberg nimmt ihre Verwaltungstätigkeit für den gesamten Bezirk und für alle Sachgebiete wieder auf. Die Gesetze, Verordnungen und Anordnungen, die vor der Besetzung bestanden haben, bestehen weiter zu Recht, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben oder durch die Änderung der Verhältnisse deutlich außer Kraft gesetzt sind. Dies gilt insbesondere für das Weisungsrecht des Regierungspräsidenten gegenüber den nachgeordneten Dienststellen.“ Stadtarchiv Soest (im Folgenden abgekürzt StAS) D 37.

5 Sven Reichardt, Malte Zierenberg: Damals nach dem Krieg. München 2008, S. 176.

und die Kraft, die Zukunft neu zu gestalten und die schier unmögliche Aufgabe zu ergreifen, das Zerstörte wieder aufzubauen.

Umfang der Zerstörungen

Die weit überwiegende Zahl der 32 Luftangriffe auf Soest hatte die Zerstörung der Bahnanlagen zum Ziel, denn der Soester Bahnhof war ein wichtiger Verknüpfungsbahnhof, auf dem Züge aus dem Westen und Nordwesten für die Belieferung des östlichen Reichsgebietes zusammengestellt wurden.

Es ist jedoch auszuschließen, dass alle Angriffe nur auf den Bahnhof gerichtet und die Zerstörungen der Altstadt sogenannte „Kollateralschäden“ waren, die aufgrund zielungenauer Bombenabwürfe, die eigentlich dem Bahnhof gegolten hätten, verursacht wurden, denn die Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Städte wurden im Laufe des Krieges immer mehr von der Bombardierung einzelner strategischer Ziele zu einem systematischen Flächenbombardement gesteigert.

Zu den gezielt auf die Altstadt gerichteten Angriffen gehörten die Bombenangriffe vom 12. Juni 1940, 22. April 1944 und 7. März 1945. Der Bahnhof und die Altstadt wurden als gemeinsames Ziel am 14. Juli 1940, 13. Juni 1941, 19. September 1944, 5. Dezember 1944 und 28. Februar 1945 angegriffen⁶.

Als der Krieg zu Ende war, war die Bebauung in der rund 100 Hektar großen Altstadt auf einer Fläche von rund 70 Hektar zerstört oder schwer beschädigt. Das zerstörte Gebiet lag etwa östlich der Linie Schonekindstraße, Marktstraße, Isenacker, Burghofstraße, Grandwegertor. Innerhalb dieser Fläche gab es ein paar unversehrt gebliebene Gebäudeinseln, so am Loerbach, an der Osthofenstraße und der Thomästraße gegenüber der Einmündung des Lütgengrandwegs, an der Marien- und der Hospitalgasse. Außerhalb der Altstadt wurde die Bebauung am Ostenhellweg, Schwarzen Weg, an der Friedrichstraße, Hermannstraße, am Weslarner Weg und an der Oestinghauser Straße schwer in Mitleidenschaft gezogen bzw. zerstört⁷.

Im April 1945 waren von den vor dem Krieg erfassten 5633 Gebäuden der Stadt 36 % völlig bzw. in einem solchen Umfang zerstört, dass sie nicht mehr genutzt werden konnten, und 32 % der Gebäude waren bis zur Hälfte beschädigt. Zu den zerstörten und schwer beschädigten öffentlichen Gebäuden gehörten u. a. vier Kindergärten, die Oberschule für Jungen in der Pollhofstraße, die Pestalozzi-Schule in der Thomästraße, die Turnhallen der Marien- und der Thomäschule, das Rathaus, das Burghofmuseum, das Osthofentor, das Walburgisheim, die Blindenanstalt an der Kleinen Osthofe, die Badeanstalt und das Wasserwerk am Großen Teich. Alle sieben Kirchen trugen schwere bis mittlere Schäden davon, sodass Gottesdienste nur in Behelfsräumen stattfinden konnten.

⁶ Deus (wie Anm. 3), S. 11ff.

⁷ Gerhard Köhn (Bearb.): Bomben auf Soest. (= Soester Zeitschrift (im Folgenden abgekürzt: SZ) 106 (1994)) Soest 1994.

Die gewerblichen Betriebe kamen glimpflicher davon: von den 1210 betrieblichen Gebäuden wurden 4 % zerstört bzw. waren zunächst nicht mehr nutzbar. Des Weiteren wurden 14 landwirtschaftliche Gebäude dem Erdboden gleichgemacht.

Die Straßen sowie die darunter verlegten Wasser- und Gasleitungen, die Stromfreileitungen sowie die Schmutzwasser- und Regenwasserkanäle waren erheblich beschädigt worden. Nach Beendigung des Krieges wurden diese sofort repariert⁸.

Zerstörung von Wohngebäuden und Wohnungen

Über das Ausmaß der zerstörten Wohngebäude gibt es unterschiedliche Angaben. Die Soester Chronik verzeichnet 1438 durch Kriegsereignisse vernichtete Wohnhäuser⁹. Dagegen ist in den Akten des Stadtarchivs bei einem Bestand von 3179 Wohnhäusern Mitte 1944 von 1324 zerstörten Wohnhäusern (80 bis 100 % Zerstörung) die Rede, das sind 42 % aller Wohngebäude, 645 – das waren 20 % der Wohngebäude – waren so erheblich zerstört, dass sie nicht mehr bewohnbar waren (50 bis 80 % Zerstörung), 855 Wohnhäuser (27 %) waren bis zu 50 % zerstört. 355 Wohnhäuser (11 %) waren unbeschädigt. Somit waren 2.824 (89 %) der Wohngebäude nach Kriegsende beschädigt oder zerstört.

Bezogen auf die Anzahl der Wohnungen ergibt sich folgendes Bild: Von den Mitte 1944 vorhandenen 6.448 Wohnungen waren 4.218 zerstört oder beschädigt worden (65 %), davon waren 2.716 mit einem Zerstörungsgrad von 60 bis 100 % völlig zerstört bzw. unbewohnbar (42 % aller Wohnungen), 1.502 Wohnungen (23 %) waren bis zu 60 % zerstört und wieder instandsetzungsfähig und 2.230 (35 %) waren erhalten geblieben und bewohnbar¹⁰.

Zerstörung von Baudenkmälern

Eine große Anzahl der für die Bau- und Kunstgeschichte der Stadt bedeutenden Gebäude wurde im Krieg zerstört oder schwer beschädigt.

Hubertus Schwartz stellte sie 1945 in einer Liste¹¹ zusammen. In diesem Aufsatz soll nicht weiter auf den Verlust der Baudenkmäler eingegangen werden. Dafür bedarf es einer gesonderten Abhandlung.

Trümmerbeseitigung

Die Zerstörungen durch die Kriegshandlungen hinterließen in Soest etwa 250.000 m³ Trümmer¹².

8 StAS D 2076, D 2192; Deus (wie Anm. 3), S. 99ff.

9 Deus (wie Anm. 3), S. 41.

10 StAS D 2076.

11 StAS P 138.166.

12 StAS D 2077. In einem Vermerk vom 23.5.1950 wurde das Verfahren der Schätzung auf der Grundlage einer Verfügung des Oberpräsidenten Münster vom 12.4.1946 und des Regierungspräsidenten vom 26.4.1946 aufgezeigt. Man kam auf die Menge von 250.000 m³, die seit 1946 der Enttrümmerung zugrunde gelegt wurde (vgl. Anm. 36).

Nach dem Ende des Krieges ordnete die britische Militärregierung¹³ als Erziehungsmaßnahme an, die Trümmer in Selbsthilfe zu beseitigen, vorrangig den Schutt von den Bürgersteigen wegzuräumen und die wenig beschädigten Häuser instandzusetzen¹⁴.

Um die Aufgabe der Trümmerbeseitigung zu bewältigen, teilte die Verwaltung die Stadt in elf Selbsthilfebezirke ein, denen jeweils ein „Vertrauensmann für den Wiederaufbau“ (Einsatzleiter) vorstand. Die Einsatzleiter, die von der Verwaltung benannt wurden, hatten ein Verzeichnis der Hilfskräfte im Bezirk zu erstellen, bei der Stadt einzureichen und die Arbeitskräfte zu den Arbeiten heranzuziehen.

Aufgrund einer Mahnung der Militärregierung, die Aufräumarbeiten hätten nicht genügend Fortschritte gemacht („der Kommandant wünscht insbesondere die sofortige Beseitigung des Schuttes von den Bürgersteigen“), forderte Bürgermeister Franz Becker, der am 8. April 1945 von den Amerikanern in dieses Amt eingesetzt worden war, die Einsatzleiter auf, die Selbsthilfeaktion sofort zu organisieren. Gleichzeitig bat er durch Fritz Otte vom noch so bezeichneten Reichsnährstand¹⁵ die Landwirte der Börde, wieder täglich 50 Fahrzeuge zum Abtransport des Schuttes zur Verfügung zu stellen, weil nun die Ernte fast beendet sei¹⁶.

Der vom Arbeitsamt für alle Berufstätigen seit August 1945 verfügte sechswöchige Arbeitseinsatz hatte wohl nicht das erwartete Ergebnis erbracht, denn zu viele Freistellungen verzögerten die Aufräumarbeiten. Bürgermeister Becker untersagte daher im Oktober 1945 für die Bediensteten der Stadtverwaltung die Freistellung von diesem Arbeitseinsatz (Abb. 1).

Ferner wurden die Grundstückseigentümer angehalten, sofort tätig zu werden und Gespanne bei der Kreisbauernschaft, Kungelmarkt 5, anzufordern¹⁷.

Des Weiteren wandte sich der Bürgermeister an die Polizeiverwaltung, die Nachbarn zur Beseitigung der Trümmer auf den Fußwegen heranzuziehen. Die Kreisbauernschaft werde dafür 15 Wechselfuhrwerke für 3 Wochen zur Verfügung stellen. „Sie werden auf dem Marktplatz bereitgestellt und vom Leiter der Aktion, Herrn Brüggewirth, zur Schadensstelle beordert.“ Die Stadt könne keine Kräfte dazu abstellen, da diese mit Tiefbauarbeiten beschäftigt seien (Abb. 2)¹⁸.

Als Abladeplätze wurden Flächen im Osten (am Hauptlinder Weg/Einmündung Ringstraße), im Süden (an der Windmühle), im Süd-Westen (an der Arnsberger

13 Nach dem Abzug der amerikanischen Soldaten rückte am 8.5.1945 die britische Besatzungsmacht in Soest ein, die ihre Aufgabe als Militärregierung am 4. 6.1945 übernahm. Reimer Möller: Soest am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Besatzungszeit. In: SZ 116 (2004), S. 209-243, hier S. 216.

14 Schreiben des Bürgermeisters Becker vom 23.8.1945, StAS D 2077.

15 Der Reichsnährstand war eine von den Nationalsozialisten eingerichtete, öffentlich-rechtliche Gesamtkörperschaft, in der alle in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen, Betriebe und Verbände von 1933 bis 1945 zwangsweise erfasst wurden. Der Reichsnährstand hatte seinen Sitz in Soest im Landbundhaus, Kungelmarkt 5. Die Begriffe der alten Organisationsstrukturen der Nazis waren noch im Sprachgebrauch und wurden noch 1950 in Vermerken der Verwaltung verwendet, z. B. am 23.5.1950, ebd.

16 Schreiben des Bürgermeisters vom 1.8.1945, ebd.

17 Schreiben des Bürgermeisters vom 18.10.1945, ebd.

18 Schreiben des Bürgermeisters vom 20.10.1945, ebd.

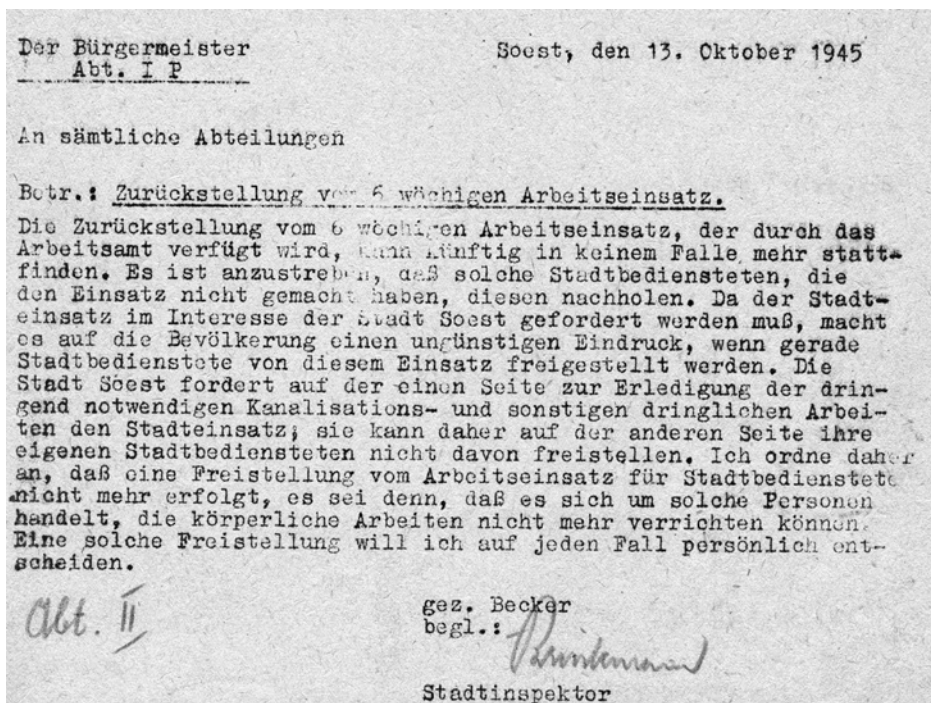


Abb. 1: Arbeitseinsatz für die Trümmerräumung



Abb. 2: Fuhrwerk für den Trümmertransport

Straße/an der Besetzung Ruhfeger), im Westen (alter Steinbruch Fingerhut in Ampen) und im Norden (Ziegelei Schürhoff) genutzt.

Von 1945 bis einschließlich 1946 stellten die Bauern für den Abtransport der Trümmer ihre Fuhrwerke fast zwei Jahre lang kostenlos zu Verfügung. Erst 1947 bekamen sie je Fuhr eine Entschädigung von 4 Reichsmark. Seit 1948 wurden Lastkraftwagen zum Transport eingesetzt.

Einem Vermerk vom 27. September 1945 ist zu entnehmen, dass die eingesetzten Selbsthilfekräfte zum Teil nicht erschienen, weil sie sich drückten und kein Interesse hätten. Während im Krieg die Hitlerjugend die Trümmer auf den Straßen beseitigte¹⁹, musste nun jeder selbst die Schaufel in die Hand nehmen. Mehrmals musste Becker seine Bürger auffordern, den Schutt auf Fahrbahnen und Bürgersteigen zu entfernen.

Dass es auch große Hilfsbereitschaft gab, verdeutlicht folgende Mitteilung des Bürgermeisters in der ersten Sitzung der Gemeindevertretung am 21. November 1945²⁰ im Beisein des Stadtkommandanten Major Gething: „Die Wagengestellung war in letzter Zeit besser. Ein prachtvoller Mann aus Theiningsen rief an und sagte: 'Wir wollen unsere Kreisstadt wieder aufbauen helfen.' Seitdem bekommen wir 15, 20 bis 22 Wagen, die jeden Tag den Schutt abfahren.“ Ferner führte der Bürgermeister aus: „Bei der Trümmerbeseitigung muss, wenn die Wagen gestellt werden, Selbsthilfe eingreifen. Die Militärregierung hat neulich zwei Mann eingesperrt, weil sie nicht mithelfen wollten, da sie nicht Nazis gewesen wären. Jeder muss 50 Meter von seinem Haus entfernt helfen, den Schutt wegzuschaffen. Wir haben noch Schutt liegen auf Wasserleitungen. Aber ehe der Schutt in der Stadt nicht beseitigt ist, können die Wasserleitungen nicht freigelegt werden.“

Diese Aufräumaktionen gingen alles andere als reibungslos vonstatten. Oft kam es zu gegenseitigen Behinderungen. So mahnten die Stadtwerke an, dass ausgehobener Schutt auf zu reparierenden Kanalleitungen gelagert werde²¹; Schuttmassen in der Thomästraße verhinderten den Anschluss von Bad Sassendorf an das Fernsprechnetz²²; auf gerade freigeräumten Flächen wurde von Mitarbeitern der Stadt erneut Schutt gelagert. Häufig wurde Schutt vor fremde Grundstücke gekippt und Hausmüll dazugepackt. Viele Trümmergrundstücke, Wege und Plätze wurden, auch von den Besatzungstruppen, als Müllablage genutzt²³.

Die allgemeine Unzufriedenheit beim Fortgang der Trümmerbeseitigung veranlasste den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, am 31. Januar 1946 die nachgeordneten Behörden aufzufordern, die „gemeinschaftliche Hilfe der Bürger“ bei den Aufräumarbeiten in den zerstörten Städten stärker als bisher einzufordern, da es an Arbeitskräften fehle. „Alle Bürger, einschließlich der freien Berufe, Gewerbetreibenden, Schüler und Schülerinnen, müssen im Rahmen des Möglichen heran-

19 Fotos in Köhn (wie Anm. 7), S. 155ff.

20 StAS D 68a. Die Gemeindevertreter wurden von der Militärregierung berufen. Die politische Zusammensetzung erfolgte nach den Vorkriegsverhältnissen. Bei dem „prachtvollen Mann“ aus Theiningsen handelte es sich um den Landwirt Josef Müller.

21 Schreiben der Stadtwerke Soest vom 25.1.1946, StAS D 2077.

22 Schreiben des Postamtes Soest vom 15.3.1946, ebd.

23 Anonymes Schreiben an den Stadtdirektor vom 15.3.1946, ebd.

gezogen werden. Der Sondereinsatz der Funktionäre und alten Pg's muß verstärkt erfolgen.“ Um eine Beeinträchtigung der Berufsarbeit zu vermeiden, war auch der Einsatz an den Sonnabendnachmittagen, Sonntagen und an den länger werden Tagen auch nach Feierabend vorgesehen²⁴.

Oberkreisdirektor August Günther erließ daraufhin am 1. März 1946 eine Anordnung zur „Regelung des Arbeitseinsatzes bei den Wiederaufbauarbeiten im Stadtgebiet Soest“. Darin heißt es: „Es wird daher im Einvernehmen mit der Militärregierung und dem Landrat angeordnet, daß alle Männer im Kreisgebiet im Alter von 17 bis 55 Jahren, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen, nur dann vom Arbeitsamt vermittelt werden, wenn sie einen 6-wöchigen Einsatz bei den Wiederaufbauarbeiten abgeleistet haben. Männer der gleichen Altersklassen, die z. Zt. in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, und Selbstständige, die zu dem vorerwähnten Einsatz noch nicht herangezogen worden sind, werden vom Arbeitsamt je nach Bedarf eingesetzt.“ Kriegsversehrte und körperlich untaugliche Männer waren befreit. „Die ländliche Bevölkerung wird daneben die Arbeiten durch Gestellung von Spanndiensten tatkräftig unterstützen.“²⁵ Volleinsatzfähige Kriegsheimkehrer wurden vom Arbeitsamt, bevor ihnen eine Arbeit vermittelt wurde, zu einem sechs-wöchigen Aufräumdienst verpflichtet.

Da die Beteiligung der Anwohner an der Räumung ungleich war, denunzierten Bürger ihre Nachbarn bei dem am 15. März 1946 zum Stadtdirektor ernannten Franz Becker, sich nur sehr wenig an „Wiederaufbauarbeiten“ wie Aufräumen, Trichterschließen usw. zu beteiligen²⁶. Vielfach waren Bürger aber nicht in der Lage, den Schutt zu beseitigen, weil sie alt, alleinstehend, gebrechlich, krank oder kriegsversehrt waren. Sie baten die Stadt daher um Hilfe.

Am 2. April 1946 startete der Stadtdirektor eine Gemeinschaftshilfe zur Schließung der Bombentrichter auf den Feldern im Norden und Osten der Stadt, weil diese eine Bestellung der Felder unmöglich machten. Da es den betroffenen Landwirten nicht gelungen war, die Schäden mit eigenen Kräften zu beheben, baten sie die Stadtverwaltung um Hilfe, wobei sie zu Recht darauf hinwiesen, dass sie „für die Schuttaktionen in Soest bisher rund 1800 Fuhrwerke kostenlos gestellt hatten.“ – „Die Dringlichkeit dieser Aktion braucht infolge der für jedermann spürbaren schlechten Ernährungslage nicht besonders betont zu werden.“ Vorgesehen war der Einsatz aller Mitarbeiter der Soester Behörden und der höheren Schulen mit dem Ziel der Herrichtung der Felder für die Frühjahrsbestellung²⁷.

Die Aktion, die sich über vier Wochen erstreckte, ergab „erfreuliche Ergebnisse“: „100 Morgen besten Ackerlandes“ konnten kultiviert werden, auf denen ein Ertrag von rund 13.000 Ztr. Kartoffeln zu erwarten war. Die Bauern waren zufrieden

24 Abschrift der Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 31.1.1946, ebd.

25 Abschrift der Anordnung des Oberkreisdirektors, die am 21.2.1946 dem britischen Kommandanten zur Genehmigung vorgelegt wurde, ebd. Bis zur zweiten Sitzung des Kreistages am 29.1.1946 war August Günther von der Besatzungsmacht eingesetzter Landrat. In dieser Sitzung wurde er zum Oberkreisdirektor und Hubertus Schwartz zum Landrat gewählt, vgl. Deus (wie Anm. 3), S. 71.

26 Anonymes Schreiben vom 17.6.1946, StAS D 2077

27 Schreiben des Stadtdirektors an alle Behörden und Schulen der Stadt Soest vom 2.4.1946, ebd.

und bedankten sich bei den Helfern „durch die Gewährung eines Frühstückes“²⁸. Hervorzuheben ist, dass in der ersten Woche der Aktion von den 677 Helfern 78 % Schüler waren. In den darauffolgenden Wochen wurden die Helfer nicht mehr erfasst.

Ein Jahr nach Kriegsende wurde den Gemeinden aufgegeben, die Trümmerbeseitigung zielgerichteter durchzuführen und den übergeordneten Behörden regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten zu berichten.

Am 12. April 1946 forderte das Baulenkungsamt Westfalen-Lippe beim Münsteraner Oberpräsidium auf Anordnung der Militärregierung von allen Städten und Gemeinden über 5000 Einwohnern die Aufstellung eines Programms zur Beseitigung der Trümmer²⁹. Die Schutt- und Trümmermengen sollten getrennt nach Gebäudearten – öffentliche Gebäude und Geschäftshäuser, Wohnbauten, industrielle Bauten, Bauten der städtischen und staatlichen Verwaltung – erfasst und in Plänen die wiederherstellbaren Anlagen und Einrichtungen sowie die völlig bzw. für den Wiederaufbau zu stark zerstörten Bauten gekennzeichnet werden. Ferner sollte die Trümmerräumung nach Dringlichkeitsstufen vollzogen werden, die in den Plänen farbig zu kennzeichnen waren: zuerst die Räumung von Zugangsstraßen zu wichtigen öffentlichen Anlagen sowie Straßen des Durchgangsverkehrs, dann Räumung der wilden Müllkippen, ferner Beseitigung von gefährlichen Bauteilen und Trümmern in der Nachbarschaft benutzter Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen, zuletzt die Freilegung von Baustellen als Vorbereitung bereits geplanter Instandsetzungs- oder Neubauarbeiten und allgemeine Räumung.

Darüberhinaus sollte die Gesamtschuttmenge ermittelt werden, die innerhalb eines Jahres geräumt werden könne, und die dafür erforderlichen Arbeitskräfte. Auch sollten Aussagen zur Sortierung und Wiederverwendung brauchbarer Baustoffe und Installationsmaterialien gemacht werden, wobei diese Baustoffe nach Möglichkeit zugunsten derjenigen verwendet werden sollten, die an den Räumungsarbeiten beteiligt waren.

In dem innerhalb von vier Wochen dem Regierungspräsidenten vorzulegenden Bericht mit Plänen teilte die Stadt mit, dass die Straßen im Stadtgebiet nahezu von Trümmern befreit, dass Räumungsmaßnahmen aus gesundheitlichen Gründen sowie die Beseitigung von gefährlichen Bauteilen und Trümmern nicht erforderlich seien und dass für die Freilegung von Baustellen für Instandsetzungsarbeiten ca. 10.000 m³ und für sonstige Grundstücke noch ca. 50.000 m³ Schutt abgeräumt werden müssten. Die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften wurde nicht genannt, dagegen wurde aufgeführt, dass ca. 150 Schaufeln und 50 Kreuzhacken benötigt würden, bei vorhandenen 50 mangelhaften Schaufeln und 10 Hacken. Die Wiederverwendung von Baustoffen geschehe in jedem Falle durch die Eigentümer, lediglich nicht verwendbarer Schutt werde abgefahren³⁰. In einem Bericht an den Landrat vom 2. August 1945 teilte der Bürgermeister mit, dass das anfallende Holz größten-

28 Abschlussbericht über die Gemeinschaftshilfe zur Schließung von Bombentrümmern vom 2.5.1946, ebd.

29 Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 12.4.1946 und Verfügung des Regierungspräsidenten vom 26.4.1946, ebd.

30 Bericht des Stadtdirektors an den Regierungspräsidenten vom 31.5.1946, ebd.

teils von der früheren Wehrmacht für den Ausbau von Flakstellungen und in den Lagern der Ausländer als Brennmaterial verwendet worden war³¹.

1950 wurde in einem Vermerk festgehalten, dass die gewonnenen Baustoffe sehr gering waren, „da es sich durchweg um sehr alte Bauwerke aus Holz und Wellerwerk handelt“. Die letztmalig gemeldeten Baustoffe zum ersten Vierteljahr 1948 betrugen: „70 000 Ziegelsteine, 15 to Baueisen, 20 to Eisen und Gußschrott“³². In diesem Vermerk wurde auch angegeben, dass bis zum 31. Dezember 1947 191.000 m³ Trümmer weggeräumt worden seien.

Als Vorbereitung für den Wiederaufbau wurde am 2. Mai 1949 vom Landtag eine Neufassung des „Entrümmerungsgesetzes“ vom 2. Juni 1948 beschlossen. Dieses Gesetz erklärte die Räumung der Trümmergrundstücke zur Pflichtaufgabe der Gemeinden, die die Räumung aber auch auf die Grundstückseigentümer übertragen konnten. In einem Plan sollten die Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung dargestellt, die zu räumenden Grundstücke gekennzeichnet und die Grundstücke ausgewiesen werden, die als Lagerplätze für den Schutt genutzt werden sollten³³.

Die Beseitigung der Trümmer kostete viel Geld, das bei der finanziellen Notlage der Stadt nicht zur Verfügung stand, zumal durch die Währungsreform das Geld knapper geworden war. Auf eine finanzielle Förderung durch das Land, auf die die Stadt angewiesen war, gab es keinen Anspruch.

Im Juni 1949 bat die Stadt den Minister für Wiederaufbau um einen Zuschuss für die Beseitigung der restlichen 55.700 m³ Trümmer³⁴. Das Land hatte keine Möglichkeit, den Haushaltsansatz für die Trümmerbeseitigung zu erhöhen und verwies darauf, dass für diese Maßnahme die Haushaltsstelle „Kriegsschädenbeseitigung“ in Anspruch genommen werden könne, wenn dieses Geld für die Reparatur von Schulen, Krankenhäusern, Entwässerungsanlagen und Verwaltungsgebäuden nicht benötigt werde³⁵.

Anfang 1950 legte die Stadt erneut einen Antrag auf finanzielle Unterstützung zur Beseitigung der restlichen Trümmermenge von nunmehr 46.000 m³ beim Regie-

31 StAS D 2076.

32 Vermerk des Bauamts vom 23.5.1950, StAS D 2077. Als Wellerwerk bezeichnet man die Ausfüllung der Fachwerkgefache einer Wand mit Stakhölzern, die mit Stroh verflochten und mit Lehm bestrichen wird.

33 Nordrhein-Westfälisches Entrümmerungsgesetz vom 2.6.1948 in der Fassung des Gesetzes vom 2.5.1949 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 18 vom 22.6.1949, S. 109), StAS D 2077. Der Plan musste zwei Wochen lang öffentlich ausgelegt und vom Gemeinderat als Satzung beschlossen werden, bevor er dem Minister für Wiederaufbau zur Genehmigung vorgelegt werden konnte. Die Kosten trugen die Gemeinden, wobei sie vom Land eine, wenn auch nur geringe, finanzielle Förderung erhielten, die, wenn die Grundstückseigentümer die Trümmer abräumten, anteilig an diese weitergegeben werden musste.

34 Schreiben des Stadtdirektors an den Minister für Wiederaufbau vom 21.6.1949: „Ich bitte daher so höflich wie dringend, der Stadtverwaltung Soest bei der 62 % betragenden Zerstörung der Stadt und deren finanzieller Notlage einen Zuschuss in Höhe von 150T DM zu gewähren, womit ich mich dann einverstanden erkläre, weitere Zuschüsse für Trümmerräumung nicht mehr anzufordern und die Stadt Soest somit als erste bei der Räumungsaktion ausscheiden würde, wobei ich noch darauf hinweise, dass sich nach den bisher gemachten Erfahrungen die berechnete Trümmermenge sehr wahrscheinlich noch bedeutend erhöhen wird“, StAS D 2077.

35 Erlass des Finanzministers NRW vom 24.10.1949, ebd.

rungspräsidenten vor. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass diese Trümmerrestmenge so gering sei, dass dafür eine Förderung aus Landesmitteln für das Jahr 1950 nicht vorgesehen sei. Die Stadt überprüfte daraufhin die Restmenge und kam zum Ergebnis, dass diese erheblich größer sei, nämlich 90.000 m³, für die erneut Fördermittel beantragt wurden³⁶. Für das Jahr 1950 erhielt die Stadt dann aber doch noch eine Förderung von 48.000 DM³⁷.

Von 1949 bis 1952 wurden im Durchschnitt jährlich rund 8.000 m³ Trümmer beseitigt. Ende 1952 waren noch rund 30.500 m³ Schutt wegzuräumen³⁸.

In den quartalsweise an den Regierungspräsidenten zu erstattenden Meldungen über die Menge der abgeräumten Trümmer musste auch die dafür aufgewandte Energie in Tonnen Kohle, in Kilowattstunden Strom, in Kilogramm Dieselöl und in Liter Benzin angegeben werden³⁹, um die erforderlichen Energiemengen zuteilen zu können, denn diese Energieträger unterlagen der Reparation und Kontrolle und wurden nur aufgrund eines nachgewiesenen Bedarfes zugeteilt.

Die Beseitigung der Trümmer erfolgte teilweise durch die Eigentümer; dies geschah 1948 zu 30%, 1949 zu 25 %, 1950 zu 20 %, 1951 zu 10 % und in den folgenden Jahren war ausschließlich nur die Gemeinde bei der Räumung tätig. Im Zuge der Trümmerbeseitigung wurden Grundstücksbereinigungen in den Fällen vorgenommen, in denen private Flächen in den Straßenraum hineinragten. In solchen Fällen übernahm die Stadt diese Flächen in ihr Eigentum gegen teilweise Übernahme der Räumungskosten⁴⁰.

2. Wohnungsnot und der Wohnungsneubau

Wohnungsnot während des Krieges

Der Stadt fehlten bereits 1940 rund 500 Wohnungen⁴¹. Dieser Wohnungsbedarf hatte sich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges aufgestaut.

Während des Krieges wurden in Deutschland außer rund 400.000 „kriegswichtigen Wohnungen“, z. B. für Arbeiter von Rüstungsbetrieben⁴², nur sehr wenige Wohnungen gebaut, weil Material und Arbeitskräfte fehlten. Der Abbau des großen Nachholbedarfes im Wohnungsbau wurde auf die Zeit nach dem Krieg verschoben⁴³.

36 Schreiben des Stadtdirektors an den Regierungspräsidenten vom 28.4.1950, ebd. Das bedeutet, dass bei einer bis zum 31.12.1949 als tatsächlich bezeichneten Beseitigung von 204.000 m³ die gesamte Trümmermenge nach Kriegsende rd. 300.000 m³ hätte betragen müssen.

37 Ebd.

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Bericht an den Landrat vom 19.9.1940, StAS D 2188.

42 Gerhard Fehl, Tilman Harlander: Hitlers Sozialer Wohnungsbau 1940-1945. In: Stadtbauwelt 84 (1984), S. 392.

43 Erlass des Reichsarbeitsministers vom 13.6.1940 sowie Führererlass vom 13.1.1943, StAS D 2019.

Man versuchte, den Wohnungsbestand durch den Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung zu sichern⁴⁴ und zur Wohnraumversorgung der „luftkriegsbedingten Bevölkerung“ Wohnraum im vorhandenen Gebäudebestand zu schaffen, und zwar durch Ausbau von Dach- und Kellergeschossen, Teilung von Wohnungen, Um- und Ausbau vorhandener gewerblicher und sonstiger Räume zu Wohnungen sowie durch die Rückgewinnung zweckentfremdeter Wohnräume⁴⁵. Für diese Baumaßnahmen wurden staatliche Zuschüsse von 50 bis 100 % gewährt. Auf der Grundlage dieses Maßnahmenprogramms wurden in Soest von 1943 bis 1944 elf Wohnungen geschaffen.

Ab Frühjahr 1943 wurde dem Behelfswohnungsbau, der nicht dem von Reichsminister Albert Speer am 15. Januar 1943 angeordneten Bauverbot unterlag, große Bedeutung zugeschrieben⁴⁶, weil Wohnungen für die Ausgebombten dringend benötigt wurden und weil diese Häuser, in Serie gefertigt und genormt, als Massenprodukt hergestellt werden sollten. Diese Produktionsweise war außerdem materialsparend und ersetzte die Handarbeit durch Maschinen. Als Massenprodukt war das Behelfsheim als „Waffe in diesem Kriege“ gedacht, „um der Wohnraumblockade, die uns der Gegner zugebracht hat, wirksam entgegenzutreten zu können. Soviel Wohnungen sie uns zerstören, soviel Herdstellen werden wir, wenn auch in primitivster Form, wieder schaffen, damit jeder Volksgenosse sein Heim in einfachster Form zurückerhält“⁴⁷.

Das Behelfswohnheim war eine ebenso zynische wie stumpfe „Waffe“: Das Produktionsziel für 1944 von 1 Million Wohnheimen wurde bei weitem nicht erreicht. Bis Ende 1944 waren angeblich rund 300.000 Stück fertig oder im Bau⁴⁸. Zur Einsparung von Zement und Energie trug man sich mit dem Gedanken, Lehm, Ton und Torf als Baustoff bzw. als Energieträger zu verwenden. Die Gemeinden wurden aufgefordert, entsprechende Vorkommen in ihrem Gebiet zu benennen⁴⁹.

Verzweifelt, aber vergeblich versuchte das Regime mit Wohnungsbauprogrammen und -maßnahmen dem Bombenkrieg und seinen Zerstörungen neuen, wenn auch primitiven Wohnraum entgegenzusetzen.

In Soest wurden 1944 am Endlosen Weg weit vor der Stadt zehn Behelfswohnheime errichtet⁵⁰. Dies war der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“ angesichts der Tatsache, dass in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 aus Dortmund und Bochum 600 bis 700 Evakuierte in Soest untergebracht werden mussten und die Wohnungs-

44 Verordnung vom 14.8.1942, StAS D 2188.

45 Verordnung zur Wohnraumlenkung vom 27.2.1943 (RGBl. I, S. 127).

46 Fehl, Harlander (wie Anm. 42), S. 394f.; in einem Erlass vom 15.3.1943 erklärte Robert Ley den Behelfswohnungsbau zu der zukünftigen Wohnungsbauform: „Der totale Krieg erfordert auch eine Umstellung des gesamten Wohnungsbaus. Die Neuplanung und der Neubeginn von 'normalen' Wohnungen kann bei der jetzigen Arbeitseinsatz- und Baustofflage nicht mehr verantwortet werden [...]. Es muß zum Bau von Behelfsunterkünften übergegangen werden.“ Robert Ley, Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), war seit dem 14.11.1940 Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau.

47 Zitat von Robert Ley, 1944, zit. nach Fehl, Harlander (wie Anm. 42), S. 395.

48 Ebd., S. 396.

49 Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberkreisdirektor vom 29.6.1944, StAS, D 2030.

50 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 3512, 3532.

verluste durch die eskalierenden Bombenangriffe immer größer wurden. Da die zunächst freiwillige, dann verpflichtende Meldung von freiem Wohnraum wenig Erfolg zeigte, wurden die erforderlichen Wohnräume durch Beschlagnahmen geschaffen.

Wie verhielten sich die Soester nach den schweren Bombenangriffen seit Dezember 1944 und dem schweren Artilleriebeschuss im April 1945?

In einer Liste aus den Jahren 1944/1945 wurden die Einwohner, deren Wohnhäuser oder Wohnungen durch Bomben/Artillerie zerstört oder beschädigt worden waren, erfasst. Sie ist alphabetisch nach Namen geordnet und teilt die Betroffenen in „Totalgeschädigte“ (völlig zerstörtes Haus) und „Teilgeschädigte“ (teilweise beschädigtes Haus) ein⁵¹.

Die Liste scheint vollständig zu sein, denn sie wurde noch nach dem Krieg eine kurze Zeit weitergeführt. Sie diente möglicherweise als Unterlage zur Erteilung eines sogenannten „Fliegerentschädigungsausweises“, der Art und Umfang der Schädigungen vermerkte: die Totalverluste, die Beschädigung von Fenstern und Türen, Hausrat, Bekleidung – alles Dinge, die bei Vorlage des Ausweises ersetzt bzw. entschädigt wurden⁵².

Nach dieser Liste waren rund 3.300 Menschen durch ein völlig zerstörtes Wohnhaus betroffen („Totalgeschädigte“); 215 von ihnen blieben in der Ruine ihres Hauses wohnen und lebten wohl im Keller; rund 2.140 Personen wurden innerhalb der Stadt umquartiert; in Bunkern lebten 204, 16 in einer Baracke oder Kaserne und 731 Bewohner verließen Soest, um bei Verwandten oder Freunden unterzukommen. „Teilgeschädigt“ waren rund 5.400 Menschen. Von diesen blieben im eigenen Haus rund 2.400 Bewohner, die dort unter unzumutbaren Bedingungen lebten; rund 1.730 Personen wurden innerhalb Soests umquartiert, 33 Menschen lebten im Bunker, 22 in einer Kaserne/Baracke und 1.210 Bewohner verließen die Stadt.

Von den durch die Kriegsgeschehnisse 1944/1945 geschädigten Bewohnern verließen insgesamt rund 2.000 (etwa 700 Familien)⁵³ die Stadt. Diesen schlossen sich auch Familien an, deren Haus oder Wohnung nicht zerstört oder beschädigt worden war. Dies geschah insbesondere nach dem verheerenden Bombenangriff am 5. Dezember 1944⁵⁴.

Die Einquartierung von rund 3.870 obdachlosen Soestern (1.595 Familien)⁵⁵ in andere Wohnungen in der Stadt war sowohl für die Aufnehmenden als auch für die Aufzunehmenden ein schmerzliches und eingreifendes Geschehen. Man musste zusammenrücken und miteinander zurechtkommen. Die entstandene Enge war oft Ursache von andauernden zwischenmenschlichen Konflikten.

51 StAS, D 2197, D 2198.

52 Jörg Friedrich: *Der Brand*. München 2002, S. 438.

53 Deus (wie Anm. 3), S. 104.

54 In der Soester Chronik ist festgehalten, dass „nach dem großen Luftangriff vom 5.12.1944 mehr als dreitausend Menschen [...] und während der Beschießung im April 1945 wieder fast ebenso viele, im ganzen rund 5.600 Personen“ die Stadt verlassen haben; ebd., S. 39.

55 Ebd., S. 104.

In den 2.230 von der Zerstörung verschonten Wohnungen hätten nach der Wohndichte von 1939 (damals lebten im statistischen Durchschnitt 3,6 Menschen in einer Wohnung) nur rund 8.000 Einwohner menschenwürdig leben können. Stattdessen teilten sich rund 12.000 Menschen diese Wohnungen bis zum Kriegsende durch die Zuweisung von Obdachlosen und Evakuierten. Die übrigen sieben- bis achttausend Bewohner mussten sich zunächst behelfsmäßig in den Ruinen bei undichtem Dach und zerstörten Fenstern und Türen einrichten und zurechtfinden.

Wohnungsnot nach dem Krieg

Am 31. März 1944, zum Zeitpunkt der letzten vor dem Kriegsende durchgeführten Zählung, lebten 22.603 Einwohner in der Stadt. Am 8. Januar 1945 waren 19.791 Menschen, darunter 1.474 Zwangsarbeiter, in Soest gemeldet. Es wird angenommen, dass Anfang April 1945 aufgrund der aus der Stadt geflohenen Menschen vorübergehend nur rund 17.000 Einwohner in Soest lebten.

Anfang Mai 1945 kehrten nach der Kapitulation rund 4.000 geflüchtete Soester wieder in die Stadt zurück und von den aus dem Ruhrgebiet Evakuierten wurden im Herbst 1945 rund 500 wieder in ihre Heimatstädte und etwa 1.300 ehemalige Zwangsarbeiter in ihre Herkunftsländer zurückgebracht.

Im Frühjahr und Sommer 1945 kamen die ersten Flüchtlinge aus dem Osten nach Soest. Sie waren aus dem Baltikum und den deutschen Ostprovinzen vor der Roten Armee aufgrund eigenen Entschlusses geflüchtet.

Mitte 1945 lebten rund 10.000 Einwohner behelfsmäßig in den bis dahin notdürftig reparierten, in den noch beschädigten und zum Teil zerstörten Häusern der Stadt. Als Anfang 1946 die von den Alliierten beschlossene Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und der Tschechoslowakei begann, war sicher, dass auch Soest einige Tausend Vertriebene aufnehmen musste. In mehreren größeren Transporten und später in kleineren Gruppen kamen von April 1946 bis März 1948 rund 4.370 Vertriebene sowie Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach Soest. Diese Anzahl erhöhte sich bis 1950 auf rund 6.460 Personen.

Rund 1.900 dieser Obdachlosen wurden in dem völlig verwahrlosten sog. O-Lager (ehemaliges Offiziersgefangenenlager für französische Offiziere) und in dem sog. E-Lager (ehemaliges Lager des Ersatzbataillons der Wehrmacht) untergebracht, die von der Militärregierung für die Vertriebenen und Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurden. Weitere 2.360 kamen in der Stadt unter. Ferner wartete man noch auf rund 2.300 Heimkehrer (Vermisste, Kriegsgefangene und Evakuierte).

Am 1. Januar 1946 lebten in der Stadt 21.824 einheimische Einwohner und 194 Ausländer. Ende 1946 hatte die Stadt 25.785 Einwohner, rund 18 % mehr. Dem stand ein um rund 50 % reduzierter Wohnungsbestand gegenüber. Die Einwohnerzahl stieg bis Ende 1947 auf 27.323 und bis Ende 1948 auf 28.251. Ende 1950 hatte Soest 31.242 Einwohner (Abb. 3)⁵⁶.

56 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1948-1954, Soest 1957 (Soester wiss. Beiträge, Bd. 12), S. 11.

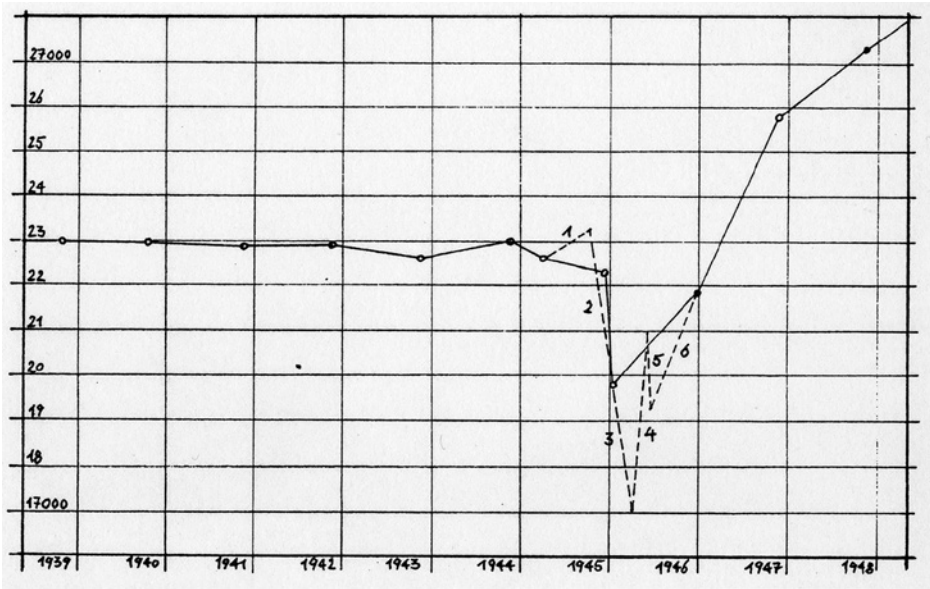


Abb. 3: Bevölkerungsbewegung in Soest von 1939 bis 1948

Erläuterung: 1: ca. 700 Evakuierte kommen aus Nord- und Westdeutschland; 2: ca. 3.000 Bewohner verlassen Soest nach dem 5. Dezember 1944; 3: ca. 26.000 Bewohner verlassen die Stadt Anfang April 1945; 4: ca. 4.000 Soester kehren Mitte April 1945 in die Stadt zurück; 5: Mitte 1945 verlassen ca. 1.300 Zwangsarbeiter Soest, ca. 500 Evakuierte aus Nord- und Westdeutschland kehren zurück; 6. Soldaten kehren heim und die ersten Vertriebenen kommen in die Stadt

Die Wohnungsnot verschärfte sich weiter dramatisch, weil die Besatzungsmächte in den ersten drei Jahren nach 1945 für ihre Zwecke im Mittel 220 Wohnungen beschlagnahmten und der Strom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der sowjetischen Besatzungszone nach Soest nicht abriß.

Am 1. Januar 1946 fehlten etwa 3.500 Wohnungen. Bis Oktober 1947, als die Vertriebenen da waren, stieg der Bedarf nach den Aufzeichnungen der Bauverwaltung auf rund 4.700 Wohnungen.

Die Wohndichte (Wohnfläche je Person) betrug im Jahre 1939 in Soest 12 m². Im Juli 1946 musste sich eine Person mit 4,2 m² Wohnfläche zufriedengeben⁵⁷ (zum Vergleich: am 31.12.2008 betrug die Wohndichte in Soest 40 m²)⁵⁸.

Um die Wohnungssuchenden unterbringen zu können, war es notwendig geworden, den Wohnungsbedarf nicht mehr nach Wohnungen, sondern nach Räumen zu bemessen und zuzuteilen. Es kam vor, dass in einem Raum eine drei- bis sechsköpfige Familie untergebracht werden musste. Auch wurden Räume geteilt, um mehr Wohnungssuchenden ein Obdach zu geben. Die Stadt erließ am 3. Oktober 1945 Richtlinien für die Wohnraumlenkung, um den zahlreichen nach Soest ziehenden

⁵⁷ Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 6259.

⁵⁸ Stadt Soest, Abt. Stadtentwicklung, AG Geo-Service, Statistik-Info der Stadt Soest, Ausgabe Juli 2010.

Neue Richtlinien für die Wohnraumlenkung in Soest.

Infolge des starken Zuzuges nach Soest hat es sich nicht ermöglichen lassen, die Wohnungsfrage für unsere Stadt bis zum Eintritt des Winters in befriedigender Weise zu lösen. Der benutzbare Wohnraum ist auf circa 40 Prozent des Friedensbestandes zusammengeschrumpft. Die Zahl der Einwohner hat dagegen mit 21 000 fast den früheren Stand wieder erreicht. Das bedeutet, daß die Einwohner, die früher 2—3 Räume bewohnen konnten, heute auf 1 Raum zusammenrücken müssen. Dieses Zusammenrücken ist vielfach schon geschehen. Es ist aber nicht gleichmäßig erfolgt. Manche unserer Einwohner sitzen unerträglich dicht aufeinander. Andere wieder haben noch Ausdehnungsmöglichkeiten, die der Not der Zeit nicht mehr entsprechen. Um einen Ausgleich dafür zu schaffen und um die noch gänzlich unzureichend untergebrachten Obdachlosen unter Dach zu bringen, gebe ich deshalb in Ergänzung meiner Richtlinien für die Wohnraumlenkung v. 29. Juni 1945 zusätzliche Richtlinien bekannt:

1. Ein Unterschied zwischen den Altinhabern von Wohnungen und den einzuweisenden Obdachlosen kann grundsätzlich nicht mehr gemacht werden.
2. Jeder Raum (Küchen ausgenommen) muß von wenigstens 2 Personen bewohnt werden.
3. Wohnräume, die nicht gleichzeitig als Schlafzimmer dienen, können nur noch auf besonderen schriftlichen Antrag solchen Personen zugewiesen werden, die nachweislich in ihrer Wohnung ihre berufliche Tätigkeit ganz, oder zum großen Teile ausüben. Zum Wohnen muß im übrigen die Küche dienen, was in diesem Winter infolge des fehlenden Heizmaterials ohnehin zwangsläufig erfolgen wird.

Zur Durchführung obiger Verfügung erlasse ich folgende Bestimmung:

1. Jeder Soester Haushalt hat bei in Empfangnahme der nächsten Lebensmittelkarten auf dem anliegenden vorgedruckten Meldeformular eine genaue Meldung über die Zahl der zu ihm gehörenden Personen und der von ihnen bewohnten Räume abzugeben.
2. Haushaltungen, die auf Grund der neuen Richtlinien die erforderliche Belegstärke für ihre Wohnung nicht nachweisen können, bemühen sich im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt von sich aus, in ihre Wohnungen weitere Personen bzw. Familien mit hereinzunehmen. Es darf sich jedoch nur um Soester handeln. Zuzug auswärtiger Personen kommt nicht in Frage.
3. Wenn die erfolgte Meldung eine genügende Kopfzahl für die belegten Räume nicht aufweist, wird das Wohnungsamt zwangsweise stärkere Belegung erzwingen.
4. Die notwendige Belegstärke wird noch einmal wie folgt angegeben:
 Einzelpersonen grundsätzlich nur 1 Zimmer,
 Ehepaare ohne Kinder 1 Zimmer und Küchenbenutzung,
 Haushaltungen mit 3—4 Personen 2 Zimmer und Küchenbenutzung,
 Haushaltungen mit 5—6 Personen 3 Zimmer und Küchenbenutzung,
 Haushaltungen mit 7—8 Personen 4 Zimmer und Küchenbenutzung,
 Haushaltungen mit 9—10 Personen 5 Zimmer und Küchenbenutzung.
5. Die Ausgabe von Lebensmittelkarten erfolgt nur an die Haushaltungen, die die vorgeschriebene Meldung in befriedigender Weise abgeben.

Soest, den 3. Oktober 1945.

Der Bürgermeister.

Abb. 4: Neue Richtlinien für die Wohnraumlenkung

und zurückkehrenden Menschen Wohnraum zu verschaffen (Abb. 4). Diese Richtlinien galten bis November 1949. Sie wurden durch eine Verordnung des Regierungspräsidenten vom 28. Februar 1949 ersetzt.

Erste-Hilfe- oder Sofort-Programm 1945

Die Besatzungsmächte waren nach der Genfer Konvention für die Zivilbevölkerung in dem besetzten Gebiet verantwortlich. Sie mussten Sorge dafür tragen, dass niemand verhungerte, jeder ein Dach über den Kopf hatte und nicht der Witterung ausgesetzt war.

Doch zunächst wurde jeder selbst tätig und begann, Dach, Fenster und Türen behelfsmäßig zu reparieren. „Das war sehr schwierig, da es noch jahrelang an Material und Arbeitskräften fehlte. Aber trotzdem wurde eine erhebliche Menge von Wohnräumen benutzbar gemacht. Nur war jeder in Versuchung, sich lediglich so weit zu bemühen, wie es ihn selbst betraf, weil durch das Darniederliegen der Wirtschaft jeder Anreiz zu einer Arbeit für andere fehlte [...]. Dabei scheuten sie vielfach nicht, die benachbarten Trümmerstätten auszuplündern, und das Gebot, das Eigentum des Nachbarn zu wahren, wurde oft übertreten.“⁵⁹ Auf diese Weise wurden ohne Baugenehmigung rund 450 Wohnungen behelfsmäßig wieder hergerichtet.

Am 6. Juni 1945 forderte der Regierungspräsident von den Landräten, „das baupolizeiliche Genehmigungsverfahren nach der üblichen Baupolizeiverordnung, aber möglichst frei von bürokratisch formularmäßigen oder unzeitgemäßen Forderungen so bald wie möglich wieder durchzuführen, ungenehmigte Bauvorhaben stillzulegen, gegebenenfalls die Bauherren und Bauunternehmer mit Polizeistrafen zu belegen, sowie Baustoffe und Arbeitskräfte vordringlicheren Aufgaben zuzuführen“. Aber dieses Schreiben zeigte wenig Wirkung, denn am 20. Juni 1945 stellte der Regierungspräsident fest, dass „trotz meiner obigen Verfügung nach wie vor ohne baupolizeiliche Genehmigung und ohne behördliche Lenkung wild weitergebaut“ werde, „besonders auf dem Lande und von Leuten, die über die bekannten ‚guten Beziehungen‘ verfügen“⁶⁰. Hubertus Schwartz schrieb 1959 rückblickend: „Der städtische Bauausschuß [seine erste Sitzung fand am 3. Mai 1946 statt, Anm. d. Verf.] stellte sich in jenen ersten Phasen des Wiederaufbaus auf den Standpunkt, daß ohne weiteres ein jeder im Rahmen dessen, wie sein zerstörtes Gebäude beschaffen gewesen war, auch wiederaufbauen dürfe, sofern er nur schnell beginne, um der katastrophalen Wohnungsnot Herr zu werden.“⁶¹

Etwa Mitte 1945 stellte die Militärregierung für die britische Zone ein Erste-Hilfe-Programm (genannt „Obdach“) für die Reparatur beschädigter Häuser auf, das sie unter ihre Kontrolle stellte. Es sah vor, dass die Wohnhäuser im Hinblick auf den bevorstehenden Winter zunächst nur wind- und wetterfest gemacht werden sollten. Diese Arbeiten mussten vor Beginn vom Bürgermeister oder Baurat bestätigt werden. Andere Reparaturen konnten nur mit Genehmigung der Militärregierung

59 Deus (wie Anm. 3), S. 104.

60 Verfügung des Regierungspräsidenten vom 6.6.1945 u. 20.6.1945, StAS D 2748.

61 Hubertus Schwartz: Zehn Jahre Wiederaufbau in Soest 1945-1955. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze. Soest 1963 (Soester wiss. Beiträge, Bd. 24), S. 154-160, hier S. 154.

durchgeführt werden. Grundsätzlich hatten alle Bauforderungen der Besatzungsmacht Vorrang vor der Reparatur von Wohnhäusern. Danach kamen in der Rangfolge Krankenhäuser und Bauten der Nahrungsmittelverteilung. Jede ungenehmigte Bautätigkeit war ab sofort nicht mehr erlaubt.

Bauanträge, die einen Neubau oder die Reparatur von Gebäuden, die über 40 % beschädigt waren, zum Inhalt hatten, wurden abgelehnt, da mit den Arbeitskräften und dem Material das Vielfache an einfachen Instandsetzungen erreicht werden konnte⁶². Das betraf vor allem viele Ladenlokale, deren Besitzer sich eine Einkommensgrundlage verschaffen wollten. Zu diesem Zeitpunkt fand jedoch der Handel woanders statt. Die Reichsmark war fast wertlos und die Waren wurden auf dem Schwarzmarkt getauscht. Zudem sollten alle Arbeitskräfte, die nicht für militärische oder lebenswichtige Betriebe tätig waren, für das Erste-Hilfe-Programm eingesetzt werden.

Um die Arbeiten möglichst zügig bewältigen zu können, war unverzüglich das zerstörte Gebiet in Bezirke einzuteilen, die einem vom Bürgermeister oder Baurat ernannten, aufsichtsführenden Architekten unterstehen und unter dessen Anleitung die ihm unterstellten Baufirmen die Reparaturen ausführen sollten. Vor Arbeitsbeginn war für jedes Haus die für die Reparatur benötigte Menge an Baumaterial zu bestimmen. „Alles verfügbare Baumaterial, das nicht für lebenswichtige oder militärische Betriebe gebraucht wird, muß zum Sofort-Programm verwendet werden. Das für andere Bauten gebrauchte Material wird vom Landrat beschlagnahmt und zu Erste-Hilfe-Reparaturen gebraucht.“

Erschwerend bei der Durchführung des Programms war,

- dass Baumaterial, vor allem Dachbedeckungsmaterial, Glas, Fenster, Türen, Holz, Sand, Zement usw. nicht zur Verfügung stand;
- dass Baufacharbeiter und Bauhilfsarbeiter für die Wohnungsinstandsetzungen fehlten, da ein großer Teil der Arbeiter zunächst zur Behebung der Schäden an den Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen (4,5 km Entwässerungsanlagen und 5 km Wasserleitungen waren zerstört) eingesetzt werden musste und
- dass es schließlich an Transportmitteln und Treibstoff zur Heranschaffung der benötigten Baumaterialien mangelte.

Einen Monat nach Aufsetzung des Programms wurden die Deutschen von der Militärregierung gerügt: „Wenn auch richtig eingeschätzt wird, daß das Material nur langsam zu den Sammelstellen gelangen kann, so entschuldigt das nicht den Mangel an Energie, den die Deutschen in vielen Fällen gezeigt haben. Wenn das Programm Erfolg haben soll, muß durchgegriffen werden.“⁶³

Dieses Programm erforderte zusammen mit der Wohnraumbewirtschaftung, der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen entsprechende

62 Schreiben des Oberkreisdirektors an die Stadt vom 30.9.1946: Anträge auf Wohnhausneubauten durften seit 1946 nur vorgelegt werden, wenn die Wohnungseinheit eine Fläche von 45 m² nicht überstieg und wenn das Baumaterial und die Arbeitskräfte vorhanden waren. Generell waren die Bauvorhaben dem Bauoffizier der Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen. Die bauwirtschaftliche Genehmigung (Baustoffe) war in Form von Sammelanträgen beim Bezirksbauleitungsamt einzuholen; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 5955.

63 Arbeitsanleitung Nr. 2, 231 Work Section RE (Civil Housing); StAS D 2076.

Ämter und Stellen. Nach der Entlassung von $\frac{1}{5}$ der Belegschaft (s. oben) wurden die für die Erledigung dieser Aufgaben dringend erforderlichen Arbeitskräfte eingestellt. Für die Abwicklung des Erste-Hilfe-Programms verlangten die Aufsichtsbehörden (der Oberpräsident in Münster, der Regierungspräsident in Arnberg sowie der Landrat) auf Veranlassung der Militärverwaltung eine detaillierte Bestandsaufnahme der Gebäudeschäden nach Anzahl der Wohnungen und Wohnräume sowie der Anzahl der Wohnungen, die noch bis zum Winter unter Berücksichtigung der örtlich verfügbaren Arbeitskräfte und der Baustoffe instandgesetzt werden könnten⁶⁴.

In der Sorge, dass vor dem Winter nicht ausreichend Wohnungen repariert werden könnten, erließ der Kommandeur der 186. Arbeitseinheit – Zivile Wohnungsinstandsetzung – die 5. Arbeitsanweisung für das Sofortprogramm. Darin wurde festgestellt, dass die vorgesehene Selbsthilfe der Bürger bei der Durchführung des Sofortprogramms ungenügend sei. Die Städte wurden nochmals gehalten, bezirks- und straßenweise unter Aufsicht eines Architekten und ihm zugeordneten Bauunternehmern die Reparaturen „ohne Rücksichtnahme auf die persönlichen Wünsche der einzelnen Wohnungsinhaber“ durchzuführen. „Die Baustoffe werden den Unternehmern von den Unterlagern aufgrund der vom Baurat unterschriebenen Bescheinigung ausgeliefert.“

Die Kosten für die Arbeitskräfte, für die Bauleitung durch den Architekten und die Bauunternehmer trug die „deutsche Behörde“. „Die einzelnen Wohnungsinhaber sind weder für Material noch die Arbeit mit Kosten zu belasten.“ Die Selbsthilfe war weiterhin erwünscht und sollte unter Anleitung von Fachkräften erfolgen. Der Baustoffmangel zwinge zum Improvisieren: „Z. B. muß in jedem Fall damit gerechnet werden, entweder Wellblech oder Blechplatten oder Dachpappe oder Dachziegel, was gerade verfügbar ist, ohne Rücksicht darauf, wie das Dach ursprünglich gedeckt war, zu verwenden, auch wenn nur Flickarbeit dabei herauskommt. Diese Instandsetzungen brauchen nur von kurzer Lebensdauer zu sein. Die Hauptsache ist, daß sie irgendwie vor dem Winter fertig werden.“⁶⁵

Dem Staatshochbauamt wurde die Durchführung des Erste-Hilfe-Programms übertragen. Der Leiter des Amtes, Regierungsbaurat August Damblyff, der am 19. September 1945 vom Landrat Günther zum Bevollmächtigten für den Wiederaufbau der Stadt und des Kreises Soest bestellt und dessen Ernennung vom Regierungspräsidenten bestätigt worden war, teilte mit Wirkung zum 15. November 1945 die Stadt gemäß der Forderung der 5. Arbeitsanweisung der Militärregierung in sechs Baubezirke ein. Diesen Bezirken ordnete er verantwortliche Architekten als ehrenamtliche Bezirksbaupfleger zu, die über die zu erledigenden Arbeiten zu entscheiden hatten. Jedem Bezirk wurden die erforderlichen Bauhandwerker zugewiesen⁶⁶.

Die Vollmacht für den Wiederaufbau, so teilte der Landrat in dem Ernennungsschreiben an Damblyff mit, „schließt vor allem die richtige Lenkung des für den

64 Verfügung vom 30.6.1945 und 20.7.1945, ebd.

65 Arbeitsanweisung Nr. 5 vom 22.10.1945; ebd.

66 Schreiben des Bevollmächtigten für den Wiederaufbau der Stadt und des Kreises Soest vom 9.11.1945 an die Bauhandwerker; ebd. Die Baupfleger waren bis zum 30.6.1947 tätig, vgl. StAS D 83.

Wiederaufbau zur Verfügung stehenden Materials sowie der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte ein“. Alle Neubauten und Reparaturen, die nicht vor dem 30. November 1945 fertig würden (mit Ausnahme der Reparaturen gegen Witterungsschäden), seien ausgeschlossen. Das Hauptgewicht sei auf solche Wohnungen zu legen, die mit verhältnismäßig einfachen Mitteln fertiggestellt werden konnten⁶⁷.

Die Tätigkeit des Bevollmächtigten führte sowohl bei Politikern als auch in der Bevölkerung zu Fragen und Missverständnissen. Dambieff wurde daher in den städtischen Bauausschuss eingeladen, um seine Aufgaben zu erläutern. In dem Sitzungsprotokoll vom 8. August 1946 heißt es: „Die größte Sorge bereite nach wie vor die Materialbeschaffung. Mit welchen Schwierigkeiten hierbei zu kämpfen sei, mache sich der Fernstehende keinen Begriff. Wenn nur das von der Militärregierung freigegebene Quantum verarbeitet würde, käme das ganze Bauhandwerk praktisch zum Erliegen. Es mußten daher viele Fahrten usw. unternommen werden, um noch zusätzlich Baustoffe zu erhalten. Er könne nur sagen, daß für die Stadt und den Kreis Soest alles herausgeholt worden sei, was möglich gewesen wäre.“⁶⁸

Auch die Arbeit der Bezirksbaupfleger, denen als freie Architekten eine amtliche Aufgabe übertragen worden war, wurde im Bauausschuss am 3. Dezember 1946 kritisch hinterfragt: Möglicherweise könnten hier private mit öffentlichen Interessen kollidieren. Ihnen wurde jedoch „ein gutes Zeugnis“ ausgestellt. Sie hätten sich große Verdienste beim Wiederaufbau erworben und außerdem die Materiallenkung übernommen, „was sonst außerordentliche Schwierigkeiten bereitet hätte“⁶⁹. Die Baupfleger hatten insbesondere die Aufgabe, die Bauherren zu beraten, da es noch keine rechtlichen Grundlagen für den Wiederaufbau gab.

Als Sofortmaßnahmen im Erste-Hilfe-Programm waren von der Stadt für die Zeit vom 1. September 1945 bis zum 31. März 1946 600 Wohnungen für die Ausbesserung vorgesehen.

Aktion „Transplant“

An dieser Stelle wird, weil es in die Chronologie der Ereignisse passt und das Thema „Wohnungsnot“ dadurch drastisch beleuchtet wird, auf die Aktion „Transplant“ eingegangen. Sie veranschaulicht, wie die Wohnungsansprüche der Besatzungsmächte zum Lebenselend der Menschen beigetragen haben.

Am 5. November 1946 teilte der Regierungspräsident der Stadt mit, dass sie für die in Soest seit dem 4. Oktober 1946 stationierten belgischen Streitkräfte, die die englische Besatzungsmacht mit Ausnahme der Kommandantur ablösten, für rund 170 Familien Wohnraum bereitstellen müsse. Da freier Wohnraum nicht mehr verfügbar war, befahl die britische Militärregierung den deutschen Behörden zur Entlastung der überbelegten Kreise, den Wohnraum von 24.000 Menschen im Regierungsbezirk Arnsberg für die Familienangehörigen der belgischen Truppen zu beschlagnahmen und die Bewohner in den Regierungsbezirk Minden umzusiedeln.

67 Schreiben des Landrats vom 19.11.1945; StAS D 1872.

68 Protokoll der Bauausschusssitzung vom 8.8.1946; StAS D 83.

69 Protokoll der Bauausschusssitzung vom 3.12.1946; ebd.

Stadt Soest
Der Stadtdirektor

Soest, den ..4.12..... 1946

Listen Nr.:

An
Herrn/Frau/Frl.
Soest
.....Str. Nr. ...

Auf Befehl der Militärregierung werden Sie und Ihre Angehörigen
ersucht, Ihre gegenwärtige Wohnung zu räumen.
Eine andere Wohnung ist für Sie inWiedenbrück.....
reserviert werden und freier Transport wird für Sie für die Mit-
nahme folgender persönlicher Gebrauchsgegenstände gewährt:

1. Bestecke
2. Geschirr
3. Glaswaren
4. Wäsche
5. Töcke
6. Haushaltsartikel
7. Betten mit Matratzen

Persönliche Gebrauchsgegenstände und Bekleidung, sowie eine beschränkte Anzahl von Möbeln, jedoch nicht mehr als 50 kg. pro Mitglied der Familie. Sie können Ihren Herd mitnehmen.
Es wird Ihnen ferner erlaubt, sämtliche Vorräte an Lebensmitteln und Holzmaterial, die Sie augenblicklich in Besitz haben, mitzunehmen.
Bei der Ankunft haben Sie sich bei dem Flüchtlingsamt zu melden.
Falls Sie in Ihrem ~~Wohnort~~ jetzigen Wohnort irgend eine Arbeit oder einträgliche Anstellung haben, haben Sie diesen Befehl Ihrem Arbeitgeber vorzulegen und ihn zu bitten, die unteren Spalten desselben auszufüllen. Sodann haben Sie das Arbeitsamt um Gegenzeichnung und Abstempelung zu ersuchen und den Befehl Ihrem Wohnungsamtleiter zur Aufhebung vorzulegen.

Sie haben sich für den Umzug am ..7.12.1946... ab...8.00...Uhr
in Ihrer jetzigen Wohnung zur Verladung Ihres Reisegepäckes bereit zu halten.
Abfahrt des Transportzuges am ..7.12.1946... um ...folgt noch Uhr
ab ..Bahnhof Soest.....

...Gez. Becker.....

Ich.....der Unterzeichnete, habe die oben-
wähnte Person bei mir als
..... und/oder die folgenden Mitglieder seiner/ihrer Familie
seit (Anzahl von Monaten) beschäftigt und möchte
auf seine/ihre Dienste nicht verzichten.

Unterschrift des Arbeitgebers:
Firma.....Datum:

Die Erklärung des Arbeitgebers wird hiermit bestätigt:
Unterschrift des Arbeitsamtleiters:
Datum bitte wenden!

Abb. 5: Evakuierungsbefehl im Rahmen der Aktion Transplant 1946

Die Aktion, die bereits im September 1946 geplant worden war, bekam den Namen „Transplant“. Aus Soest sollten in einem Zeitraum von sechs Wochen, beginnend am 7. Dezember 1946, in fünf Transporten 510 Bewohner in die Landkreise Wiedenbrück, Warburg, Herford-Land, Höxter und Bielefeld-Land ausgesiedelt werden. Für die Evakuierung, die nach den Worten des Gouverneurs William Asbury eine ausschließlich deutsche Angelegenheit sei, sollten vorrangig die Einwohner in Betracht kommen, die schon länger ansässig waren, sowie einquartierte Flüchtlinge, wenn sie in keinem bezahlten Arbeitsverhältnis standen. Alte Menschen, Kriegsbeschädigte und Bewohner in Baracken und Lagern waren von der Evakuierung ausgenommen, da mit ihrer Umsiedlung nicht der gewünschte Wohnraum frei werden würde. Die Umzusiedelnden sollten nicht in Lager, sondern in feste Wohnungen und Zimmer eingewiesen werden. Für den Transport wurden für 100 Personen sieben Güterwagen für den Hausrat und zwei beheizte Personenwagen veranschlagt (Abb. 5).

Proteste des Landeskabinetts, des Regierungspräsidenten, des Kreistages, der Soester Stadtvertretung⁷⁰ und der politischen Parteien waren zunächst wirkungslos. In Verhandlungen mit Asbury wurde eine Aufhebung der Aktion nicht erreicht; es wurde lediglich eine zeitliche Verschiebung und eine Reduzierung der Anzahl der Auszuweisenden in Erwägung gezogen.

Der Widerstand, die Unruhe und die Ängste in der Bevölkerung waren groß. Für den ersten Transport aus Soest, der in den Landkreis Wiedenbrück fahren sollte, waren 100 Personen vom Wohnungsamt aufgefordert worden; nur 27 folgten der Anordnung. Sie wurden am 9. Dezember 1946 nach Wiedenbrück transportiert. Von den 73 übrigen Personen konnten 24 eine Arbeit nachweisen, 21 legten ein Zeugnis des staatlichen Gesundheitsamtes vor, 2 waren im Krankenhaus, 4 waren kriegsversehrt und 22 verweigerten die Evakuierung⁷¹.

Dass die Umsiedlung nicht ohne Härten ablief, zeigt eine Bemerkung des Stadtdirektors in dem Monatsbericht des Wohnungsamtes an den Kreis Soest. Er wies darauf hin, dass Evakuierte wieder zurückgekommen seien und nach Räumung ihrer eigenen Wohnung von Verwandten oder Bekannten in deren Wohnung aufgenommen werden mussten⁷².

Die Evakuierungsliste wurde vom Wohnungsamt im Einvernehmen mit dem Wohlfahrtsamt und dem Arbeitsamt aufgestellt und vom Fürsorgeausschuss und dem Hauptausschuss gebilligt.

70 Aus der Entschließung der Stadtvertretung vom 22.11.1946: „Die verderblichen Folgen des immer engeren Zusammenwohnens der Bevölkerung in sittlicher Hinsicht sind unabsehbar. Tiefe Hoffnungslosigkeit, Ruhelosigkeit, Streitsucht, Arbeitsunlust, Gleichgültigkeit und das Gefühl der Rechtlosigkeit untergraben den Gemeinschaftssinn und zerbrechen vor allem jedes Familienleben. Die geschlechtliche Moral wird durch das Beieinanderhausen von Männern, Frauen, Jugendlichen beiderlei Geschlechts schwer gefährdet. Als Folge davon wird die ohnehin bereits sehr hohe Zahl der Geschlechtskrankheiten weiter ansteigen. Die seelische Vergiftung und Verwüstung muß in kurzer Zeit zusammen mit dem Hunger und der Kälte das Vertrauensverhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung von grundauf zerstören.“ StAS, D 68a.

71 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 6257.

72 Ebd.

Hilfe für Kriegsbeschädigte

Beschlüsse des Fürsorgeausschusses – Die Evakuierungen in den Bez. Minden

Soest (Eig. Bericht). Der städtische Fürsorgeausschuß befaßte sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit den Anträgen der CDU, die diese in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingereicht hatte und die eine Hilfsaktion für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen verlangten. Der Ausschuß beschloß, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die durch die Kürzung oder Streichung der Renten in große Not geraten sind, zu Weihnachten eine Unterstützung zu gewähren. Ferner wurde festgesetzt, daß sie eine besondere Zuteilung an Brennstoff erhalten sollen. Eingehend wurde auch der CDU-Antrag über die Bildung einer Notgemeinschaft für die Opfer des Krieges beraten. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt und ein Plan zur Durchführung dieses wahrhaft sozialen Hilfswerkes entworfen.

Der Fürsorgeausschuß befaßte sich dann mit den durch die Wohnungsräumung für Mitglieder der Besatzungsmacht notwendig werdenden Evakuierungen in den Regierungsbezirk Minden. Es wurde beschlossen, daß zunächst folgende Gruppen für eine Evakuierung in Frage kommen sollen:

1. Solche Personen, die hier keine Arbeit haben, insbesondere solche, die den Schwarzmarkt bevökern.
2. Nicht bodenständige Personen.
3. Westevakuierte, die Wohlfahrtsunterstützung beziehen.
4. Personen, die sich erst vor kurzem in Soest angesiedelt haben und ohne Arbeit sind.
5. Politisch Belastete und Aktivisten.
6. Frauen, deren Männer sich in politischen Internierungslagern befinden.

Advent im Alten Testament

Im Rahmen der Vorträge der Evangelischen Zentralstelle Soest sprach am Montag der hier bereits bekannte Pastor Dr. Jakobs aus Wülsten bei Salzuflen über das Thema „Advent im Alten Testament“. In sehr anregenden Ausführungen legte der Redner dar, wie Teile des Alten Testaments geradezu als Buch des Advents angesprochen werden können und wie sie die Entwicklung alttestamentlicher Glaubenshoffnung aufzeigen. Nicht nur die bekannten Adventsstellen, sondern besonders die Propheten und die Psalmdichtung, die Zeugen aus der babylonischen Gefangenschaft des jüdischen Volkes darstellen, sind voll der Adventshoffnung. Pastor Jakobs entwickelte besonders, wie die Zukunftshoffnung dieser Teile des Alten Testaments als eine der geistesgeschichtlichen Grundlagen unseres Volkes, vor allem auch unserer Zeit, wie die jeder Glaubensgemeinde angesehen werden müssen. An interessanten Beispielen wies er weiter nach, wie durch die Lutherische Bibelübersetzung manche Worte der deutschen Sprache neugeprägt oder mit neuem tieferem Inhalt versehen wurden, wie etwa Advent, Beruf, Zukunft oder Heimsuchung. Worte, die sich in ihrem heutigen geistigen Gehalt aus der alttestamentlichen Glaubenshoffnung herleiten. Dr. Kd.

s „Die Christusfrage der Gegenwart“. Ueber dieses Thema spricht auf Einladung des Katholikenausschusses Prof. Dr. Stakemeyer am Freitag, 13. Dezember, 20 Uhr, im Festsaal des Archigymnasiums.

Abb. 6: Beschluss des Fürsorgeausschusses, Westfalenpost 6.12.1946

Der Regierungspräsident wies auf die Aussichtslosigkeit der Proteste hin – „die Aktion ist von höchster alliierter Stelle angeordnet worden“ – und warb in der Presse für die Evakuierung: Vor der Abfahrt werde eine warme Mahlzeit gereicht und eine ausreichende Reiseverpflegung für zwei Tage mitgegeben.

Inzwischen wurde die Anzahl der umzusiedelnden Menschen um 4.000 reduziert. Am 10. Dezember 1946 schrieb das Flüchtlingsamt des Kreises Wiedenbrück an den Regierungspräsidenten, man habe den Eindruck, die Aktion werde dazu genutzt, um unliebsame Personen abzuschieben. Dem war ein Artikel in der Westfalenpost vom 6. Dezember 1946 vorausgegangen, in dem ein Beschluss des Fürsorgeausschusses der Stadt Soest über die hauptsächlich zu evakuierenden Personengruppen veröffentlicht worden war (Abb. 6). Gegen diesen Artikel wandte sich der Oberkreisdirektor des Kreises Wiedenbrück in scharfer Form an die Stadt: Der Kreis Wiedenbrück sei kein Asyl für unliebsame Elemente und „keine Strafkolonie für abzuschiebende Personen“⁷³.

Weil der Widerstand gegen die Beschlagnahme und die Evakuierung den Erfolg der Aktion in Frage stellte, wurde am 4. Januar 1947 die Maßnahme auf Anordnung

der Militärregierung bis zum 20. Januar 1947 verschoben und dann am 18. Januar 1947 auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Wenig später, am 28. Januar 1947, erklärte der britische Oberbefehlshaber und Militärgouverneur, Luftmarschall Sholto Douglas, die Aktion „Transplant“ für beendet. Damit hatten sich die Briten aus Einsicht, dass das Unternehmen weitestgehend gescheitert war, aus diesem Vorhaben zurückgezogen. Sie hatten sich mit nur geringem Erfolg für die Belange der belgischen Truppen eingesetzt, wobei sie mit der Beschlagnahme die Wohnsituation der Soester so wenig wie möglich verschlechtern wollten.

In einem Bericht an den Oberkreisdirektor vom 14. März 1947 teilte die Stadt mit, dass im Dezember 1946 52 Personen aus Soest, den Ämtern Borgeln-Schwefe und Lohne in den Landkreis Wiedenbrück evakuiert und 133 Personen für die Bereitstellung von Wohnungen für die belgischen Streitkräfte innerhalb der Stadt Soest umquartiert worden seien⁷⁴. Durch die Evakuierung wurden 15 Wohnungen mit insgesamt 43 Räumen frei. Das Protokoll der städtischen Wohnungskommission vom 10. Januar 1947 vermerkt: „Ferner kann man das Zurückgehen des Schwarzmarktes und die Meldung vieler arbeitsscheuer Menschen beim Arbeitsamt als Erfolg der Evakuierungsmaßnahmen bezeichnen.“⁷⁵

Die Stadt hatte sich durch den diskriminierenden Beschluss des Fürsorgeausschusses in eine missliche Lage gebracht. Einerseits war die Evakuierung dringend notwendig, wenn man das Wohnungselend nicht noch unerträglicher machen wollte, andererseits verhinderte man mit dem Beschluss, der in völliger Verkennung des Sachverhaltes gefasst worden war – denn evakuiert werden sollten nur die Personen, die von der Beschlagnahme ihrer Wohnung betroffen waren – letztendlich einen regionalen Ausgleich der Wohnungsnot.

Die Stadt war es dann, die auf eine Wiederaufnahme der Evakuierungen drängte, nun aber auf freiwilliger Grundlage, denn die Verantwortlichen sahen wohl ein, dass die Umsiedlung auch Vorteile für die Bewohner der Stadt haben würde.

Am 26. Februar 1947 wurde der Bedarf für die Angehörigen der belgischen Truppen mit 167 Wohnungen angegeben. Davon wurden 56 bis Ende April 1947 zur Verfügung gestellt. 111 Wohnungen waren dann noch zu beschaffen. Für den Arnberger Regierungspräsidenten kam eine Wiederaufnahme der Umsiedlungsmaßnahmen nicht in Frage⁷⁶. Der Zwangswohnungstausch schien ihm zur Wohnungsbeschaffung die einzige Möglichkeit, zumal sich der Regierungspräsident des Bezirkes Minden energisch gegen weitere Aussiedler aus dem Kreis Soest ausgesprochen hatte. Dennoch war der Regierungspräsident bereit, mit den Oberkreisdirektoren des Bezirkes Arnberg über eine eventuelle Neuplanung der Evakuie-

74 Ebd.

75 Protokoll der 4. Sitzung der Wohnungskommission vom 10.1.1947; StAS D 100. Wer eine unverzichtbare, feste Anstellung hatte, wurde von der Evakuierung befreit.

76 Verfügung des Regierungspräsidenten an den Oberkreisdirektor v. 7.3.1947; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 4623: „Durch die seinerzeitige Beschlussfassung und Veröffentlichung in den Zeitungen, dass im Zuge des Unternehmens ‚Transplant‘ aus dem Kreis Soest alle Asozialen, Fürsorgeempfänger, Aktivisten usw. umgesiedelt werden sollen, ist die Situation für den Kreis Soest sehr verschlimmert worden.“

zung zu verhandeln. Er forderte dafür von den Beteiligten Wohnraumstatistiken, um die Wohnungen gerecht verteilen zu können (18. März 1947). Aufgrund dieser Unterlagen sah er den Wunsch auf die Wiederaufnahme der Evakuierungen für Soest, Werl, Lüdenscheid und Siegen als berechtigt an (27. März 1947), worauf der Oberkreisdirektor des Kreises Soest die Umsiedlungen für Soest und Werl beantragte (15. April 1947). Der Wiederaufbauminister, der den Beschluss des Soester Fürsorgeausschusses vom Dezember 1946 als untragbar bezeichnet hatte, war wenig geneigt, den Anträgen zu entsprechen. Er war der Auffassung, dass die Kreise sich selbst helfen und zuerst prüfen müssten, ob eine Umsiedlung in minderbelegte Orte des Kreises möglich sei. Im negativen Fall sei zu klären, ob eine Evakuierung in Orte des Regierungsbezirkes in Frage komme. Erst danach könne eine Umsiedlung in den Bezirk Minden in Erwägung gezogen werden. Der dortige Regierungspräsident werde jedoch den stärksten Widerstand dagegen leisten, zumal dann nicht die Militärregierung, sondern der Minister der Auftraggeber sei (12. Juli 1947)⁷⁷. Mit diesem Prüfauftrag errichtete der Minister eine nur schwer zu überwindende Hürde. Im September 1947 wurde dann der Wiederaufnahmeantrag des Kreises Soest abgelehnt.

Die Aktion „Transplant“ empfand man in dieser Notzeit als erschreckend und furchtbar. Sie musste auf Befehl der Militärregierung von der eigenen Verwaltung durchgeführt werden, die in der Not war, die in Beschlag zu nehmenden Wohnungen und damit die zu evakuierenden Menschen auszuwählen. Und doch war die Aktion zu dieser Zeit die einzige Möglichkeit, Wohnungen zu beschaffen und dabei das Wohnungselend in der Stadt nicht weiter zu vergrößern, sondern die Belegung räumlich ausgeglichener zu verteilen.

Wohnungsnotprogramme 1945 bis 1947

Bereits im Juni 1945 wurde im Rahmen der an das Erste-Hilfe-Programm anschließenden Wohnungsnotprogramme 1945 bis 1947 mit Reparaturen begonnen, die straßenweise abgearbeitet worden. Schwerpunkte waren zunächst die Thomästraße, die Walburgerstraße, die Osthofenstraße und die Ulricherstraße.

Die Wohnungsnotprogramme wurden jährlich aufgestellt und entsprechend der Zielerfüllung fortgeschrieben. Bis Ende 1947 war die Reparatur von 508 Gebäuden mit 1.348 Wohnungen geplant. Die Finanzierung war wie folgt geregelt: Im Programmjahr 1945 mussten die Gemeinden die Kosten für die Bauleiter und die gelernten Arbeiter übernehmen. Wenn die Hauseigentümer nicht in der Lage waren, die Kosten für die ungelernten Arbeiter zu tragen, sollten auch diese die Gemeinde übernehmen. Wenn Geld dafür nicht vorhanden war, bekam sie „Reichszuschüsse“. Die Kosten für das Baumaterial übernahm das „Reich“.

Im Wohnungsnotprogramm 1946 musste die Gemeinde an die Bauherren alle tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Kosten erstatten (Erstattungsverfahren). Das Geld dafür konnte sie vom Ministerium für Wiederaufbau abzüglich des

⁷⁷ Niederschrift vom 12.7.1947 über die Vorbesprechung bezüglich der Fortsetzung der Aktion „Transplant“ am 11.7.1947 beim Regierungspräsidenten; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 4623.

Gemeindeanteils von 60 %, der auch je nach Finanzlage der Gemeinde bezuschusst werden konnte, zurückfordern. Selbsthilfearbeiten sowie die Reparaturkosten häufig nachträglich legalisierter Schwarzbauten wurden nicht erstattet.

Weil das Erstattungsverfahren einen großen bürokratischen Prüfungsaufwand erforderte, wurde die Finanzierung des Wohnungsnotprogramms 1947 durch das Ministerium geändert: Für jeden wiederhergestellten und vom örtlichen Bauamt abgenommenen Wohnraum wurde eine Pauschalsumme gezahlt, die nach Schadensart und Ortsklasse gestaffelt war. Der städtische Eigenanteil betrug 20 %⁷⁸. Materialmangel und fehlende Arbeitskräfte verzögerten die Durchführung des Programms 1946, das erst 1948 rechnungsmäßig zum Abschluss gebracht werden konnte. Auch das erste Quartal des Instandsetzungsprogramms 1947 musste verschoben werden, da keine Baustoffzuteilungen zu erwarten waren. „Die von der Militärregierung ins Leben gerufenen Baukontrollämter konnten nicht verhindern, dass auf dem schwarzen Markt nahezu die gleichen Baustoffmengen angeboten wurden, wie sie den Ländern und ihren Behörden kontingentiert zur Verfügung gestellt wurden.“⁷⁹

Das Wohnungsnotprogramm 1947 des Ministeriums für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen stand unter der Devise: „Keine Familie im Land Nordrhein-Westfalen darf Weihnachten 1947 noch in Bunkern oder menschenunwürdigen gesundheitsschädlichen Notwohnungen verbringen müssen.“

In dem Erlass, mit dem das Programm verkündet wurde, teilte der Minister für Wiederaufbau den Städten und Gemeinden mit, dass die britische Militärverwaltung der Manpower Division in Lemgo ein 5-Jahresprogramm mit dem Ziel aufgestellt habe, bis Ende 1952 alle bis zu 60 % beschädigten Wohnungen in der britischen Zone wiederherzustellen, wobei jedoch die absolute Priorität des Programms auf die Förderung des Bergmannswohnungsbaues gelegt wurde. „Wohnungsneubau bleibt nach wie vor grundsätzlich untersagt“, da die Baustoffe dafür nicht zur Verfügung standen⁸⁰. Einem Wohnungsneubau wurden die Gebäude gleichgesetzt, die

78 StAS, D 121.

79 Klaus von Beyme: Der Wiederaufbau. München 1987, S. 129. Aus Anlass einer „Selbstbedienung“ aus dem städtischen Baustofflager erließ der Stadtdirektor am 18.6.1946 an alle Abteilungen der Verwaltung folgende Verfügung: „Ein besonderes Vorkommnis und der außerordentliche Mangel an Baustoffen zwingen mich, darauf hinzuweisen, daß die Stadt nicht in der Lage ist, von ihren Baustoffen auch nicht die geringste Menge an Privatpersonen, auch nicht an Stadtbediensteten, abzugeben. Im übrigen ist das Betreten des städtischen Bauhofes nur denjenigen Stadtbediensteten erlaubt, die dort dienstlich zu tun haben“. In: StAS D 109. Der Materialmangel zwang auch die Stadtverwaltung im Dezember 1947 zu einem nicht üblichen Handeln: Die Stadt Soest hatte für das Wohnungsnotprogramm 1945 275.000 RM als Zuschuss vom Regierungspräsidenten erhalten, aber diesen Betrag nicht ausgeschöpft. Die Stadt Werl, die 70.000 RM benötigte, erfuhr davon und bat die Stadt Soest um diesen Betrag und den Regierungspräsidenten um Zustimmung. Alle Beteiligten waren einverstanden. Die Stadt machte aber die Abgabe des Geldes von einer Gegenleistung abhängig: sie wolle dafür 2000 m² Pflastersteine mit den entsprechenden Bordsteinen haben. Der Regierungspräsident, der von diesem Kompensationsgeschäft von der Stadt Werl unterrichtet wurde, verurteilte dieses Ansinnen auf das Schärfste und forderte die Stadt zur sofortigen Überweisung des Geldes auf: StAS D 2181, Bericht v. 20.12.1947 und Verfügung des Regierungspräsidenten v. 13.1.1948.

80 Erlass des Ministers für Wiederaufbau NRW vom 13.1.1947, ebd.

mit einem Zerstörungsgrad von 60 bis 100 % wieder erneuert würden. In Soest waren das 2.716 Wohnungen.

Wie alle vorhergehenden Programme war auch das des Jahres 1947, das die Instandsetzung von 170 Wohngebäuden mit 432 Wohnungen vorsah, mit der Angabe der erforderlichen Baustoffe zu versehen⁸¹. Das Jahr 1947 war ein Jahr besonders großer Wohnungsnot. Die Einwohnerzahl der Stadt war durch zugewiesene Zuwanderungen vom 1. Januar 1946 bis zum 10. Oktober 1947 um rund 5.500 Einwohner angestiegen. In Gemeinden, die wie Soest durch Verordnung der Militärregierung zu Brennpunkten des Wohnungsbedarfs erklärt worden waren, bestand ein Zuzugsverbot. Ausgenommen davon waren Kriegsheimkehrer, Familienangehörige und dringend benötigte Arbeitskräfte. Bereits seit Januar 1946 musste ein Wohnungswechsel innerhalb der Stadt durch das Wohnungsamt genehmigt werden. Genehmigungspflichtig war ferner das Fernbleiben von der bisherigen Wohnung für mehr als drei aufeinanderfolgende Nächte.

Das Wohnungsamt bemühte sich, durch Wohnraumbewirtschaftung dieser sehr schwierigen Lage Herr zu werden, war aber an seine Grenzen gestoßen (Abb. 7), denn die Möglichkeiten der Wohnraumbewirtschaftung, die das vom Alliierten Kontrollrat erlassene Wohnungsgesetz Nr. 18 vom 8. März 1946 vorsah, waren erschöpft⁸². Eine Flut von Beschwerden und Einsprüchen ging gegen die Maßnahmen des Wohnungsamtes bei der Stadtverwaltung ein. Bei der Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde wurde bereits im Mai 1946 eine Schlichtungsstelle für Beschwerden eingerichtet, die in jedem Monat 40 bis 50 Eingaben behandelte.

81 Die Kreise meldeten die erforderlichen Baustoffmengen beim Regierungspräsidenten an. Dieser kaufte die Baustoffe, die dann in Zentrallagern in den Kreisen gelagert und gegen Vorlage der Baugenehmigung, die mit der erforderlichen Baustoffmenge versehen waren, ausgegeben wurden. Als erforderliches Baumaterial wurden für das Programm 1947 372.000 Ziegelsteine, 191 t Zement, 435 t Kalk, 300 m³ Holz angemeldet; StAS D 83, Protokoll des Bauausschusses vom 14.3.1947.

82 Die Möglichkeiten sind in Artikel VI des Gesetzes aufgeführt: Erfassung und Zuteilung von leerem und unterbelegtem Wohnraum, Zwangswohnungstausch, Umbau von Wohnraum zwecks wirksamerer Ausnutzung, dringende Reparaturen von Wohnraum (StAS D 100). Manche Bauherren entzogen sich der Einweisung von Wohnungslosen und Flüchtlingen durch das Wohnungsamt dadurch, dass sie genehmigte Bauvorhaben, für die Baustoffe und Arbeitskräfte vorhanden waren, nur für ihren eigenen Wohnbedarf fertig stellten. In solchen Fällen forderte die Aufsichtsbehörde schärfste Maßnahmen, ggf. die vorübergehende Beschlagnahme des gesamten Wohnraums für Wohnungslose durch das Wohnungsamt (Verfügung des Regierungspräsidenten vom 23.9.1947). Bereits am 28.7.1947 hatte die Stadtvertretung beschlossen, die Wohnungen der Hausbesitzer zu beschlagnehmen, die die in ihren Häusern befindlichen beschädigten Wohnungen nicht wiederherstellten, weil sie den Wohnraum der Bevölkerung vorenthalten wollten (StAS D 68a). In dem Wohngesetz Nr. 18 vom 8.3.1946 wurden die Gemeinden verpflichtet, Wohnungsämter einzurichten und ihnen Wohnungsausschüsse als beratende Gremien zuzuordnen. Ein Wohnungsamt gab es schon vor dem Krieg in Soest. Der Wohnungsausschuss trat zu seiner ersten Sitzung am 5.11.1946 zusammen. Vom 1.1.1946 bis zum 5.11.1946 wurden folgende Wohnungs- bzw. Zimmerzuweisungen für 3.962 Personen durch das Wohnungsamt verfügt: 330 Wohnungen mit 2 Zimmern, 140 Wohnungen mit 3 Zimmern, 66 Wohnungen mit 4 Zimmern, 13 Wohnungen mit 5 Zimmern, 6 Wohnungen mit 6 Zimmern, 187 leere Einzelzimmer und 576 möblierte Einzelzimmer. (1. Sitzung der Wohnungskommission vom 5.11.1946, StAS D 100).

Der Bürgermeister

Soest, den 26. März 1946

A. Z.:

Abt. VII W.

An Herrn Soest

Soest
Wachholzgasse 8

Für Obdachlose, die infolge der Kriegereignisse ihre Wohnung verloren haben, beschlag-
nahme ich in Ihrer Wohnung im Hause Straße Nr.
..... Raum(e) und Küche, Küchenbenutzung. Diese Räume dürfen nur mit Zustimmung des
Städt. Wohnungsamtes vermietet werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß dem eingewie-
senen Mieter der Zugang zum Trockenboden, zum Keller, zu den Toiletten und zu einer
Wasserstelle möglich ist.

Über die Höhe des Mietzinses empfehle ich Ihnen eine Vereinbarung mit dem eingewie-
senen Mieter. Kommt diese Vereinbarung nicht auf dem Wege persönlicher Verhandlung
zustande, so ist ein schriftlicher Antrag bei der Preisbehörde (Landratsamt) zu stellen.

Ein Einspruch gegen diese Beschlagnahme ist innerhalb 3 Tagen auf dem Wege über das
Städt. Wohnungsamt schriftlich an das Landratsamt zu richten.

A. A.
[Signature]

Quartierschein

In die oben angegebene Wohnung wird hierdurch

Herr

Frau

mit Erwachsenen und Kindern angewiesen.

Der vereinbarte Mietzins gilt ab heute und ist in monatlichen Raten zu entrichten.

Dieser Quartierschein verliert seine Gültigkeit, wenn die oben genannte Wohnung nicht
bis zum bezogen ist.

Soest, den 1946

Der Bürgermeister
Wohnungsamt
A. A.

Abb. 7: Anordnung der Beschlagnahme von Wohnungen

Der Regierungspräsident sprach sich aus gesundheitlichen, sittlichen und feuerpolizeilichen Gründen gegen eine weitere Verdichtung der Wohnraumbelastung aus⁸³.

Da aber der Bedarf an Wohnraum in keiner Weise gedeckt war und der Zustrom Wohnungssuchender weiter anhielt, sollten auf Anregung des Regierungspräsidenten weitere Möglichkeiten der Wohnraumbeschaffung geprüft werden⁸⁴.

Als die belgischen Streitkräfte am 22. September 1947 weitere 72 Wohnungen für ihre Angehörigen forderten, lehnte Stadtdirektor Becker in einem Schreiben an den Oberkreisdirektor vom 6. Oktober 1947 diese Forderung entschieden ab und bat ihn, dieses Anliegen gegenüber der Militärbehörde mit Nachdruck zu unterstützen. Er wies darauf hin, dass der Minister aufgrund einer Mitteilung der Militärbehörde vom 11. August 1947 die Stadt Soest „gegen weitere militärische Beschlagnahme zum geschützten Ort erklärt“ hatte. Er sei nicht mehr in der Lage, weiteren Wohnraum freizumachen. „Alle Bemühungen, auch nur für die hiesigen Wohnungssuchenden [...] noch ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten zu sichern, scheitern an dem fehlenden Wohnraum. Darüber hinaus noch Wohnungen für Besatzungsangehörige zu stellen, bedeutete aber, eine nicht endende Verelendung der Bevölkerung in wohnungsmäßiger Hinsicht mit Wissen fördern. Ein weiteres soziales Absinken der Bevölkerung muß mit allen Mitteln verhindert werden, weil insbesondere im Hinblick auf den vor uns stehenden Winter, der nicht nur in ernährungsmäßiger Hinsicht, sondern auch auf dem Gebiete der Bekleidung und der allgemeinen Verbrauchsgüter keinen Lichtblick gestattet, die Stimmung zum Radikalismus, nicht aber zu demokratischer Gesinnung führen mußte.“⁸⁵

Die Besatzungsmächte respektierten, dass in Soest keine weiteren Wohnungsbeschlagnahmen mehr möglich waren. Den Bewohnern, vor allem außerhalb der Wälle, war damit eine ständige Unsicherheit genommen. Auch die Stadtverwaltung konnte nun die Wohnraumbewirtschaftung ohne Eingriffe durch mögliche Beschlagnahmen sicherer gestalten.

Die Materialnot, die immer wieder als Grund für die Verzögerung von Reparaturmaßnahmen aufgeführt wurde, bezeichnete der Regierungspräsident als „oft vorge-schoben“, denn auf dem Lande befänden sich viele gehortete Baustoffe, die auf der Grundlage des Reichsleistungsgesetzes beschlagnahmt werden könnten.

Tatsache war aber auch, dass im Jahre 1947 sehr viel Baumaterial für die Wiederherrichtung und auch für Neubauten der sogenannten Kalorien- oder BMW-Bauten (Bäcker, Metzger, Wirtshäuser) verbaut wurde. Der Materialverbrauch dafür hatte ein so großes Ausmaß angenommen, dass der Oberkreisdirektor der Stadt vorschlug, den Bauunternehmern mitzuteilen, dass sie beim Eintritt einer Währungsreform nicht mit öffentlichen Aufträgen zu rechnen hätten, falls sie sich jetzt weigern

83 Verfügung des Regierungspräsidenten vom 24.10.1947; StAS, D 2181.

84 Dabei griff der Regierungspräsident weitgehend auf die Verordnung zur Wohnraumlentung vom 27.2.1943 zurück: Ausbau von Dachgeschossen, Unterteilung allzu großer Wohnungen, Wohnbarmachung von Räumen durch den Einbau von Kaminen, Umbau nicht genutzter gewerblicher Räume zu Wohnzwecken und Rückführung zweckentfremdeter Wohnungen, Ausbau der Altersheime für Alte und Gebrechliche, um Wohnraum freizumachen; ebd.

85 StAS, D 100; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 6249.

sollten, auch solche Aufträge auszuführen, die zur Behebung der Wohnungsnot dringend erforderlich seien⁸⁶.

Um bei der Durchführung des Wohnungsnotprogramms Baumaterial einzusparen, wurden aufgrund einer Verordnung der Militärregierung vom 13. Februar 1947 „Richtlinien für die Wiederherstellung kriegsbeschädigter Wohnhäuser“ erlassen, die unter anderem vorsahen, dass die Decken- und Dachkonstruktionen „eisenarm“ und „holzlos“ durchgeführt werden mussten. Holz durfte nur zur Ergänzung bestehender Konstruktionen verwendet werden. Bei zerstörten Steildächern war die oberste Decke als Flachdach auszubilden.

Auch bei den Installationen wurde gespart: Je Raum war nur eine elektrische Brennstelle und eine Steckdose zulässig. Je Wohnung war eine Wasserzapfstelle erlaubt. Für eine zweite Familie konnte eine weitere Zapfstelle installiert werden. In der Küche war nur eine Gasbrennstelle gestattet. Zentralheizungsinstallationen waren vorläufig nicht zugelassen. Maler-, Tapezier- und Klebearbeiten waren nicht gestattet. Noch im Dezember 1948 war das Verputzen von Häusern bis auf Weiteres verboten. Der Bauausschuss unterstützte die Sparmaßnahmen durch den Beschluss, künftig nur noch eine zweigeschossige Bauweise zuzulassen⁸⁷.

Aufgrund der Konzentration der Baumaßnahmen und damit der Baustoffverteilungen auf den Bergarbeiterwohnungsbau konnte der sonstige Wohnungsbau des Wohnungsnotprogramms 1947 nicht annähernd in dem angemeldeten Umfang mit Baustoffen ausgestattet werden, so dass zahlreiche Vorhaben nicht durchgeführt werden konnten und auch in absehbarer Zeit mit ihrer Ausführung nicht zu rechnen war. Der Minister bat die Gemeinden die Durchführbarkeit des angemeldeten Programmumfangs mit der Maßgabe zu überprüfen, nur solche Vorhaben zu bewilligen, die „nach der derzeitigen bauwirtschaftlichen Lage bis zum 31. Mai 1948 durchgeführt werden können“, also Bauvorhaben zur Behebung geringer Schäden⁸⁸.

Nach der von der Verwaltung geführten Statistik konnten im Jahr 1947 nur 108 der 432 im Programm angemeldeten Wohnungen wiederhergestellt werden.

In den Programmjahren 1945 bis 1947, für die 1.348 Wohnungen für eine Reparatur angemeldet worden waren, wurden nur insgesamt 406 wiederhergerichtet⁸⁹.

An dieser Stelle muss eine Bemerkung zur Wohnungs-Statistik der Stadtverwaltung eingefügt werden, denn ein nachvollziehbares Ergebnis der Wohnungsnotprogramme 1945 bis 1947 mit der Anzahl der bis 1949 insgesamt wieder vorhandenen Wohnungen, sozusagen als Erfolgsmeldung, lässt sich aus den archivierten Unterlagen nicht einwandfrei darstellen.

86 Verfügung des Oberkreisdirektors vom 27.11.1947, StAS D 2181. Im Bezirk III (Thomästraße, Bischofstraße, Grandweg, Hoher Weg, Ostenhellweg; Baupfleger Architekt Prof. Albert Fr. Lepin de Monté) waren z. B. von 51 im Rahmen der Baulenkung für die Genehmigung beantragten Vorhaben 18 Wohn- und Geschäftshäuser; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 5955, Antrag auf Genehmigung von Bauvorhaben vom 20.7.1946.

87 Verordnung der Militärregierung vom 13.2.1947, StAS D 1614; Erlass des Ministers für Wiederaufbau vom 12.4.1947, StAS D 2181; Protokoll des Bauausschusses vom 5.8.1947 und 11.12.1948, StAS D 83.

88 Erlass des Ministers für Wiederaufbau vom 29.1.1948; StAS D 2181.

89 StAS D 1783.

Die vom Regierungspräsidenten regelmäßig geforderten und von der Stadt gelieferten Daten wurden mehrfach als unzureichend bezeichnet. Am 14. Januar 1949 stellte der Regierungspräsident fest: „Die mir bisher vorgelegten Wohnungsbaustatistiken wiesen erhebliche Differenzen auf im Vergleich zum wirklichen Bild der Kriegsschäden und dem Wohnungsbestand.“ Auch die Kreisverwaltung wies auf die Unstimmigkeit der Daten hin und empfahl, sorgfältiger zu arbeiten. Sonst werde sie den entsprechenden Mitarbeiter der Stadt beim Regierungspräsidenten benennen, denn für die fehlerhaften Statistiken könne der Kreis nicht länger die Verantwortung übernehmen.

Ein Grund für diese Reaktionen der Aufsichtsbehörden könnte gewesen sein, dass voneinander abweichende Statistiken vorgelegt worden waren, denn offensichtlich wurden bei der Stadtverwaltung zwei Wohnungsstatistiken geführt, die wohl beide, ohne sie abzugleichen, weitergereicht worden waren: eine Statistik beim Bauamt zeigte die Entwicklung des erstellten Wohnraumes (Statistik der Bautätigkeit) und die andere beim Wohnungsamt erfasste die vorhandenen Wohnungen.

Diejenige des Bauamts⁹⁰ enthielt wesentlich niedrigere Zahlen als die Angaben des Wohnungsamtes, die dann nach der Rüge des Regierungspräsidenten ab Februar 1949 an den Oberkreisdirektor weitergegeben und in die Soester Chronik 1948-1954⁹¹ aufgenommen wurden. Die beiden Statistiken konnten bis 1954, dem Berichtszeitraum der Soester Chronik, nicht aneinander angeglichen werden: Die Statistik der Bautätigkeit ergab für 1954 5.332 (einschließlich der im Krieg nicht zerstörten sowie der behelfsmäßig errichteten Wohnungen) und die Statistik des Wohnungsamtes 8.168 vorhandene Wohnungen.

Das löst Fragen nach den Ursachen dieses großen Unterschiedes aus. War die Anzahl der unzerstörten Wohnungen und die Zahl der unmittelbar nach dem Krieg reparierten Wohnungen größer als bisher angenommen? Haben ungenehmigte Wohnungsteilungen, Dach- und Kellergeschossausbauten und Umnutzungen gewerblicher und anderer anders genutzter Räume zu dieser großen Differenz beigetragen?

Diese Fragen lassen sich nicht abschließend beantworten. Sicher ist aber, dass eine genaue Statistik seit 1949 die Grundlage für die Flüchtlingszuteilung und die Vergabe von öffentlichen Mitteln für die Wohnungsbauförderung bildete.

Wohnungsneubau

Die von den Amerikanern vorbereitete und am 20. Juni 1948 durchgeführte Währungsreform führte zum zeitweiligen Stillstand der Wohnungsinstandsetzungen. Viele Hauseigentümer ließen die Arbeiten einstellen, da die Finanzierung der Baumaßnahmen durch das Land, das sich erst einmal einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Gelder und deren Verteilung auf die einzelnen Ressorts

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ StAS D 1785, D 1783, Deus (wie Anm. 56), S. 88f. Mit diesen Differenzen in der Statistik mussten sich auch das Statistische Landesamt und der Minister für Wiederaufbau auseinandersetzen, StAS, D 121.

verschaffen musste, zunächst ungewiss war. Das führte auch dazu, dass der städtische DM-Haushalt erst im Februar 1949 verabschiedet werden konnte⁹².

Mit der Währungsreform begann eine neue Phase in der Wohnungsbaupolitik. Die Städte und Gemeinden, so auch die Stadt Soest, forderten die zuständigen Behörden auf, den Wohnungsneubau zu fördern. Nur durch Neubauten, die bisher wegen zu großen Materialbedarfs nicht genehmigt worden waren, konnte das Wohnungselend gelöst werden. Jetzt war nicht mehr nur Materialmangel ein Hindernis für das Bauen, sondern auch sprunghaft gestiegene Baukosten, Mangel an Geldmitteln, und es fehlte an geeignetem Bauland.

Die Mittel aus den Wohnungsnotprogrammen 1945, 1946 und 1947 hatte die Stadt weitestgehend verteilt, und weitere Gelder standen nach der Währungsreform für die Förderung des Wohnungsbaues nicht zur Verfügung. Die Besitzer von privaten Geldwerten waren nahezu enteignet worden, so dass mit einer privaten Wohnbautätigkeit nicht zu rechnen war. Demgegenüber blieb der Sachwertbesitz erhalten. Mit dem am 8. August 1949 erlassenen Soforthilfegesetz sowie dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 versuchte der Staat, die Nachteile auszugleichen⁹³.

Da das Land Nordrhein-Westfalen nur in sehr geringem Umfang öffentliche Gelder für den Wohnungsneubau bereitstellen konnte, versuchten Stadt und Kreis, eigene Wohnungsbauprogramme aufzustellen. Bereits vor der Währungsreform hatte die Innungsversammlung der Kreishandwerkerschaft beschlossen, eine Wohnungsbaunotgemeinschaft zu gründen. Alle Mitarbeiter sollten eine Abgabe von ihrem Lohn entrichten. Das Geld sollte als Darlehen für den Wohnungsbau eingesetzt werden. Die Stadt beabsichtigte, den Wohnungsneubau durch die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu forcieren, dies auch in der Hoffnung, dadurch rasch und bevorzugt Fördergelder zu erlangen.

Das gescheiterte Projekt einer „Hausbau GmbH“ in Soest

Am 1. Dezember 1948 schlug der Stadtverordnete Helmut Bertram in der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und des Finanzausschusses vor, zur Durchführung des Wohnungsbaus eine GmbH zu gründen, um alle vorhandenen Kapitalkräfte zusammenfassen zu können. Die Landesregierung hatte inzwischen Zuschüsse für die Errichtung von Neubauten in ihrem Haushalt bereitgestellt, allerdings nur für gemeinnützige Baugenossenschaften oder Selbsthilfeorganisationen, die sich einer gemeinnützigen Baugenossenschaft als Träger bedienten.

Stadtdirektor Becker wies am 8. Januar 1949 im Zusammenhang mit der Gründung der städtischen Wohnungsbaugenossenschaft eindringlich auf den Wohnungsbedarf der Stadt hin⁹⁴.

92 Die den Bauherren bewilligten Zuschüsse wurden durch die Währungsreform im Verhältnis 10:1 abgewertet (10 Reichsmark zu einer Deutschen Mark). Sie waren daher für die Fertigstellung der Reparaturen nicht mehr ausreichend. Durch die Bereitstellung von Übergangsbeihilfen sowie der Instandsetzungsfinanzierung von 1949 wurde die Finanzierung dann später gesichert: Deus (wie Anm. 56), S. 33; Erlass des Ministers für Wiederaufbau vom 3.6.1949; StAS D 2181.

93 Echternkamp (wie Anm. 1), S. 100ff.

94 StAS D 2193.

In einer großen Eröffnungssitzung am 21. Januar 1949 im Deutschen Haus, die den Anstoß für die Gründungsarbeiten gab, nahmen folgende Gruppierungen teil: der Wohnsiedlungsausschuss mit Helmut Bertram, die Stadtwerke Soest, das Finanzamt, die Kreishandwerkerschaft, der Vorsitzende des Bauausschusses, Rolf-Otto Burghard, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gemeinnützige Wohnungsverein, die Gemeinnützige Baugenossenschaft GmbH, die Westfälische Rundschau, die Westfalenpost, der Neue Westfälische Kurier sowie als Vertreter der Verwaltung der stellvertretende Stadtbaurat Heinrich Schäfer, der im April 1947 eingestellt worden war. In dieser Sitzung wurde das Konzept des Projekts „Wohnungsbau in Soest“ eingehend erläutert. Angesichts der hohen Preise im Siedlungsbau müssten zur Kapitalbeschaffung alle Quellen erschlossen werden. Das Bauland sollten die Stadt, die Wohnungsbaugenossenschaften sowie der „Reichsfiskus“, der treuhändlerisch das ehemalige Wehrmachtsgelände verwaltete, bereitstellen.

Da private Gelder für größere Investitionen nicht zur Verfügung standen, war das Projekt auf öffentliche Gelder angewiesen, die durch ein zu schaffendes Grundkapital ergänzt werden sollten: durch einen Bauförderungszuschuss im städtischen Haushalt, durch die Bildung von Zweckspargemeinschaften Wohnungsinteressierter, durch freiwillige Abgaben vom Lohn, durch den Erwerb von Anteilscheinen (alle Telefonteilnehmer wurden um eine Zeichnung gebeten), durch die Einsparung von Trennungsentschädigungen, durch Spendenmittel aus der Aktion der Kreishandwerkerschaft sowie dadurch, dass die Umlandgemeinden, in denen in Soest arbeitende Flüchtlinge lebten, ihre Zuschüsse für den Wohnungsbau an die Stadt abgäben und dafür von den Wohnungsbaukosten entlastet würden. Ziel war es, zunächst 300 Wohnungen in Fertigteilbauweise von der geplanten Gemeinnützigen Wohnhaus GmbH bauen zu lassen und die Häuser dann so schnell wie möglich an die Grundstücksbesitzer zu verkaufen.

Die Bereitschaft, Geld in die künftige Wohnungsbaugenossenschaft einzubringen, war jedoch gering. Auch die Umlandgemeinden zeigten wenig Neigung, sich finanziell zu engagieren, denn alle angeschriebenen Gemeinden lehnten eine Weitergabe der Wohnungsbauzuschüsse an die Stadt ab⁹⁵.

Die Zentrumsparterie brachte dennoch die Gründung der „Hausbau GmbH“ auf die Tagesordnung der Ratssitzung vom 24. Februar 1949. Die SPD war der Auffassung, dass eine GmbH in der beantragten Form nicht erforderlich sei. Sie könne allenfalls als Dachgenossenschaft fungieren: „Die Ausführung der Bauten solle man getrost den in Soest bestehenden drei Baugenossenschaften überlassen.“

Der Rat beschloss dann einstimmig, für den sozialen Wohnungsbau in den kommenden Etatjahren 1949 und 1950 einen Betrag von 300.000 DM in Form von Sachwerten, Grundstücken, Dienstleistungen oder Barkapital einzusetzen.

Am 21. April 1949 wurde dann vom Rat die Gründung der „Hausbau GmbH“ beschlossen. Der mit den Vorbereitungen der Gründung beauftragte Makler Ernst Nigge erkundigte sich am 13. Mai 1949 beim Verband Westfälischer Wohnungsunternehmen nach den Voraussetzungen für die Erteilung der Gemeinnützigkeit. Der Verband mach-

95 Schreiben des Stadtdirektors vom 22.1.1949 an die Amtsdirektoren der Ämter Borgeln-Schwefe, Körbecke, Hovestadt, Lohne und Bremen, StAS D 2193.

te ihm wenig Hoffnung, da „in Soest bereits drei schon seit langen Jahren mit Erfolg tätige Wohnungsunternehmen in Genossenschaftsform bestehen“. Am 25. Juli 1949 notierte Stadtdirektor Becker: Die „Hausbau GmbH“ kann wegen fehlender Erteilung der Gemeinnützigkeit durch den Regierungspräsidenten nicht gegründet werden⁹⁶.

Damit war das mit viel Energie und Einsatz betriebene Vorhaben, die Wohnungsnot in Soest mit Hilfe einer neu gegründeten „Hausbau GmbH“ mit Förderung des Landes zu mildern, gescheitert.

Wohnungsbauprogramm des Kreises mit der KWS

Zeitgleich zu den Bemühungen der Stadt, eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, beabsichtigte der Oberkreisdirektor, ein soziales Wohnungsbauprogramm für den Kreis Soest aufzustellen und Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus zu ergreifen. Am 18. Februar 1949 erhielten die Städte und Ämter des Kreises ein Schreiben mit der Anfrage, ob sie grundsätzlich bereit seien,

- sich an der Aufbringung der erforderlichen Baukosten zu beteiligen;
- für alle Vergnügungsveranstaltungen als freiwillige Spende einen Zuschlag auf den Eintrittspreis zu erheben;
- alle durch Spenden gesammelten Gelder in den Finanzierungsplan einzubeziehen.

Die Stadt Soest reagierte zurückhaltend und verwies darauf, dass sie bekanntlich beabsichtige, die örtliche Wohnungsbautätigkeit durch die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft zu fördern und mit allen Mitteln bestrebt sei, Gelder für den Wohnungsbau hereinzuholen.

Am 24. Februar 1949 folgte ein zweites Rundschreiben des Oberkreisdirektors, in dem er auf eine vom Hauptausschuss beschlossene Haussammlung⁹⁷ hinwies, die als Kernstück des Aufbaufonds von den Ortsbehörden durchgeführt werden müsse. Die eingesammelten Gelder sowie die eingezahlten Geschäftsanteile sollten der als Träger der Wohnungsneubauten bestimmten Kreis-Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft zufließen und die zu erwartenden öffentlichen Zuschüsse aufstocken. Entsprechend ihrem Spendenanteil sollten dann die Gemeinden bei der Durchführung der Bauvorhaben berücksichtigt werden. Das Bauland sollte von den Gemeinden, um die Kosten zu senken, möglichst kostenlos zur Verfügung gestellt werden⁹⁸.

96 Die Gründung der Wohnungsbaugenossenschaft wurde maßgeblich und mit großem Engagement von dem Stadtverordneten Dr. Bertram, Vorsitzendem des Wohnsiedlungsausschusses und der Zentrumsfraktion, vorangetrieben, StAS D 2193 und 2194; Vermerk des Stadtdirektors vom 25.7.1949, StAS D 2182. Es gab bereits die Gemeinnützige Baugenossenschaft e.G.m.b.H., die Kreis-Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft e.G.m.b.H. und den Gemeinnützigen Wohnungsverein Soest.

97 Vorbild war wohl die Anfang März 1946 vom Regierungspräsidenten an zwei Sonntagen im Bezirk unter dem Motto „Unser Wiederaufbau“ sehr erfolgreich durchgeführte Spendensammlung. Im Kreis kamen damals 160.000 RM zusammen; davon wurden rd. 45.000 RM in der Stadt Soest gesammelt. Dieses Geld wurde im Jahr 1947 bis kurz vor der Währungsreform als Wiederaufbaudarlehen vergeben und damit die Wiederherstellung von 49 Wohnungen gefördert, StAS P 138.166 und D 68a.

98 StAS D 2193.

Die Sammlung sollte allmonatlich am ersten Samstag und Sonntag stattfinden. Um den größtmöglichen Erfolg zu erzielen, sollten die Mitglieder des Gemeinderates die Sammlungen, monatlich abwechselnd, durchführen. Außerdem seien in den Gasthöfen und bei besonderen Veranstaltungen Büchsensammlungen zu veranstalten. Die erforderliche Genehmigung für die Haussammlung wurde vom Sozialminister nicht erteilt, da zur Belebung der Bautätigkeit andere Mittel vorgesehen seien.

Der Hauptausschuss des Kreises ignorierte jedoch diese Entscheidung und beschloss, die Sammlung dennoch durchzuführen. Die Stadt Soest beteiligte sich nicht daran. Sie war mit der Gründung der „Hausbau GmbH“ beschäftigt. Außerdem kritisierte sie den Ton der Teilnahmeaufforderung, der „in seiner Befehlsart an zurückliegende Zeiten erinnert“⁹⁹.

Angekündigt durch eine Pressemitteilung, durch eine Unterrichtung der katholischen und evangelischen Pfarrer mit der Bitte, in den Gottesdiensten auf die Sammlung hinzuweisen, unter Einbeziehung der Schuldirektoren, in den höheren Klassen auf die Sammlung aufmerksam zu machen und Lehrer bei der Sammlung mitwirken zu lassen, begann die Haussammlung am 9. April 1949.

Fünf Sammlungen – die letzte fand im November 1949 statt – erbrachten eine Summe von rund 20.900 DM. Dieser Betrag erfüllte nicht die Erwartungen der Initiatoren. Das magere Ergebnis war dadurch begründet, dass einerseits während des Sammlungszeitraums einige Gemeinden ihre Teilnahme zurückzogen und andererseits die Spendengelder von Mal zu Mal geringer wurden. Die Bevölkerung war sammungsmüde geworden, denn nahezu an jedem Wochenende führten die Freien Wohlfahrtsverbände ähnliche Haussammlungen durch. Das gesammelte Geld wurde anteilmäßig den an der Sammlung beteiligten Gemeinden für die Förderung von Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt¹⁰⁰.

Ende 1949 war die Wohnungssituation in Soest wie folgt: Es fehlten rund 2.000 Wohnungen¹⁰¹. Dem Wohnungsamt lagen etwa 1.200 Anträge (rund 3.930 Personen) für die Zuweisung einer Wohnung vor. Etwa 1.490 Menschen waren unzureichend untergebracht und lebten in Wohnlauben, Ställen, nicht ausgebauten Dachgeschossen, Notwohnungen, ungeeigneten gewerblichen Räumen, von der Baupolizei als unbewohnbar bezeichneten Wohnungen, Obdachlosenasylen und ähnlichen Unterkünften¹⁰².

Die Reparatur der kriegszerstörten Wohnungen war im Rückstand. Noch 1949 wurden öffentliche Gelder für die Abwicklung des Wohnungsnotprogramms 1947 eingesetzt und zwar in erster Linie für die Reparatur von Wohnungen für Menschen, die in Bunkern und Kellern lebten, für Flüchtlinge und Schwerkriegsbeschädigte sowie für politisch, rassisch und religiös Verfolgte. Wohnungsneubauten wurden nur in sehr geringem Umfang staatlich gefördert.

99 Verfügung des Oberkreisdirektors vom 18.2.1949, StAS D 2182, Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 5593/2.

100 Ebd.

101 Nach Deus (wie Anm. 56), S. 88, und der Wohnungsbelegungsdichte von 1939 von durchschnittlich 3,6 Einwohnern je Wohnung.

102 StAS D 2177.

Die Besatzungsverdrängten

Nachdem am 10. Mai 1949 Bonn vom Parlamentarischen Rat zur vorläufigen Bundeshauptstadt gewählt worden war und die Engländer vorher erklärt hatten, dass sie das Gebiet um Bonn aus der Militärverwaltung freigeben würden, mussten die dort stationierten belgischen Truppen in andere Städte verlegt werden¹⁰³. Auch Soest war davon betroffen mit der Folge, dass 20 Wohnungen für Offiziere und ihre Familienangehörigen bereitgestellt werden mussten.

Da es der Stadt Soest völlig unmöglich war, die umzusiedelnden Familien innerhalb des Stadtgebietes unterzubringen, bat die Kreisverwaltung, die Stadt unterstützend, die übrigen Ortsbehörden zunächst, kleinere Soester Familien aufzunehmen. Später musste sie sie anweisen. Im Falle einer Weigerung werde bei einem ähnlichen Vorgang die Kreisverwaltung ihre Unterstützung versagen und bei der Verteilung von Bauzuschüssen oder Baudarlehen nur in solchem Umfang die Ortsbehörden berücksichtigen, wie es ihrer Beteiligung an dieser Aktion entspreche. Alle Ämter des Kreises Soest, mit Ausnahme der Stadt und des Amtes Werl, waren bereit, insgesamt 22 räumungsbetroffene Familien aus der Stadt Soest aufzunehmen. Sie trafen entsprechende Vorbereitungen wie Beschlagnahmen sowie Um- und Ausbauten, um Wohnraum für die Soester Familien verfügbar zu haben.

Es ergab sich dann aber, für die Kreisverwaltung sehr überraschend, dass die meisten Familien, die sich im übrigen, mit Ausnahme von drei Ehepaaren, weigerten, Soest zu verlassen, nun doch in der Stadt untergebracht werden konnten. Das sei ein Zeichen dafür, dass die Wohnraumlage innerhalb der Stadt „immerhin noch als durchaus erträglich bezeichnet werden musste und nicht im Einklang stand mit den Klagen der Stadt Soest über eine bestehende Überbelegung“, berichtete der Oberkreisdirektor an den Minister für Wiederaufbau am 10. September 1949. Er bat ferner dringend darum, im Hinblick auf die gezeigte Bereitwilligkeit und die getätigten Vorleistungen der Ämter des Kreises, vorläufig von der Zuweisung weiterer Flüchtlingskontingente an den Kreis Soest abzusehen¹⁰⁴. In Verhandlungen mit dem Wiederaufbauminister Anfang August 1949 hatte die Stadt Soest für den Ausbau von beschädigten oder halbfertigen Häusern und Dachgeschossen zur Unterbringung räumungsbetroffener Familien ein Darlehen von 100.000 DM erhalten. Das war der Anlass, alles zu versuchen, die Soester Familien in der Stadt unterzubringen und das Landesdarlehen für die Herstellung von Wohnraum schnellstens an Bauwillige weiterzugeben¹⁰⁵.

Die Beschlagnahme, die am 9. August 1949 vom belgischen Kreis-Resident-Officer angekündigt und bis zum 12. September 1949 vollzogen sein musste, war nur von kurzer Dauer. Bereits 1950 konnten die belgischen Familien in Neubauten an der Korbacher Straße, die das Wiederaufbauministerium des Landes Nordrhein-Westfalen errichten ließ, umziehen und die „Besatzungsverdrängten“ ihre alten Wohnungen wieder beziehen¹⁰⁶. Die rasche Rückgabe der Wohnungen führte zu un-

103 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953. Frankfurt/Main 1967, S. 165.

104 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 5676.

105 Protokoll über die Sitzung des Sonderausschusses zur Beschaffung von Wohnraum für Besatzungszwecke vom 15.8.1949, StAS D 100.

106 Für die Planung und Betreuung der Wohnungen für die Besatzungsmächte wurde in Arnsberg am

mutigen Anfragen der „Altbesatzungsverdrängten“ an den Stadtdirektor. Sie waren seit 1945 unzureichend untergebracht und fühlten sich ungerecht behandelt¹⁰⁷.

Sowohl Hubertus Schwartz (er war am 17. Oktober 1948 zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden) als auch Oberkreisdirektor August Günther wandten sich an den Minister für Wiederaufbau mit der Bitte, sich für diesen Personenkreis einzusetzen und die beschlagnahmten Wohnungen – in Soest waren es immerhin noch 175 – durch Neubauten für die belgischen Familien zu ersetzen, um auf diese Weise eine „gerechtere Verteilung der Besatzungslasten“ zu erreichen.

Der Minister bestand jedoch auf der getroffenen Regelung. Die an den Bund und das Land damit herangetragenen Anforderungen würden ein Ausmaß erreichen, das in keinem Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten stehe¹⁰⁸.

Dem Engagement der „Notgemeinschaft der Besatzungsgeschädigten“ war es schließlich zu verdanken, dass 1952/1954 Ersatzwohnungen im Rahmen eines Ersatzbauprogramms in Soest gebaut wurden: am Kölner Ring, am Ostenhellweg und am Düsterpoth. Dies konnte jedoch für die Eigentümer beschlagnahmter Wohnhäuser nur eine vorübergehende Lösung sein, denn sie wollten ihre eigenen Häuser von der Besatzungsmacht wieder zurückhaben, was dann bis 1956 geschah. Durch den Bau weiterer Wohnungen für die Angehörigen der belgischen Besatzungssoldaten an der Burgundischen Straße, am Maastrichter Weg und an der Briloner Straße war dies möglich geworden¹⁰⁹.

Den weiteren Neubau von Wohnungen veranlassten zunächst die Alliierten maßgeblich: Im Zusammenhang mit der Verstärkung der Besatzungstruppen 1950 in der Bundesrepublik musste das sogenannte O-Lager für eine belgische Panzereinheit kurzfristig von den Vertriebenen geräumt und für diese sowie für die Familien der neuen Besatzungstruppen Wohnraum geschaffen werden. In einem beispiellosen Kraftakt wurde in 100 Tagen die Siedlung „Süd-Ost“ zwischen Windmühlenweg und Niederbergheimer Straße geplant und gebaut: Der Baubeginn für 624 Wohnungen in 51 Wohnblocks und 114 Reihenhäusern für 1.849 Bewohner war am 16. Januar 1951. Am 29. März 1951 konnten die ersten Familien nach fünf Jahren be-

30.4.1948 ein Reichsbauamt eingerichtet, das am 1.9.1949 in Finanzbauamt und im August 1953 endgültig in Finanzbauamt umbenannt wurde, vgl. Deus (wie Anm. 56), S. 84f.

107 Die Besatzungsgeschädigten hatten sich 1948 in verschiedenen Städten zur „Notgemeinschaft der Besatzungsgeschädigten“ zusammengeschlossen, die sich dann in einem Landesverband zusammenfanden. „In Soest wurde eine solche Notgemeinschaft im November 1949 gegründet“, Deus (wie Anm. 56), S. 95.

108 Der Minister begründete die Beschlagnahme damit, dass „die Härten, die in früheren Zeiten bei den Beschlagnahmen zweifelsohne aufgetreten sind, für die Zukunft vermieden werden. Dementsprechend ist bei den jetzt erfolgten Beschlagnahmen den Betroffenen zugesagt worden, dass die Beschlagnahmen der Häuser nur eine vorübergehende Zeit, nämlich bis zur Fertigstellung der Besatzungswohnbauten erfolgt.“ Im Übrigen sei die Lage dadurch besonders schwierig, „dass die durch Beschlagnahme Betroffenen lediglich für eine Reihe von Jahren das Nutzungsrecht an ihren Häusern verloren haben, während andere Kreise, insbesondere die Ausgebombten und Flüchtlinge darüber hinaus die Substanz ihres Grundvermögens verloren haben und deshalb in gleicher Weise [...] Anspruch auf Hilfe haben“, Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 5676.

109 Thomas Hauff: Das räumliche Wachstum der Stadt Soest außerhalb der hochmittelalterlichen Wallanlage – Bestandsaufnahme und funktionale Analyse. Schriftliche Hausarbeit, Münster 1986 (Masch.-schr.), S. 88.

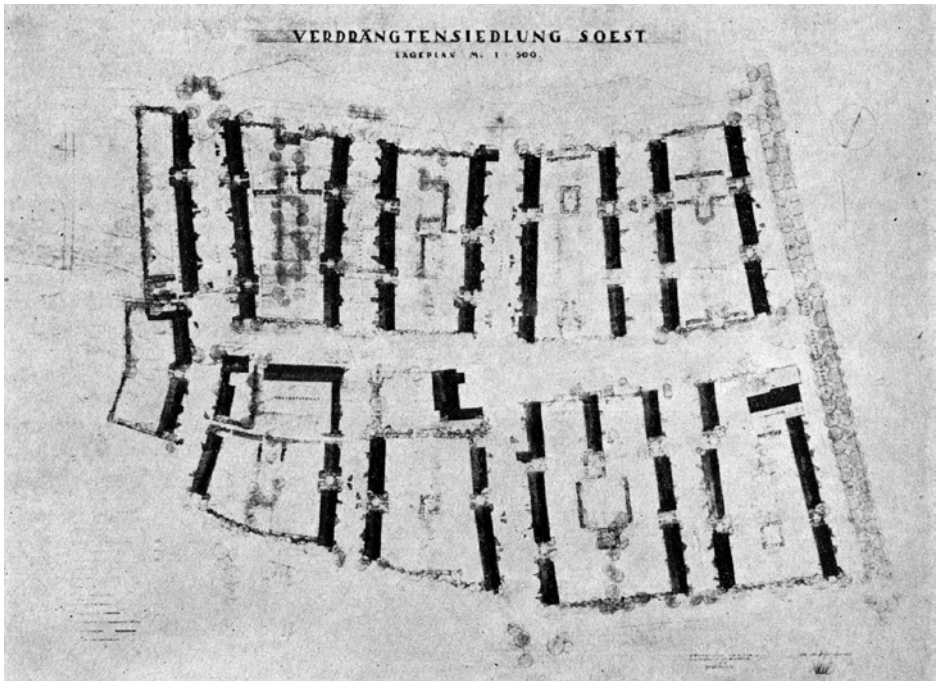


Abb. 8: Plan der Süd-Ost-Siedlung zwischen Windmühlenweg und Niederbergheimer Straße

engten Lagerlebens die ersten fertigen Häuser beziehen. Am 24. April 1951 waren alle Gebäude fertig. An diesem Projekt wirkten der Bund als Geldgeber, die Landesregierung und die Stadtverwaltung mit. Träger war die Westfälische Heimstätte in der planerischen Zusammenarbeit mit Soester Architekten (Abb. 8)¹¹⁰.

Für die zur belgischen Panzereinheit gehörenden Familien wurden 1951/52 104 Wohnungen gebaut: an der Arnsberger Straße 20, am Hiddingser Weg 72 und am Kölner Ring 12 Wohnungen¹¹¹.

Die Hoffnung der Stadt, mit dieser Maßnahme eine größere Anzahl von Wohnungen wieder freizubekommen, erfüllte sich nicht, so dass sie nun mit Landes- und eigenen Haushaltsmitteln den Wohnungsneubau anschieben musste.

Errichtung von Kleinsiedlungen

Im November 1946 wurde der Bau von Kleinsiedlungen von der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen durch den Regierungspräsidenten propagiert und zunächst die Landesbeschaffung dafür angeregt. Im Hinblick auf die zu erwartenden Hungerjahre wollte man die Selbstversorgung der Bevölkerung fördern und unterstützen.

110 Alfred Zehrer: Vom Kasernenlager zur Wohnheimsiedlung. In: Heimatkalender des Kreises Soest 1952, S. 37f.; ders.: Zahlen vom Werden der Großsiedlung Soest Südost. In: Heimatkalender des Kreises Soest 1953, S. 122ff.

111 Deus (wie Anm. 56), S. 93f.

Die Gemeinden wurden aufgefordert, Kleinsiedlungsgelände für Werktätige und Flüchtlinge auszuweisen und den Bedarf anzugeben. Das dafür vorgesehene Land solle von den Siedlungsträgern – Kreis-Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft, Westfälische Heimstätte Dortmund – erworben und erschlossen werden. Bis zum Bau der Häuser seien die Gärten den Familien für eine landwirtschaftliche und kleingärtnerische Nutzung zu überlassen.

Die Stadt Soest nahm zu diesem Zeitpunkt, mit Rücksicht auf die erhebliche Anzahl beschädigter Gebäude und Wohnungen, Abstand von dem Ansinnen, in Frage kommende Familien zu erfassen, denn die Wohnungsbedürftigen würden sich begreiflicherweise eher für eine Siedlung melden als Wohnungen zu reparieren. Im Übrigen stehe Siedlungsgelände nur in beschränktem Umfange zur Verfügung, da keine vorausschauende Bodenpolitik betrieben worden sei¹¹².

Die Kleinsiedlung als neue Wohn- und Siedlungsform entstand aus der Großstadtkritik. Die Arbeitersiedlungen und die Siedlungen der Gartenstadtbewegung, maßgeblich unterstützt und getragen durch die Heimatschutzbewegung, waren eine Reaktion auf die Wohnmissstände in den Großstädten, von denen vor allem die Arbeiter betroffen waren.

In der Zeit von vor dem Ersten und bis zum Zweiten Weltkrieg wurden städtebaulich bedeutende Siedlungen gebaut wie die Margarethenhöhe in Essen von Georg Metzendorf, Hellerau in Dresden von Richard Riemerschmidt Falkenberg bei Berlin von Bruno Taut und Ingenieur Härtel, die Siedlung Staaken bei Berlin von Paul Schmitthenner, um nur diese zu nennen. Riemerschmidt Paul Schultze-Naumburg und Heinrich Tessenow stellten den Siedlungs- und Kleinwohnungsbau in den Mittelpunkt ihres Interesses¹¹³. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) der Nationalsozialisten, zuständig für den „sozialen Wohnungsbau“, griff die Kleinsiedlung als Wohnform für die arbeitende Bevölkerung auf. Die aufgelockerte Bauweise (Luftschutz), die Bindung an den Grund und Boden und die Selbstversorgung entsprachen ihren ideologischen Zielen.

Vorbild für die äußere Gestaltung der Wohnhäuser waren die in der Heimatschutzbewegung entwickelten und umgesetzten Ziele eines nach örtlicher Bauform und örtlichem Material den unterschiedlichen Landschaften entsprechenden Bauens. In der Weimarer Zeit führte diese Zielsetzung zu einer sehr individuellen und vielfältigen Architektur¹¹⁴.

112 Verfügung des Regierungspräsidenten vom 14.11.1946 an den Oberkreisdirektor, Schreiben der Stadt an den Oberkreisdirektor vom 20.12.1946, StAS D 488.

113 Birgitta Ringbeck: Architektur und Städtebau unter dem Einfluss der Heimatschutzbewegung. In: Edeltraud Kluebing (Hrsg.): Antimodernismus und Reform. Darmstadt 1991, S. 216-287, hier S. 256ff. - Vgl. Kristiana Hartmann: Deutsche Gartenstadtbewegung. München 1976, S. 43ff.

114 Für die Nationalsozialisten wurden diese „Hauslandschaften“ zu „Stammeslandschaften“, die ein gemeinsames Baudenken verbindet“. Für die Entwicklung der gestalterischen „Landschaftsformen“ im Hausbau war der Deutsche Heimatbund verantwortlich, der 1937 in Sachsen mit den Arbeiten zur Landschaftsnormung im Siedlungsbau begonnen hatte. Der Bund deutscher Heimatschutz (1903 gegründet) wurde 1937 in Deutscher Heimatbund umbenannt und im März 1942 der „kulturpolitischen Führungsstelle“ der NSDAP unterstellt. Vgl. Gerhard Fehl: „Führerwohnungsbau“ und „Landschaftsnorm“ – Zum Scheitern des Heimatschutzes im Nationalsozialismus. In: Ders.: Kleinstadt, Steildach, Volksgemeinschaft. Braunschweig 1995 (Bauwelt-Fundamente 102),

Zwischen 1933 und 1938 wurden in Soest drei Kleinsiedlungen errichtet: am Ilgenweg/Endlosen Weg/Rottlandweg, am Steinkuhlenweg/Müllinger Weg und am Vorwerckweg. Diese Siedlungen dienten vor allem der Selbstversorgung aus gartenmäßiger Nutzung und Kleintierhaltung als Ergänzung des Einkommens. Sie sollten „solchen Volksgenossen zugute kommen, die berufsmäßig in der gewerblichen Wirtschaft überwiegend unselbständig tätig zu sein pflegen, und somit dazu dienen, den schaffenden deutschen Menschen, insbesondere den deutschen Arbeiter, wieder mit dem Heimatboden zu verbinden“¹¹⁵. Sehr ähnlich heißt es in dem Erlass des Wiederaufbauministeriums vom 28. August 1948: „Der besondere volkswirtschaftliche und sozialpolitische Wert der Kleingartensiedlung liegt darin, daß sie breite Schichten der werktätigen Bevölkerung wieder mit dem Boden verbindet und sie zugleich befähigt, aus dem Wirtschaftsertrag eine wesentliche Ergänzung ihres sonstigen Einkommens zu gewinnen.“¹¹⁶

Die Errichtung von Kleinsiedlungen bereitete nach dem Krieg erhebliche Schwierigkeiten. Nach dem Gesetz Nr. 52 des Alliierten Kontrollrates, der die oberste Regierungsgewalt in Deutschland ausübte, war das gesamte Vermögen „hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle“ durch die Militärregierung unterworfen. Dieses gesperrte Vermögen durfte weder verkauft, vermietet, verpachtet oder belastet werden. Die Länder hatten 1947 auch noch nicht die Befugnis, neue gesetzliche Regelungen für das Eigentumsrecht an Grund und Boden sowie für die Enteignung zu erlassen. Um aber der „Not der Siedlungswilligen“ abzuhelpen, berief sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in einem Erlass über die Förderung des Siedlungswesens vom 5. März 1947 auf bestehende Gesetze aus dem „Dritten Reich“ und der Weimarer Zeit, die nicht aufgehoben worden waren und die es ermöglichten, Kleingartenland und Kleinsiedlungsland zu beschaffen. Aber auch dafür war eine auf jeden Einzelfall begrenzte Ausnahmegenehmigung erforderlich. In diesem Erlass wies das Land die Regierungspräsidenten an, die Gemeinden anzuhalten, als vorbereitende Maßnahme für den Kleinsiedlungsbau „geeigneten und willigen“ Familien Kleingarten- und Kleinsiedlungsland zur Pacht anzubieten.

Die Stadt griff dieses Anliegen auf, unternahm mit dem inzwischen gegründeten Gemeindesiedlungsausschuss eine Bedarfsermittlung und meldete am 2. September 1947 dem Oberkreisdirektor 142 interessierte Kleingärtner und 329 Kleinsiedlungswillige.

S. 132ff. „In der 1927 von Alfred Rosenberg gegründeten ‚Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur‘, von 1929 an ‚Kampfbund für deutsche Kultur‘ genannt, fand mancher Heimat-schützer, u. a. Schmitthenner und Schultze-Naumburg, die ihm passende politische Heimat“, ebd. S. 164ff. In „Baufibel“ wurden die Eigenarten der landschaftstypischen Bauformen zusammengetragen. Dieses Unterfangen musste in Anbetracht der sehr vielen unterschiedlichen landschafts-gebundenen Haustypen scheitern, weil es nicht mit der in der Weimarer Zeit begonnenen und nun weiterentwickelten industrialisierten und rationalisierten Wohnungsbauproduktion in Einklang zu bringen war. Man kam zu der Erkenntnis, dass „eine sich dem gesunden Fortschritt entgegenstemmende Heimatpflege“ kein „Daseinsrecht“ habe. Die in der Aufbau- und Erprobungsphase befindliche „Landschaftsnormung“ wurde 1942 personell zurückgenommen und 1943 ganz eingestellt. Vgl. ebd., S. 139f.

115 Verordnung über die weitere Förderung der Kleinsiedlung vom 19.2.1935, RGBl. I, S. 341.

116 Erlass des Ministers für Wiederaufbau vom 28.8.1948, StAS D 488.

Aufgrund der bauwirtschaftlichen Schwierigkeiten und des bestehenden Neubauverbots empfahl der Regierungspräsident im August 1948, die Siedlergärten zunächst zu parzellieren und aufzuschließen und sie den Siedlern zur Bewirtschaftung zuzuteilen¹¹⁷.

Dienten die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ausschließlich der Landbeschaffung für Kleinsiedlungen, so wurden im März 1949 sowohl die Baubeschränkungen gelockert, als auch die finanzielle Förderung geregelt, so dass nun mit der Errichtung von Kleinsiedlungen begonnen werden konnte. Allerdings: „Bei der Durchführung von Kleinsiedlungsvorhaben ist künftig auf stärksten Einsatz der Selbst- und Nachbarhilfe der Siedler und Siedlergemeinschaften der Hauptwert zu legen. Der planmäßige Einsatz der Selbst- und Nachbarhilfe bei der Vorbereitung und Durchführung von Kleinsiedlungsvorhaben (Planierung und Aufschließung des Geländes, Herstellung, Gewinnung und Bearbeitung von Baustoffen, Anlage der Siedlergärten und Errichtung der Siedlungsgebäude) soll daher von vornherein in geeigneter Weise organisiert und sichergestellt werden.“¹¹⁸

Es sollten die Siedler bevorzugt werden, die eine Eigenleistung von mindestens 15 bis 20 % des Bau- und Bodenwertes erbringen konnten.

Die erste nach dem Krieg in Soest errichtete Kleinsiedlung war die Siedlung am Redigerweg mit 27 Siedlerstellen. Sie wurde 1949 von einer Siedlergemeinschaft gebaut, die aus den Angestellten der Landesversicherungsanstalt, Außenstelle Soest, und der Westfälischen Heimstätte als Bauträger bestand. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Siedlern und Bauträger wurde sie zum Vorbild weiterer Kleinsiedlungen sowohl in Soest als auch in anderen Städten.

Ihr folgten drei weitere Kleinsiedlungen:

- 1949 bis 1952 eine Siedlung südlich des Paradieser Wegs (Otto-Modersohn-, Christian-Rohlf- und Hermann-Kätelhön-Weg) mit zwei Siedlergemeinschaften (Landesversicherungsanstalt Westfalen und Allgemeine Ortskrankenkasse) unter dem Dach der Westfälischen Heimstätte (33 Siedlerstellen);
- Seit 1950 war die Siedlung am Meister-Eckhart-Weg, Nibelungenweg und Dagobertweg in der Planung und Durchführung mit 44 Siedlerstellen der Siedlergemeinschaften des Mietervereins und des katholischen Arbeitnehmersvereins unter der Bauträgerschaft der Westfälischen Heimstätte. Ihr hatten sich die Siedlergemeinschaft der Postbediensteten mit der Kreis-Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft als Bauträger angeschlossen (25 Siedlerstellen);
- 1955 bis 1957 entstand am Coesterweg/Geseker Straße die Kleinsiedlung der Siedlergemeinschaft der Vertriebenen und Bombengeschädigten mit der Kreis-Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft mit 35 Siedlerstellen.

So entstanden von 1949 bis 1957 mit sechs Siedlergemeinschaften an den Randbezirken der Stadt vier Kleinsiedlungen mit rund 160 Siedlerstellen¹¹⁹.

Am 24. Mai 1948 stellte der Regierungspräsident auf Hinweise der Westfälischen Heimstätte fest, dass offensichtlich die Vertriebenen bei der Vergabe von Kleinsiedlungsland durch die Gemeindeverwaltungen benachteiligt würden. Ihnen werde

117 Ebd.

118 Erlass des Ministers für Wiederaufbau vom 23.3.1949, StAS D 2182.

119 Hauff (wie Anm. 109), S. 83ff.; Fr. Sennewald jr.: Das Siedlungswesen im Kreise Soest. In: Heimatkalender des Kreises Soest 1952, S. 34ff.

mitgeteilt, dass sie sich mit der Zuteilung von Grabeland zufriedenzugeben hätten. Grundsätzlich seien nur Einheimische bei der Vergabe von Kleinsiedlungsland zu berücksichtigen¹²⁰. Ob in Soest die Vertriebenen benachteiligt worden sind, lässt sich nicht feststellen. Es fällt aber auf, dass sie erst 1955/57 eine Kleinsiedlung errichteten, obwohl bereits im Oktober 1950 eine Nachfrage nach rund 100 Siedlerstellen von Vertriebenen und Flüchtlingen bestand, wie eine Erhebung des Kreises Soest ergab¹²¹.

Am 11. September 1951 gab der Oberkreisdirektor im Rahmen der monatlichen Berichtspflicht über die Wohnraumsituation an den Regierungspräsidenten folgende Situationsbeschreibung: „Der Wohnraummangel ist weiterhin so groß, daß nicht einmal die dringendsten Fälle noch vor Eintritt des Winters bereinigt werden können. So lange nicht in größerem Maße gebaut wird, ist kaum mit einer Besserung zu rechnen. Besonders schwierig ist die Unterbringung kinderreicher Familien und verschiedener asozialer Elemente.“¹²²

Im Januar 1953 befanden sich im Stadtgebiet immer noch 639 unbewohnte, durch den Krieg beschädigte oder zerstörte Wohnungen¹²³.

Obwohl die Stadt 1954 für die Kriegsheimkehrer am Preußenweg Wohnungen errichtet, Schlichtwohnungen am Endlosen Weg und Rademacherweg sowie Mietwohnungen an der Eichendorffstraße für die Bewohner des E-Lagers geschaffen und weitere einfache Wohnungen am Schleppweg gebaut hatte, suchten noch im Januar 1957 nach einem Bericht des Wohnungsamtes 2.895 Haushalte mit 8.154 Personen eine Wohnung. Davon wurden 1.070 Haushalte mit 3.519 Personen als Wohnungsnotstände und daher als sehr dringlich zu lösen bezeichnet: 57 Haushalte lebten in Kellern und Baracken, 129 Familien lebten mit vier und mehr Personen in einem Raum, 20 Familien lebten mit Tbc-Kranken in nicht ausreichendem Wohnraum, 9 Familien lebten in einsturzgefährdeten Häusern. Gegen 89 Familien lagen Räumungsurteile und gerichtliche Vergleiche vor, 490 Familien suchten bereits länger als zwei Jahre eine Wohnung und 276 Haushalte lebten in „sonstigen Notständen“. In diesem Bericht wurde besonders hervorgehoben, dass sich kaum ein Eigentümer bereit erklärte, Familien mit drei und mehr Kindern aufzunehmen¹²⁴.

Ende der 50er-Jahre nahm der Zustrom von Flüchtlingen aus Mitteldeutschland sowie von Aussiedlern in einem nicht erwarteten Ausmaße zu. Für diese Menschen mussten Notunterkünfte eingerichtet werden: 1958 am Lendringser Weg für 100 Personen, 1959 am Schwarzen und am Weslerner Weg für 216 Personen sowie das Steingebäude im E-Lager für 50 Personen¹²⁵.

Bis in das Jahr 1963 unterlagen die Wohnungen in der Stadt in vollem Umfang der Wohnraumbewirtschaftung, d. h., das Wohnungsamt hatte ein Mietervorschlagsrecht¹²⁶.

120 Verfügung des Regierungspräsidenten vom 24.5.1948 an den Oberkreisdirektor, StAS D 488.

121 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 3518.

122 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 6271.

123 Ebd.

124 Bericht des Wohnungsamtes im Wohnungsausschuss vom 22.1.1957, StAS D 2169.

125 Soester Chronik 1954-1960, Soest 1960 (Soester wiss. Beiträge, 27), S. 73.

126 StAS D 2170.

Erst Ende der 60er-Jahre war die aus dem Krieg und seinen verheerenden Folgen resultierende Wohnungsnot im Wesentlichen überwunden und der Wohnungsnachholbedarf weitgehend gedeckt.

Mit dem Bau der sogenannten Kanadischen Siedlung 1954 zwischen Arnsberger Straße und Hiddingser Weg, wo 607 Wohnungen, ein Heizkraftwerk, Läden, Schulen und Sportanlagen entstanden, wurden die an die kanadischen Familien vermieteten Wohnungen wieder frei. Ausschlaggebend aber waren die Großbauvorhaben des sogenannten Demonstrativ-Programms am Goldschmiedeweg 1961/63 und der Siedlung am Gotlandweg 1965/67. Hier wurden insgesamt rund 3.600 Wohnungen errichtet, davon rund $\frac{1}{3}$ im sozialen Wohnungsbau.

FRIEDRICH WILHELM LANDWEHR

DIE ANFÄNGE DER PLANUNGEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU SOESTS

Wiederaufbauplanungen während des Krieges

Im Jahre 1943 wurden alle städtebaulichen Planungen für Baumaßnahmen nach dem Krieg im Deutschen Reich eingestellt, und man wandte sich angesichts der im Luftkrieg immer katastrophaler werdenden Zerstörungen der Städte ihrem künftigen Wiederaufbau zu¹.

In einer Rede zur „Wiederaufbauplanung deutscher Städte“ am 30. November 1943 vor Vertretern von Behörden und Propagandastellen trug Minister Albert Speer einige Grundzüge der künftigen Wiederaufbauplanungen vor: „Der Wiederaufbauplan ist zunächst ein städtebaulicher Grundplan, d. h., er legt fest, was im einzelnen an Straßenzügen durch die zerstörten Stadtviertel durchgezogen werden soll, und weiter, wie dieses Straßenbild sich draußen im Gelände weiter auswirkt. Es soll hier also in der Hauptsache dem sonst unumgänglich zur Tatsache gewordenen Zustand eines Erstickens der Städte durch die Verkehrsnot entgegengetreten werden, wie er vor dem Kriege bestand und wie er nach dem Kriege zweifellos kommen würde. Es ist ganz klar, daß bei der Planung aufs Sparsamste vorgegangen werden muß. Es ist nicht möglich, daß wir hier nach der Art der Stadtbaupläne vorgehen, die wir vor dem Kriege bereits von verschiedenen Städten bei uns vorliegen hatten und die grundsätzlich eine Ost-West-Achse und eine Nord-Süd-Achse hatten. Wir müssen in irgendeiner Form, soweit es geht, uns an die vorhandenen Straßenzüge halten und versuchen, diese Straßenzüge zu verbreitern.“²

Die historische Bedeutung der zerstörten Altstädte war für Speer nicht erwähnenswert, und die Berücksichtigung der vorhandenen Straßen beim Wiederaufbau hatte allein seinen Grund in der vorhandenen Infrastruktur. Er sah in den Zerstörungen „die einmalige Gelegenheit, die Städte nach dem Krieg verkehrsmäßig wieder lebensfähig zu machen“³.

Am 18. Dezember 1943 gründete Speer den „Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte“, den er mit einigen seiner engsten Mitarbeiter aus Berlin und anderen Städten besetzte, die schon vor dem Krieg an der Neugestaltung der deutschen Städte arbeiteten. Dieser Arbeitsstab, der ihm direkt unterstellt und nicht in die Organisationsstruktur des Rüstungsministeriums eingebunden war, sollte „hauptsächlich bei den kleineren Städten am Aufbau ihrer Stadtbaupläne behilflich“ sein, was aber nicht mehr in die Tat umgesetzt wurde.

1 Werner Durth, Niels Gutschow: Träume in Trümmern, München 1993, S. 31ff.

2 Werner Durth: Deutsche Architekten. Biografische Verflechtungen 1900-1970, Braunschweig 1987, S. 206.

3 Durth, Gutschow (wie Anm. 1), S. 326.

Für den Umgang mit den Ruinen und ihrem Wiederaufbau zeigte Karl Strölin, Oberbürgermeister von Stuttgart und Präsident des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau, im Juli 1944 folgende Varianten auf:

- Die alten Bauwerke werden genau in ihrer ursprünglichen Form wiederhergestellt;
- im Hinblick auf die historische Einmaligkeit der zerstörten Baudenkmäler wird auf eine Wiederherstellung verzichtet und dafür eine Neubebauung nach modernen Gesichtspunkten geplant, d. h. radikale Beseitigung des Bestehenden;
- ein mittlerer Weg: die Gebäude werden entsprechend den Anforderungen der Gegenwart geplant, sie nehmen aber die charakteristischen Formen und Maßstäbe auf und stellen die alten Straßen- und Platzbilder wieder her⁴.

An diese Überlegungen wurde nach dem Krieg angeknüpft.

Ideen und Leitsätze für den Wiederaufbau nach dem Krieg

Führend in der Diskussion über die künftigen Aufbauziele waren Johannes Göderitz (1888-1978), von 1945 bis 1953 Stadtbaurat von Braunschweig, Karl Gruber (1885-1966), Professor für Baukunst an der Technischen Hochschule Darmstadt, und Philipp Rappaport (1879-1955), kommissarischer Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.

Göderitz brachte die von Strölin entwickelten Varianten für den Wiederaufbau wieder in die Diskussion. Er selbst vertrat die Auffassung, dass „die nicht wiederkehrende Gelegenheit zu einer bis an die Wurzel gehende Neuordnung des gesamten Städtewesens“ zu nutzen sei⁵.

Gruber wollte in seinen Planungen für Lübeck und Darmstadt einen Wiederaufbau, der sich in seinem Maßstab dem der alten Stadt „organisch eingliedert“, ohne Bindungen an die historischen Baufluchten oder Parzellenbreiten, der aber die städtebaulichen Raumwirkungen bewahrt. Er wollte nicht Zerstörtes wiederherstellen, sondern neu gestalten, aber unter Berücksichtigung einer Rangordnung der Werte, die das „Heilige“ über das „Profane“ stellte.

Rappaport hatte für den Wiederaufbau folgende Leitgedanken: „Im einzelnen ist die Eigenart der alten Stadt nach Möglichkeit zu wahren. Das darf freilich nicht so weit gehen, daß winklige und überenge Gäßchen aus der Zeit des Mittelalters neu erstehen. Der Bebauungsplan soll vielmehr im Sinne unserer Zeit und unserer Bedürfnisse gestaltet werden.“⁶

In der Praxis haben sich dann zwei Planungswege ergeben: die behutsamen oder konservativen Konzepte und die in die Struktur eingreifenden Erneuerungsplanungen. Zur ersten Gruppe gehören unter anderem die Wiederaufbauplanungen in Freiburg, Rothenburg, Donauwörth, Münster und Soest. Zur Erhaltung der Stadtgrundrisse trug in diesen Städten sehr wesentlich bei, dass die Eigentümer auf einer Bebauung ihrer Parzellen bestanden. Dadurch blieben Maßstab und Raumgefüge erhalten.

⁴ Ebd., S. 335.

⁵ Ebd., S. 298f., S. 372.

⁶ Ebd., S. 335ff.

Bezüglich der historischen Altstadt bestand bei den Neuordnungsplanern die Auffassung, dass sie „in Wirklichkeit schon vor ihrer Zerstörung nicht mehr als eine äußere Hülle gewesen sei, die in der arbeitsteiligen Gesellschaft der modernen Stadt und ihrer City-Bildung seit dem 19. Jahrhundert völlig andere Aufgaben zu erfüllen hatte als die, für die sie gebaut war, daß in ihr also Form und Funktion längst nicht mehr zusammengepasst hatten“⁷.

Es ging ihnen vor allem auch um die verkehrsgerechte Gestaltung der Städte, die in den Zielformulierungen immer mit Begriffen wie „neue Bedürfnisse“ oder „heutige Anforderungen“ umschrieben wurden. In vielen Altstädten wurden die Stadtgrundrisse durch den Bau von Straßendurchbrüchen, Tangenten und Tangentenvierecken sowie Straßenverbreiterungen erheblich verändert. Schonender, weil die bauliche Struktur und den Straßenraum erhaltend, war der Bau von Arkaden in engen Altstadtstraßen. Unter ihnen wurde der Fußweg geführt und dadurch die Fahrbahn verbreitert. Der Prinzipalmarkt in Münster war ein wiederhergestelltes „historisches“ Vorbild, dem einige Städte folgten.

Nach dem Krieg gab es keine, wie man hätte vermuten können, Auseinandersetzungen zwischen den Architekturrichtungen der Traditionalisten des Heimatschutzes und der Modernisten des Neuen Bauens, waren sie doch vor 1933 erbitterte Gegner. Das hatte wohl seinen Grund darin, dass sowohl die Heimatschutzarchitektur als auch das Neue Bauen von den Nationalsozialisten vereinnahmt und ihrem „programmatischen Eklektizismus“ unterworfen worden waren.

Im Rahmen der praktizierten „Hierarchie der Baustile“ blieben dem Heimatschutz die landschaftsgebundene äußere Gestaltung im standardisierten und seriell gefertigten Wohnungsbau und dem Neuen Bauen die funktionalistischen Gebäude der Technik wie Bahnhöfe, Fabriken, Sportanlagen, Lazarette und andere Zweckbauten, während der Neu-Klassizismus für die Gebäude des Staates und der Partei vorbehalten war⁸.

Traditionalisten wie Modernisten konnten daher nicht unbefangen an die Zeit vor 1933 anknüpfen. Im Bedürfnis nach Harmonie gingen sie friedfertig miteinander um. Aber: „Das Neue Bauen als Architektur der Sieger setzte sich schleichend durch.“⁹ Dazu trug sicher auch Walter Gropius (1883-1969), der Gründer des Bauhauses, bei¹⁰. Er unternahm im August 1947 im Auftrag der US-Armee eine Reise

7 Jürgen Paul: Der Wiederaufbau der historischen Städte in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg. In: Cord Meckseper, H. Siebenmorgen (Hrsg.): Die alte Stadt – Denkmal oder Lebensraum. Göttingen 1985, S. 131.

8 Gerhard Fehl: Die Moderne unterm Hakenkreuz. In: Ders.: Kleinstadt, Steildach, Volksgemeinschaft. Braunschweig 1995 (Bauwelt-Fundamente 102), S. 184ff.

9 Klaus von Beyme: Der Wiederaufbau. München 1987, S. 64.

10 Walter Gropius erhielt 1934 von der Reichskammer der Bildenden Künste, Berlin, die Genehmigung für einen bis zum 30.4.1935 befristeten Arbeitsaufenthalt in England. Am 30.10.1934 reiste er mit seiner Frau über Italien und die Schweiz nach London. Diesen Aufenthalt nutzte Gropius dazu, Deutschland den Rücken zu kehren: „Die Triebfeder war die Erkenntnis, daß für ihn, den Protagonisten des Neuen Bauens, in seinem Vaterland kein Platz mehr war. Keine Dienststelle im nationalsozialistischen Deutschland würde je Walter Gropius mit einem Auftrag betrauen“. 1937 erhielt er einen Ruf an die Harvard-Universität in die USA; 1944 wurde er Bürger der Vereinigten Staaten. Reginald R. Isaacs: Walter Gropius, Der Mensch und sein Werk, Bd. 2. Berlin 1984, S. 656ff.

durch Deutschland, um als Berater für die Planung des Wiederaufbaues der zerstörten Städte zu wirken.

Planungen für den Wiederaufbau der Altstadt von Soest

Wie und mit welchen Zielen der Wiederaufbau vonstatten ging, war von dem Ort, seinem historischen Rang, den dort gestaltenden Persönlichkeiten, den Bewohnern und der Art und dem Umfang der Zerstörungen abhängig.

In Soest waren es zunächst vier Persönlichkeiten, die in den „ersten Stunden“ die Richtung des Wiederaufbaues vorgaben und maßgeblich beeinflussten:

Hubertus Schwartz (1883-1966) war seit Mai 1945 städtischer Denkmalpfleger¹¹, von 1946 bis 1948 Landrat des Kreises Soest, von 1948 bis 1952 Bürgermeister der Stadt Soest. Schwartz, promovierter Jurist, war als autodidaktischer Bau- und Kunsthistoriker mit Liebe und Hingabe seiner Heimatstadt verbunden. In fünfjähriger Arbeit von 1942 bis 1947 verfasste er das sechsbändige Werk „Soest in seinen Denkmälern“ und war damit aufgrund seiner profunden bau- und kunstgeschichtlichen Kenntnisse in dieser sehr schwierigen Situation des Wiederaufbaus zur rechten Zeit am rechten Ort.

August Dambloff (1903-1980) war Leiter des Preußischen Hochbauamtes, des späteren Staatshochbauamtes bis 1965. Er war seit September 1945 Bevollmächtigter für den Wiederaufbau der Stadt und des Kreises Soest und gehörte zu den Heimatschutzarchitekten.

Adolf Clarenbach (1877-1952) war Pfarrer und Superintendent sowie langjähriger Vorsitzender des Heimatvereins Soest und Vorsitzender der Notgemeinschaft „Soest baut auf“. Er begleitete als „guter Betreuer und guter Geist“¹² den Wiederaufbau der zerstörten Stadt.

Gustav Wolf (1887-1963), Schüler der Heimatschutzarchitekten Theodor Fischer und Paul Schmitthenner, war ab 1938 Leiter des Landesamtes für Baupflege in Münster. Von 1921 bis 1922 war er Leiter des Baupflegeamtes in Soest, ab 1922 Direktor der Westfälischen Heimstätte, ab 1927 Direktor der Breslauer Kunstgewerbeschule und von 1933 bis 1938 an der Staatsbauschule Berlin-Neukölln tätig.

Später kam Heinrich Schäfer (1900-1979), Oberbaurat, dazu. Er wurde am 10. Februar 1947 von der Stadtvertretung zum stellvertretenden Stadtbaurat gewählt und trat am 1. April seinen Dienst an. Vorher hatte er den Wiederaufbau von St. Patrokli geleitet. Am 3. Oktober 1952 wurde er zum Stadtbaurat ernannt und bekleidete dieses Amt bis 1964.

11 Am 18.6.1945 teilte der Bürgermeister allen Dienststellen der Stadtverwaltung mit, dass Schwartz „als Pfleger der kunstgeschichtlichen, bodenpflegerischen und heimatgeschichtlichen Belange beim Wiederaufbau der der Stadt“ eingesetzt worden sei, Stadtarchiv Soest (im Folgenden: StAS) D 110. In einem Schreiben an den Bürgermeister vom 1.5.1945 bezeichnete sich Schwartz bereits als „städtischer Denkmalpfleger“, StAS D 2748.

12 August Dambloff: Clarenbach und der Wiederaufbau in Soest. In: Heimatkalender des Kreises Soest 26 (1953), S. 37f.

Die Schwartz'sche Denkschrift und der „Brandt'sche Bebauungsplan“

Schon am 5. Februar 1945, festgehalten im Protokoll des Vereins für Geschichte, sah Hubertus Schwartz die Notwendigkeit, den Wiederaufbau der zerstörten Stadt zu planen, um ihren Charakter zu bewahren, denn er befürchtete, dass, wenn nicht frühzeitig die Weichen gestellt würden, „mit der Reißbrettschiene Betonhäuser serienmäßiger Herstellung (im Zigarrenkistenstil womöglich)“ errichtet würden. Er sprach damit die Stilrichtung des Neuen Bauens an, die „unter allen Umständen“ in der Altstadt „verhütet werden müsse“¹³.

Einen Monat später, am 3. März 1945, wandte sich Schwartz im Namen des Vereins für Geschichte an den noch amtierenden Bürgermeister Scharnow und stellte fest,

- dass sich trotz der erheblichen Zerstörungen „das Bild unserer Stadt“ noch retten lasse;

- dass die Stadt seines Wissens sich bisher nicht um die erhalten gebliebenen, geschweige denn um die zerstörten, aber in Ruinen erhaltenen Kunstschatze gekümmert und keine Schritte ergriffen habe, den Wiederaufbau im „soestischen Geiste“ zu betreiben;

- dass beim Wiederaufbau auf die „Straßenlinienführung, Fluchtlinien, Baubeschränkungen in Höhe und Ausmaßen, um malerische Blicke zu erhalten“, geachtet werden müsse;

- dass die Stadtverwaltung unverzüglich einen erfahrenen Städtebauer mit den Planungsarbeiten beauftragen müsse, da es in Soest keinen geeigneten Baubeamten oder Architekten gebe;

- dass auch der Wiederaufbau nichtstädtischer Gebäude wie der Kirchen und wichtiger Privatbauten im „soestischen, ja Reichsinteresse“ liege¹⁴.

Während das obige Schreiben noch recht allgemein gehalten war, wurde Schwartz in seiner Denkschrift vom 26. Mai 1945, die er nach Aufforderung durch Bürgermeister Becker fertigte, konkreter und führte sehr detailliert einzelne Maßnahmen für den Wiederaufbau auf:

Zunächst forderte er die Überarbeitung sämtlicher Fluchtlinienpläne, die „in ihrer übergroßen Mehrzahl der Zeit um 1900 entstammen, einer Zeit, die die Schönheit der mittelalterlichen deutschen Stadt gerade durch die Unregelmäßigkeit ihrer Straßenlinienführung in keiner Weise erkannt hatte“. Die Pläne würden in den Straßen parallel verlaufende Häuserreihen festlegen, ohne Rücksicht auf Vor- und Rücksprünge der Häuser.

Für erforderliche Straßenverbreiterungen im Hinblick auf die erwartete Zunahme des Autoverkehrs schlug er Bogengänge vor, die am besten die ganze ottonische Stadt umgeben sollten: vom Markt, Puppenstraße, Jakobistraße, Thomästraße,

13 Thomas Spohn: Hubertus Schwartz (1883-1966) – Soest in seinen Denkmälern. In: SZ 120 (2008), S. 111-134, hier S. 125, Fußnote 66. Mit dem Begriff der „Kistenarchitektur“ haben die Nationalsozialisten die Architektur des Neuen Bauens diffamiert, „die für das neue Reich abgelehnt werden müsse“: Isaacs (wie Anm. 10), S. 650.

14 Gerhard Köhn: 100 Jahre Verein für Geschichte und Heimatpflege Soest. In: Ders. (Hrsg.) Soest. Stadt-Territorium-Reich, Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest. SZ 92/93 (1980/81) S. 795-863, hier S. 812f.

Kolkstraße, Damm, Wippgasse, ferner in der Rathausstraße. Dadurch würde der Raumnot abgeholfen und „für Soest ein neuer Anziehungspunkt geschaffen“.

Sehr in die Zukunft weisend waren seine Gedanken zum Autoverkehr: „[In] die Innenstadt von Soest gehört ein Auto nur insoweit, als es in einem bestimmten Hause beheimatet ist und im bestimmten Falle dort zu tun hat. Die Parkplätze für alle anderen Autos gehören an die Tore; der Autoverkehr muß geeignete Straßen zur Verfügung haben, die außen um die Stadt herumführen.“ Der Weg von den Toren in das Zentrum könne jedem Soestbesucher zugemutet werden.

Die Straßen unter den Wällen und die Binnerwallstraßen sollten gegenläufig zu Einbahnstraßen erklärt werden. Die Einmündungen der Radialstraßen in die Ringstraßen seien zu verbreitern.

In der Altstadt müsse die „Nord-Süd-Achse“ verbessert werden – die Rathausstraße sei für den Autoverkehr notwendigerweise zu sperren und die Katzengasse nach Norden hin zu verbreitern; sie solle als Durchgangsstraße von der Brüderstraße aus über die Teichsmühlengasse, hinter der Teichsmühle herum zur Severinstraße, dann durch die Helle und Kleine Helle zur Thomästraße führen. Von dort aus sei das Thomätor und durch die Bischofstraße das Grandwegertor zu erreichen.

„Für den Verkehr nach Westen genügt der Straßenzug Brüderstraße, Hansastraße, Jacobistraße. Die Ost-West-Achse [Thomästraße-Jakobistraße, Anm. d. Verf.] dürfte in Ordnung sein. Der Straßendurchbruch der Hansastraße ist mit leichter Schwenkung über das Christ'sche Grundstück [an der Sandwelle] und über das zerstörte Paul Rocholl'sche Haus“ an der Schonekindstraße über die Wildemannsgasse und dann auf der Nordseite vom Hotel Voßwinkel über die Nötenstraße in die Marktstraße weiterzuführen. Dabei müsse bedauerlicherweise das Vorderhaus der Haverland'schen Pumpnickelbäckerei weichen, dafür werde dann aber der Engpass zwischen Hotel Voßwinkel und Haverland beseitigt werden. Da die Hintergebäude von Haverland mit ihren reizvoll übereinander getürmten Giebeln durch Bomben bereits zerstört seien, dürfte „der Verlust nicht allzu empfindlich sein“.

Die beiden anderen Planungsvarianten (aus den 30er/40er Jahren) lehnte er ab: Die geplante Weiterführung der Hansastraße in den Markt zwischen Engel-Apotheke und Eisdiele werde in die „Platzwände des Marktes ein großes Loch“ reißen und den Blick von der Deutschen Bank auf den Markt verderben. Die Platzwände des Marktes würden ebenso zerstört, wenn die „Nötenstraße und Hansastraße an Stelle des Müllerschen Hauses [Müller ‚Zur Waage‘] in den Markt“ einmündeten.

Das schräg in die Ostseite des Marktes hineinragende Haus des Kaufmannes W. Müller jr., das stark beschädigt worden sei, müsse beim Neubau in gerader Front zum Markt ausgerichtet werden.

Die Schonekindstraße müsse zwischen Hagengasse, Schulgasse und Wildemannsgasse eine neue Fluchtlinie erhalten, wenn „die Ausmündung der Hansastraße in den Markt nach meinen Vorschlägen gemacht würde“. Zwischen Schulgasse und Wildemannsgasse könne dann „ein hübscher Platz entstehen“.

Die Ressourcengasse sei um etwa 3 m zu verbreitern. „Sie bildet vom Markt her über Wippgasse und Filzenstraße den nächsten Weg zum Osthofentor. In ihrer

Schmalheit ist sie keine Zier für die Stadt. Sie ist düster und fortgesetzt verschmutzt, was bei einer Verbreiterung beseitigt werden würde.“

Die Osthofenstraße müsse vom „Vreithof bis zum Damm an ihrer Nordseite verbreitert werden“. Das könne leicht durch einen Bogengang geschehen, da nur ein einziges Haus verhältnismäßig unbeschädigt übrig geblieben sei.

Die Osthofenstraße sei „gegenüber vom Haus Dr. Pieper bis zum Platz der Brauerei Topp“ (Severinstraße/Ecke Osthofenstraße) zu verbreitern. „Hier sind eine ganze Reihe Häuser zerstört, so daß eine Verbreiterung ohne Verlust [...] möglich ist.“ Der Lütgengrandweg „muß von seiner unmotivierten Krümmung am jetzt zerstörten Haus Nr. 3 [schräg gegenüber der heutigen Thomä-Residenz] befreit werden zwecks Entlastung der Klosterstraße“. Der Grandweg sei vom Platz am Schwan bis zum Kützelbach durch Bomben niedergelegt. Hier könnte eine gestaffelte, giebelständige Bebauung vorgesehen und die Straße verbreitert werden. Die Einmündung des Grandweges in den Platz am Grandwegertor sei zu verbreitern.

Des Weiteren seien folgende Straßen zu verbreitern:

- die Ulricherstraße zwischen Isenacker und Burghofstraße;
- die Stiftstraße zwischen Waisenhausstraße und Engem Weg;
- die Waisenhausstraße an der Einmündung in die Walburgerstraße,
- die Kleine Osthofe zwischen Düsterpoth und Paulengäßchen;
- der Damm zur Ostseite hin an der Einmündung in die Wiesenstraße.

Schwartz wies in seinem Schreiben darauf hin, dass „die Verkehrsrücksichten“ nicht zum Schlagwort werden dürfen, „mit dem man ohne genügenden Grund bestehende Eigenarten von Soest zerschlägt“. Des Weiteren sei der Ruf nach Licht und Luft in Soest zum Schlagwort geworden, was aber völlig unberechtigt sei, denn Soest habe davon „mit seinen vielen Gärten wahrlich überall genug. Beide Schlagworte haben in den deutschen mittelalterlichen Städten wahre Verwüstungen angerichtet. Ihnen gegenüber gilt es auf alle Fälle hart zu bleiben.“

Abschließend machte Schwartz darauf aufmerksam, dass bei allen Bauvorhaben darauf geachtet werden müsse, „daß malerische Blicke nicht verbaut werden, daß unsere Kirchen und Kirchtürme durch die Maßstäbe der zu errichtenden Häuser nicht gedrückt, sondern gehoben werden; mit anderen Worten: daß der Höhenentwicklung der einzelnen Neubauten ganz besonderes Augenmerk geschenkt werden muß“¹⁵.

Die Verwaltung folgte sehr zügig der Anregung von Schwartz, die Fluchtlinienpläne für die Altstadt aufzuheben: Mit Bekanntmachung in der Tageszeitung vom 31. Juli 1945 wurden 22 Fluchtlinienpläne zwecks Neufestsetzung aufgehoben und zwar fast ausschließlich für die Straßen der Altstadt, deren Bebauung besonders stark zerstört worden war. Das war das Gebiet östlich der Linie Schonekindstraße, Marktstraße, Puppenstraße, Isenacker, Burghofstraße.

Für den Wiederaufbau konnten hier ohne erhebliche Widerstände der Eigentümer neue Gebäudefluchten festgesetzt werden, was aber erst 1947/48 geschah.

Da es in der Stadtverwaltung keinen Stadtbaurat und keinen kompetenten Stadtplaner gab, übernahm Hubertus Schwartz mit seiner Denkschrift diese Rolle, nicht

15 StAS P 138.166.

ohne immer wieder daraufhinzuweisen, dass die Stadt einen Stadtbaurat bzw. einen erfahrenen Städtebauer dringend benötige. Das Schicksal von Stadtbaurat Alfred Canzler, der seit 1939 mit kurzen Unterbrechungen im Krieg gewesen war, war ungewiss. Man wartete auf seine Rückkehr.

Schwartz gab den Anstoß für einen denkmalgerechten Wiederaufbau mit dem Ziel, den Stadtgrundriss, das älteste „Dokument“ der mittelalterlichen Stadt, im Wesentlichen zu erhalten. Dieses wird einschränkend festgestellt, denn er wollte beim Wiederaufbau den „modernen Bedürfnissen“, d. h., dem künftigen Autoverkehr, gerecht werden. Daher waren seine Planungsvorschläge weitestgehend verkehrsbezogen und z. T. mit Eingriffen in den Stadtgrundriss und in vom Krieg verschonte Bausubstanz verbunden. Es ging ihm um Straßenverbreiterungen durch Bogengänge um den ottonischen Stadtkern herum, die aber auch der Verschönerung dienen sollten, sowie um die Beseitigung von Straßenverengungen, um die Altstadt für den künftigen Autoverkehr geeigneter zu machen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollten insbesondere dem Schutz des ottonischen Stadtkerns dienen, der vom Autoverkehr möglichst weiträumig umfahren werden sollte, allenfalls tangiert werden durfte.

In der Denkschrift tauchen die Bezeichnungen „Ost-West-Achse“ und „Nord-Süd-Achse“ auf. Die Verwendung dieser Begriffe erstaunt, da es in der Altstadt von Soest Achsen, die mit der Vorstellung der Gradlinigkeit verbunden sind, nicht gibt und Schwartz die gradlinigen Fluchtlinienpläne aus der Zeit um 1900 ablehnte. Um das zu klären, muss zurückgeschaut werden.

Im Juli 1941 fand beim Regierungspräsidenten eine Besprechung über den Wirtschafts- und Raumordnungsplan der Stadt Soest statt. Teilnehmer waren Regierungsbaurat Brandt von der Bezirksregierung, Bürgermeister Scharnow und Stadtbaurat Canzler. In dem Protokoll vom 11. Juli 1941 zu dieser Besprechung wurde vermerkt: „Kreisburg und andere öffentliche Bauten sind an einer gemeinsamen Achse zu entwickeln im Zusammenhang mit Herausstellung klarer Hauptverkehrsbezüge in der Innenstadt. Diese lassen sich voraussichtlich bei einer nötigen Auskernung der Hintergrundstücke und Entfernung einiger besonders verunstaltender Bauten der Gründerzeit durchführen.“¹⁶

Ein Plan darüber existiert nicht. Die Begriffe „klare Hauptverkehrsbezüge“ und „nötige Auskernung“ lassen die geplante Herstellung von Straßenachsen in der Altstadt vermuten.

Diese Zielvorstellungen repräsentativer Achsen gingen auf die maßstabslosen Entwürfe zurück, die Speer im Rahmen der Neuordnung Berlins im Auftrage Hitlers durchführte¹⁷. Alle Planungen zur „Neugestaltung deutscher Städte“ enthielten solche Repräsentations- und Aufmarschstraßen in Form von Achsen. Diesem Vorbild wollte man auch in den kleinen Städten folgen.

16 StAS D 2306. Brandt, ein Parteigenosse, hat sich nach dem Krieg intensiv um die Wiederaufplanung der Altstadt bemüht.

17 „Diese Idee einer Nord-Süd-Achse basiert nicht auf Vorstellungen Hitlers, sondern auf einer Planungsstudie von Martin Mächler von 1917, der wiederum Schinkels Planungen für eine Nord-Süd-Achse aufgegriffen hatte.“ Joachim Petsch: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich. München 1976, S. 98.

Ein Jahr später, am 24. Juli 1942, fand eine weitere Besprechung statt, dieses Mal im Rathaus in Soest, in der Regierungsbaurat Brandt wieder den Regierungspräsidenten vertrat; weitere Teilnehmer waren Bürgermeister Scharnow, Beigeordneter Kerstin, Kreispropagandaleiter Ernst als Vertreter des Kreisleiters und Kreisbaumeister Sievert. In diesem Gespräch wurde festgelegt, dass bei der Planung auf den in Aussicht genommenen Umbau des Reichsbahnhofes besonders Rücksicht zu nehmen sei. „Bekanntlich besteht die Aussicht, daß der Bahnhof weiter hinausgeschoben wird und daß das hierdurch freiwerdende Gelände in erster Linie für die Zwecke der Gemeinschaftsanlagen der NSDAP, der Verwaltungsstellen und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden muß [...]. Mit Ausnahme einer besseren Führung der Nöttenstraße als Hauptverbindungsstraße zwischen Stadtmittelpunkt und dem neuen Wohngelände zwischen Westenhellweg und Hattroperweg und einer Verbesserung der Straßenverbindung vom Bahnhof zur Stadtmitte, soll an der eigentlichen Altstadt innerhalb der Stadtumwallung z. Zt. nichts geändert werden.“ Die Hauptverbindung zu dem im vorläufigen Wirtschaftsplan ausgewiesenen neuen Wohngebiet „bildet die Nöttenstraße, die sich vor dem Tore in Hattroperweg und Paradieserweg gabelt. Der Gabelungspunkt bildet somit einen Brenn- und Mittelpunkt des Verkehrs und des Lebens. Auf seine besondere Gestaltung ist deshalb Rücksicht zu nehmen. Falls der Umbau des Bahnhofes sich noch auf unabsehbare Zeit hinausschieben sollte, ist der Gabelungspunkt vor dem Nöttentor u. U. für die Zwecke der Gemeinschaftsanlagen der NSDAP besonders zu gestalten.“

Brandt erklärte sich bereit, „während der Abwesenheit des Soester Stadtbaurates die Planungsarbeiten maßgeblich zu beeinflussen bzw. ihnen die Ausrichtung zu geben, die auch vom Standpunkt des Bezirksplaners gutgeheißen werden könne“¹⁸. Im August 1942 stellte Stadtbaurat Canzler die Ergebnisse der Besprechung in einem Plan dar. Darin ist neben dem Wohngebiet im Westen auch die geplante Verkehrsführung in der Altstadt enthalten. Im Plan ist eine Nord-Süd-Achse vom Bahnhof über die Hansastraße zum Markt und eine Ost-West-Achse vom Markt über das Nöttentor (Aufmarschplatz) zum Wohngebiet eingezeichnet (Abb. 1)¹⁹.

Dieses Denken in städtebaulichen Achsen wurde, obwohl für die Altstadt von Soest völlig ungeeignet, in die Zeit nach dem Krieg übernommen.

Nachdem Schwartz im Jahr 1945 die Denkschrift Bürgermeister Becker vorgelegt hatte, fanden zwei Besprechungen zwischen Becker, Clarenbach und Schwartz über Wiederaufbaufragen statt. Man kam zu dem Schluss, in einer öffentlichen Vortragsveranstaltung den Wiederaufbau und die damit zusammenhängenden Fragen den Bürgern nahezubringen. Als Redner wurden Provinzialkonservator Wilhelm Rave und der Landesbaupfleger Gustav Wolf aus Münster in Aussicht genommen.

Ende August 1945 erschien, ohne dass die Stadt darum gebeten hatte, Regierungsbaurat Brandt vom Regierungspräsidenten und bot seine Hilfe bei der Erarbeitung eines Wiederaufbauplanes an.

18 StAS D 2306.

19 StAS Plankarton 475.



Planung der Altstadt 1942 – Übertragung in die Stadtgrundkarte von 1940

Man ließ ihn gewähren und wenig später trug er Becker, Schwartz, Stork²⁰ und Dampleff „sehr weitgehende Pläne zur Abänderung des Stadtgrundrisses innerhalb der Altstadt und Einführung von Verkehrsstrassen durch die Umwallung“ vor. Die Vertreter der Stadt wiesen diese Planungen zurück, weil „durch sie das alte Bild Soest's wesentlich zerstört worden wäre“.

Wenige Tage später fand ein weiteres Treffen statt, in dem Brandt, nachdem er die Denkschrift studiert hatte, sich den Vorstellungen der Stadt bzw. des Denkmalpflegers Schwartz weitgehend anschloss. Am 24. September 1945 kam Brandt erneut nach Soest und arbeitete mit Becker, Schwartz und Dampleff zwei Tage lang intensiv die künftige Straßenführung durch. Der aus dieser gemeinsamen Arbeit entstan-

20 Friedrich Stork (1879-1958) trat am 20.4.1920 in die Stadtverwaltung ein. Er wurde am 14.6.1946 zum Stadtbaumeister ernannt und war zunächst für den Tiefbau und später für den Hochbau zuständig. Am 31.3.1948 wurde er im Alter von 69 Jahren in den Ruhestand versetzt, aber, da er unabkömmlich war, noch bis zum 30.9.1949 bis zum Dienstantritt seines Nachfolgers weiterbeschäftigt.



Brandt'scher Bebauungsplan – Einzeichnung in die Stadtgrundkarte von 1940

dene Plan, der deutlich die Handschrift von Schwartz zeigte, firmierte unter dem Namen „Brandt'scher Bebauungsplan“. Er war in seinen Aussagen ein die Denkmalfpflege berücksichtigender Verkehrsplan, der die Basis für den Wiederaufbau der Altstadt und zunächst die Aufstellung der neuen Fluchtlinienpläne bilden sollte.

Dieser Plan wurde am 17. Oktober 1945 vom Regierungspräsidenten Fries, Landrat Günther und Bürgermeister Becker unterschrieben. Die Unterschrift des Regierungspräsidenten machte den Plan nach Auffassung von Schwartz zu einem rechtsverbindlichen Instrument, denn er wollte seine in den Plan eingearbeiteten Ziele verwirklicht sehen. Dies war jedoch nicht der Fall. Der Plan war zwar gewissermaßen von den Aufsichtsbehörden autorisiert und als Planungsgrundlage anerkannt worden, die Gemeindevertretung konnte aber abweichend von seinen Darstellungen entscheiden, was sie auch in den Einzelberatungen der jeweiligen Fluchtlinienpläne tat.

Leider ist dieser Plan verloren gegangen. Er lässt sich nur aus den Beschreibungen in Protokollen und Vermerken rekonstruieren. In einem Vermerk von Schwartz vom 1. November 1945 heißt es: „Das erste was in dieser Hinsicht [dem Wiederaufbau,

Anm. d. Verf.] bei der Stadtverwaltung einging, war eine Denkschrift des Senators Dr. Schwartz namens des Geschichtsvereins vom 26. Mai 1945, die inhaltlich schon einen wesentlichen Teil derjenigen Vorschläge enthielt, die später in dem Brandt'schen Straßenführungsplan niedergelegt wurden. Dahin gehört namentlich die Verlängerung der HansasträÙe über die Wildemannsgasse und Nöttenstraße und ihre Einführung in die Marktstraße, weiter der Vorschlag eines neuen EntlastungsstraÙenzuges für den Verkehr vom Norden nach Süd-Osten im Zuge der Katzensgasse, Teichsmühlengasse, Severinstraße, Helle zur Thomästraße, der Ausbau der BinnerwallstraÙen zu einem die Stadt umgebenden Verkehrsrings, Bogengänge an der Rathausstraße und gewisse Verbreiterungen an anderen Stellen“ (Abb. 2)²¹. Mit dieser Planung wird der ottonische Stadtkern vom Durchgangsverkehr befreit und im Norden weiträumig umgangen.

Ende 1945 suchten viele Architekten und Städtebauer eine Arbeitsstelle. Es waren vermutlich ehemalige Parteigenossen, die aus ihren Stellen im Rahmen der Entnazifizierung entlassen worden waren, so auch Regierungsbaurat Brandt, der Ende September 1945 seinen Arbeitsplatz beim Regierungspräsidenten räumen musste. Seine Mitarbeit am Wiederaufbauplan gegen ein von ihm gefordertes Honorar betrachtete Bürgermeister Becker Ende Oktober 1945 jedoch als abgeschlossen.

Da die Stelle des Stadtbaurates in Soest nicht besetzt war, versuchten einige Interessierte, darunter Professoren aus Berlin, Düsseldorf und Weimar²², meist durch Behörden auf die vakante Stelle aufmerksam gemacht, eine Anstellung bei der Stadt zu erlangen. Becker verstand es, ungeeignete Bewerber zu vertrösten oder ihnen höflich abzusagen. Gustav Wolf schrieb am 10. November 1945 an Schwartz: „Mit Besorgnis habe ich schon gehört, daß sich Berufene wie Unberufene um den Wiederaufbau bemühen. Wenn ich in Kürze nach Münster zurückkehre, dann hoffe ich, in so drängenden Fragen als Landesbaupfleger auch zur Beratung zur Verfügung stehen zu können.“²³

Spätestens im Herbst 1946 wurde Wolf die städtebauliche Betreuung des Wiederaufbaus der Stadt Soest vom Regierungspräsidenten in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde übertragen. Diese Aufgabe nahm er wohl bis zur Einstellung von Heinrich Schäfer wahr.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 7. Dezember 1945 wurde der Wiederaufbauplan der Stadt Soest bekanntgegeben und von Bürgermeister Becker anhand der Denkschrift von Schwartz erläutert. Im Sitzungsprotokoll heißt es:

21 StAS D 2748.

22 Unter den Bewerbern war Prof. Werner March (1894-1976), der ab 1934 in Berlin für die olympischen Spiele 1936 die Bauten des Reichssportfelds und das Stadion errichtet hatte. Eine Zusammenarbeit mit der Stadt kam nicht zustande, da er zu viele Kompetenzen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens beanspruchte. Prof. Leppin de Monté von der Weimarer Kunsthochschule unter der Leitung von Paul Schultze-Naumburg (1869-1949) „machte einen ausgezeichneten Eindruck“ und bekam eine Aufgabe als Baupfleger übertragen, die er bis zum 30.6.1947 wahrnahm; StAS D 2748, Vermerk von Schwartz vom 1.11.1945.

23 StAS P 138.166.

„Im Gegensatz zu dem Stadtbebauungsplan vom Jahre 1916, der vorwiegend die Bebauung in den Außenbezirken der Stadt regelte, betrifft der vorliegende Plan hauptsächlich die Straßenführung in den Hauptstraßen der Innenstadt. Diese Straßenführung trägt nach den Zerstörungen des Krieges sowohl der künftigen Verkehrsentwicklung als auch dem einzigartigen Stadtbilde Rechnung. Die reizvolle Linienführung in den Nebenstraßen und Gäßchen der Stadt soll möglichst wenig beeinträchtigt werden. Alle baugeschichtlich wertvollen und für das Stadtbild charakteristischen Bauten müssen erhalten bleiben. Insoweit und mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot wird der Wiederaufbau namentlich in den nächsten Monaten weitgehend von dem Erhaltenen bestimmt sein. Die Verwirklichung des Gesamtplanes sei erst in Jahrzehnten zu erreichen. Die einmalige Gelegenheit, nach den großen Zerstörungen des Krieges etwas Gutes zu schaffen, sei bei der Aufstellung des Planes oberste Richtschnur gewesen. Nur die besten Architekten und Baumeister dürfen zu dem künftigen Wiederaufbau herangezogen werden.“

Der künftige Baustil

Auf eine Anfrage bezüglich des künftigen Baustils bei neu zu errichtenden Gebäuden in der genannten Gemeinderatssitzung antwortete der Bürgermeister, „dass sich ein bestimmter guter Baustil leider noch nicht herausgebildet habe, dass aber gute Ansätze dazu erkennbar seien“²⁴.

Zu diesem Thema gab August Dambieff, der sich um eine „gute Baugesinnung“, um ein „anständiges“, „gesundes“ und „gediegenes“ Bauen bemühte, bereits im September 1945 mit Zustimmung von Schwartz ein „Merkblatt für die in Soest schaffenden Architekten“ heraus. Unter anderem forderte Dambieff, dass sich der Architekt „in die Eigenart des Soester Stadtbildes einlebt und daß er sich eingehend mit den Soester Bauformen vertraut macht, die für jeden strebsam Schaffenden unerschöpfliche Anregungen geben. Fällt ihm eine besondere Aufgabe zu, so muß mit aller Sorgfalt die ganze Umgebung und das besonders Soestische mit in die Planung, die vor allem im Schaubild zu klären ist, einbezogen werden. Dabei ist notwendig, daß sich der Neubau nicht nur einfügen muß und seine Umgebung nicht stört, sondern es muß in jedem Falle erreicht werden, daß der Neubau, wie dies bei der Teichsmühle und bei dem Husemeyer'schen Haus der Fall ist, das Straßenbild verbessert und ziert. Die Mittel dafür liegen schon in den einfachen, wohlgestalteten Baukörpern, in der besonderen Stellung, in der Verbindung mit Gärten, Mauern und Bäumen, in der Farbe und im Fachwerk oder Werkstein. Die Soester Architektur ist sparsam und schlicht, derb und einfach.“ Modische Formen und Auswüchse wie lange Schlitzfenster, breite, sprossenlose Fenster, schlechte Walmdächer, Erker usw. seien zu vermeiden. Alle unzulänglichen Entwürfe würden unbearbeitet zurückgegeben. Den Bauherren riet er, bei „unvermögenden Planungen“ sich mit einem geeigneten Architekten in Verbindung zu setzen²⁵.

24 StAS D 68a.

25 August Dambieff: Zerstörung und Aufbau im Landkreis Soest. In: Heimatkalender des Kreises Soest 1949, S. 27f.; Ders.: Altes und neues Bauen im Landkreis Soest. In: Heimatkalender des Kreises Soest 1950, S. 81f.; Merkblatt für die in Soest schaffenden Architekten, StAS P 138.166.

Ein ähnliches Merkblatt gab der Regierungspräsident für die Baubeamten des Bezirks Arnsberg im November 1945 heraus. Auch darin wurde versucht, Baugehaltung und Baukultur nahezubringen. Unter anderem heißt es darin, dass „nicht das einmalige Ausmaß der Zerstörungen [...] die Schönheit unserer heimatlichen Landschaft“ bedrohten, „sondern die unkultivierten, minderwertigen Lösungen, die neuzeitliche Bauaufgaben in den Händen Unfähiger erfahren. Für alles Bauen wollen wir jene anständige Baugesinnung wieder erwecken und pflegen, die das Neue gleichwertig zum Alten fügt und das Landschaftsbild bereichert und umformt, ohne es zu beeinträchtigen oder gar zu zerstören.“²⁶

Mit diesen Arbeitshilfen, die eine Anleitung für den Baustil des Heimatschutzes waren, wurde versucht, dem Chaos der Trümmer eine haltgebende Orientierung entgegenzusetzen und den Architekten und Bauherren beim Wiederaufbau eine gestalterische Richtung vorzugeben. Diese Richtung war aus der Vergangenheit geschöpft und knüpfte an das alte Soest an. Mit dem Blick auf das Ganze, das zwar materiell stark zerstört, aber geistig noch vorhanden war, sollte das Einzelne geformt und einem „Stilwirrwarr“ vorgebeugt werden.

Die Heimatschutzarchitektur hatte in Soest eine lange Tradition. Gustav Wolf, Paul Schlipf²⁷ und August Damblyff waren schon vor dem Krieg als Architekten des Heimatschutzes tätig gewesen und seit 1904 gab es in Soest den Verein für Heimatpflege, dessen Arbeit ebenfalls darauf zielte.

Für Soest schlug Gustav Wolf Ende der 30er-Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Radikalkur zur „Bereinigung“ des Stadtbildes vor: Er empfahl, nach der Verschönerung die „Enthäßlichkeit“ der Altstadt durchzuführen. Er entwickelte zeichnerische Vorschläge für den Abbruch von Türmen und attrappenartigen Giebeln auf Bürgerhäusern, die das Gesamtbild der Altstadt stören würden. „Das Stadtbauamt wird wohl noch besser als ein Außenstehender in der Lage sein, eine Liste von Wünschen aufzustellen, wie man, etwa in einem Zehn-Jahresplan, Zug um Zug Ärgerliches aus Soest entfernen könnte.“ Der Krieg hat dann viele dieser architektonischen „Zutaten“ beseitigt, die auch nicht wieder aufgebaut wurden (z. B. „Müller unter den Bäumen“ am Markt). Für die Beseitigung von großen „Hausungetümen“ des Historismus „wünscht man sich manchmal ein kleines Spreng- und Abbruchskommando!“²⁸

Der Wiederaufbau zeigte beispielhaft, mit welcher Kraft sich der Heimatschutzstil im Sinne einer Bereinigung gegen das Neue Bauen durchsetzte: Das Wohnhaus Thomästraße 30/32, das 1927 im Stil des Neuen Bauens errichtet worden war, im Krieg zu 40 % zerstört wurde und durchaus in der ursprünglichen Architektur hätte

Das Staatshochbauamt sah als staatliche Denkmalpflegestelle in der Förderung der Baudenkmäler und in der Baupflege beim Wiederaufbau nicht nur in Soest, sondern auch in den Kreisen Soest und Unna seine wichtigste Aufgabe.

26 Merkblatt für die Baubeamten des Regierungsbezirks Arnsberg vom 26.11.1945, StAS D 2076.

27 Lena Bartylla: Heimatschutzarchitektur in Soest. In: SZ 120 (2008), S. 109ff. Gerd-Ulrich Piesch: Heimatschutzarchitektur in Soest am Beispiel einiger Bauten von Paul Schlipf. In: Köhn (wie Anm. 14), S. 731-774.

28 Gustav Wolf: Vom „häßlichen“ Soest und seiner Börde. In: Heimatkalendar des Kreises Soest 18, 1939, S. 33-37, Abb. 7-14; vgl. auch Spohn (wie Anm. 13), S. 128f.

wiederhergestellt werden können, wurde im Stile des Heimatschutzes umgebaut.

Dambleff schrieb dazu: „Ein besonders verständliches Beispiel des ‚guten‘ Bauens mag hier an einem Umbau gezeigt werden. Ein Haus, welches im Jahre 1927 betont modern erbaut war, wurde durch Bomben stark beschädigt. Beim Neubau verschwand die schon unmodern gewordene Mode wieder, und das Haus wurde in einfacher, aber eindrucksvoller Art zu einem gesunden, geraden Haus umgewandelt. Wer das kuriose Haus früher gekannt hat und es jetzt wieder sieht, wird es kaum wiedererkennen, wird aber jedenfalls überzeugt sein, daß das neue Haus bei aller Einfachheit einen gediegenen und tüchtigen Eindruck macht.“²⁹

Für eine Auseinandersetzung mit dem Neuen Bauen mit Blick auf den historischen Bestand gab es keinen Raum. Die Initiatoren des Wiederaufbaues mussten den Soester Architekten, die sich „nach Beispielen der letzten Jahre [...] den Erfordernissen unseres Stadtbildes gerade nicht gewachsen gezeigt haben“³⁰, klare Richtlinien geben, damit sich das Neue harmonisch in das noch erhaltene Alte einfügte (Abb. 3).

Architekturausstellung und Notgemeinschaft „Soest baut auf“

Im Januar 1946 trug August Dambleff im Verein für Heimatpflege die Idee vor, eine Architekturausstellung mit beispielhaften Entwürfen für den Wiederaufbau zu veranstalten. Diese Ausstellung fand unter dem Motto „Soest baut auf“ statt und sollte „als Werbemaßnahme für den sinngemäßen Wiederaufbau der zerstörten Stadt“ dienen. Sie wurde von Dambleff konzipiert und zeigte neben dem „Brandt'schen Bebauungsplan“ die Entwürfe von sieben Soester Architekten, deren Arbeiten von einer Jury aus Heimat- und Denkmalschutzvertretern aus den eingesandten Vorschlägen von vierzehn Büros ausgewählt worden waren³¹.

Sie fand vom 28. April bis zum 26. Mai 1946 in den Räumen der Städtischen Kunstsammlungen im Rathaus statt. Gustav Wolf hielt das Eröffnungsreferat. In den ersten Wochen kamen über 3.000 Besucher. Wegen des großen Interesses musste die Ausstellung um eine Woche verlängert werden³². Veranstalter waren die Stadt und die „Notgemeinschaft Soest baut auf“. 1947 und 1949 wurde die Ausstellung, jeweils im Frühjahr, erneut gezeigt.

Parallel zur Planung und Vorbereitung der Architekturausstellung regte Karl Hilse, der damalige Leiter des städtischen Verkehrs- und Kulturpflegeamtes, am 27. Februar 1946 in einer gemeinsamen Vorstandssitzung des Heimat- und des Ge-

29 Dambleff 1949 (wie Anm. 25), S. 29. Vgl. auch Bartylla (wie Anm. 27), S. 107f.

30 Köhn (wie Anm. 14), S. 811.

31 Architekturausstellung „Soest baut auf“ 1946. Zur Jury gehörten: Landesplaner Reg.-Baurat Grünberg, Prov.-Konservator Dr. Rave, Landesbaupfleger Prof. Wolf, Bezirkslandesplaner Reg.-Baurat v. Ohlen, Landrat Dr. Schwartz, Superintendent Clarenbach, Stadtdirektor Becker, Reg.-Baurat Dambleff. Die ausstellenden Architekten waren: Gisbert Bartholmé, Willi Bauchmüller, Heinrich Behrens, Karl-Heinz Beyerling, Ernst vor dem Brocke, Albert Fr. Leppin de Monté, Arthur Tachill; Dem Arbeitsausschuss gehörten an: Landrat Senator a. D. Dr. Schwartz, Stadtdirektor Becker, Stadtbaumeister Fritz Stork, Bildhauer Wilhelm Wulff, Maler Fritz Andernach, Superintendent Adolf Clarenbach, Architekt Franz Trompeter, Architekt Prof. Albert Fr. Leppin de Monté, Architekt Artur Tachill und Kl. Hilse, Städt. Verkehrs- und Kulturpflegeamt; StAS D 2748.

32 StAS, D 1190.

*Marktstraße 2**Nöthenstraße 6**Grandweg 2**Abb. 3: Häuser (links vor, rechts nach dem Krieg)*

schichtsvereines an, „für den Wiederaufbau in denkmalpflegerischer Hinsicht und zum anderen für die Finanzierung Hilfsmaßnahmen einzuleiten, wie es jetzt auch im gesamten Regierungsbezirk durchgeführt werden soll“.

In dieser Sitzung wurde von den Vorständen beschlossen, „die Gründung einer Notgemeinschaft auf breitester Grundlage“ vorzunehmen und „mit folgenden Zielen bald ins Leben zu rufen: Schaffung der ideellen Grundlage für den Wiederaufbau der Stadt in denkmalpflegerischem Sinne [und] Schaffung finanzieller Hilfeleistung.

In einem Heimatabend ‚Das alte Soest‘, in dem die farbigen Lichtbilder der Rex-Film-Gesellschaft gezeigt werden, soll die Notgemeinschaft gegründet werden.“³³

Nach der Veröffentlichung eines Aufrufes, in dem die Ziele der Notgemeinschaft dargelegt und um Mitglieder geworben wurde, wurde die Notgemeinschaft auf Einladung des Heimat- und des Geschichtsvereines am 3. April 1946 „gebildet“. Zu dieser Gründungsveranstaltung wurden die wichtigsten Vertreter des öffentlichen Lebens, der Kirchen, Vereine, Schulen, der Wirtschaft, Parteien, Behörden usw. eingeladen. Adolf Clarenbach wurde zum Vorsitzenden gewählt³⁴. Die endgültige Gründung wurde auf einem Heimatabend am 12. April 1946 in Anwesenheit von 300 Besuchern vollzogen. Bis zum 16. September 1946 waren von 825 Mitgliedern 81.668 RM gezeichnet worden.

Der Notgemeinschaft war es gelungen, die Soester und alle ihre Gruppierungen und Institutionen für ihr Anliegen „Wiederaufbau der Stadt unter Erhaltung des alten Stadtbildes“ zu gewinnen. Beide Aktionen, die Ausstellung und die Gründung der Notgemeinschaft, waren zeitlich aufeinander abgestimmt und hatten unter demselben Motto „Soest baut auf“ eine große Resonanz. Bis 1954 wurden mit den gesammelten Spendengeldern 217 Gebäude mit einem Zuschuss für denkmalpflegerische Maßnahmen gefördert³⁵. 1959 hatte die Notgemeinschaft ihre Aufgabe, stilbildend zu wirken, erfüllt und löste sich auf.

Das Schicksal des „Brandt'schen Bebauungsplanes“

Am 3. Mai 1946 eröffnete August Müller, der am 14. März 1946 in der ersten freien Wahl nach dem Krieg zum Bürgermeister gewählt worden war, die erste Sitzung des Bauausschusses. Bis zur Wahl der städtischen Körperschaften hatte der Ausschuss nur beratenden Charakter³⁶.

In diesem Sinne empfahl er dann auch, die zerstörten Wohnhäuser in der Schwarzeborn-gasse vor der Teichsmühle nicht wieder aufzubauen, da hier gemäß dem „Brandt'schen Bebauungsplan“ die „Entlastungsstraße von der Brüderstraße durch

33 StAS, P 138.166.

34 In den Vorstand wurden gewählt: Superintendent Clarenbach, Reg.-Baurat Dambelff, Stadtingenieur Hilse und Bankdirektor Dammann; Beisitzer wurden: Landrat Dr. Schwartz, Stadtdirektor Becker, Bürgermeister Müller (CDU), Gewerbeoberlehrer Lohmann (Zentrum), Wilhelm Hölter (SPD), Gartenbauarchitekt Fröber-Suberg (KPD), StAS D 83.

35 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1948-1954, Soest 1957 (Soester wiss. Beiträge, Bd. 12), S. 188.

36 In der ersten Sitzung der Stadtvertretung am 4.10.1946 (nach der Wahl des Rates am 15.9.1946) wurden die Ausschüsse gebildet. Der Bauausschuss trat in der neuen Besetzung am 6.11.1946 zum ersten Mal zusammen; Protokoll der Sitzung in StAS D 83.

die Katzengasse, Teichsmühlengasse, Severinstraße, Helle zur Thomästraße“ geplant sei. Den Eigentümern solle Ersatz angeboten werden.

Schwartz wandte sich im November 1946 an Stadtdirektor Becker mit der Frage, „ob der Wiederaufbau von Soest nicht noch etwas anders behandelt werden könnte, als das mit den gegenwärtigen Kräften möglich ist. [...] Früher hatten wir auf dem Stadtbauamt an leitenden Personen einen Stadtbaurat und einen Stadtarchitekten. Heute fehlt beides. [...] Die Baupfleger können den Stadtbaurat nicht ersetzen. Ob Stadtbaurat Canzler je aus Russland zurückkehren wird, wissen wir nicht. Wir können aber im Interesse Soests nicht darauf warten und dauernd seine Stelle unbesetzt lassen. Ich meine also, Soest muß wieder einen Stadtbaurat haben, und da scheint es mir möglich zu sein, daß man Herrn Prof. Wolf gewinnen könnte, vertretungsweise, bis zur Klärung über das Schicksal Canzlers, die Stelle wahrzunehmen.“³⁷

Dieses Schreiben veranlasste Becker, Wolf zur Sitzung des Bauausschusses am 3. Dezember 1946 einzuladen, um den „Brandt'schen Bebauungsplan“ aus denkmalpflegerischer Sicht von ihm erläutern zu lassen. Wolf bezeichnete den Plan als „eine wertvolle Unterlage für die Bebauung bzw. den Wiederaufbau des zerstörten Teiles der Stadt Soest. [...] Dabei sei nicht daran gedacht, nunmehr starr an der Linienführung der Straßenzüge festzuhalten, sondern hier könnten nach örtlichen Gesichtspunkten auch noch kleinere Änderungen vorgenommen werden.“

Die in der Stadt kursierenden Gerüchte, dass nun Großstadtstraßen in der Altstadt geplant würden, widerlegte Wolf mit der Vorlage des Fluchtlinienplanentwurfes für die Brüderstraße vom Markt bis zur Waisenhausstraße. Dort seien nur in Bereichen mit baulichen Engpässen Verbreiterungen erforderlich, denn er sehe in der Umgehung der Altstadt durch den Fernverkehr im Zug der Binnerwallstraßen, deren Zusammenschluss im Norden und Osten noch erfolgen müsse, sowie in dem geplanten äußeren Ring künftig eine erhebliche Entlastung des innerstädtischen Verkehrs. Zur Entlastung der Brüderstraße sei die Hansastraße geplant worden, die in Verbindung mit der Sandwelle diese Funktion bereits erfülle. Nach Ausführung der restlichen Strecke der Hansastraße würde die Entlastung der Brüderstraße noch wirksamer werden.

Schwartz erläuterte in dieser Sitzung „dann den bereits früher beschlossenen Plan zur Weiterführung der Hansastraße und wies auf die Enge der Nöttenstraße bei der Mündung in die Marktstraße hin“. Dies tat er wohl, um die Ausschussmitglieder auf die mit dieser Planung verbundenen Gebäudeabbrüche vorzubereiten³⁸.

In der Sitzung des Bauausschusses am 30. Januar 1947 wurden dann ohne die Teilnahme von Schwartz (er war durch seine dienstlichen Verpflichtungen als Landrat verhindert) weitreichende Beschlüsse gefasst³⁹: Oberbaurat Schäfer, von der oberen Denkmalbehörde des Regierungspräsidenten zur Wiederherstellung von St. Patrokli eingesetzt, sollte vorübergehend die Stelle von Stadtbaurat Canzler einnehmen.

Die seit 1945 aufgehobenen Fluchtlinienpläne sollen schnellstens überarbeitet werden, damit „die Bauherren wüßten, [...] in welcher Weise sie demnächst ihren

37 StAS, D 2748.

38 StAS, D 83.

39 Ebd.

Wiederaufbau durchführen können“. (Am 30. September 1947 beschloss der Bauausschuss, ohne vorher förmlich festgelegte Fluchtlinie keine Baugenehmigung mehr zu erteilen.) „Die nach dem Brandt'schen Plan vorgesehene Nord-Süd-Achse hält der Ausschuss mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse in Soest für nicht richtig; von einer Durchführung der Straße soll Abstand genommen werden.“

Der Ausschuss war einstimmig der Auffassung, dass die in einigen Fällen geplanten Bogengänge nicht in das Stadtbild von Soest passten. In dieser Sitzung wurde dann der geplante Bogengang am Haus Grandweg 11 abgelehnt.

Mit dem Beschluss des Bauausschusses, die sogenannte Nord-Süd-Achse als Planungsziel aufzugeben, war ein wesentlicher Bestandteil des „Brandt'schen Bebauungsplanes“ und der Schwartz'schen Planungsvorstellungen aus dem Konzept herausgenommen. Als dann der Bauausschuss am 22. Mai 1947, wiederum ohne die Anwesenheit von Schwartz, den Fluchtlinienplan der Katzengasse im Vollzug des gefassten Beschlusses mit einer nach Meinung von Schwartz viel zu schmalen Fahrbahnbreite versah, um die Funktion einer „Verkehrsdurchgangsstraße“ erfüllen zu können, fürchtete Schwartz, dass seine Bemühungen, das Baudenkmal des ottonischen Stadtkerns vom Verkehr zu befreien, zu scheitern drohten.

In einem Schreiben an Becker vom 23. Mai 1947 legte er seine gegenteilige Position dar: „Um nicht vor der Geschichte der einst [!] als mitverantwortlich für diese Fluchtlinienfestsetzung dazustehen, bringe ich nachstehend meinen abweichenden Standpunkt zur Kenntnis und bitte die Eingabe dem Beschluss des Bauausschusses in den Akten beizufügen.“

Er war der Auffassung, dass es, wie im „Brandt'schen Bebauungsplan“ festgehalten, einer inneren Verkehrsumgehung bedürfe, da die Soester verlangten, „den Autoverkehr nicht um die Stadt herum, sondern durch die Stadt selbst zu leiten. [...] Durch den Beschluss des Bauausschusses ist zunächst der vom Regierungspräsidenten bestätigte Stadtwiederaufbauplan Brandt verlassen worden und damit einer der besten Teile dieses Planes gefallen. Dann aber auch ist die erforderliche Nord-Ost-Süd-Verbindung durch die Innenstadt von Soest nun für alle Zeiten unmöglich gemacht, denn es gibt keine andere Stelle hier in der Stadt, in der in gleich bequemer Weise diesen Verkehrsbedürfnissen hätte Rechnung getragen werden können. Die neue Strasse hätte, abgesehen von einer einzigen Stelle an der Einmündung der Helle in die Osthofenstraße, nur durch zerstörtes Gelände geführt, kein einziges Haus, das noch stand, wäre durch sie angeschnitten worden...“⁴⁰

Nachdem Schwartz sein an Becker gerichtetes Schreiben als Eingabe an den Bauausschuss eingereicht hatte, beriet dieser am 5. August 1947 darüber und fasste folgenden Beschluss, den Becker am 20. August 1947 Schwartz mitteilte:

Der Ausschuss vertrete „den Standpunkt, dass der Brand'sche [!] Plan für die Stadt Soest nichts Verbindliches darstelle und dass die Stadt daher nicht verpflichtet sei, ihn in der vorliegenden Form durchzuführen. Der Plan habe nur eine Richtschnur für den Wiederaufbau sein können. Aus diesem Grunde sei man auch bereits kurz nach seiner Aufstellung von ihm abgewichen, wobei auch auf die Abänderungsvorschläge von Herrn Professor Wolf besonders verwiesen wird.

40 StAS, D 2748.

Die in dem Plan vorgesehene sogenannte Nord-Süd-Achse von der Katzengasse bis zur Thomästraße sei sowohl vom städtebaulichen als auch vom verkehrsgesichtlichen Standpunkt nicht zweckmäßig. Der Verkehr soll daher von der Thomästrasse über die Glasergasse, Hoher-Weg [!], Walburger-Osthofen-Wallstrasse zum Brüdertor geleitet werden. Dadurch werde der gleiche Zweck erreicht. Die Durchführung der Nord-Süd-Achse würde nicht allein die Abgabe und Aufschließung wert- und reizvollen Grundbesitzes zur Folge haben sondern auch derart hohe Kosten verursachen, die in keinem Verhältnis zu dem damit zu erreichenden Ziel stehen. Zudem würde diese Verkehrsstraße mit seiner Verkehrsfalle in der Osthofenstrasse nur zu Unträglichkeiten führen.' (Insbesondere am Eingang zur Helle).“

Des Weiteren bemerkte Becker, dass die geplante Nord-Süd-Achse außerdem „eine weitere erhebliche Überdeckung des offenen Soestbaches und des Teichsmühlenbaches erfordert“⁴¹.

Diesen sicher als Niederlage empfundenen Beschluss konnte Schwartz über lange Zeit nicht verwinden. Er wandte sich am 5. September 1947 an den Regierungspräsidenten in der Hoffnung, dass von dort aus Einfluss auf die Planungen und die Entscheidungen des Bauausschusses ausgeübt würde. Vermutlich brachte er Brandt auch wieder in die Planung ein, denn nach einer Mitteilung im Bauausschuss vom 5. August 1947 hieß es, dieser arbeite ohne Auftrag und nach eigenen Vorstellungen an der Nord-Süd-Achse, wohl um die Durchführbarkeit dieser Umgehungsstraße zu belegen.

Noch 1953 hat Schwartz in seinen Gesammelten Aufsätzen⁴² auf die seiner Auffassung nach versäumte Gelegenheit hingewiesen, die Umgehungsstraße in die Planung aufgenommen zu haben.

Er zog sich nun immer mehr aus seiner Mitwirkung an der Stadtplanung zurück. Dies begründete er am 28. Mai 1948 Becker gegenüber damit, dass er einerseits das Gefühl habe, dass seine Mitarbeit von „einer Anzahl der jetzt maßgebenden Herren nicht erwünscht sei, weil die von mir vertretenen Gesichtspunkte von ihnen nicht geteilt werden“, und andererseits, weil er bei den Beschlüssen der städtischen Körperschaften in Sachen des Wiederaufbaues die große Linie vermisste. Es würden nur an einzelnen kleinen Stellen Abänderungen getroffen, in der Hauptsache aber alles beim Alten gelassen⁴³.

Da Schwartz als Landrat nicht frühzeitig und direkt auf die Entscheidungen in der Planung einwirken konnte, versuchte er nun, über die Aufsichtsbehörden Einfluss auf die Arbeit der Verwaltung und der Stadtvertretung auszuüben, so in einer Eingabe an den Oberkreisdirektor vom 23. Juni 1948, in der er die Genehmigung eines Neubaus am Immermannwall rügte, denn schon vor 1933 sei für die Stadtseite der Binnerwälle eine „Baubeschränkung“ beschlossen worden, die bisher eingehalten und in den „Brandt'schen Bebauungsplan“ übernommen worden sei. „Nach meiner Ansicht ist der Brandt'sche Stadterweiterungsplan rechtlich immer noch die Grundlage und es geht nicht an, daß das Baulenkungsamt der Stadt fortgesetzt diesem Plan

41 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 4251.

42 Hubertus Schwartz: Das neue Gesicht einer alten Stadt. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze (Soester wiss. Beiträge, Bd. 24). Soest 1963, S. 152-154, hier S. 152f.

43 Schreiben vom 28.5.1948; StAS D 2748.

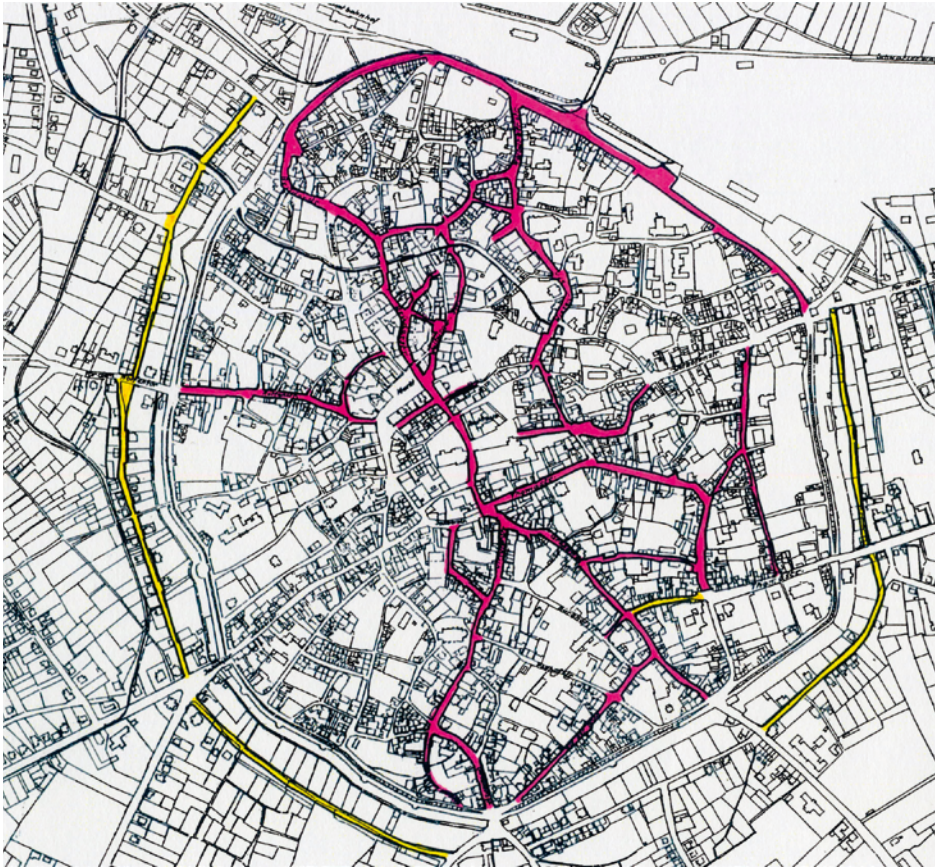


Abb. 4: Neuaufstellung von Fluchtlinienplänen – pink 1947-48 und gelb 1949-50

zuwiderhandelt.“⁴⁴ Den Kultusminister bat er am 29. September 1948, der Stadt per Erlass aufzugeben, „unverzüglich“ eine Verunstaltungssatzung zu verabschieden, die Stadt in Baugebiete zur Regelung der Nutzung einzuteilen und das Bauamt zu veranlassen, alle Planungen vor der Verabschiedung durch den Bauausschuss und Rat der Landesregierung zur Kontrolle vorzulegen. „Das Stadtbauamt hat in allen diesen Dingen die Vorarbeiten bis zum Abschluss erledigt, nur die Genehmigung durch die Stadtvertretung geht nicht in der gewünschten Weise vorwärts. Das Stadtbauamt möchte die Pläne je eher je lieber dort einmal vorlegen.“⁴⁵ Vom Kultusminister, der für den Städtebau nicht zuständig war, kam jedoch keine Weisung.

Unter der Leitung von Schäfer wurden 1947/48 auf der Grundlage des „Brandt'schen Bebauungsplanes“ 25 für den Wiederaufbau wichtige Fluchtlinienpläne aufgestellt und dem Rat für die öffentliche Auslegung bzw. für den Feststellungsbeschluss vorgelegt (Abb. 4).

44 Schreiben vom 23.6.1948; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 4251.

45 Schreiben vom 29.9.1948, ebd.



Abb. 5: Veränderungen im Stadtgrundriss

Um die Straßen für den künftigen Autoverkehr geeigneter zu machen, wurden räumliche Engpässe, die den Verkehrsfluss behindern könnten, durch die Festsetzung neuer Baufluchten planerisch beseitigt. Auf diesen Baufluchtlinien musste dann gebaut werden. Einige Straßen seien genannt: die Brüderstraße, Katzensgasse, Waisenhausstraße, Ritterstraße, Wiesenstraße, Damm, Propst-Nübel-Straße (damals noch Osthofenstraße), Osthofenstraße, Hoher Weg, Glasergasse, Isenacker, Ulricherstraße, Grandweg. Diese Vorgaben betrafen im Wesentlichen die Haupt-radialstraßen sowie deren Querverbindungen. Die Fluchtlinien wurden nicht im gesamten Straßenverlauf, sondern nur in den Bereichen geändert, in denen Straßenverengungen vorhanden waren. Entsprechend ergaben sich beim Wiederaufbau Veränderungen im Stadtgrundriss, die zwar geringfügig waren (Abb. 5), aber doch



Isenacker



Osthofenstraße



Ulricherstraße

Abb. 6: Straßenansichten (links vor, rechts nach dem Krieg)

den Straßenraum und damit das Stadtbild veränderten (Abb. 6). Die weit überwiegende Anzahl der Straßen, Gassen und Plätze der Altstadt blieb mit ihren historischen Baufluchten erhalten.

Nicht alle Pläne wurden rechtsverbindlich. Der Fluchtlinienplan für die Brüderstraße wurde mehrmals öffentlich ausgelegt, da immer wieder Einsprüche eingelegt wurden. Er wurde nicht abgeschlossen; man arbeitete nach dem verfestigten Planungsstand und entschied über die Baumaßnahmen im Einzelfall.

Wirtschaftsplan von 1948/1949

Im Juli 1948 legte Schäfer einen Entwurf für einen Wirtschaftsplan vor, der aufgrund der von der Stadtvertretung noch zu beschließenden Erklärung der Stadt zum Neuordnungsgebiet aufgestellt werden musste⁴⁶.

Im Hinblick auf die Neuordnung der Verkehrsführung in der Altstadt enthielt der

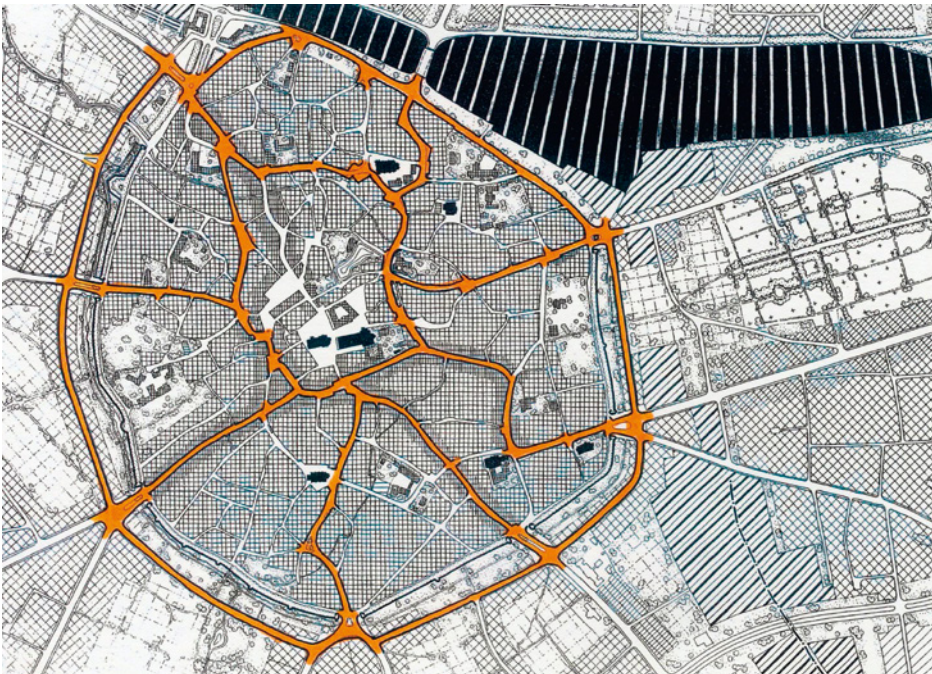


Abb. 7: Entwurf des Wirtschaftsplans von 1948

46 Rechtsgrundlage dafür war die „Verordnung über Neuordnungsmaßnahmen zur Beseitigung von Kriegsfolgen“ v. 2.12.1940, RGBl., I, S. 1575. In einem Neuordnungsgebiet war es möglich, Grundstücksflächen zu enteignen oder Flächenumlegungen zum Zwecke der Bebauung vorzunehmen. In dem Wirtschaftsplan war die künftige Nutzung des Gemeindegebietes darzustellen. Er war ein Vorläufer des Leitplanes nach dem Aufbaugesetz von Nordrhein-Westfalen von 1950 und des Flächennutzungsplanes nach dem Bundesbaugesetz von 1960. Dieser Plan hatte zwar keine unmittelbare Rechtswirkung, er diente aber als Grundlage für die Erteilung rechtswirksamer Genehmigungen im Rahmen der Neuordnung.

Plan ein völlig neues Konzept. Ein innerer Verkehrsring sollte den Verkehr der Radialstraßen vor dem ottonischen Stadtkern abfangen. Dieser Ring führte vom Brüdertor mit einem Straßendurchbruch zur Stiftstraße und querte die Brüderstraße zur Hansastraße. Deren Verlauf war zur Nöttenstraße und von dort hinter Gremlich mit Beseitigung der dort stehenden Gebäude in Höhe der Postgasse zur Marktstraße geplant. Der Ring verlief weiter über die Puppenstraße, Thomästraße und Kolkstraße die Wiesenstraße hinauf bis zur Wiesenkirche. Von hier aus war in Richtung Westen eine Verbindung durch die Gärten zur Waisenhausstraße und Brüderstraße vorgesehen (Abb. 7).

Die im Brandt'schen Bebauungsplan vorgesehene Straßenverbindung von der Brüderstraße über die Katzensgasse, Teichsmühlengasse zur Severinstraße und von dort über die Helle durch zerstörtes Gelände zur Glasergasse/Einmündung Thomästraße lehnte Schäfer ab, weil der Straßendurchbruch von der Osthofenstraße zur Thomästraße erhebliche Kosten verursache und für die Kolkstraße nur geringe Entlastungseffekte ergeben würde. In dem Erläuterungsbericht zu dem Plan heißt es:

„Der Ring benutzt fast durchweg vorhandene Straßen oder er führt durch zerstörtes Gebiet. Nur an drei Stellen sind kleinere Korrekturen erforderlich“: Die Hansastraße sollte über die Nöttenstraße über das Grundstück Gremlich bis zur Postgasse in die Marktstraße führen, um den Markt als Platz zu erhalten. Die Alternative, die Hansastraße zwischen der Engel-Apotheke und der Eisdiele auf den Markt zu führen, sei zwar eine gute Verkehrslösung, aber städtebaulich bedenklich. Beide Lösungen sollten eingehend unter Hinzuziehung höherer Stellen geprüft werden.

Zweitens führe die Verbindung von der Waisenhausstraße zur Wiesenstraße durch Gärten oder zerstörtes Gelände. Das Fachwerkhaus an der Einmündung in die Walburgerstraße 26 müsse versetzt werden. Die Verbindung von der Wiesenstraße zur Thomästraße setze drittens eine Verbreiterung der Kolkstraße voraus.

Schäfer schlug vor, durch eine Gesamtverkehrsplanung die Notwendigkeit der Straßendurchbrüche von der Stiftstraße zum Brüdertor und vom Krummel zur Walburger Unterführung prüfen zu lassen. Im Übrigen bedürften die Radialstraßen nur kleiner Verbesserungen. Beispielsweise müsse die Ulricherstraße am Gasthaus Bäcker (an der Einmündung der Haarhofsgasse) verbreitert werden und die Osthofenstraße sei am besten über die Filzenstraße an den Ring anzuschließen (Abb. 8).

„Der Hauptverkehr in der Altstadt muß auf einige Hauptadern beschränkt bleiben, während der Rest der Straßen in der alten Form, den Soester Charakter wahren, bestehen bleiben kann. Es ist jedoch erforderlich, die dem Verkehr vorbehaltenen Straßen in genügender Breite vorzusehen. Nur auf diese Weise ist ein großer Teil des mittelalterlichen Stadtbildes zwischen den Verkehrsadern zu erhalten.“

Schäfer sah in dem Plan für die Geschäftsstraßen eine dreigeschossige geschlossene Bebauung vor. In den übrigen Gebieten der Altstadt solle maximal zweigeschossig gebaut werden: „Beim Wiederaufbau muß eine elastische Anpassung an die vorhandene Bebauung angestrebt werden unter Wahrung des Charakters von Soest als Gartenstadt. Nach Möglichkeit sollen große zusammenhängende Gartenflächen erhalten bleiben.“⁴⁷

47 Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan vom 12.7.1948; Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 4251.



Abb. 8: Entwurf des Wirtschaftsplanes 1948 – Übertragung in die Stadtgrundkarte von 1940

Schwartz, der den Erläuterungsbericht zugestellt bekam, teilte als Landrat Schäfer mit, dass er „so gut wie in allen Teilen mit ihm einverstanden“ sei, aber: „Einige kurze Bemerkungen möchte ich doch machen: Das Haus Walburgerstraße 26 ist nach Ansicht anderer Architekten [...] nicht mehr in einem solchen Zustand, daß es anderswo hin umgesetzt werden könnte. Wenn man es umsetzt, bleibt günstigenfalls nur die Fassade übrig, das ganze übrige Haus mit seiner Raumaufteilung geht dann verloren. [...] Hinsichtlich der Verbindung Wiesenstraße/Thomästraße bin ich der Meinung, daß bei dem jetzigen Zustand der Kolkstraße die Linienführung Severinstraße-Helle-Thomästraße nicht zu entbehren ist. Die Kolkstraße wird niemals so breit gemacht werden können, daß sie allein ausreicht, und somit muß Vorsorge getroffen werden, daß von der Wiesenstraße aus ein Teil des von der Reichsautobahn kommenden Straßenverkehrs unmittelbar durch die Severinstraße-Helle zur Thomästraße abgeleitet werden kann. Ich kann auch der Ansicht nicht beipflichten,

daß diese Straßenführung erhebliche Kosten verursachen würde, denn sie geht, abgesehen von der einzigen Stelle an der Einmündung der Helle in die Osthofenstraße, nur durch zerstörtes Gelände.“⁴⁸

Dieser Plan hatte nicht lange Bestand, denn nachdem Hubertus Schwartz im Herbst 1948 zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden war, hatte er nun wieder unmittelbaren Einfluss auf die Inhalte der Planungen und auf die Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Der Entwurf des Wirtschaftsplanes wurde überarbeitet: In der Altstadt wurde der innere Verkehrsring nun eng um den ottonischen Stadtkern herumgelegt. Im Norden wurde die Ringstraße vom Markt über die Walburger Straße und die Teichsmühlengasse, um die Teichsmühle herum, zur Wiesenstraße-Severinstraße geführt. Diese Trasse hatte ihre Wurzel in dem „Brandt'schen Bebauungsplan“ und ihre Wiederaufnahme in den Plan weist auf die Einflussnahme von Schwartz hin. Damit war eine Ost-West-Verbindung von Osthofentor-Osthofenstraße-Severinstraße-Teichsmühlengasse-Walburgerstraße-Markt-Nötenstraße planerisch hergestellt.

Die Hansastraße wurde in dem Plan entgegen den bisherigen Planungsüberlegungen zwischen Engel-Apotheke und Eisdiel in den Markt geführt, der zusammen mit der Marktstraße Bestandteil des Ringes wurde. Die Brüderstraße wurde in das System der Radialstraßen einbezogen und der Verkehr gegenläufig zur Hansastraße einspurig zum Brüdertor geführt.

Von den Radialstraßen wurde die geplante Verbindung vom Krummel zur Walburger Unterführung beibehalten. Für die Planung einer Nord-Süd-Verbindung vom Brüdertor zum Ulrichertor wurde die Einmündung der Straße Isenacker in die Jakobistraße nach Westen in die Zufahrt des Hauses „Zum Spiegel“ verlegt. (Abb. 9). Gegenüber dem Brandt'schen Bebauungsplan, der den „Schweinemarkt“ als Verkehrsknoten vorsah, sollte nun der Markt zu einem solchen entwickelt werden. Die Katzensgasse war in dem Plan nicht mehr Bestandteil des Ringes.

Was den Plan, neben der weitgehenden Bewahrung des Stadtgrundrisses, auszeichnete, waren die Darstellungen der großen zusammenhängenden Grünflächen in der Altstadt, die als stadtbildprägend und „soesttypisch“ angesehen wurden.

Da die Stadtvertretung die vom Planungsamt erarbeiteten Pläne nicht durch die entsprechenden Beschlüsse zum Abschluss brachte, lud Schwartz den Bezirksplaner, Regierungs-Baurat Langer vom Regierungspräsidium, nach Soest ein, um vor der Stadtverordnetenversammlung am 21. April 1949 einen Vortrag über Planungsfragen der Stadt Soest zu halten.

Schwartz schrieb am 15. März 1949 im Zusammenhang mit der Terminabstimmung an Langer: „An diesem Tage würden [...] also auch Ihre freundlichen Bemühungen für das gemeinsame Ziel zu geschehen haben. Es freut mich, dass Sie bei Ihren Plänen auf die Weise noch Zeit haben, alles vorzubereiten, wie ich in meinem letzten Brief geschrieben hatte.“⁴⁹ Er hatte Langer also vorgegeben, was dieser an jenem Tage dem Rat zu sagen hatte.

48 Schreiben vom 16.7.1948, ebd.

49 StAS, D 83.

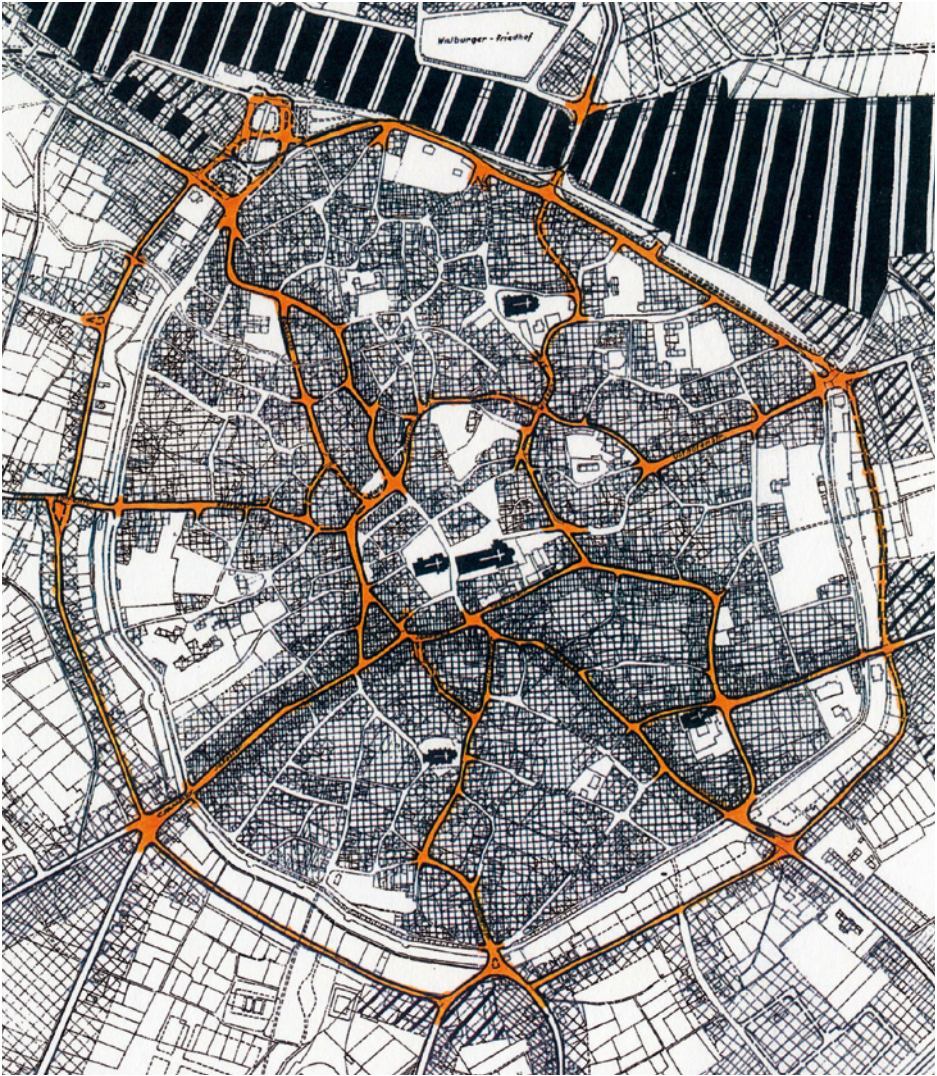


Abb. 9: Wirtschafts- und Baugebietsplan 1949

Langer stellte die kulturelle Bedeutung der Stadt Soest heraus, die auch einen Wirtschaftsfaktor darstelle, und lobte in seinem Referat die Bemühungen um die Erhaltung des Stadtbildes und die vom Stadtbauamt aufgestellten Pläne, die die Anerkennung namhafter Fachleute gefunden hätten. „Aber es fehlt das Entscheidende: Der Entschluß der verantwortlichen Männer, der der Verwaltung den Weg freimacht zu einem klar erkennbaren Ziel. Soest wird diesen Schritt tun müssen, wenn nicht alle Arbeit Papier- und Schubladenarbeit bleiben will. Dafür sind jedenfalls die Planungszuschüsse des Ministeriums nicht gedacht. Ein weiteres Hinaus-

zögern könnte dazu führen, daß Soest in das negative Extrem abrutscht. Es wäre schade, wenn die bisherige kluge Arbeit der Stadtvertretung, die in der Berufung von Herrn Oberbaurat Schäfer und in der Sachbearbeitung des Stadtplanungsamtes wertvolle Voraussetzungen schuf, umsonst gewesen sein sollte. Noch weniger hätte es die Verwaltung verdient, die sich von jeher in vorbildlicher Weise um das Bild der „ehrenreichen“ Stadt bemüht hat. Und auch die heimatliebenden und stolzen Bürger seien hier nicht vergessen, die mitgeholfen haben, das reiche Kulturleben der Stadt zu gestalten. Die Verwaltung hat Vorbildliches geleistet. Jetzt haben die Fraktionen ihre mit größter Verantwortung für die Zukunft verbundenen Entscheidungen zu treffen.“⁵⁰

Langer führte Sanktionen auf, die das Ministerium bei Desinteresse gegen eine vorausschauende Planung ergreifen wolle: „Sperrung aller öffentlicher Mittel und Rückforderung der bereits gewährten Planungszuschüsse“ (Soest hatte 7.000 DM erhalten) sowie Entzug der Privilegierung, d. h., die Rücknahme der Übertragung der Bauaufsicht. „Grundsätzlich können in Zukunft nur solche Gemeinden mit wesentlichen Landesbeihilfen rechnen, deren Planung in Ordnung ist.“⁵¹

Der Vortrag von Langer zeigte Wirkung: Per Dringlichkeitsbeschluss wurde in derselben Sitzung die Stadt zum Neuordnungsgebiet erklärt, das Wohnsiedlungsgesetz vom 22. September 1933 und 27. September 1938 eingeführt (als Grundlage für eine Verordnung der Landesregierung, die Stadt zum Wohnsiedlungsgebiet zu erklären) und der überarbeitete Wirtschaftsplan beschlossen.

Damit hatte Schwartz mit Hilfe von Langer der Stadtvertretung die dringende Notwendigkeit des Handelns und die Konsequenzen bei Untätigkeit im Bereich der städtebaulichen Planung deutlich gemacht und mit Erfolg dargelegt.

Ein Jahr später, am 29. April 1950, wurde das „Nordrhein-Westfälische Gesetz über Maßnahmen zum Aufbau in den Gemeinden (Aufbaugesetz)“ erlassen. Bis dahin bestand eine große Unsicherheit im Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen für den Wiederaufbau und die städtebaulichen Planungen. Ängste vor unbelebten Enteignungen und sonstigen Eingriffen in das Grundeigentum veranlassten die Politiker gegenüber Planungen zurückhaltend zu sein. Daran scheiterten vor allem Straßendurchbrüche, die die wesentlichen Vorhaben der Neuordnung in den Altstädten waren.

Am 20. Oktober 1950 gab der Regierungspräsident seine Zustimmung zum Wirtschaftsplan.

Leitplan von 1952

Zweieinhalb Jahre nach der Zurechtweisung des Rates durch Regierungsbaurat Langer war die Stadtvertretung im Hinblick auf zu fassende Beschlüsse wieder in Verzug geraten. Im Zusammenhang mit dem Verwendungsnachweis über die bereitgestellten Planungszuschüsse für 1948/49 teilte der Regierungspräsident der Stadt am 18. Oktober 1951 mit, dass er sich außerstande sehe, der Stadt weitere Planungs-

50 StAS, D 68b.

51 Ebd.

zuschüsse zur Verfügung zustellen, weil sie den erzielten Erfolg des Mitteleinsatzes nicht belegt habe. Die Pläne – Baugebietsplan und Leitplan – seien zwar erarbeitet, aber von der Stadtvertretung nicht beschlossen worden⁵².

Am 29. November 1951 gab der Rat dann „grünes Licht“ für den am Abend des Langer-Vortrages beschlossenen Wirtschaftsplan, der den Anforderungen an einen Leitplan entsprach. Man stimmte der öffentlichen Auslegung sowie dem Baugebietsplan zu⁵³.

Am 7. Februar 1952 wies der Rat Einsprüche, die eingegangen waren, zurück und beschloss den Leitplan (Abb. 10), der dann am 12. August 1952 vom Regierungspräsidenten genehmigt wurde⁵⁴.

Bürgermeister Hubertus Schwartz ließ es sich nicht nehmen, am 13. August 1952 den genehmigten Leitplan persönlich vom Regierungspräsidium abzuholen⁵⁵. Mit Baurat Spiller, der den Plan aushändigte, besprach er die in der Genehmigung in zwölf Punkten aufgeführten Auflagen. Davon betrafen die Altstadt die Ausweisung von Parkplätzen, die Darstellung von Naturschutzflächen, die nicht dem Naturschutzgesetz entsprächen, sowie die mögliche „lockere Bebauung“ der Binnerwälle. Dieser Begriff müsse durch eine Ortssatzung geklärt werden. Der Rat trat am 3. Oktober 1952 den Auflagen bei und beendete das Verfahren mit der förmlichen Feststellung, so dass nun Durchführungspläne für Wohn-, Geschäfts- und Gewerbegebiete usw. aufgestellt werden konnten.

Der Leitplan für die Entwicklung der Stadt war die erste städtebauliche Planung nach dem Krieg, die auf einer neuen, demokratisch zustande gekommenen Rechtsgrundlage aufgestellt worden war. Allerdings behielten noch dreizehn Gesetze und Verordnungen zum Baurecht aus der Zeit des Nationalsozialismus weiterhin ihre Gültigkeit. Ein einheitliches Baugesetzwerk war nicht zustande gekommen.

Wie wichtig Hubertus Schwartz der Leitplan war, zeigte, dass er in seiner Dankesrede an den Rat zum Abschluss der Wahlperiode am 3. Oktober 1952, mit der auch seine Amtszeit als Bürgermeister endete, auf den aufgestellten Leitplan sowie den

52 StAS E a 11802.

53 StAS D 68b und E a 11802. Mit dem Erlass des Aufbaugesetzes von Nordrhein-Westfalen vom 29.4.1950 war den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, einen Wirtschaftsplan als Leitplan „zu verwenden“, wenn die Gemeinde zum Neuordnungsgebiet erklärt worden war. Das war in der Ratssitzung am 21.4.1949 geschehen. Am 29. November 1951 beschloss der Rat den Wirtschaftsplan als Leitplan. Der Leitplan hatte im Gegensatz zum Wirtschaftsplan eine unmittelbare Rechtswirkung für die nachfolgenden Durchführungspläne, die den Bebauungsplänen nach dem 1960 erlassenen Bundesbaugesetz entsprachen. Ohne einen verbindlichen Leitplan war die Aufstellung von Durchführungsplänen für die Planung und Errichtung von Baugebieten nicht möglich. Der Baugebietsplan zur Bauordnung der Stadt Soest vom 26.5.1924 enthielt die Art und das Maß der baulichen Nutzung. Die Art der Nutzung war in „gemischtes Wohngebiet“ und „Geschäftsgebiet“ eingeteilt. Das Maß der Nutzung war im gemischten Wohngebiet zweigeschossig mit einer maximalen Bebauung von 40 % der Grundstücksgröße und im Geschäftsgebiet mit 3 Geschossen und 60 % Bebauung der Grundstücksfläche festgelegt. In: StAS, Karten 427.

54 StAS E a 11802. Der Regierungspräsident bat in der Genehmigung die Stadt darum, bei der Beschlussfassung über die förmliche Feststellung des Planes darauf hinzuweisen, dass der Leitplan gleichzeitig als Wirtschaftsplan im Sinne des Wohnsiedlungsgesetzes gelte.

55 Ebd.



Abb. 10: Leitplan Stadt Soest 1952

Baugebietsplan und „die vielen Fluchtlinienfestsetzungen“ besonders hinwies⁵⁶.

Vor der Genehmigung des Leitplanes wurde noch einmal der „Brandt'sche Bebauungsplan“ bezüglich der Katzengasse als Bestandteil einer inneren Umgehungsstraße in Erinnerung gerufen, eine Planung, die Schwartz sehr favorisiert hatte, weil er den ottonischen Stadtkern im Norden weiträumig vor dem Autoverkehr schützen wollte. Im Sommer 1952 wurde von der Verwaltung ein Änderungsverfahren für den Fluchtlinienplan der Katzengasse, nun als Durchführungsplan nach dem Aufbaugesetz, eingeleitet und „im Hinblick darauf einstimmig beschlossen, dass der Verkehr einen größeren Spielraum erhalten muß und die Parkplätze auf dem sogenannten Schweinemarkt eine Erweiterung erfahren“⁵⁷. Die Fluchtlinie wurde an der Ecke Katzengasse/Kohlbrink um 10 Meter nach Norden verschoben, so dass

⁵⁶ StAS D 68b.

⁵⁷ StAS D 81.

sich die Katzengasse trichterförmig zum Park/Teichsmühlengasse hin öffnete. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, die alte Brandt'sche Straßenplanung von der Brüderstraße zur Teichsmühle/Severinstraße wieder aufleben zu lassen. Die dafür erforderliche Fluchtlinienplanung für die Teichsmühlengasse wurde jedoch nicht durchgeführt.

Schlussbetrachtung

Die erste städtebauliche Planung für den Wiederaufbau der Altstadt nach dem Krieg, der „Brandt'sche Bebauungsplan“ vom Oktober 1945, hat seine Spuren im Stadtbild und im Stadtgrundriss hinterlassen. Da sind zum einen die Beseitigungen baulicher und damit räumlicher Engpässe in den Straßen zugunsten des Autoverkehrs auf der Grundlage der neu aufgestellten Fluchtlinienpläne, von denen später einige aufgrund geänderter Verkehrskonzepte ihren Sinn verloren, wie in der Brüderstraße, Katzengasse, Helle oder Glasergasse. Sie hatten damals aber ihre Berechtigung.

Zum anderen können Ansätze für die geplante, aber nicht verwirklichte „Nord-Süd-Achse“ im Stadtraum wahrgenommen werden: Diese Straße sollte von der Brüderstraße über die Katzengasse, Teichsmühlengasse zur Severinstraße führen. Durch die Verschiebung der Straßenfluchtlinie im Norden der Katzengasse hat der „Schweinemarkt“ eine neue räumliche Dimension erhalten, die heute noch als städtebaulich ungelöst erlebt wird. Im weiteren Verlauf der geplanten Umgehungsstraße wurde die zerstörte, sehr kleinteilige Bebauung an der Schwarzeborn-gasse vor der Teichsmühle nicht wieder errichtet, so dass hier ein von Mauern, Bäumen und dem Gebäude der Teichsmühle eingefasster kleiner Platz entstanden ist, der als Überbleibsel einer nicht zustande gekommenen Verkehrslösung städtebaulich ein Gewinn ist.

Eine Generation hat es gedauert, bis die Wohnungsnot überwunden war, und die Hälfte dieser Zeit, um den Wiederaufbau der zerstörten Stadt abzuschließen. In einem Tagebuch während des Krieges wurde unter dem 10. April 1945 notiert: „Das schöne Soest ist fast ausgelöscht“⁵⁸, denn vor dem Krieg war Soest eine Fachwerkstadt. Diese Gebäude litten im Krieg besonders.

Dazu kam eine einzigartige Besonderheit: der graugrüne Sandstein. „Aus diesem Stein sind die Kirchen und manche privaten Bauten, die Türme und Wallmauern, auch die zahllosen Gartenmauern und oft wenigstens die Freitreppen, Fenster- und Türgewände errichtet. Und diese Wiederkehr des grünen Steins gerade gibt der Stadt ihre Eigenart und Einheitlichkeit.“⁵⁹

Die zerstörten Fachwerkbauten wurden nicht wiederaufgebaut. Dazu fehlten das Baumaterial und die Arbeitskräfte. Gebäude mit geringen Schäden wurden jedoch repariert. Daher sind in dem zerstörten östlichen Teil der Altstadt nur noch einzelne Fachwerkbauten bzw. „Inseln“ (z. B. Am Loerbach, Am Wiesenkirchhof) mit Fachwerkgebäuden vorhanden. Die zerstörten Wohn- und Geschäftsgebäude wurden im Stil der Heimatschutzarchitektur als verputzte Gebäude, die in ihrem äußeren Mate-

58 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1942-1948. (Soester wiss. Beiträge, Bd. 4) Soest 1951, S. 24.

59 Gustav Wolf: Das Stadtbild. In: Ders. (Bearb.): Soest – Ein Heimatbuch und Führer durch Stadt und Börde, Soest 1936, S. 39.

rial und ihrer Form den Fachwerkgebäuden am nächsten kamen, wieder errichtet⁶⁰. Die Einheitlichkeit von Form und Material verband das Alte mit dem Neuen.

Es war von einer großen und weitreichenden Bedeutung, dass nach dem Krieg der Heimatverein und die mit ihm verbundenen Menschen, insbesondere Hubertus Schwartz und August Dampleff, dem Wiederaufbau der mittelalterlichen Stadt eine angemessene Stilrichtung gaben und sich unermüdlich durch Beratung, Präsentation von Beispielen und finanzieller Unterstützung durch die „Notgemeinschaft Soest baut auf“ für den „Soester Baustil“ einsetzten.

Mit dem Ziel, die Gestaltqualitäten wiederherzustellen, wurde den wiederaufzubauenden Gebäuden Maßstab, Form und Gestalt gegeben, die für viele Jahre Vorbild, Anhaltspunkt und Richtschnur waren. Sie sind bis heute eine Herausforderung für jeden Architekten, der in der Altstadt bauen will.

Auch wenn mit dem Wiederaufbau durch den Rückgriff auf Architekturstile des frühen 19. Jahrhunderts ein „neues historisches“ Stadtbild geschaffen wurde, das „nicht als ‚recht‘ im Sinne des Heimatschutzes gelten“ kann⁶¹, so sind doch die dahinterstehenden Bemühungen zu würdigen, Soest als das von Schwartz viel beschworene „Gesamtkunstwerk“ wiederherzustellen. Man griff auf die Vergangenheit zurück, weil man möglichst ohne Fehlgriff die Gestalt und das Erscheinungsbild der Stadt erhalten wollte. Dass dabei das Neue den Blick auf die Historie erschwerte, wurde nicht bedacht.

Dazu Schwartz: „Was die Hausarchitektur anlangt, so glaube ich nicht, dass wir heute schon so weit sind, einen neuen Haustyp, der für unser Zeitalter charakteristisch wäre und allgemein angewendet werden könnte, zu schaffen. Ich glaube, dass weder in Soest noch anderswo dafür die Zeit gekommen ist, dass vielmehr in der Gegenwart erst langsam vielleicht sich Ansätze bemerkbar machen, die in späteren Jahrzehnten zu einem derartigen Typ führen könnten.“⁶²

Nicht weniger bedeutsam war die Tatsache, dass es den Stadtverordneten gelungen war, den mittelalterlichen Stadtgrundriss in seinen wesentlichen Strukturen und Merkmalen zu erhalten, trotz der immer wieder bekundeten Notwendigkeit, die „neuen Bedürfnisse“ beim Wiederaufbau zu berücksichtigen.

Es gab in den wechselvollen Zeiten nach dem Krieg Planungen, die vorsahen, den Stadtgrundriss den „neuen Anforderungen“ entsprechend für eine bessere Erschließung mit dem Auto recht großzügig zu verändern. Der Leitplan von 1952 war bezüglich der Eingriffe in den Stadtgrundriss sehr moderat gegenüber den späteren Planungen für eine autogerechte Stadt in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, in denen, planungsrechtlich festgesetzt, ein innerer Verkehrsring mit umfangreichen Gebäudebeseitigungen vorgesehen war.

Mit dem erhaltenen Stadtgrundriss, im Zusammenwirken mit den neu festgesetzten Baufluchtlinien, den im Baugebietsplan vorgegeben Ausnutzungsziffern, den Gebäudehöhen und der denkmalpflegerischen Bauberatung wurde das Raumgefüge

60 Z. B.: Das historistische Gebäude Katzengasse 7 ist im Krieg zerstört worden. Es war der Nachfolgebau eines 1909 abgerissenen ansehnlichen Fachwerkgebäudes.

61 Bartylla (wie Anm. 27), S. 110.

62 Brief des Bürgermeisters Becker, verfasst von Schwartz, an Pfarrer Dr. Girkon vom 6.10.1945, StAS D 2748.

der Straßen, Plätze und Gassen der mittelalterlichen Stadt in der Zeit des Wiederaufbaus bewahrt. Größere Veränderungen gab es erst in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

ULRIKE SASSE-VOSWINCKEL

WIEDERBELEBUNG UND NEUBEGINN DER KULTURARBEIT NACH 1945: THEATERLEBEN IN SOEST

Einleitung

Werfen wir einen Blick zurück auf das Theatergeschehen in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert, dann ist die Nachkriegszeit – vom Kriegsende bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland – nur eine kurze Zeitspanne.

Das Theater hatte während des nationalsozialistischen Regimes einen grandiosen Aufschwung erlebt: Die Machthaber sanierten und erweiterten die Theaterlandschaft um 100 Schauspielhäuser und verdoppelten die Zahl der in diesem Gewerbe Beschäftigten¹. Sie entwickelten ein einheitliches, gleichgeschaltetes Theatersystem mit streng zensierten Stücken. Nachdem viele Theater 1944 in Schutt und Asche lagen, ließ der Propagandaminister am 1. September 1944 die restlichen schließen. Das „Tausendjährige Reich“ war nach zwölf Jahren gescheitert. Deutschland lag in Trümmern. Im schwer zerstörten Berlin gab es bereits wenige Tage nach Kriegsende die ersten Theateraufführungen. Bis zum Jahresende zählte man 121 Premieren.

Mit zeitlichem Abstand nahmen auch die anderen Städte ihren Theaterbetrieb wieder auf: Hannover, Hamburg, München, Düsseldorf, Köln.

„Etwa die Hälfte der ca. 60 Staats- und Stadttheater in den Westzonen spielte in Konzert- und Vortragssälen, Turn- und Stadthallen oder Rathaussälen. Immerhin hatte das Platzangebot in den Westzonen mit etwa 50.000 bereits 1947 den Stand von 1939 wieder erreicht, die Platznutzung lag in den Spielzeiten von 1945/46 bis 1947/48 mit mehr als 80 Prozent deutlich über dem Vorkriegsergebnis von 65 Prozent.“²

Die britische Militärregierung war sich mit den anderen Alliierten darüber einig, dass Maßnahmen zu einer gründlichen Entnazifizierung des Kulturlebens in Deutschland notwendig seien. Unter ihrer Kontrolle begann sich in der Westzone wieder eine Kulturszene zu entwickeln. Damit bot man der Bevölkerung eine willkommene Ablenkung von den täglichen Sorgen, behielt sich aber sowohl in der Programmgestaltung als auch das Personal betreffend eine strenge Überwachung vor. Zunächst mussten Regisseure, Intendanten und künstlerische Leiter sich um eine Lizenz für ihre Tätigkeit bemühen, die von der Militärregierung ausgegeben wurde. Schauspieler und Sänger waren davon ausgenommen. Da es zu wenig unbelastete qualifizierte Künstler in Deutschland gab, wurden auch diejenigen von der Lizenzvergabe nicht ausgeschlossen, die in Nazi-Deutschland tätig gewesen waren³.

1 Hans Daiber: *Schaufenster der Diktatur. Theater im Machtbereich Hitlers*. Stuttgart 1995, S. 11.

2 Axel Schildt und Detlef Siegfried: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*. München 2009, S. 35.

3 Gabriele Clemens: *Britische Kulturpolitik in Deutschland: 1945-1949*. In: [Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft] HMRG-Beihefte, 24 (1997), S. 248ff.

Eine Weiterbeschäftigung des Personals aus der NS-Zeit durch britische Besatzung und Lokalpolitik traf auch für das Theater in Dortmund zu. Der Dortmunder Kulturdezernent schreibt dazu:

„Zur Frage der auf dem Kultursektor gepflegten Personalpolitik erklärte der Stadtrat, es liege im Wesen des echten Künstlers, unpolitisch zu denken und zu handeln. Es seien daher auch im Wesentlichen keine Maßnahmen zu einer Säuberung der Künstlerschaft notwendig geworden. Im Übrigen fördere die verständnisvolle Haltung der Militärregierung gerade den Künstlern gegenüber die kulturelle Aufbauarbeit wesentlich.“⁴

Es begann eine Zeit der gesellschaftlichen und kulturellen Restauration, kein wirklicher Neuanfang. Man versuchte, die Jahre des faschistischen Terrors und der Verarmung des gleichgeschalteten Theaters zu verdrängen und besann sich auf die humanitären Werte der Klassik. Die meisten Bühnen begannen mit Stücken von Goethe und Schiller. Diese und unverfängliche Lustspiele und Boulevardstücke wurden problemlos von den britischen Militärbehörden abgesegnet. Erst später erinnerte man sich an die in der NS-Zeit verbotenen Autoren und deren bereits vorher oder in der Emigration veröffentlichten Werke. Hinzu kamen ausländische Stücke, vor allem amerikanische und französische, für deren Übertragung ins Deutsche sich die Militärbehörden einsetzten.

Die Situation in Soest

Dass es sich in Soest um einen Wiederbeginn der Theaterszene handelte, wird aus der Wiederanknüpfung an die vorherigen Strukturen des Gastspieltheaters deutlich. Einen Neuanfang stellte die Gründung der „Kunstring-Bühne“ dar, von der später die Rede sein wird.

Was in den vier Nachkriegsjahren (1945-1949) in einer Provinzstadt wie Soest auf die Bühne gebracht worden ist, zeugt von einem starken Willen auf Seiten der Organisatoren, Theater gegen alle äußeren Widrigkeiten wieder anzubieten. Die Bevölkerung hatte nach dem Kriegserleben einen großen Nachholbedarf in Sachen Kunst und Kultur. Der Wunsch nach Abschalten von den alltäglichen Versorgungsproblemen war der Motor für jegliche Unterhaltungsprogramme.

Vom Kriegsende bis zur Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 fand in Soest die beachtliche Anzahl von 83 Bühnengastspielen statt, darunter 7 Opern, 12 Operetten, 1 musikalisches Singspiel und 55 Theaterstücke. Zusätzlich gab es acht Aufführungen der Soester Laienspielgruppe „Kunstring-Bühne“.

Die Theaterstücke teilen sich auf in 22 Dramen aus dem Repertoire der deutschen Klassik, sowie Shakespeare und Molière. Die übrigen Aufführungen, darunter viele Komödien, stammen aus der Zeit des späten 19. Jahrhunderts bis in die 1920er Jahre. Es wurden nur 5 moderne Stücke in den Kanon aufgenommen, die in den 1940er Jahren oder nach dem Krieg entstanden waren.

4 Der Dortmunder Kulturdezernent Dr. Kaiser in der von den britischen Behörden herausgegebenen Ruhrzeitung, zitiert nach: Mathias Bigge: Kulturpolitik im Ruhrgebiet. In: Rainer Bovermann u. a. (Hrsgg.): Das Ruhrgebiet. Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Essen 1996, S. 513.

Schnell entwickelte sich ein wachsendes Angebot von Wanderbühnen. In der Soester Chronik heißt es: „Zunächst die Freude am Langentbehrten, später der Wunsch nach Abwechslung und vor allem die Unmöglichkeit, sein Geld für andere Dinge auszugeben, waren die Ursache dafür, daß dies sogar ungesund ins Kraut schoß. Es kamen im Winter 1947/48 beispielsweise neun Bühnen nach Soest, die 34 Werke 97mal aufführten. Insgesamt wurden 48.310 Theaterbesucher gezählt. (1938 waren es zwölf Aufführungen mit 7.166 Besuchern!)“⁵

Theatergastspiele in Soest

Soest war in Ermangelung eines eigenen Theaterbetriebes immer eine Stadt der Gastspiele und Wanderbühnen gewesen.

Als sich nach dem Krieg die ersten Gastspieltheater wieder meldeten und ihre neuen Spielpläne anboten, entschieden sich die Verantwortlichen der Stadtverwaltung für eine Zusammenarbeit mit den Städtischen Bühnen Münster. Obwohl das Stadttheater in Münster zerstört war und auf Technik zunächst verzichtet werden musste, brachten die Verantwortlichen bereits in der ersten Spielzeit 1945/1946 dreizehn Stücke heraus. Die Städtischen Bühnen nahmen ihre Gastspieltätigkeit wieder auf, trotz der Engpässe in der Verkehrs- und Versorgungssituation. Sie waren aus der Vergangenheit bekannt als ein zuverlässiger und entgegenkommender Partner. Mit ihrem Intendanten Eugen Wallrath wurden die geplanten Aufführungen für die erste Hälfte des Jahres 1946 sehr kurzfristig anberaumt: „Was ihr wollt“ von Shakespeare im Januar, „Das Glas Wasser“ von Eugène Scribe im Februar, „Der Strom“ von Max Halbe im März, „Urfaust“ von Goethe im Mai und „Der Geisterzug“ von Arnold Ridley im Juni.

Fünf Theater-Aufführungen! Das schreibt und liest sich so einfach. Aber mit wie vielen Schwierigkeiten waren diese ersten Aufführungen verbunden!

Probleme für Gastbühnen in Soest

Als erstes musste jede Vorstellung von der Stadtkommandantur bzw. der ENSA⁶ in Düsseldorf genehmigt werden. Gab es eine Generallizenz wie bei dem Shakespeare-Stück, musste deren Nummer, das Datum und die ausstellende Person bei der hiesigen Behörde angegeben werden.

Schwierig war anfangs die Raumfrage. Das Burgtheater war 1939 eröffnet worden als Filmtheater der NSDAP bzw. der DAF⁷. Die Stadt hatte damit über einen vollwertigen Theaterraum verfügen können, der ihr 10 bis 12 Mal im Jahr für kulturelle Veranstaltungen zur Nutzung überlassen worden war.

5 Wolf-Herbert Deus (Bearb): Soester Chronik 1942 bis 1948 (Soester wiss. Beiträge, Bd. 4). Soest 1951, S. 175.

6 Entertainments National Services Association (Organisation zur Versorgung der britischen Streitkräfte mit Unterhaltungsprogrammen während des 2. Weltkriegs, 1939).

7 Deutsche Arbeitsfront.



Abb. 1: Das Burgtheater, Marktstraße 12, 1957

Im August 1945 hatte die ENSA das Burgtheater für die Nutzung durch die britischen Besatzungstruppen beschlagnahmt.

Die Lichtburg, ein seit 1930 privat betriebener Kinosaal in der Brüderstraße, verfügte über eine sehr kleine Bühne. Darauf konnte man nur schwer ein personenstarkes Stück mit Bühnenbildern und Requisiten unterbringen. Aber die englische Militärverwaltung ließ sich für die erste Theater-Aufführung nicht erweichen, das Burgtheater zur Verfügung zu stellen, nicht einmal für Shakespeares „Was ihr wollt“⁸. So fand die Aufführung in der Lichtburg statt⁹.

Das nächste große Problem war der Transport von Schauspielern und Requisiten von Münster nach Soest. Die Versorgungslage für Treibstoff war sehr angespannt. Die Hälfte der Benzinkosten wurde von der Stadt übernommen und der Gastspielbühne in Gutscheinen ausgehändigt.

Das Kulturpflegeamt schrieb an die Fahrbereitschaft beim Landrat, man benötige für eine Fahrt von Münster nach Soest 30 l Benzin für zwei LKWs, mit denen die Schauspieler mit Kulissen und Requisiten anreisen. Die Rückfahrt werde von der Fahrbereitschaft Münster übernommen. Es schloss sich die Bitte um Bewilligung von 30 l Benzin (kein Diesel) monatlich für die Aufführungen der Städtischen Bühnen Münster an¹⁰.

8 Alle im Text angegebenen Theaterstücke sind im Anhang vollständig aufgelistet.

9 StAS D 1049.

10 Ebd.

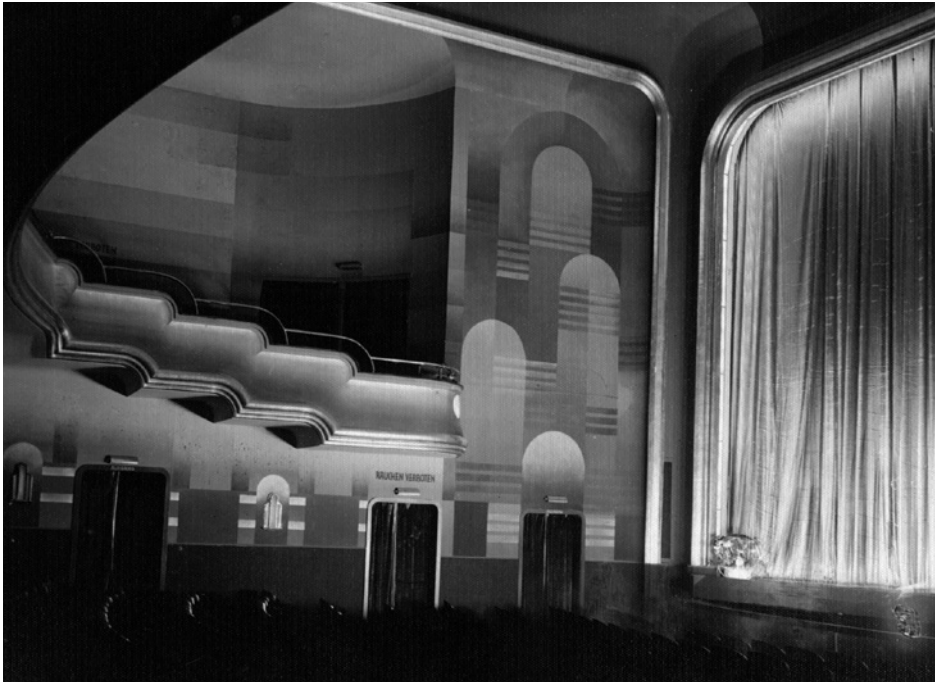


Abb. 2: Lichtburg, Innenaufnahme, Brüderstraße 1b, 1930er-Jahre.

Bei der Ernährungsstelle der Stadt beantragte man eine warme, markenfreie Mahlzeit für die Künstler und Mitarbeiter, die vom Gasthaus am Großen Teich angeliefert wurde. Zur Versorgung der Schauspieler erhob die Gastspielbühne Münster eine Abgabe von 0,05 RM pro Eintrittskarte.

Die ersten Aufführungen in der Lichtburg, die über 630 Sitzplätze verfügte, erfreuten sich einer überaus großen Nachfrage. Um diesem Ansturm zu begegnen und jedem Besucher eine Chance für ein Theatererlebnis zu geben, wurden Eintrittskarten nur nach Vorlage der Haushaltsausweise abgegeben: pro Haushalt zwei Karten, solange der Vorrat reichte. Wer nicht berücksichtigt werden konnte, erhielt bei der nächsten Vorstellung Karten¹¹.

Die Polizeiverwaltung wurde für den „Urfaust“ im Mai um einen Beamten für nachmittags und zwei für die Abendvorstellung gebeten, um Ruhe und Ordnung beim Kampf um Karten und Plätze zu gewährleisten. Für die Nachmittagsaufführung waren die Schulen angesprochen worden. Frau Dr. Wolke bestellte für das Neusprachliche Mädchengymnasium 130 Karten, Herr Dr. Kuhlmann für das Archigymnasium 56 à 3 RM, die Berufs- und Berufsfachschule 40 Karten à 4 RM.

Im Vorfeld dieser Aufführung ging eine Anfrage der Städtischen Bühnen Münster im Verkehrspflegeamt ein, mit der Bitte um Briefbögen und Umschläge, Schreibmaschinen- und Durchschlagpapier und Stenogrammblocke, da die Verhältnisse in

11 Ebd.

Münster so schlecht seien. In Soest sah es nicht anders aus, deshalb konnte man der Bitte nicht nachkommen.

Bei der Aufführung der Kriminalkomödie „Der Geisterzug“ im Juni 1946 war der Reinerlös der „Notgemeinschaft Soest baut auf“ zugedacht. Nur Mitglieder der Notgemeinschaft wurden unter Vorlage ihrer Mitgliedskarte zugelassen¹².

An dieser Stelle soll eine Aufforderung an alle Theaterfreunde erwähnt werden, die am 14.11.1946 auf der Rückseite des Programms der Komödie „Straatenmusik“ abgedruckt war. Es handelte sich um die Bitte, den Schauspielern durch eine kleine Zuwendung in Form von ein paar Zigaretten (oder auch nur einer), etwas Tee oder sonst etwas Essbarem Anerkennung zu zollen für ihre überaus anstrengende Arbeit bei der schlechten Ernährungslage. Die Gaben sollten am Tag der Aufführung beim Verkehrsamt oder an der Theatergarderobe abgegeben werden¹³.

Die anfänglichen Schwierigkeiten, die sich einem reibungslosen Ablauf von Theatergastspielen in dieser ersten Nachkriegssaison entgegenstellten, wurden in den nachfolgenden Spielzeiten zur Routine oder entfielen später gänzlich. Die Gängelung durch die Militärverwaltung wich einer schrittweisen Übergabe von Verantwortung an die Deutschen und wurde formal mit der Gründung der Bundesrepublik abgeschlossen.

Ab der Winterspielzeit 1946/47 hatte man die feste Abnahme von 6 Gastspielen pro Saison mit den Städtischen Bühnen Münster vereinbart. Bei der Auswahl der Stücke gab es im Vorfeld ein gewisses Mitspracherecht.

Außerdem führte man Vormieten für die verschiedenen Veranstaltungen ein: für Konzerte, Musiktheater und Theaterveranstaltungen, um den Besucherstrom zu lenken und einschätzbar zu machen.

In diesem ersten Jahr nach Kriegsende landeten viele Anfragen von deutschen Wanderbühnen auf dem Schreibtisch des Kulturpflegeamtes, die zum großen Teil abschlägig beschieden werden mussten wegen der bestehenden Zusammenarbeit mit den Städtischen Bühnen Münster. Unter anderem fragten an das Westfälische Landestheater (Paderborn, Dezember 1945), Theaterring Westfalen (Wiedenbrück), Neues Operettentheater (Bielefeld), Volkstheater Schlesien-Breslau (Warburg), Niederdeutsche Bühne am Theater der Stadt Münster, Norddeutsches Volkstheater (Münster), Schleswig-Holsteinische Schaubühne (Kiel), Niedersachsenbühne (Goslar), Norddeutsche Opernbühne, Europäisches Dramatisches Theater (Steinfeld/Oldenburg), Marionettentheater Leonhart Ivo (Dortmund).

Dennoch brachten in der zweiten Spielzeit 1946/47 insgesamt neun Gastspielbühnen ihre Stücke auf Soester Bühnen.

Das Westfälische Landestheater

Im November 1946 meldete sich das Westfälische Landestheater aus Bochum wieder. Mit diesem Gastspieltheater, ursprünglich in Paderborn beheimatet, waren im Juli 1944 Aufführungen für Januar, März und Mai 1945 vereinbart worden. Im Sep-

¹² StAS D 1059.

¹³ Ebd.

tember 1944 wurde es jedoch durch allgemeine Schließung der Theater aufgelöst, die Mitglieder eingezogen oder dem Arbeitsamt zugestellt.

Ein loser Zettel als Aufruf an die Theaterbesucher und die Soester Bevölkerung lag dem Programm für „Straotenmusik“ am 14.11.1946 bei¹⁴. Darin wurde dafür geworben, für die Künstler des Westfälischen Landestheaters ca. 20 möblierte Zimmer sowie eine Probebühne, Werkstatt und Abstellraum für die Kulissen zur Verfügung zu stellen, damit das Theaterensemble seinen Sitz nach Soest verlegen könne. Hintergrund dieses Aufrufs war, dass der gebürtige Soester Erwin Beudel als Intendant eingesetzt worden war. Er hatte ein Interesse daran, den Sitz des Theaters nach Soest zu verlegen. Falls der Stadt die Unterbringung des Theaters gelänge, bot er an, den Erlös einer Aufführung monatlich für die „Notgemeinschaft Soest baut auf“ zur Verfügung zu stellen.

Verhandlungen darüber führten Landrat Dr. Hubertus Schwartz, Stadtdirektor Franz Becker und das Kulturpflegeamt. Das Projekt scheiterte daran, dass an Wohnraumbeschaffung für die Künstler nicht zu denken war. Die Wohnungssituation war nach wie vor äußerst angespannt, es mussten 170 Wohnungen für die Angehörigen der belgischen Unteroffiziere beschafft werden und in den Kasernen waren die Flüchtlinge untergebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 29.11.1946 auf Antrag der CDU, die Unterbringung des Westfälischen Landestheaters in Soest wegen der katastrophalen Wohnungslage zu verhindern. Außerdem sollten Maßnahmen getroffen werden, um zu unterbinden, „dass von der Verwaltung ohne Anhörung des Stadtverordneten-Kollegiums oder des zuständigen Ausschusses Beschlüsse mit der gegebenen Tragweite gefasst werden.“¹⁵

So berichtete die Westfalenpost am 26.11.1946, dass das Westfälische Landestheater seinen Sitz nach Castrop-Rauxel verlegte. Es hatte sich dort inzwischen als eingetragener Verein etabliert.

Im Dezember 1946 wurde der Stadtverwaltung Soest seitens des Westfälischen Landestheaters das Amt eines ordentlichen Mitglieds des Verwaltungsrates angetragen. In der Zusage wurde Stadtspektor Klaus Hilse als Vertreter der Stadt Soest benannt. In diesem Gremium, dessen Sitzungen von Klaus Hilse regelmäßig wahrgenommen wurden, saßen die Vertreter vieler kleiner Städte, die auf Gastspieltheater angewiesen waren. Hier hatten sie die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen auf alle Schritte, selbst auf die Programmgestaltung. Allerdings waren sie auch verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Aufführungen pro Saison abzunehmen.

Am 1.7.1947 bescheinigte das Kultusministerium von NRW: „Das Westfälische Landestheater e.V. ist eine Vereinigung von Provinz, Landkreisen und Gemeinden zum Zwecke der Unterhaltung einer Bühne für theaterlose Gemeinden. Das Unternehmen wird bezuschusst. Da es gemeinnützigen Zwecken dient, ist es von der Vergnügungssteuer zu befreien. Der Kultusminister“.¹⁶

14 Ebd.

15 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 29.11.1946, StAS D 1063.

16 Bescheinigung des Kultusministers von NRW vom 1.7.1947, ebd.

Für die Wintersaison 1947/48 fasste die Stadt Soest drei Stücke ins Visier, doch es wurden nur zwei aufgeführt: am 18.9.1947 „Ein Inspektor kommt“ von John B. Priestley und am 23.4.1948 „Iphigenie auf Tauris“ von Goethe.

In einem Schreiben des Kulturpflegeamtes ist die Erklärung für diese restriktive Haltung zu finden. Man könne eine Verpflichtung zur Abnahme einer bestimmten Anzahl von Aufführungen zur Zeit nicht erfüllen, weil nur für acht Gastspiele im Jahr die Lichtburg zur Verfügung stehe und diese an die Städtischen Bühnen Münster bereits vergeben seien. Aber zu Beginn des Jahres 1948 werde ein zusätzliches Haus mit einer kleinen Bühne zu bespielen sein¹⁷.

Noch vor Ende des Jahres 1947 hatte Erwin Beudel sich als Intendant verabschiedet. Sein Nachfolger, Erich Paul, der im Sommer 1948 begann, plante das Westfälische Landestheater nach Lippstadt zu verlegen. Dort gab es das private Unternehmen „Neues Theater Lippstadt“, das zu diesem Zeitpunkt hoch verschuldet war. Deshalb drohte ihm der Entzug der Lizenz durch das Kultusministerium.

In der Verwaltungsratssitzung des Westfälischen Landestheaters vom 8.6.1948 in Lippstadt wurde beschlossen, einen Beitrag von 100 RM von den ordentlichen Mitgliedern zu verlangen und, gestaffelt nach Einwohnerzahl, sollten eine bis drei Aufführungen pro Spielzeit abgenommen werden. Die Mitglieder wurden aufgefordert, dem Westfälischen Landestheater den Vorrang vor privaten Theatern einzuräumen¹⁸.

Klaus Hilse

Spätestens an dieser Stelle muss der Verantwortliche für Kultur und Theater in Soest sowohl vor als auch im Krieg, wie auch in der Nachkriegszeit vorgestellt werden: Karl, genannt Klaus Hilse (1898-1983).

Er leitete das im Jahr 1929 gegründete Städtische Verkehrsamt und war damit einerseits zuständig für Fremdenverkehrswerbung, andererseits „die organisatorische Zentrale des Soester Kulturlebens“¹⁹. Erst 1937 trat er in die NSDAP ein. Aus dem Verkehrsamt wurde unter behördlicher Regie Ende der dreißiger Jahre das Verkehrs- und Kulturpflegeamt, das nur dem Bürgermeister unterstellt war.

In den Kriegsjahren hatte Klaus Hilse das Amt des Standesbeamten auszuführen, was ihn nach Kriegsende schnell wieder einen Arbeitsplatz finden ließ. Das Standesamt war ausgebombt, aber ein Standesbeamter musste sofort wieder her. Die Entnazifizierung ging entsprechend schnell vonstatten.

Nach der ersten Stadtratswahl 1946 begann die selbständige Arbeit der Stadtverwaltung und der Ausschüsse. Zusammen mit dem Kulturausschuss war nun das Verkehrs- und Kulturpflegeamt mit der Planung und Förderung der Kulturarbeit betraut.

Klaus Hilse hatte viele Beziehungen zu Bühnen und Theaterleuten durch seinen jahrelangen Umgang und seine Erfahrungen mit ihnen. Er schreibt: „Das Theater-völkchen selbst, das uns monatlich bespielte, war jeweils vor oder nach den Vorstellungen Gast in unserem Hause.“²⁰

17 Ebd.

18 Ebd.

19 Gerhard Köhn: Soest in alten Bildern. Bd. 4: 1919–1939, Teil II, Soest 2006, S. 573.

20 Klaus Hilse: Und wenn es hochkommt, sind es 80 Jahre. [Typoskript] Kap. Freundeskreis. Soest



Abb. 3: Klaus Hilse.

Alle Fäden der kulturellen Vereinigungen und Ereignisse, die sich nach dem Krieg in Soest abspielten, hielt Klaus Hilse in seinen Händen. Er war es, der die Städtischen Bühnen Münster wieder für regelmäßige Gastspiele gewann. Er verfolgte die schwierige Entwicklung des Westfälischen Landestheaters als Verwaltungsratsmitglied.

Darüber schreibt er in seinen Erinnerungen: „Ich fuhr gerne zu diesen Sitzungen. Castrop-Rauxel hatte Kohlen und wer diese hatte, konnte alles tauschen. So gab es während der kritischen Verhandlungen ein Könnchen Kaffee, damals eine fürstliche Gabe. Danach noch ein Mittagessen mit Zigarre. Es lässt sich denken, dass die Einladungen von Landesrat Paasch immer sehnlichst erwartet wurden.“²¹

Seine besondere Liebe unter den Künsten galt dem Theater, für das er

sich in der Nachkriegszeit besonders einsetzte. In der Spielzeit 1946/47 fanden Gastspiele von acht Bühnen statt, außer den sechs mit den Städtischen Bühnen Münster vereinbarten Aufführungen. Darunter waren die ersten acht Musikwerke: zwei Opern, fünf Operetten und ein musikalisches Lustspiel.

Drei klassische Theaterstücke konnten im Burgtheater auf die Bühne gebracht werden, Lessings „Emilia Galotti“, „Der Geizige“ von Molière und „Jedermann“ von Hofmannsthal, sowie zwei Opern: Verdis „La Traviata“ und „La Bohème“ von Puccini.

Seit Ende 1946 war die belgische Besatzung in Soest stationiert und das Burgtheater konnte vom Welfare Officer der belgischen Besatzungsbehörde zur Benutzung freigegeben werden.

Nach der Tagung des Verwaltungsrats des Westfälischen Landestheaters in Lippstadt am 8.6.1948 fasste Klaus Hilse die Ergebnisse zusammen: „Die Tagung bewies, dass Aussprache über das Theater notwendig ist. Vor allem müssen die verantwortlichen Verwaltungen sich Klarheit verschaffen, denn sie müssen das Theater führen, aber das Theater darf es nicht merken.“²²

Die Begeisterung für das Theater, erinnert sich Klaus Hilse später, kann nur verstehen, „wer die Zeit vor der Währungsreform miterlebt hat. Nur dann kann man

1977/78, StAS D Hs 3.

21 Ebd., Kap. Leben und Arbeit in Soest.

22 Klaus Hilse: Theaterfreudiges Westfalen, StAS D 1063.



Abb. 4: Szenenbild mit Julius Neuhaus als Dr. Erich Stiebel in „Flitterwochen“



Abb. 5: Aldegrevverhaus, (später Filmbühne), am Krummel

ahnen, unter wie schwierigen Verhältnissen aber auch mit welcher Freude wir damals das kulturelle, das Leben überhaupt wieder aufgebaut haben.“²³

Julius Neuhaus und die Kunstring-Bühne

Neben den städtischen Bemühungen für ein abwechslungsreiches Theaterprogramm gab es in Soest im Jahr 1946 einen kleinen Kreis von Kunstbegeisterten, die an Plänen für ein eigenes Theater in Form einer Laienspielgruppe arbeiteten.

Führender Kopf dieser Bewegung und als ausgebildeter Schauspieler und Regisseur mit Erfahrung auch der Fachmann für Theaterfragen war Julius Neuhaus (1909-1997). Er hatte nach dem Krieg seinen Beruf aufgeben müssen, um anstelle seines gefallenen Bruders das Baugeschäft des Vaters in Soest zu übernehmen.

Am 2.12.1946 trug er dem Kulturausschuss seine Vorstellungen über eine zu gründende Laienspielgruppe vor. Er nahm sich den Städtischen Musikverein als Vorbild für den öffentlich-rechtlichen Aufbau. Die technischen Voraussetzungen erschienen ihm erfüllbar in der Wiederherstellung des evangelischen Vereinshauses „Aldegrevverhaus“ (später Filmbühne), am Krummel. Es böte Platz für 550 bis 600 Zuschauer. Doch der Kulturausschuss lehnte eine finanzielle Belas-

23 Hilse (wie Anm. 20).

tung der Stadt durch Gründung einer Laienspielgruppe ab. Erst nach einer konkreten Kostenaufstellung könne beschlossen werden, ob die Gruppe ein auf privater Ebene arbeitender Verein sein und welche Unterstützung die Stadt leisten könne. Außerdem sei die politische Vergangenheit der Beteiligten zu prüfen²⁴. Mit großem persönlichen Engagement betrieb Julius Neuhaus die Wiederherstellung des bombenbeschädigten Aldegrevenhauses. Lizenzträger für die erste Aufführung sollte der „Kunstring“ (Vereinigung bildender Künstler in Soest) sein, der diesem Wunsch bei der Vorstandssitzung im Februar 1947 zustimmte.

Im Juni 1947 stellte die Laienspielgruppe des Soester Kunstrings den ersten Spielplan mit vier Stücken vor.

Julius Neuhaus war in seinem Element. Er verstand es zu organisieren und mitzureißen. In einem Referat vor dem Kulturausschuss vom Januar 1947 heißt es: „Wir schaffen uns damit etwas Eigenes und machen uns notfalls unabhängig von den sehr teuren und, wie sich erweisen wird, währungsabhängigen Gastspielen auswärtiger Bühnen.“²⁵

Die „Kunstring-Bühne“ im Aldegrevnhaus wurde im Herbst 1947 gegründet und gab sich im Juni 1948 eine Ordnung, die bis zur Aufstellung einer endgültigen Satzung Geltung hatte. Zweck war die Pflege des guten Laienspiels unter fachmännischer Leitung. Die Bühne hatte sich zwar zunächst dem Kunstring angeschlossen, war aber künstlerisch und wirtschaftlich selbständig. Man beabsichtigte später einen eingetragenen Verein zu gründen. Bis dahin wurde sie von einem durch die Mitgliederversammlung gewählten Ausschuss organisatorisch und verwaltungsmäßig geführt. Dieser Ausschuss hatte die Einnahmen und Ausgaben zu beschließen. Künstlerischer Leiter war Julius Neuhaus. Er und Klaus Hilse als Leiter des Verkehrs- und Kulturpflegeamts gehörten dem Ausschuss an²⁶.

Im September 1948 schließlich wurde die Satzung des inzwischen eingetragenen Vereins Kunstring-Bühne Soest e.V. in der Mitgliederversammlung genehmigt. Dem Vorstand gehörten Walter Klemann als Vorsitzender, Karl-Heinz Beyerling, Julius Neuhaus als Spielleiter, Klaus Hilse als Geschäftsführer und drei Laienspieler an²⁷.

Die erste Aufführung fand bei der feierlichen Eröffnung des Aldegrevenhauses statt. Es war Julius Neuhaus gelungen, sowohl Bühnenfachkräfte als auch besonders begabte Laien zu gewinnen, so dass das Niveau der Aufführung über dem für Laienspielgruppen Üblichen lag. Gespielt wurde „Lilofee“ von Manfred Hausmann, ein sagenhafter Stoff um die Liebe, den der Autor an das Ufer der Weser zwischen Bremen und Brake verlegt. Das Stück erlebte acht Aufführungen mit über 3.000 Besuchern²⁸. Es war ein großer Erfolg für die Laienspieler und für den Spielleiter, Julius Neuhaus.

Bei einer Sitzung des Kulturausschusses im Januar 1948 formulierte Julius Neuhaus Wünsche und Forderungen: unter anderem eine bessere Straßenbeleuchtung,

24 StAS D 1060.

25 Ebd., Julius Neuhaus: Referat vom 24.1.1947.

26 StAS D 1060.

27 Geschäftsbericht der Kunstring-Bühne Soest für 1948/49. In: Nachlass Julius Neuhaus, StAS P 117.21.

28 StAS D 1056.

zwei Waschbecken und ein Klosetttopf für die Künstlergarderoben, Notbeleuchtung, Vertiefung der Bühne im Aldegrevorhaus. Über die Probleme bei der Suche nach passender zeitgenössischer Literatur für die Laienspielgruppe äußerte er sich bei derselben Gelegenheit: „Wir können uns also beim besten Willen nicht nur einen literarisch wertvollen Spielplan und nicht nur eine vergeistigt akademische Spielführung und Spieldeutung gestatten, sondern brauchen das freie Wechselspiel der geistigen und komödiantischen Kräfte wie das tägliche Brot. Den höchst problematischen Erzeugnissen der jüngsten Dramatik stehen wir weiter abwartend gegenüber, bis das wirklich gute Theaterstück erscheint, das wir besetzen können und das sich mit den Problemen unserer bösen Zeit im klärenden und positiven Sinn auseinandersetzt und uns nicht noch tiefer in Pessimismus und Nihilismus versinken lässt.“²⁹

Natürlich hatte es die Kunstring-Bühne schwer, sich zu behaupten und finanziell durchzuschlagen. Im Februar 1948 wandte sich Neuhaus an Frau Schmidt (Zigarrenfabrikation) mit der Bitte um 20 Zigarren, da in der Aufführung „Ein ganzer Kerl“ jeweils zwei Zigarren benötigt wurden, die im freien Handel nicht zu haben seien³⁰. Im Februar rief die Kunstring-Bühne über die Westfalenpost die Soester Theaterfreunde dazu auf: Wer eventuell ein Textbuch von „Maria Magdalena“ von Hebbel als Reclam-Heft besitze, möge es für die nächste Inszenierung zur Verfügung stellen³¹. Im Mai 1948 erging eine Bitte ans Kreiswirtschaftsamt um „etwas Bohnenkaffee zur Erhaltung der Spielfähigkeit“ und um Bewilligung zusätzlicher Nahrungs- und Genussmittel.

Das Amt antwortete: „Ich habe Ihnen bei Edeka 0,250 kg Bohnenkaffee [...] zur Verfügung gestellt. Andere Zuteilungen sind erst möglich, wenn das Landesernährungsamt in Düsseldorf die berechtigten Wünsche der Künstler in Form von Sonderzuteilungen genehmigt.“³²

Als Soester Theatergruppe hatte die Kunstring-Bühne den Vorteil, dass sie auf Ereignisse der Stadt reagieren, das heißt im Vorfeld Stücke einüben konnte, die zu diesen Anlässen passten. Im Februar 1948 brachte sie das Stück „Ein ganzer Kerl“ heraus, eine Komödie von Fritz Peter Buch. Die Westfalenpost berichtete von elf Aufführungen und 5.500 Besuchern. Also wieder ein großer Erfolg!

Bei einer Abendaufführung wurde der Erlös von 1.000 RM für den Wiederaufbau der Soester Kirchen gespendet, je zur Hälfte an die Vereinigung „Rettet unsere Kirchen“ und an die „Freunde des Patrokli-Doms“³³.

Im Rahmen der „Christlichen Kulturwoche“, die anlässlich der Wiedereröffnung des Patrokli-Doms und der Petrikirche im Mai 1948 stattfand, brachte die Kunstring-Bühne zwei Stücke auf die Bühne im Aldegrevorhaus: „Im Zeichen des Jona“ von Günter Rutenborn und „Monsignores große Stunde“ von Emmet Lavery. Beide Stücke befassten sich mit Fragen der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit in Verbindung mit dem Glauben. Die Westfalenpost lobte den Mut, ein ka-

29 Julius Neuhaus: Referat vom 5.1.1948, StAS D 1060.

30 Brief von Julius Neuhaus vom 10.2.1948, ebd.

31 WP vom 27.4.1948, ebd.

32 Brief des Kreiswirtschaftsamts vom 7.5.1948, ebd.

33 WP vom 9.3.1948, ebd.

tholisches und ein protestantisches Stück nebeneinanderzustellen und damit zum Nachdenken und zur Diskussion anzuregen³⁴. Es gab fünf Aufführungen.

Im Juni 1948 wurde auf einer Mitgliederversammlung Beschwerde geführt, dass das Angebot von Theater-Aufführungen im letzten Winterhalbjahr von zum Teil

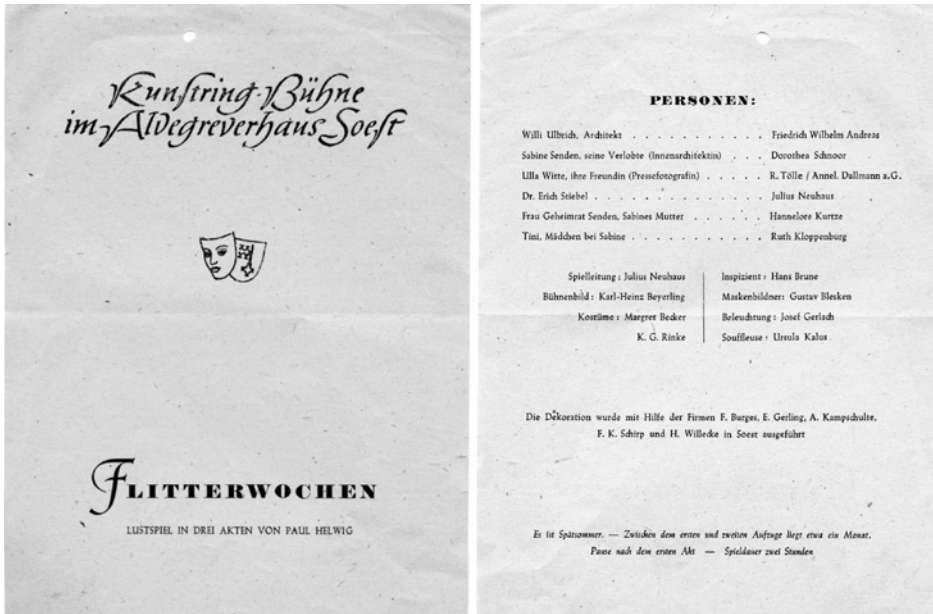


Abb. 6: Programm der Kunstring-Bühne, Vorder- und Rückseite. Aus dem Nachlass von J. Neuhaus

minderer Qualität überhand genommen habe. Die Kunstring-Bühne wollte über die Verwaltung des Aldegrevorhauses Einfluss nehmen auf die Aufführungen von Gastspielen in diesem Haus. Sie verpflichtete sich andererseits selbst, nur diese Bühne zu bespielen³⁵.

Auch bei der Kunstring-Bühne fanden Überlegungen statt, ein eigenes Theater-Abonnement für mehrere Aufführungen anzubieten. Sie wurden dann aber in die städtischen Vormieten integriert.

In der Soester Chronik wird festgehalten: „Im Winter 1948/49 wurde von der Verpflichtung auswärtiger Bühnen in größerem Umfang abgesehen. Stattdessen spielte die Kunstring-Bühne, die sich rasch durchgesetzt hatte, unter der Leitung von Julius Neuhaus.“³⁶

Von Juli bis September 1948 wurde das Lustspiel „Flitterwochen“ von Paul Hellwig fünfmal aufgeführt. Es folgte im September das erste klassische Stück „Kabale und Liebe“ von Friedrich von Schiller. Im Februar 1949 gab es wieder eine Komödie: „Versprech mir nichts“ von Charlotte Rissmann mit fünf Aufführungen. Im

34 WP vom 25.5.1948, ebd.

35 Protokoll der Mitgliederversammlung der Kunstring-Bühne vom 10.6.1948, ebd.

36 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1948-1954. (Soester wiss. Beiträge 12), Soest 1957, S. 175.



Abb. 7: Szenenbild von „Schneider Wibbel“. Foto aus dem Nachlass von J. Neuhaus

April inszenierte die Kunstring-Bühne „Der Tor und der Tod“ von Hugo von Hofmannsthal und „Das Stundenglas“ von William B. Yeats als Studio-Aufführungen.

Der Westfälische Kurier bescheinigte „gutes, erfreuliches Theater mit erkennbaren Bemühungen um ein gesundes Niveau“, kritisierte aber, warum sich die Kunstring-Bühne von der Produktion gleich wieder distanzieren durch die Bezeichnung: Studio-Aufführung. „Diese Distanzierung wäre nicht unbedingt nötig gewesen. Irgendwie befinden wir uns alle im Studio, Bühne und Parkett.“³⁷

Das letzte Stück vor Gründung der Bundesrepublik wurde im Mai 1949 gespielt: „Schneider Wibbel“ von und mit Hans Müller-Schlösser. Es war ein durchschlagender und zugleich der letzte große Erfolg der Kunstring-Bühne. Die Presse war einmütig voll des Lobes.

Der Geschäftsbericht der Kunstring-Bühne im Juli 1949 machte durch klare Zahlen deutlich, dass die Begeisterung der Bevölkerung für Kultur und Theater nach der Währungsreform spürbar nachließ.

Im ersten Spieljahr 1947/48 brachte die Kunstring-Bühne drei Inszenierungen mit 27 Aufführungen heraus, die von 10.197 Theaterfreunden besucht wurden. Im zweiten Spieljahr 1948/49 waren es vier Inszenierungen mit 28 Aufführungen und 5.830 Besuchern³⁸.

Der Geschäftsführer Klaus Hilse beschreibt die Situation so: „Es war für die junge Kunstring-Bühne außerordentlich schwierig, die Krise, die nach der Währungsre-

37 Neuer Westfälischer Kurier vom 20.4.1948, StAS D 1061.

38 Hilse (wie Anm. 21).

form für alle kulturellen Organisationen eintrat, zu überstehen. Schon die vorstehend erwähnten Besuchsziffern zeigen gegenüber dem Vorjahre einen außerordentlichen Rückgang. Ohne die Einbeziehung der Aufführungen der Kunstring-Bühne in die städtische Vormiete wäre es unmöglich gewesen, die Inszenierungen finanziell zu sichern. Ohnehin hat die Kunstring-Bühne monatelang ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können.

Nur dem Zuschuss von 840 DM aus dem Künstler- und Presseball und den erfolgreichen Aufführungen des Lustspiels ‚Schneider Wibbel‘ aus Anlass der Handwerkerwoche ist das einigermaßen günstige Kassenergebnis zu danken.“³⁹

Rezeption in der Bevölkerung

Die Bemühungen um ausgewogene Theateraufführungen in Soest sowohl von städtischer als auch von privater Seite waren in den ersten Nachkriegsjahren erfolgreich. Das machen die Besucherzahlen deutlich, die in der Soester Chronik für die Spielzeit 1947/48 festgehalten wurden. Die Zahlen, die von der Kunstring-Bühne für dieselbe und die darauf folgende Spielzeit angegeben werden, sprechen die gleiche Sprache.

Andererseits zeigte es sich, dass nach der Währungsreform deutlich weniger Geld für Kultur und Theater ausgegeben wurde. Im Programm eines Theaterstückes des Westfälischen Landestheaters im August 1948 waren sorgenvolle Gedanken über die Existenzberechtigung der neu gegründeten kleinen Theater zu lesen. Nun erst, da sich die wahre Not und Armut des Volkes zeige, müsse sich der Theaterbesucher fragen, was ihm Theater wirklich wert sei und dafür finanzielle Opfer bringen. Die Bühnen könnten nur mit großem Idealismus bei sehr hoher Qualität weiter existieren⁴⁰.

Kritiken in der Presse

Das kulturelle Leben in Soest wurde durch die kommunale Presse regelmäßig begleitet. Einzige Zeitung in Soest war zunächst die Westfalenpost⁴¹, die als erste neu gegründete Tageszeitung in Soest, Theater- und Konzertkritiken veröffentlichte. Daneben gab es die regionalen Zeitungen, die Westfälische Rundschau und den Neuen Westfälischen Kurier, die sich aber nur sporadisch mit Theater-Besprechungen meldeten. Der Soester Anzeiger wurde erst im Dezember 1949 wieder aufgelegt.

Von Anfang an gehen die diversen Kritiker der WP nicht zimperlich mit den Bühnen und den Schauspielern um, die sich nach dem Neubeginn gerade erst zusammengefunden haben. Es wird zwar anfangs oft das ausverkaufte Haus erwähnt, das auf ein ausgehungertes Publikum zurückzuführen sei. Aber man lässt keine Beschönigungen und Entschuldigungen zu, sondern übt eine manchmal verdeckte, manchmal harsche Kritik an den Inszenierungen oder den Schauspielern. Häufiger wird moniert, dass Komödien zu sehr in seichte Unterhaltung ausarten. Bei einem

39 Bericht des Geschäftsführers Klaus Hilse vom 5.7.1949, StAS D 1060.

40 Vgl. Programm vom 14.8.1948 „Sophienlund“ von H. Weiss und F. Woedtko, Westf. Landestheater, StAS D 1059.

41 Im Folgenden WP. Vgl. auch den Beitrag von Martin Huckebrink in diesem Band.

Gastspiel des Schauspielhauses Braunschweig mit dem Lustspiel „Die unnahbare Frau“ fährt die WP schweres Geschütz auf: „Gegen die Veranstaltung solcher Aufführungen wie hier, [...] müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden, denn das hat mit Kunst aber auch nichts mehr zu tun. [...] Auf solches Theater möchten wir in Zukunft verzichten.“⁴²

Bei einer Aufführung von „Der eingebildete Kranke“ durch die Städtischen Bühnen Münster kritisiert die WP nicht nur die Inszenierung, sondern auch das Publikum. Sie führt aus, „dass eine solche, auf den Lacherfolg angelegte Inszenierung zwar das auf jede Derbheit und Knalligkeit automatisch erfolgende Echo eines leider sowieso zu leicht an aller Oberfläche (und Oberflächlichkeit) haften bleibenden Publikums fand, dafür aber die psychologischen Feinheiten [...] völlig erstickt wurden. [...] So blieb von Molière nichts.“⁴³

Nach einer begeisterten Besprechung des „Pygmalion“ von George Bernard Shaw, wieder von den Städtischen Bühnen Münster aufgeführt, zeigt der Kritiker für die Reaktion des Publikums kein Verständnis. „Der Beifall war außerordentlich zurückhaltend. Es steht zu befürchten, daß mancher mit diesem Shaw nicht zurechtkam. Was aber nichts gegen Shaw besagt.“⁴⁴

Schillers „Die Räuber“, empfindet der Kritiker als unzeitgemäß. „Gedanken und Ideen, die damals die Menschheit aufzurütteln vermochten, locken uns heute höchstens ein etwas wehmütig-belustigtes Lächeln ab. Jedenfalls warteten wir vergeblich auf den Funken, der von der Bühne auf die Zuschauenden überspringen sollte.“ Am Ende fragt er, „ob dieses Drama nicht heute mehr oder weniger nur eine Angelegenheit der Philologen ist.“⁴⁵

Das Stück von Gerhart Hauptmann „Der Biberpelz“ wird als „nicht übler Unterhaltungsabend, aber ohne nachhaltige Wirkung“ beschrieben, „der nicht alle Motten aus dem Biberpelz herauszuklopfen verstand“⁴⁶.

Um die Regie geht es dem Kritiker bei der Inszenierung von „Maria Stuart“ im Oktober 1947: „Man spricht so viel von einer Krise des Theaters, des Schauspiels – ist es nicht eher eine solche der Regie? Wo sind die Spielleiter, die eine Klassikinszenierung wieder stilgerecht arrangieren können?“⁴⁷

Das durch die Nazizeit verbotene Stück „Nathan der Weise“ wird hingegen als voller Erfolg bezeichnet, das die Lichtburg für zwei Aufführungen komplett gefüllt habe. Es sei stimmig in Regie und schauspielerischer Leistung. Auch „Der Geizige“ von Molière wird hoch gelobt: „Das ausverkaufte Haus dankte für einen in Soest lange nicht mehr erlebten Theatergenuss.“⁴⁸

In ihrem Resümee nach der ersten mit abwechslungsreichem Programm ausgestatteten Wintersaison 1946/47 schreibt die WP, dass die Städtischen Bühnen Münster hauptsächlich klassische Stücke aufgeführt haben. Die Gegenwartsdichtung hinge-

42 WP vom 21.10.1946.

43 WP vom 13.1.1948.

44 WP vom 11.11.1947.

45 WP vom 29.10.1946.

46 WP vom 16.1.1948.

47 WP vom 14.10.1947.

48 WP vom 11.3.1947.

gen fehle völlig. Hier müsse eine Lücke geschlossen werden. Die Soester Theaterfreunde wollten sich den Anforderungen moderner Dramatik keinesfalls entziehen⁴⁹.

Das erste Gastspiel des Westfälischen Landestheaters entsprach diesem Wunsch nach Gegenwartsdramatik: „Ein Inspektor kommt“ von John B. Priestley aus dem Jahr 1946. Anlässlich der Aufführung in Werl bemerkt die WP: „Eigentlich müsste dieses Stück, sehr klar und einfach und ohne Problematik geschrieben, [...] nach der brutalen Demaskierung der Menschen, die wir erlebt haben, eine erhebliche Wirkung auf die Zuschauer ausüben.“ Dass dies nicht zutraf, habe einerseits an den Plakaten gelegen, die falsche Vorstellungen hervorgerufen hätten. „Die Hauptursache jedoch ist in der inneren Haltung des verehrlichen Publikums selbst zu suchen, das [...] gleich wieder in den alten Trott zurück verfällt, da die Gefahr vorüber zu sein scheint.“ Oben auf der Bühne wird nicht begriffen, dass alle füreinander verantwortlich sind. Und „so ist auch drunten im Parkett der ‚Volksgemeinschaft‘ die Zahl derer verschwindend gering, die sich tatsächlich für die Gemeinschaft verantwortlich fühlen.“⁵⁰ Leider geht aus der Kritik nicht hervor, welche Reaktionen von Seiten des Publikums den Schreiber veranlassten, mit ihm so hart ins Gericht zu gehen.

Das Schauspielhaus Hamm gastierte im März 1949 mit Borcherts „Draußen vor der Tür“. Der Kritiker ist voll des Lobes, sowohl von dem Stück: „Sein Drama hat den Stil mittelalterlicher Holzschnitte, eine sparsame Bilderfolge von großer Einfachheit und Anschaulichkeit“, als auch von der eigenwilligen Sprache: „Borcherts Sprache ist sehr realistisch, voll von dunkler Bitterkeit und harter, scharf zupackender Charakterzeichnung. [...] Seine Sprache drängt nicht nur die Situation der Begegnung zu einer dramatischen Szene von unvergesslicher Eindringlichkeit zusammen, sondern stellt auch vergangene Geschehnisse in ihrem dramatischen Ablauf anschaulich hin.“⁵¹ Der Regie sei es zu danken, dass es bei den leisen Tönen blieb, wodurch die seelischen Empfindungen zur Wirkung gekommen seien. „Die Zuschauer verharrten in Ergriffenheit vor der so anschaulich dargestellten Not der Zeit“⁵², schreibt die WP. Das moderne Stück war beim Publikum angekommen.

Ausblick

Was ist aus der Theaterbegeisterung der ersten Stunde nach dem Krieg geworden? Es kündigte sich bereits nach der Währungsreform ein Wandel an. Das betraf sowohl die Wanderbühnen als auch das Publikum. Die Preise für alle Waren und Dienstleistungen stiegen, aber es gab wieder ein reiches Angebot. Das Theatermachen wurde aufwändiger, aber auch die Theaterkarten mussten teurer verkauft werden.

Die Kunstring-Bühne konnte ihre Aufführungen nur durch die städtischen Vormieten sicher verkaufen. Ende 1949 erwarb ein Kinobetreiber das Aldegrevorhaus von der evangelischen Kirche und eröffnete die „Filmbühne“. In der Folge sollte die Bühne für die Theatervorführungen neu gestaltet werden. Die erheblich ansteigenden Mietkosten für die Nutzung des Saales konnte die Kunstring-Bühne aber nicht

49 WP vom 17.5.1947.

50 WP vom 29.8.1947.

51 WP vom 10.3.1949.

52 Ebd.

aufbringen. So versuchten die Laienspieler, andere Räumlichkeiten als Bühne zu finden: den Blauen Saal, Turnhallen, private Räume. Aber auf lange Sicht war das Projekt aus finanziellen Gründen zum Scheitern verurteilt. Julius Neuhaus erinnert sich in einem Bericht an die Mitglieder der Kunstring-Bühne vom 13.3.1987, dass die Betroffenheit seinerzeit groß gewesen sei über „die abrupte Umwandlung einer aus ideellen und praktischen Hilfeleistungen existierenden Notgemeinschaft in eine sich aus einem oft sehr harten Erwerbs- und Konkurrenzdenken aufbauende sogenannte ‚freie Marktwirtschaft‘.“⁵³

Die vom Verkehrs- und Kulturpflegeamt organisierten Gastspiele, die in Vormiet-Reihen angeboten wurden, konnten sich in den folgenden Jahren gut behaupten, auch wenn die eingeladenen Bühnen wechselten und nicht mehr vorrangig die Städtischen Bühnen Münster auftraten.

Im Frühjahr 1956 wurde das „Zeitgenössische Forum“ ins Leben gerufen. Diese städtische Veranstaltungsreihe hatte den Anspruch, durch Theater, Vorträge, Konzerte und Ausstellungen „neben der Pflege der großen Kulturgüter der Vergangenheit die geistige Auseinandersetzung und die kulturellen Aufgaben der Gegenwart [zu] fördern.“⁵⁴ Als 1962 das Morgnerhaus eingeweiht wurde, bot es die ideale Bühne für Vorträge, kleinere Theater- und Konzert-Veranstaltungen und wurde bis in die neunziger Jahre genutzt.

Mit dem ehrgeizigen Projekt einer Stadthalle Anfang der 1990er-Jahre ging die Ära des städtischen Theaters zu Ende. Fortan wurde deren Programm allein vom Aufsichtsrat der Stadthalle bestimmt, wobei der kommerzielle Aspekt Vorrang vor der Kulturpflege hatte. Das Bürgerzentrum als soziokulturelle Veranstaltungsstätte entwickelte sich eher als Bühne für die leichte Muse: Rock- und Pop-Veranstaltungen, Kabarett und Tanzabende.

Es ist sicher auch der rasanten Entwicklung des Fernsehens sowie der finanziellen Situation der Stadt geschuldet, dass seit etwa fünfzehn Jahren keine städtischen Theateraufführungen mehr angeboten werden.

Die Frage, ob es nun kein breit gefächertes Theaterpublikum in Soest mehr gibt, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Tatsache ist, dass die Aufführungen der Amateur-Theatergruppe STAGE, die seit zehn Jahren in Soest und über Soest Theaterstücke inszeniert, inzwischen mit großem Zuspruch rechnen kann. Die Aufführungen unterschiedlichster Art und an ungewöhnlichsten Orten sind fast immer ausgebucht.

53 Bericht von Julius Neuhaus an die Mitglieder der Kunstring-Bühne vom 13.3.1987. In: Nachlass Julius Neuhaus. Kunstringbühne I, StAS P 117.21.

54 Soester Chronik 1954-1960. Soest 1960, S. 5.

*Anhang**Theater-Aufführungen vom 24. Januar 1946 bis 22. Mai 1949*

- 1 Donnerstag 24. Jan. 1946, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Was ihr wollt“ v. William Shakespeare
- 2 20. Febr. 1946, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Das Glas Wasser“ v. Eugène Scribe
- 3 28. März 1946, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Der Strom“ v. Max Halbe
- 4 2. Mai 1946, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Urfaust“ v. Johann Wolfgang v. Goethe
- 5 6. Juni 1946, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Der Geisterzug“ v. Arnold Ridley
- 6 19. Okt. 1946, Lichtburg
 Schauspielbühne Braunschweig: „Die unnahbare Frau“ v. Leo Lenz
- 7 24. Okt. 1946
 Städt. Bühnen Münster: „Die Räuber“ v. Friedrich v. Schiller
- 8 14. Nov. 1946, Lichtburg
 Niederdeutsche Bühne, Münster: „Straatenmusik“ v. Paul Schurek
- 9 19. Nov. 1946
 Niedersachsen-Bühne: „Der Strom“ v. Max Halbe
- 10 25. Nov. 1946
 Städt. Bühnen Dortmund: „Charley’s Tante“, v. Thomas Brandon
- 11 12. Dez. 1946, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Mit meinen Augen“ v. Curt Johannes Braun
- 12 16. Jan. 1947, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Nathan der Weise“ v. Gotthold Ephraim Lessing
- 13 22. Jan. 1947
 Städt. Bühnen Dortmund: „Heimat“ v. Hermann Sudermann
- 14 28. Febr. 1947, Burgtheater
 Städt. Bühnen Dortmund: „Emilia Galotti“ v. Gotthold Ephraim Lessing
- 15 7. März 1947, Burgtheater
 Städt. Bühnen Dortmund: „Der Geizige“ v. Molière
- 16 20. März 1947, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Rose Bernd“ v. Gerhard Hauptmann
- 17 10. April 1947, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Donna Diana“ v. Agustin Moreto
- 18 15. April 1947, Lichtburg
 Neues Theater Lippstadt: „Raub der Sabinerinnen“ v. Franz u. Paul v. Schönthan
- 19 19. Mai 1947 (Soester Kulturtage), Burgtheater
 Städt. Bühnen Münster: „Jedermann“ v. Hugo v. Hofmannsthal
- 20 14. August 1947, Lichtburg
 ?? „Hochzeitsreise ohne Mann“ v. Leo Lenz
- 21 5. Sept. 1947, Burgtheater
 Neues Theater Lippstadt: „Die vier Gesellen“ v. Jochen Huth
- 22 18. Sept. 1947, Lichtburg
 Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel: „Ein Inspektor kommt“ v. John B. Priestley
- 23 5. Okt. 1947, Lichtburg
 Westdeutsche Kammerspiele: „Flandrisches Nocturno“ v. Hermann E. Riemer
- 24 9. Okt. 1947, Lichtburg
 Städt. Bühnen Münster: „Maria Stuart“ v. Friedrich v. Schiller

- 25 6. Nov. 1947, Lichtburg
Städt. Bühnen Münster: „Pygmalion“ v. G. B. Shaw
- 26 12. Nov. 1947, Lichtburg
Neues Theater Lippstadt: „Krach im Hinterhaus“ v. Maximilian Böttcher
- 27 11. Dez. 1947, Lichtburg
Städt. Bühnen Münster: „Woyzeck“ v. Georg Büchner
- 28 14., 15. Dez. 1947, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Lilofee“ v. Manfred Hausmann
- 29 8. Jan. 1948, Lichtburg
Städt. Bühnen Münster: „Der eingebildete Kranke“ v. Molière
- 30 10. Jan. 1948, Aldegrevverhaus
Neues Theater Lippstadt: „Der Biberpelz“ v. Gerhard Hauptmann
- 31 24. Jan. 1948, Aldegrevverhaus
Neues Theater Lippstadt: „Maria Stuart“ v. Friedrich v. Schiller
- 32 31. Jan. 1948, Aldegrevverhaus
Kammerspiele Hamm: „Ich komme aus Sibirien“ v. H. E. Riemer
- 33 19. Febr. 1948, Lichtburg
Städt. Bühnen Münster: „Die erste Legion“ v. Emmet Lavery
- 34 14., 15., 17., 20. Febr. 1948, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Ein ganzer Kerl“ v. Fritz Peter Buch
- 35 6. März 1948, Burgtheater
Neues Theater Lippstadt: „Nachtasyl“ v. Maxim Gorki
- 36 7. März 1948, Aldegrevverhaus
Kammerspiele Hamm: „Gaslicht“ v. Patrick Hamilton
- 37 11. März 1948, Lichtburg
Städt. Bühnen Münster: „König Ödipus“ v. Sophokles, Übersetzung v. H. Weinstock
- 38 20. März 1948, Aldegrevverhaus
Neues Theater Lippstadt: „Der Geisterzug“ v. Arnold Ridley
- 39 3. April 1948, Aldegrevverhaus
Neues Theater Lippstadt: „Der Krämerkorb“ v. Hans Sachs
„Der zerbrochene Krug“ v. Heinrich v. Kleist
- 40 15., 16. April 1948, Lichtburg
Westdeutsche Kammerspiele: „Der Blaufuchs“ v. Ferenc Herczeg
- 41 17. April 1948, Aldegrevverhaus
Neues Theater Lippstadt: „Wir sind noch einmal davongekommen“ v. Thornton Wilder
- 42 23. April 1948, Aldegrevverhaus
Westf. Landestheater Castrop-Rauxel: „Iphigenie auf Tauris“ v. Johann Wolfgang v. Goethe
- 43 27. April 1948,
Städtische Bühnen Dortmund: „Angelika“ v. Toni Impekoven und Carl Mathern
- 44 8. Mai 1948 (Christliche Kulturwoche), Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Das Zeichen des Jona“ v. Günter Rutenborn
„Monsignores große Stunde“ v. Emmet Lavery
- 45 11. Mai 1948 (Christliche Kulturwoche)
Dramaturgisches Institut Düsseldorf: „Verkündigung“ v. Paul Claudel
- 46 12. Mai 1948, Burgtheater
Städt. Bühnen Dortmund: „Des Teufels General“ v. Carl Zuckmayer
- 47 29. Mai 1948, Burgtheater
Neues Theater Lippstadt: „Emilia Galotti“ v. Gotthold Ephraim Lessing
- 48 18. April 1948, Aldegrevverhaus
künstl. Leitung: Vilma Fassnacht: „Passionsspiele“
- 49 24., 25., 29. Juli u. 1. Aug. 1948, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Flitterwochen“ v. Paul Hellwig
- 50 14. Aug. 1948, Aldegrevverhaus

- Westf. Landestheater Castrop-Rauxel: „Sophienlund“ v. Helmut Weiss u. Fritz Woedtke
- 51 30. Sept. 1948, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Kabale und Liebe“ v. Friedrich v. Schiller
- 52 15.,16. Nov. 1948, Aldegrevverhaus
Schauspielhaus Hamm (Kunstring-Bühne)⁵⁵: „Don Carlos“ v. Friedrich v. Schiller
- 53 21. Nov. 1948, Burgtheater
Stadttheater Bielefeld (Kunstring-Bühne): „Hamlet“ v. William Shakespeare
- 54 16. Jan. 1949, Aldegrevverhaus
Städtische Bühnen Dortmund (Kunstring-Bühne): „Candida“ von Bernhard Shaw
- 55 22. Jan. 1949, Aldegrevverhaus
Schauspielhaus Hamm (Kunstring-Bühne): „Wenn der Hahn kräht“ v. August Hinrichs
- 56 3.,4.,6.,9.,13. Febr. 1949, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Versprich mir nichts“ v. Charlotte Rißmann
- 57 11. Febr. 1949, Aldegrevverhaus
Westf. Landestheater Castrop-Rauxel: „Minna von Barnhelm“ v. Gotthold Ephraim Lessing
- 58 20. Febr. 1949, Burgtheater
Städt. Bühnen Münster: „Des Teufels General“ v. Carl Zuckmayer
- 59 8.,9. März 1949, Aldegrevverhaus
Schauspielhaus Hamm: „Draußen vor der Tür“ v. Wolfgang Borchert
- 60 25. März 1949, Aldegrevverhaus
Westf. Landestheater Castrop-Rauxel: „Der Widerspenstigen Zähmung“ v. William Shakespeare
- 61 20. April 1949, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Der Tor und der Tod“ v. Hugo v. Hofmannsthal
„Das Stundenglas“ v. William B. Yeats
- 62 3. Mai 1949, Aldegrevverhaus
Abiturienten u. Schüler des Archigymnasiums u. des Städt. Oberlyzeums,
Leitung: Theodor Braun: „Der Meister von St. Patroklos“ v. Theodor Braun
- 63 11.,12.,15.,21.,22. Mai 1949, Aldegrevverhaus
Kunstring-Bühne: „Schneider Wibbel“ v. Hans Müller-Schlösser

GUIDO NIERMANN

BRÜCKE ZWISCHEN DEN KONFESSIONEN – DIE ERSTEN JAHRE DER CDU IN STADT UND ALTKREIS SOEST

Start im Umfeld der Krise

„Die Neugestaltung des politischen Lebens stellt das deutsche Volk vor die Notwendigkeit, angesichts der politischen, wirtschaftlichen und seelischen Zerrüttung alle auf dem Boden demokratischer Staatsauffassung stehenden Wähler in einer großen ‚Christlich Demokratischen Partei‘ zu sammeln“, hieß es in der Einladung zur Gründungsversammlung der CDU Soest¹. Es war der 12. September 1945, als sich nach dem Vorbild von Gründerkreisen in anderen Städten trotz oder gerade wegen der existentiellen Erfahrungen der NS-Zeit Männer und Frauen zusammenfanden, um die überkonfessionelle „Christlich-Demokratische Partei“ auch hier zu gründen. Sie benannte sich noch im Dezember 1945 in „Christlich-Demokratische Union“ um.

Seit dem 6./7. April war Soest von alliierten Truppen besetzt. Die Stadt stand zunächst unter dem Befehl der amerikanischen Militärregierung, seit dem 5. Juni 1945 unter britischem Kommando. Über 60 Prozent des früheren Soester Wohnraums waren zerstört². Gleichzeitig stieg die Einwohnerzahl stark an: 1939 bevölkerten 73.240 Menschen den Kreis, Ende 1945 waren es rund 25.000 Menschen mehr, hauptsächlich Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte aus dem Ruhrgebiet³. Die Besatzungstruppen beschlagnahmten für sich zudem Wohnraum. Der deutschen Bevölkerung standen pro Kopf gerade einmal vier Quadratmeter Wohnraum zu⁴. Die Gas-, Wasser- und Stromversorgung war zusammengebrochen⁵. Auch die Lebensmittelversorgung war katastrophal. Im Sommer 1945 lebten 60.000 Fremdarbeiter im Kreis, die auf Anordnung der Militärregierung bevorzugt versorgt werden mussten⁶.

Gründung einer neuen Partei oder Renaissance des Zentrums?

Bei der Suche nach dem Neubeginn 1945 stellte sich zu Beginn eine grundsätzliche Frage: Sollte das Zentrum wiederbelebt oder eine neue, konfessionsüber-

1 Einladung zur Gründungsversammlung am 12.9.1945. In: Nachlass Schwartz, Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS), P 1.80.

2 Hans Weller: Die Selbstverwaltung im Kreis Soest 1817-1974 (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte. 23). Paderborn 1987, S. 168f.

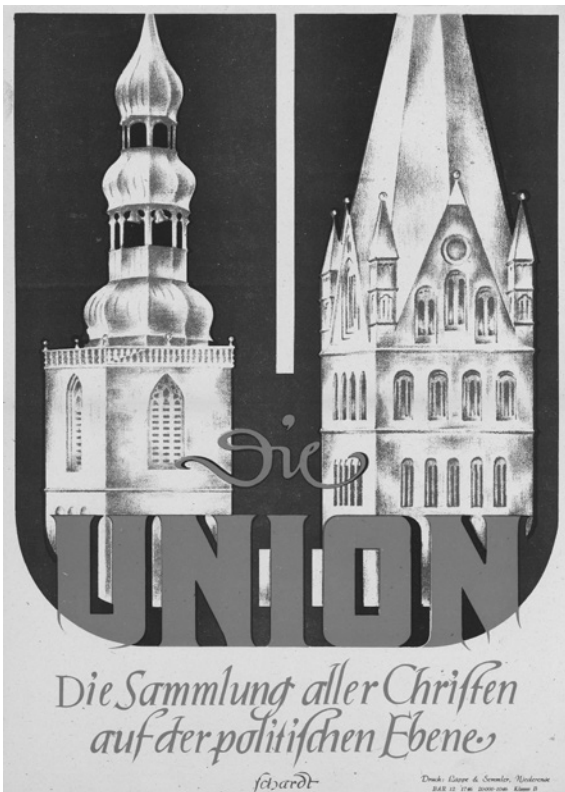
3 Ebd., S. 141.

4 Reimer Möller: Soest am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der Besatzungszeit. In: Soester Zeitschrift 116 (2004), S. 209-243, hier S. 51.

5 Weller (wie Anm. 2), S. 181.

6 Ebd., S. 125.

greifende Partei gegründet werden? Dabei dürfte die Diskussion in Soest nicht anders geführt worden sein als an anderen Orten.



Plakat zur Kommunalwahl NRW 1946

In den zwölf Jahren des Nationalsozialismus seien alle Christen gleichermaßen verfolgt worden, dies führe zusammen. Deshalb sei „von evangelischen und katholischen Christen die Christlich-demokratische Partei gegründet worden“, hieß es in einem Aufruf des vorläufigen Vorstandes der Christlich-Demokratischen Partei Westfalen-Lippe an „Liebe Freunde“⁷. Das Zentrum sei zwar bemüht, die Christen zu vertreten, erreiche aber nur die Katholiken. Wörtlich hieß es in dem Dokument: „Wer jedoch glaubt, der katholischen Kirche mit der Neugründung des Zentrums einen Dienst zu erweisen, befindet sich im Irrtum. Ein neues Zentrum würde neben der Christlich-demokratischen Partei eine aus einem kleinen Teil des katholischen Volksteils zu-

sammengesetzte Splitterpartei sein. Wir wissen, daß die maßgebenden Stellen der Kirche, eine solche, zudem rein konfessionelle Partei nicht wünschen.“ So wurde der überkonfessionelle Charakter der neuen Partei auch deutlich im Kommunalwahlkampf 1946 hervorgehoben. Die CDU warb mit einem Plakat, das die Soester Kirchtürme von St. Patrokli und Petri im vertrauten Nebeneinander zeigte⁸.

Natürlich spielten auch wahlstrategische Gründe eine Rolle. Sollte sich das Zentrum wiedergründen, hätte es aufgrund seines konfessionellen Charakters weniger Chancen, sich gegenüber den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu behaupten als eine überkonfessionelle christliche Partei. In der Zersplitterung des Parteiensystems wurde ein Grund für die Instabilität der Weimarer Republik gesehen. Zur Sicherung einer Demokratie und zur Abwehr einer Diktatur seien große Par-

7 Aufruf des vorläufigen Vorstandes der CDP vom Oktober 1945. Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (künftig: ACDP) 03-002-160/2.

8 Gerd Langguth (Hg.): Politik und Plakat. Bonn 1995, S. 32 und 208; in der Plakatsammlung des StAS.

teien erforderlich. Die christlichen Kräfte beider Konfessionen seien zu bündeln⁹. So warf Dr. Artur Sträter, Gründungsmitglied der CDP in Soest, im Juni 1946 auf einer Parteiveranstaltung in Eickelborn dem Zentrum vor, es habe aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt. Er sprach sich für zwei große Parteien, die CDU und SPD, aus¹⁰.

In Wattenscheid entschied am 13. August 1945 eine Konferenz mit fast 100 westfälischen Gründungsinitiatoren über die Frage „Zentrum oder christliche Einheitspartei?“¹¹. 74 Teilnehmer entschieden sich für die christliche Einheitspartei, nur 11 votierten für die Wiedergründung des Zentrums. Deutlich fiel auch das Ergebnis für die Namensfindung aus. „Christlich-Demokratische Partei“ sollte die neue Partei heißen¹¹.

Am 2. September war es dann soweit. In Bochum wurde die Christlich-Demokratische Partei Westfalens gegründet¹². Auf der Anwesenheitsliste sind aus dem Kreis Soest die Soester Namen Hermann Meemken, Wilhelm Lübke, Heinrich Krampe und Dr. Otto Boelitz zu finden¹³. In einer Rede an die Versammlung gab Boelitz „seiner Verwunderung über den harmonischen Verlauf der Kundgebung Ausdruck. Er sei tief von ihr beeindruckt. Der Tag wäre gekommen, da nach dem ausgestandenen, gemeinsamen Leiden, die beiden großen christlichen Bekenntnisse sich auch zu gemeinsamer Arbeit zusammen gefunden haben. Und diese Zusammenarbeit könne sich nur zum Segen für das gesamte Volk auswirken.“¹⁴ Boelitz wurde in den Vorstand der neuen Landespartei berufen¹⁵. Er gehörte zu den Befürwortern der Gründung einer überkonfessionellen Partei. Schon während der Nazidiktatur hatte es bei Katholiken Überlegungen gegeben, nach dem Ende der Nazi-Herrschaft eine interkonfessionelle Partei ins Leben zu rufen. Nach dem Krieg wurden Gespräche in dieser Richtung forciert. Aus dem protestantischen Lager gehörte auch Boelitz zu den Ansprechpartnern der Katholiken¹⁶. Der Soester erklärte sich zur Mitarbeit in der neuen Partei bereit¹⁷.

Boelitz war ein Mann mit großer politischer Erfahrung. Er stammte aus dem niederrheinischen Wesel, wo er 1876 geboren wurde. Von 1914 bis 1921 war er Direktor des Soester Archigymnasiums. 1919 wurde er Mitglied der Verfassungsge-

9 Christopher Beckmann: Lambert Lensing. Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU, Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe. In: ACDP (Hg.): Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 14, (2007), S. 153-186, hier S. 168f.

10 Westfalenpost vom 25. Juni 1946.

11 Horstwalter Heitzer: Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. 12). Düsseldorf 1988, S. 81f.

12 Karl Teppe: Zwischen Besatzungsregime und politischer Neuordnung (1945-1949). In: Wilhelm Kohl (Hg.): Westfälische Geschichte, Bd. 2: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Politik und Kultur. Düsseldorf 1983, S. 269-341, hier S. 295f.

13 Abschrift der Anwesenheitsliste der Gründungsversammlung. Die Abschrift führt den Namen „Liebke“ aus Soest auf, gemeint sein dürfte allerdings „Lübke“. ACDP 03-002-154/3.

14 Die Gründungsversammlung der Christlich demokratischen Partei für Westfalen, ACDP 03-002-049/1.

15 Hans-Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums 1945-1947. Düsseldorf 1953, S. 122.

16 Ebd., S. 116.

17 Beckmann (wie Anm. 9), S. 171.

benden Preußischen Landesversammlung und gehörte anschließend bis 1932 dem Preußischen Landtag an. Von 1921 bis 1925 bekleidete er das Amt des Preußischen Staatsministers für Wissenschaft. Während der Weimarer Republik war die DVP seine politische Heimat. In den Jahren 1930 bis 1934 leitete er das Ibero-Amerikanische Institut zur Pflege der wissenschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Mittel- und Südamerika in Berlin, bevor er von den Nationalsozialisten aller Ämter enthoben wurde.

Gründung der CDP in Soest

Ende August 1945 wurde die Gründung der neuen Partei auch in Soest eingeleitet. Am 29. August 1945 traf sich um 17 Uhr im Gasthof „Zum Krahlen“ in der Brüderstraße 38 ein Christdemokratisches Komitee. Erschienen waren 25 Männer, alle kamen aus der Region, mit Ausnahme des Geseker Bürgermeisters Dr. Aloys Feldmann. Heinrich Krampe eröffnete das Treffen und gab zunächst einen Überblick über die Zerstörungen durch den Krieg, die die Herrschaft der Nazis über das Land gebracht hatte. Dr. Feldmann mahnte an, dass größte Anstrengungen auf den Wiederaufbau gerichtet werden müssten. Für die Arbeit der Christlich-Demokratischen Partei habe das Christliche eine besondere Bedeutung. Er sprach sich für die Wiedereröffnung der Schulen und für die Wiedereinführung des Religionsunterrichts aus. Die Eltern müssten wieder mehr Einfluss auf die Erziehung ihrer Kinder haben. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Briten nur drei oder vier Hauptparteien zuließen. Zu viele Parteien würden ins Chaos führen. In der Diskussion wurde vor allem nach näheren Informationen zu den führenden Personen der neuen Partei gefragt. Die Wiedegründung der alten Zentrumspartei sei nicht gewünscht¹⁸.



Gasthof „Zum Krahlen“, Brüderstraße 38, 1955

18 Bericht des Intelligence Officers vom 1. September 1945, Anlage zum War Diary der 56th Infantry Brigade für September 1945. Britisches Nationalarchiv WO 171/4379.

Zu der Gründungsversammlung am 12. September 1945 um 17 Uhr im Hansa-Kaffee in der Brüderstraße lud Krampe am 10. September ein. Die Tagesordnung umfasste sechs Punkte: „1.) Begrüßung. 2.) Bericht über die Gründungsversammlung der westf. Christl. Demokratischen Partei in Bochum am 2.9.45. 3.) Vortrag über die Grundsätze der neuen Partei. 4.) Bildung eines provisorischen Vorstandes. 5.) Beschlußfassung über eine öffentliche Versammlung. 6.) Verschiedenes und Schlusswort.“¹⁹ Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der CDU erinnerte sich Ernst Majonica sen.²⁰, dass Boelitz ein einleitendes Referat gehalten habe, in dem er das Christentum als notwendige Basis für das politische Handeln herausstellte. Boelitz wurde zum Vorsitzenden bestimmt.



Hansa-Café in der Brüderstraße, ca. 1950er-Jahre

Die Einladung der Gründungsversammlung war mit „Christlich Demokratische Partei – Soest“ überschrieben. Boelitz sprach in seinen Briefen von der „Christlich-Demokratischen Partei im Kreise Soest“²¹. Im Vorstand waren Personen aus Stadt und Kreis vertreten. Fraglich ist allerdings, ob zum Zeitpunkt der Gründung schon unterschieden wurde, ob es sich um eine Stadt- oder um eine Kreispartei handelte. Mit der Gründung am 12. September bewegten sich die Christdemokraten im Kreis Soest quasi im illegalen Raum, denn die britische Besatzungsmacht gestattete die Gründung von Parteien auf Kreisebene erst am 15. September²².

19 Einladung zur Gründungsversammlung am 12.9.1945. In: Nachlass Schwartz, StAS P 1.80.

20 Westfalenpost vom 7. Dezember 1955.

21 Schreiben an den Chef der FSS Lippstadt (= Field Security Service) vom 19.11.1945. ACDP 03-002-100/01.

22 Heitzer (wie Anm. 11), S. 89. Boelitz selbst nannte in dem Schreiben an den Chef der FSS den 15. September als Gründungsdatum. ACDP 03-002-100/1.

Eine Übersicht vom 9. November 1945 gibt Auskunft über die Zusammensetzung des Vorstandes²³. Neben dem Vorsitzenden Otto Boelitz gehörten dem engeren Vorstand Kreishandwerksmeister August Müller als Zweiter Vorsitzender, Wilhelm Lübke als Schriftführer und Heinrich Sändker als Kassierer an. Als Beiratsmitglieder für die Stadt Soest wurden Josef Bernholz, Anna Brüggemann, Willi Bucker, Gustav Deimann, Franz Goedecke, Josef Grüter, Karl Hoffmann, Dr. Adolf Korn, Ernst Majonica, Hermann Meemken, Heinrich Münstermann, Eberhard Romberg, Senator a. D. Hubertus Schwartz, Wilhelm Seewald, Josef Siepe, Gertrud Steinhäusen, Hermann Stracke, Dr. Artur Sträter, Carl Voswinkel und Heinrich Wilms genannt. Für den Kreis Soest wurden die Namen Karl Feldmann, Wilhelm Fortmann, Josef Schetter und Karl Teigeler aufgeführt.

Bei dem Gründerkreis handelt es sich zum Teil um bekannte Persönlichkeiten. Die Tätigkeiten und Ämter von Dr. Otto Boelitz sind bereits erwähnt worden. Schon vor dem Kriege waren August Müller, Josef Bernholz, Hermann Meemken für das Zentrum und Heinrich Münstermann für die DVP als Stadtverordnete aktiv. Der Bauunternehmer Franz Goedecke war in den dreißiger Jahren Vorsitzender der mittelstandsorientierten Wirtschaftspartei in Soest. Ehrenamtlich gehörte der aus Dortmund stammende Maschinenfabrikant Josef Grüter von 1924 bis 1933 dem Magistrat der Stadt Soest an. Das Handwerk war durch Ernst Majonica, Hermann Stracke und Heinrich Wilms vertreten. Mühlenbesitzer Eberhard Romberg war ebenso dabei wie der Rechtsanwalt Dr. Artur Sträter. Auch Dr. Hubertus Schwartz, ein politisches Schwergewicht, gehörte zu den Gründern. Der Jurist war von 1917 bis 1920 Stadtrat in Danzig und dort von 1920 bis 1928 Senator für Inneres, Kirche und Justiz gewesen²⁴.

Nur zwei der achtundzwanzig Vorstandsmitglieder waren weiblich. Die konfessionelle Zugehörigkeit der Vorstandsmitglieder scheint annähernd repräsentativ zur Bevölkerung gewesen zu sein. 1946 waren rund 41 Prozent der Bevölkerung des Kreises evangelischen Bekenntnisses und in etwa 52 Prozent katholisch²⁵. Das entspricht ungefähr der Konfessionszugehörigkeit der Vorstandsmitglieder²⁶. Zu beachten ist, dass die führende Persönlichkeit der Gründungsväter der CDP, Otto Boelitz, Protestant war. Somit gilt auch für die Partei in Soest, dass evangelische Christen die Partei maßgeblich mitgründeten und mitbestimmten²⁷.

Auch die Berufsangaben der führenden Personen bildeten ein breites Spektrum ab. So waren Handwerker, Angestellte und Arbeiter ebenso Mitglieder im Vorstand wie Kaufleute, Lehrer und Hausfrauen. Auch Juristen, Unternehmer, Hotelbesitzer und Landwirte waren vertreten.

23 ACDP 03-02-100/1, Anlage.

24 Zur Person Schwartz siehe: Bernd Haunfelder: Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946-2006. Ein biographisches Handbuch. Münster 2006, S. 432f.

25 Weller (wie Anm. 2), S. 166f.

26 9 der 28 Vorstandsmitglieder waren evangelischen Glaubens, 16 waren katholisch, von 5 Vorstandsmitgliedern konnte die Konfession nicht mehr festgestellt werden.

27 Winfried Becker: Historische Grundlagen der christlich-demokratischen Parteibildung nach 1945. In: Günter Buchstab, Klaus Gotto (Hgg.): Die Gründung der Union. München 1981 (2. Aufl. 1990), S. 7-33, hier S. 16.

In vielen Orten Westfalens wurde ein Aufruf mit der Überschrift „Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse“²⁸ veröffentlicht. Dies sollte auch im Kreis Soest geschehen. Als Unterzeichner wurden Staatsminister a. D. Dr. Otto Boelitz, August Müller, Dr. Adolf Korn, Josef Bernholz, Heinrich Münstermann, Gertrud Steinhausen, Josef Schetter, Bürgermeister Karl Feldmann, Dr. Artur Sträter, Anna Brüggemann, Heinrich Sändker, Wilhelm Lübke, Josef Grüter und Dr. G. Pangel vorgeschlagen²⁹. In dem Aufruf hieß es: „Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse aller Schichten, Stände und Berufe haben in dem Bewusstsein ihrer Verantwortung für Volk und Staat die Christlich-Demokratische Partei gegründet.“ Stark betont wurde das Christentum als Fundament für das politische Handeln: „Wir erstreben in einem gesamtdeutschen Volksstaat die demokratische Gestaltung des politischen und sozialen Lebens im Geiste des Christentums. Deshalb sind wir Gegner jeder Diktatur und jeden Klassenkampfes. Ist unsere Staatsführung nach innen und außen ihrer Verantwortung vor Gott als dem Herren der Geschichte und der Völker bewußt, erhalten unsere Kinder in Schule und Haus eine christliche Erziehung, wird Ehrfurcht und Gehorsam gegenüber den Geboten Gottes zu einer selbstverständlichen Grundlage des sittlichen Lebens, dann finden wir wieder zu uns selbst.“

Auseinandersetzungen mit dem Zentrum

Wie überall gab es auch im Kreis Soest Auseinandersetzungen mit der Deutschen Zentrumspartei, die am 14. Oktober 1945 in Soest wieder gegründet worden war. Die Differenzen scheinen in Werl größer gewesen zu sein als in Soest.

Schon am 19. November 1945 hatte Dr. Boelitz gegenüber der britischen Besatzungsmacht die Wiedergründung des Zentrums als Fehler bezeichnet. Wörtlich schrieb er: „Das Zentrum weiß auch keinen einzigen Programmpunkt beizutragen, der nicht auch in unserer Christlich-Demokratischen Partei aufs stärkste betont ist. Die Christlich-Demokratische Partei ist nach eingehenden Beratungen führender Männer und Frauen des Zentrums im September d. Js. auf der Gründungsversammlung in Bochum aus der Erwägung und Einsicht heraus gebildet worden, dass eine rein konfessionelle, katholische Partei keine innere Berechtigung mehr hat... Nicht berechtigt halte ich die Aufsplitterung der übrigen Wähler in Sonderparteien. So hat m. E. das Zentrum neben der Christlich-Demokratischen Partei im Kreis Soest keine Existenzberechtigung.“³⁰

Die Auseinandersetzung mit dem Zentrum dauerte an. So stand die Zentrumspartei im Juni 1946 im Mittelpunkt eines Ausspracheabends der CDU. Edmund Pesch, Chefredakteur der Westfalenpost, referierte. Das Zentrum sei eine konfessionelle Partei, sie habe sich historisch überlebt. Stattdessen sei es Wunsch vieler Katholiken

28 Dieser Aufruf ist beispielsweise für Altena, Burgsteinfurt, Ibbenbüren, Iserlohn und Rhede überliefert. ACDP 03-002-154/4.

29 Vorschläge von Persönlichkeiten, die den Aufruf „Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse“ unterschreiben sollten. ACDP 03-002-154/4.

30 Schreiben vom 19. November 1945 an den Chef der FSS, Lippstadt. ACDP 03-002-100/1.

und Protestanten gewesen, eine Partei als „Heimat aller Christen“ zu gründen³¹. Im gleichen Monat griff Dr. Artur Sträter, Mitglied des CDU-Kreisvorstandes und Herausgeber der Westfalenpost, das Zentrum auf einer CDU-Versammlung in Eickelborn scharf an. Es habe aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt. Sträter kritisierte ebenfalls, dass das Zentrum eine konfessionelle Partei der Katholiken sei. Er plädierte für ein Zweiparteiensystem, um eine Zersplitterung der Parteienlandschaft zu verhindern³².

Fred Bagwitz, langjähriger CDU-Kreisgeschäftsführer, sah in der Rückschau sogar die Zusammenarbeit mit der SPD für besser an als die mit dem Zentrum³³.

Die ersten politischen Schritte

Parteien hatten es in der unmittelbaren Nachkriegszeit schwer, Vorschriften und Verordnungen engten sie ein. Versammlungen waren genehmigungspflichtig. Bevor jemand als Redner auf einer Parteiveranstaltung auftreten durfte, überprüfte ihn die Militärregierung. Parteien durften sich nicht kritisch über die Besatzungsmacht äußern, waren also in ihren Meinungsäußerungen z. T. eingeschränkt. Geeignete Tagungsräume fanden sich aufgrund der Zerstörungen in den Städten oftmals nur schwer³⁴. Zeitungen zur Verbreitung politischer Aussagen oder als Medium für Terminhinweise erschienen in den ersten Monaten nach Kriegsende nicht³⁵. Fehlende Autos, Mangel an Treibstoff und zerstörte Eisenbahnlinien schränkten die Beweglichkeit stark ein und erschwerten überörtliche Zusammenkünfte. Hinzu kam, dass die CDP nicht auf alte Parteistrukturen zurückgreifen konnte.

Der Organisationsgrad der CDP war zu Beginn ihrer Aktivitäten entsprechend schwach. So wusste selbst die CDP bei ihnen zugerechneten Kreistagsmitgliedern nicht, ob sie tatsächlich Mitglied der CDP waren³⁶.

Zu den ersten Aktivitäten, die der Vorstand entwickelte, gehörte am 24. September 1945 die Verabschiedung eines Programms und einer Satzung³⁷.

Vom 14. bis 16. Dezember 1945 trafen sich in Bad Godesberg Christ-Demokratische Vertreter aus den verschiedenen Besatzungszonen. Bei dieser Gelegenheit beschlossen die Anwesenden, künftig einheitlich unter dem Namen „Christlich-Demokratische Union (CDU)“ aufzutreten³⁸. Schon wenige Tage später, am 8. Januar

31 Westfalenpost vom 14. Juni 1946.

32 Westfalenpost vom 25. Juni 1946.

33 Archiv des CDU-Kreisverbands Soest, undatiertes Gesprächsprotokoll Fred Bagwitz mit Klaus Meyer-Dietrich.

34 Winfried Becker: CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung der CDU-Bundespartei. In: Studien zur politischen Bildung 13 (1987), S. 125.

35 So erschien im Kreis Soest die Westfalenpost erstmalig am 26. April 1946; vgl. auch den Beitrag von Martin Hückebrink in diesem Band.

36 Boelitz in einem Schreiben vom 13. November 1945 an den Landrat. Kreisarchiv Soest (im Folgenden abgekürzt KrAS), Bestand Altkreis Soest Nr. 4592.

37 Schreiben von Boelitz vom 19. November 1945 an den Chef der FSS. ACDP 03-002-100/1.

38 Heitzer (wie Anm. 11), S. 179.

1946, informierte Boelitz den Landrat, dass auch die bisherige CDP im Kreis Soest künftig den neuen Namen tragen werde³⁹.

Am Silvestertag 1945 meldete Boelitz an die CDP-Hauptgeschäftsstelle Dortmund neben der Kreispartei die Existenz der CDP bereits in drei Orten, und zwar in Soest, in Werl (Vorsitzender: Josef Schetter) und in Körbecke (Vorsitzender: Karl Feldmann)⁴⁰. Weitere Gründungen wurden rasch vollzogen, so auch in Ampen und Ostönnen⁴¹.

Schon im Frühjahr 1946 stand die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers zur Diskussion. Die Kreis-CDU lehnte aber Pläne ab, für die Kreise Soest und Beckum einen gemeinsamen Geschäftsführer zu berufen. Die Kreise gehörten unterschiedlichen Regierungsbezirken an, die Verkehrsverbindungen seien sehr schlecht, noch würden irgendwelche Beziehungen zwischen den beiden Kreisen bestehen. Deshalb wolle man ab dem 15. April Hans Prost als Geschäftsführer bestellen, er habe sich bereits seit einigen Wochen erfolgreich eingearbeitet⁴². Das Engagement von Prost dauerte allerdings nicht lange, schon am 8. Juli 1946 schied er aus, an seine Stelle rückte Georg Lahme⁴³. Die Organisation der Partei schritt voran. Ab dem 27. Juli 1946 befand sich die Kreisgeschäftsstelle in der Puppenstraße 1⁴⁴, bis dahin war auf dem Briefkopf der CDU als Anschrift die Ueliksgasse 3 angegeben, das war die Privatanschrift von Otto Boelitz.

Am 26. April 1946 fand im Mönchshof der erste Ausspracheabend statt, „der eine ständige Einrichtung werden und der Unterrichtung und Fortbildung der Mitglieder dienen“ sollte. Am ersten Abend referierte Boelitz zum Thema „Eigentum“⁴⁵. Die Themen der Veranstaltungen, die die CDU im ersten Jahr nach der Gründung durchführte, waren grundsätzlicher Natur⁴⁶. Referenten waren oftmals auswärtige Politiker, wie das frühere Reichstagsmitglied des Zentrums und Gründungsmitglied der CDP Westfalen, Josef Schmelzer aus Oberhundem, oder die Generalsekretärin der CDU Groß-Hessen⁴⁷, Maria Sevenich aus Darmstadt. Aus dem Kreis Soest traten vor allem der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Otto Boelitz, Kreisvorstandsmitglied Dr. Artur Sträter und der Journalist Edmund Pesch als Redner auf.

Am 18. Juni 1946 wurde in der Gastwirtschaft „Zum Amtsgericht“ ein 34-köpfiger Vorstand der CDU-Ortsunion Soest gewählt. Ihm gehörten Fritz Berg, Josef Bernholz, Dr. Otto Boelitz, Josef Bögge, Karl Fingerhut, Elisabeth Fischer, Paulus Garon, Franz Goedecke, Walter Klemann, Dr. Adolf Korn, Georg Lahme, Ernst Majonica sen., Wilhelm Mogge, August Müller, Heinrich Münstermann, Helmut Peter,

39 Schreiben vom 8. Januar 1946 an den Landrat. KrAS, Bestand Altkreis Soest Nr. 4592.

40 Schreiben vom 31.12.1945 an die CDU-Hauptgeschäftsstelle Dortmund. ACDP 03-002-100/1.

41 Fragebogen A zum Rundschreiben Nr. 6 der Hauptgeschäftsstelle. ACDP 03-002-100/1.

42 Schreiben von Boelitz vom 13. April 1946 an den Landesgeschäftsführer der CDU für Westfalen, Paul Steup, Dortmund. ACDP 03-002-100/1.

43 Schreiben von Boelitz vom 15. Juli 1946 an die CDU-Hauptgeschäftsstelle, ebd.

44 Verhandlungsniederschrift über die Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 25. Juli 1946 im Mönchshof, ACDP 02-075-003/1.

45 Westfalenpost vom 30. April 1946.

46 Vgl. dazu die Westfalenpost, ebd.

47 Bezeichnung für die am 19. September 1945 geschaffene Vereinigung aller hessischen Teilstaaten bis zur neuen Verfassung des Landes Hessen am 1.12.1946.

Bruno Pickel, Julius Reiß, Hermann Roloff, Eberhard Romberg, Heinrich Sändker, Ferdinand Saurbier, Wilhelm Scheffer, Elisabeth Schmitz, Heinrich Schulte, Karl Schwalbe, Dr. Hubertus Schwartz, Gertrud Steinhausen, Hermann Stracke, Dr. Artur Sträter, Wilhelm Tometten, Carl Voswinckel, Josef Wapelhorst und Heinrich Wilms an⁴⁸. Wenige Tage später, am 8. Juli, wählte dieser Gesamtvorstand einen „engeren Vorstand“. Er bestand aus Dr. Boelitz als Vorsitzendem, August Müller als seinem Stellvertreter, Heinrich Sändker, der die Kasse führte, und Wilhelm Tometten als Schriftführer für den ausgeschiedenen Wilhelm Lübke. Ernst Majonica sen. wurde geschäftsführender Vorsitzender⁴⁹.

Zu diesem Zeitpunkt, 1. Juli 1946, hatte die CDU nach eigenen Angaben 750 Mitglieder im Kreisgebiet⁵⁰, Mitgliederzahlen für die Stadt Soest existieren nicht.

Kommunale Wiederbelebung

Es waren nach der bedingungslosen Kapitulation noch nicht zwei Monate vergangen, als die britische Besatzungsmacht die Deutschen wieder in die politische Arbeit mit einbinden wollte. Mit Datum vom 6. Juli 1945 wies Regierungspräsident Fries die Landräte an, dafür Sorge zu tragen, dass in den Gemeinden und Kreisen „Vertrauensausschüsse“ gebildet würden. Er formulierte auch ein klares Anforderungsprofil an deren Mitglieder: „Bei der Bildung der Vertrauensausschüsse ist darauf Bedacht zu nehmen, daß darin die hauptsächlichen Berufsstände ... vertreten sind und nur Persönlichkeiten von verbürgter republikanisch-demokratischer Staatsgesinnung und einwandfreier Vergangenheit berücksichtigt werden, die als freie, charakterfeste Männer geeignet erscheinen, mit eigener Verantwortung ihre Meinung zu äußern und zu vertreten. Die Auswahl ist von dem Leiter der Gemeinde im Einvernehmen mit der örtlichen Militärregierung vorzunehmen. Hierbei sind nur die sich bereits abzeichnenden wirklich republikanisch-demokratischen Parteirichtungen angemessen zu berücksichtigen.“⁵¹ Drei Dinge sind augenfällig:

- die Vertrauensausschüsse sollten „beratend und anregend“ agieren, aber nicht entscheiden;
- sie benötigten die Zustimmung der Besatzungsmacht und
- „Parteirichtungen“ sollten beachtet werden, obwohl Parteien offiziell noch gar nicht zugelassen waren.

Es dauerte einige Wochen, ehe konkrete Schritte zur Einberufung eines „Vertrauensausschusses“ erfolgten. Der britische Militärkommandeur für den Kreis Soest, Major Gething, nahm Kontakt zu den Parteien und zur Verwaltung auf. Eigentlich orientierten sich seine Amtskollegen bei der parteipolitischen Zusammensetzung der einzurichtenden Gremien an den Ergebnissen der letzten freien Kommunalwahl

48 Westfalenpost vom 21. Juni 1946.

49 Schreiben von Boelitz vom 13. Juli 1946 an die „Militärbehörde Nr. 916, Soest, Paulistraße“. ACDP 02-075-003/1.

50 Schreiben von Prost vom 2. Juli 1946 an die CDU-Hauptgeschäftsstelle des Landesverbandes in Dortmund. ACDP 03-002-100/1.

51 Schreiben vom 6. Juli 1945 an die Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks, betr. Bildung von Vertrauensausschüssen in den Gemeinden. KrAS, Bestand Altkreis Soest Nr. 2010.

in der Weimarer Republik. Das warf jedoch bei der Berücksichtigung der neu gegründeten CDP Probleme auf. Jedenfalls sollte der aus 47 Mitgliedern bestehende Kreistag mit sechs Sozialdemokraten, drei Kommunisten, zwanzig Zentrumspolitikern und achtzehn CDP-Vertretern besetzt sein. „SPD und KPD waren also von Major Gething großzügig bedacht worden. Das ging zu Lasten der CDP. Die Zentrumspartei war 1929 stärkste politische Kraft im Kreis gewesen. Gething billigte ihr sogar 42,6 % der Mandate zu. Das war eine weitere Benachteiligung der CDP, da Gething in Rechnung hätte stellen müssen, dass sich ein Teil der ehemaligen Zentrumsmitglieder der neuen CDP zuwenden würde.“⁵² Es wird gemutmaß, dass die SPD ihre gute Berücksichtigung der Fürsprache von Landrat und späteren Oberkreisdirektor August Günther, einem langjährigen Sozialdemokraten, zu verdanken hatte⁵³.

Tatsächlich fühlte sich die CDP benachteiligt. Am 13. November 1945 protestierte Boelitz schriftlich bei Landrat Günther. Die CDP fühlte sich nicht ausreichend vertreten und forderte baldige Wahlen⁵⁴. Der Landrat sah das anders. Er antwortete kurz und knapp mit der Bemerkung, dass „in keiner Weise der Verdacht einer Benachteiligung dieser Partei auftreten“ könne⁵⁵.

Dem Kreistag gehörten zwanzig Vertreter aus Soest, sieben aus Werl und zweiundzwanzig aus den Dörfern des Kreises an. Für die CDP wurden aus Soest Heinrich Schrot, Carl Voswinckel, Wilhelm Lübke, Gustav Deimann und August Müller berufen. Wilhelm Fortmann aus Ampen und Alfred Pagels (Ostönnen) wurden ebenfalls als Mitglieder des Kreistages ernannt⁵⁶. Den Fraktionsvorsitz nahm August Müller ein. Der ernannte Kreistag trat am 3. Dezember 1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen⁵⁷.

Der ernannte Stadtrat trat in Soest am 21. November 1945 erstmals zusammen. Ihm gehörten neben zwölf Vertretern der CDP zehn Sozialdemokraten, fünf Abgeordnete der KPD und ein Mitglied des Zentrums an. Aus den Reihen der CDP wurden Josef Bernholz, Dr. Adolf Korn, Wilhelm Kunz, Egon Ludewig, Hermann Meemken, August Müller, Heinrich Münstermann, Hermann Roloff, Otto Schmidt, Heinrich Schulte, Hermann Stracke und Max Trost in den ernannten Stadtrat berufen⁵⁸.

Schon unmittelbar nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Soest war der Sozialdemokrat Franz Becker als Bürgermeister eingesetzt worden. Becker war damit Chef der Verwaltung und zugleich Vorsitzender des Rates. Becker hatte sein Amt als Verwaltungschef im „Benahmen“ mit der Militärregierung auszuüben⁵⁹.

52 Möller (wie Anm. 4), S. 234. Auch Weller sieht die CDP benachteiligt. Nach seinen Berechnungen hätte die CDP rund 46 % der Mandate erhalten müssen, erhalten hat sie aber lediglich 38 %; Weller (wie Anm. 2), S. 117.

53 Ebd., S. 119.

54 Schreiben vom 13. November 1945 an Landrat Günther. KrAS, Bestand Altkreis Soest Nr. 4592.

55 Schreiben vom 21. November 1945 an Boelitz, ebd.

56 Weller (wie Anm. 2), S. 269.

57 Vgl. ebd., S. 121.

58 StAS, A 2914, Ratswahlbuch, S. 229.

59 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1942-1948 (Soester wiss. Beiträge. 4). Soest 1951, S. 45.

Im Januar 1946 nahm die britische Besatzungsmacht für die kommunale Ebene eine gravierende Neuordnung vor. War der Landrat bzw. Bürgermeister bisher Chef der Verwaltung und politischer Repräsentant in einer Person, so sollte er künftig nur noch Vorsitzender des Kreistages bzw. Stadtrates sein und somit die politische Leitung des Kreises bzw. der Stadt verkörpern. Als Chef der Verwaltung sollte ein Kreis- bzw. ein Stadtdirektor agieren. Ziel war es, auf kommunaler Ebene die Verwaltung und die Politik zu trennen⁶⁰.

Am 29. Januar 1946 erläuterte der Militärkommandant den Kreistagsmitgliedern die wesentlichen Aufgaben des Landrates nach der Reform der Verwaltungsführung. Der Kreistag wählte mit allen Stimmen, mit Ausnahme der KPD, den CDU-Politiker Senator a. D. Hubertus Schwartz zum Landrat. Da er bis zu diesem Zeitpunkt gar nicht Mitglied des Kreistages war, hatte ihn der Militärkommandant kurzerhand zum Kreistagsabgeordneten erklärt. Zum Leiter der Verwaltung bestimmten die Kreistagsmitglieder per Akklamation den bisherigen Landrat Günther⁶¹.

Hubertus Schwartz ließ sich von seiner Partei zur Kandidatur bitten und formulierte drei Bedingungen an seine Parteifreunde: Er übe das Amt nur bis zur ersten Kreistagswahl aus; falls er der Eindruck gewinne, die Arbeitsbelastung sei zu groß, dann dürfe er das Amt niederlegen. Außerdem ließe er sich zum ehrenamtlichen Bürgermeister der Stadt Soest wählen, sobald die Möglichkeit dazu bestehe⁶².

In der Stadt Soest wurde die Trennung von Verwaltungsleitung und politischer Repräsentanz am 14. März 1946 vollzogen. Das einstimmige Votum des Stadtrates für das Bürgermeisteramt fiel auf den CDU-Politiker August Müller. Der bisherige Bürgermeister Franz Becker wurde – ebenfalls einstimmig – zum Chef der Verwaltung (Stadtdirektor) gewählt.

Die ersten Kommunalwahlen

Im Frühjahr 1946 ordnete die britische Militärregierung die ersten Kommunalwahlen an. Als Termin für die Wahl der Stadträte wurde der 15. September 1946 und für die Wahl der Kreistage der 13. Oktober 1946 festgelegt.

Die CDU setzte für die Kandidatenkür eigens eine Kommission ein. Der Vorstand entschied am 25. Juli im Mönchshof über die Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl⁶³.

Die Christdemokraten eröffneten den Wahlkampf am 11. August mit einer Kundgebung in der Lichtburg. Als Redner traten Gesekes Bürgermeister und CDU-Gründungsmitglied Aloys Feldmann und Dr. Artur Sträter auf. Die Versammlung stand unter dem Motto „Wer übernimmt Verantwortung für Deutschlands Wiederaufbau?“⁶⁴

60 Teppe (wie Anm. 12), S. 315.

61 Weller (wie Anm. 2), S. 143ff.

62 Gerhard Köhn: Wortbruch und andere „Unfreundlichkeiten“. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest 38 (2008), S. 13-18, hier S. 14.

63 Verhandlungsniederschrift über die Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 25. Juli 1946 im Mönchshof. ACDP 02-075-003/1.

64 Westfalenpost vom 9. August 1946 und vom 13. August 1946.

In der Folgezeit berichtete die Westfalenpost über 38 Wahlkampfveranstaltungen der CDU im gesamten Kreisgebiet. Im Mittelpunkt standen dabei weniger kommunale Themen, sondern allgemeine, grundsätzliche Fragestellungen. Die Vortrags- und Diskussionsthemen lauteten „Volk in der Entscheidung“⁶⁵, „Neue Ziele – Neue Wege“⁶⁶, „Warum Politik auf christlicher Grundlage?“⁶⁷, „Warum wollen wir ein christlich-demokratisches Deutschland?“⁶⁸ oder auch „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“⁶⁹, um nur einige Überschriften der Reden zu nennen. Es wurden aber auch die Schulpolitik, die Bodenreform und Integration der Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer thematisiert.

Als Redner traten bei den CDU-Veranstaltungen sowohl lokale Persönlichkeiten, wie der Kreisvorsitzende Dr. Otto Boelitz, Dr. Artur Sträter, Kreisgeschäftsführer Georg Lahme oder Schriftleiter Edmund Pesch, auf wie auch überregionale Personen. Hier sind Recklinghausens Oberbürgermeister Wilhelm Bitter, der ehemalige Zentrumsabgeordnete Paul Schamer, Olpes Landrat Josef Schrage und Maria Seve-nich, Generalsekretärin der CDU für Groß-Hessen, beispielhaft zu nennen.

Am Sonntag, dem 8. September 1946, nutzte die CDU den Festakt zum einjährigen Jubiläum in der Lichtburg zur Vorstellung der Kandidaten für die Stadtverordneten-Versammlung⁷⁰.

Mit dem Ergebnis der Wahlen konnten die Christdemokraten durchaus zufrieden sein⁷¹. Kreisweit erhielt die CDU bei den Gemeinderatswahlen am 15. September von den abgegebenen 147.817 Stimmen 62.360, was einem Stimmenanteil von 42,2 Prozent entsprach. Die SPD erhielt 37.264 Stimmen (25,2 Prozent). Das Zentrum verbuchte 22.914 Stimmen (15,5 Prozent). Mit 4.863 Stimmen (3,3 Prozent) blieb die KPD weit abgeschlagen. 13,8 Prozent der Stimmen (20.416) konnten unabhängige Kandidaten auf sich vereinen.

In der Stadt Soest fiel das Ergebnis für die CDU noch besser aus. Sie wurde deutlich stärkste Partei. Von 57.582 Stimmen konnte sie 29.774 Stimmen auf sich vereinen, das waren 51,7 Prozent. Die SPD erhielt 17.755 Stimmen (30,8 Prozent), das Zentrum wurde mit 7.193 Stimmen (12,5 Prozent) drittstärkste Kraft und auf die KPD entfielen 2.860 Stimmen, was 5,0 Prozent entsprach. Von den 24 Ratsmitgliedern stellte die CDU 19, die SPD 4 und das Zentrum 1. Zur Erinnerung: Dem ernannten Stadtrat gehörten nur 12 CDU-Vertreter, dafür aber 10 Sozialdemokraten und 5 Kommunisten an.

Das komplizierte Wahlsystem, eine Mischung aus dem britischen System der Mehrheitswahl und einem Verhältnisausgleich über Reservelisten, bevorzugte in diesem Fall die CDU⁷². Fast 80 Prozent der gewählten Stadtverordneten hatten für

65 Westfalenpost vom 16. August 1946.

66 Ebd.

67 Westfalenpost vom 23. August 1946.

68 Ebd.

69 Westfalenpost vom 30. August 1946.

70 Westfalenpost vom 6. September 1946.

71 Zu den Wahlergebnissen vom 15. September 1946 siehe Westfalenpost vom 17. September 1946, zu dem Wahlergebnis vom 13. Oktober 1946 siehe Weller (wie Anm. 2), S. 137.

72 Möller (wie Anm. 4), S. 74.

die CDU kandidiert, obwohl die Partei „nur“ 51,7 Prozent der Stimmen erhielt. Der ernannte Stadtrat hatte das Kräfteverhältnis besser abgebildet als das Resultat der Gemeinderatswahl.

Für die CDU zogen in den Rat der Stadt Soest Josef Bernholz (Eisenbahnarbeiter), Josef Bögge (Dreher), Franz Goedecke (Bauunternehmer, ehemaliger Vorsitzender der 1920 gegründeten Reichspartei des deutschen Mittelstandes, ab 1925 Mittelstandspartei), Walter Klemann (Regierungsinspektor), Dr. Adolf Korn (Studienleiter), Wilhelm Kunz (Beigeordneter a. D.), August Müller (Malermeister und Kreishandwerkermeister), Fritz Müller (Bauunternehmer), Heinrich Münstermann (Bauer), Bruno Pickel (Apotheker und Eigentümer der Adler-Apotheke), Hermann Roloff (Schmiedemeister), Ferdinand Saurbier (Bäcker- und Konditormeister), Wilhelm Scheffer (Installationsmeister), Dr. Leonard Schmidt (Zahnarzt), Elisabeth Schmitz (Lehrerin), Wilhelm Schrage (Ingenieur), Dr. Hubertus Schwartz (Senator a. D.), Gertrud Steinhausen (Hausfrau) und Wilhelm Tometten (Studienrat) ein⁷³. Zum Fraktionsvorsitzenden bestimmt die Fraktion Dr. Adolf Korn. Was die berufliche Tätigkeit der Soester CDU-Ratsmitglieder betraf, kann man feststellen, dass sie einen Querschnitt der Gesellschaft abbildeten. Frauen waren noch immer eindeutig unterrepräsentiert.

Im Kreisvorstand zeigten sich der Kreisvorsitzende Dr. Boelitz und Kreisgeschäftsführer Lahme erfreut und stolz über das Ergebnis⁷⁴.

Wenige Wochen nach den Gemeinderatswahlen fand die Kreistagswahl statt. Zwei Tage vor der Kreistagswahl, am 11. Oktober, veröffentlichte die CDU ihre kommunalpolitischen Ziele in der Westfalenpost: „Die CDU will: Lösung der Kreisaufgaben in sozialem, demokratischem und christlichem Geist. Gerechte Versorgung für Kriegsgeschädigte und Kriegshinterbliebene. Arbeits- und Schulungsmöglichkeiten für zurückkehrende Kriegsgefangene. Abwendung des Elends von der durch den Frauenüberschuß zum Verzicht auf Frauen- und Mutterschaft verurteilten Frauen. Nicht durch Programm, sondern durch Persönlichkeiten, hinter denen der Geist christlicher Nächstenliebe als Triebfeder steht, können diese Fragen gelöst werden. Die Männer und Frauen der CDU bieten die Gewähr dafür. Darum: Gebe jeder seine Stimme der CDU!“⁷⁵

Insgesamt waren am 13. Oktober 1946 42 Kreistagsmitglieder zu wählen, 33 in Wahlkreisen und 9 über die Reserveliste. Die Wahlbeteiligung lag bei 70 Prozent. Auch aus dieser Wahl ging die CDU als stärkste Partei hervor. Sie erhielt mit 49,58 Prozent jede zweite Stimme. Auf die SPD entfielen 27 Prozent. Es folgte das Zentrum mit 21 Prozent. Die KPD konnte lediglich 2 Prozent Zustimmung verbuchen. In Mandaten ausgedrückt bedeutete das Wählervotum: 29 Kreistagsmitglieder für die CDU (25 in Wahlkreisen, 4 über die Reserveliste), 9 Mandate für das Zentrum (8 in Wahlkreisen, 1 über die Reserveliste), die SPD erhielt ihre 4 Mandate gänzlich über die Liste⁷⁶.

73 Deus (wie Anm. 59), S. 47.

74 Westfalenpost vom 27. September 1946.

75 Westfalenpost vom 11. Oktober 1946.

76 Weller (wie Anm. 2), S. 137.



Mitgliedsausweis Fritz Schreiber, 1946

Auch bei der Zusammensetzung des neuen Kreistages verzerrte das Wahlsystem den Wählerwillen. Jede zweite Stimme hatte die CDU erhalten, sie stellte aber fast 70 Prozent der Kreistagsmitglieder. Noch deutlichere Verschiebungen waren zwischen SPD und dem Zentrum zu verzeichnen. Obwohl die SPD fast 7.000 Stimmen mehr erhielt als das Zentrum, war sie im Kreistag mit vier Abgeordneten schlechter vertreten als das Zentrum, das mit neun Kreistagsmitgliedern mehr als doppelt so viele Volksvertreter in den Kreistag entsandte.

Für die CDU zogen aus Soest in den Kreistag ein: Hubertus Schwartz (Senator a. D.), Bruno Pickel (Apotheker), Heinrich Sändker (Sparkassenangestellter), August Müller (Malermmeister), Hermann Roloff (Schmiedemeister), Anna Brüggemann

(Hausfrau), Carl Voswinckel (Versicherungs-Generalvertreter), Franz Goedecke (Bauunternehmer), Eberhard Romberg (Mühlenbesitzer), Josef Majonica (Bauunternehmer) sowie aus Meiningsen Ernst Blumendeller (Landwirt), aus Ampen Wilhelm Fortmann (Anstreichermeister) sowie aus Ostönnen Alfred Pagels (Lehrer)⁷⁷. Auch in der Vorstandssitzung nach der Kreistagswahl zeigte sich die Parteispitze mit dem Ergebnis zufrieden⁷⁸.

Trotz der Wahlerfolge gab es unmittelbar nach der Stadtratswahl Unstimmigkeiten bei der CDU. Als sich Schwartz im Januar 1946 bereit erklärt hatte, für das Amt des Landrates zu kandidieren, hatte er u.a. als Bedingung formuliert, dass er Bürgermeister von Soest würde, sobald die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters anstehe. Obwohl die CDU über eine deutliche Mehrheit im Stadtrat verfügte, erfüllte sie die Zusage an Schwartz nicht. Stattdessen wurde August Müller am 4. Oktober als Bürgermeister in seinem Amt bestätigt⁷⁹.

Schwartz zeigte sich tief enttäuscht und brachte seine Verärgerung in einem Brief am 7. Oktober an Bürgermeister Müller zum Ausdruck: „Jetzt ist die Wahl der neu-

77 Ebd., S. 269f.

78 Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstandes vom [18.] Oktober 1946. ACDP 02-075-003/1.

79 Deus (wie Anm. 59), S. 47.

en Stadtverordnetenversammlung erfolgt. Sie besteht in maßgebenden Persönlichkeiten aus den gleichen Männern, die damals, als mir die Zusicherung gegeben wurde, den Vorstand der Partei bildeten. Die mir damals gegebene Zusage aber ist nicht gehalten worden, man hat mich nicht zum Bürgermeister gewählt. Damit hat meine eigene Partei mir das schärfste Misstrauensvotum ausgesprochen, das überhaupt möglich ist [...] Soviel ist sicher, dass unter diesen Umständen für mich ein Mitarbeiten für das Gedeihen der Stadt Soest unmöglich geworden ist.“⁸⁰ Tatsächlich legte der Senator a. D. noch am gleichen Tag sein Ratsmandat nieder. Ihm folgte Ernst Majonica sen.⁸¹

Artur Sträter wird neuer Vorsitzender in Stadt und Kreis

Schon wenige Tage nach der Kreistagswahl kam es in den Ämtern der Vorsitzenden der Kreis-CDU und der CDU-Ortsunion Soest zu einem Wechsel. Dr. Otto Boelitz, der bisher die Funktionen in Personalunion innehatte, legte die Vorsitze nieder. Er gab an, sich verstärkt seiner Aufgabe in der Landes-CDU widmen zu wollen. Auch sein Stellvertreter in den beiden Ämtern, August Müller, trat zurück. Seinen Rücktritt begründete er damit, dass er mehr Zeit für seine kommunalpolitische Funktion als Bürgermeister haben wolle. Artur Sträter folgte Boelitz im Vorsitz sowohl bei der Kreis-CDU als auch bei der Orts-CDU. Stellvertretender Vorsitzender der Ortspartei wurde Ernst Majonica sen., auf Kreisebene nahm diese Aufgabe Josef Schetter aus Werl wahr. Majonica übernahm zudem im Kreis die neu geschaffene Aufgabe als „geschäftsführender Vorsitzender“⁸². Der neue Vorsitzende kam schon wenige Monate nach der Übernahme des Vorsitzes zu weiteren politischen Ehren. Als im Dezember 1946 die Landesregierung umgebildet wurde, stand mit Sträter auch ein Soester auf der Kabinettsliste. Der Rechtsanwalt übernahm das Justizministerium⁸³.

Sträter war vor dem Krieg politisch nicht in Erscheinung getreten. Er wurde 1902 in Altenvoerde geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Soest absolvierte er kurzfristig eine Banklehre. Nach einem Jura-, Musik- und Theaterwissenschaftsstudium an den Universitäten in München und Münster wirkte er in Soest als Rechtsanwalt. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde er an der Ausübung seines Berufes gehindert. Er war Kriegsteilnehmer und geriet in Kriegsgefangenschaft. Ab 1945 arbeitete er in Soest wieder als Rechtsanwalt und Notar. Seit der Gründung der CDP gehörte er deren Vorstand in Soest an. Zudem war Sträter Verleger der Westfalenpost.

80 Schreiben von Schwartz an Müller vom 7. Oktober 1946. ACDP 02-75-004/1.

81 Deus (wie Anm. 59), S. 47.

82 Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstandes am [18.] Oktober 1946, ACDP 02-75-003/1.

83 Peter Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner Parlamentarischen Demokratie. Siegburg 1973, S. 239f.

Ein enges Verhältnis: Die CDU und die Westfalenpost

Zur Wiederbelebung des öffentlichen Lebens gehörte auch, dass wieder Zeitungen erschienen. Die britische Besatzungsmacht favorisierte als Lizenzträger Persönlichkeiten, die die politische Meinung einer Partei vertraten⁸⁴. Altverleger wurden vom Lizenzierungsverfahren ausgeschlossen⁸⁵. Zunächst hatte die britische Militärregierung mit dem Gedanken gespielt, Otto Boelitz die Lizenz für die Herausgabe der Westfalenpost zu erteilen⁸⁶.

Boelitz hatte sich schon früh für eine Zeitung für den Kreis Soest eingesetzt. So berichtete er am 9. Oktober 1945 an den Vorsitzenden der CDP Westfalen, er habe mit den britischen Besatzern Kontakt aufgenommen und erreichen können, dass es für den Kreis Soest eine eigene Zeitung geben werde. Geplant war ursprünglich eine Zeitung für Hamm und die Kreise Soest und Unna. Sein Gesprächspartner, Oberst Dilke, habe ihm aber abschließend erklärt, „daß wir im Kreise unser eigenes Blatt behalten würden [...] Ausschlaggebend war schließlich die Erwägung, die ich vortrug, daß wir als politische Partei auf der Kreisgrundlage natürlich die Bevölkerung unseres Kreises individuell erfassen müßten.“⁸⁷

Boelitz erhielt jedoch die Lizenz nicht, da der ehemalige preußische Kultusminister vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten Mitglied des Ibero-Amerikanischen Clubs war. Der Club galt bei den Briten als Unterstützer faschistischer Regime in Südamerika⁸⁸. Die Lizenz für die Westfalenpost ging schließlich an dessen Schwiegersohn Dr. Artur Sträter⁸⁹.

Am 26. April 1946 war es dann so weit. Die Westfalenpost erschien in Soest. Schon an den Grußworten, die in der ersten Ausgabe abgedruckt wurden, lässt sich deutlich die parteipolitische Richtung ablesen. Sie stammten von dem Vorsitzenden des CDU-Zonenausschusses, Dr. Konrad Adenauer, vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU in der Britischen Zone, Dr. Friedrich Holzapfel, und von Johannes Gronowski, dem Vorsitzenden der CDU Westfalen⁹⁰.

Auffällig ist auch, dass ab Juli 1946 die CDU-Kreisgeschäftsstelle die gleiche Anschrift trug, wie die Geschäftsstelle der Westfalenpost, nämlich Puppenstraße 1. Die CDU machte sich für die Westfalenpost stark, als ihr die Auflage der WP als zu gering erschien. Im Juni 1946 hatte der CDU-Kreisvorstand mit einer Entschließung gefordert, die Auflage der Westfalenpost zu erhöhen. Die WP habe lediglich eine Auflage von 8.000 Exemplaren, notwendig seien 15.000-18.000. Gleichzeitig würde der Kreis Soest mit „Blättern der SPD und KPD geradezu überschüttet“⁹¹.

84 Heitzer (wie Anm. 11), S. 338f.

85 Sabine Bock: 150 Jahre Der Patriot – Geschichte einer Zeitung (Lippstädter Spuren. 13). Lippstadt 1998, S. 133.

86 Weller (wie Anm. 2), S. 118.

87 Schreiben von Boelitz vom 9. Oktober 1945 an Lensing. ACDP 03-002-049/1.

88 Weller (wie Anm. 2), S. 118; vgl. auch den Beitrag von Martin Hückebrink in diesem Band.

89 Bock (wie Anm. 85), S. 133.

90 Westfalenpost vom 26. April 1946.

91 Entschließung des CDU-Kreisvorstandes vom 16. Juni 1946. ACDP 03-002-100/1.

Als die Christdemokraten am 11. August 1946 ihren Wahlkampf eröffneten, gehörte zu den Rednern auch der Lizenzträger der Westfalenpost, Dr. Artur Sträter.

Ein gutes Jahr nach der Gründung – eine erste Bilanz

Schon ein Jahr nach ihrer Gründung war die neue Partei nicht nur akzeptiert, sondern als stärkste politische Partei auch etabliert. Bei den Wahlen konnte sie jede zweite Stimme für sich verbuchen. Die Repräsentanten aus Partei und Fraktion bildeten ein breites berufliches Spektrum ab und waren damit ein Angebot an große Teile der Bevölkerung. Als christliche Union vereinte sie die beiden großen kirchlichen Konfessionen innerhalb der Partei. Die Konfessionszugehörigkeit der führenden Persönlichkeiten entsprach etwa der Konfessionszugehörigkeit innerhalb der Bevölkerung. Allerdings ist festzuhalten, dass die führenden Persönlichkeiten der Soester Union Protestanten waren: Boelitz, Sträter und Schwartz. Von den ersten beiden Parteivorsitzenden, dem Landrat und dem Bürgermeister, war lediglich August Müller Katholik. Das unterschied die hiesige CDU von anderen CDU-Verbänden, die vielfach stärker katholisch geprägt waren.

Als treibende politische Kraft in der neuen Partei ist Dr. Otto Boelitz hervorzuheben, der mit seiner politischen Erfahrung die Geschicke der Partei lenkte.

Im ersten Jahr ihres Bestehens gab es eine starke Vermischung der Partei auf Kreis- und Stadtebene. So wurde zu einer „Gründungsversammlung“ eingeladen – offen ließ die Einladung, ob es sich dabei um eine Gründung auf Stadt- oder Kreisebene handelte. Boelitz und Sträter, die beiden ersten Vorsitzenden der CDU bzw. CDP, fungierten als Orts- wie auch als Kreisvorsitzende.

Vor der NS-Herrschaft war das Zentrum im Kreis Soest stärkste Partei gewesen. In der Nachkriegszeit und danach nahm die CDU diese Stellung ein. Nicht nur auf Kreisebene sondern auch in der Stadt Soest konnte sie während der überwiegenden Zeitspanne die Führungsämter besetzen.

Die neue Partei, die sich seit ihrer Gründung als Brücke zwischen den Konfessionen und den Schichten verstand, hatte sich am Ort und im Kreis etabliert.

MARTIN HUCKEBRINK

DIE SOESTER PRESSELANDSCHAFT VON 1945 BIS 1950

Die folgenden Ausführungen beschreiben die Presselandschaft in Soest in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1945 bis 1950. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Gründung der „Westfalenpost“ (WP) in Soest als britischer Lizenzzeitung für den südwestfälischen Raum. Die Gründungsphase der WP wird eingebettet in die Darstellung des Soester Zeitungsmarktes vor dem Hintergrund der alliierten Pressepolitik.

1. Die Soester Presse am Ende des Zweiten Weltkriegs

Durchhalteparolen bis zuletzt: „Zäher Widerstand gefährdet Feindpläne“, titelte der Soester Anzeiger am Dienstag, 3. April 1945. „Jetzt ist jeder Tag wichtig – Warum wir uns bis zum letzten wehren“, lautete die Unterzeile der nur noch zwei Seiten umfassenden Ausgabe¹. Sie war eine der letzten, die an die Abonnenten ausgeliefert wurde. Mit der Ausgabe vom 4./5. April lief die letzte Nummer der Soester Heimatzeitung – sie bestand nur noch aus einer Seite – über die Flachdruckpresse.

Am Abend des 6. April nahmen die Amerikaner das vom Bombenangriff am 6. Dezember 1944 schwer gezeichnete Soest ein. Das Oberkommando der Wehrmacht unterzeichnete am 8. Mai die bedingungslose Kapitulation. Deutschland war besiegt und sollte nie wieder zum Gefahrenherd für den Frieden werden. Entnazifizierung und Umerziehung hatten sich die Alliierten deshalb auf die Fahnen geschrieben. Die Presse sollte eine entscheidende Rolle bei der Herausforderung spielen, die Deutschen zu Demokraten zu machen.

2. Grundlagen der alliierten Pressepolitik

Doch bevor es an den Aufbau einer neuen Presse ging, war erstmal der totale „Blackout“ angesagt. Im Gesetz Nr. 191 vom 12. Mai 1945 hatte die Militärregierung minutiös aufgelistet, was alles verboten war. Auf der langen Liste standen auch die Zeitungen: Kein Blatt durfte mehr erscheinen².

Die Psychological Warfare Division (PWD/ SHAEF) der Militärregierung hatte bereits während des Krieges an einem Konzept für den Wiederaufbau der deutschen Presse gearbeitet. Die Press Control Section hatte Vorbereitungen für das Erscheinen von Zeitungen für die deutsche Bevölkerung getroffen. Die herausragende Persönlichkeit beim Wiederaufbau einer Presse für die deutsche Bevölkerung war Hans

1 hrh (= Hans Rudolf Hartung): „Ein einziges Blatt vor dem Zusammenbruch“. In: 150 Jahre Soester Anzeiger, Jubiläumsausgabe vom 11. Juni 1998, S. 23.

2 Vgl. Rüdiger Liedtke: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945. Berlin 1982, S. 228f..

Habe, der 1911 als János Békessy in Budapest das Licht der Welt erblickt hatte. Er floh vor den Nazis, trat 1942 in die US-Army ein und wurde dort Ausbilder in psychologischer Kriegsführung.

Die Presseleute ließen keine Zeit verstreichen: Bereits am 24. Januar 1945 – also Monate vor der bedingungslosen Kapitulation – erschien nach der Einnahme von Aachen durch die US-Armee bereits die erste Ausgabe der neuen „Aachener Nachrichten“.

Als Ziel hatte die PWD die „Installierung einer Presse formuliert, die mächtig genug sein sollte, sich gegen jede Art von staatlicher Bevormundung und Gleichschaltung sowie gegen Konzentrationstendenzen und eventuelle Rechtsansprüche von Altverlegern wehren zu können“³.

Zwar waren sich die Alliierten im Grundsatz einig, wenn es um den Umgang mit den Altverlegern ging, doch bei der Zulassungspraxis für neue, von Deutschen herausgegebene Zeitungen traten schnell Unterschiede zutage. Den größten Gegensatz bildete die von der Sowjetunion in ihrer Zone verfolgte Linie zur Pressepolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Doch auch unter den Westmächten gab es entscheidende Akzentuierungen, die die Ausrichtung der neuen Zeitungen prägten und bis heute nachwirken.

Die Amerikaner lehnten die Generalanzeiger- und Heimatpresse, die die Medienlandschaft der Weimarer Republik dominiert hatte, ab. Diese Zeitungen hatten sich aus ihrer Sicht nicht als Stützpfeiler einer demokratischen Ordnung erwiesen und wurden deshalb für den Aufbau des neuen Staates als ungeeignet angesehen.

Die USA wollten in ihrer Zone verhindern, dass eine parteigebundene Presse wiederentstand, die die Weimarer Republik publizistisch geprägt hatte. 1932 waren nämlich 32 Prozent der deutschen Zeitungen Parteiblätter. 70 Prozent der 4700 Tageszeitungen waren Kleinstzeitungen mit einer Auflage von unter 5000 Exemplaren.

Wie hoch die Auflage des „Soester Anzeigers“ Anfang der dreißiger Jahre war, ist nicht bekannt. In seinem Sonderdruck „150 Jahre Soester Anzeiger“ vom 11. Juni 1998 gibt der Verlag für 1894 eine Auflage von 2.300 Exemplaren an. Er macht dann einen direkten Sprung ins Jahr 1937. Damals wurden jeden Tag 9.400 Zeitungen gedruckt.

Nach dem „Blackout“ und der Phase der alliierten Zeitungsgründungen bildete die Herausgabe von Zeitungen durch Deutsche die dritte Phase des Neuaufbaus. Wer eine Zeitung auf den Markt bringen wollte, brauchte dafür aber eine Lizenz der Militärbehörden.

Die Amerikaner vergaben in ihrer Zone die Lizenzen für neue Zeitungen an so genannte „Panels“⁴. Dabei handelte es sich um mehrere Lizenzträger für jeweils eine neue Zeitung. Diese Lizenzträger sollten jeweils das gesamte Spektrum der antifaschistischen Kräfte spiegeln. So kam es zu sehr heterogenen und teilweise konfliktträchtigen Konstellationen.

Die Briten schlugen dagegen in ihrer Zone, in der auch Soest lag, einen anderen Weg ein. Statt eine Lizenz an ein politisch bunt gemischt besetztes Gremium zu vergeben, bevorzugten sie eine parteigebundene Presse.

3 Ebd., S. 16.

4 Ebd., S. 189ff.

3. *Alliierte Mitteilungsblätter in Soest*

Doch bis es die erste Lizenzzeitung in Soest gab, verging fast ein Jahr. Denn nach dem verordneten totalen „Blackout“ markierten zunächst die Mitteilungsblätter der Alliierten die zweite Phase des Wiederaufbaus der deutschen Presse.

Am 20. Juli 1945 – auf den Tag genau ein Jahr nach dem Attentat auf Hitler und gut drei Monate nach dem Erscheinen der letzten Anzeiger-Ausgabe – erschien in der Rocholschen Buchdruckerei W. Jahn Soest die erste Nummer des „Mitteilungsblattes für den Kreis Soest“ mit dem Untertitel: „Herausgegeben mit Genehmigung der Alliierten Militär-Regierung“. Die Geschäftsstelle befand sich in der Jakobistraße 46, also im Haus des Soester Anzeigers.

15 Reichspfennige mussten die Soester für das nur zwei Seiten starke Mitteilungsblatt bezahlen. Es erschien einmal pro Woche. Zu lesen waren kurze Nachrichten aus der Stadt. Berichtet wurde zum Beispiel, dass die Straßennamen geändert wurden – Adolf Hitler, Horst Wessel oder die SA verschwanden von den Schildern. Dass die Schulen bald wieder öffnen sollten, wurde ebenso angekündigt wie der Beginn des „Großreinemachens“ in der Stadt. In der zweiten Ausgabe waren die bisher wieder zugelassenen Telefonanschlüsse aufgelistet. Aus dem Mitteilungsblatt erfuhren die Soester am 18. Mai 1946 auch, wer im zehnköpfigen Entnazifizierungsausschuss des Kreises Soest saß.

Die Rocholsche Buchdruckerei kündigte in der Ausgabe vom 27. Juli 1945 an, dass das Mitteilungsblatt und die „Neue Westfälische Zeitung“ ab August per Boten zugestellt werden sollten. Die „Neue Westfälische“ wurde beim Verlag Holterdorf in Oelde („Die Glocke“) gedruckt und war neben der „Ruhr-Zeitung“ aus Dortmund eine vom britischen Militär herausgegebene Zeitung für die deutsche Bevölkerung. Ihr publizistischer Anspruch ging über den der Mitteilungsblätter hinaus. Bei diesen Zeitungen arbeiteten auch deutsche Journalisten. So schrieb der spätere WP-Chefredakteur Edmund Pesch für die „Ruhr-Zeitung“:

Ab Nummer 5 firmierte das in Soest erscheinende Mitteilungsblatt unter einem neuen Titel. Es hieß jetzt „Amtliche Bekanntmachungen – Official Notices“. Breiten Raum nahm jede Woche die tabellarische Auflistung der aktuellen Lebensmittelzuteilung ein⁵. Das Blatt bot also kompakte Informationen mit unmittelbar praktischem Nutzwert.

Kl. Hilse bemerkte dazu in seiner „Soester Chronik“ für die Jahre 1945-1949: „Was wir erhalten, wird wöchentlich in den ‚Amtlichen Mitteilungsblättern‘ für den Kreis Soest [sic!] veröffentlicht. Wer in künftigen besseren Zeiten über unsere Not etwas nachlesen will, kann hier finden, was wir bekommen.“⁶

Das Blatt war bis zum Wiederscheinen des „Soester Anzeigers“ am 1. Dezember 1949 auf dem Markt. Der Untertitel „Official Notices“ fiel ab Nummer 37/1947 weg. Die „Amtlichen Bekanntmachungen“ waren jedoch keine vollwertige Zeitung. Sie

5 Das in Soest erschienene Mitteilungsblatt befindet sich unter der Signatur A 10 im Stadtarchiv Soest.

6 Hilses Zeitzeugenbericht befindet sich im ebenfalls Bestand des Stadtarchivs Soest, D Hs 4: Kl. Hilse: Soester Chronik 1945-1949 [Tagebuchaufzeichnungen, masch.-schr.], Zitat vom 10.10.1946, S. 58.

dienten lediglich als Verlautbarungsorgan der Militärregierung und der Stadtverwaltung. Zudem enthielten sie Kleinanzeigen, die den Mangel an den einfachsten Dingen des Alltags spiegelten („Suche Regenmantel“).

Das Mitteilungsblatt bot der Rocholschen Buchdruckerei W. Jahn die Chance, den Kontakt zu vormaligen Lesern seines verbotenen „Soester Anzeigers“ zu halten. In der ersten Ausgabe des Anzeigers am 1. Dezember 1949 dankten Verlag und Schriftleitung folgerichtig denen, „die sich während unseres unfreiwilligen Schweigens mit uns verbunden fühlten und die Treue hielten“.

4. Der Aufbau der Parteien in Soest und die Anfänge der neuen Presse

Der Aufbau der Parteien begann ab August 1945. In der Britischen Zone war der Aufbau der Presse mit dem Entstehen der neuen Parteienlandschaft unmittelbar verbunden.

Während die SPD auf ihre alten Strukturen zurückgreifen konnte, entstand die CDU als völlig neue politische Kraft⁷. Im von den Bomben verschont gebliebenen Hansa-Café in der Brüderstraße trafen sich am 15. September 1945 Rechtsanwälte, Handwerker und Kaufleute, um die neue Partei für Soest zu gründen. Initiator des Unternehmens war Dr. Otto Boelitz.

Der ehemalige preußische Kultusminister war von 1914 bis 1921 Direktor des Archigymnasiums gewesen. Der 69-Jährige verbrachte jetzt seinen Lebensabend in der

Stadt. Die Nazis hatten den früheren preußischen Landtagsabgeordneten der liberalen Deutschen Volkspartei (DVP) schon 1933 in den Ruhestand geschickt.

Die alte Hansestadt war ihm zur neuen Heimat geworden, weil seine Tochter Dorita seinen ehemaligen Schüler Dr. Artur Sträter geheiratet hatte. Der hatte sich als Rechtsanwalt in Soest niedergelassen und gehörte ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern der CDU des Kreises Soest. Wenige Tage vor der Gründungsversammlung in Soest waren Boelitz und Sträter am 2. September 1945 in Bochum dabei, als die Christlich-Demokratische Partei (CDP) Westfalens gegründet wurde. Der Parteineuling benannte sich wenig später in CDU um.



Dr. Otto Boelitz

⁷ Vgl. dazu den Beitrag von Guido Niermann in diesem Band.

Im Nachbarkreis Lippstadt wurde die neue Partei erst im November gegründet. Dort gehörte der Verleger Carl Laumanns zu den Männern der ersten Stunde. Seine Tageszeitung „Der Patriot“ durfte wie alle anderen Blätter der Altverleger nicht erscheinen. Laumanns machte sich aber Hoffnungen, sein Blatt als CDU-nahe Zeitung wieder herausbringen zu dürfen. Doch die Politik der Briten ging erstmal in eine andere Richtung: Die so genannten Altverleger, die sich nach Einschätzung der Besatzungsmacht allzu willfährig gegenüber den Nationalsozialisten verhalten hatten, sollten beim Aufbau der Presse keine Rolle spielen. Laumanns und der Soester Walter Jahn gehörten zu dieser Gruppe.

Die Grundlage der Lizenzvergabe für die neuen Zeitungen hatten die Alliierten im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 festgelegt. Die Presse-Lizenzierung war ein neues, bislang unbekanntes Verfahren. „Britische Politik ist, politische Zeitungen zu schaffen, um die Entwicklung des politischen Systems zu fördern“, verlautbarte die von der britischen Militärregierung gegründete neue Zeitung „Die Welt“ am 2. April 1946. In allen großen Städten sollten zwei oder mehr Zeitungen erscheinen, die die wichtigsten politischen Parteien vertreten sollten.

Die kleinen und kleinsten Lokalblätter der Weimarer Zeit wollten die Briten allerdings nicht wieder aufleben lassen. Die neuen Zeitungen sollten in einem größeren, jeweils von der Militärregierung festgelegten Gebiet erscheinen. Das Ruhrgebiet oder der südwestfälische Raum waren solche Erscheinungsgebiete.

Parteinah ja, aber kein Parteiblatt: „Es sollten politische Zeitungen sein, die sich an den Anschauungen der Parteien anlehnten, jedoch nicht abhängig von ihnen sein durften.“⁸ Genau in dieser feinen Nuancierung sollte der wesentliche Unterschied zu den Parteizeitungen der Weimarer Zeit liegen. Die Lizenzen sollten deshalb nicht direkt an eine Partei gehen, sondern an eine zuverlässige Persönlichkeit aus den Reihen der jeweiligen Partei. Die Parteien konnten dafür in der ersten Lizenzierungsphase geeignete Persönlichkeiten vorschlagen. Die erste Lizenz in ihrer Zone vergaben die Briten am 8. Januar 1946 für die SPD-nahe „Braunschweiger Zeitung“. Mit der Vergabe der Lizenzen begann auch in Soest ein neues Kapitel lokaler Pressegeschichte.

Mit welchen Zeitungen bekamen es die Leserinnen und Leser also ab 1946 zu tun?

Die demokratischen Parteien – einschließlich der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) – sollten nach dem Willen der Briten bei der Lizenzvergabe möglichst gleichmäßig berücksichtigt werden. Dieser Grundsatz spiegelte sich dementsprechend in einem vielfältigen lokalen Zeitungsangebot.

4.1 „Westfälische Rundschau“

Die „Westfälische Rundschau“ (WR) bekam als der SPD nahestehende Zeitung für Westfalen mit der Nummer 14 eine der ersten Lizenzen. Sie erschien am 20. März 1946 zum ersten Mal. Lizenzträger waren mit Paul Henßler, Heinrich Sattler und dem in Soest geborenen SPD-Politiker und Gewerkschaftsfunktionär Heinrich Sträter drei ausgewiesene Sozialdemokraten. In ihrer Berichterstattung fokussierte sich

8 Liedtke (wie Anm. 2), S. 193.

die „Westfälische Rundschau“ auf die Positionen der Sozialdemokratie und gab ihren Lesern bei den Wahlen die eindeutige Empfehlung, ihr Kreuzchen bei der SPD und deren Kandidaten zu machen. Die WR eröffnete in der Brüderstraße 8 ihre Lokalredaktion und produzierte in der Anfangszeit ein bis zwei Seiten als gemeinsame „Rundschau für die Kreise Soest und Lippstadt“.

Bis zur Ausgabe vom 31. Juli 1967 war die WR mit einer eigenen Lokalredaktion in Soest vertreten. Ab August 1967 stellte sie ihre Lokalteile für Soest, Lippstadt und Brilon aus wirtschaftlichen Erwägungen ein. Die Zeitung gehört heute genauso wie die WP zur Essener Mediengruppe WAZ und hat ihre Hauptredaktion in Dortmund.

4.2 „*Neuer Westfälischer Kurier*“

Auch das katholische Zentrum gehörte zu den Parteien, die mit parteinahen Zeitungen ausgestattet wurden. Die deutsche Zentrums Partei war am 14. Oktober 1945 in Soest neu gegründet worden. Zunächst in Hamm und später in der Villa Wulf in Werl befand sich die Zentralredaktion des „Neuen Westfälischen Kuriers“, der am 6. September 1946 auf den Markt kam. In der heimischen Region gab es in Warstein und Neheim Lokalredaktionen⁹. Lizenzträger waren der Rechtsanwalt und Notar Fritz Erhart, der Zentrumsolitiker Josef Weiser und als bekannteste Persönlichkeit die führende Zentrums-Politikerin Helene Wessel (1898-1969). Sie saß nach dem Austritt aus dem Zentrum und einer Zwischenstation bei der Gesamtdeutschen Volkspartei auch für die SPD im Bundestag. Wessel gehörte als Mitglied des Parlamentarischen Rates zu den „Müttern des Grundgesetzes“.

Die Zeitung erschien nur von 1946 bis 1949. Im Jahre 1949 mussten Verlag und Betrieb liquidiert werden. Der „Neue Westfälische Kurier“ war Nachfolger des „Westfälischen Kuriers“. Dieser war 1872 von der Familie Thiemann als katholisch ausgerichtete Konkurrenz des „Westfälischen Anzeigers“ aus Hamm gegründet worden. Ab 1949 gaben die Verlage Griebisch („Westfälischer Anzeiger“) und Thiemann gemeinsam den „Westfälischen Anzeiger und Kurier“ heraus. Der Zusatz „Kurier“ wurde in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts aufgegeben. In Soest hinterließ der „Neue Westfälische Kurier“ in seiner kurzen eigenständigen Erscheinungszeit offenbar keine tieferen publizistischen Spuren. Im Bestand des Stadtarchivs ist nur eine Ausgabe vom 15. Juni 1946 erhalten.

4.3 „*Westdeutsches Volks-Echo*“

In Soest vertreten war die in Dortmund herausgegebene KPD-Zeitung „Westdeutsches Volks-Echo“¹⁰. Die Existenz einer kommunistischen Zeitung mit Soester Lokalteil ist heute weitgehend vergessen. Die Zeitung hatte die Lizenz-Nummer 52 bekommen. Lizenzträger waren Max Wozniakowski, Willy Perk und Karl Vollmer.

9 Vgl. Vincent Berning: Der „Neue Westfälische Kurier“ (1946-1949). In: Werl, gestern – heute – morgen 12 (1995), S. 46-56.

10 Im Stadtarchiv Soest ist das Westdeutsche Volks-Echo ab Nr. 5 (21. Mai 1946) unter der Signatur A 21 vorhanden.

„Die Zeitung der Werktätigen für Ruhrgebiet-Westfalen“ war der Untertitel. Für Soest, Unna, Hamm und Beckum gab es einen gemeinsamen Lokalteil. Dessen Vignette auf der letzten Seite jeder Ausgabe zeigte links den Patrokli-Turm und rechts einen Förderturm. Die Lokalredaktion für die Ausgabe K – dazu gehörte auch Soest – befand sich in der Luisenstraße 5 in Hamm. Der Lokalteil für die weitläufige Region umfasste eine Zeitungsseite, gut ein Drittel davon war allerdings mit Anzeigen belegt.

Soester Themen waren im Volks-Echo unterrepräsentiert. Die Berichterstattung konzentrierte sich auf Hamm, Unna und Kamen, eine Region mit starker Arbeiterschaft, bei der die KPD politisch punkten wollte. Abgesehen von Meldungen aus dem Rathaus oder von der Polizei kam Soest in der Berichterstattung vor allem dann zum Zuge, wenn es nach Skandal roch. Als im Sommer 1946 eine Soesterin eine Leihbücherei eröffnete, obwohl ihr vom Entnazifizierungsausschuss jede Gewerbe genehmigung untersagt worden war, beklagte das Blatt die „Missachtung und Verhöhnung des Entnazifizierungsausschusses“¹¹.

Das „Volks-Echo“ erschien zunächst mit einer Auflage von 407 000 Exemplaren. Ende 1946 kürzte die Militärregierung die Auflage der kommunistischen Zeitung von zu diesem Zeitpunkt noch 234 000 auf 55 000 Exemplare. „Wir kommen wieder!“, titelten Verlag und Redaktion trotzig und nahmen am 30. Dezember 1946 Abschied von 150 500 Lesern – auch von denen in Soest. Die bekamen ab 4. Januar 1947 das ebenfalls kommunistische „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ geliefert. Neue Erscheinungstage waren Mittwoch und Samstag. Im Lokalteil wurden Paderborn, Warburg, Höxter, Lippstadt und Soest zu einem Redaktionsgebiet zusammengefasst. „Die örtlichen Verhältnisse können deshalb nicht in der früheren Breite erörtert werden“, gab die Redaktion in der ersten Ausgabe des Jahres 1947 zu. Soest fand folgerichtig in der Berichterstattung so gut wie nicht mehr statt. Mit der Ausgabe vom 23. August 1947 zog sich die kommunistische Zeitung schließlich ganz aus dem heimischen Raum zurück: „Mit Ablauf des Monats August verabschieden wir uns von unseren Lesern der Kreise Lippstadt und Soest.“

4.4 „Westfalenpost“

Wie die neue Partei CDU in der künftigen Zeitungslandschaft vertreten sein würde, war zunächst offen. Der Dortmunder Verleger Lambert Lensing war sicher, dass er die Lizenz für eine der CDU nahe stehende Tageszeitung für das Ruhrgebiet bekommen würde. Er führte daher bereits Gespräche über die Zusammensetzung der Chefredaktion. Stellvertretender Chefredakteur sollte Edmund Pesch werden¹². Wenige Tage vor der erwarteten Lizenzerteilung erfuhr Lensing jedoch, dass er nicht den Zuschlag bekommen würde. Grund für das Nein der Briten: Lensings Zeitung „Tremonia“ war während des Dritten Reiches nicht verboten. Sein Verlag fiel deshalb unter die allgemeinen Regelungen für die Altverlage. Er durfte also keine eigene Zeitung herausbringen. Die Briten wollten gemäß ihrer pressepolitischen Ausrich-

11 Ausgabe vom 23. Juli 1946.

12 Edmund Pesch: *Erinnern und Besinnen*. Aus einer schicksalsschweren Zeit, Köln 1983, S. 136.

tung auch für den südwestfälischen Raum eine neue, CDU-nahe Zeitung etablieren. Hierfür suchten sie nach geeigneten Lizenzträgern. Im Zuge dieser Suche seien sie an Dr. Otto Boelitz und Dr. Artur Sträter herangetreten, „Männer, deren kompromißlose Haltung gegenüber den Machthabern des Dritten Reiches bekannt war“, erinnerte sich Dorita Sträter¹³.

Dass die Lizenzerteilung an ihren Mann Dr. Sträter aber eine geradezu kuriose Vorgeschichte hatte, die schlaglichtartig zeigt, welche Zufälle in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch den Aufbau des Pressewesens bestimmten, erzählte Dorita Sträter später im kleinen Kreis. Hans Rudolf Hartung hat darüber ausführlich bei der Feier zum 60. Geburtstag der CDU im Kreis Soest am 8. Dezember 2005 berichtet¹⁴.

Weil er ein chronisches Magenleiden hatte, so Hartungs Wiedergabe des Gesprächs mit Dorita Sträter, wurde der Rechtsanwalt Dr. Artur Sträter während des Krieges als Wachmann im Oflag VI A am Meininger Weg eingesetzt. Hier wurden französische und auch einige belgische Offiziere in Kriegsgefangenschaft gehalten. Im Lager sprach Sträter eines Tages ein Belgier an, ob er den Schuldirektor Otto Boelitz kenne. „Er war an der Deutschen Schule in Brüssel mein Lehrer. Er soll später nach Soest versetzt worden sein.“ Natürlich erinnerte sich Sträter bestens an seinen ehemaligen Deutschlehrer. Dr. Otto Boelitz war zudem inzwischen sein Schwiegervater.

Nach Kriegsende saß Dr. Sträter in einem britischen Gefangenenlager und traf zufällig wieder auf den belgischen Offizier aus dem Oflag VI A. Der war inzwischen zur „Information Control“ der britischen Militärregierung abkommandiert worden und sollte zuverlässige und unbelastete Lizenzträger für die geplanten neuen Zeitungen suchen. Dem Belgier fiel natürlich Boelitz ein, der ja inzwischen am Aufbau der CDU maßgeblich mitarbeitete.

Die Briten trugen ihm also die Lizenz für das neue Blatt an. Doch als er den obligatorischen Fragebogen der Militärregierung ausfüllte, kam sein Engagement für das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin zur Sprache.

Boelitz hatte diese Einrichtung gegründet und war lange ihr Präsident gewesen. Die Nazis hatten das Institut jedoch für Propaganda und Spionage missbraucht. Dafür trug Boelitz keine persönliche Verantwortung, hatte er doch den Vorsitz bereits 1933 niedergelegt und es abgelehnt, der NSDAP beizutreten. Der ehemalige preußische Minister wurde mit dem Verlust seiner Pension und aller Ämter bestraft und als Regimegegner fortan laufend überwacht, berichtet Dorita Sträter¹⁵.

Das alles stellte sich aber erst heraus, nachdem Boelitz die Überprüfung seines Falles durch die höchste Instanz der Militärbehörden erreicht hatte. Um die zügige Zeitungsgründung nicht zu behindern, hatte er den Briten seinen Schwiegersohn Dr. Artur Sträter als Lizenzträger empfohlen. So kam es, dass nicht Boelitz als der ursprünglich ausgesuchte Lizenzträger, sondern nur Sträters Name auf der Lizenz Nr. 38 vom 10. März 1945 stand.

13 Dorita Sträter: Chronik der „Westfalenpost“. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest 29 (1999), S. 6-9, hier S. 6.

14 Hans Rudolf Hartung: Festvortrag bei der Geburtstagsfeier „Die CDU wird 60!“ am 8. Dezember 2005 (Manuskript im Stadtarchiv Soest).

15 Sträter (wie Anm. 13), S. 7.

Sträters Überprüfung war bereits im Juli 1945 erfolgt, „und seine Haltung im Dritten Reich durch ein Verfahren gegen ihn vor dem NS-Sondergericht belegt“¹⁶. Nach Abschluss seines Verfahrens wurde Boelitz rehabilitiert und als Herausgeber der „Westfalenpost“ bestätigt. Auf Wunsch der beiden Soester wurde das Gremium der Gründungsgesellschafter um Josef Schrage aus Olpe, Aloys Entrup aus Meschede und Dorita Sträter erweitert.

4.4.1 Biografische Notizen zu den WP-Gründungsgesellschaftern

Dr. Artur Sträter

WP-Lizenzträger Dr. Artur Sträter wurde am 1. Juni 1902 in Altenvoerde im Ennepe-Ruhr-Kreis geboren. 1905 zog die Familie – sein Vater war Volksschullehrer – nach Soest um. Hier besuchte Sträter das Archigymnasium. Soest empfand er Zeit seines Lebens immer als seine Heimatstadt. Einer seiner Deutschlehrer war der Direktor des Gymnasiums und späterer Schwiegervater Dr. Otto Boelitz. Nach einer Banklehre begann Sträter ein Jurastudium mit Stationen in München und Münster, das er mit der Promotion abschloss. Er ließ sich als Rechtsanwalt in Soest nieder.



Dr. Artur Sträter (Mitte), begleitet von Stadtdirektor Dr. Groot, Bürgermeister Klemann und Vizebürgermeister Wolkewitz, 1959

Ab 1941 diente er als Soldat. Nach Kriegsende nahm er seine Rechtsanwaltstätigkeit in Soest wieder auf und gehörte mit seinem Schwiegervater Dr. Otto Boelitz zu den Mitbegründern der CDP (später CDU) am 2. September 1945 in Bochum. Er war Mitbegründer und Vorsitzender der CDU Soest und gehörte dem nordrhein-westfälischen Landtag von 1946 bis 1947 und 1950 bis 1970 an. Bis 1962 bekleidete er in verschiedenen CDU-geführten Landesregierungen Ministerämter. Sträter starb 1977 in Hagen.

Dr. Otto Boelitz

Otto Boelitz wurde am 18. April 1876 in Wesel geboren. Nach dem Abitur studierte er Theologie und Philosophie. Er trat nach seiner Promotion in den höheren Schuldienst ein und unterrichtete an deutschen Schulen in Brüssel und Barcelona. Von 1915 bis 1921 war er Direktor des Archigymnasiums in Soest. Boelitz war Mitglied der liberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Von 1919 bis 1921 war er Mitglied der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung und gehörte bis 1932 dem Preußischen Landtag an. Von 1921 bis 1925 bekleidete er das Amt des Staatsministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Boelitz reformierte in dieser Zeit das preußische höhere Schulwesen.

1929 gründete er das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin. Von den Nazis wurde er seiner Ämter enthoben. Seinen Lebensabend verbrachte er in Soest. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich Boelitz am Aufbau der CDU in Westfalen. Er starb am 29. Dezember 1951 in Düsseldorf.

Josef Schrage, Aloys Entrup und Dorita Sträter

Josef Schrage wurde 1881 in Olpe geboren und war vor 1933 Funktionär des Christlichen Gewerkschaftsbundes und Zentrumspolitiker. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten verlor er seine Position als Arbeitsamtsdirektor in Olpe und war bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Vertrieb der Zeitung „Tremonia“ aus dem Dortmunder Verlagshaus Lensing tätig. Seine Aufgabe war die Betreuung der Boten. Nach 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU, war Mitglied im Parlamentarischen Rat und später Landtagsabgeordneter. Schrage starb 1953. Für die WP war er wegen seiner Verankerung im katholischen Arbeitermilieu des Sauerlandes, seiner bedeutenden Position in der CDU und in der christlichen Arbeitnehmerbewegung sowie wegen seiner Vertriebskenntnisse aus seiner Arbeit für die „Tremonia“ eine sowohl für die Repräsentanz in der Öffentlichkeit als auch die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse wichtige Persönlichkeit.

Zweiter katholischer Vertreter unter den Herausgebern war der Mescheder Rechtsanwalt und Notar Aloys Entrup. Schrage und Entrup bildeten das katholische „Gegengewicht“ zu den beiden Protestanten Boelitz und Sträter und verkörperten so die neue, konfessionsverbindende Ausrichtung der neuen Partei CDU und der ihr nahe stehenden Zeitung „Westfalenpost“. Ohne diese konfessionelle Ausgewogenheit an der Spitze hätte die WP nicht erfolgreich die unmittelbare Nachfolge eines explizit katholischen Blattes wie der „Tremonia“ – Untertitel: „Organ für das katholische Volk“ – antreten können. Als Jurist war Entrup mit Rat und Hilfe zudem beim Aufbau des neuen Verlags gefragt.

In das Gesellschaftergremium aufgenommen wurde zudem Dorita Sträter (1910-2005), Tochter von Dr. Otto Boelitz und Ehefrau von Dr. Artur Sträter. Sie wechselte nach dem Tod ihres Vaters in die Geschäftsführung der WP, die sie nach dem Tod von Dr. Artur Sträter allein übernahm und bis 1996 ausübte.

4.4.2. Gründung der „Westfalenpost“

Am 1. April 1946 wurde der Verlag „Westfalenpost GmbH“ mit Sitz in Soest gegründet. Zum Chefredakteur wurde Edmund Pesch, ein früher dem Zentrum nahestehender und während der NS-Zeit verfolgter Journalist, bestellt. Pesch war unter der Nazi-Herrschaft zuletzt „Kunst-Schriftleiter“ bei der „Tremonia“ gewesen. Nach dem 20. Juli 1944 war er festgenommen und inhaftiert worden. Er hatte nach dem Krieg für die „Ruhr-Zeitung“ der Briten geschrieben. Als klar wurde, dass der Dortmunder Verleger Lambert Lensing keine Lizenz für seine „Ruhr-Nachrichten“ bekommen würde, fuhr Pesch auf der Suche nach Arbeit in Richtung Soest. Er hatte nämlich gehört, dass Dr. Otto Boelitz Lizenzträger für eine CDU-nahe westfälische Zeitung werden sollte.

Eine erfolgreiche Initiative: „Gleich bei diesem ersten Gespräch kam ein Vertrag zustande, nach dem ich die Chefredaktion der ‚Westfalenpost‘ übernehmen sollte. Auch Verleger Lensing war mit dieser Regelung einverstanden, zumal für den Druck dieser Zeitung nur sein Dortmunder Druckhaus in Frage kommen konnte.“¹⁷

Peschs Anmerkung illustriert die komfortable Lage der Altverleger – trotz des Erscheinungsverbots für ihre Blätter: Sie durften zwar keine Zeitungen herausgeben, ihre Besitzrechte an den Produktionsanlagen wurden aber von den Alliierten zu keinem Zeitpunkt angetastet. „Also begnügte man sich mit den nicht eben geringen und risikolosen Einkünften aus dem Lohndruckgeschäft und wartete auf günstigere Zeiten.“¹⁸ 1947 besaßen von 49 lizenzierten Zeitungen in der britischen Zone nur zwei eigene Druckereien¹⁹.

Der als Chefredakteur unter Vertrag genommene Edmund Pesch tauchte aber erst in der Ausgabe vom 10. Januar 1947 als alleiniger Hauptschriftleiter auf. Ab der ersten WP-Ausgabe firmierte Wilhelm Mogge in dieser Funktion. Ab 20. September wurden dann Pesch und Mogge im Impressum genannt.

Mogge wurde später Chefredakteur der „Kölnischen Rundschau“. Hintergrund für seine herausgehobene Stellung im Impressum der WP war das noch nicht abgeschlossene Entnazifizierungsverfahren von Pesch²⁰.

17 Pesch (wie Anm. 12), S. 237.

18 Entwicklung der Tagespresse in Nordrhein-Westfalen (1945-1952). In: IG Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 50 Jahre Mediengewerkschaft in Nordrhein-Westfalen 1947-1997, Ausgewählte Dokumente, Köln 1997, S. 155.

19 Liedtke (wie Anm. 2), S. 194.

20 Mogge wird im Jubiläumsbuch (Dagmar Gaßdorf (Red.): Expedition WP. 60 Jahre Westfalenpost, Hagen 2006) nicht erwähnt, obwohl er in der Gründungsphase der Zeitung eine herausragende Funktion hatte. Ende Januar 1947 schied er aus den Diensten der Westfalenpost aus. In seinem Arbeitszeugnis vom 31. Januar 1947 heißt es: „Herr Wilhelm Mogge aus Iserlohn war von uns bei der vorbereitenden Einrichtung der WESTFALENPOST-Redaktion im Frühjahr 1946 eingesetzt und hat dann nach dem Erscheinen des Blattes von Ende April 1946 ab als Ressortchef die Kulturschriftleitung übernommen. Infolge des Mangels an guten, einwandfreien Journalisten waren wir bei der Besetzung unserer Schriftleitung in Schwierigkeiten geraten. In dieser Situation ist Herr Mogge uneigennützig in dankenswerter Weise eingesprungen, um zunächst die Verantwortung als Hauptschriftleiter selbst zu übernehmen.“ (Nachlass Wilhelm Mogge im Besitz von Dr. Winfried Mogge, Kassel)

Die Bedingungen für die Verlagsgründung und die Vorbereitung für das Erscheinen der neuen Zeitung waren denkbar schlecht. Die Zentralredaktion richtete sich in der Jakobistraße 46 ein – in den Räumen des verbotenen „Soester Anzeigers“. Hier wurde auch die neue Zeitung gesetzt. Die so genannten Matern wurden dann nach Dortmund gebracht, wo das neue Blatt bei Lensing gedruckt und von dort aus ausgeliefert wurde. Von den Briten vorgesehen waren 21 Lokalausgaben für Südwestfalen.

Die erste WP datierte vom 26. April 1946. Sie umfasste nur vier Seiten. Auch die anderen Lizenzzeitungen erschienen wegen des Papiermangels in ähnlich bescheidenem Umfang. In der Anfangszeit kamen die neuen Zeitungen zudem nur an zwei Tagen pro Woche heraus – die „Westfälische Rundschau“ mittwochs und samstags, die „Westfalenpost“ dienstags und freitags und das „Westdeutsche Volks-Echo“ ebenfalls dienstags und freitags. Erst ab dem 1. September 1949 erschienen die Tageszeitungen täglich. Der Einzelpreis von WP und WR sank ab dann von 20 auf 15 Pfennige.

Mit dem Erscheinen der WP war die von den Briten gewünschte parteipolitische Repräsentanz bei den neuen Zeitungen erreicht. Das Zeitungswesen ging komplett in deutsche Hände über. Am 7. Mai 1946 meldete die WP folgerichtig, dass die „Ruhr-Zeitung“ als Organ der britischen Militärbehörden mit sofortiger Wirkung ihr Erscheinen einstelle.

4.4.3 Zur weltanschaulichen Ausrichtung der „Westfalenpost“

Was war das für eine neue Zeitung, die sich den Soestern am 26. April 1946 vorstellte?

In der ersten WP-Ausgabe führte Edmund Pesch unter dem Titel „Am Anfang des Weges“ programmatisch aus, welchen Werten sich das Blatt verbunden fühlte. Seinen Leitartikel durfte er allerdings nicht namentlich kennzeichnen, weil sein Entnazifizierungsverfahren noch nicht abgeschlossen war (siehe oben). Pesch: „Die englischen Presse-Offiziere waren überängstlich, wenn es galt, die Militärregierungs-Gesetze buchstabengetreu zu beachten.“²¹

Die neue Zeitung bekenne sich zu „Christentum und Demokratie“, schrieb Pesch. „Ohne die Besinnung auf die tiefe Wesenheit der christlichen Religion wird die Wiederherstellung eines Staates der demokratischen Völkergemeinschaft nicht gelingen.“ Aufgabe der WP sei es, aktive Staatsbürger heranzubilden. Der Leitartikel forderte „gewissenhafte Untersuchungen“, die die Gründe für das „historische Versagen der Publizistik in Deutschland“ herausarbeiten sollten. Folgt man Peschs Analyse, dann lagen die Gründe für dieses Desaster bei den Journalisten und bei den Lesern, denn Zeitung und Leserschaft stünden in einer „Verantwortungsgemeinschaft“.

„Mut und Wille zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit sollen die Feder der WP führen“, hieß es in dem Artikel – in der damals üblichen, heute als pathetisch empfundenen Diktion.

²¹ Pesch (wie Anm. 12), S. 138.

Der designierte Chefredakteur definierte die neue Zeitung als „Heimatzeitung westfälischer Menschen“, als „ihre treue Begleiterin aus Chaos und Not zum Gemeinschaftswerk des Aufbaus einer neuen staatlichen und sozialen Ordnung“.

„Für die Lizenzträger“ (die es ja laut Urkunde gar nicht gab, da nur Artur Sträter die Lizenz bekommen hatte) kündigte Sträter unter der Überschrift „Wir beginnen“ in einem Einspalter eine „klar ausgerichtete und zielbewußt geleitete Zeitung“ an. Er bekannte sich „zu den ewigen Lebenskräften und Grundwahrheiten des Christentums“ und sah es als Aufgabe der freien Presse, „der großen Aufgabe der Menschenführung“ zu dienen.

„Für demokratischen Aufbau im christlichen Geist“ führte die Zeitung als Untertitel im Kopf. „Damit bekennt sie sich mit ihrem ganzen Mitarbeiterstab zu den ewigen Lebenskräften des Christentums, die sie in ihrem Dienst an der Gemeinschaft klar verdeutlichen will“, formulierte der studierte Jurist die weltanschauliche Grundlage der journalistischen Arbeit.

Welcher parteipolitischen Richtung dieser Grundausrichtung die WP entsprechen würde, machten die Grußworte in der Erstausgabe deutlich: Es schrieben Dr. Konrad Adenauer (Vorsitzender des Zonenausschusses der CDU der Britischen Zone), Dr. Friedrich Holzapfel (2. Vorsitzender der CDU in der Britischen Zone), Johannes Gronowski (Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union von Westfalen), der Paderborner Erzbischof Lorenz Jaeger und Präses Karl Koch aus Bielefeld. Klare Parteinahme für die CDU war in der Anfangszeit der WP ganz normal – genauso wie die parteipolitische Orientierung von Berichterstattung und Kommentierung in den anderen Lizenzzeitungen.



Westfalenpost in der Puppenstraße 1

4.4.4 Der Lokalteil Soest

Der Lokalteil umfasste in der ersten Zeit nur die Hälfte der vierten Seite und deckte neben Soest auch die Stadt Werl ab. Die andere Hälfte war für Familien-, Geschäfts- und Kleinanzeigen reserviert.

In der ersten Ausgabe schrieb Senator a. D. Dr. Hubertus Schwartz über das Thema „Neue Kreis-, Stadt- und Gemeindeverfassung im Lichte des alten Soester Rechts“. Ein Einspalter rief zur Bildung der Notgemeinschaft „Soest baut auf“ auf.

In ihrem gesamten Erscheinungsgebiet musste die neue Zeitung schnell Lokalredaktionen aufbauen. In Soest sicherte sie sich die Dienste von Clemens Herbermann für den Lokalteil. Der Journalist hatte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges den Lokalteil des „Soester Anzeigers“ geleitet. Albert Dalhoff, der letzte Chefredakteur des Anzeigers, wurde Lokalredakteur in Werl.

Redaktion und Setzerei richteten sich als Mieter in den Räumen der Rocholschen Druckerei an der Jakobistraße ein. Die Verlagsleitung saß im Haus Sternberg in der Paulistraße, Buchhaltung, Anzeigen- und Vertriebsleitung bezogen das Haus Rosenthal und Rustemeier in der Puppenstraße, berichtet Dorita Sträter²².

Kl. Hilse hatte seit 1945 in seiner „Soester Chronik“ den Alltag der schwer zerstörten Stadt dokumentiert. Jetzt sah er das Ende seiner sich selbst gestellten Aufgabe: „Inzwischen haben wir auch in Soest eine eigene Zeitung erhalten“, schrieb er am 14. Mai 1946. „Die Westfalenpost (demokratische Union) wird hier gesetzt u. berichtet über die wesentlichsten Ereignisse, so daß dem Berichterstatte dieser Zeilen ein Teil der Arbeit abgenommen ist. – Das Blatt erscheint freilich nur zweimal in der Woche und hat für lokale Dinge zu wenig Raum. Außerdem werden noch vertrieben die Westfälische Rundschau (SPD) und ein Blatt der KPD [„Westdeutsches Volks-Echo“, M. H.], dem sich in Kürze noch eine Zentrumszeitung zugesellen wird [„Neuer Westfälischer Kurier“ mit Redaktionssitz Werl, M. H.]“²³

Themenschwerpunkte des Soester Lokalteils

Als lokales Thema der Anfangsphase drängte sich der Wiederaufbau der weitgehend zerstörten Stadt geradezu auf. In der zweiten Ausgabe vom 30. April lautete die lokale Schlagzeile: „Die führende Rolle Soests beim Wiederaufbau“. Es ging um die Eröffnung der Architekturausstellung „Soest baut auf“. Der Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges war ein durchgängiges Thema in der Frühzeit der WP. Die Flüchtlingsproblematik, der Wohnungsmangel und die Brennstoffknappheit waren weitere aktuelle Fragen, die sich regelmäßig in der Berichterstattung niederschlugen.

Bei der Auswertung des ersten Jahrgangs der WP-Lokalausgabe für Soest fällt jedoch auf, dass die Redaktion politischen und kulturellen Themen einen vergleichsweise breiten Raum angesichts der Platzknappheit zugestand. Sie berücksichtigte bei der politischen Berichterstattung ausschließlich Veranstaltungen der CDU.

²² Sträter (wie Anm. 13), S. 8.

²³ Hilse (wie Anm. 6), S. 50.

Vorträge heimischer Referenten wie Dr. Otto Boelitz oder Dr. Artur Sträter wurden ebenso ausführlich gewürdigt wie Auftritte auswärtiger Referenten aus den Reihen der neuen Partei. Häufig ging es dabei um grundsätzliche Fragen ohne konkreten lokalen Bezug. Das illustrieren zufällig ausgewählte Beispiele von Schlagzeilen lokaler Aufmacher: „Politik christlicher Verantwortung“ (Nr. 30, 6. August 1946), „Demokratie – der Weg zur Freiheit“ (Nr. 32, 13. August 1946), „Für eine echte soziale Demokratie“ (Nr. 36, 27. August 1946, Thema ist die Kommunalpolitik der CDU), „Konzeption einer neuen, großen Idee“ (Nr. 40, 10. September 1946 über eine Rede von Otto Boelitz bei einer CDU-Kundgebung in Soest) oder „Christliche Politik – letzte Hoffnung – Justizminister Sträter und Chefredakteur Pesch sprachen zur Soester CDU“ (Nr. 11, 7. Februar 1947).

Kultur im Lokalteil

Neben der umfangreichen (partei-)politischen Berichterstattung fällt trotz des begrenzten Platzes die starke Gewichtung kultureller Themen auf.

Bereits in der ersten WP-Ausgabe vom 26. April 1946 listete ein umfangreicher Zweispalter die „Fülle hochwertiger Veranstaltungen“ aus dem Kulturbereich für die kommenden Woche auf. In Nr. 2 fand sich bereits die Rezension eines Kammerkonzertes im Musikverein. Ausstellungseröffnungen wurden besprochen, Konzerte und Theateraufführungen besucht.

Obwohl die große materielle Not, eine zum großen Teil dadurch bedingte Kriminalität (Schwarzhandel, Diebstahl) und das Flüchtlingsproblem als zentrale Themen die Menschen vorrangig beschäftigten, gab es bereits wieder ein reges kulturelles Leben. Der Neuanfang in Kunst und Kultur stand für die Hoffnung auf bessere Zeiten: „Der Theaterbesuch galt als Zeichen für wiedererlangtes gesellschaftliches Ansehen, war ein Abglanz besserer bürgerlicher Zeiten“, analysiert Hermann Glaser²⁴. Neben dem Theater kam der klassischen Musik eine herausragende Bedeutung zu. „In der Trümmerzeit rangierte ernste klassische Musik auf der Wunsch- und Werteskala weit oben. [...] Man wollte einfach wieder hören können.“²⁵

In Soest erfüllte vor allem der Städtische Musikverein diese Aufgabe. Seine prägende Persönlichkeit war Musikdirektor Dr. Ludwig Kraus. Sein Porträt war auch das erste Foto überhaupt, das im Soester WP-Lokalteil veröffentlicht wurde. Der Aufmacher der Ausgabe Nr. 25 vom 19. Juli 1946 würdigte Kraus anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums am Dirigentenpult des Städtischen Musikvereins. In dieser Ausgabe wurde auch die Wiedereröffnung der Städtischen Kunstsammlung vermeldet.

4.4.5 Wahlempfehlungen an die Leser

Für die Kommunalwahl am 15. September 1946 nahm die WP ihren Lesern die Entscheidung ab: Auf dem abgedruckten Muster-Stimmzettel war bei der CDU bereits das Kreuzchen gemacht: „In unserer Abbildung wurde hinter den Kandidaten der

24 Hermann Glaser: Deutsche Kultur 1945-2000, Berlin 1999, S. 150.

25 Ebd., S. 154.

Christlich-Demokratischen Union, die durch die Parteiabkürzung CDU erkennbar sind, ein Kreuzzeichen gemacht, wie es von den Wählern im Wahllokal zu geschehen hat“, hieß es dazu in nichts zu wünschen übrig lassender Deutlichkeit.

Im Lokalteil wurden nur die CDU-Kandidaten genannt und das Plakat der Partei im redaktionellen Teil abgedruckt. Dazu gab es noch eine klare Handlungsanweisung: „Willst du dir die Wahl erleichtern und als Freund der CDU sicher gehen, so mache in allen Kästchen hinter den Buchstaben CDU ein Kreuz (+). So wählst du richtig!“ (Nr. 41, 13. September 1946) – eine offenbar erfolgreiche Kampagne, denn die CDU errang in Soest 2000 Stimmen mehr als alle anderen Parteien zusammen.

Die eindeutig „parteiische“ Ausrichtung war auch für die anderen Lizenzzeitungen in ihren Mantel- und Lokalteilen kennzeichnend. So konzentrierte sich die Berichterstattung der „Westfälischen Rundschau“ sowohl im überregionalen wie im lokalen Bereich ganz auf die von der SPD vertretenen Positionen.

4.4.6 Schwierige Arbeitsbedingungen für die Redaktionen

Die Redaktionen arbeiteten unter extrem schlechten materiellen Bedingungen. „Keine Kohlen, wenig im Magen, schwierige Verkehrsverbindungen, Materialmangel an allen Enden“, skizziert Dorita Sträter den Alltag in der Anfangszeit²⁶.

Edmund Pesch erinnerte sich unter der Überschrift „Um die Wurst“ an die Zeit der beständig knurrenden Mägen: „Die Küchen-Zauberin [Köchin in der verlags-eigenen Eintopf-Suppenküche, M. H.] hatte es geschafft: am ersten Jahrestag der WESTFALENPOST schwamm – o Wunder! – in jedem Teller der hungrigen Zeitungsleute etwas, wovon zu träumen niemand gewagt hatte – eine rosig schimmernde regelrechte Bockwurst!“²⁷

Dass die vermeintliche Wurst jedoch aus Zellstoffmasse war und die Redakteure „Versuchskaninchen“ gewesen waren, kam erst später nach intensiven Recherchen über die Herkunft der mit so viel Genuss verzehrten Delikatesse heraus.

Es gehörte auch eine Menge Idealismus dazu, unter diesen schwierigen materiellen Bedingungen zu arbeiten. Die enorme Nachfrage nach dem neuen Blatt gab den Zeitungsleuten einen Motivationsschub, der sie über viele Widrigkeiten hinwegsehen ließ – zumal es auch in allen anderen Lebens- und Arbeitsbereichen am Nötigsten fehlte.

4.4.7 Auflage und Papiermangel

Den Hunger nach Informationen nach Diktatur und „Blackout“ konnte die neue Zeitung jedoch nicht stillen. Bereits in der 3. Nummer vom 3. Mai 1946 wandte sich der Verlag „An unsere Leser“: „Die beschränkte Auflage der WP gestattet uns leider nur, einen Bruchteil der Interessenten unseres Blattes zu beliefern. Täglich zu Tausenden eingehende Bezugswünsche können nicht erfüllt werden.“

Von der Militärregierung war ein Verteilerschlüssel von einer Zeitung für fünf Einwohner festgelegt worden. Doch die freie Wahl der Zeitung war eingeschränkt. Die

²⁶ Sträter (wie Anm. 13), S. 8.

²⁷ Gaßdorf (wie Anm. 20), S. 65.

Briten hatten nämlich die jeweilige Auflagenhöhe nach der Stärke der politischen Parteien festgelegt, die den jeweiligen Zeitungen nahe standen. Grundlagen waren die letzten freien Wahlen der Weimarer Republik und – im Fall der CDU – Schätzungen. Nach den ersten Kommunalwahlen am 15. September 1946 mussten diese Auflagenhöhen erstmals korrigiert werden.

Da 1946 die Labour-Party in London die Regierung stellte, seien SPD-nahe Lizenzzeitungen bei der Papierzuteilung zunächst bevorzugt worden, so Edmund Pesch²⁸. Erst durch den Erfolg der CDU bei den ersten freien Wahlen habe sich die Militärregierung gezwungen gesehen, „nunmehr die Verteilung des zwangsbewirtschafteten Zeitungspapiers nach dem Stimmenergebnis der Wahlen auszurichten, was uns endlich einen gerechten Anteil verschaffte“²⁹. Nach den Erfolgen der CDU bei den Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946 legte die Militärregierung die Erhöhung der WP-Auflage um 100 000 auf nunmehr 342 000 Exemplare fest.

Am 13. Dezember 1946 informierte die WP ihre Leser jedoch über eine weitere neue Festlegung der Auflagenhöhen durch die Militärregierung, da der Verteilerschlüssel um 82 000 Zeitungen überschritten worden sei. Sie musste nun eine Kürzung um 9 900 Exemplare hinnehmen, war aber die drittgrößte Lizenzzeitung in der Britischen Zone.

Ein Vorschlag zur Lösung des Auflagenproblems

„Aus dem Umfang der Auflagenkorrektur nach oben kann man erkennen, wie stark die CDU pressemäßig Stiefkind geblieben ist“, hieß es am 3. Januar 1947 in einem Artikel, der den Lesern ausführlich das System der Zwangsbewirtschaftung des Zeitungspapiers erläuterte. Der Auflagensprung reichte nicht, um die Nachfrage zu befriedigen. Über 210 000 Bestellungen, „die ohne jegliche Werbung vorliegen“, blieben unerledigt.

„Nicht den Parteien und den Zeitungsverlagen darf es in die Hand gegeben werden, sondern es muß dem Endverbraucher, dem Zeitungsleser, überlassen werden, zu entscheiden, welche Zeitung er halten will“, forderte die WP. Jeder Haushalt solle mit der Verteilung der Lebensmittelmarken einen Berechtigungsschein für den Bezug eines Zeitungsabonnements bekommen. Der solle dann bei dem Verlag abgegeben werden, dessen Zeitung man halten wolle. Werbung müsse dabei aber unter sagt sein. Nach drei Monaten müsse der Leser das Recht haben, die Zeitung wieder zu wechseln. So träten die Zeitungen in „einen erwünschten leistungssteigernden Wettbewerb“. Die Verlage sollten dann entsprechend der Anzahl der Bestellungen mit Papier ausgestattet werden. Mit diesem Vorschlag konnte sich die WP allerdings nicht durchsetzen. Im Gegenteil: Weitere Kürzungen mussten hingenommen werden. Am 1. August 1947 lasen die Bezieher an prominenter Stelle im Zeitungskopf: „Gekürzte Auflage!! Glückliche Bezieher, die ihre WESTFALENPOST behalten konnten, lesen sie mit dem Nachbarn gemeinsam!“

²⁸ Pesch (wie Anm. 12), S. 138.

²⁹ Ebd., S. 139.

Konflikt mit der Stadt wegen eines Papierschuppens

Die Papierbeschaffung war das zentrale Problem der ersten Jahre. Für besondere Anlässe wie die Ausgaben vom 25. und 28. Juni 1946, in denen sich Dr. Artur Sträter unter dem programmatischen Untertitel „Entnazifizierung in Gerechtigkeit“ kritisch mit der Entnazifizierungspraxis der Alliierten auseinandersetzte, wurde Papier gehortet, um einen Überdruck auf den Markt bringen zu können³⁰. Papiervorräte waren auch wichtig, weil der Transport per Bahn störanfällig war und man sich auf die Lieferungen der Papierfabriken nicht termingenau verlassen konnte.



Druckerei und Setzmaschinen der Rocholschen Buchdruckerei

Die lebenswichtige Bedeutung des Papiervorrates für die Existenz der Zeitung belegt ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen der Rocholschen Buchdruckerei und der Stadt Soest aus den Jahren 1947/48. Dabei ging es um den Bau eines Papierlagers auf dem Rocholschen Betriebsgelände. Bereits im Oktober 1946 war der Bauantrag für das Gebäude an der Höggenstraße gestellt worden, also im rückwärtigen Bereich des Stammsitzes des „Soester Anzeigers“. Die Antrag bezog sich auf ein „Lager- und Garagengebäude für den Betrieb der Zeitungsverlagsgesellschaft Westfalenpost in Soest.“ Außer zwei Kraftwagenräumen sollten zwei Räume im Erdgeschoss für die Papierlagerung geschaffen werden. Im Ober- und Dachgeschoss sollten fünf Wohnungen entstehen. Der Neubau sollte das zerstörte Rocholsche Lagerhaus ersetzen.

³⁰ Sträter (wie Anm. 13), S. 9.

Dass der „Anzeiger“ am 1. Dezember 1949 wieder erscheinen durfte, war zu diesem Zeitpunkt nicht abzusehen. Die Rocholsche Buchdruckerei W. Jahn machte ihr Geschäft mit der WP und setzte Stadtdirektor Franz Becker unter Druck, weil die Baulizenz auf sich warten ließ. Am 13. Dezember 1947 ging ein Brief an den Verwaltungschef: „Wir wissen seit Jahren nicht, unsere Vorräte an Papier und anderen Materialien zu lagern und benötigen den geplanten Schuppen dringendst. In Anbetracht der wichtigen Aufgabe, die uns als Herstellerfirma der WESTFALEN-POST gestellt ist, bitten wir Sie, unserem Wunsche auf sofortige Ausstellung [der Baulizenz, M. H.] nachzukommen.“³¹

WP-Verlagsleiter Dr. Blank legte in einem Brief vom 13. Dezember 1947 an Stadtdirektor Becker nach: „Wir arbeiten unter so unmöglichen Raumverhältnissen, daß wir diesen Zustand nicht länger hinnehmen können, zumal auch die Qualität unserer Zeitung in Mitleidenschaft gezogen wird.“

Bereits am 2. Dezember 1947 heißt es in einem Brief der WP an den Soester Bauausschuss: „Die bisherigen Räumlichkeiten mögen für den Soester Anzeiger als Kreiszeitung ausreichend gewesen sein. Die WESTFALENPOST ist eine der größten Zeitungen der britischen Zone. Zu ihrer Herstellung werden sowohl für den technischen Betrieb, vor allem die Setzerei, wie für die Schriftleitung dringend weitere Räume gebraucht.“

Von der Militärregierung und allen anderen in die Sache involvierten Stellen lag die Genehmigung zum Bau vor. Nur bei der Stadt Soest hakte es immer wieder. Der Bauausschuss trug immer neue Bedenken vor und verlangte Nachbesserungen. Die Sache verzögert sich immer wieder. Am 12. Februar 1948 stimmte der Ausschuss dem Vorhaben zwar zu, doch zum Bau des Papierlagers kam es bis zum Umzug der WP nach Hagen nicht mehr. Bürokratie und Politik schafften es (auch) in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wirtschaftliche Vorhaben zu verzögern oder gar zu verhindern.

Vorübergehende Ausweitung des Erscheinungsgebietes

Ab September 1946 erschien die WP auf Geheiß der Militärregierung auch im östlichen und mittleren Ruhrgebiet. Sie deckte dort den früheren Erscheinungsbereich von Lensings geplanten „Ruhr-Nachrichten“ ab. Lensing besaß aber, was der WP fehlte: eine Druckerei. Die Kapazitäten an der Jakobistraße in Soest reichten nämlich nicht zur Herstellung der Gesamtauflage. Sträter und Boelitz übertrugen ihm den Druckauftrag für ihre Zeitung und überließen ihm die lukrative WP-Agentur für das Sauerland, deren Aufgabe es war, sich um Anzeigenakquise und Vertrieb zu kümmern.

Am 1. März 1949 durfte Lensing seine Zeitung „Ruhr-Nachrichten“ auf den Markt bringen. Die WP zog sich daraufhin im Mai auf ihr ursprüngliches Verbreitungsgebiet zurück und verzichtete auf 130 000 Exemplare von ihrer damaligen Gesamtauflage von 320 000 Exemplaren. Lensing überließ der WP im Gegenzug das Sauerland, in dem seine „Tremonia“ weit verbreitet gewesen war.

31 Stadtarchiv Soest, D 2011 (dort die Zitate) und D 1930.

4.4.8 Aufhebung des Lizenzzwanges

Mit dem am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossenen Grundgesetz war auch die Aufhebung des Lizenzzwanges für die Herausgabe von Zeitungen verbunden. Überall im Land traten die Altverleger, die durch die lukrativen Druckaufträge für die Lizenzzeitungen finanziell gut gestellt waren, wieder auf den Plan.

Neue Konkurrenz in den Startlöchern

In ihrer Ausgabe vom 22. November 1949 reagierte die WP zum ersten Mal öffentlich auf die Vorbereitungen der Altverleger. An zentraler Position rechts oben auf der ersten Seite erschien ein fettgedruckter Zweispalter unter der Überschrift: „Zur Aufklärung unserer Leser!“ In letzter Zeit werde in verschiedenen Städten und Kreisen für das Wiedererscheinen so genannter alter Heimatblätter geworben, hieß es in dem Beitrag. Diese „Propaganda“ arbeite jedoch mit „unwahren Behauptungen“. Die WP stellte danach in fünf Punkten klar, warum die neue Konkurrenz nicht den Anspruch einer modernen Heimatzeitung erfüllen könne: Heimatzeitungen alten Stils, die von Verlegern am Ort redaktionell gestaltet und gedruckt wurden, seien aufgrund der Anforderungen des modernen Lesers nicht mehr möglich. „Die Unkosten des Nachrichtenapparates und der technischen Herstellung können von ihnen nicht aufgebracht werden.“

Eine Heimatzeitung könne nur noch existieren, wenn sie ein größeres Gebiet als früher üblich bediene „und in reger Verbindung mit diesem Gebiet die Eigenschaft einer großen Zeitung mit den Vorzügen des Heimatblattes zu verbinden weiß.“ Und weiter: „Trotzdem wird zur Zeit an verschiedenen Orten der Versuch gemacht, dem Leser vorzutäuschen, als ob ‚das alte Heimatblatt‘ wieder erscheine. Fast in allen Fällen ist diese Behauptung unwahr. Es handelt sich im Gegenteil zumeist um Zeitungen, die zum engeren Heimatgebiet in keiner Verbindung stehen, deren Seiten vielmehr durch einen örtlichen Drucker als druckfertige Matern von auswärts bezogen werden, so dass er auf den allgemeinen Inhalt keinerlei Einfluß hat.“

Auch in Stadt und Kreis Soest wird zur Zeit für eine solche Zeitung geworben. Nach vorliegenden Informationen handelt es sich bei dem Blatt, das mit dem alten Titel ‚Soester Anzeiger mit Soester Kreisblatt‘ demnächst erscheinen soll, um den Matern-Ableger eines bereits seit Jahr und Tag unter britischer Lizenz in Bochum erscheinenden Blattes, dessen wahrer Herausgeber und Chefredakteur Herr Erich Brost, der ehemalige Sekretär des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher, ist.“

Die Furcht vor der neuen Konkurrenz unter einem seit Generationen eingeführten Markennamen saß tief. Der „Soester Anzeiger“ setzte in seiner Werbung daher gezielt auf Heimatverbundenheit und die Verwurzelung des Blattes „im Herzen“ der Bevölkerung, wie es in der ersten Ausgabe vom 1. Dezember 1949 zu lesen war. Diesen Heimatbezug versuchte die WP als Etikettenschwindel zu entlarven, da der überregionale Teil des Anzeigers nicht in Soest produziert, sondern lediglich zugekauft wurde. Die WP verantwortete dagegen die komplette Berichterstattung – vom großen politischen Geschehen bis zum Lokalen – selber.

„Zur Vermeidung von Irrtümern“ hatten Verlag und Redaktion bereits in der Soester Lokalausgabe vom 17. November 1949 darauf hingewiesen, „daß zwischen diesem Blatt [dem ‚Soester Anzeiger‘, M. H.] und der Westfalenpost“ kein Zusammenhang bestehe. Die Lage war ja auch für den „Normalleser“ verwirrend. Denn noch nutzte die WP Räume und Maschinen der Rocholschen Buchdruckerei, während bereits der Werbefeldzug für das Wiedererscheinen des „Soester Anzeigers“ auf vollen Touren lief. Dabei konzentrierte man sich zunächst auf die überwiegend evangelisch geprägten Orte im Kreisgebiet. Hier hatte die Zeitung traditionell ihre stärkste Verankerung gehabt.

Werbestrategie und Wiedererscheinen des „Soester Anzeigers“

Der „Soester Anzeiger“ knüpfte gezielt an die traditionellen Bindungen seiner Leserschaft an. In seiner ersten Ausgabe vom 1. Dezember 1949 berief er sich auf das „über Generationen erworbene Vertrauen“ bei den Lesern. Und stellte mit einem offensichtlichen Seitenhieb auf die junge Konkurrenz klar: „Die Beziehungen und Bindungen, die mit dem Soester Anzeiger, dem Weggenossen durch viele Jahrzehnte, entstanden sind, sie lassen sich nicht einfach lösen und auf einen anderen übertragen.“

Der Anzeiger definierte sich als „guter Hausfreund“ und „treuer Begleiter“, und zwar ohne Bindung an eine Partei oder Interessengruppe. „Nach Wiedereinführung der Pressefreiheit kann unsere Zeitung heute, am 1. Dezember 1949, ihr nur vorübergehend unterbrochenes Erscheinen wieder aufnehmen und, gestützt auf eine mehr als hundertjährige Tradition, als Stimme der Heimat zur Bevölkerung des Kreises Soest sprechen“, stellte sich das Blatt seinen Lesern vor. Die Verwurzelung in Stadt und Kreis wurde in einer programmatischen Erklärung akzentuiert: „Im engeren Rahmen der Heimatzeitung soll die Förderung des wirtschaftlichen Aufstiegs und der kulturellen Entwicklung in unserem Heimatkreis Richtschnur unserer publizistischen Arbeit sein.“

Redaktion und Verlag setzten sich so unausgesprochen von dem umfassenden publizistischen und weltanschaulichen Anspruch der WP („Für demokratischen Aufbau in christlichem Geist“) ab.

Die erste Ausgabe nach dem Krieg ließ die hundertjährige Geschichte der Zeitung Revue passieren. Die Zeit des Nationalsozialismus wurde dabei jedoch vollständig ausgeblendet. Erwähnt wurde lediglich, dass Walter Jahn am 1. Dezember 1935 die Verlagsrechte des „Soester Kreisblattes“ übernommen hatte und die beiden Soester Zeitungen vereinigt worden waren. Die politischen Hintergründe dieser Vereinigung wurden den Lesern allerdings nicht mitgeteilt³².

32 Zum 1. Dezember 1935 wurden „Soester Kreisblatt“ und „Soester Anzeiger“ auf „Wunsch des Präsidenten der Reichspressekammer“ zusammengelegt, vgl. Gerhard Köhn: Soest in alten Bildern, Band 4; Teil 1. Soest 2003, S. 203f.: „Dem Soester Anzeiger fiel es nicht schwer, sich schon früh den Vorgaben der neuen Machthaber anzupassen bzw. zu fügen, wenn nicht gar ihnen zuvorzukommen.“

Zeitungsmantel aus Bochum

Den so genannten Mantel, also die komplette überregionale Berichterstattung, bezog der Anzeiger von der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) aus Bochum. Das hatte die WP ja bereits zu einer heftigen Polemik genutzt. Für das CDU-nahe Blatt war deren Lizenzträger und Chefredakteur Erich Brost „politisch verdächtig“, da er sich bereits in seiner Heimatstadt Danzig für die SPD engagiert hatte und nach Emigration und Rückkehr ins zerstörte Deutschland für die Partei Vertreter beim Alliierten Kontrollrat in Berlin gewesen war.

Brost hatte 1948 die Lizenz Nr. 192 für eine Tageszeitung bekommen, deren Erscheinungsgebiet ganz NRW sein sollte. Die Briten hatten nämlich inzwischen ihre Vergabepraxis geändert und erteilten auch Lizenzen für überparteiliche Zeitungen. Die WAZ verstand sich als ein solches parteiunabhängiges Medium. Brost und sein Partner Jakob Funke verzichteten wegen des allgemeinen Papiermangels jedoch darauf, mit ihrem Blatt das ganze Land abzudecken. Sie konzentrierten sich auf das Ruhrgebiet.

Die WAZ wurde rasch zu einer überaus erfolgreichen Zeitung. In ihrer Festschrift zum 50. Geburtstag der Zeitung führt Dr. Dagmar Gaßdorf diesen Erfolg gerade auf die fehlende Parteibindung zurück: „Die Leute hatten nämlich genug von partei-orientierten Zeitungen; sie waren buchstäblich gebrannte Kinder. Und auch wenn diese Einstellung sicher den neu entstandenen demokratischen Parteien Unrecht tat, so [...] galt die Vorliebe doch ganz klar unabhängigen und überparteilichen Blättern [...]“. ³³

In Soest wurden aber zunächst andere Schlachten geschlagen. In der Ausgabe vom 2. Dezember 1949 attackierte die WP den neuen Konkurrenten mit einer provokanten Frage: „Soest – Vorort von Bochum?“

„Seit dem gestrigen Tage gibt die ‚Westdeutsche Allgemeine Zeitung‘ in Bochum in Verbindung mit der Firma Walter Jahn, Soest, eine Nebenausgabe unter dem Titel ‚Soester Anzeiger‘ heraus“, heißt es in dem Einspalter auf der Soester Lokalseite. Der WAZ, die ihr Hauptverbreitungsgebiet im Ruhrgebiet habe, „wird für den Kreis Soest ein lokaler Teil beigelegt“. Und weiter: „Für den gesamten politischen und nichtlokalen Teil ist die Bochumer Redaktion der WAZ zuständig.“

Mit unverhohlener Schadenfreude teilte die WP ihren Lesern mit, dass der Anzeiger in seiner ersten Ausgabe nach Wiedererscheinen „gleich die 30. Fortsetzung des Romans vorlegt“. Die ersten 29 Folgen könne man in der WAZ nachlesen. Fazit aus WP-Sicht: „Ist es unter diesen Umständen nicht vermessen, von sich zu behaupten, man sei die Heimatzeitung des Kreises Soest? Ist Soest ein Vorort von Bochum?“ Ironie der Geschichte: 1973 übernahm die einst so heftig geschmähte WAZ die „Westfalenpost“.

Ob die auf die Weltläufigkeit des Blattes abhebende Argumentationslinie der WP dem Empfinden der Leser entsprach, darf aus heutiger Sicht bezweifelt werden. Die Leser wollten aus ihrer Zeitung nämlich primär Neues aus ihrer Stadt und der näheren Umgebung erfahren. Ob der Mantel von einer anderen Zeitung geliefert

33 Peter Imberg (Hrsg.): WAZ – 50 prägende Jahre 1948-1998. Essen 1998, S. 21.

wurde, dürfte bei der Entscheidung für den Bezug einer Tageszeitung in der Regel eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Georg Stoppe, Chefredakteur des „Soester Anzeigers“ in dessen Jubiläumsjahr 1998, konnte sich daher in seinem Rückblick auf die Entwicklung der Soester Zeitungslandschaft ab 1949 die Schadenfreude nicht verkneifen. Die Zeit der Heimatblätter sei vorbei, der Leser wolle eine große, weltläufige Zeitung, habe die Konkurrenz beim Wiedererscheinen des Anzeigers geunkt. Stoppe: „Welch ein Irrtum angesichts des Aufwärtstrends nach dem Krieg.“³⁴

Aufholjagd des „Soester Anzeigers“

In der Tat: Mit 2000 Exemplaren kam der „Soester Anzeiger“ 1949 wieder auf den Markt. 1960 lag die Auflage bei 12 000 Exemplaren, 1970 waren 16 500 Exemplare erreicht und für 1980 wies die hauseigene Statistik der Jubiläumsausgabe vom 11. Juni 1998 bereits 23 800 Exemplare aus.

Mit dem augenfälligen Seitenkopf „Aus Stadt und Kreis Soest“ – eingerahmt von den Türmen von St. Petri und St. Patrokli zur Linken und den Türmen der Werler Wallfahrtsbasilika zur Rechten – hatte sich der Anzeiger in seiner ersten Ausgabe vorgestellt und den Fokus auf das Lokale gelenkt. Die gotischen Lettern erinnerten stark an den Zeitungskopf, wie ihn die Leser bis 1945 gewohnt waren. Auf diese lokale Schwerpunktsetzung reagierte die WP umgehend. Ab 2. Dezember erschien der Lokalteil ebenfalls unter einer Leiste in gotischer Frakturschrift: „Aus Stadt und Kreis Soest“ mit den Wappen von Stadt und Kreis Soest in der Mitte.

Drei Tageszeitungen waren jetzt in Soest mit eigenen Redaktionen vertreten:

„Westfalenpost“, „Westfälische Rundschau“ und „Soester Anzeiger“. Die Rundschau mit ihrer Redaktion in der Brüderstraße 8 und Franz O. Wolf als Bezirksredakteur deckte als einzige in ihrer lokalen Berichterstattung die Kreise Soest und Lippstadt ab.

Der Kampf um die Leser war hart. Der „Soester Anzeiger“ ging systematisch daran, zunächst seine alten Bastionen im protestantischen Teil der Bevölkerung zurückzugewinnen. Zentrale Figur in diesem Werbe-



Werbung für den Soester Anzeiger in einem der zahlreichen Umzüge und Korsos in den 1950er-Jahren

³⁴ sto (= Georg Stoppe): Erfolgreich im Kampf um die Leser. In: 150 Jahre Soester Anzeiger (wie Anm. 1), S. 13

feldzug war Josef („Jupp“) Koch. Er sollte später als Mitbegründer der Bürgergemeinschaft (BG) Soester Kommunalpolitik mitbestimmen.

Wie heftig sich die Zeitungen beharkten, belegen die wiederholten Beteuerungen im redaktionellen Teil der WP, dass man in Soest bleiben werde. Bereits vor dem Wiedererscheinen des „Anzeigers“ sah sich die WP in der Ausgabe vom 22. November 1949 auf der Titelseite zur Klarstellung genötigt: „Die von Werbern des erwähnten Blattes [„Soester Anzeiger“, M. H.] verbreitete Behauptung, daß die WESTFALENPOST künftig nicht mehr in Soest erscheine, ist unwahr. Die WESTFALENPOST wurde in Soest gegründet. Sie wird ihre enge Verbindung mit Stadt und Kreis Soest nicht nur aufrechterhalten, sondern alles daran setzen, diese Verbindung als große Heimatzeitung mit christlicher und demokratischer Grundhaltung immer mehr zu festigen.“

Vom Tisch war das Thema aber damit nicht: In der Ausgabe vom 25. März 1950 illustrierte die Redaktion einen Zweispalter mit der Überschrift „WESTFALENPOST bleibt in Soest“ bekräftigend mit einem Foto der Geschäftsstelle. Wieder wehrte man sich gegen eine Kampagne der Konkurrenz: „Von den Werbern einer anderen Soester Zeitung wird in diesen Tagen immer wieder die Behauptung verbreitet, die WESTFALENPOST werde Soest verlassen. Diese Behauptung trifft nicht zu.“

4.4.9 Umzug der „Westfalenpost“ nach Hagen

Allerdings hatte sich inzwischen eine gravierende Veränderung ergeben, die es den Werbern des „Anzeigers“ leicht machte, Gerüchte über den WP-Rückzug in die Welt zu setzen.

Die durch die Lizenzerteilung geradezu aus dem Nichts entstandene Zeitung verfügte – wie bereits erwähnt – über keine eigenen Produktionsmittel. Nachdem die Altverleger wieder Zeitungen herausbringen durften, musste die WP nach einem Weg suchen, um der neuen Konkurrenzsituation zu begegnen. Chefredakteur Edmund Pesch hatte die Lage offenbar deutlicher erkannt als die im Verlagswesen unerfahrenen Herausgeber Boelitz und Sträter. Soest sei angesichts des weitläufigen Verbreitungsgebietes als Verlagssitz zu abgelegen gewesen, schreibt Pesch und fügt hinzu: „Daß dieser Zustand auf Dauer nicht haltbar war, habe ich zunächst wohl als einziger erkannt. Sehr gegen den Willen der Herausgeber habe ich darum gekämpft, daß der Verlagssitz verlegt werden müsse.“³⁵

Der Chefredakteur hatte deshalb eigenmächtig Kontakte zum Hagener Altverleger Dr. Gustav Butz aufgenommen. „Als ich den Herausgebern erklärte, ich sei entschlossen, auf eigene Faust und ohne ihre ausdrückliche Zustimmung nach Hagen zu fahren, um dort mit dem Verleger der ehemaligen ‚Hagener Zeitung‘, Dr. Butz, zu verhandeln, bin ich zweifelndem Kopfschütteln begegnet. Aber ich habe dennoch die Fahrt nach Hagen gewagt und meine Verhandlungen hatten Erfolg.“³⁶ Das Hagener Druckhaus an der Mittelstraße lag zu diesem Zeitpunkt brach und Pesch handelte mit Butz einen Vertrag aus, der am 1. Mai 1950 zur Übersiedlung der WP-Zentrale in die verkehrstechnisch günstiger gelegene Großstadt führte.

35 Pesch (wie Anm. 12), S. 140.

36 Ebd.

Aus der Sicht des damaligen Chefredakteurs ein überfälliger Schritt: „Rückblickend darf ich feststellen, daß diese meine Initiative sich als einzig richtig erwiesen hat. Wäre die Übersiedlung damals nicht geschehen, so würde die ‚Westfalenpost‘ heute mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr existieren.“³⁷

In der Ausgabe vom 29. März 1950 erfuhren die Leser, dass die Hauptgeschäftsführung weiter in Soest bleibe, ebenso wie die Schriftleitung für den Kreis Soest und die Kreisgeschäftsstelle. Im Interesse einer Leistungssteigerung werde aber künftig der größte Teil der Auflage in Hagen gedruckt. Bisher sei der Druck auf Hagen, Hamm und Dortmund verteilt gewesen. „In Soest hat die WP niemals gedruckt, da hier am Orte keine ausreichenden technischen Voraussetzungen gegeben waren.“³⁸

Die Einrichtung eines gleichzeitigen Verlagssitzes in Hagen werde die WP in die Lage versetzen, „noch besser als bisher ihren Stand als führende Zeitung Südwestfalens zu behaupten“, heißt es in der Ausgabe vom 29. März 1950. „Dieser weitere Ausbau wird auch der Ausgabe des Blattes für den Kreis Soest zugutekommen, die immer stärker zur bodenständigen Heimatzeitung des Hellwegraumes entwickelt werden soll.“

Die Konkurrenz hielt mit ihrer Genugtuung über den Umzug der WP nicht hinterm Berg. In der Ausgabe vom 1. Mai 1950 schreibt der „Soester Anzeiger“: „Wir nehmen den heutigen Tag, der uns bei der erstrebten Gestaltung der Heimatzeitung des Kreises Soest ein gutes Stück voranbringt, zum Anlaß, unseren Lesern für die bisherige Treue zu danken und ihnen das Versprechen abzugeben, unsere Zeitung unermüdlich nach Form und Inhalt zu verbessern.“

Die Übersiedlung der WP nach Hagen markierte eine Zäsur in der Soester Presselandschaft der Nachkriegszeit. Das Blatt behielt zwar eine Lokalredaktion in der Stadt, die Zentrale befand sich aber nicht länger an dem Ort, an dem die Zeitung gegründet worden war. Der „Soester Anzeiger“ baute seine Position als Heimatzeitung kontinuierlich aus. Der Konkurrent „Westfälische Rundschau“ zog sich im Sommer 1967 aus Soest zurück.

Seitdem erschienen in Soest nur noch Lokalteile von zwei Tageszeitungen, deren Entwicklung exemplarisch für die Entwicklungslinien der deutschen Regionalpresse nach 1945 steht.

Mit dem 1. Juli 2009 endete dieses Kapitel Soester Lokalpresse. Die Gruppengeschäftsführung der WAZ Essen hatte das Ende der WP-Lokalausgaben in Soest und Werl beschlossen. Als Begründung wurde die anhaltend schlechte wirtschaftliche Ertragslage der beiden Ausgaben angegeben. 63 Jahre nach der Gründung in Soest mussten die Redakteure ihre Schreibtische räumen. Seitdem ist der „Soester Anzeiger“ die einzige Lokalzeitung in Soest. Alle früheren Lizentitel sind damit vom lokalen Soester Zeitungsmarkt verschwunden.

37 Ebd., S. 141.

38 Edmund Pesch: „Die einzige damals für Druck in Betracht kommende Rotationsmaschine stand rund fünfzig Kilometer vom zugewiesenen Redaktions- und Erscheinungsort der Gründerzeit entfernt.“ Der damalige WP-Volontär Hans Rudolf Hartung berichtet allerdings in der Jubiläumsausgabe des „Soester Anzeigers“ vom 11. Juni 1998, dass die erste WP-Ausgabe am 26. April 1946 auf der Rotationsmaschine in der Jakobistraße gedruckt worden sei: hrh: Nachkriegszeit: Kein Herr im eigenen Haus. In: 150 Jahre Soester Anzeiger (wie Anm. 1), S. 12.

WOLFGANG STELBRINK

DIE ENTNAZIFIZIERUNG IN SOEST

„Mitläuferfabrik“ – dies war im Jahre 1982 der Titel der 2. Auflage einer bahnbrechenden Untersuchung von Lutz Niethammer über die Entnazifizierung in Bayern¹. Der Begriff wurde für viele Jahre zum Synonym für das vermeintlich desaströse Scheitern eines der wichtigsten Ziele der alliierten Besatzungspolitik². Der mit gewaltigem Personal- und Verwaltungsaufwand verbundene Versuch der Siegermächte, alle Aktivisten und Nutznießer des NS-Systems dauerhaft aus dem öffentlichen Leben Deutschlands zu entfernen, verbuchte trotz teilweise chaotischer Desorganisation zwar so manchen Etappensieg, endete in den allermeisten Fällen jedoch mit einer großzügigen Rehabilitierung der Betroffenen. Manch kritische Stimme sprach damals schon von einer „Renazifizierung“ von Staat und Gesellschaft. Diese vielkritisierte Bilanz der Entnazifizierung war auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, die hier nicht erschöpfend erörtert werden können. Insbesondere wird an dieser Stelle auf den lohnenswerten Versuch verzichtet, an Hand ausgesuchter Einzelfälle die Urteilspraxis der Soester Entnazifizierungsausschüsse, mithin auch das Wirken der nachbarschaftlichen und beruflichen Solidargemeinschaften zu rekonstruieren, die den Prozess der Entnazifizierung oft genug in einer wahren Flut exkulpierender „Persilscheine“ erstickten. Im Folgenden soll vielmehr nur ein erster, primär quantifizierender Überblick über die wichtigsten Etappen und Ergebnisse der Entnazifizierung in der Stadt bzw. im Kreis Soest gegeben werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Beamten der Soester Stadtverwaltung³.

1. Die improvisierten „Säuberungen“ im Jahre 1945

Die erste Maßnahme zur personellen Säuberung in Soest wurde unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner am 6. April 1945 getroffen. Der seit 1933 amtierenden

-
- 1 Lutz Niethammer: Entnazifizierung in Bayern, Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. Frankfurt/M. 1972; die 2. Auflage unter dem Titel „Die Mitläuferfabrik“. Berlin 1982.
 - 2 Siehe zur Entnazifizierung allgemein vor allem die folgenden neueren Überblicksdarstellungen: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberungen und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München 1991, S. 7ff.; Klaus-Dietmar Henke: Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbsterstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: ders./Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991, S. 21ff.; Cornelia Rauh-Kühne: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: AFS 35 (1995), S. 35ff. Immer noch lesenswert: Justus Fürstenau: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied/Berlin 1969.
 - 3 Zur Entnazifizierung einer Stadtverwaltung vgl. die instruktive Studie von Sabine Mecking: „Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Essen 2003, S. 265ff. (zur Stadtverwaltung Münster).

de Bürgermeister Otto Scharnow – ein NSDAP-Mitglied seit 1937 – wurde umgehend vom Dienst suspendiert. An seiner Stelle übernahm der politisch unbelastete Stadtinspektor Franz Becker, der „zu keiner Zeit der NSDAP oder einer Formation angehört“ hatte, die Leitung der Stadtverwaltung und verblieb dort – nachdem er noch im Frühjahr 1945 den vorgeschriebenen Fragebogen ausgefüllt und der alliierten Kommandantur eingereicht hatte – bis zum Jahre 1955, zunächst als Bürgermeister, nach der Reform des Gemeinderechts ab März 1946 als Stadtdirektor⁴.

Die nächsten, ungleich einschneidenderen Maßnahmen der Besatzungsbehörden im April 1945 ließen nur wenige Tage auf sich warten. Die Alliierten fürchteten kurz nach der Kapitulation noch um die Sicherheit ihrer Besatzungstruppen und waren daher entschlossen, sämtliche „Nazi-Aktivisten“ der mittleren und unteren Ebenen vorübergehend auszuschalten. Nach den amerikanisch-britischen „automatic-arrest“-Kategorien sollten alle gehobenen Funktionäre der Staatsverwaltung, der Polizei sowie der NSDAP samt ihrer Unterorganisationen umgehend verhaftet und in Internierungslagern zusammengezogen werden⁵. Angesichts dieser Perspektive entzogen sich im Frühjahr 1945 in ganz Deutschland zahlreiche Mitglieder der NS-Funktionselementen der drohenden Internierung durch Selbstmord, noch bedeutend mehr allerdings durch Flucht⁶. Dies war in Soest nicht anders. Der ehemalige Ortsgruppenleiter der NSDAP Wilhelm Kothe etwa wurde Mitte April erhängt aufgefunden; rund einen Monat später ging auch der langjährige städtische Beigeordnete Wilhelm Kerstin einen Tag nach seiner Verhaftung in den Freitod⁷. Ende April 1945 machte in Soest das Gerücht die Runde, dass sich etliche örtliche Partei- und SS-Größen im Arnsberger Wald versteckt hielten⁸. Die meisten der Flüchtigen dürften in den nächsten Wochen und Monaten noch aufgegriffen worden sein oder aber sie stellten sich freiwillig den Militärbehörden. Einige zogen jedoch eine dauerhafte Existenz in der Illegalität vor. Zu diesen „Illegalen“ zählte wohl auch der langjährige Soester Kreisleiter Franz Coert. Die ehemals tonangebende politische Kraft im Kreis Soest galt seit dem 6.4.1945 als verschollen und war auch bis zum Frühjahr 1949 nicht wieder aufgetaucht. Er konnte sich damit wohl jeglicher Bestrafung und Entnazifizierung entziehen. Die meisten dieser Untergetauchten erschienen erst nach der Verkündung entsprechender Amnestiegesetze der Bundesregierung Ende

4 Zitate nach dem Schreiben der Abt. I P vom 12.6.1945 (gezeichnet vom Bürgermeister) an den Landrat, in: Stadtarchiv Soest (StAS) D 453.

5 Zu den Internierungen in der Britischen Zone grundlegend: Heiner Wember: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands. Essen 1991, S. 13ff.

6 Siehe dazu Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996, S. 36 sowie Wolfgang Stelbrink: Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang. Münster 2003, S. 80ff.

7 Siehe Karl (genannt Klaus) Hilse: Soester Chronik (Eintrag zum 12.4. und 14.5.1945), Manuskript in: StAS D Hs 4. Im Falle von Kothe lässt es Hilse ausdrücklich offen, ob es sich um Selbstmord oder Lynchjustiz handelte.

8 Siehe ebd., Eintrag zum 12.4. und 30.4.1945 (in stark gekürzter Form auch in: Wolf-Herbert Deus: Soester Chronik, zugleich Bericht der Stadtverwaltung Soest über die Zeit vom 1. April 1942 bis 31. März 1948, Soest 1951, S. 25ff., hier S. 34).

1949 bzw. 1954 wieder auf der Bildfläche. So war es wohl auch bei Coert, der Anfang der 1960er-Jahre in Hannover ansässig war und erst 1977 verstarb. Sein Stellvertreter Ludwig Ernst soll dagegen bereits im April 1945 beim Einsatz im „Volkssturm“ ums Leben gekommen sein⁹. Auch er wurde daher für seine Terrorherrschaft in Soest niemals zur Rechenschaft gezogen¹⁰.

Trotz dieser Fluchtbewegungen gelangten in den ersten Wochen und Monaten nach der Kapitulation allein in der Britischen Zone Zehntausende Zivilinternierte in das Gewahrsam der Besatzungsmächte, von denen allerdings binnen Jahresfrist rund ein Drittel bereits wieder entlassen war¹¹. Zu den ersten Verhaftungen in Soest kam es bereits Mitte April, verstärkt seit Anfang Mai 1945¹². Die Amerikaner bauten dabei auf die Mithilfe einer kleinen, polizeiartigen Sondertruppe, die ein ehemaliger Häftling des KZ Neuengamme namens Walter Kahmann aufgestellt hatte. Sie erfreute sich zunächst reger Unterstützung aus der Bevölkerung, machte aber schon bald durch kriminelle Ermittlungsmethoden und skrupellose Selbstbereicherung von sich reden¹³. Zunächst wurden die Festgesetzten eingehenden Verhören unterzogen. Nach Abschluss dieser Vernehmungen gelangten einige Betroffene wieder auf freien Fuß; der Großteil der Inhaftierten wurde von den Alliierten jedoch in das nahe gelegene Internierungslager Staumühle bei Paderborn verbracht. Als Mitte Juli 1945 die Verfolgung der Nazis in Soest durch die Verhaftung Kahmanns und seiner Komplizen ins Stocken geriet, dürfte ein Großteil der Internierungen bereits vollzogen gewesen sein¹⁴. Nicht alle verhafteten Soester wurden jedoch in Soest selbst aufgegriffen. Manch einer wanderte aus der Kriegsgefangenschaft direkt in andere Internierungslager in Nord- oder Süddeutschland. Insgesamt waren von den Internierungen rund 120 Bürger der Stadt Soest betroffen¹⁵. Dazu zählten u. a. einige lokale Parteifunktionäre wie die ehemaligen Ortsgruppen- und Kreisamtsleiter Rudolf Vogt und Fritz Funke sowie diverse SS-Unterführer wie etwa der „böse

9 Zu Coert und Ernst siehe Stelbrink (wie Anm. 6), S. 223f. und 228; Gerhard Köhn: Soest in alten Bildern. Bd. 4, 1919-1939. Soest 2006, S. 487f., sowie Karl (genannt Klaus) Hilse: „Und wenn es hoch kommt, sind es 80 Jahre“. Leben und Arbeit in Soest 1921-1963. Erinnerungen an die Dienstzeit als Soester Verkehrsdirektor. Manuskript 1977/78, in: StAS D Hs 3, S. 64.

10 Nach Hilse (wie Anm. 9), S. 64, entwickelte sich Ernst zum „Despoten“ der Soester Bürger.

11 Nach Wember (wie Anm. 5), S. 38, waren bis zum 31.5.1946 von den Briten rund 71.250 Personen interniert worden, von denen bis zum genannten Termin bereits wieder rund 25.550 entlassen waren. Leicht differierende Zahlen für den Stichtag 1.1.1947 bei Irmgard Lange: Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation. Siegburg 1976, S. 12.

12 Siehe die Tagebucheinträge von Hilse (wie Anm. 7) zum 16.4., 30.4. und 7.5.1945, wonach am 5.5. „eine ganze Reihe früherer politischer Leiter der NSDAP [...] abtransportiert worden sind, sowie die Einträge zum 14.5. und 2.7.1945; siehe auch Deus (wie Anm. 8), S. 31, 34f.

13 Siehe dazu Reimer Möller: Soest am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der Besatzungszeit, in: Soester Zeitschrift (SZ) 116 (2004), S. 209ff., hier S. 215f., zit. n. ebd., S. 216.

14 Kahmann hatte sich mittlerweile als normaler Strafgefangener entpuppt. Im Dezember 1945 wurden ihm und einigen seiner Mitarbeiter in der Turnhalle der Patroklischule der Prozess gemacht. Siehe dazu Möller (wie Anm. 13), S. 215f., sowie die Tagebucheinträge von Hilse (wie Anm. 7) zum 20.7. (zit. n. ebd.) und 15.12.1945.

15 Eine Liste der Stadtverwaltung aus dem Jahr 1950 („Aus dem Internierungslager entlassene Parteigenossen“) umfasst 121 Namen, in: StAS D 457.

Geist des Landratsamtes“, Heinrich J.¹⁶ Auch der ehemalige Soester Landrat Walter Möhring, der den Großteil des Krieges zu auswärtigen Dienststellen abgeordnet worden war, konnte sich der „Bitternis der Internierung“ nicht entziehen¹⁷. Sie alle sahen sich für eine unbestimmte Zeit den harten Entbehrungen des Lagerlebens ausgesetzt sowie einer höchst ungewissen Zukunft entgegen. Einige von ihnen kehrten bereits im Januar 1946¹⁸, viele aber erst 1947/48 wieder heim. Möhring etwa musste trotz entschiedener Fürsprache von Hubertus Schwartz mindestens bis April 1947 im Lager Eselheide ausharren, ehe er wie viele andere ohne Anklage nach Hause geschickt wurde¹⁹. Gehobene Funktionäre der NSDAP sowie Mitglieder der SS hatten sich dagegen vor eigens gebildeten deutschen Spruchgerichten einem regulären Gerichtsverfahren zu stellen. Die vor allem 1948 gefällten Urteile gegen die Soester Angeklagten bestanden zumeist in geringen Haftstrafen bis zu einem Jahr oder Geldstrafen, die in aller Regel durch die erlittene Internierungszeit ganz oder teilweise als verbüßt galten²⁰.



*Otto Scharnow,
Soester Bürgermeister 1933-1945*

Der suspendierte Bürgermeister Scharnow indes, der als teils ohnmächtiges, teils williges Werkzeug der örtlichen NSDAP gewirkt hatte, war zwar am 30. Oktober 1945 verhaftet worden, wurde aber noch am gleichen Tage wieder auf freien Fuß gesetzt²¹, weil er infolge seiner Dienststellung von den „automatic-arrest“-Kategorien ebenso wenig erfasst wurde wie durch seine ehrenamtlichen Parteiposten als SA-Oberscharführer und Kreisschulungswalter der DAF. Da er als Beamter vorerst lediglich suspendiert, aber noch nicht förmlich entlassen worden war, bewohnte er zunächst auch weiterhin die städtische Dienstwohnung des Bürgermeisters unter der Adresse „Auf der Borg“ Nr. 4.

-
- 16 Siehe etwa die Kopien von Spruchkammerakten aus dem Bundesarchiv Koblenz bezüglich einiger Verfahren gegen Soester Funktionäre der NSDAP sowie Mitglieder der SS, in: StAS D Hs 36. „Böser Geist“ zit. n. dem Protokoll einer Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des Soester EHA Hochherz und seines Stellvertreters Stracke beim Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung vom 7.10.1949, in: Kreisarchiv Soest (KrAS) Altkreis Soest 5898.
- 17 Zit. n. Bernhard Granzauer: Walter Möhring, in: Heimatkalender des Kreises Soest 39 (1966), S. 81.
- 18 Siehe Hilse (wie Anm. 7), Tagebucheintrag 30.1.1946.
- 19 Siehe den Schriftwechsel von Frau Möhring mit Schwartz sowie von Schwartz mit der Militärregierung zwischen September 1946 und April 1947, in: KrAS Altkreis Soest 5898.
- 20 Siehe dazu allgemein Wember (wie Anm. 5), S. 276ff.; zu einigen Soester Fällen auch das Material in StAS D Hs 36 sowie Gerhard Köhn: Soester NSDAP-Funktionäre – ihre Schuld und Strafe, in: SZ 112 (2000), S. 136ff., hier S. 143ff.
- 21 Siehe Vermerk Landrat Günther 18.12.1945, in: StAS D 429.

Zeitgleich zu dieser Jagd auf Funktionäre und Exzesstäter des NS-Regimes starteten die Besatzungsbehörden in ganz Deutschland auch die breit angelegten Säuberungen des öffentlichen Lebens von Parteigängern und Nutznießern des untergegangenen Systems. Reichweite und Intensität der konkreten Maßnahmen differierten dabei jedoch nicht nur zwischen den einzelnen Besatzungszonen, sondern auch innerhalb des britischen Besatzungsgebietes teilweise beträchtlich. Auf dem Gebiet des im Folgejahr gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen kam dabei dem Regierungsbezirk Arnsberg eine deutliche Sonderrolle zu. Der dortige Regierungspräsident Fritz Fries war ein ausgesprochen begeisterter Protagonist der Entnazifizierung. Unter Oberaufsicht und Duldung der britischen Militärbehörden entfaltete der Sozialdemokrat Fries vom Juni 1945 bis zur Jahreswende 1945/46 eine besonders rege Säuberungspolitik, die in den benachbarten Regierungsbezirken ihresgleichen suchte²².

Die eigentliche Entnazifizierung in der Britischen Zone richtete sich zunächst fast ausschließlich gegen die Beamten- und Lehrerschaft. Sie galten den Siegermächten als wesentliche Stützen des NS-Regimes. Tatsächlich waren diese Berufsgruppen dem hohen Anpassungsdruck des Regimes am intensivsten ausgesetzt gewesen; der Anteil der Parteimitglieder war unter den Beamten am höchsten. Daher erschien sogar das im April 1945 in Soest kursierende Gerücht, alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder würden aus dem öffentlichen Dienst bis auf Weiteres entlassen²³, nicht ganz abwegig. Zunächst forderte eine Verfügung des stellvertretenden Regierungspräsidenten v. Lüpke vom 16. Mai 1945 die sofortige Entlassung aller „Alten Kämpfer“ aus dem öffentlichen Dienst; gemeint waren damit alle Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen SA, SS und HJ, deren Eintrittsdatum vor dem 30. Januar 1933 lag²⁴. Allein die Soester Stadtverwaltung hatte daraufhin bis zum 1. Juni zehn Beamte und drei Angestellte zu entlassen (diese und alle folgenden Zahlenangaben zur Soester Beamtenschaft unter Ausschluss der Lehrer). Es handelte sich ohne Ausnahme um Männer mittleren Alters zwischen 31 und 45 Jahren, die vornehmlich zwischen 1930 und 1932 der NSDAP beigetreten waren²⁵. Drei von ihnen hatten ihre Mitgliedschaft erst zum 1. März bzw. 1. April 1933 erworben, sahen sich jedoch zusätzlich als frühe Mitglieder der SS kompromittiert. Alle zehn betroffenen Beamten blieben „ohne Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung“. Zu ihnen zählten neben dem städtischen Bauhofverwalter Kurt P. vornehmlich einige Stadtinspektoren und Stadtsekretäre. Niedrige Posten – in diesem Falle ein Kraftfahrer und ein Hausmeister – waren vorerst kaum betroffen. Zu diesen zehn entlassenen Beamten gesellten sich noch zwei Ruhegehaltsempfänger, denen ebenfalls jegliche finanzielle Zuwendung gestrichen wurde. Bereits bei diesen frühen Maßnahmen zeigte sich jedoch, dass die umfassenden Säuberungspläne immer wieder durch

22 Siehe Hedwig Schrulle: *Verwaltung in Diktatur und Demokratie. Die Bezirksregierungen Münster und Minden/Detmold von 1930 bis 1960*, Paderborn 2008, S. 472f., 485ff., 495f., 503 und 647. Ferner Lange (wie Anm. 11), S. 16ff.; Wolfgang Krüger: *Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen*, Wuppertal 1982, S. 24ff.

23 Siehe Hilse (wie Anm. 7), Tagebucheintrag zum 15.4.1945, auch bei Deus (wie Anm. 8), S. 31.

24 Der Text der Verfügung bei Lange (wie Anm. 11), S. 133f.

25 Hierzu und zum Folgenden vor allem die Vermerke der Abt. I P vom 24.5.1945 und 30.5.1945, in: StAS D 2818.

pragmatische Erwägungen beschränkt sein würden. So musste etwa die Entlassung eines weiteren Angestellten, der 1932 in die NSDAP eingetreten war, ausdrücklich bis zur Genesung des städtischen Garten- und Friedhofsverwalters aufgeschoben werden; einige Monate später war jedoch auch seine Gnadenfrist vorüber. Bis zum Jahresende fielen der genannten Verfügung des Regierungspräsidenten gegen die „Alten Kämpfer“ noch fünf weitere Angestellte – darunter ein Assistenzarzt des Stadtkrankenhauses – sowie sechs städtische Arbeiter zum Opfer²⁶.

Die Säuberungspläne beschränkten sich auf Dauer jedoch nicht nur auf „Alte Kämpfer“. Noch im Sommer 1945 gerieten zunehmend auch die übereifrigen „Späteinsteiger“ unter Druck, die ihr Parteibuch zwar erst nach der Machtergreifung erworben hatten, in den folgenden Jahren aber als Funktionäre der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände hervorgetreten waren. Nach einer Anweisung der Militärregierung aus dem Frühjahr 1945 hatten sich alle Mitarbeiter der privaten und öffentlichen Finanzbranche einer peinlich genauen Überprüfung zu unterziehen²⁷. Allein das Soester Finanzamt musste daraufhin in den nächsten Monaten etwa 20 Beamte als ehemalige Schar- oder Truppführer der SA entlassen²⁸. Von diesen Überprüfungen betroffen waren auch die Mitarbeiter der städtischen Sparkasse in Soest²⁹. Spätestens im Juni 1945 erhielten die drei ortsanwesenden Beamten des Geldinstituts vom Soester Reichsbankdirektor im Auftrag der Militärregierung ausführliche Fragebögen zugestellt. Ein Sparkasseninspektor und ein Sparkassensekretär – zwei einfache Parteimitglieder ohne jegliches Amt – bekamen keine Probleme. Ausgerechnet der langjährige Sparkassendirektor Friedrich Br. jedoch war zwar erst 1940 der NSDAP beigetreten, fiel aber als Oberscharführer der SA-Reserve ohne jeden Zweifel in die Kategorie der zwangsweise zu Entlassenden. Die Stadtverwaltung entschied jedoch anders: Um die Sparkasse „nicht ohne Führung“ zu lassen, so ließ man den Reichsbankdirektor am 28. Juni 1945 wissen, habe man Br. vorerst im Amt belassen, „zumal ein Beamter oder Angestellter, der für die Führung der großen Sparkasse in Frage kommen könnte, nicht vorhanden“ war³⁰. Direktor Br. musste seinen Schreibtisch daher erst im Januar 1946 räumen³¹. Vier weitere Beamte der Sparkasse befanden sich im Sommer 1945 noch in Kriegsgefangenschaft. Fragebögen konnten sie daher nicht ausfüllen. Anhand ihrer Personalakten kam man in der Stadtverwaltung jedoch im Juli zu dem Ergebnis, dass nach den Kriterien der genannten Anweisung drei von ihnen als ehemalige Scharführer der SA bzw. des NSKK entlassen werden mussten.

26 Siehe dazu die „Nachweisung über diejenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bisher im Zuge der Entnazifizierung zur Entlassung gekommen sind.“ (Januar 1946), in: StAS D 456.

27 Siehe die Anweisung der Militärregierung, Finanzabteilung, an finanzielle Unternehmen und Regierungsfinanzbehörden Nr. 3, undatiert (März 1945), abgedruckt bei Lange (wie Anm. 11), S. 66ff.; vgl. auch Vollnhals (wie Anm. 2), S. 25f.

28 Siehe das Schreiben des Finanzamtvorstehers an den Soester Bürgermeister vom 17.9.1945, in: StAS D 453.

29 Zum Folgenden siehe den vom Bürgermeister unterschriebenen Vermerk der Abt. I P sowie den Entwurf eines Berichts an den Landrat vom 21.7.1945, zit. n. ebd. (StAS D 2818) sowie die Übersicht über die Parteimitgliedschaften und Parteiämter der städtischen Beamten (ebd.).

30 Zit. n. einem Vermerk des Bürgermeisters vom 21.7.1945, in: StAS D 2818.

31 Siehe Abt. I P an Oberkreisdirektor (im Folgenden „OKD“) 10.4.1947, in: StAS Ea 5031.

Die Säuberung der Geldinstitute war noch in vollem Gange, als Regierungspräsident Fries ab Anfang Juni alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder listenmäßig erfassen ließ³². Am 15. Juni 1945 folgte seine „Anordnung über den Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung“³³. Sie forderte zum einen die unverzügliche Entlassung aller Behördenbediensteten, die „zu irgendeiner Zeit“ Mitglieder der SS, Funktionäre der NSDAP auf Kreis- bzw. Ortsgruppenebene oder Offiziere der SA bzw. der HJ gewesen waren. Zu den ersten und prominentesten Opfern dieser Vorschriften gehörten etwa der in Kriegsgefangenschaft befindliche Stadtarchivar Richard Jüsten als ehemaliger Kreiskulturleiter der NSDAP, der internierte Verwaltungsdirektor Karl H. als Kreisorganisationsleiter und der gleichfalls internierte Stadtinspektor August G. als Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik³⁴. Zwangsläufig zu entlassen waren auch reine Parteibuchbeamte sowie alle Bediensteten, die keine Gewähr für eine rückhaltlose Unterstützung der neuen demokratischen Staatsordnung zu bieten schienen. Diese Bedenken wurden etwa einem Amtsgehilfen und einem Stadtsekretär zum Verhängnis. Insgesamt galten nach der Personalabbauanordnung zunächst 14 Bedienstete als entlassungsreif. Bis zum Jahresende waren insgesamt mindestens 16 Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadtverwaltung aufgrund dieser Vorschriften entlassen worden. Auch Scharnows Suspendierung vom April 1945 wollte man ab August unter Anwendung dieser Vorschriften nachträglich in eine förmliche Entlassung umwandeln³⁵.

Die besagte Anordnung vom 15. Juni ging jedoch noch zwei wesentliche Schritte weiter: Alle anderweitig unbelasteten Verwaltungsangehörigen, die zwischen dem 1. Mai 1933 und dem 30. April 1936 einfache Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen geworden waren, sollten nur „auf Widerruf“ im öffentlichen Dienst verbleiben dürfen. Sobald „eine geeignete Ersatzkraft zur Verfügung stünde“, waren sie mit halbiertem Ruhegehalt zu entlassen. Alle Bediensteten, die ab dem 1. Mai 1936 zur Partei gefunden hatten, sollten „in einer Bewährungszeit von drei Jahren den Nachweis [...] erbringen, daß sie jederzeit rückhaltlos für den demokratisch-republikanischen Staat eintreten“ würden. Bei Nichtbewährung waren auch sie sofort zu entlassen. Im Sommer 1945 mussten die Bediensteten ausdrückliche Erklärungen unterschreiben, ob sie von den letztgenannten Vorschriften betroffen waren oder nicht³⁶.

Insgesamt verfehlten die im Einvernehmen mit der britischen Militärregierung unternommenen Anstrengungen des Regierungspräsidenten zur Säuberung des öffentlichen Dienstes ihr Ziel nicht. Allein die Soester Stadtverwaltung hatte bis Ende Januar 1946 34 ihrer insgesamt 76 Beamten entlassen, angefangen vom Bürgermeister über den Sparkassendirektor, den städtischen Bauhofverwalter, den Archivleiter bis hin zum einfachen Kraftfahrer und Amtsgehilfen. Hinzu kamen zwölf von 38 Angestellten und zehn Arbeiter. Fünf der Betroffenen befanden sich zum

32 Der Text der Verfügung bei Lange (wie Anm. 11), S. 134f.

33 Der Text der Anordnung ebd., S. 137ff.

34 Siehe die entsprechende Übersicht der Abt. I P vom 26.7.1945, in: StAS D 2818.

35 Siehe die „Nachweisung ...“ (wie Anm. 26). Zu Scharnow: Bürgermeister an Regierungspräsident (im Folgenden RP) Arnshagen 22.8.1945, in: StAS D 429.

36 Einige Beispiele in StAS D 450.

Zeitpunkt ihrer Entlassung in Kriegsgefangenschaft oder Internierungshaft; zwei entlassene Polizisten, die nach dem Luftangriff vom 5. Dezember 1944 einen Ausländer standrechtlich erschossen hatten, saßen in Strafhaft. Darüber hinaus wurden sechs Hilfsangestellte aufgrund ihrer politischen Belastung noch vor den übrigen Kriegsaushilfen freigesetzt³⁷.

Angesichts dieser rigorosen Maßnahmen ohne jegliches Recht auf Anhörung oder Widerspruch kam es in der Beamtenschaft schon nach wenigen Monaten zu verbreiteter Kritik. Wichtigster Stein des Anstoßes war die fast ausschließliche Orientierung der Sanktionen an formalen Belastungskriterien. Der Chef des Soesters Finanzamtes brachte die Kritik bereits im September 1945 auf den Punkt: „Entscheidend muß [...] die tatsächliche Gesinnung sein, nicht die vielfach nur äußerliche Zugehörigkeit zu einer Formation.“³⁸ Folglich wuchs unter den Entnazifizierern am grünen Tisch allmählich die Bereitschaft, auf die Mitarbeit von orts- und fachkundigen Beratungsgremien zu setzen³⁹. So bildeten sich Ende 1945 auch in Soest die ersten deutschen Ausschüsse, die den britischen Militärbehörden bei ihren Säuberungsaktionen beratend zur Seite stehen sollten. Bereits am 21. November hatte der Soester Gemeinderat Dülberg die Einrichtung eines Ausschusses vorgeschlagen, der die weitere Tragbarkeit sämtlicher städtischer Bediensteter überprüfen sollte, die einstmals der NSDAP oder einer ihrer Nebenorganisationen angehört hatten⁴⁰. Endgültig aus der Taufe gehoben wurde ein solcher Ausschuss schließlich nach einer entsprechenden Weisung des Regierungspräsidenten Anfang Januar 1946⁴¹. Das Gremium umfasste unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Becker zwei weitere Stadtbedienstete sowie – in beratender Funktion – je einen Vertreter der vier „bisher zugelassenen republikanischen Parteien“. Die offizielle Aufgabe des Ausschusses bestand in der Überprüfung aller Stadtbediensteten, über deren Verbleib im Amt nicht pauschal, sondern von Fall zu Fall zu entscheiden sei. Nach einem Kriterienkatalog der Militärregierung sollten dazu etwa alle Personen gehören, die einfache Mitglieder der NSDAP gewesen und vor dem 1. April 1937 beigetreten waren. Gleiches galt auch für einfache Mitglieder der SA und SS, die nach dem 1. April 1933 zu ihrer Formation gestoßen waren. Für die Entscheidung maßgeblich sollte die Feststellung sein, ob die fraglichen Personen aktive oder lediglich nominelle

37 Die Zahlen nach der „Nachweisung ...“ (wie Anm. 26). Zu den dort aufgeführten 33 Beamten wurde der im Januar 1946 entlassene Sparkassendirektor Br. hinzugezählt; zur Gesamtzahl der Beamten und Angestellten (Stand 31.3.1945) siehe Deus (wie Anm. 8), S. 51.

38 Zit. n. Vorsteher Finanzamt Soest an den Bürgermeister Soest 17.9.1945, in: StAS D 453. Auch der Leiter des städtischen Verkehrsamtes Hilse vertrat zeitgleich ganz ähnliche Gedanken, siehe Hilse (wie Anm. 7), Eintragung zum 25.9.1945. Vgl. auch Vollnhals (wie Anm. 2), S. 26f.

39 So forderte etwa die britische Instruktion Nr. 28 Anfang Dezember 1945 die Bildung von deutschen Ausschüssen bei den britischen Dienststellen der Städte und Kreise, die fakultativ zur Beratung herangezogen werden sollten. Die Ober- und Regierungspräsidenten sollten Listen mit geeigneten Personen einreichen. Die Instruktion Nr. 28 erreichte in der Praxis jedoch keine wesentliche Bedeutung. Siehe dazu Lange (wie Anm. 11), S. 15; Vollnhals (wie Anm. 2), S. 27.

40 Siehe Bürgermeister an Abt. I P 23.11.1945, in: StAS D 2818.

41 Verfügung des RP Arnsberg an die Landräte und Oberbürgermeister 4.1.1946 „betr. Bereinigung der öffentlichen Verwaltung des Regierungsbezirks Arnsberg von Nazi-Elementen“, in: Lange (wie Anm. 11), S. 148f.

Mitglieder gewesen waren⁴². Nach einer Liste der Personalabteilung im Rathaus drohte diese Überprüfung allein 15 Beamten der Soester Stadtverwaltung⁴³. Als dieser „Ausschuss zur Bereinigung der Stadtverwaltung Soest von Nazielementen“ am 14. Februar schließlich zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, hatte er allerdings zunächst einmal die Einsprüche von drei bereits Entlassenen zurückzuweisen. Auch in seiner zweiten und letzten Sitzung am 25. Februar kam der Ausschuss über die Entscheidung weniger Einzelfälle nicht hinaus⁴⁴. Eine systematische Abarbeitung der besagten Liste hatte allenfalls in Ansätzen begonnen, als ein grundsätzlicher „Neustart“ der britischen Entnazifizierungspolitik die weitere Arbeit des Ausschusses zum Erliegen brachte.

Im Vergleich zur zügigen Säuberung der Verwaltungen kam die Entnazifizierung der Privatwirtschaft nur schleppend in Gang. Eine Anweisung der Militärregierung in Arnsberg vom Juli 1945 übertrug diese Aufgabe den Industrie- und Handelskammern. Bei der IHK in Dortmund wurden daraufhin bis zum 20. Oktober 1945 rund 2.500 Fragebögen von Betroffenen eingereicht. Inwieweit Soester Geschäftsleute darunter waren, muss vorerst dahingestellt bleiben. Am 1. Oktober widmete sich schließlich auch ein Erlass von Fries der Personalbereinigung in der Privatwirtschaft. Sie sollte von den Landräten in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und dreiköpfigen Beratungsgremien für jede Branche in die Hand genommen werden. Landesweit entstanden jedoch nur wenige dieser Ausschüsse⁴⁵. In Soest allerdings nahm eine beratende Kommission aus drei Mitgliedern, die so gut wie keine Spuren hinterlassen hat, ihre Arbeit auf. Aufgrund ihrer Vorschläge erließ die örtliche Kommandantur einige Entnazifizierungsanordnungen⁴⁶. Neben diesem Gremium arbeitete die örtliche Property-Control-Stelle der britischen Militärregierung und sprach einzelne Geschäftsschließungen aus. Im März 1946 waren daher im gesamten Kreis Soest 29 Geschäfte geschlossen worden⁴⁷. In Soest selber waren insgesamt zwölf Geschäfte, darunter zwei Lebensmittelgeschäfte, eine Buchhandlung, ein Tabakgeschäft, ein Porzellanwarengeschäft, eine Druckerei, eine Viehhandlung, ein Fuhrgewerbe, eine Spedition, ein Bierverlag, eine Gastwirtschaft sowie ein Bandagist betroffen⁴⁸.

Insgesamt gesehen war jedoch die Entnazifizierung von Handel und Gewerbe in Soest gegen Ende des Jahres 1945 noch nicht weit gediehen. Anfang Februar 1946 machte sich die Soester SPD energisch für eine intensivere Entnazifizierung der

42 Vermerk Abt. I P 30.1.1946, in: StAS D 2818. Der Kriterienkatalog (sog. „Anhang B“) ist abgedruckt bei Lange (wie Anm. 11), S. 115ff.

43 Siehe die „Nachweisung derjenigen Beamten der Stadtverwaltung Soest, die Mitglieder der ehemaligen NSDAP. waren“, o. D. (Februar 1946), in: StAS D 2818.

44 Siehe die beiden Sitzungsniederschriften vom 14.2. und 25.2.1946, in: StAS D 2818.

45 Siehe Lange (wie Anm. 11), S. 37.

46 Siehe etwa OKD an Rechtsanwalt Sträter 7.2.1946 sowie Sträter an Landrat 13.2.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3558.

47 Vermerk des Landrats vom 23.3.1946 über ein Gespräch mit Dr. Schmid von der örtlichen Property-Control-Stelle, in: KrAS Altkreis Soest 3558.

48 Siehe MilGov 916 Det an Chairman of Denacification Panel, Soest 15.Oct. 46, in: Landesarchiv NRW Abt. Rheinland, Standort Düsseldorf (im Folgenden „LAD“) NW 1113-2; vgl. auch Hilse (wie Anm. 7), Eintrag zum 8.2.1946.

Wirtschaft stark. „Handel und Gewerbe“, so ließen die Sozialdemokraten den Landrat wissen, seien „bis ins Kleinste von Nazielementen zu bereinigen“. Was bisher geschehen sei, sähe „reichlich nach Verblässung aus“ und entspräche keinesfalls „der Stimmung der gesamten [...] Bevölkerung“⁴⁹. Die bei der Säuberung der Wirtschaft auftretenden Schwierigkeiten lagen jedoch offenbar nicht zuletzt im Detail. Zum einen herrschte in Soest zeitweise ein eklatanter Mangel an Fragebögen, andererseits gab es gravierende Probleme, die vorhandenen Bögen überhaupt an die Betroffenen im Kreis Soest weiterzuleiten⁵⁰.

2. Die Systematisierung der Entnazifizierung: Aufbau und Arbeit der Soester Entnazifizierungsausschüsse 1946 bis 1947

Eine neue Phase der britischen Entnazifizierungspolitik begann mit dem Erlass der alliierten Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12. Januar 1946, die auf eine Vereinheitlichung in allen vier Besatzungszonen abzielte. Fünf Tage später erließ die britische Militärregierung als Durchführungsverordnung die Zonen-Exekutiv-Anweisung Nr. 3 (ZEA Nr. 3)⁵¹. Gemäß dieser Anweisung waren auf Kreisebene deutsche Hauptausschüsse (im Folgenden EHA) zu konstituieren, die ihrerseits für einzelne Gemeinden, Verwaltungen und Berufszweige Unterausschüsse zu bilden hatten. Die Unterausschüsse sollten die ausgefüllten Fragebögen der Entnazifizierungspflichtigen eintreiben, auswerten und gemäß vorgegebener Richtlinien Empfehlungen bezüglich Entlassung oder Verbleib der Betroffenen in ihren beruflichen Stellungen abgeben. Jede einzelne Stellungnahme war als „case summary“ an den zuständigen EHA zu leiten, der an Hand der Unterlagen seinerseits eine Empfehlung für die britischen Militärbehörden auszusprechen hatte. Beide Gremien sollten unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen und konnten ihre Empfehlungen nach Aktenlage treffen. Die Entscheidungsgewalt verblieb damit jedoch ausschließlich in der Hand der britischen Militärbehörden. Letzteres galt auch für alle Berufungen gegen bisherige und zukünftige Entlassungen, die nach der ZEA Nr. 3 bei den ebenfalls neu zu bildenden Berufungsausschüssen eingelegt werden konnten.

Die Militärregierung sollte die Ratsvertretungen der Kreise umgehend zur Aufstellung der EHAs anhalten⁵². Die Mitarbeit in einem solchen Gremium galt in der Bevölkerung des Kreises Soest jedoch schon im Winter 1946 als denkbar „undankbare Aufgabe“, so dass sich die Rekrutierung von Mitgliedern als „außerordentlich schwierig“ erwies⁵³. Trotzdem konnten die vier im ernannten Soester Kreistag ver-

49 SPD Soest an Landrat 11.2.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3558, zit. n. ebd.

50 Siehe dazu den Briefwechsel vom Anfang Februar 1946 zwischen der örtlichen SPD und Egon Hochherz, den die SPD in seiner Eigenschaft als Beisitzer der IHK Arnsberg für die Verteilung der Bögen gewinnen wollte, in: KrAS Altkreis Soest 3558; Landrat an Hochherz 19.2.1946 sowie OKD an Hochherz 21.2.1946, in: KrAS Altkreis Soest 5900.

51 Der Text der ZEA Nr. 3 bei Lange (wie Anm. 11), S. 233ff.; zum Folgenden siehe auch die Darstellungen bei Vollnhals (wie Anm. 2), S. 27, Lange (wie Anm. 11), S. 24ff., und Krüger (wie Anm. 22), S. 31ff.

52 Siehe ZEA Nr. 3, Teil I, Nr. 4, abgedruckt bei Lange (wie Anm. 11), S. 235.

53 Zit. n. der Niederschrift der Kreistagssitzung vom 28.1.1949, Redebeitrag Stadtrat Müller, in: KrAS Altkreis Soest 5899.

tretenen Parteien bereits am 4. Februar 1946 jeweils zwei Kandidaten nominieren⁵⁴. Über das weitere Prozedere herrschte bei den deutschen Behörden vor Ort jedoch noch wochenlang Unklarheit⁵⁵. Eine überschaubare Zusammenfassung der besagten ZEA Nr. 3 in englischer Sprache ging dem Landrat erst am 6. März zu⁵⁶.

Am 23. März 1946 kam der „Kreisentnazifizierungsausschuß“ im Beisein von Landrat Schwartz und Oberkreisdirektor Günther zu seiner ersten Sitzung zusammen⁵⁷. „Die neuen Richtlinien der Militärregierung für die Entnazifizierung wurden eingehend besprochen.“ Nach der Wahl des parteilosen, aber CDU-nahen Kaufmanns Egon Hochherz aus Soest zum Vorsitzenden nahm der Ausschuss „alsbald seine Arbeit auf.“ Noch am gleichen Tage wurde einstimmig beschlossen, dass die Dienstentlassung Scharnows vom April 1945 rechtens gewesen war. Eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst galt als nicht tragbar⁵⁸. In einer weiteren Sitzung am 6. April überprüfte der EHA auf Wunsch des Oberkreisdirektors zwölf nebenamtliche Fleischbeschauer, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Fünf von ihnen sollten zum 1. Juli 1946 ihr Amt abgeben, bei den übrigen wollte man die Empfehlungen der neuen Unterausschüsse abwarten⁵⁹.

Bereits sechs Tage nach seiner konstituierenden Sitzung – am 29. März – trat der EHA an die Ortsbehörden zur Bildung der Unterausschüsse heran⁶⁰. Noch gab man sich der Illusion hin, die gesamte Entnazifizierung bis zum Mai 1946 (!) abschließen zu können. Entsprechend zügig gingen die Gemeinden an die Bildung der Unterausschüsse. Anfang April 1946 lag im Kreishaus bereits ein erstes Verzeichnis der vorgesehenen Mitglieder vor⁶¹. Insgesamt wurden in den nächsten Wochen im Kreis Soest neben neun örtlichen weitere 17 fachliche Unterausschüsse für größere Behörden, Berufsgruppen und Betriebe gebildet⁶². Zu letzteren gehörten die Unterausschüsse für die Stadtverwaltung Soest, die Kreisverwaltung, das Versorgungsamt, das Finanzamt, das Postamt Soest, das Kulturamt, die Reichsbahn, das Zuchthaus Werl, die Lehrerschaft, die Ärzteschaft, das Bankenwesen, das Krankenkassen- und Versicherungswesen, die Zuckerfabrik, die VEW sowie für die Belegschaft der Firma Milke. Von besonderer Bedeutung waren der „Unterausschuss Industrie“ sowie der „Unterausschuss für Handel, Handwerk, Gewerbe und freie Berufe in der Stadt

54 OKD an Landrat 4.2.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3563.

55 Vermerk Schwartz vom 8.2. über eine Rücksprache am 6.2.1946 (KrAS Altkreis Soest 3558) und Vermerk vom 19.2. über eine Rücksprache mit Gething am gleichen Tage (KrAS Altkreis Soest 3560).

56 KrAS Altkreis Soest 3563.

57 Siehe hierzu Einladung des OKD vom 20.3.1946 sowie den Vermerk des Landrats vom 23.3.1946 über den Verlauf der Sitzung, in: KrAS Altkreis Soest 3563. Das folgende Zitat nach dem Vermerk vom 23.3.1946.

58 Siehe Schreiben des EHA Soest vom 28.3.1946, in: StAS C 429 (Personalakte Scharnow) sowie Vermerk des Landrats vom 30.3.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3558.

59 OKD an Kreis-Entnazifizierungsausschuss 29.3.1946; Protokoll der Sitzung vom 6.4.1946, in: LAD NW 1113-27.

60 „Der politische Ausschuß des Kreises Soest“ an die Ortsbehörden 29.3.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3563.

61 Landrat an Hochherz 4.4.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3563.

62 Die Zahlen nach dem gedruckten Verwaltungsbericht des Kreises Soest für das Rechnungsjahr 1942-1947, S. 59, ein Exemplar in StAS D 15.

Soest“⁶³. In der Regel bestanden diese Unterausschüsse aus drei bis fünf Personen; großer Wert wurde auf die soziale Ausgewogenheit der Gremien gelegt. So sollte der „Unterausschuss Industrie“ etwa ausdrücklich aus einem Betriebsleiter, zwei



Stadtdirektor Franz Becker, Vorsitzender des Unterausschusses für die Soester Stadtverwaltung (links), mit Bürgermeister August Müller

Angestellten und zwei Arbeitern bestehen⁶⁴. Die Unterausschüsse in den Behörden umfassten in der Regel je einen Bediensteten der höheren, mittleren und unteren Laufbahn. Sämtliche Mitglieder sollten selbstverständlich „möglichst wenig politisch belastet“ sein; allein diese Formulierung des EHA spricht schon Bände über die Schwierigkeiten der Personalauswahl⁶⁵.

Der Unterausschuss der Stadtverwaltung Soest sollte nach dem Willen des EHA dagegen aus vier Personen bestehen. Fest eingeplant waren neben dem Stadtdirektor Franz Becker der Sparkassenangestellte Heinrich Sändker sowie der Bauhofverwalter Jakob Sommerei. Alle drei hatten bereits dem kurzlebigen „Ausschuß zur Bereinigung der Stadtverwaltung von Nazielementen“ angehört. Der Stadtverwaltung wurde die zusätzliche Benennung eines KPD-Vertreters aufgetragen. Dort fiel die Entscheidung auf einen Gärtner, der als Arbeiter

bei der Friedhofsverwaltung tätig war. Bereits zwei Wochen nach der endgültigen Bestätigung der vier Mitglieder konnte der präsidiierende Stadtdirektor dem EHA am 25. Juni 1946 die Fragebögen samt der „case summaries“ von 183 Bediensteten der Stadt Soest vorlegen. Der größte Teil der Arbeit für den Unterausschuss im Soester Rathaus war daher bereits nach wenigen Wochen geleistet. In den beiden folgenden Jahren wurden nur noch 33 bzw. 24 weitere

63 Die Auflistung der Unterausschüsse nach einem Schreiben des EHA Soest an die Unterausschüsse vom 14.2.1948, in: LAD NW 1113-24.

64 Siehe EHA Soest an die „Vereinigung der Fabrikanten der Stadt Soest“, z. Hd. Herrn Grüter 5.8.1946, in: LAD NW 1113-22.

65 Zit. nach einem Schreiben des EHA an den Kreispolizeichef Soest 31.5.1946, in: LAD NW 1113-22.

Empfehlungen ausgesprochen⁶⁶. Ähnliches traf in der Regel auch für die übrigen fachlichen Unterausschüsse zu⁶⁷.

Einen ungleich höheren und dauerhafteren Arbeitsaufwand hatte dagegen der achtköpfige „Unterausschuß für Handel, Handwerk, Gewerbe und freie Berufe in der Stadt Soest“ zu bewältigen. Seinen Vorsitz sollte zunächst der Autohändler und CDU-Gemeinderat Egon Ludewig übernehmen, der auf das Amt jedoch verzichtete⁶⁸. An seine Stelle trat der Druckereibesitzer Josef Flory, ein früheres Mitglied des Reichsbanners, der 1936 selbst mit der repressiven Justiz des NS-Staates in Konflikt geraten war⁶⁹. Ihm zur Seite traten der Schmiedemeister Hermann Roloff (CDU), der Schreinermeister Theodor Lindauer, der Malermeister Karl-Josef Glaremin, der Tabakwarenhändler Heinrich Brune (SPD), der Installateurmeister Georg Dülberg (SPD), der Werkmeister Fritz Steinhoff (KPD) und der Zeitschriftenvertreter Ferdinand Hake⁷⁰.

Am 24. Juni 1946 wurden diese acht Mitglieder vom EHA bestätigt. Noch am gleichen Tage übersandte der EHA die Akten von 34 Personen, die dringend zur Überprüfung anstanden. Tags darauf folgten neun weitere Anträge. Angesichts dieses Arbeitsanfalls ließ die erste Sitzung des Unterausschusses nicht lange auf sich warten⁷¹. Bereits am 27. Juni 1946 traten die acht Herren erstmals zusammen und erledigten nicht weniger als 32 Fragebögen. Die Bewertungen fielen außerordentlich gnädig aus. Die überwiegende Mehrheit von 28 Kandidaten bewertete man als „in Ordnung“, ein Überprüfter galt zumindest als „tragbar“ und zwei weitere als „noch tragbar“. Möglicherweise hatte man für die erste Sitzung die leichten Fälle vorgezogen, denn die Ergebnisse der zweiten Arbeitsrunde am 1. Juli fielen wesentlich härter aus: Von 19 erledigten Fällen galten dieses Mal lediglich vier als „einwandfrei“, dafür aber sieben als „tragbar“ und zwei als „noch tragbar“. Drei Personen hingegen wurden als „politisch untragbar“ eingestuft. Zwei Fabrikanten kreidete man ihre „übergroßen Kriegsgewinne“ an und wollte ihnen deshalb „keine Vergünstigungen“ gewähren.

Der „Unterausschuss Flory“, dessen Geschäftsführung durch eine Angestellte der Stadtverwaltung versehen wurde⁷², entfaltete auch in der Folgezeit ein beachtliches Arbeitspensum⁷³. Allein im zweiten Halbjahr 1946 folgten 23 Arbeitssitzungen, in denen 790 Entnazifizierungsfälle abgearbeitet wurden. In den folgenden drei Jahren nahm das Arbeitspensum dann kontinuierlich ab. Im gesamten Jahr 1947 erle-

66 Siehe die Eingangslisten des EHA in LAD NW 1113-25. Noch im Dezember 1948 wurde das Mitglied Sändler durch den Stadtobersekretär Dülberg ersetzt, siehe Stadtdirektor (im Folgenden „StD“) Soest an EHA Soest 17.12.1948, in: StAS D 453.

67 Siehe die entsprechenden Eingangslisten des EHA in LAD NW 1113-25.

68 Siehe OKD Soest/ Entnazifizierungsausschuss an StD 23.5.1946 sowie Ludewig an Stadt Soest 6.6.1946, in: StAS D 453.

69 Siehe Vermerk vom 17.6.1946, in: StAS D 453. Zu Flory siehe Köhn, Soest (wie Anm. 9), S. 710f., sowie die Angaben in der Niederschrift zum Spruchgerichtsverfahren gegen Heinrich Kr., in: Bundesarchiv Koblenz Z 42 VI 1596.

70 EHA Soest an Unterausschuss der Stadt Soest, z. Hd. Flory 24.6.1946, in: StAS D 2816.

71 Zum Folgenden siehe StAS D 2816.

72 StD Soest an EHA 12.10.1946, in: StAS D 453.

73 Zum Folgenden siehe StAS D 2816.

digte man an 20 Terminen 513 Fälle. Im Folgejahr waren nur noch 11 Sitzungen notwendig, um 185 Personen einzuschätzen. Im Jahre 1949 wurden nur noch fünf Sitzungen anberaumt, in deren Verlauf man noch 81 Fälle abarbeitete. Mit dem 25. Oktober 1949 stellte der Ausschuss um Josef Flory seine Arbeit ein (siehe Tab. 1).

	27.6./1.7.46	II/ 46	I/ 47	II/ 47	I/ 48	II/ 48	I/ 49	II/ 49	Insg.
Sitzungen	2	21	10	10	6	5	3	2	59
Fälle	51	739	259	254	122	63	65	16	1.569
davon Frauen	2	132	55	67	23	14	10	2	305
„Pol. Einwandfrei“	4	250	115	108	43	23	20	4	567
„In Ordnung“	28								28
„Pol. Tragbar“	6	128	52	53	32	7	9	6	293
„Trotz Bedenken. pol. tragbar“	2								2
„Pol. noch tragbar“	4	133	61	41	25	15	14	3	296
„Pol. bedingt tragbar“		90	-	-	-	-	-	-	90
„Pol. kaum tragbar“		47	13	6	9	9	9	1	94
„Pol. nicht tragbar“	3 ⁷⁴	15	1	10	7	5	9	2	52
„unmöglich, da Aktivist“		10	-	-	-	-	-	-	10
anderes	4	66 ⁷⁵	17	36 ⁷⁶	6	4	4 ⁷⁷	-	137

Tab. 1: Die Empfehlungen des „Flory-Ausschusses“, differenziert nach Halbjahren

Die durchgängig relativ hohe Anzahl an „noch“, „bedingt“, „kaum“ und „nicht“ Tragbaren belegt ebenso wie der nicht eklatant ansteigende Anteil der „politisch Einwandfreien“ durchaus einen relativ stark ausgeprägten Säuberungswillen des Flory-Ausschusses, der auch mit fortschreitender Zeit nicht merklich abflaute. Vermutlich gilt dies jedoch nicht für alle Unterausschüsse. Besonders der Unterausschuss für Lehrer, der bis November 1946 knapp 450 „case summaries“ abgegeben hatte⁷⁸, tat sich offenbar durch allzu milde Empfehlungen hervor⁷⁹.

Innerhalb eines Jahres – bis zum Mai 1947 – legten die Unterausschüsse des Kreises Soest dem EHA insgesamt 5.523 Fragebögen zur Bearbeitung vor⁸⁰. Bevor die ersten Unterausschüsse jedoch ihre Arbeit überhaupt aufgenommen hatten, war es im EHA aus nicht ersichtlichen Gründen bereits zu ausgedehnten personellen Umbesetzungen gekommen. Am 11. Mai 1946 fand schließlich eine „Eröffnungssit-

74 In zwei Fällen „politisch untragbar“.

75 U. a. 27-mal „zurückstellen“ bzw. „zurückgestellt“, 19mal „zurück“. Die übrigen Einschätzungen drücken entweder eine Unzuständigkeit des Unterausschusses aus oder beschränken eine „Tragbarkeit“ bzw. „Untragbarkeit“ auf gewisse Branchen oder berufliche Positionen.

76 U. a. 29mal „zurück“.

77 4mal „zurückstellen“.

78 Siehe die entsprechenden Eingangslisten des EHA Soest, in: LAD NW 1113-25.

79 So zumindest die Einschätzung des OKD Günther (OKD an EHA 17.7.1946, in: LAD NW 1113-27).

80 Deuss, Chronik 1942-1948 (wie Anm. 8), S. 75.

zung des neuen Ausschusses für Entnazifizierung“⁸¹ statt, der nunmehr elf Personen umfasste. Außer Hochherz waren aus dem vorherigen Ausschuss nur noch je ein Mitglied des Zentrums, der CDU und der KPD vertreten⁸¹. Die Militärregierung versagte jedoch zwei Mitgliedern des neuen Ausschusses noch im Mai die Bestätigung und setzte schließlich einen zehnköpfigen Ausschuss ein⁸². Dauerhaft schälte sich schließlich ein Ausschuss von sieben Personen heraus, der unter dem Vorsitz von Hochherz bis zum Juni 1948 in folgender Besetzung zusammentrat⁸³:

Name	Alter	Wohnort	Beruf	Partei	Konfession
Hochherz, Egon	63	Soest	Kaufmann	parteilos	Kath.
Grammel, Josef	60	Soest	Schreiner	SPD/Gewerkschaft	Evgl.
Seiger, Karl	45	Bad Sassendorf	Maurer	SPD	Evgl.
Klünier, Karl	39	Soest	Vers.-Agent	Zentrum	Kath.
Schmidt, Wilhelm	38	Werl	Kaufmann	Zentrum	Kath.
Stracke, Hermann	56	Soest	Klempnermeister	CDU	Kath.
Bräker, Ferdinand	49	Werl	Elektromeister	KPD/Gewerkschaft	----

Tab. 2: Die Zusammensetzung des EHA Soest, Stand 1.3.1947

Personelle Probleme anderer Art bereitete auch die Bildung eines Berufungsausschusses im April/Mai 1946⁸⁴. Der Vorsitz musste nach den gültigen Bestimmungen einem Volljuristen übertragen werden. Die vom Kreistag bzw. der Militärregierung vorgesehenen Rechtsanwälte Hagen, Kresing und Höpker haben den unpopulären Posten jedoch abgelehnt. Auch ein schließlich ausersehener Regierungsrat vom Soester Kulturamt wollte allenfalls vorübergehend in die Bresche springen, um drei Wochen später ebenfalls abzusagen. Landrat Schwartz war der personellen Verlegenheit erst enthoben, als Anfang Juni 1946 bekannt wurde, dass die Berufungsausschüsse neuerdings nur noch auf Ebene der Regierungsbezirke gebildet werden sollten. Schließlich nahm ein Berufungsausschuss für die Kreise Arnsberg, Meschede, Brilon, Soest und Lippstadt seine Arbeit auf⁸⁵. Im Juni 1947 ging die Zuständigkeit an einen Berufungsausschuss für die Kreise Hamm, Unna, Soest und Lippstadt über⁸⁶.

Angeichts der Enge des vorgegebenen Zeitplanes und der zügigen Vorarbeiten der Unterausschüsse ist es nicht verwunderlich, dass auch der im Mai 1946 neu konstituierte EHA ungeachtet aller Personalquerelen eine rege Tagungsfrequenz entwi-

81 Zit. n. der Einladung des Landrats vom 7.5.1946, in: KrAS Altkreis Soest 3563.

82 Military Government 916 Det, Soest an Landrat Mai 1946, in: KrAS Altkreis Soest 3563; Amtliche Bekanntmachungen, herausgegeben von der Militärregierung, Nr. 20, 18.5.1946 (StAS).

83 Verzeichnis der Mitglieder des EHA Soest, Stand 1.3.1947, in: KrAS Altkreis Soest 3563.

84 Zum Folgenden siehe: Regierungsrat Goerdes an Landrat 14.5.1946; Landrat an Goerdes 15.5.1946; Goerdes an Landrat 6.6.1946; Vermerk Landrat 8.6.1946, alle Schreiben in: KrAS Altkreis Soest 3563.

85 Siehe Schreiben des Vorsitzenden des Berufungsausschusses der Kreise Arnsberg, Meschede, Brilon, Soest und Lippstadt an OKD Soest 30.1.1947, in: KrAS Altkreis Soest 5900.

86 Siehe Westfalenpost 20.6.1947.

ckelte. Die Anzahl der erledigten Fälle pro Sitzung war bisweilen geradezu abenteuerlich hoch. Ohne die effektive Zuarbeit eines Sekretariats, das in den Händen von zwei Angestellten und zwei Stenotypistinnen der Kreisverwaltung lag⁸⁷, wäre das immense Arbeitstempo wohl kaum zu leisten gewesen. Allein für die siebeneinhalb Monate zwischen Mitte Mai und Dezember 1946 sind 57 Sitzungen nachzuweisen. Bis zum Jahresende 1946 legte der Soester EHA den zuständigen britischen Offizieren 3.367 Empfehlungen, im Durchschnitt also 59 Empfehlungen pro Sitzung, zur Entscheidung vor⁸⁸. Die ersten fünf Monate 1947 kamen weitere 39 Sitzungen hinzu⁸⁹. Während des gesamten Zeitraums von zwölfteinhalb Monaten wurden jedoch lediglich 156 Personen auf Vorschlag des EHA durch die Militärregierung



*Egon Hochherz, Vorsitzender
des EHA Soest 1946-1949*

aus ihren Ämtern entfernt bzw. von der Zulassung zu einem Amt ausgeschlossen⁹⁰. Wie pragmatisch dabei verfahren wurde, zeigen einige überlieferte Zahlen vom Dezember 1946: Danach waren bis zum Jahresende 1946 insgesamt 63 Personen von der Militärregierung entlassen worden, weiteren 40 Personen hatte man eine Neueinstellung untersagt. Im gleichen Zeitraum ließ man jedoch bei 396 Personen, die nach ihrer formalen Belastung ebenfalls hätten betroffen sein müssen, aufgrund eines „Milderungsparagraphen“ in der Kontrollrats-Direktive Nr. 24 Gnade vor Recht ergehen⁹¹.

In der Regel wurden pro vierstündige Sitzung zumindest einige Dutzend Fälle behandelt. Die Entscheidungen fielen in der Regel nach Aktenlage, ohne Anwesenheit der Betroffenen. Bei völlig unproblematischen Fällen ging es jedoch noch wesentlich schneller: So konnte es geschehen, dass etwa am 12. November 1946 152, am 29. November 1946 148

und am 10. März 1947 gar 334 Betroffene für „einwandfrei“ befunden wurden. Der absolute Spitzenwert wurde offenbar am 18. Dezember 1946 erreicht, als 526 Personen als „einwandfrei“ durchgewunken wurden und 20 Mal auf „tragbar“ entschieden wurde. Dies bedeutete im Extremfall weniger als 30 Sekunden pro Person.

87 OKD Soest an RP Arnsberg 14.5.1947, in: KrAS Altkreis Soest 5900.

88 Siehe KrAS Altkreis Soest 5900.

89 Diese Zahlen fußen auf der Auswertung der Sitzungsprotokolle des EHA, in: LAD NW1113-13.

90 Deus (wie Anm. 8), S. 75.

91 Die Zahlen nach dem ausgefüllten Statistikbogen des EHA Soest für den Dezember 1946, in: LAD NW 1113-4. Zur pragmatischen Entlassungspraxis der britischen Militärbehörden allgemein siehe Vollnhals (wie Anm. 2), S. 28f.

Offensichtlich „Fließbandarbeit“! Ausführlicher und differenzierter ging der EHA notgedrungen bei belasteten Personen vor. Am 3. Dezember 1946 etwa standen lediglich elf Fälle auf der Tagesordnung, die von den Unterausschüssen einmal als „tragbar“ und jeweils dreimal als „bedingt tragbar“, „kaum tragbar“ und „nicht tragbar“ vorbewertet worden waren⁹². Angesichts solcher Voraussetzungen wurden die Betroffenen in der Regel vom EHA vorgeladen und persönlich vernommen. Der Zeitplan für diese „Verhandlungen“ sah in der Regel 15 Minuten vor⁹³.

Ohne Zweifel hatten die Voten der Unterausschüsse bestimmenden Einfluss auf die endgültigen Empfehlungen des EHA. Dies gilt insbesondere für die allermeisten Fälle, die bereits von den Unterausschüssen als „einwandfrei“ eingestuft worden waren. Bei schlechter vorbewerteten Fällen urteilte der EHA dagegen bisweilen abweichend, offenbar vorwiegend nachsichtiger⁹⁴. Differenzen zwischen den Unterausschüssen und dem EHA konnten unter diesen Umständen nicht ausbleiben. Bereits im Juli 1946 verwahrte sich Flory bei Hochherz ganz entschieden gegen die drastische Kritik, die ein Mitglied des EHA an der Arbeit „seines“ Unterausschusses vorgebracht hatte⁹⁵. Die Beziehungen blieben jedoch auch in der Folgezeit angespannt, weil der EHA sich gegenüber Kritikern wiederholt hinter den strengen Empfehlungen des Flory-Ausschusses verschanzte⁹⁶.

Analog zum Einfluss der Unterausschüsse präjudizierten die Empfehlungen des EHA in hohem Maße die endgültigen Urteile der allein entscheidungsberechtigten Militärbehörden. Bis zum 31. Dezember 1946 hatten die zuständigen Offiziere zu 1.888 Fällen des EHA Soest eine Entscheidung gefällt und wichen dabei nur achtmal grundlegend von der vorgelegten Empfehlung ab⁹⁷. Eine dieser seltenen Abweichungen betraf den ehemaligen Sparkassendirektor Fritz Br. Obwohl der EHA zweimal nachdrücklich für seine Zwangspensionierung plädiert hatte, entschied die Militärregierung im Dezember 1946, dass Br. sehr wohl beschäftigt werden könne⁹⁸. Kein Wunder also, dass sich Hochherz ironisch-bittere Kommentare über Br.'s offenbar blendende Kontakte zur Militärregierung nicht verkneifen konnte⁹⁹. Wie hilfreich gute Beziehungen und angesehene Fürsprecher sein konnten, offenbart auch der Fall des ehemaligen Soester Kreisbaumeisters Heinrich S., der vom Unterausschuss und EHA übereinstimmend als „nicht tragbar“ eingestuft worden war. Die besondere Genehmigung der Militärregierung für seine Wiedereinstellung im

92 Siehe LAD NW 1113-13.

93 Zumindest wurden die elf Kandidaten für den 3.12.1946 von 9 Uhr 15 bis 12 Uhr im Viertelstundentakt vorgeladen (siehe die Vorladungen in LAD NW 1113-27). Zur üblichen Anhörung der negativ Vorbewerteten vgl. auch den im Frühjahr 1947 für die Öffentlichkeit verfassten Informationstext „Entnazifizierung im Kreis Soest“, in: LAD NW 1113-28.

94 Dieses Urteil beruht auf der kursorischen Durchsicht des reichhaltigen, aber disparaten und nur außerordentlich mühsam auszuwertenden Materials in LAD NW 1113-13.

95 Flory an Hochherz 29.7.1946, in: StAS D 2816.

96 Unterausschuss Flory an EHA 14.6.1947, in: StAS D 2816.

97 KrAS Altkreis Soest 5900.

98 Siehe die „Zusammenstellung in der Entnazifizierungsangelegenheit des Sparkassendirektors Fritz Br.“, in: StAS Ea 5031.

99 Siehe das Schreiben von Hochherz an Br. 13.1.1947, in: StAS Ea 5031.

Kreishaus zum 1. März 1947 hatte Heinrich S. vor allem der massiven Fürsprache von Hubertus Schwartz zu verdanken¹⁰⁰.

Auch wenn Hochherz und seine Kollegen bis zum Frühjahr 1947 ganze Arbeit geleistet hatten, so war doch nicht zu verkennen, dass man in Soest – ebenso wie in der übrigen Britischen Zone – vom ursprünglich erhofften baldigen Abschluss der Entnazifizierung noch weit entfernt war¹⁰¹. Während manche Berufsgruppen nach Einschätzung des EHA Soest schon vollständig (Finanzen, Justiz und Erziehung zu 100 %) bzw. weitgehend („Verwaltung“ zu 90 %, „Medizin“, „Post und Telegraphie“ zu je 80 %) überprüft worden waren, stand man in anderen Bereichen noch deutlich dahinter zurück. Die „Industrie“ und das „technische Personal“ etwa waren erst zu je etwa 60 % überprüft. Rund 500 bzw. 300 Fälle standen in diesen beiden Branchen noch zur Entnazifizierung an. Geradezu am Anfang befand man sich noch in den von den Briten aus Versorgungsgründen lange Zeit verschonten Berufsgruppen „Ernährung und Landwirtschaft“ (20 % überprüft) sowie „Eisenbahn“ (5 %). Allein im Agrarsektor harrten im Frühjahr 1947 noch rund 2.500 Personen ihrer Überprüfung. Es gab also noch viel zu tun, als der ohnehin schon gewaltigen Aufgabe einer umfassenden Entnazifizierung von der britischen Besatzungsmacht ein zweiter weitgehender „Neustart“ auferlegt wurde.

3. Die Einführung der Kategorisierung im Juni 1947

Die erwähnte Wiedereinstellung von Heinrich S. veranlasste die Soester Ortsgruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu einem massiven Protest gegen die „Weiterbeschäftigung von ehemaligen aktiven Nazisten“¹⁰². In den folgenden Monaten kam man dort immer mehr zu der Auffassung, „die Mitwirkung an einer solchen Entnazifizierung abzulehnen“¹⁰³. Aber nicht nur die Opferverbände waren mittlerweile zutiefst unzufrieden über den Verlauf der politischen Säuberung. Aus gänzlich anderen Motiven war die „Entnazifizierung auf Abwegen“ im Frühjahr 1947 auch bei den Durchschnittsdeutschen längst massiv in Verruf geraten¹⁰⁴. Nur diejenigen, die über die vermeintlich überzogene, willkürliche und undifferenzierte „Siegerjustiz“ nicht längst schon den Stab gebrochen hatten, suchten nach Wegen, wie der Entnazifizierung „ein gerechteres Gesicht“ gegeben werden könnte¹⁰⁵. Notwendig erschien vor allem ein differenzierteres System an Sanktio-

100 Siehe das Material zu Heinrich S. in KrAS Altkreis Soest 5898, insbes. die Schreiben Landrat Schwartz an den Kommandanten der Militärregierung 6.7.1946 sowie Heinrich S. an Schwartz 9.12.1946.

101 Die folgenden Angaben nach einer Übersicht des EHA Soest „über den Fortgang der Entnazifizierung bis zum 1. April 1947, in: LAD NW 1113-2. Vgl. dazu allgemein Vollnhals (wie Anm. 2), S. 29.

102 Siehe das Schreiben der VVN Soest an die Vorstände der CDU, SPD, des Zentrums und der KPD 10.4.1947, in: KrAS Altkreis Soest 5898.

103 Zit. n. VVN Soest an OKD Soest 18.6.1948, in: KrAS Altkreis Soest 5899.

104 Zit. n. der Überschrift eines Artikels von Artur Sträter in der Westfalenpost vom 3.2.1948. Siehe dazu u. a. auch Fürstenau (wie Anm. 2), S. 107 und Vollnhals (wie Anm. 2), S. 30f.

105 Zit. n. einem Schreiben der SPD/Unterbezirk Hamm, Unna, Soest, Lippstadt, Lüdinghausen, Beckum an EHA Soest 12.8.1946, in: LAD NW 1113-27. Vgl. auch Martin Hucklebrink, Schuld und

nen als die bisherige grobe Entscheidungsalternative der Militärbehörden zwischen Entlassung und Verbleiben im Amt.

Bereits am 5. Oktober 1946 kündigte der Soester EHA den Unterausschüssen eine bevorstehende Reform der britischen Entnazifizierungspolitik an, konkret eine ergänzende Einstufung aller Entnazifizierungspflichtigen nach amerikanischem Muster in fünf Belastungskategorien, die mit abgestuften Sanktionen verbunden waren. Die einschlägigen britischen Vorschriften (ZEA Nr. 54) vom 30. November 1946 traten jedoch erst im April 1947 in Kraft¹⁰⁶. Im Kreis Soest wurde die Kategorisierung seit dem 1. Juni 1947 durchgeführt. Die Arbeit der Unterausschüsse wurde durch das neue Verfahren allerdings „nicht sonderlich beeinflusst“. Sie hatten weiterhin nur Empfehlungen zur politischen Tragbarkeit nach dem oben erwähnten Muster der ZEA Nr. 3 abzugeben. Die zusätzlich fälligen individuellen Kategorisierungen oblagen – im Normalfall ohne letztgültige Entscheidung der britischen Militärbehörden – allein dem EHA¹⁰⁷.

Die neu eingeführte Kategorisierung führte trotz eines hohen Arbeitsaufwandes sowie komplizierter, bisweilen auch unklarer Vorschriften vorerst zu keinen ernsthaften Schwierigkeiten¹⁰⁸. Der EHA trat in dieser Zeit an rund zwölf Tagen pro Monat zu Sitzungen im Kreishaus zusammen, die von 9 bis etwa 13 Uhr dauerten. Die sechs bis sieben Beisitzer bekamen ihren beträchtlichen Arbeitsaufwand mit 400 RM monatlich aus der Kreiskommunalkasse vergütet. Der ehrenamtlich tätige Hochherz war an den übrigen Werktagen für das Publikum von 11 bis 13 Uhr zu sprechen. Die Arbeitszeiten des Geschäftsführers und der Schreibkräfte entsprachen denen der Kreisverwaltung¹⁰⁹. In diesem Arbeitsrhythmus nahmen Hochherz und seine Mitstreiter vom 1. Juni 1947 bis zum 26. November 1948 inklusive der nachträglichen Kategorisierung aller bis Mai 1947 bereits abgearbeiteten Fälle insgesamt 7.456 erstinstanzliche Kategorisierungen vor (Tab. 3). Bei einer Zahl von insgesamt 98.053 Kreiseinwohnern (Stand Oktober 1946)¹¹⁰ waren bis dahin folglich gut 7 % der Bevölkerung einer Kategorisierung unterzogen worden. Diese relativ geringe Anzahl ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass es in der britischen Besatzungszone – anders als in der amerikanischen und französischen – zu keinem Zeitpunkt eine allgemeine Entnazifizierungspflicht gab. In die Mühlen des Verfahrens gerieten vornehmlich jene Personen, die eine gehobene berufliche oder ehrenamtliche Position innehatten oder anstrebten. Sogenannte „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“ benötigten auch die Antragsteller für diverse Lizenzen (etwa für Waffenscheine und

Irrtum. Dr. Strätters Plädoyer für eine „gerechte Entnazifizierung“, In: SZ 120 (2008), S. 149ff.

106 Die umfangreiche ZEA Nr. 54 ist abgedruckt bei Lange (wie Anm. 11), S. 269ff.; siehe dazu auch Krüger (wie Anm. 22), S. 43ff.; Vollnhals (wie Anm. 2), S. 30; Henke (wie Anm. 2), S. 47f.

107 Siehe EHA Soest an die Unterausschüsse des Kreises Soest 30.7.1947, in: KrAS Altkreis Soest 5900 und StAS D 2819.

108 Diese These beruht auf den standardisierten Monatsmeldungen des EHA Soest an den OKD Soest vom September 1947 bis zum März 1949 (LAD NW 1113-4), in denen eine eigene Rubrik für „besondere Schwierigkeiten“ vorgesehen war.

109 Die Angaben nach EHA Soest an SoE 29.1.1948 und 22.4.1948, in: LAD NW 1113-1.

110 Siehe Hans Weller: Die Selbstverwaltung im Kreis Soest 1817-1974. Ein Beitrag zur Geschichte der übergemeindlichen Selbstverwaltung. Paderborn 1987, S. 29.

Kfz-Zulassungen) sowie die Empfänger öffentlicher Vergünstigungen. Folglich wurde durch die Entnazifizierung hauptsächlich der „männliche Mittelstand im erwerbsfähigen Alter“ erfasst, während Frauen, Rentner, aber auch einfache Arbeiter kaum tangiert wurden¹¹¹. In der Stadt Soest dürfte die Anzahl der kategorisierten Personen angesichts einer hohen Dichte an Beamten und Lehrern sowie der erwähnten 1.569 Fälle des „Unterausschusses Flory“ jedoch deutlich über 7 % gelegen haben.

Monat	Kategorisiert nach ZEA Nr. 54		Davon eingestuft in Kat.		
	Bis Ende des Monats insg.	Im Monat selber	III	IV	V
Juni 1947	546	546	21	51	474
Juli 1947	950	404	10	63	331
Aug. 1947	1.421	471	16	79	376
Sept. 1947	1.957	536	14	66	456
Okt. 1947	2.435	478	9	40	429
Nov. 1947	2.970	535	8	34	493
Dez. 1947	3.225	255	3	10	242
Jan. 1948	3.913	693	2	19	672
Feb. 1948	4.590	672	2	20	650
März 1948	5.048	458	2	15	441
April 1948	5.527	479	4	33	442
Mai 1948	5.780	253	0	12	241
Juni 1948	6.462	682	2	42	638
Juli 1948	6.588	126	1	21	104
Aug. 1948	6.736	148	1	24	123
Sept. 1948	6.944	208	2	21	185
Okt. 1948	7.251	307	1	19	287
Nov. 1948	7.456	205	0	15	190
Dez. 1948 - März 1949	7.456	0 (EHA „nicht wieder tagungsfähig“)			
Insgesamt	7.456	-----	98	584	6.774

Tab. 3: Die Ergebnisse der Kategorisierung des EHA Soest in absoluten Zahlen

Von den 7.456 kategorisierten Personen wurden 6.774 (90,9 %) als „Unbelastete“ bzw. „Entlastete“ (Kategorie V) eingestuft. Dieser außerordentlich hohe Prozentsatz ist vor allem auf die nicht nur im Kreis Soest geübte Praxis zurückzuführen, alle „nominellen“ Parteimitglieder entgegen der ZEA Nr. 54 als „entlastet“ einzu-

111 Siehe dazu etwa Vollnhals (wie Anm. 2), S. 27f., sowie Anselm Faust: Entnazifizierung in Wuppertal: Eine Fallstudie. In: „Deutsche Nachkriegswelten“ 1945-1955: Regionale Zugänge und neue Sichtweisen. Bergisch-Gladbach 1992, S. 41ff., hier S. 51 (zit. n. ebd.).

stufen¹¹². Weitere 584 Personen (7,8 %) wurden als „Anhänger“ eingestuft (Kategorie IV, im Folgenden nach dem üblichen Terminus als „Mitläufer“ bezeichnet). Sie verloren ihr passives Wahlrecht, durften die Britische Zone nicht ohne Genehmigung verlassen und unterlagen unter Umständen einer Vermögenssperre. Lediglich 98 Betroffene (1,3 %) wurden in die Kategorie III („geringere Übeltäter“) eingestuft¹¹³. Neben einem Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, einer merklichen Beschränkung der Freizügigkeit und einer Vermögenssperre wurde ihnen ein Ausschluss von allen gehobenen Positionen im Berufsleben auferlegt. Eine Empfehlung des EHA für die ausschließlich der Militärregierung obliegende Einstufung in die Kategorien I („Kriegsverbrecher“) und II („Übeltäter“) wurde offenbar in keinem Fall gegeben. Wie allzu leicht Hochherz und seinen Beisitzern die milden Kategorisierungen von der Hand gingen, wurde exemplarisch im Juni 1948 deutlich, als der mittlerweile vom Land Nordrhein-Westfalen ernannte Sonderbeauftragte für die Entnazifizierung (SoE) auf einen Schlag 56 Einstufungen in die Kategorien IV und V wieder aufhob und dem EHA Soest zur Neuverhandlung zurücküberwies. Die Einstufungen seien – so beschwerte sich der SoE – unter einer völligen Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt¹¹⁴. Ein Vergleich der Kategorisierungsergebnisse des EHA Soest mit dem Gesamtergebnis in Nordrhein-Westfalen demonstriert, dass im Kreis Soest noch milder eingestuft wurde als im Landesdurchschnitt (Tab. 4)¹¹⁵.

Differenziert man die prozentuale Verteilung der Kategorien III bis V nach Quartalen, so wird eines deutlich: Im Sommer 1947 erfolgte die Einstufung noch nach relativ strengen Maßstäben. Im Herbst 1947 und im Winter 1948 jedoch brach die Anzahl der „geringeren Übeltäter“ und „Mitläufer“ zugunsten der „Entlasteten“ ein. In dieser Zeit gesellte sich zu der wachsenden Entnazifizierungsmüdigkeit der Deutschen das Bestreben der Briten, die Entnazifizierung so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen. Die berühmte „Mitläuferfabrik“, treffender müsste es wohl „Entlastetenfabrik“ heißen, hatte auch in Soest bereits ihre Fließbandarbeit in großem Stile aufgenommen. Daran änderte sich auch in der Folgezeit nichts. Dass der Anteil der „geringeren Übeltäter“ bzw. „Mitläufer“ in den folgenden drei Quartalen stagnierte bzw. sich wieder leicht konsolidierte, dürfte allein auf die wachsende Anzahl von ehemaligen Internierten zurückzuführen sein, die nunmehr verstärkt vor den EHA traten (Tab. 4).

112 Siehe EHA Soest an den Landtagspräsidenten NRW 2.2.1948, in: KrAS Altkreis Soest 3563.

113 Siehe Deus (wie Anm. 8), S. 76. Vgl. auch Weller (wie Anm. 110), S. 149f.

114 Siehe die Verfügung des SoE an den EHA Soest vom 29.6.1948, in: LAD NW 1113-1.

115 Für diesen Befund ist eine Vielzahl möglicher Erklärungen denkbar. Da sie bei dem heutigen Stand der Forschung aber rein spekulativ wären, wird an dieser Stelle auf eine entsprechende Erörterung verzichtet.

Quartal	Gesamtzahl (100 %)	Davon in (Angaben in %):		
		Kat. III	Kat. IV	Kat. V
Juni-Aug. 1947	1.421	3,3	13,6	83,1
Sept.-Nov. 1947	1.549	2,0	9,0	89,0
Dez. 1947-Feb. 1948	1.620	0,4	3,0	96,6
März-Mai 1948	1.190	0,5	5,0	94,5
Juni-Aug. 1948	956	0,4	9,1	90,5
Sept.-Nov. 1948	720	0,4	7,6	92,0
Insgesamt EHA Soest	7.456	1,3	7,8	90,9
Insgesamt NRW ¹¹⁶	811.265	2,9	12,3	84,8

Tab. 4: Die Ergebnisse der Kategorisierung des EHA Soest in Prozentzahlen, differenziert nach Quartalen

Ernste Probleme für den weiteren Fortgang der Entnazifizierung im Kreis Soest ergaben sich im Herbst 1948. Im Dezember des vorangegangenen Jahres war die Verantwortung für die Entnazifizierung von den britischen Militärbehörden weitgehend auf das Land Nordrhein-Westfalen übergegangen¹¹⁷. Als Folge dieses Stabwechsels forderte der nunmehr zuständige Justizminister die Kreistage am 15. Dezember 1947 „äußerst dringlich“ zu einer Neuwahl von verkleinerten EHAs auf¹¹⁸. Aufgrund einiger Rechtsunsicherheiten schritt der Soester Kreistag jedoch erst am 26. April 1948 zur Tat. Gewählt wurden neben dem parteilosen Hochherz je einen Vertreter der CDU, der SPD, des Zentrums sowie ein Vertreter der VVN. Der Abgang des VVN-Vertreters im Juni 1948 und seine Ersetzung durch einen CDU-Mann blieb ohne Folgen. Stattdessen entwickelten sich jedoch bereits seit dem Frühjahr 1948 heftige Auseinandersetzungen um den gewählten SPD-Vertreter Sodemann. Hochherz verweigerte ihm konsequent die Teilnahme an den Ausschusssitzungen. Stattdessen plädierte Hochherz für den früheren SPD-Vertreter Seiger. Die seit Dezember 1947 öffentlichen Verhandlungen des EHA fanden daher weiterhin in alter Besetzung statt. Die CDU-Fraktion des Kreistags schlug sich auf die Seite des Ausschuss-Vorsitzenden, während sich SPD, Zentrum und Oberkreisdirektor Günther für Sodemann stark machten. Der Konflikt zog schließlich seine Kreise bis in die Landeshauptstadt, erwies sich jedoch trotz einer Intervention des Justizministers als unlösbar. Weiterer Zwist erübrigte sich erst, als im April 1949 die EHAs auf Kreisebene landesweit aufgelöst wurden¹¹⁹.

Diese durch persönliche Animositäten und Parteitaktik bedingten Personalquereilen führten für fast ein halbes Jahr zu einer völligen Lähmung der Entnazifizierungs-

116 Die Prozentzahlen sind errechnet nach den Zahlenangaben bei Fürstenau (wie Anm. 2), S. 228.

117 Siehe dazu allgemein Lange (wie Anm. 11), S. 52ff.; Krüger (wie Anm. 22), S. 55ff.; Vollnhals (wie Anm. 2), S. 31f.; Henke (wie Anm. 2), S. 48ff.

118 Siehe Justizminister NRW an Landrat Soest 15.12.1947, in: KrAS Altkreis Soest 5899.

119 Der Konflikt ist ausführlich dargestellt bei Weller (wie Anm. 110), S. 150ff. Zur landesweiten Auflösung der EHAs auf Kreisebene siehe Lange (wie Anm. 11), S. 56.

arbeit in Soest. Sitzungen des EHA fanden seit dem 26. November 1948 nicht mehr statt. Die Leidtragenden waren vor allem die Soester Kreisbewohner, denen ihre „für dringende Zwecke erforderlichen Entnazifizierungsbescheinigungen“ nicht ausgestellt werden konnten. Folglich nahm sich die Arbeitsbilanz des EHA Soest zum Zeitpunkt seiner Auflösung im landesweiten Vergleich unbefriedigend aus¹²⁰. Exakt 900 Fälle aus dem Kreis Soest harrten Ende März 1949 noch der erstinstanzlichen Bearbeitung, rund 20 Fälle kamen monatlich neu hinzu. Betroffen waren davon auch rund 100 ehemalige Internierte¹²¹. Der im Oktober 1948 neu gebildete Soester Ausschuss zur Überprüfung der Versorgungsberechtigten hatte Ende März 1949 seine Arbeit noch nicht einmal aufgenommen. Ab dem 2. April 1949 oblagen die noch anhängigen Soester Entnazifizierungsfälle in erster Instanz dem EHA beim „Stadtkreis Hamm“, der für die Kreise Hamm, Unna, Lippstadt und Soest zuständig war. Nach dessen Auflösung zum 30. September 1949 ging die Zuständigkeit an den EHA für den Regierungsbezirk Arnsberg in Hagen über¹²².

Die ehemaligen Internierten kehrten oftmals erst 1947/48 aus den Lagern zurück. Allein die Stadt Soest verzeichnete in diesen Jahren den Zuzug von 121 „aus dem Internierungslager entlassenen Parteigenossen“¹²³. Zunächst hatten die Rückkehrer noch schwerwiegende Einschränkungen grundlegender Rechte wie etwa der Freizügigkeit, der politischen Betätigung oder der freien Berufswahl hinzunehmen¹²⁴. Zugleich profitierten sie jedoch massiv vom relativ späten Beginn ihrer politischen Überprüfung. So gelang die begehrte Einstufung in die Kategorie IV auch für ehemalige Internierte aus Soest manchmal bereits im ersten Versuch vor dem EHA. Doch selbst wenn die Betroffenen in erster Instanz noch als „geringere Übeltäter“ kategorisiert wurden, so erreichten sie oft schon vor dem Berufungsausschuss eine Herabstufung zum „Mitläufer“. Selbst das war jedoch für die meisten noch nicht das letzte Wort.

Einen großen Anteil an dieser massenhaften „Reinwaschung“, von der ehemalige Internierte ebenso profitierten wie Nichtinternierte, hatte eine Verordnung der nordrhein-westfälischen Landesregierung vom 24. August 1949, die den baldigen Abschluss der Entnazifizierung einläutete¹²⁵. Mit dieser Maßnahme wurde die gesamte Kategorisierung endgültig zur Farce. Allein in der Stadt Soest profitierten davon 270 Personen, die soeben noch der Kategorie IV ohne Beschäftigungsbeschränkungen angehört hatten. Zum 18. Dezember 1949 wurden sie pauschal und über Nacht in die Kategorie der „Entlasteten“ umgestuft¹²⁶. Für Leute wie den ehemaligen Kreisorganisationsleiter der NSDAP Karl H. vollendete sich damit der Marsch vom

120 Siehe Westfalenpost 20.4.1949, zit. n. ebd.

121 Siehe EHA Soest an OKD Soest 24.3.1949, in: LAD NW 1113-29.

122 Siehe Lange (wie Anm. 11), S. 57.

123 Siehe die Liste in StAS D 457.

124 Bezüglich einiger Soester Beispiele siehe die Schreiben der Polizeibehörde des Regierungsbezirks Arnsberg an den OKD Soest, in: StAS D 455.

125 „Verordnung zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen“, 24.8.1949, Gesetz- und Verordnungsblatt (im Folgenden GVBl.) NRW 3 (1949), S. 253f.; vgl. auch Krüger (wie Anm. 22), S. 65ff., sowie Stelbrink (wie Anm. 6), S. 113f.

126 Siehe dazu die Liste der Umgestuften, in: StAS D 454.

politischen Kriminellen im Internierungscamp, der nach seiner Rückkehr zunächst zum „geringeren Übeltäter“ mutierte, wenig später zum „Mitläufer“ undefiniert wurde, um schließlich als „Entlasteter“ endgültig wieder in der bürgerlichen Wohlständigkeit anzukommen. Die besagten Umstufungen hatten allerdings einen entscheidenden Schönheitsfehler: Für die rechtliche Stellung von entlassenen Beamten blieben sie vorerst ohne Belang.

Gleichzeitig muss jedoch betont werden, dass längst nicht jedem „geringeren Übeltäter“ die „Reinwaschung“ zum „Entlasteten“ gelang. Einige ehemalige Internierte, aber auch etliche andere Belastete mussten sich mit einer Einstufung zum „Mitläufer“ zufrieden geben¹²⁷. Rund 17 Soester waren sogar noch 1949/50 endgültig in die Kategorie III eingereiht worden. Der städtische Vermessungsinspektor Otto Sch. etwa hatte froh zu sein, dass ihm wenigstens eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft zugestanden worden war¹²⁸.

4. Die Rückkehr „verdrängter“ Beamten in die Soester Amtsstuben 1947 bis 1953

Bei der Soester Stadtverwaltung hatte sich auf Grund der umfangreichen Entlassungen schon seit dem Herbst 1945 ein fühlbarer Mangel an Fachkräften bemerkbar gemacht¹²⁹. So kam es aus pragmatischen Erwägungen bereits im Laufe des Jahres 1946 zu fragwürdigen Entscheidungen wie etwa der Weiterbeschäftigung des Rathausmeisters Otto Sp., der „trotz schwerer Bedenken [...] und unter Zurücksetzung in das Angestelltenverhältnis“ weiterbeschäftigt werden sollte¹³⁰. Hinzu kamen die ersten Wiedereinstellungen wie etwa im Falle des Sparkassenangestellten Wilhelm E.¹³¹ und des Oberinspektors Ferdinand M.¹³² Dies waren jedoch noch Ausnahmen. Die Rehabilitierungswelle der 1945 entlassenen Beamten nahm erst mit dem Beginn der Kategorisierung im Juni 1947 größere Ausmaße an. Ein Rundschreiben des nordrhein-westfälischen Innenministers vom 25. Juli 1947 über die Wiedereinstellung ehemaliger Beamter nach Abschluss ihres Entnazifizierungsverfahrens hatte weitreichende Wirkungen für die öffentlichen Verwaltungen. Alle ehemaligen Beamten, die in die Kategorie V eingestuft worden waren, hatten seitdem einen Rechtsanspruch auf ihre Wiedereinstellung in der zuletzt erreichten Besoldungsstufe. Bei allen „Mitläufern“, denen keine besonderen Sanktionen auferlegt worden waren, sollte eine Einstellung zulässig, jedoch nicht zwingend sein. Sogar die „geringeren Übeltäter“, denen die Möglichkeit einer Beschäftigung minderer Art ausdrücklich gewährt worden war, brauchten nicht alle Hoffnung fahren zu lassen. Ihre Wiedereinstellung galt bei einer geeigneten Stellung durchaus als zulässig¹³³. Auch in Soest

127 Siehe etwa die Liste „Aus der Internierungshaft entlassene Parteigenossen“ mit den maschinen- bzw. handschriftlich hinzugefügten Kategorisierungen und Umstufungen, in: StAS D 457.

128 Siehe das Material in StAS D 457 sowie die Personalakte Otto Sch., in: StAS Ea 8279.

129 Siehe Bürgermeister an Landrat 12.10.1945, in: StAS Ea 11732.

130 Zit. n. der Niederschrift der Hauptausschusssitzung des Stadtrates vom 11.1.1946, in: StAS D 79.

131 Siehe Niederschrift der Hauptausschusssitzung des Stadtrates vom 11.1.1946, in: StAS D 79.

132 Siehe Vermerk des StD vom 14.9.1946, in: StAS Ea 11732.

133 Ein Exemplar dieses Erlasses in StAS D 2819. Vgl. auch Krüger (wie Anm. 22), S. 65, Schrulle (wie Anm. 22), S. 496, sowie Mecking (wie Anm. 3), S. 275ff.

ließen daraufhin Anträge entlassener Beamter auf Wiedereinstellung nicht lange auf sich warten¹³⁴. Noch im November 1947 beriet der Hauptausschuss des Stadtrates die Gesuche der drei ehemaligen Stadtsekretäre Heinrich Ka., Paul C. und Fritz He. und des ehemaligen Stadtobersekretärs Fritz Ha., die alle 1945 entlassen, mittlerweile aber in die Kategorie IV eingestuft worden waren. Die drei vormaligen Stadtsekretäre wurden als Angestellte wieder in den städtischen Dienst übernommen, lediglich die Wiedereinstellung des „Alten Kämpfers“ Fritz Ha. wurde glatt abgelehnt¹³⁵. Im Januar 1948 scheute die Verwaltung nicht davor zurück, dem bereits Mitte 1946 wieder eingestellten Stadtoberinspektor Ferdinand M., der sich in der NS-Zeit als Scharführer der SA hervorgetan hatte, erneut die Leitung des städtischen Wohlfahrtsamtes zu übertragen¹³⁶. Kontroverser war da schon die Einstellung des früheren Stadtarchivars Richard Jüsten als Studienrat an der Städtischen Oberschule für Jungen, dem späteren Aldegrevier-Gymnasium. Seine Tätigkeit im Kreisstab der NSDAP machte ihn in den Augen vieler Gegner zum „Präzedenzfall“¹³⁷. Als besonders problematisch wurde auch sein Austritt aus der Kirche angesehen. Die beiden Ratsherren Korn (CDU) und Bertram (Zentrum) standen sich in dieser Frage sowohl im Schulausschuss als auch im Gemeinderat unversöhnlich gegenüber. Letztlich gelang es Korn, eine Mehrheit für Jüstens Einstellung zu gewinnen. Auch die von Friedrich Br. schon lange betriebene Wiedereinstellung als Sparkassendirektor trat in diesen Monaten des Jahres 1948 in die entscheidende Phase. Nachdem der im Rathaus mittlerweile ungeliebte Ex-Direktor am 6. Juli 1948 vom Berufungsausschuss Hamm zum „Unbelasteten“ reingewaschen worden war, gab es für die missvergnügten Stadtväter kein juristisches Schlupfloch mehr. Der Dienstantritt Br.'s auf seinem alten Posten erfolgte zum 1. November gleichen Jahres¹³⁸.

Eine besondere Brisanz besaßen auch die Wiedereinstellungsgesuche der früheren Schutzpolizeibeamten Gerhard B. und August P., die sich im Krieg der standrechtlichen Erschießung eines Zwangsarbeiters schuldig gemacht hatten, sowie des ehemaligen Kriminalobersekretärs Heinrich R. Gerhard B. arbeitete im November 1948 als Kolonnenaufseher bereits wieder für die Stadtwerke¹³⁹, sein Kollege August P. fand ab April 1949 als angestellter Flurschütz sein Auskommen¹⁴⁰. Lediglich die Beschäftigung des Kriminalbeamten R.; wurde vom Hauptausschuss des Stadtrats kategorisch ausgeschlossen¹⁴¹.

134 Siehe Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 22.10.1947, in: StAS D 79.

135 Siehe Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 5.11.1947, in: StAS D 79. Vgl. auch die entsprechenden Vorgänge in StAS C 5177, Ea 6403, Ea 5037 sowie Ea 6411.

136 Siehe Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 21.1.1948, in: StAS D 79. Vgl. auch die entsprechenden Vorgänge in StAS Ea 11732.

137 Zit. n. dem Redebeitrag des Ratsherren Bertram in der Ratssitzung vom 19.3.1948, in: StAS D 69. Zum Folgenden ebd.

138 Siehe StAS Ea 5031 sowie die Niederschriften der Hauptausschusssitzungen vom 2.8. und 29.9.1948 (StAS D 79).

139 Siehe den Schriftwechsel in StAS Ea 4954.

140 Siehe StAS Ea 4900. Ab April 1950 war August P. wieder als Polizeibeamter beim Polizeikreis Soest tätig.

141 Siehe Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrats vom 25.11.1948, in: StAS D 79.

Die Verweigerungen der Stadtväter in Sachen Fritz Ha. und Heinrich R. waren durchaus keine Einzelfälle. Angesichts der genannten Wiedereinstellungen ehemaliger Beamter im Jahre 1948 darf nicht übersehen werden, dass viele Antragsteller – zumindest vorerst noch – vergeblich an die Rathausstür klopfen¹⁴². Günstiger traf es da schon den ehemaligen Bürgermeister¹⁴³. Auch Scharnow konnte zwar seine noch 1946 angestrebte Rückkehr auf einen Leitungsposten im öffentlichen Dienst nicht verwirklichen; stattdessen betrieb der mittlerweile völlig Mittellose aber nach seiner Eingruppierung in die Kategorie IV im Juni 1948 seine vorzeitige Pensionierung. Zugute kam ihm dabei seine deutlich angeschlagene Gesundheit. Ab September 1948 bezog der mittlerweile 59-jährige sein volles Ruhegehalt als Bürgermeister, das zum größten Teil von der Stadt Soest getragen werden musste¹⁴⁴.

Gleichzeitig entspannte sich auch die Situation für die zahlreichen Stadtbediensteten, die trotz ihrer früheren NSDAP-Mitgliedschaft 1945 im Amt belassen worden waren. Ursprünglich war 1945 jegliche Verbeamtung und Beförderung ehemaliger Parteimitglieder untersagt worden. Seit November 1946 konnten bei „begründetem Anlaß“ Ausnahmegenehmigungen beim Innenminister beantragt werden¹⁴⁵. Spätestens seit dem Oktober 1947 wurden entsprechende Personalentscheidungen auch in der Soester Stadtverwaltung vorangetrieben¹⁴⁶. Im August 1948 war es dann so weit: Mit Ausnahmegenehmigung des Innenministers wurden sieben Angestellte der Soester Stadtverwaltung, die ehemals der NSDAP angehört hatten, verbeamtet und zu Obersekretären bzw. Inspektoren ernannt. Gleichzeitig wurden fünf bereits verbeamtete Ex-Parteigenossen befördert. Prominentester Profiteur dieses Personalschubs vom August 1948 war Hilse, der Leiter des Verkehrsamtes und Geschäftsführer des Heimatvereins während der NS-Zeit. Stadtinspektor Hilse hatte ursprünglich der DDP angehört, sich dann aber ab 1933 mit dem NS-Regime arrangiert, war von 1936 bis 1939 förderndes Mitglied der SS und ab 1937 Mitglied der NSDAP¹⁴⁷. Der Entnazifizierungs-Unterausschuss der Stadtverwaltung hatte ihm 1946 ungeachtet seiner Schlüsselrolle in der Soester Kulturpolitik der NS-Zeit großzügig eine „immer [...] stark ausgeprägte demokratische Einstellung“ bescheinigt und beurteilte ihn daher als „tragbar“¹⁴⁸. Hilse avancierte damit 1948 zum Stadtoberinspektor. Ein knappes Jahr später – im Sommer 1949 – fielen für die ehemaligen Parteimitglieder die letzten hinderlichen Schranken für ihre Verwaltungskarriere¹⁴⁹. Als der zu-

142 So etwa für Josef K., Heinrich B. (für beide Hauptausschuss des Stadtrats 10.3.1948), Fritz R. (Hauptausschuss 14.6.1948) und August G. (Hauptausschuss 25.11.1948), alle Niederschriften in: StAS D 79.

143 Zu Scharnows Entnazifizierung und Pensionierung siehe den Schriftwechsel in StAS D 429.

144 Von Scharnows Ruhegehalt von zunächst 9.703 DM jährlich hatte die Stadt Soest 8.106 DM zu tragen; der Rest fiel auf die Stadt Hameln, wo Scharnow bis April 1933 Oberbürgermeister war. Siehe Vermerk vom 19.10.1948 zur Sitzung des Hauptausschusses, in: StAS D 429.

145 Siehe Innenminister NRW an RP Arnshagen 25.11.1946, in: StAS D 2819.

146 Siehe etwa das Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 8.10.1947 (StAS D 79) sowie der Gemeinderatssitzung vom 11.11.1947 (StAS D 68 a).

147 Zu Hilse siehe ausführlich Köhn, Soest (wie Anm. 9), S. 573.

148 Zit. n. der Nr. 24 einer undatierten Personalliste in StAS D 2819.

149 Vermerk vom 4.7.1949 über den Fortfall der ministeriellen Verfügung vom 25.11.1946, in: StAS D 2819.

sammen mit Hilse zum Stadtoberinspektor beförderte Georg Bn. bereits im April 1950 zum Stadttammann avancierte, war eine ministerielle Ausnahmegenehmigung schon längst nicht mehr erforderlich¹⁵⁰.

Eine neue, kritische Situation für die zahlreichen wiedereinstellungswilligen Beamten, denen das Rathaus bisher verschlossen geblieben war, ergab sich durch eine Sparverordnung der nordrhein-westfälischen Landesregierung vom März 1949, die den zuständigen Behörden weitgehende Eingriffsmöglichkeiten in die wohlerworbenen Beamtenrechte ihrer Bediensteten ermöglichte¹⁵¹. Mit Hilfe dieser Vorschriften war die Soester Stadtverwaltung im Januar 1950 guter Hoffnung, sich endgültig aller ungeliebten Altbewerber entledigen zu können. Allein sechs ehemalige Bedienstete – unter ihnen etwa der berüchtigte Bauhofverwalter Kurt P. sowie der nicht minder verrufene Heinrich Kr., aber auch die bereits im Jahre 1948 abgelehnten Fritz Ha., Fritz R. und Heinrich B. – sollten nunmehr als „Parteibuchbeamte“ ohne die notwendigen Vorkenntnisse für ihre Posten endgültig und ohne jeden Versorgungsanspruch entlassen werden. Weiteren fünf Bewerbern der Kategorie IV wollte man ihren endgültigen Abschied mit 50 % des verdienten Ruhegehalts versüßen¹⁵². Die erhoffte Radikallösung für die sechs vermeintlichen Parteibuchbeamten ließ sich aufgrund einer restriktiven Rechtsauslegung durch die Gerichte jedoch nicht aufrechterhalten. Schließlich setzte sich im Rathaus im November 1950 die Einsicht durch, dass man auch NS-Profiteuren wie Kurt P., Heinrich Kr. und Konsorten in den Genuss des halbierten Ruhegehalts kommen lassen musste¹⁵³. Unter diesen Bedingungen wurden die „endgültigen“ Entlassungen schließlich vorgenommen.

Die Erwartung der Stadtverwaltung, diese ungeliebten Personalfälle nunmehr endgültig abgeschlossen zu haben, sollte jedoch trügen. Das im Schatten des Kalten Krieges entstandene Bundesgesetz vom 11. Mai 1951 zugunsten der sog. „verdrängten Beamten“ – auch „131er“ genannt – schuf eine völlig neue Rechtslage¹⁵⁴. Das Gesetz verpflichtete alle Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Unterbringung oder Versorgung von Staatsdienern, die etwa aus den Ostgebieten geflohen oder aus politischen Gründen nach 1945 entlassen worden waren. Bundesweit standen damit die Behördenportale für fast alle ehemaligen Nazi-Beamten, die bis dahin noch kein Schlupfloch gefunden hatten, offen wie nie¹⁵⁵. Die betreffenden Ex-Bediensteten wie etwa der Standesbeamte Josef K., der Stadtverwaltungsdirektor Karl H., ja sogar der immer noch in Kategorie III befindliche Vermessungsinspektor Otto Sch. galten nunmehr als „Beamte zur Wiederverwendung“ („z. Wv.“) und bezogen von

150 Siehe Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 11.1.1950, in: StAS D 79.

151 Siehe die 1. Verordnung der Landesregierung NRW zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 19.3.1949, in: GVBl. NRW 3 (1949), S. 25ff.; vgl. auch Mecking (wie Anm. 3), S. 295f.

152 Siehe Sitzung des Hauptausschusses vom 11.1.1950 (StAS D 79).

153 Siehe Hauptausschuss vom 3.5.1950 und 7.11.1950 (StAS D 79).

154 Siehe das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ vom 11.5.1951, in: BGBl. I 1951, S. 307ff.

155 Zur Entstehung und den Folgen des Gesetzes siehe Frei (wie Anm. 6), S. 69ff.; Bernd Wunder: Geschichte der Bürokratie in Deutschland. Frankfurt/M. 1986, S. 164ff.; Mecking (wie Anm. 3), S. 313ff.

der Stadt Soest ein „Übergangsgehalt“¹⁵⁶. Kein Wunder also, dass die Stadtverwaltung im Herbst 1953 nunmehr energisch nach Möglichkeiten suchte, einige Nutznießer dieser Bestimmungen doch wieder in städtischen Diensten unterzubringen¹⁵⁷. So konnten sich der Stadtobersekretär z. Wv. Josef K. und der Stadtsekretär z. Wv. Fritz R. bereits zum 1. April 1954 zum Dienstantritt im Rathaus melden¹⁵⁸. War aber eine Wiedereinstellung wie etwa im Fall des stadtbekannten NS-Fanatikers Karl H.¹⁵⁹ und anderer „unanständiger Nazis“ partout nicht erwünscht, so lief das „Übergangsgehalt“ in der Regel bis zur Versetzung in den Ruhestand¹⁶⁰.

Nicht alle „verdrängten Beamten“ konnten jedoch von den großzügigen Bestimmungen des „131er-Gesetzes“ profitieren. Paragraph 7 des Gesetzes erklärte vielmehr alle „Ernennungen oder Beförderungen, die [...] wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden“ waren, ausdrücklich für nichtig¹⁶¹. Ein solcher Fall war etwa der des städtischen Tiefbautechnikers Georg B., NSDAP-Mitglied seit 1925, nach 1933 zeitweilig als Ortsgruppen- und Kreisamtsleiter der Partei tätig¹⁶². Georg B. gehörte zu den zehn Beamten, die bereits aufgrund der Verfügung des Regierungspräsidenten vom 16. Mai 1945 entlassen worden waren. Anders als die meisten seiner Leidensgenossen hatte er bis in den Herbst 1949 bei der Soester Stadtverwaltung keinerlei Lebenszeichen von sich gegeben, geschweige denn Ansprüche angemeldet. Seine ersten Wiederanstellungsgesuche von 1949/50 scheiterten schon deshalb, weil er sich jeglicher Entnazifizierung entzogen hatte. Bereits im Folgejahr war das jedoch irrelevant. Kurz nach Erlass des „131er-Gesetzes“ meldete er sich im Juni 1951 erneut „zur Wiedereinstellung“. Georg B. besaß zwar fraglos die notwendige Berufsausbildung eines Tiefbautechnikers; trotzdem war er jedoch nach Auffassung der Soester Stadtverwaltung und aller angerufenen Verwaltungsgerichtsinstanzen im Jahre der Machtübernahme ganz überwiegend auf Druck des Soester Kreisleiters in städtische Dienste übernommen sowie später auch verbeamtet und befördert worden. Als das einschlägige Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster aus dem Jahre 1955 Ende 1959 rechtskräftig wurde, war Georg B. nach zehn Jahren endgültig gescheitert.

An den niedrigen Hürden des „131er-Gesetzes“ scheiterte auch die Witwe des seit 1941 im Krieg vermissten Stadtinspektors Fritz Ba., der 1947 für tot erklärt worden war¹⁶³. Als „Nutznießer“ und „Aktivist“ war er im Juni 1945 in Abwesenheit

156 Siehe Vermerk vom 30.11.1953, in: StAS Ea 5466; Personalakte Otto Sch., in: StAS Ea 8279.

157 Siehe Vermerk vom 28.11.1953, in: StAS Ea 5466.

158 Siehe den Schriftwechsel in StAS Ea 5466 (zu Josef K.); Niederschrift des Personalausschusses 1.12.1953 (StAS Ea 495) und des Hauptausschusses 15.1.1954 (StAS Ea 10008).

159 So zumindest das Urteil der VVN-Kreisvereinigung Soest im Schreiben an den öffentlichen Ankläger des Spruchgerichts Hiddesen 17.9.1947, in: Bundesarchiv Koblenz Z 42 V 2647.

160 Siehe etwa die entsprechenden Vorgänge in StAS Ea 12397 (Heinrich B.), Ea 2924 (Karl H.), Ea 6470 (Kurt P.). Zum common-sense-Begriff des „unanständigen Nazis“ siehe Henke (wie Anm. 2), S. 56 und 62.

161 Zit. n. dem Gesetzeskommentar von Georg Anders: Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, neu bearbeitete Auflage von Hans Jungkunz u. Winfried Käppner. Stuttgart 1959, S. 62. Siehe ebd., S. 63ff. den Kommentar zum § 7.

162 Zum Folgenden die Personalakte von Georg B. (StAS D 384).

163 Zum Folgenden siehe die Vorgänge in StAS D 383.

entlassen und 1950 posthum der Kategorie III zugeteilt worden. Die erst im April 1965 vorgetragene Forderung nach Hinterbliebenenbezügen war der Beginn eines jahrelangen Rechtsstreits gegen die Stadt Soest, der bis vor das Bundesverwaltungsgericht führte. Im Herbst 1969 waren die Forderungen der Witwe endgültig zurückgewiesen.

Fälle wie Georg B. und Fritz Ba. waren jedoch in Soest wie auch anderswo die Ausnahmen. Typischer war, dass die Stadtverwaltung Soest mit ihren 1945 entlassenen, dann aber peu à peu wieder in die Amtsstuben „zurückgesickerten“ ehemaligen Beamten nach wenigen Jahren ihren Frieden gemacht hatte. Der erprobte Korpsgeist der Beamtenschaft mag dazu ebenso beigetragen haben wie die allerorten zu konstatierende Anpassungs- und Leistungsfreudigkeit der Rückkehrer¹⁶⁴. Erneute Verbeamtungen, Beförderungen und Ehrungen waren an der Tagesordnung. Dies galt ausdrücklich auch für die erst 1954 notgedrungen wieder eingestellten „Beamten z. Wv.“. Josef K. etwa wurde 1961 zum Stadthauptsekretär befördert¹⁶⁵. Als der Stadtdirektor ihm noch im gleichen Jahr zum 40-jährigen Dienstjubiläum beglückwünschte und eine „Jubiläumsgabe“ von 400 DM überreichte, geschah das unter der stillschweigenden Miteinberechnung der Jahre 1945 bis 1954, während der er „aus politischen Gründen nicht bei der Stadt Soest tätig gewesen“ war¹⁶⁶. Nach dem Tode des Stadthauptsekretärs a. D. im Jahre 1969 wurden die Stadtbediensteten vom Stadtdirektor aufgefordert, „möglichst zahlreich an der Beisetzung teilzunehmen“. Zu diesem Anlass bestand ausdrücklich „Dienstbefreiung“¹⁶⁷.

5. Ein Fazit zur Entnazifizierung in historisierender Absicht

Zieht man eine Bilanz der letzten Seiten, so bleibt u. a. festzuhalten: Von den 34 bis Ende Januar 1946 aus politischen Gründen entlassenen Beamten der Stadt Soest standen zehn Jahre später (mindestens) zehn wieder dauerhaft in Diensten ihres alten Arbeitgebers, neun davon erneut in der begehrten Beamtenlaufbahn¹⁶⁸. Weitere neun Betroffene bezogen Pensionsleistungen oder erhielten ein großzügiges „Übergangsgehalt“¹⁶⁹. Aus moralischer Sicht mag man das einen Skandal nennen und die gesamte Entnazifizierung als grandiosen Fehlschlag begreifen. Dem ist aus der Soester Perspektive jedoch entgegenzuhalten, dass zehn ehemaligen Beamten – meist besonders exponierten NS-Karrieristen, Denunzianten und Scharf-

164 Siehe dazu allgemein Rauh-Kühne (wie Anm. 2), S. 69.

165 Siehe Ernennungsurkunde vom 2.2.1961 mit Wirkung vom 1.1.1961, in: StAS Ea 5466.

166 Siehe StD an Stadthauptsekretär Josef K. 22.8.1961, in: StAS Ea 5466.

167 Siehe StD an die Ämter der Stadtverwaltung 21.8.1969, in: StAS Ea 5466.

168 Es handelt sich im Einzelnen um Gerhard B., Friedrich Br., Paul C., Fritz He., Richard Jüsten (gest. 1953), Heinrich Ka., Josef K., Wolfgang L., Ferdinand M. und Fritz R. Wahrscheinlich trifft das gleiche auch auf ein bis zwei weitere Personen zu, deren Personalakten dem Stadtarchiv wahrscheinlich noch nicht übergeben worden sind.

169 Siehe Anm. 170 ohne die beiden letztgenannten Namen. Der dort aufgeführte Heinrich Kr. hatte 1951 einige Monate Übergangsgehalt bezogen, konnte dann aber eine Angestelltenstelle beim Soester Finanzamt antreten. Sein latenter Anspruch auf ein Übergangsgehalt von der Stadt Soest bestand aber fort bis zu seiner Verbeamtung beim Finanzamt 1954 (StAS D 415).

machern – die ersetzten Wiedereinstellungen sowie einer Witwe die eingeklagten Versorgungsbezüge dauerhaft vorenthalten wurden, in den meisten Fällen sogar um den Preis beträchtlicher vorzeitiger Versorgungslasten¹⁷⁰. Das häufig postulierte vollkommene Scheitern der Entnazifizierung findet an diesem winzigen Beispiel aus der Provinz mithin keine uneingeschränkte Bestätigung¹⁷¹. Auch in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion wurden in den letzten Jahren im Sinne einer „Historisierung“ des Geschehens zunehmend moderatere Töne angeschlagen¹⁷². Schließlich – so wird argumentiert – haben Internierung, Abstrafung und Entnazifizierung trotz aller unbestreitbaren Defizite für eine mehrjährige Ausschaltung belasteter Führungskräfte und Funktionäre aller Ebenen während der Konstituierungsphase der Bundesrepublik Deutschland gesorgt. Zum anderen wird mit Recht darauf hingewiesen, dass die Grenzen einer ebenso rigorosen wie nachhaltigen Entnazifizierung in einer „durch und durch nationalsozialistisch kontaminierten Gesellschaft“¹⁷³ außerordentlich eng bemessen waren. Eine großzügige gesellschaftliche Reintegration und Versorgung nicht nur der Mitläufer, sondern auch großer Teile der NS-Funktionseleiten war der wohl „unumgängliche Preis, der für die politische Stabilität der frühen Bundesrepublik zu zahlen war“¹⁷⁴.

170 Es handelt sich um Georg B., Heinrich B., Max G., Fritz Ha., Karl H., Heinrich Kr., Kurt P., Heinrich R., Otto Scharnow, Otto Sch. sowie die Witwe von Fritz Ba.

171 Ergänzend zu untersuchen wären für diese Mikrostudie allerdings noch die in den Nachkriegsjahren neu eingestellten Dienstkräfte der Stadt Soest, insbesondere die „ostvertriebenen“ „131er“.

172 Zum Folgenden siehe etwa Vollnhals (wie Anm. 2), S. 56ff.; Henke (wie Anm. 2), S. 54ff.; Ulrich Herbert: NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Wilfried Loth/Bernd A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt/M. 1998, S. 93ff., hier S. 99f. Von der fälligen „Historisierung“ der Entnazifizierung spricht Rauh-Kühne (wie Anm. 2), S. 35.

173 Zit. n. Henke (wie Anm. 2), S. 65.

174 Zit. n. Rauh-Kühne (wie Anm. 2), S. 69.

GERHARD KÖHN

WIEDERGUTMACHTUNG FÜR VERFOLGTE DES NATIONALSOZIALISMUS, AUFGEZEIGT AN EINIGEN BEISPIELEN AUS SOEST

Unter dem umstrittenen, aber allgemein gebräuchlichen Begriff „Wiedergutmachung“ werden die staatlichen Maßnahmen zusammengefasst, durch die die Verfolgten des Nazi-Regimes materiell entschädigt werden sollten. Dieser Sammelbegriff umfasst mehrere Teilbereiche, von denen zwei, nämlich „Rückerstattung“ und „Entschädigung“, für die Nachkriegsgeschichte Soests wichtige Themen sind, die bisher von der Forschung nicht berücksichtigt wurden.

Die Rückerstattung von Vermögenswerten, vor allem Immobilien, die den Verfolgten geraubt worden waren, hatte Priorität und wurde schon durch Gesetz der US-Militärregierung für die amerikanische Besatzungszone im November 1947 geregelt: Wer in den Besitz eines unter Verfolgungsdruck weggegebenen oder weggenommenen Vermögens gelangt war, musste es nun zurückgeben oder Schadensersatz in Geld leisten. Hauptsächlich ging es dabei um Vermögen von Juden. Vorreiter in der Gesetzgebung war die amerikanische Besatzungszone. Ihre Regelungen hatten Vorbildcharakter für die anderen westlichen Besatzungszonen – für Soest galten die von den Briten in ihrer Zone entwickelten.

Im Stadtarchiv Soest gibt es 40 Akten unter dem Titel „Wiedergutmachung“. Dabei handelt es sich um „Rückerstattung“ von Immobilien in Soest, die zumeist in jüdischem Besitz gewesen waren. Aber auch die ehemalige Mädchenoberschule, die den Schwestern der Christlichen Liebe in Paderborn gehört hatte, und das Logenhaus der Freimaurer sind darunter. Die Immobilien hatte die Stadt Soest zumeist 1938 und 1939 unter ihrem Verkehrswert erworben und sie zu einem Teil an Privatleute oder Firmen weiterverkauft, die damit in dieses Rückerstattungsverfahren einbezogen waren und z. T. Nachzahlungen leisten mussten.

Die meisten Rückerstattungsfälle wurden beim Dezernat für Wiedergutmachung beim Arnberger Regierungspräsidenten (RP) anhängig. Ihre Bearbeitung begann schon vor Gründung der Bundesrepublik und war im Wesentlichen bis 1957 abgeschlossen. Die betreffenden Akten werden im Landesarchiv Münster (LAM) verwahrt. Diesen Bestand habe ich bis auf den Fall, der Fritz Viegeler betrifft, nicht benutzt. Seine Aufarbeitung ist ein Desiderat.

„Auch bei der zweiten Säule der Wiedergutmachung, der Entschädigung, sind die Grundlagen in der amerikanischen Zone gelegt worden.“¹ Das mit deutscher Beteiligung erarbeitete und im August 1949 verabschiedete Gesetz definierte den „Verfolgten-Begriff, der eine Verfolgung aus Gründen politischer Gegnerschaft,

1 Hockerts, S. 167-214, hier S. 175. Weitere Einzelheiten zur komplizierten Gesetzgebung und Verfahren der Wiedergutmachung, vor allem Goschler 2008 oder Meyer/Spornol. Vollständige Literaturangaben im Literaturverzeichnis am Ende des Beitrags.

der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung voraussetzte“², und typisierte die „Schadenstatbestände, die zu jeweils besonderen Entschädigungsleistungen berechtigten“³. Dieses „Grundmuster“ wurde später noch untergliedert in Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen und wirtschaftlichem Fortkommen.

Die Betreuung der deutschen NS-Verfolgten in den Besatzungszonen der Alliierten lag in deutscher Hand. Die Alliierten machten Vorgaben in der Fürsorgepolitik, wobei aber die Deutschen eigene Initiativen entwickeln konnten. Anfangs stand die Soforthilfe für NS-Verfolgte im Vordergrund. Neben dem Ausstellen von Ausweisen für „die Opfer des Faschismus“ erstreckte sich die Soforthilfe auf Zuteilungen von Unterkunft, Zivilkleidern, Nahrungsmitteln und bescheidenen Unterstützungsgeldern. Schon ab Ende 1945 wurden Regelungen erlassen, die die Fürsorge in den Besatzungszonen vereinheitlichten. Im Laufe der nächsten Jahre erließen die Länderregierungen einzelne Regelungen in Richtung eines zoneneinheitlichen Entschädigungsgesetzes. Für die britische Besatzungszone war Nordrhein-Westfalen schon 1947 Vorreiter mit einem Gesetz über Unfall- und Hinterbliebenenrenten für die Opfer der Nazis, dem im Februar 1949 das Haftentschädigungsgesetz der Landesregierung folgte, das eine Entschädigung von 150 DM pro Haftmonat vorsah.

Der erste Deutsche Bundestag ließ sich Zeit mit der Vereinheitlichung des Entschädigungsrechtes. Erst im Juli 1953 verabschiedete er das bundeseinheitliche „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.“⁴ Es trat am 1. Oktober 1953 in Kraft und legte in 113 Paragraphen die zu entschädigenden Personengruppen, die Schadenstatbestände, die Erfüllung der Ansprüche und die zuständigen Behörden und Verfahrensvorschriften fest. Da es viele Mängel und Unklarheiten aufwies, wurde es bald novelliert, 1956 neu gefasst und diesmal als Bundesentschädigungsgesetz (BEG) auch einstimmig beschlossen. Es trat aber rückwirkend mit dem Datum des Gesetzes von 1953 in Kraft. Im September 1965 wurde eine große Novellierung des BEG unter dem irreführenden Titel „Bundesentschädigungs-Schlußgesetz“⁵ mit weit über hundert Verbesserungen beschlossen. Die bisher letzte Änderung, die das BEG betrifft, trat am 12. Februar 2009 in Kraft.

„Das BEG ist das Kernstück der deutschen Wiedergutmachung.“ Von den bis 1999 aufgewandten 103,8 Milliarden DM entfallen rund 77 % auf Leistungen nach diesem Gesetz. Ungefähr „2 Millionen Anträge sind [...] anerkannt und ca. 1,2 Millionen abgelehnt worden“. Da pro Antragsteller mindestens zwei Anträge gestellt wurden, zumeist für Gesundheits- und Berufsschaden, werden ca. „1 Million Personen Leistungen nach dem BEG erhalten haben oder noch erhalten“⁶. Im LAM und im Kreisarchiv Soest (KrAS) liegen allein ca. 460 Einzelakten mit Soest-Bezug.

Das Amt für Wiedergutmachung bei der Soester Kreisverwaltung war dem Dezernat beim RP vorgeordnet. Es war für die Annahme von BEG-Anträgen und für

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd., S. 82, Fußnote 62.

5 Ebd., S. 187.

6 Ebd., S. 184.

Vorermittlungen zuständig. Das Amt für Wiedergutmachung hatte, nachdem ein Antrag gestellt war, festzustellen, ob er gerechtfertigt war, d. h. den Antragsteller möglicherweise auch unter Eid anzuhören und die Ermittlungen an die Entscheidungsbehörde beim RP weiterzuleiten.

Ich habe, bis auf eine Ausnahme aus arbeitstechnischen Gründen, nur die Vor- oder Ermittlungsakten im KrAS ausgewertet, die wohl nicht so vollständig sind wie die Akten des RP im LAM, die aber Begründungen für die Anträge und die Bescheide aus Arnsberg enthalten. Für die Arbeit in beiden Archiven ist es notwendig, die Namen der Verfolgten zu kennen und anzugeben, denn die Einzelakten, die Soest betreffen, befinden sich – wohl nach Eingang der Anträge geordnet – im LAM in einem Bestand von 30.000 Akten aus dem gesamten Regierungsbezirk. Im KrAS werden etwa 800 Einzelakten im Gesamtbestand „Altkreis Soest“ verwahrt. Die Namen der Verfolgten, deren Akten hier beispielhaft ausgewertet wurden, habe ich aus meinen Veröffentlichungen über die Nazi-Zeit in Soest und über die Verfolgung der jüdischen Mitbürger ausgewählt⁷. Eine Wiedergutmachungsakte zu Fritz Viegner war nach den Veröffentlichungen von Joseph Kleine ab 2008 zu vermuten (siehe weiter unten), auf die Rückerstattungsakte zu Fritz Viegner bin ich zufällig gestoßen.

Wiedergutmachungen an Juden, Mitgliedern der KPD und an Bibelforschern/Jehovas Zeugen

Bei der folgenden Auflistung, einer kleinen Auswahl aus weit über 400 Entschädigungsanträgen mit Soest-Bezug, die im LAM und im KrAS verwahrt werden, geht es erstens um die Verfolgungsmaßnahmen, denen die einzelnen Personen durch die Nazis ausgesetzt waren. Die bisherigen Erkenntnisse dazu, die ich in verschiedenen Veröffentlichungen bekannt gemacht habe, waren sehr lückenhaft und stammten nur zu einem geringen Teil aus den persönlichen Erinnerungen und originalen Dokumenten der Verfolgten, die meistens Nachfahren zur Verfügung gestellt hatten, wie z. B. die des Bibelforschers Hermann Struthoff⁸.

Aus den Entschädigungsanträgen erfahren wir nun von den Verfolgten selbst oder von ihren Angehörigen als Erben weitere Einzelheiten. Wir erfahren also über die meisten mehr, als wir bisher wussten.

Zweitens geht es darum, beispielhaft zu zeigen, wie die unterschiedlichen Verfolgungsmaßnahmen, vor allem nach dem BEG von 1953/1956, finanziell entschädigt wurden. Die Akten enthalten in der Regel mehrere Anträge, z. B. wurde Entschädigung für Haftzeiten im Gefängnis oder KZ geleistet oder für „Schaden am beruflichen Fortkommen“, für Gesundheitsschäden oder für „Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben“ wie z. B. der Reichsfluchtsteuer oder der Judenvermögensabgabe etc. Durch Ergänzungsgesetze zum BEG konnte später z. B. auch das Tragen des Judensterns bei Entschädigungszahlungen berücksichtigt werden.

⁷ Vgl. zuletzt Köhn 2006. Dort auch Verweise auf bisherige Publikationen.

⁸ Ebd., S. 691-696.

Die Verfahren und die Ermittlungen, ob eine Entschädigung nach dem BEG gerechtfertigt war und wie hoch sie sein musste, sind für die einzelnen Fälle zum Teil sehr kompliziert. Dazu kommt, dass die Entschädigungen z. T. in Reichsmark (RM) errechnet, aber nach der Währungsreform 1948 in Deutsche Mark (DM) abgewertet wurden, und dass Kapitalentschädigungen auch in eine lebenslange Rente umgewandelt werden konnten.

Die zum großen Teil sehr bürokratisch anmutenden Rechnereien – wegen der Gerechtigkeit – will ich in diesen Beispielen nur ausnahmsweise vorführen.

Wiedergutmachungen an Juden – einige Beispiele

Hermann Löwenstein wurde 1887 in Soest geboren und führte das Möbelgeschäft seines Vaters Louis, geboren 1859, in der Jakobistraße 19-21 weiter. Er war verheiratet mit Hildegard Wertheim, geboren 1899. Ihre Tochter Ellen wurde 1925 in Soest geboren. Ellen gelang es, 1940 über Berlin, Königsberg, Moskau und Japan in die USA zu emigrieren, wo sie später Gerhard Beigel, der aus Berlin geflüchtet war, heiratete.

Ab September 1941 mussten die Eheleute Löwenstein, wie alle noch in Soest lebenden



Ein neuer Opel vor dem Möbelgeschäft Hermann Löwenstein, Jakobistr. 19, v. l. Elli Rustemeier, Hermann Lous, Ellen und Hildegard Löwenstein

Juden, einen gelben Judenstern tragen. Am 27. April 1942 wurden beide in das Vernichtungslager Zamosc/Belzec deportiert. Dort sind sie verschollen und wurden auf Antrag ihrer Tochter mit Wirkung vom 31.12.1945 für tot erklärt. Der Vater von Hermann lebte in einem Altersheim in Bielefeld und wurde 1942 von dort nach Theresienstadt deportiert, wo er starb.

Die Tochter Ellen stellte als Erbin ihrer Eltern auf Grund des BEG 1956 einen Antrag „wegen Schadens an der Freiheit“, den ihre Eltern erlitten hatten. Im KrAS habe ich bisher nur den Bescheid des RP vom 9.10.1958 gefunden, der die Mutter betrifft⁹. Die Tochter erhielt danach eine Kapitalentschädigung von 6.450 DM mit der Begründung: „Die verstorbene Verfolgte, die bis zu ihrer

9 Kreisarchiv Soest (im Folgenden: KrAS), Altkreis Soest Nr. 586, folgende Zitate ebd.

Zwangsverschickung in ein KZ ihren Wohnsitz in Soest hatte, war Jüdin. Auf Grund der Polizeiverordnung zur Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 mußte sie ab 19.9.1941 den Judenstern tragen.“ Nachdem Hildegard Löwenstein 1942 von der Gestapo verhaftet und in ein KZ „überführt“ worden war, galt sie als verschollen. „Die Schadenszeit dauerte [...] vom 19.9.1941 [Tragen des Judensterns] bis 8.5.1945 [deutsche Kapitulation] 43 Monate und 20 Tage. Gemäß §§ 45/48 BEG beträgt die Entschädigung für Schaden an Freiheit für jeden vollen Monat 150 DM. Sie war daher auf [...] 6.450 DM festzusetzen. Der der Verfolgten zustehende Anspruch ist gem[äß] §§ 46, 50 BEG auf die im Erbschein genannte Alleinerbin, die Antragstellerin, übergegangen.“

Die Tochter Ellen stellte 1958 einen weiteren Entschädigungsantrag, auf den am 31.12.1958 ein Bescheid aus Arnberg erfolgte. Möglicherweise war dies ein gleichlautender wegen ihres ermordeten Vaters. Die „Kapitalentschädigung“ dürfte dann noch einmal 6.450 DM betragen haben. Ein weiterer Antrag von ihr 1958 betraf den „Schaden im beruflichen Fortkommen“, da sie in die USA geflüchtet war und deshalb in ihrem beruflichen Werdegang einen „Schaden“ erlitten hatte.

1961 stellte Ellen einen weiteren Entschädigungsantrag „für Schaden an Eigentum, [...] an Vermögen [...] durch Zahlung von Sonderabgaben“. Sie machte dabei geltend, dass ihr Vater sein Möbelgeschäft am 31.12.1938 aufgeben und nach dem Judenpogrom vom 9./10.11.1938 eine „Judenvermögensabgabe von ca. 30.000 RM leisten“ musste. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass das Geschäft, das Haus, die Grundstücke, die Ladeneinrichtung, die Möbel und der Hausrat der Familie nach den vorhandenen Unterlagen dem Großvater der Antragstellerin, Louis Löwenstein, gehört hatten und ihr Vater nach der von den Nazis geforderten Vermögensaufstellung der Juden am 10.11.1939 „lediglich ein Bankguthaben und Barvermögen [...] von insgesamt 1.030 RM“ besaß. Deshalb habe er nach Meinung des RP auch nicht zu der „Judenvermögensabgabe“ am 12.11.1938 herangezogen werden können, denn die Vermögen unter 5.000 RM waren davon nicht betroffen.

Ähnlich verlief die Entschädigung für die Erben von Leopold Löwenstein: Leopold Löwenstein war 1886 geboren worden. Er wohnte in den 1930er-Jahren Auf der Borg 13, war Kaufmann und verkaufte als Großhändler Schuhwaren. Nach dem Novemberpogrom wurde er am 15. November 1938 in „Schutzhäft“ genommen und in Hamm eingesperrt. Vermutlich 1940 wurde er in die Sammelunterkunft für Juden in der Niedergasse 2 eingewiesen. Von der Sammelbaracke für Juden am Weslerner Weg wurde er im April 1942 mit anderen Soester Juden über Dortmund nach Zamosc/Belzec deportiert. Dort ist er verschollen und wurde von seinen Verwandten im September 1953 mit Wirkung vom 31.12.1945 für tot erklärt. Mit ihm starben in den Vernichtungslagern der Nazis seine Frau Gerda, sein Bruder Julius, seine Schwester Selma und seine Tante Elise Katharina. Leopold Löwensteins Einkünfte betrugen 1931 und 1932 noch 1.800 Mark jährlich. Sie verringerten sich ab 1933 und betrugen in diesem Jahr 900 Mark, 1934 nur 600 Mark und 1935 noch 520 Mark, wie die Gewerbesteuerhauptlisten der Stadt¹⁰ ausweisen und wie sie auch in der Entschädigungsakte aufgelistet sind. Denn die Kreis-

10 Stadtarchiv Soest (im Folgenden abgekürzt StAS) D 951 ff.

verwaltung hatte diese Listen eingesehen. Ende 1938 musste er sein Geschäft schließen.

Vier Verwandte aus den USA, England und Frankreich stellten als Erbgemeinschaft 1962 zwei Entschädigungsanträge auf Grund des BEG. Ihnen wurden mit Bescheid des RP vom 22.1.1963 „wegen Schadens im beruflichen Fortkommen“ eine Kapitalentschädigung von 5.928 DM zugestanden¹¹ und folgendermaßen begründet: „Aufgrund des durch die geringen Gewerbeerträge nachgewiesenen unbedeutenden Umfangs des Gewerbebetriebes wird der Verfolgte in die vergleichbare Beamtengruppe des einfachen Dienstes eingestuft, zumal er bei einem Lebensalter von 46 Jahren zu Beginn der Verfolgung auch nicht mehr am Anfang seiner beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten stand. Der Entschädigungszeitraum beginnt am 1.2.1933 und endet am 31.12.1945. Hiervon ist die Zeit vom 1.2.1933 bis zum 31.12.1938 als Beschränkungsschaden und die Zeit vom 1.1.1939 bis zum 31.12.1945 als Verdrängungsschaden anzusehen.“

Das jährliche Einkommen eines Beamten im einfachen Dienst betrug mit Wohngeld etc. ca. 3.200 RM in den 1930er-Jahren. Davon wurden drei Viertel plus 20 % zugestanden. Das ergab einen Betrag von 2.976 RM jährlich. Da die „Beschränkungszeit“ 5 Jahre und 11 Monate betrug, hätten dem Verfolgten, wenn er „seinerzeit vollkommen verdrängt worden wäre“ 17.608 RM zugestanden. Die Einkommensminderung aber wurde auf 50 % geschätzt, auf 8.804 RM. Für die sieben Jahre „Verdrängung“ standen ihm 20.832 RM zu. Die Gesamtentschädigung betrug also 29.636 RM. Sie wurde wegen der Währungsreform abgewertet, indem der Betrag durch 10 geteilt und mit 2 multipliziert wurde. Das ergab aufgerundet die Entschädigungssumme von 5.928 DM. Dieser Betrag, der Leopold, wenn er zurückgekehrt wäre, als Kapitalentschädigung zugestanden hätte, war vererbbar und konnte somit an die Erben ausgezahlt werden. Ob Leopold Löwenstein auch noch eine Haftentschädigung zugestanden hätte, kann ich nicht beurteilen. Nicht nachvollziehbar ist, dass die Entschädigung für die Erbin von Hildegard Löwenstein ganz anders berechnet wurde.

Da Leopold Löwenstein auch noch zwei Lebensversicherungen abgeschlossen hatte, stellte die Erbgemeinschaft einen weiteren Entschädigungsantrag „wegen Schadens des Verfolgten durch Verlust“ seiner Lebensversicherungen. Dafür wurden ihr noch einmal 510 DM zugesprochen.

Julius Eisenberg wurde 1876 in Horn geboren und starb 1950 in Soest. Er war selbständiger Pferdehändler. Nach dem Pogrom wurde er vom 10.11. bis 3.12.1938 in „Schutzhäft“ in Soest und Hamm genommen. Am 27.7.1942 wurde er mit anderen Soester Juden über Dortmund ins KZ Theresienstadt deportiert. Er überlebte und kehrte am 25.7.1945 nach Soest zurück. Am 19.3.1946 wurde er als Verfolgter der Nazis anerkannt¹².

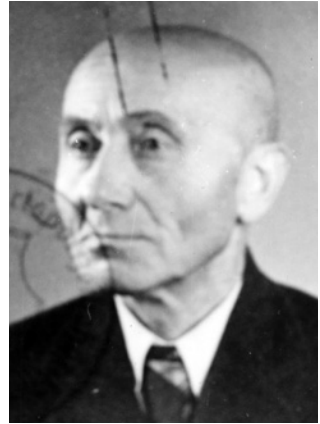
Der Soester Stadtdirektor Franz Becker bestätigte am 2.4.1946 gegenüber dem Oberkreisdirektor die Glaubwürdigkeit von Eisenbergs Angaben: Er habe vor 1933 als selbständiger Pferdehändler ein Einkommen von ca. 8.000 RM jährlich ver-

11 KrAS, Altkreis Soest Nr. 587, folgende Zitate ebd.

12 KrAS, Altkreis Soest Nr. 5559.

steuert¹³. Sein erspartes Geld von 11.500 RM hatte er zwischen Schuhsohlen und Wäschestücken zusammengenäht in einem Koffer untergebracht. Der Koffer wurde ihm samt Inhalt im KZ abgenommen. Außerdem besaß er einen 50-prozentigen Anteil an dem Synagogengrundstück in Horn, das von der Nazi-Regierung enteignet worden war, im Werte von 5.000 bis 6.000 RM. Unterlagen darüber waren nicht mehr vorhanden.

Eisenberg hatte auch aufgrund von Verordnungen der Militärregierung Anspruch auf Unterstützung durch das Wohlfahrtsamt oder den Kreissonderhilfsausschuss. Im Oktober 1946 z. B. beantragte er Bezugskarten für zwei Nachthemden und ein Paar



Julius Eisenberg

✓

Zuname: Eisenberg Vornamen: Julius (Ausweis Nr! 5
(Rufname unterstreichen!)

geb. am: 2. 8. 1876 in Horn/Westf.

Wohnung: Soest, Brüder-Walburger-Wal Familienstand: verh., ledig, unmündige Kinder

Bestraft durch das Gericht in Aktz.:

Strafmaß: Straftat (politische):

Verhaftung durch Gestapo ohne Gericht: Ja! — Nein!

Schutzhaft vom 27. 7. 42 bis 25. 7. 1945 in Theresienstadt/Böhmen-Mähren

" " " " " "

" " " " " "

Bemerkungen:

.....

.....

.....

Julius Eisenberg, Schutzhaft vom 27.7.1942 bis 25.7.1945 in Theresienstadt

13 KrAS, ebd. Nach der Gewerbesteuerhauptliste der Stadt betrug sein Einkommen vor 1933 jährlich ca. 1.200 Mark und danach ca. 600 Mark. Entweder hat er sein Einkommen für die Zeit vor 1933 viel zu hoch angesetzt oder nur einen Teil davon für die städtische Gewerbesteuer angegeben. Die von ihm angegebenen Zahlen aber spielten bei der Berechnung seiner Entschädigung 1946, als noch die Gesetzgebung der Militärregierung galt, keine Rolle. Er erhielt nur eine Entschädigung für seinen KZ-Aufenthalt. Erst mit dem BEG von 1953/56 konnten bei Anträgen wegen „Schaden am beruflichen Fortkommen“ die Einkommen vor 1933 in die Berechnung einbezogen werden, wie z. B. bei Leopold Löwenstein, Else Rosenbaum, Wilhelm Bröckling oder Fritz Viegner.

Strümpfe. Im Juni 1947 erhielt er vom RP eine einmalige Beihilfe von 200 RM. Ab 1.1.1948 bekam er eine monatliche Beschädigtenrente von 233,30 DM. An Fürsorgeunterstützung hatte er vom 1.1.1948 bis 31.5.1949 insgesamt 2.578 DM bekommen. Erst im Oktober 1949 wurde ihm eine Haftentschädigung bezahlt für die Zeit vom 8.11. bis 2.12.1938 und vom 27.7.1942 bis 8.5.1945, insgesamt also für 34 Monate und 8 Tage. Pro Monat Haft hatte er Anspruch auf 150 DM, insgesamt erhielt er 5.250 DM. Am 10.9.1950 starb er und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Soest begraben.

Simon Block, geboren 1874, war Prokurist in der Soester Getreidehandlung Albesheim und später Geschäftsführer/Eigentümer der Papierhandlung Oppenheimer. Am 28.7.1942 wurde auch er zusammen mit seiner Frau oder seiner Schwester Johanne Block von Soest über Dortmund nach Theresienstadt deportiert. Johanne brachte man schon im Januar nach Auschwitz und sie starb dort ebenso wie Simons Bruder Feodor und dessen Frau Bernhardine.

Anfang Februar 1945 gehörte Simon zu 1.200 freigekauften Juden, die in die Schweiz gebracht wurden. Im September 1946 schrieb er einen dreiseitigen Bericht in die USA an Dr. Ernst F. Sommer, den Sohn von Bendix Sommer, der in Auschwitz verschollen war, über das Schicksal der Soester Juden nach den Deportationen. Er wanderte nach Tel Aviv in Israel aus und starb dort 1957.

Er stellte im Dezember 1953 einen Haftentschädigungsantrag¹⁴. Im September 1954 erhielt er für seine 30 Monate dauernde Haft in Theresienstadt pro Monat 150 DM, insgesamt 4.500 DM. 1955 stellte er einen weiteren Antrag „wegen Schadens im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen durch Verdrängung aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit“. Ihm wurde mit Wirkung vom 1.11.1953, dem Inkrafttreten des ersten Entschädigungsgesetzes, im Dezember 1955 eine monatliche Rente von 429 DM zugesprochen, die 1956 auf 468 DM und 1957 auf 488 DM stieg. Für die zurückliegende Zeit seit dem 1.11.1953 erhielt er eine Nachzahlung von 5.148 DM. Als Bemessungsgrundlage wurde sein jährliches Einkommen vor 1933 zwischen 5.000 bis 6.000 RM zugrunde gelegt, das entsprach dem Gehalt eines Beamten des gehobenen Dienstes. Nach den Gewerbesteuerlisten der Stadt versteuerte er 1931 und 1932 aber nur ungefähr 3.000 RM.

1956 wurde das BEG durch ein Bundesergänzungsgesetz erweitert. Die Kennzeichnung der Juden in der Öffentlichkeit mit einem gelben Stern ab 19.9.1941 wurde jetzt als rechtswidrige Diffamierung und in hohem Maße als eine Einengung der körperlichen Bewegungsfreiheit und damit als eine „freiheitsentziehungsgleiche Freiheitsbeschränkung“ gewertet. Simon Block stand damit eine weitere Entschädigung von je 150 DM für die zehn Monate vom Tragen des Judensterns von September 1941 bis zur Deportation 1942 zu. Bisher war er nur für die Zeit von der Deportation bis zur Befreiung entschädigt worden. Er bekam also noch einmal 1.500 DM nachgezahlt.

Else Rosenbaum, geboren 1888, übernahm nach dem Tode ihres Mannes Meyer Rosenbaum am 14.2.1938 das große Textilkaufhaus in der Brüderstraße 30. Schon am 27.5.1938 war sie „unter Druck der Verhältnisse gezwungen, den Betrieb zu

14 KrAS, Altkreis Soest Nr. 367, folgende Zitate ebd.

verkaufen“.¹⁵ Um weiteren Verfolgungsmaßnahmen zu entgehen – die ersten gab es schon im April 1933 – wanderte sie nach dem Novemberpogrom 1938 am 19.2.1939 zu ihren beiden bereits 1933 und 1934 geflüchteten Söhnen nach Brasilien aus. Sie starb 1978 in São Paulo.

1958 stellte sie einen Antrag auf Entschädigung wegen „Schadens im beruflichen Fortkommen“. Sie gab an – und ihre Zahlen stimmen mit den Einträgen in den städtischen Gewerbesteuerlisten weitgehend überein –, dass das Einkommen des Kaufhausbesitzers von 1930 bis 1932 jährlich 18.400 RM betragen habe. In den Jahren 1933 bis 1935 ging es nur unwesentlich auf ca. 17.300 RM zurück. Ab 1936 waren keine Einnahmen zu verzeichnen. Der Betrieb arbeitete mit Verlust¹⁶. Die Entschädigung wurde „auf der Grundlage von drei Viertel der Dienstbezüge eines vergleichbaren Bundesbeamten berechnet“¹⁷. Else Rosenbaum wurde in die Beamtengruppe des höheren Dienstes eingestuft. Die Schadenszeit wurde vom 1.1.1936 bis „frühestens“ zum 30.11.1949 festgesetzt. Ihre Entschädigung pro Jahr betrug 10.356 RM. Sie erhielt den Höchstbetrag, den das BEG bis dahin vorsah, nämlich 40.000 DM.

Sie hatte die Wahl zwischen der Auszahlung dieser Kapitalentschädigung und einer lebenslangen Rentenzahlung. Sie wählte die Rente und erhielt angelehnt an die Beamtengruppe des höheren Dienstes eine monatliche Rente von 600 DM rückwirkend vom 1.11.1953. Diese war durch die verschiedenen Renten Anpassungen bzw. -erhöhungen 1964 schon auf 1.030 DM monatlich gestiegen.

Else Rosenbaum hatte neben dem Antrag wegen „Schadens im beruflichen Fortkommen“ außerdem einen Antrag auf „Entschädigung für Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben“ gestellt. Dazu gehörten die „Judenvermögensabgabe“, die die Juden nach dem Novemberpogrom 1938 als 20-prozentige Abgabe von einem Vermögen über 5.000 RM zahlen mussten. Die Reichsfluchtsteuer in Höhe von 25 % wurde fällig, wenn ein Emigrant ein Vermögen von mehr als 50.000 RM besaß. Die „Dego-Abgabe“ war an die Deutsche Golddiskontbank zu entrichten, wenn Geld legal ins Ausland transferiert werden sollte. Else Rosenbaum musste eine Reichsfluchtsteuer von 70.906 RM, eine Judenvermögensabgabe von 57.250 RM – dazu mussten auch Wertpapiere deklariert werden – und 9.880 RM als Dego-Abgabe „für die Verbringung ihres Umzugsgutes in das Ausland“ zahlen. Ihr wurde mit Bescheid vom 1.4.1960 vom RP dafür eine Entschädigung von 13.426 DM bewilligt.

Die Berechnungen dazu waren sehr kompliziert. Sie hatte ihr Geschäft mit Haus und Warenlager verkaufen müssen und erhielt dafür vom „Arisieur“¹⁸ 247.038 RM. Der RP musste davon ausgehen, dass von dem Verkaufserlös die verschiedenen Sonderabgaben bezahlt worden waren. Wegen des Kaufhauses in der Brüderstra-

15 KrAS, Altkreis Soest Nr. 709, folgende Zitate ebd. (Ihre von mir nicht eingesehene Wiedergutmachungsschlussakte des RP hat im LAM die Nr. 59294.)

16 Nach den Gewerbesteuerhauptlisten im Stadtarchiv betrug der Verdienst 1930 – während der Weltwirtschaftskrise – 12.499 RM, 1931 = 21.956 RM, 1932 = 20.780 RM, 1933 = 27.071 RM, 1934 = 9.987 RM, 1935 = 14.907 RM und 1936 machte das Kaufhaus Verlust.

17 KrAS, wie Anmerkung 15.

18 Arisieren nannten die Nazis die Überführung jüdischer Firmen an „arische“ Deutsche, wobei häufig extremer Druck bis zur Erpressung ausgeübt wurde, so dass in vielen Fällen für „Arisierung“ der Begriff „Beraubung der jüdischen Eigentümer“ verwendet werden sollte.

ße und wegen etlicher Wertpapiere der Familie Rosenbaum liefen außerdem noch Rückerstattungsverfahren beim Wiedergutmachungsamt in Arnshausen, da Else Rosenbaum wahrscheinlich das Kaufhaus unter Wert verkaufen musste und auch ihre Wertpapiere im Wert von 45.000 Goldmark verloren hatte. Vier Akten dieser Rückerstattungsverfahren, „in dem das Grundstück in das Eigentum der Antragstellerin zurück ging“, werden im LAM verwahrt¹⁹.

In einem dritten Entschädigungsantrag machte Else Rosenbaum einen „Schaden an Vermögen“ geltend. Dafür gab sie an, dass sie für den Zwangsverkauf ihres Geschäftes 3.200 RM an Maklergebühren zahlen musste, dass die Überfahrt nach Brasilien 575 RM, die Überführung ihres Hausrates 3.500 RM gekostet hatten und weitere Kosten für Zölle in Deutschland und Brasilien zu bezahlen waren. Auch dieser Antrag wurde nach dem BEG anerkannt. Sie erhielt dafür eine Entschädigung von 2.099,21 DM.

In einem weiteren Entschädigungsantrag „für Schaden an Eigentum“ machte sie den Verlust ihres Schmuckes geltend, für den ihr am 25.1.1939 die Ausfuhr verboten worden war. Außerdem gab sie an, was sie auch nachweisen könnte, dass im Mai 1939 ihr Auswanderersperrenkonto bei der Deutschen Bank mit 26.065 RM belastet worden war, weil diese ihr in Dollar umgerechnet nach Brasilien transferiert werden sollten. Das Geld aber hatte sie nie erhalten. Wegen des Schmuckes argumentierte der RP, dass sie doch Zeit und Gelegenheit gehabt haben müsse, in den drei Wochen zwischen Ausfuhrverbot und Auswanderung am 19.2.1939 über den Schmuck „anderweitig zu verfügen, so dass ein Imstichlassen nicht gegeben ist“²⁰. Hierfür bekam sie also keine Entschädigung. Die ihr nicht zugestellten 26.065 RM wurden im Verhältnis 10:1 abgewertet und ihr mit 2.606,50 DM vergütet²¹.

Wiedergutmachung an verfolgten Mitgliedern der Kommunistischen Partei

Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag. Die darauf einen Tag später erlassene „Notverordnung zur Abwehr kommunistischer Gewaltakte“ setzte wichtige Grundrechte außer Kraft und erlaubte die willkürliche Verfolgung der KPD-, aber auch der SPD-Mitglieder. Noch am selben Tag wurden 14 Soester KPD-Mitglieder verhaftet. Am 1. März war in einem Haus an der Oestinghauser Straße eine kommunistische Versammlung aufgelöst und die Teilnehmer waren in sogenannte Schutzhaft genommen worden. Dabei, so berichtete der Soester Anzeiger am 2. März, erhielt ein Arbeiter, der die Flucht ergriff und beim Anruf des Polizisten nicht stehen blieb, einen Steckschuss in den Oberschenkel und wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Es war der Arbeiter Wilhelm Bröckling, geboren 1893. Im Krankenhaus lag er als Gefangener bis zum 31.5.1933, wurde aber nach Hause entlassen und am 16.8.1933 erneut verhaftet. Bis zum 23.12.1933 war er Schutzhaftgefangener im KZ Esterwegen bei Papenburg.

19 Signatur: Q 121 AR Nr. 56, 224, 1170 und 1240. Ich habe sie nicht eingesehen.

20 KrAS, Altkreis Soest Nr. 709, folgende Zitate ebd.

21 Alle Angaben aus KrAS, Altkreis Soest Nr. 709. Die Nr. 710 ist die Entschädigungsakte ihres 1934 ausgewanderten Sohnes Fritz, der in den 1980er- und 1990er-Jahren mehrfach Soest besuchte und 92jährig 2005 starb.

Nach der Akte²² stellte er noch bis 1967 verschiedene Anträge auf Entschädigung aufgrund alliierter, Landes- und BEG-Gesetzgebung u. a. mit der Begründung, die auch anerkannt wurde, dass er am 1.3.1933 seinen Arbeitsplatz als Tiefbauarbeiter verloren und erst im August 1936 wieder einen festen Arbeitsplatz gefunden habe. Nach 1945 wurde er nur zeitweise als Arbeiter eingestellt. Er trug Zeitungen für die KPD aus und bekam z. B. 1950 eine Arbeitslosenfürsorge von 17 DM wöchentlich.

Im August 1946 beantragte er beim Kreissonderhilfsausschuss für Verfolgte des Nazi-Regimes eine „einmalige“ finanzielle Beihilfe. 500 RM wurden ihm zugesprochen, obwohl sein KZ-Aufenthalt sehr lange zurücklag und solche Anträge eigentlich nicht berücksichtigt werden sollten. Bis 1952 erhielt er hin und wieder Bezugskarten, z. B. für Kleidung und weitere Sonderbeihilfen in Höhe von 150 oder 250 DM aus einem Haushaltstitel für rassistisch, politisch und religiös Verfolgte.

Ab Mai 1950 bekam er eine Beschädigtenrente als Opfer des NS-Terrors von 46,70 DM monatlich, die durch Rentenanpassungen bis 1966 auf 233 DM anwuchs. Aufgrund des BEG stellte er 1957 einen Antrag auf Entschädigung „wegen Schadens in beruflichem Fortkommen“. Er wurde als Arbeiter eingestuft nach der Beamtengruppe des einfachen Dienstes. Ein solcher Beamter verdiente 1933 ca. 3.000 RM jährlich. 75 % davon wurden ihm zugestanden. Das ergab für die ihm zuerkannte Entschädigungszeit von drei Jahren und fünf Monaten ungefähr 7.000 RM. Abgewertet waren dies 1.542 DM, die er 1957 als Kapitalentschädigung bekam. Nach dem BEG-Schlussgesetz vom September 1965 wurde die Kapitalentschädigung noch einmal um 20 % aufgestockt, sodass er 1967 auf Antrag noch einmal 312 DM erhielt.

Der Kaufmann Fritz Berendes, geboren 1901, war Mitglied des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes. Er gab bei seinem ersten Antrag auf Entschädigung als politisch Verfolgter an, dass er sich, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, ab 28.2. bis 18.4.1933 „illegal“ in verschiedenen Städten im Ruhrgebiet aufgehalten habe²³. Nach seiner Verhaftung am 18.4.1933 war er bis Juli 1933 im Gerichtsgefängnis Hagen eingesperrt, danach kam er ins KZ Esterwegen bis zum 9.11.1933 und danach bis 4.12.1933 ins Gerichtsgefängnis Hamm. Vom Oberlandesgericht Hamm wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Strafe war am 9.11.1935 verbüßt, aber am 18.11.1935 wurde er erneut verhaftet und kam über das Polizeigegefängnis Steinwache in Dortmund wieder in das KZ Esterwegen und wurde im Juli 1936 in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg verlegt, von wo er am 21.12.1937 entlassen, aber unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. Am 29.1.1943 zog man ihn zur Straf- und Bewährungseinheit „Afrika-Brigade 999“ ein und verlegte ihn nach Griechenland. Am 15.11.1943 wurde er als politisch Unzuverlässiger zur Bewährungseinheit der Organisation Todt nach Frankreich eingezogen und war auch an der „Sonderaktion Amsterdam“ beteiligt. Als Malariakranker kam er nach Berlin und wurde dort am 26. Januar 1945 entlassen. Über seine Aufenthalte und seine Leiden in den verschiedenen KZs hat er einen neunseitigen Bericht verfasst, der der Akte beigelegt ist. 1946 und 1947 er-

22 KrAS, Altkreis Soest Nr. 384, folgende Zitate ebd.

23 KrAS, Altkreis Soest, Nr. 355, folgende Zitate ebd.

hielt er vom Kreissonderhilfsausschuss für die Opfer des Faschismus beim Kreis Soest Bezugsscheine für verschiedene Kleidungsstücke. 1948 eröffnete er einen Gartenbetrieb und Gemüsehandel mit Verkauf auf verschiedenen Wochenmärkten. Damit verdienten er und seine Frau monatlich etwa 300 DM. Er erhielt für diese Geschäftsgründung einen Überbrückungskredit von 3.000 DM. 1949 wurden ihm für 53 Monate Haft – pro Monat 150 DM – 7.950 DM Entschädigung gezahlt („Schaden an der Freiheit“). 1956 aber wurden ihm nach mehrjähriger Beweisführung für die einzelnen Haftzeiten – die Zeiten im Strafbataillon wurden als Haftzeiten gewertet – 81 Monate Haftzeit anerkannt. Er bekam also für weitere 28 Monate eine Entschädigung von 4.200 DM nachgezahlt.

Neben der Haftentschädigung stand ihm nach dem ersten BEG von 1953 auch eine Entschädigung „für Schaden im beruflichen Fortkommen“ zu. Er wurde der Beamtengruppe des mittleren Dienstes zugeordnet. Damit standen ihm für 81 Monate je 256 RM, das sind umgerechnet 4.148 DM zu, gegen die der noch zu zahlende Restbetrag aus dem 3.000 DM-Kredit verrechnet wurde. 1959 stellte Fritz Berendes auch noch einen Antrag auf Entschädigung „für Schaden an Eigentum durch Verlust der Wohnungseinrichtung“. Er trug vor, dass seine inzwischen von ihm geschiedene Ehefrau während seines KZ-Aufenthaltes Möbel und Kleidung bei einem Spediteur untergestellt habe, wo sie verloren gegangen bzw. vollkommen verdorben seien. Im Auftrag des Amtes für Wiedergutmachung in Arnberg ermittelte die Kreisverwaltung Soest und befragte auch Zeugen. Eine Bekannte von Fritz Berendes konnte sich erinnern, dass ihr Mann mit ihm einen zweiteiligen Küchenschrank, dessen Unterteil morsch gewesen sei, und einen Sack mit verdorbener Wäsche bei der Speditionsfirma abgeholt hätte. Der Inhaber der Speditionsfirma konnte aus seinen noch vorhandenen Unterstellungsverträgen aus der Vor- und Kriegszeit nicht erkennen, dass Berendes jemals bei ihm etwas untergestellt hätte. Sein Antrag wurde abgelehnt, wozu der RP umfangreiche und sehr detaillierte Entscheidungsgründe anführte.

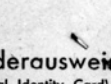
Verfolgung Ernster Bibelforscher/Zeugen Jehovas

Die Bibelforscher wurden schon ab April 1933 nach und nach in allen deutschen Ländern verboten. Sie verweigerten den Kriegsdienst und den Hitlergruß, gingen nicht zur Wahl, wurden nicht Mitglied in den Massenorganisationen der Nazis und weigerten sich, Flaggen zu hissen. Sie galten als Außenseiter der Gesellschaft und als aus den USA „Fremdgelenkte“.

Der selbständige Gärtner Hermann Struthoff, geboren 1894, wurde am 21.7.1936 verhaftet und vom Sondergericht Dortmund am 18.1.1937 wegen illegaler Arbeit für die verbotenen Bibelforscher zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Da er nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe seinen Glauben nicht ablegte, kam er im März 1938 ins KZ Sachsenhausen, später ins KZ Wewelsburg, wo er am 2. April 1945 von den Amerikanern befreit wurde. Am 15. April 1945 machte er sich auf den Weg zu seiner Familie in Soest.

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)

Benannt mit B 2
Sept. 22. 9. 48
Meinens



Sonderausweis
(Special Identity Card)
für
(for)
politisch, rassisch und religiös Verfolgte
(Persecutees on political,
racial and religious grounds)

Nr. *8*
(No.)

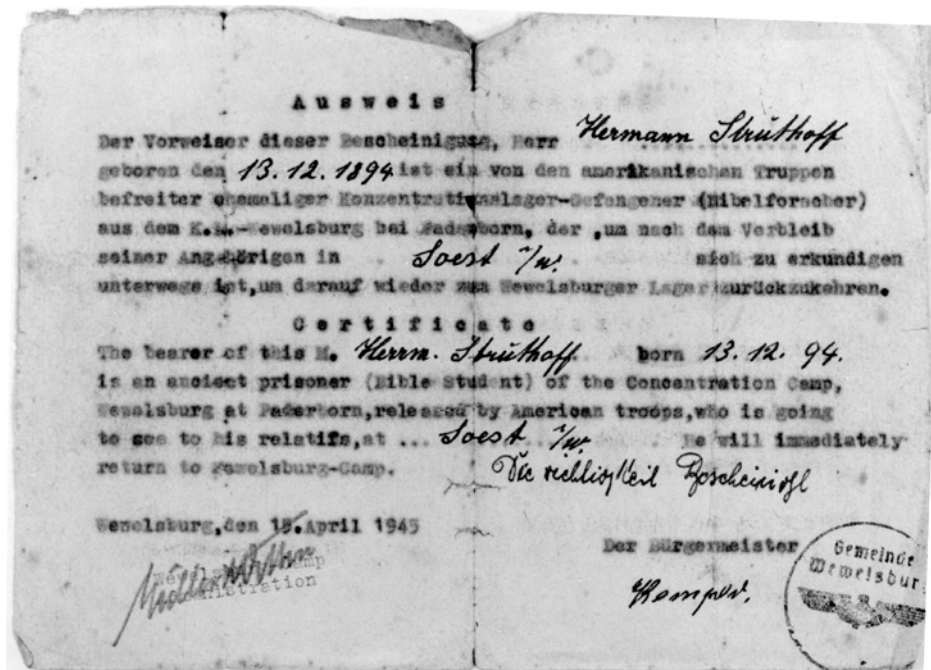
Ausgehändigt durch den Kreis-Sonderhilfsausschuss
des Stadt - Landkreises
(Issued by Kreis - Special Assistance
Committees of Stadt - Landkreises)



Diese Karte muß persönlich vorgezeigt werden
(This card must be presented personally by the person
in whose favour it is issued)

Form 12 (Rev. 10/44) 2247 40000 15. 48 (A)

Sonderausweis für Hermann Struthoff als politisch, rassistisch und religiös Verfolgter



Ausweis für Hermann Struthoff als ehemaligen KZ-Häftling

Hier bekam er einen Sonderausweis für politisch, rassisch und religiös Verfolgte²⁴. Ich konnte in meinem Buch 2006 noch nichts über die Entschädigungen aussagen, die er erhalten hatte²⁵.

Anfang 1946 unterstützte ihn der Kreissonderhilfsausschuss mit 3.415 RM. Im Oktober 1949 bewilligte der Ausschuss für Entschädigung für Freiheitsentzug beim Kreis Soest ihm für seine Haftzeit, die vom 21.7.1936 bis 11.4.1945, also für 104 Monate und 22 Tage, anerkannt wurde, pro Monat 150 DM, insgesamt 15.750 DM. Aufgrund des BEG von 1956 beantragte Hermann Struthoff 1956 noch eine Entschädigung für „Schaden im beruflichen Fortkommen durch Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit“. Als gelernter Gärtner ohne Meisterprüfung hatte er vor der Verfolgung ein jährliches Einkommen von etwa 3.600 RM und wurde deshalb mit einem Beamten des mittleren Dienstes gleichgesetzt. Die Kapitalentschädigung betrug demnach für 9 Jahre und 5 Monate 33.900 RM, die abgewertet 6.780 DM ergaben. Nach mir unverständlichen Berechnungen standen ihm davon aber nur 83% zu, das waren 5.627,40 DM, die ihm ausgezahlt wurden. Nach dem BEG-Schlussgesetz vom 14.9.1965 bewilligte der RP im August 1966 ihm eine weitere Kapitalentschädigung von 3.000 DM.

²⁴ Der Fall ist in Köhn 2006, S. 691-696, ausführlich dokumentiert.

²⁵ Die Entschädigungsakte befindet sich im KrAS, Altkreis Soest, Nr. 832 und 5561, folgende Zitate ebd.

Der Maschinist Franz Naskret, geboren 1904, wurde wie Hermann Struthoff schon am 9.7.1936 wegen verbotener Bibelforschertätigkeit verhaftet und am 18.1.1937 vom Sondergericht in Dortmund zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe wurde er in das KZ Lichtenburg²⁶ und danach in das KZ Buchenwald eingeliefert, wo er bis zum 11.4.1945 gefangen gehalten wurde. Anschließend fand er bis zum 31.3.1946 wegen seiner langen KZ-Haft, wie ihm zugestanden wurde, keine Arbeit. Deshalb wurde der „Schadenszeitraum vom 9.7.1936 bis 31.3.1946“²⁷ festgesetzt. 1946 erhielt er eine Unterstützung von 500 RM und Bezugsscheine für Hausrat und Kleidung. Im Mai 1952 wurde ihm eine Haftentschädigung von 15.900 DM und im Dezember 1952 eine Rente als politisch Verfolgter von 154 DM monatlich bewilligt. Nach dem BEG von 1956 beantragte er eine Kapitalentschädigung für „Schaden im beruflichen Fortkommen“ und erhielt im Januar 1959 für seine Haftzeit drei Viertel des Gehaltes eines Beamten des einfachen Dienstes, das waren 2.028 RM jährlich, insgesamt 19.604 RM, die abgewertet 3.921 DM ergaben. Wegen seines „Schadens an Körper und Gesundheit“ genehmigte ihm der RP im Juli 1959 ein kostenloses Heilverfahren. Nach dem sogenannten BEG-Schlussgesetz von 1965 erhielt er eine weitere Kapitalentschädigung von 3.000 DM und wegen „Schadens am beruflichen Fortkommen“ noch einmal 789 DM.

*Wiedergutmachungsantrag des Soester Holzschnitzers und Bildhauers
Fritz Viegener*

Zur Erinnerung an den vor 120 Jahren, am 31.12.1888, in Soest geborenen Malermeister, Bildschnitzer und Bildhauer Fritz Viegener veröffentlichte Joseph Kleine in den Heimatblättern (Hbll.), der Beilage des Soester Anzeiger, – vereinzelt aber auch anderswo – etliche Beiträge mit unterschiedlichen Überschriften zu Leben und Werk Fritz Viegeners²⁸. Die Beiträge mit biographischen Angaben enthalten, wo es unbedingt nötig gewesen wäre, keine Quellenbelege, auch fehlen dort viele Zeitangaben, so dass sie nicht nachprüfbar sind.

Kleine hat für seine Beiträge offensichtlich den schriftlichen Nachlass Fritz Viegeners benutzen können, der mir und dem Stadtarchiv nicht zugänglich war. Da Viegeners Leben bisher nur steckbriefartig aus Zeitungsberichten und Kurz-Katalogen bekannt ist, sind die Angaben, die Kleine vor allem für die Zeit von 1933 bis 1945 wohl aus dessen privaten Unterlagen veröffentlichte, neu und überraschend. Fritz Viegener outet sich hier nach 1945 als Verfolgter der Nazis, dessen „Kunst“ als „entartet“ galt, der deshalb keine Aufträge erhielt, und dazu noch mit einer – nach der Katalogisierung der Nazis – „Halbjüdin“ (ein Elternteil ist Jude) verheiratet war. Man beschimpfte ihn öffentlich als „Judenknecht“, und seine Frau starb 1942 „auch in Folge der Demütigungen und Gehässigkeiten und ihrer einsamen Not“²⁹.

26 Ursprünglicher Name für das KZ Ravensbrück.

27 KrAS, Altkreis Soest, Nr. 636.

28 Der erste Beitrag erschien im November 2008 in der Folge 400, der letzte (dreizehnte) von mir ermittelte im Juni 2010 in der Folge 440 der Heimatblätter.

29 Heimatblätter des Soester Anzeiger, Folge 400, November 2008.

In der Folge 410 der Hbll. zitiert Kleine drei Zeitzeugen, die bestätigen, dass Fritz Viegener „als nicht artgerechter Künstler galt“, dessen erste Frau eine „Jüdin“ (beide Elternteile sind Juden) war, und dass er keinen „Zutritt zu öffentlichen Kunstausstellungen fand“. Kleine hat diese Aussage im Soester Anzeiger vom 31.12.2008 präzisiert: „Beispielsweise war Viegeners erste Frau Ruth Halbjüdin. Für den Künstler bedeutete das den Entzug staatlicher Aufträge und Ausstellungsverbot.“

In der Folge 411 der Hbll. zitiert Kleine aus „einem Schreiben“ Viegeners, „dass die Großeltern seiner ersten Frau Ruth beide Juden waren [wenn die Eltern der Eltern beide Juden waren, dann war auch deren Tochter eine ‚Volljüdin‘]. Und er [F. V.] fährt fort: ‚Um überhaupt existieren zu können, war ich gezwungen, die Papiere zu fälschen.‘ Nachdem seine Frau 1942 an Herzversagen gestorben war, mitbedingt durch die Demütigungen und Gemeinheiten, verweigerte man „zunächst eine Grabstelle mit der Begründung, man wolle kein ‚dreckiges Judenweib‘ auf dem Friedhof haben“.

In der Folge 425 zitiert Kleine aus einem „Rückblick“ Fritz Viegeners: „Es war bekannt, daß der Arierparagraph meiner Frau nicht in Ordnung war. Aus diesem Grund hat man mir persönlich, künstlerisch und wirtschaftlich enorm viel geschadet ..., so daß ich zwei Jahre ohne jegliche Arbeit war.“ Weiterhin berichtet Kleine wohl ebenfalls aus dem privaten Nachlass von Fritz Viegener über einen Vorfall, der sich vermutlich 1934 zugetragen hat und der m. E. der Schlüssel dazu sein könnte, dass Viegener nach 1945 seine erste Frau eine „Nicht arische“ bzw. „Halb- oder Volljüdin“ nannte: Der im August 1934 zum besoldeten Amtsbürgermeister von Anröchte bestimmte, aus Rhynern stammende Erich Reckhard, ein Nazi und besonderer Judenhasser, hatte in einer Versammlung, an der – nach Angaben bei Kleine – auch Fritz Viegener und seine erste Frau teilnahmen, Fritz Viegener als „Judenknecht“ beschimpft. Aus dem Nachlass zitiert Kleine einen Entschuldigungsbrief von E. Reckhard: „Es liegt ein handschriftlicher Brief aus dem Jahr 1935 vor, in dem besagter Reckhard sich für den ‚bedauerlichen Vorfall‘ entschuldigt. Ihm sei ‚von irgendeiner Seite zugeraunt‘ worden, ‚die bei Ihnen sitzende Dame sei eine Jüdin. [...] Inzwischen habe ich festgestellt, daß es sich um Ihre Gattin handelt, die Vollarierin ist. Ich verspreche Ihnen, daß ich alles getan habe und tun werde, um diesem unsinnigen Gerücht entgegenzutreten. Da ich seit Jahren ein fanatischer Judenfeind bin und außerdem leider an dem fraglichen Abend dem Alkohol zugesprochen hatte, kam es zu dem bedauerlichen Vorfall.“

Wahrscheinlich bezieht sich der weitere, von Kleine in der Folge 426 zitierte Bericht auf den Vorfall mit Reckhard, auch wenn die Datumsangaben nicht übereinstimmen: Die NSDAP-Kreisleitung bescheinigte 1934 (?) „dem Bildhauer und Malermeister Fritz Viegener in Soest, [...] daß das verbreitete Gerücht, seine Frau sei eine Jüdin, unwahr ist. Nach den von Herrn Viegener beigebrachten und nachgeprüften Unterlagen ist seine Frau arischer Abstammung.“ Diese Unterlagen waren, wie Kleine schreibt, ein „handgeschriebener Stammbaum seiner Frau, bis hin zu ihren Urgroßeltern versehen mit elf Stempeln des Standesamtes Soest und beglaubigt vom Standesbeamten“.

Viegener schrieb nach 1945, wie Kleine in Folge 411 und wiederholt in Folge 426 der Hbll. wiedergibt: „Um überhaupt existieren zu können, war ich gezwun-

gen, die Papiere zu fälschen.' Denn seine Frau 'wurde öffentlich als Judenweib gebrandmarkt, bei Einkäufen aus den Geschäften verwiesen und beschimpft.'" Ist dieser Stammbaum, der vom Soester Standesamt beglaubigt und von der NSDAP-Kreisleitung anerkannt worden sein soll, diese von Viegener benannte Urkundenfälschung? Ich setze voraus, dass diese Angaben in der Folge 426 der Hbll. – obwohl quellenmäßig nicht belegt und nicht im Faksimile wiedergegeben – richtig sind. (Wenn es diesen Stammbaum im Nachlass Fritz Viegeners noch gibt, ist er wahrscheinlich der richtige mit ihrem Geburtsort und ihren Eltern in Gotha, wie ich ihn unten wiedergebe.)

Da in der Städtischen Kunstsammlung Soest über 70 Werke Fritz Viegeners vertreten und Ausstellungen seiner Werke mit Katalogen, die auch seinen Lebenslauf wiedergeben, in der Zukunft wahrscheinlich sind, ist es notwendig, seine Biographie und sein Werk für die Epochen, in denen er aktiv war, für die Weimarer Republik, für die Nazi- und die Zeit danach bis zu seinem Tode 1976, darzustellen – möglichst umfassend, möglichst wahrheitsgemäß und frei von Spekulationen. Von den Soester Künstlern, die ebenfalls in diesen Epochen aktiv waren, sind bisher nur das Leben und Werk Eberhard Viegeners³⁰, des Bruders von Fritz, und von Max Schulze-Sölde³¹ kunsthistorisch gewürdigt. Diese Arbeiten behandeln auch ausführlich die Jahre 1933 bis 1945, die für die freischaffenden Künstler zumeist einen Einschnitt in ihrer Arbeit bedeuteten.

Biographisches zu Fritz Viegener war bisher nur wenig bekannt. Weil ich mich in meinem Band über Soest im Nationalsozialismus aus dem Jahre 2006 kurz mit den damals aktiven Soester Künstlern – auch mit Fritz Viegener – beschäftigt habe, vor allem aber die Geschichte der Soester Juden bis zu ihrer Deportation 1942 über viele Jahre erforscht und meine Ergebnisse – auch zu den Schicksalen von sogenannten „Halb“- und „Vierteljuden“ – in verschiedenen, teils umfangreichen Arbeiten publiziert hatte, haben mich die Veröffentlichungen von Kleine besonders interessiert. Meine Beurteilung einiger Arbeiten von Viegener aus der Nazi-Zeit stimmt nicht mit der von Kleine überein. Es sind seine profanen Werke, die hauptsächlich öffentlich ausgestellt wurden, um die es hier geht. Seine religiösen Motive – Fritz Viegener entstammte einem katholischen Elternhaus – werden hier nicht berücksichtigt.

Meine Zweifel an der jüdischen Abstammung der ersten Frau und der damit verbundenen Verfolgungen und Diffamierungen, an der Beurteilung der „Kunst“ Viegeners in der Nazi-Zeit als „entartet“ und an der immer wieder beklagten finanziellen Misere, weil er an öffentlichen Ausstellungen nicht teilnehmen durfte, blieben trotz der detaillierten Veröffentlichungen von Kleine bestehen.

Für eine Überprüfung standen mehrere amtliche Akten zur Verfügung, deren Auswertung mich in meinen Zweifeln bestätigten. Auf den Namen Fritz Viegener stieß ich in einer Akte der Aktengruppe „Wiedergutmachungen der Regierung Arnberg“ im LAM und auf deren sogenannte Vor- oder Ermittlungsakte im KrAS. Außerdem fand sich in Münster eine Akte „Rückerstattungen an Juden“ der Arnberger Regierung, die Fritz Viegener betraf, und im KrAS Soest eine über den Wiederaufbau des

30 Kerber 1982 und Tjardes 1989.

31 Real 2004.

bombenzerstörten Hauses Marktstraße 7 im Jahre 1941. Den Wiederaufbau bezahlte das Kriegsschadensamt. Der Provinzialkonservator war bei dem denkmalgeschützten Haus als Gutachter tätig. Viegener hatte in die neuen Balken u. a. einige Hakenkreuze, Runen und andere von den Nazis favorisierte Motive geschnitzt. Zusätzlich habe ich aus meinen Quellenunterlagen zur Kunstszenen während der Nazi-Zeit in Soest alles das herausgefiltert, was über Fritz Viegener zu finden war, und habe unter Mithilfe von Walter Lutter aus Körbecke, der die Geschichte der Juden in Körbecke und Möhnesee erforscht hat, in seiner Liste aber keine Frau Viegener führte, Hinweise auf die Abstammung der ersten Frau Fritz Viegeners gefunden. Denn sie, als „Nichtarierin“, „Halbjüdin“, manchmal auch als „Volljüdin“ bezeichnet, war ja der Hauptgrund für die vielfach beklagte existentielle Notlage des Ehepaares in der Nazi-Zeit.

Ich versuche, im Folgenden zu beweisen, dass die erste Frau Fritz Viegeners nach den Gesetzen der Nazis keine „Jüdin“, sondern eine „Arierin“ war, und dass Viegener nach 1933, wie fast alle seine Soester Kollegen, die im nationalsozialistischen Soester Kunstring organisiert waren, an allen öffentlichen lokalen und regionalen Ausstellungen teilnehmen durfte oder tatsächlich teilnahm und reichlich Aufträge erhielt – im Gegensatz zu den meisten seiner Soester Kollegen. Dabei habe ich nur von den größeren Aufträgen aus den Zeitungen erfahren. Schließlich zitiere ich Kritiker und andere Zeitgenossen, die seine Arbeiten beurteilten. Dabei wird deutlich, dass seine „Schöpfungen“ alles andere als „entartet“, im Gegenteil, durchaus „zum Besten ... überhaupt“ zählten, wie am 28. Mai 1933 anlässlich einer Ausstellung westfälischer Künstler des „Gaus Westfalen des Reichsverbandes bildender Künstler Deutschland“ in der Westfälischen Landeszeitung „Rote Erde“ (im Folgenden abgekürzt WL) zu lesen ist. Hier wurden in den Reden und sicherlich auch in den Exponaten die „Deutsche Art“, die „Erneuerung der deutschen Kultur“ und die „Gesundung“ der Kunst im nationalsozialistischen Sinne propagiert.

Die erste Frau Fritz Viegeners (1883-1942)

Am 8. Januar 1883 brachte die evangelische, „unverehelichte“ Auguste Emilie Zimmermann aus Ruhla in Gotha eine Tochter zur Welt, der der Name Martha Therese gegeben wurde. Im Geburtsregister des Gothaer Standesamtes wird dieser Eintrag am 24. Februar 1885 ergänzt: „Der Fleischer Christoph Wilhelm Emil Nottrodt aus Kirchheiligen, evangelisch, erklärte, dass er das von Auguste Zimmermann, seiner jetzigen Ehefrau, am 8.1.1883 geborene Kind Martha Therese als von ihm erzeugt anerkenne und genehmige, dass das Kind seinen Zunamen Nottrodt führe, auch nun als legitim zu erachten sei.“ 1913 ist Martha Therese in Soest. Sie ist Schneiderin und heiratet am 9. Juli 1914 den Installateur Ernst August Rommel, genannt Remmler. Ihr Vater ist inzwischen verstorben und ihre Mutter wohnt in New York. Ihr Mann stirbt am 23. November 1920. Den Tod meldet sein Vater, der Werkmeister Carl Rommel, genannt Remmler, Kleine Osthofe 11, der im Soester Standesamt angibt, dass Ernst 34 Jahre und vier Monate alt geworden ist, evangelisch, wohnhaft Salzbrink 2 und verheiratet mit „Ruth“, geborene Nottrodt war.



Haus Pferdmenes in Giesenkirchen, heute Mönchengladbach

Hier erscheint zum ersten Mal der Vorname Ruth, wie sie in Zukunft von ihrem zweiten Mann genannt wird. Weshalb ihr Schwiegervater auf dem Soester Standesamt ihren Vornamen mit Ruth angibt, habe ich nicht klären können. Vielleicht war dies ein Kosename ihres ersten Mannes, den sie an ihren zweiten Mann weitergab. In der Todesanzeige im Soester Anzeiger für Ernst Rommel, genannt Remmler, heißt Martha/Ruth nur „Frau Remmler, Salzbrink 2“. Nach dem Soester Standesamtsregister heiratet am 16. Februar 1922 der am 31.12.1888 in Soest geborene Maler Friedrich Franz Viegner, katholischer Religion, Sohn des Dekorationsmalers Friedrich Viegner und seiner Frau Linda, geborene Schilling, die Witwe Installateur Rommel, genannt Remmler, Martha Therese, geborene Nottrodt. In der Heiratsanzeige vom selben Tag im Soester Anzeiger heißt es: „Fritz Viegner, Ruth Viegner, geborene Nottrodt – Vermählte, Soest, Salzbrink 2.“ Fritz Viegner ist also aus seinem Elternhaus Jakobstraße 26 zu seiner Frau gezogen. In weiteren amtlichen Unterlagen erscheint sie mit ihrem standesamtlichen Vornamen Martha, so z. B. in der Wählerliste zur Reichspräsidenten- und Landtagswahl 1925 im Stadtarchiv. Am 16. Dezember 1942 stirbt in Arnsberg „Martha Theresia Viegner, geborene Nottrodt, evangelisch, wohnhaft in Delecke, Kreis Soest“. Ihre verstorbenen Eltern werden genannt. Der anzeigende Arzt Dr. Ferdinand Kersting gibt als Todesursache Herzschlag an.

Im Gedenkbuch des Bundesarchivs für die ermordeten Juden aus dem Gebiet der Bundesrepublik kommt eine deportierte oder ermordete Person mit dem Namen

Nottrodt nicht vor. In und um Gotha aber findet sich der Name nach dem Telefonbuch heute noch fast 300 Mal. Der Bruder von Fritz, Eberhard Viegener, war in erster Ehe von 1920 bis 1954 tatsächlich mit einer „Halbjüdin“, mit Cecilie Brie aus Breslau, verheiratet³². Im Gedenkbuch für die ermordeten Juden sind neun Mitglieder der Familie Brie als Opfer verzeichnet.

Ich hatte anfangs aus der Folge 425 der Hbll. zitiert, wo Kleine aus einem „Rückblick“ Fritz Viegeners – vermutlich also nach 1945 verfasst – berichtet, dass Viegeners Frau Martha/Ruth vermutlich 1934 auf einer Versammlung von einem Nazi-Funktionär aus Anröchte als Jüdin beschimpft worden war. Dieser entschuldigte sich durch einen Brief persönlich bei Viegener, weil er sich geirrt habe, denn Martha/Ruth sei erwiesenermaßen eine „Vollarierin“, was auch die Kreisleitung der NSDAP bestätigte. Für mich ist diese Begebenheit ein möglicher Schlüssel dafür, dass Viegener seine erste Frau Martha/Ruth nach 1945 eine „Nicht arische“ bzw. „Halbjüdin“ nennt. Ich vermute, dass dieser Nazi-Funktionär, der aus Rhynern stammte und zum Amtsbürgermeister in Anröchte befördert worden war, an einer Versammlung (der Nazis?) vielleicht in Körbecke teilnahm. Fritz Viegeners Bruder, der Maler Eberhard Viegener, war ja tatsächlich mit einer „Halbjüdin“ verheiratet und wohnte in einer Nachbargemeinde. Am Nazi-Funktionärstisch ist vermutlich getuschelt und der Name Viegener mit einer jüdischen Ehefrau benannt worden. Das war vielleicht der Auslöser für den besonders judenfeindlichen und – wie er in seinem Entschuldigungsschreiben angab – angetrunkenen Amtsbürgermeister Reckhard, Fritz Viegener als „Judenknecht“ zu beschimpfen.

Diesen Vorwurf konnte Viegener nach Kleine³³ durch Vorlage des Ahnenpasses seiner Frau, der vom Amtsbürgermeister und von der ihm vorgesetzten NSDAP-Kreisleitung anerkannt wurde, widerlegen³⁴. Martha/Ruth wurde meiner Meinung nach verwechselt und damit verdächtigt, jüdischer Abstammung zu sein.

Diese Verdächtigung benutzte Fritz Viegener vermutlich erstmals 1949, als er sich gegen finanzielle Forderungen einer Jüdin wehrte. Es war die vor den Nazis 1938 geflüchtete Tochter der Eigentümerin des im selben Jahr von Viegener erworbenen Hauses in Delecke, der Witwe Margarete Silberberg, die 1941 aus Hannover nach Riga deportiert und dort ermordet worden war. Die in London lebende Tochter Lotte Sachs, geborene Silberberg, beantragte 1948 beim Wiedergutmachungsamt in Arnshausen die „Rückerstattung“ ihres Erbes, des Hauses Viegeners in Delecke, bzw. eine Ausgleichszahlung, weil sie davon ausging, dass ihre Mutter das Haus 1938 wegen der Repressalien gegen die Juden notgedrungen und unter Wert verkauft habe³⁵. Kontakte zu Frau Silberberg wegen des Hauskaufes hatte Fritz Viegener ab Februar

32 Tjardes, S. 21.

33 Heimatblätter des Soester Anzeigers, Nr. 425.

34 Ich gehe davon aus, daß dies stimmt, obwohl Kleine keine nachprüfbare Quelle angibt. 1934 mußten die Deutschen noch keinen Ahnenpass führen, wenn sie nicht NSDAP-Mitglied werden wollten oder Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes waren. Der sogenannte kleine Ahnenpass zurück bis zu den Großeltern wurde erst nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze im September 1935 gefordert.

35 LAM, Rückerstattungen Nr. 108, hier auch die folgenden Zitate.

1938 geknüpft. Die notariellen Verhandlungen waren im April 1938 abgeschlossen. Die Eigentumsübertragung geschah am 1. Oktober 1938.

Die Juden mussten aufgrund eines Reichsgesetzes vom 26. April 1938 ihr gesamtes in- und ausländisches Vermögen anmelden, bald auch wurden Gelder, die z. B. durch Verkäufe von Immobilien erzielt waren, auf Sperrkonten überwiesen³⁶. Nur in sehr beschränktem Maße konnten die Juden über diese Gelder verfügen. Die Tochter hatte also allen Grund anzunehmen, dass ihre Mutter Haus und Grundstück unter Zwang und unter Wert verkauft hatte³⁷.

Viegener antwortete ihr, dass seine Frau Martha, geborene Nottrodt, das Haus für 22.000 Mark 1938 gekauft habe, d. h. das Geld habe er aufgebracht, sie aber war Vertragspartnerin der Verkäuferin und wurde als Besitzerin ins Grundbuch eingetragen. Wenn Martha/Ruth zu dieser Zeit schon eine „Halbjüdin“ nach den Rassegesetzen der Nazis von 1935 gewesen wäre, dann wäre es wohl kaum noch möglich gewesen, sie als Besitzerin des schönen Landhauses mit sechs Zimmern, über 2.000 Quadratmetern Grundstück und Blick auf den Möhnesee einzutragen. Juden durften zu der Zeit schon keine Grundstücke mehr erwerben und jeder versuchte, seinen Besitz so schnell wie möglich zu veräußern und den Erlös dem Zugriff des Staates zu entziehen. Deshalb auch drängte Frau Silberberg nach Ablösung einiger Hypotheken durch Banküberweisung auf Barzahlung der Restsumme, was aber nicht geschah.

Der Kaufvertrag wurde am 29. September 1938 von Margarete Silberberg, geborene Weinberg, Martha Viegener, geborene Nottrodt, und dem Soester Notar Theo Hagen unterschrieben. Im Protokoll wird ausdrücklich vermerkt: „Die Erschienene zu 2 [Witwe des Kaufmanns Julius Silberberg, Margarete, geb. Weinberg, aus Hannover] ist Jude im Sinne der Nürnberger Gesetze.“ Wenn Martha tatsächlich eine „Halbjüdin“ im Sinne der Nürnberger Rassegesetze gewesen wäre, wäre dies dann nicht vielleicht auch im Vertrag erwähnt worden? Mit einer „Halbjüdin“ hätte ein solcher Vertrag meines Wissens 1938 gar nicht mehr abgeschlossen werden dürfen.

Martha Viegener, die Haus und Grundstück erworben hatte, war zumindest jetzt, 1938, noch eine „Arierin“, wie sie es auch schon 1934/35 – selbst von der NSDAP-Kreisleitung anerkannt – gewesen war. Wenn sie jüdischer Abstammung und dies auch allgemein bekannt gewesen wäre, wie Fritz Viegener immer wieder betonte, dann hätte der Erste Beigeordnete der Stadt, der Nationalsozialist Wilhelm Kerstin, am 10.8.1934 nicht nur wegen Eberhard Viegener eine Auskunft von der „Landesstelle der Reichskammer der bildenden Künste in Essen“ angefordert³⁸. Kerstin fragte an, ob die Reichskammer Bedenken gegen die Teilnahme von Eberhard Viegener an einer von der Stadt Soest zu veranstaltenden Kunstausstellung in der Deutschlandhalle in Soest im Rahmen der „Deutschen Woche am Hellweg vom 27. September d. J. bis 7. Oktober d. J. habe“. Denn seine Frau sei nicht „rein arisch“. Sie war nach der Katalogisierung der Nazis eine „Halbjüdin“, da ihr Vater ein „Volljude“ war. Aus Essen erfolgte die Antwort am 14.8.1934: Man habe keine Bedenken

36 Zuletzt zahlten Viegeners 1.000 Mark im März 1940 auf ein Sicherungskonto der Deutschen Bank.

37 Vgl. hierzu den Beitrag über die Wiedergutmachung an Else Rosenbaum.

38 StAS D 1065.

gegen Eberhard Viegner. Er sei Mitglied der Reichskammer [mit der Nr. 1985, Fritz hatte die Nr. 417], für welche ein Arierparagraph nicht besteht“. Bei Fritz Viegner gab es solche Bedenken vom Ersten Beigeordneten nicht.

Nach 1945 begann in den Äußerungen Fritz Viegners ein Prozess, in dem Martha/Ruth von einer Frau, deren „arische Abstammung“ anfangs 'verdächtig' war, zu einer „Halbjüdin“ und manchmal auch zu einer „Jüdin“ wurde. Schon in seinem ersten Brief³⁹ an die Tochter Silberberg vom 10.4.1948 behauptete er: „Da ich dem Naziregime vollständig kontra stand, außerdem die arische Abstammung meiner Frau in Zweifel gezogen wurde, ist mir das Leben damals sehr erschwert worden.“ Hier bezog er sich vermutlich auf die Verdächtigungen und Beschimpfungen des Nazi-Funktionärs Reckhard aus dem Jahre 1934/35. Er bezeichnete Martha/Ruth noch nicht als „Halbjüdin“, sondern schrieb von Verdächtigungen. Er stellte sich hier wohl erstmals als Verfolgter der Nazis dar und versuchte, sich als Leidensgenosse der Familie Silberberg zu etablieren. Damit wollte er auch beweisen, dass er einen fairen Preis für das Haus bezahlt, der Frau Silberberg vielleicht sogar noch geholfen habe und eine Nachzahlung nicht gerechtfertigt sei⁴⁰. Viegner schrieb der Tochter nach London, dass der Verkauf des Hauses durch die engen persönlichen Beziehungen zwischen ihrer Mutter und seiner Frau zustande gekommen sei und dass beide ein gemeinsames Schicksal verbinde. In Briefen an die Tochter, die von ihrem Anwalt in der Akte zusammengefasst wiedergegeben sind, nennt Fritz Viegner seine Frau zumindest eine „Nichtarierin“ und schildert deren schweres Leiden unter angeblichen Verfolgungen der Nazis. Die Tochter geht aber darauf nicht ein. Sie lässt durch ihren Anwalt erklären: „Von einer Schicksalsverbundenheit der Familien Viegner und Silberberg kann gar keine Rede sein. Die Antragstellerin glaubt auch nicht, daß ein besonders freundschaftliches Verhältnis zwischen ihrer Mutter und Frau Viegner bestanden hat, da sie selbst nie etwas Derartiges von ihrer Mutter gehört habe. Es tut der Antragstellerin sehr leid, daß auch Frau Viegner infolge ihrer nicht arischen Abstammung sehr Schweres durchgemacht haben soll. [...] Wenn sich die Antragstellerin nicht mit Auswanderungsgedanken getragen hätte, hätte sie nie die Einwilligung [als Miterbin] zum Verkauf des Hauses ihrer Mutter gegeben.“

Schließlich, am 17.8.1950, verpflichtete sich Fritz Viegner in einem Vergleich vor dem Landgericht Arnsberg, der Tochter 4.000 DM zu zahlen. Im Gegenzug verzichtete diese auf ihre „Rückerstattungsansprüche“.

Fritz Viegner – ein Verfolgter der Nazis?

Im KrAS werden die sogenannten Vorakten zu den Wiedergutmachungsanträgen der Nazi-Verfolgten verwahrt, da die Kreisverwaltungen ermittelten, ob die Gesetzesvoraussetzungen für Wiedergutmachungszahlungen gegeben waren. Diese Ermittlungsunterlagen leitete die Kreisverwaltung weiter an den RP, wo über eine Wiedergutmachung entschieden wurde⁴¹.

39 LAM, Rückerstattungen Nr. 108, dazu auch die folgenden Zitate.

40 Solche Argumente der neuen Besitzer finden sich häufig in den „Rückerstattungsakten“.

41 Diese Arnsberger Akten, deren Inhalt zum einem großen Teil mit den Akten im KrAS übereinstimmen, gelangten schließlich ins LAM. Die Akte Wiedergutmachung Fritz Viegner im LAM hat die

Fritz Viegener stellte am 18. Juni 1959 nach dem erweiterten Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 1. Oktober 1956 einen Antrag auf Entschädigungsleistungen u. a. wegen Schäden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen. Vorgeladen und befragt trug Fritz Viegener am 28.4.1960 vor dem Soester Amtsgericht zusammengefasst an Eides statt vor:

„Ich wurde persönlich von der Kreisleitung der NSDAP aufgrund meiner ‚nicht arischen Frau‘ ‚blockiert‘. In den Versammlungen der NSDAP rief man dazu auf, mich als Künstler nicht zu unterstützen und nichts bei mir zu kaufen. Vom Kreisleiter der NSDAP Ernst bekam ich einmal eine Ohrfeige und er drohte mir mit Deportation und „Beseitigung“⁴². Meine erste Frau wurde öffentlich als ‚Judenweib gebrandmarkt‘, bei Einkäufen aus dem Geschäft verwiesen und beschimpft. Infolge der erlittenen Aufregungen und seelischen Depressionen starb sie 1942 an Herzschlag und für ihre Beerdigung verweigerte man mir einen Leichenwagen. Nur unter großen Schwierigkeiten konnte ich eine Grabstelle erhalten, weil man kein ‚dreckiges Judenweib‘ auf dem Friedhof haben wollte. Ich durfte in der Zeit von 1933 bis 1945 im Haus der Deutschen Kunst [in München] nicht ausstellen und erhielt keine Aufträge vom Staat und von Behörden. Bei Bewerbungen für Arbeiten an den Kasernen, öffentlichen Gebäuden in Werl, Soest, Paderborn, Lippstadt usw. wurde ich ‚abgewiesen‘. Mein jährliches Einkommen in den Jahren 1930 bis 1933 betrug 6.000 bis 7.000 Mark. Von 1933 bis 1937 hatte ich ‚keine künstlerischen Aufträge‘ und daher keine Einnahmen. Wir lebten von dem ‚Kostgängerbetrieb‘ [Mittagstisch], den meine Frau infolge unserer Not ‚aufgezogen‘ hatte.

Von 1938 bis 1940 arbeitete ich an einem Großauftrag für einen Industriellen im Rheinland und verdiente in dieser Zeit jährlich 8.000 Reichsmark, hatte jedoch von 1940 bis 1943 keine Einnahmen. Von 1943 bis 1945 führte ich kleinere Privataufträge durch, konnte mit den Einnahmen aber ‚kaum das äußerste Existenzminimum decken‘. Nach der Währungsreform 1948 habe ich bis 1957 Einnahmen von jährlich 1.300 bis 4.200 DM versteuert. Meine Einnahmen nach 1945 haben den Stand von vor 1933 nie mehr erreicht, weil ich erst wieder zu meinen ‚Anfängen als Künstler zurückfinden‘ und mir ‚einen neuen wirklich künstlerisch interessierten Kreis und neue Auftraggeber‘ suchen musste. Für meinen „Berufsschaden“ beantrage ich eine Rente nach dem Entschädigungsgesetz.’

Der Sachbearbeiter der Kreisverwaltung hatte seine ermittelten Unterlagen – noch ohne die Aussagen Viegeners vor dem Soester Amtsgericht vom 28.4.1960 – am 2. März 1960 an den RP u. a. mit der Bemerkung weitergereicht: „Viegener wurde wegen seiner nicht arischen Ehefrau persönlich, künstlerisch und wirtschaftlich durch den damaligen nationalsozialistischen Staat schwer geschädigt. Seine künstlerische Arbeit wurde nach 1933 nicht mehr als artgemäß anerkannt. Das hatte den Entzug staatlicher Aufträge und Kunstausstellungsverbot zur Folge. Ich verweise hierzu auf die Erklärungen der Herren Kleffner, Jagow und Severin. Von einer weiteren

Signatur „Regierung Arnsberg (RP)- Wiedergutmachungen Nr. 462393“ und die Akte im KrAS die Signatur „Altkreis Soest Nr. 852“, aus der die unten folgenden Zitate stammen.

42 Ludwig Ernst war von 1941/42 bis 1945 Kreisleiter. Er tauchte bis 1963 unter.

Beweisführung durch eidliche Vernehmung des Antragstellers vor dem Amtsgericht Soest habe ich bisher abgesehen, da die Angaben des Herrn Viegener glaubwürdig sind und es hier Ortsbekannt ist, dass er durch den Nationalsozialismus tatsächlich künstlerisch boykottiert wurde.“ Die Bestätigung dieser Angaben unter Eid vor dem Amtsgericht aber wurde vom RP doch noch gefordert, weil man der ermittelnden Kreisbehörde vorwarf, sie habe sich die Sache leicht gemacht und die Angaben des Antragstellers und der wenigen Zeugen einfach kritiklos übernommen. Die Vernehmung vor dem Amtsgericht erfolgte am 28. April 1960, aus der die obigen Zitate stammen.

Bis auf die „Erklärungen“ der drei erwähnten Herren legte Viegener keine Beweise für seine in der eidesstattlichen Erklärung gemachten Angaben vor. Man verlangte nicht einmal einen Nachweis über die Abstammung seiner „nicht arischen“ Frau, die ja doch nach seinen Aussagen der Hauptgrund für die Boykottierung seiner Arbeiten und all die anderen Leiden war. Die drei Herren bestätigten Viegener in eidesstattlichen Erklärungen, dass seine Frau eine „Halb-“ oder gar „Volljüdin“ war, dass er deshalb keine Aufträge bekam und Ausstellungsverbot hatte. Zwei dieser Herren waren vermutlich in Soest vollkommen unbekannt, der eine lebte in Bochum, der andere in Berlin. Nur Jagow stammte aus dem Kreis Soest. Er war seit 1933 in der SA, z. B. 1934 NS-Kreiswarter des Deutschen Sängerbundes, hieß auch mal Kreissängerführer, betrieb mit mehreren Nazis 1936 die Entlassung des Chorleiters und Dirigenten des Städtischen Musikvereins, Karl Gerbert, weil der sich einem „Neuaufbau des Musiklebens im Dritten Reich“ mit dem Schwerpunkt Volks- und Militärmusik verweigerte, und trat nach Aufhebung der Aufnahmesperre 1937 in die NSDAP ein.

Keiner jener Soester, die Fritz Viegener genau kannten, wie z. B. der damalige Schriftsteller, Journalist und wohl bester zeitgenössischer Kenner Viegeners, Erwin Sylvanus, der über ihn etliche Artikel und Beiträge veröffentlicht hat, verfasste für ihn einen „Persilschein“ des obigen oder eines ähnlichen Inhalts. Im Gegenteil, am 2.7.1949 schrieb Erwin Sylvanus in der Westfalenpost einen ehrenden und rückblickenden Artikel über Fritz Viegener in seiner Serie „Künstler im Kreis Soest“. Darin erwähnt er auch dessen Frau, „die 1942 verstarb, nachdem sie noch erlebt hatte, was der Wunsch ihres Lebens gewesen war: Anerkennung und gesicherte wirtschaftliche Existenz für ihren Mann“. Mit keinem Wort berichtet Sylvanus von einer jüdischen Abstammung der Frau Martha/Ruth, ihrer Verfolgung und einer daraus resultierenden Boykottierung ihres Mannes, obgleich dies doch nach Aussagen von Viegener und Kleine allgemein und öffentlich bekannt war. Nirgendwo wird in den vielen Artikeln und Beiträgen über Fritz Viegener darüber berichtet, dass er eine „nicht arische“ oder „halbjüdische“ Frau hatte und deshalb boykottiert wurde und sonstwie gelitten hatte. Auch Bernhard Schulte-Drüggelte, der als Kind und Jugendlicher Nachbar von Viegener war, schreibt 1991 in der Festschrift „800 Jahre Delecke“⁴³ nichts über eine jüdische Abstammung und über die Verfolgungen, die Fritz und seine Frau zu erdulden hatten. Er zitiert nur einen von Viegener vermutlich in einem Rückblick nach dem Krieg verfassten Satz, der den Tatsachen nicht

43 800 Jahre Delecke, S. 169 ff.

entspricht: „Von 1933 bis 1945 kam eine schlechte Zeit, ich war nicht gefragt, nicht erwünscht.“ Dieser Satz wird auch von Kleine wiedergegeben.

Alles das, was Viegener in den Briefen nach London an Frau Sachs, geb. Silberberg, und in seinem Antrag auf Wiedergutmachung als Verfolgter der Nazis behauptete, war tatsächlich öffentlich nicht bekannt. Es stand – vorerst für die Öffentlichkeit verborgen – in den Akten. Bekannt wurde das, was er in seinem Wiedergutmachungsantrag angegeben hatte, erst durch die Veröffentlichungen von Kleine aus den privaten Unterlagen im Nachlass von Fritz Viegener.

*Fritz Viegeners Ausstellungsaktivitäten, seine Aufträge
und seine in der Nazi-Zeit anerkannten Werke*

In einer ersten Dokumentation (A), die ich aus Platzgründen hier nur in Auszügen wiedergeben kann, die aber in meiner Sammlung im Stadtarchiv Soest vorhanden und einsehbar ist, habe ich die Belege zusammengestellt, die ich bei meinem Quellenstudium zu Fritz Viegener gefunden habe. Es sind die Erwähnungen, Meldungen, Berichte etc. in Zeitungen, Zeitschriften und Akten, die zumeist Ausstellungen betreffen, an denen er beteiligt war, aber auch Atelierberichte etc. Sie stammen überwiegend aus der NS-Zeit, hauptsächlich aus den Jahren 1933 bis 1939/41, oder sie beziehen sich auf seine Werke aus dieser Zeit, wenn ich Bewertungen aus späteren Jahren zitiere⁴⁴.

Da die Städtische Kunstsammlung Soest in dieser Zusammenstellung immer wieder erscheint, beginne ich den Auszug aus dieser Dokumentation A an dieser Stelle mit der Einrichtung des Vorläufers dieser Dauerausstellung, dem Wilhelm-Morgner-Zimmer 1931, in dem Fritz Viegener mit drei Werken vertreten war.

1936/37 wurde diese Kunstsammlung erstmals, 1938 zum zweiten und 1939 zum dritten Mal im nationalsozialistischen Sinne „gereinigt“ und umgestaltet. Der Katalog von 1937 benennt vier Werke von Fritz Viegener⁴⁵, der Katalog von 1939 sogar sechs Werke in der Dauerausstellung⁴⁶. Er war also jetzt in der regimekonformen Schau mit doppelt so vielen Werken vertreten wie 1931/32. Er war anerkannt und entsprach offenbar mit seinen Werken nationalsozialistischen Kunstrichtlinien, wenn auch nicht in allen Facetten. Wenn auch heroische oder Kriegsmotive bei ihm vereinzelt vorkommen, hat er trotz seiner Hakenkreuze und anderer von den Nazis bevorzugten Motive wohl keine besonderen Propagandawerke geschaffen, abgesehen wahrscheinlich von der Auftragsarbeit des berüchtigten Gauleiters Erich Koch für den NS-Gau Ostpreußen 1940.

Für die erste Dokumentation mit den aufgezählten Erwähnungen Fritz Viegeners in Berichten über Ausstellungen, in Besprechungen, in Würdigungen, teils auf ganzen Seiten in lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitschriften, darunter die

44 Diese Quellenbelege befinden sich ebenfalls in meiner Sammlung im Stadtarchiv. Sie sind zahlreich, aber sicher nicht vollständig. Die wichtigsten Informationen habe ich im Folgenden zusammengefasst.

45 Abgedruckt in Köhn 2006/07, S. 176.

46 Die Städtische Kunstsammlung (Morgner-Gedächtniszimmer), Verzeichnis der ausgestellten Kunstwerke. Soest (ohne Jahr). Signatur im StAS: S v 6.32 und S a 1020a.

NSDAP-Parteizeitung WL oder die Propagandazeitschrift des westfälischen NS-Oberpräsidenten „Heimat und Reich“ (HR), habe ich für die Jahre 1933 bis 1944 über 70 Beispiele zusammentragen können. Die häufigsten stammen aus den Jahren 1934 bis 1941, in denen er nach eigenen Aussagen, die von Kleine wiedergegeben werden, weitgehend boykottiert wurde und bis auf zwei Jahre so gut wie nichts verdiente.

Eigentlich genügt schon die oben zitierte Aussage von Erwin Sylvanus aus dem Jahre 1949 als Beleg für meine weiteren Folgerungen. Viegener war in der Nazi-Zeit als Kunsthandwerker, Bildschnitzer und Bildhauer anerkannt. Er war in der Regel auf den lokalen und regionalen Ausstellungen und immer z. B. in der Städtischen Kunstsammlung oder im Gustav-Lübcke-Museum in Hamm oder auch in der städtischen Kunstsammlung Dortmund vertreten. Er hatte viele Aufträge und hat, wie ich meine, gut verdient, besser jedenfalls, als er nach 1945 behauptete.

Die Reichskulturkammer war am 22.9.1933 mit sieben Einzelkammern gegründet worden. In die Reichskammer der bildenden Künste mussten alle Maler und Bildhauer eintreten. Bis zum 1.1.1934 waren über 6.100 Mitgliedsnummern vergeben. Damit ist nachweislich Fritz Viegener mit der Mitgliedsnummer 417 sehr schnell eingetreten und noch 1933 Mitglied dieser Nazi-Organisation zur Gleichschaltung der Kulturschaffenden geworden. Künstler, die nicht Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste waren, durften sich weder bei der von der Stadt oder von anderen Institutionen organisierten Ausstellungen beteiligen noch in Schaufenstern von Kunst- oder Buchhandlungen oder Einrahmungsgeschäften ihre Werke ausstellen und hatten auch keine Chance, an Museen zu verkaufen. Die von der Reichskammer empfohlenen nationalsozialistischen Kunstringe waren durch ihre Aufnahmebedingungen Instrumente zur Gleichschaltung, zur Schaffung von Kunst zu Propagandazwecken im Sinne der Nazis, zur Ausschaltung kritischer, intellektueller und anregender Kunst, zur Kontrolle des nun angepassten und eintönigen Kunstschaffens und zur Ausschaltung der Juden aus dem Kulturleben.

Am 1. September 1935 gründete der Ortsverband der „Nationalsozialistischen Kulturgemeinde“, die der nationalsozialistischen Freizeitorganisation der Nazi-Gewerkschaft DAF (Deutsche Arbeitsfront) angegliedert war, den Soester Kunstring mit sieben im Kreis Soest ansässigen Künstlern, die der Reichskammer der bildenden Künste angehörten: Karl H'loch, Hermann Kätelhön, Richard Klein, Walter Schöttler, Eberhard und Fritz Viegener und Wilhelm Wulff. Spätere Mitglieder waren Fritz Andernach, Karl Rogall, Erich Schmidt, Max Schulze-Sölde und Helmut Wagner. Nur diese Künstler aus dem Kreis Soest durften sich an Ausstellungen beteiligen.

Fritz Viegener gab in seinem Wiedergutmachungsantrag an, dass er in München auf der „Großen Deutschen Kunstausstellung“ nicht ausstellen durfte. Für diese seit 1937 jährlich stattfindende Ausstellung bewarben sich aus ganz Deutschland Tausende bildende Künstler. Von den Soester Künstlern waren dort unregelmäßig nur drei vertreten, nämlich 1937, 1943 und 1944 Wilhelm Wulff, 1938, 1939 und 1940 Hermann Kätelhön und 1940 auch Walter Schöttler (nach Auskunft von Jürgen Hoeck). Vielleicht hat sich Fritz Viegener gar nicht erst beworben, falls doch,

dann hatten seine Arbeiten vermutlich ein Qualitätsproblem. Einen Boykott seiner Arbeiten durfte er daraus nicht herleiten, wie er es in seinem Wiedergutmachungsantrag tat. Er war nicht, wie er in seinem Antrag anführte, „ein nicht förderungswürdiger Künstler“. Seine Arbeiten galten wahrhaftig nicht als „entartet“ und er hatte kein Ausstellungsverbot, wie auch seine drei Zeitzeugen in ihren „Persilscheinen“ behaupteten. Meine Aufstellung und die Kommentare der Kritiker beweisen das Gegenteil.

Weiterhin trug er vor, dass er keine Aufträge vom Staat und von Behörden bekommen habe und bei Bewerbungen für Arbeiten an Kasernen und öffentlichen Gebäuden in Soest, Werl, Paderborn oder Lippstadt „abgewiesen“ worden sei. Die Beweise für diese Angaben bleibt er schuldig. Das gilt auch für einen Auftrag „im Jahre 1933/34 [...] in Höhe von 3.200 RM, der [ihm] nach Erteilung wieder entzogen wurde“, mit der Begründung, dass er ein nicht förderungswürdiger Künstler sei⁴⁷. Es verwundert schon sehr, dass die Kreisverwaltung für seinen Entschädigungsantrag keine weiteren Einzelheiten oder Belege verlangte. Es gab möglicherweise überhaupt keine zu vergebenden Arbeiten für ihn an Kasernen oder anderen öffentlichen Gebäuden in unserer Region. Die Hoheitszeichen mit Hakenkreuz und Adler wurden von heimischen Steinmetzen gefertigt, die Wände der Kantinen in den Kasernen schmückten die hiesigen Maler mit heimischen Motiven, um den hierher eingezogenen Soldaten zu zeigen, wo sie sich befanden. Dass er 1937 einen Auftrag für die „Fliegerkaserne in Iserlohn“ hatte, verschwieg Viegenger dagegen in seinem Antrag. Wenn er, wie er angibt, – vor allem wegen seiner ersten Frau – boykottiert und von „Staatsaufträgen ausgeschlossen“ wurde, dann galt dies auch für alle damaligen Künstler im Soester Kunstring. „Staatsaufträge“ kamen nicht bis Soest, und bei den wenigen hier zu vergebenden öffentlichen Aufträgen wurde auch Fritz Viegenger bedacht. Einen vergleichbaren Auftrag vom Nazi-Gauleiter Erich Koch für seinen Gau Ostpreußen konnte kein anderer Soester Künstler vorweisen.

Fritz Viegenger gab in seinem Wiedergutmachungsantrag an, dass er in den Jahren 1930 bis 1933 ca. 6.000 bis 7.000 Mark jährlich verdient habe. Diese Angabe zweifle ich an. Ein Studienrat verdiente im ganzen Jahr 1929 ungefähr 5.200 Mark. Während sich die Kreisverwaltung in anderen Fällen an das städtische Steueramt wandte, um die Angaben der Antragsteller über ihr Einkommen zu überprüfen, tat sie es bei Fritz Viegenger nicht. Im Stadtarchiv Soest sind die Gewerbesteuerhauptlisten z. B. für die Jahre 1930 bis 1936 erhalten⁴⁸. Danach hat Fritz Viegenger, „Maler und Anstreicher“, 3.170 Reichsmark für 1930, 2.950 RM für 1931, 2.040 RM für 1932, 959 RM für 1933, 1.535 RM für 1934, 2.380 RM für 1935 und 2.080 RM für 1936 versteuert. Die Liste für 1937 ist in dieser Form nicht erhalten. Am 1.7.1938, so ist dort vermerkt, stellte er seinen (Maler-)Betrieb ein. Zu dieser Zeit arbeitete Fritz Viegenger an seinem Großauftrag im Rheinland und stand in Verhandlungen über den Kauf des Hauses in Delecke von der Jüdin Grete Silberberg. Die Zahlen in der Gewerbesteuerliste aber belegen, dass er erstens kein Einkommen von 6.000 bis 7.000 RM jährlich vor 1933 hatte – Einkünfte seiner künstlerischen Arbeit waren vor 1933 vermutlich noch gering. Auch hatte er nach 1933 bis 1937 im Gegensatz

47 KrAS, Altkreis Soest, Nr. 852.

48 StAS D 950-956.

zu seinen Angaben sehr wohl Einkünfte, neben seiner Anstreichertätigkeit auch erhebliche aus seiner künstlerischen Arbeit, wie meine sicherlich sehr unvollständige Liste seiner Aufträge in meiner zweiten Dokumentation B beweist, die wie die erste im Stadtarchiv hinterlegt ist. Seine Angabe über einen Verdienst von 6.000 bis 7.000 Mark, den er, wie er vorbringt, in der Nazi-Zeit ab 1933 aufgrund der Diskriminierung nie erreichte, wurde die Grundlage für die Bemessung der Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz, wie sich am Schluss meines Beitrages erweist.

In einem ganzseitigen Portrait im Soester Anzeiger vom 24.4.1937 heißt es, dass er seit 1933 größere Aufträge erhalten habe, hatte er doch vorher neben seinem Handwerk als Malermeister nur Kleinkeramiken in großer „Zahl und Ungenügsamkeit“ geschaffen. In der Westfalenpost (WP) vom 21.6.1952 werden die „krisenhaften und schweren Zeiten der ersten Jahre seiner freien künstlerischen Existenz“ vor 1933 genannt. Selbst sein Bruder Eberhard, der schon in der Weimarer Republik weitaus bekannter war, hatte Einkünfte, von denen er kaum leben konnte⁴⁹.

Fritz Viegener behauptete in seinem Wiedergutmachungsantrag, dass er von 1933 bis 1945 bis auf die Jahre 1938 und 1939 wegen eines Großauftrages keine künstlerischen Aufträge oder nur kleine private und daher auch keine oder nur ganz geringe Einnahmen hatte. Aufgrund meiner aus der Liste der Ausstellungsaktivitäten zusammengefassten Aufstellung in meiner zweiten Dokumentation B hat er in dieser Zeit etliche größere Aufträge ausgeführt und vermutlich nicht schlecht dabei verdient. Es sind nur solche, die öffentlich bekannt und in den Tageszeitungen erwähnt wurden. Seine Einkünfte aus Verkäufen von Kleinplastiken und Schnitzwerken an Kirchengemeinden, vor allem aber an Privatleute sind nach den Aussagen in den Zeitungen, wie es scheint, nicht unbeträchtlich gewesen. Neben den Ausstellungsaktivitäten (erste Dokumentation A) und seinen öffentlich gewordenen Aufträgen (Dokumentation B) habe ich im Folgenden einige Äußerungen von Zeitgenossen über das Werk Fritz Viegeners ab ca. 1933 bis in die 1950er-Jahre zusammengestellt. Nirgendwo wird es in der Nazi-Zeit als „nicht artgemäß“ verdammt. „Seine tiefe Liebe zur Scholle“ oder seine „schwere Erdhaftigkeit“ passten lückenlos in das Programm der nationalsozialistischen Kunstauffassung, die er in verschiedener Weise bedient hat.

1937 empfahl die Kommission aus Berlin, die aus der Soester Städtischen Kunstsammlung „entartete Kunstwerke“ beschlagnahmte, eine der vier in der Kunstsammlung vorhandenen Plastiken von Fritz Viegener ins Magazin zu stellen. Wäre sie nach Vorstellung der Kommission eine „entartete“ gewesen, hätte man sie beschlagnahmt. Diese Figur „Hockende“ war vielleicht von zu „schlichter Volkskunst“, von zu „kümmerlicher Geste“, mit zu „klobigen Füßen“ und zu „dicken Armen“, zu „erdig“ oder „wurzelnhaftig“ und zu „naiv“ (Zitate aus Besprechungen seiner Werke). Die Kommissionäre wussten entweder mit dieser Figur nichts anzufangen oder sie hielten sie für unqualifiziert für die Städtische Kunstsammlung. Daraus kann nicht hergeleitet werden, Fritz Viegeners Arbeiten seien „entartet“. Wie oben schon erwähnt, war Fritz Viegener mit sechs Werken in der 1939 in regimekonformer Weise ausgerichteten Dauerausstellung vertreten.

49 Kerber, S. 28.

In den Besprechungen seiner Arbeiten wird hervorgehoben, dass er z. B. in der Figur des St. Georg 1941 „symbolhaft den Kampf unserer Zeit“ darstellt, oder dass seine Reliefs 1940 „das Ideengut unserer Zeit lebendig werden“ lassen. Die Themen seiner Schnitzereien und Bildhauerarbeiten waren ja auch u. a. der „Wehr- und Nährstand“, das „Muttertum“, oder die „Opferbereitschaft“ und besonders „die tiefe Liebe zur Scholle“, das „bäuerliche Leben“, das „Fest- und Tiefverwurzelte“, die „schwere Erdhaftigkeit“, das „Bauernjahr“, das „bäuerlich Derbe“, das „Kleineuteleben“, das „bodenständige Westfälische“ und in mehrfacher Ausführung Motive aus der germanischen Mythologie wie Runen und das Hakenkreuz.

Noch im November 1950 lobte Ingeborg Berbecker, die Kulturredakteurin des Soester Anzeigers, in einer Besprechung der Weihnachtsausstellung der Soester Künstler, dass Fritz Viegner der einzige Vertreter einer eigenen Soester Volkskunst nach dem Vorbild der süddeutschen Städte sei, die zu schaffen den Künstlern des Soester Kunstringes „durchweg zu gering dünkt“.

Erst in den späteren 1950er-Jahren scheint Fritz Viegner zu neuen Formen gefunden zu haben. So heißt es in einem Artikel des Soester Anzeigers vom 7. Januar 1958 mit der Überschrift „Der Schritt zur Abstraktion“ über eine Ausstellung seiner Werke im Soester Kunstpavillon im Januar 1957, kurz nach seinem 69. Geburtstag: „Wir alle kennen seine typischen, bäuerlich derb gebildeten Figuren, die hier und da im Stadtbild (z. B. Bürgermeister Klotz am Rathaus) zu sehen sind. Umso interessanter muten die jetzt gezeigten Plastiken an, die zum Teil einen ganz neuen Fritz Viegner zeigen. Immerhin ist es interessant zu beobachten, wie stark u. frisch die kräftigen Impulse, die die Kunstformen unserer Zeit prägen, von dem fast Siebzighjährigen aufgenommen, verarbeitet und umgestaltet werden.“

Fritz Viegner, der nicht Mitglied der NSDAP war, hat, wie meine Aufstellung und die Kommentare in den Zeitungen beweisen, alles bedient, was die Nazis für die bildenden Künstler vorschrieben, auch das Heroische, z. B. in den Plastiken „Wacht“, „Kriegerkopf“, „Kriegspferd“ oder „Kämpfer“ und sicherlich in den Plastiken zum „Wehr- und Nährstand“ in Ostpreußen, deren Fertigstellung nicht belegt ist. (Siehe dazu aber weiter unten die in einem Zeitungsartikel von Erwin Sylvanus im Dezember 1940 abgebildete Plastik „Der Kämpfer“.)

Fazit: Er durfte während er Nazi-Zeit im lokalen und regionalen Raum ausstellen, wo und was er wollte. Er wurde nicht boykottiert. Er hat mit vielen Aufträgen, auch von einem der höchsten Nazifunktionäre, gut und viel verdient. Seine Werke widersprachen nicht der Kunstanschauung der Nazis, sondern gingen vielfach mit ihr konform.

Seine Angaben in seinem Wiedergutmachungsantrag über sein Verhältnis zu den NSDAP-Kreisleitern Schnell und Ernst, die ihn „schikanieren“ haben sollen, sind nicht zu belegen, zumal er auch keine Zeiten angibt. Otto Schnell war der erste Nazi-Kreisleiter von 1932 bis 1934. In dessen Spruchkammerverfahren 1947 hat Fritz Viegner ihn nicht be-, sondern eher entlastet, indem er erklärte, Schnell, NSDAP-Mitglied seit 1931, habe sich für seine Kunst eingesetzt. Dass er wegen eines dienstlichen Befehls als Beifahrer vom Nazi-Kreisleiter Ludwig Ernst – Kreisleiter von 1941/42 bis 1945, untergetaucht bis 1963 – in dessen Auto saß, spricht eher gegen

als für Schikanen durch den Kreisleiter. Dass er auf dieser Autofahrt bei einem Unfall verletzt wurde und dabei Rippenbrüche und eine schwere Kopfverletzung erlitt, die ihm im zunehmenden Alter mehr und mehr Probleme machten, wie er schrieb, brauchte er nicht nachzuweisen. Er führte diese Verletzungen in seinem Wiedergutmachungsantrag unter der Rubrik „Schaden an Körper und Gesundheit“ auf, die ebenso wie „Schaden im beruflichen Fortkommen“ als entschädigungswürdig galten. Für eine Entschädigung geltend gemacht werden konnte auch „Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, [politisch motivierten] Geldstrafen, Bußen und Kosten“. Hier benannte Viegener die Ausgleichszahlung von 4.000 DM an die Tochter der Jüdin Silberberg, von der er 1938 sein Haus in Delecke gekauft hatte, und die Rechtsanwalts- und Notarkosten, die dafür bis 1950 entstanden waren. Diese Zahlungen waren seiner Meinung nach ungerecht, weil den Nazis anzulasten, und deshalb an ihn zurückzuzahlen. Bei der Entscheidung über eine Entschädigung wurde aber wohl nur sein angeblicher „Schaden im beruflichen Fortkommen“ gewertet.

Der RP entschied über Entschädigungszahlungen ohne weitere Prüfung der von Fritz Viegener vorgetragenen Argumente und zwar im Mai 1960 „wegen Berufsschaden“⁵⁰. Er stufte Fritz Viegener „als Künstler von Ruf“ in die vergleichbare Beamtengruppe des höheren Dienstes ein und betonte, „der Verfolgte“ habe „vor der Verfolgung auch ein entsprechendes Einkommen gehabt“ und setzte den Beginn der Schadenszeit auf den 1.2.1933 fest, „da von diesem Zeitpunkt die nationalsozialistischen Boykottmaßnahmen einsetzten“.

Da das Bundesentschädigungsgesetz am 1.11.1953 (1956 erweitert) in Kraft trat, konnte auch erst von diesem Zeitpunkt ab eine Rente gezahlt werden. Sie betrug anfangs 600 DM monatlich und wurde laufend angepasst. Für die Zeit von 1933 bis 1953 wurde ihm am 1.6.1960 eine pauschale Entschädigung und eine Nachzahlung von gut 55.000 DM zugesprochen. Durch eine Gesetzesänderung wurde die Rente schon ab 1.1.1961 auf 700 DM erhöht und betrug ab 1.10.1960 monatlich 1.030 DM und stieg dann weiter durch regelmäßige Anpassungen. Ob er auch noch eine Kapitalentschädigung wegen „Schäden an Körper und Gesundheit“ bekommen hat, konnte ich nicht feststellen. Sechzehn weitere Jahre, bis zu seinem Tode im Oktober 1976, erhielt er monatlich so viel, dass er davon seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte.

Anhang:

Fritz Viegeners Ausstellungsaktivitäten, seine Aufträge, Berichte über ihn und seine Arbeiten in Zeitungen, Zeitschriften und Archivakten aus meiner Sammlung

Diese Zusammenstellung ist ein kurzer Ausschnitt aus meinen erheblich umfangreicheren Dokumentationen mit den Kopien aus den genannten Quellen, die ich im Soester Stadtarchiv hinterlegt habe. Diese Dokumentation erstreckt sich vom 1923 bis 1988, weitgehend aber auf die Jahre 1933 bis 1939/41. Für die Jahre danach bis 1945 habe ich etliche Zufallsfunde aufgeführt.

50 Vgl. Anm. 41.

Fritz Viegener (im Folgenden abgekürzt F. V.) war in dem am 18.8.1931 eröffneten „Wilhelm-Morgner-Zimmer“, dem Vorläufer der Städtischen Kunstsammlung, mit drei Werken vertreten.



Viegener-Relief Jakobistraße 41-43

Zitat SA 27.7.1934: „Am Neubau der Fa. Torley in der Jakobistraße [41-43] sind drei Hochreliefs von Fritz Viegener als Symbole und Wahrzeichen der alten Soester Handelsfirma“ (Baumaterialien, Kohlen, Landprodukte etc.) angebracht. Links neben dem Anker und dem Zahnrad als Symbole des Warenverkehrs zu Lande und zu Wasser und über dem verschnürten Warenballen hat Viegener einen Stab des antiken Gottes des Handels und Gewerbes Merkur (Hermes) eingebracht. Sein Stab war ein Zauberstab, dessen Berührung Segen und Reichtum brachte. Er wurde als Götterbote zum Mittler zwischen Menschen und Göttern mit Flügelschuhen und Heroldsstab dargestellt. Zwischen die Flügel des Stabes hat Viegener ein Hakenkreuz als Glück und Reichtum bringendes Motiv gemeißelt. Das Hakenkreuz wurde 1945 aus dem heute noch vorhandenen Relief entfernt.

Im Mai/Juni 1933 fand im Blauen Saal eine von NS-Kulturfunktionären organisierte Ausstellung von 59 westfälischen Künstlern unter dem Titel „Ausstellung des Gau-es Westfalen des Reichsverbandes bildender Künstler Deutschlands“ statt. Gezeigt wurden u. a. „Der Führer“, ein Wandbehang, „Adolf Hitler“, ein Gipsmodell, und eine „Medaille auf die nationale Erhebung“. F. V. war, wie nur ein weiterer Künstler, mit vier Werken vertreten. Diese Ausstellung wurde etwas reduziert im Juli 1933 im Gustav-Lübcke-Museum in Hamm gezeigt. Die vier Werke F. Vs. erfüllten die Forderungen der „neuen Zeit“ nach einer „innigen Verbindung zwischen Volk und Kunst aus dem Geist der [von den Nazis propagierten] Volksgemeinschaft“, wie es über die Ausstellung in einer Zeitung hieß.

Am 21.10.1933 berichtete der Soester Anzeiger (im Folgenden abgekürzt SoA) über die für den Gasthof Gommen (heute Im Wilden Mann) von F. V. geschnitzte 480 Pfund schwere Plastik „Der Wildemann“.

Am 4.3.1934 war im Rundfunk eine Propagandasendung über Westfalen als Land der „trotzig-zähen, schlichten, beharrenden niedersächsischen [...] Art“ zu hören. Dazu äußerten sich im Soester Rathaus Dichter und Künstler Westfalens. Hier war auch F. V. vertreten, der auch auf einem Erinnerungsfoto zu sehen ist.

August Kracht berichtete in einer nicht identifizierten Zeitung, vermutlich dem Hellweger Anzeiger und Boten vom Oktober 1934 (in meiner Sammlung vorhanden), ausführlich mit Abbildungen über seinen Atelierbesuch bei F. V. in der Aldegreverstraße.

Vom 18.9. bis 7.10.1934 fand in der Deutschlandhalle eine reichsweite Nazi-Propagandaveranstaltung unter dem Motto „Kauft deutsche Waren“ statt. In der dabei auch gezeigten Kunstaussstellung mit 56 Werken war F. V. mit vier Arbeiten vertreten. Während der Vorbereitungen war sich die Stadt nicht sicher, ob sie auch den Bruder Eberhard V. zur Ausstellung einladen sollte, da er mit einer „Halbjüdin“ verheiratet war. Die NS-Gauleitung hatte nichts dagegen. Eine solche Anfrage betraf F. V. nicht. Für diese Ausstellung schuf F. V. zusammen mit einem Kollegen im Auftrag des Soester Baurates und NSDAP-Mitgliedes Dr. Günter Schmidt das Modell eines „zukünftigen Aufmarsch- und Messegeländes“ an der Deutschlandhalle.

Weitere von F. V. 1934 geschaffene oder verkaufte Werke, die in der Zeitung erwähnt wurden: „In Steine gebrannte Reliefs“ in der Gaststätte „Im Osterkamp“; Entwurf eines Kronleuchters für die Stadt; Verkauf eines Werkes an die Städtische Gemäldesammlung Dortmund während der „Großen Westfälischen Kunstaussstellung“ in Dortmund; großes Steinrelief mit einem Hakenkreuz für das Haus Jakobistr. 41/43 (das Hakenkreuz wurde 1945 entfernt).

August Kracht veröffentlichte im Februar 1935 in der WL einen Artikel mit dem Titel „Ein Gang durch die neue Soester Kunst“. Über F. V. schrieb er u. a. „Kirchliche Aufträge geben ihm Sicherheit“.

Im Juli 1935 war F. V. Mitbegründer des Soester Kunstringes.

Am 31.8.1935 erschien im SoA ein ganzseitiger, sehr lobender Artikel über F. V., den „schlichten Handwerksmeister, [dessen] Kunst vor uns steht wie vielleicht nur



Holzschmuck von Fritz Viegner am Haus Pferdmenes in Workallen (Ostpreußen)

ein westfälischer Bauer stehen kann: schroff, kantig, verschlossen [...], mit linkischem Gruß, kärglichem Wort und kümmerlicher Geste. [...] Handwerk, Einfalt und Rasse“ würden in seinem Werk zusammenströmen.

In einem weiteren ganzseitigen Zeitungsartikel wurde herausgestellt, was F. V. zur Gestaltung des öffentlichen Raumes beigetragen hatte. Seine religiösen Holzplastiken in den Kirchen wurden aufgezählt und die „große Zahl reizvoller Kleinplastiken“ hervorgehoben.

Im Oktober 1935 war F. V. in der „Großen Westfälischen Kunstaussstellung“ in Dortmund vertreten.

Im Frühjahr 1935 hat F. V. einen 32 Meter langen Holzfries am Textilgeschäft Müller im Grandweg fertiggestellt mit dem Schriftzug (nach der Bauakte): „Üb immer Treu und Redlichkeit bis an Dein kühles Grab und weiche keinen Fingerbreit von Gottes Wegen ab“ (durch Bomben zerstört).

Im Mai 1935 Fertigstellung einer zwei Meter hohen Holzplastik am Schuhhaus Lange in der Brüderstraße 11 (durch Bomben zerstört).

Im Juli Fertigstellung der Steinplastik „St. Georg“ am Haus der Deutschen Bank am Markt (noch vorhanden).

In einem umfangreichen Zeitungsartikel 1936 betonte August Kracht, dass die vielen Werke F. Vs. im öffentlichen Raum an der „Reinigungsaktion“ und „an der Neugestaltung [des Stadtbildes] nicht unwesentlich beteiligt“ sind. (Vollständiger veröffentlichte Kracht diesen Bericht noch einmal 1938 in HR.)

Im Mai 1936, anlässlich des Westfalentages in Soest, ist F. V. in der großen niederdeutschen Kunstaussstellung „Die Kunst aus der Weltanschauung“ mit mindestens zwei Werken vertreten.

Wohl im Auftrag der Stadt schuf F. V. anlässlich des Westfalentages, an dem die Volksoper „Jäger von Soest“ aufgeführt wurde, die Plastik „Jäger von Soest“, die heute noch auf einem Schlussstein des alten Rathauses steht.

Im Dezember 1936, wie auch in den Jahren danach, war F. V. auf der Weihnachtsausstellung des Soester Kunstringes mit mehreren Werken vertreten und verkaufte mindestens eins, die Keramik „Ziehharmonikaspieler“.

Am 18.4.1937 wurde die im „nationalsozialistischen Sinne gereinigte“ Städtische Kunstsammlung wiedereröffnet. Sie war nach dem Westfalentag im Mai 1936 geschlossen worden, weil sie nicht mehr „zeitgemäß“ war. Der gedruckte Katalog verzeichnet jetzt vier Werke von F. V.

Am 24.4.1937 veröffentlichte der SoA einen ganzseitigen Artikel über F. V. mit sieben Abbildungen: Er habe seit 1933 größere Aufträge erhalten und sich zum Künstler entwickeln können. Vorher habe er neben seinem Handwerk als Malermeister Kleinkeramiken in großer „Zahl und Ungenügsamkeit“ geschaffen. Der Autor lobte neben den Holzplastiken „Der Gießer“ und „Der Krieger“ die „beiden symbolischen Gestalten für die Fliegerkaserne in Iserlohn“.

Zur Aussortierung der sogenannten „entarteten“ Kunstwerke aus der Städtischen Kunstsammlung am 23.8.1937 siehe meine Ausführungen oben.

Am 21.9.1937 berichtete die WL, dass F. V. Soest für zwei oder drei Jahre verlassen werde, um einen ungewöhnlich großen Auftrag an einem Haus des Industriellen Heinrich Pferdenges in der Straße Langmaar in Giesenkirchen bei Rheydt auszuführen. Es handelte sich um die Herstellung von „300 Metern Ornamentfries, 200 Metern Wülste, 166 Konsolen mit Balkenköpfen teils mit Motiven aus der germanischen Mythologie, teils mit Geschehnissen der heutigen Zeit sowie mit Industriemotiven“. Am 16.12.1937 berichtete die WL, dass F. V. vor drei Monaten Soest für den großen Auftrag im Rheinland verlassen habe, und zeigte fünf Fotos aus seinem Atelier. Den Großauftrag führte er bis 1939 aus und verdiente 8.000 Mark pro Jahr (vermutlich erhielt er Honorar für zwei Jahre), wie er in seinem Wiedergutmachungsantrag angab.

1937 schuf F. V. die Plastiken am Haus Romberg in der Jakobistraße 41/43, die noch vorhanden sind.

In einem ganzseitigen Zeitungsartikel wird u. a. seine Plastik „Sonderling“ an einem Haus in Bielefeld erwähnt. Der Artikel hebt hervor: „In Soest selbst hat er durch seine Außenplastiken einen nicht geringen Anteil am neuen Gesicht, das das Straßenbild in den letzten Jahren genommen hat.“

1938 arbeitete F. V. am Haus im Rheinland.

In der WL am 9.6.1938 wird über die zweite Neuordnung der Städtischen Kunstsammlung berichtet, die noch nationalsozialistischer ausgerichtet worden war. Die Hitlerbüste der aus Soest stammenden Bildhauerin Hedwig Maria Ley stand im Mittelpunkt. Zwei weitere Räume zeigten auch Plastiken von F. V.

Am 31.10.1938 informiert der SoA über eine Ausstellung mit Soester und Hammer Künstlern, die in Hamm einen Monat später gezeigt wurde. Auch F. V. war vertreten. Der Soester Bürgermeister hob in seiner Eröffnungsrede am 29.10. hervor, dass nun, unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, „die Herrschaft des Gesunden und Edlen“ in der Kunst begonnen habe.

Vom 4.11. bis 11.12.1938 fand im Soester Rathaus die Ausstellung „Mensch und Landschaft der Heimat in Buch und Bild“ statt. F. V. war mit drei Arbeiten vertreten.

1938 kaufte F. Vs. erste Frau mit dem von ihm erworbenen Geld für 22.000 Mark das Haus in Delecke. In einem Portrait F. Vs. in der WP vom 21.6.1952 heißt es dazu: Seine „Arbeitsbesessenheit ermöglichte es ihm, [...] die krisenhaften und schweren Zeiten der ersten Jahre einer freien künstlerischen Existenz zu überstehen [...] und sich in Delecke ein eigenes Haus zu erwerben“. Mit den ersten schweren Jahren kann nur die Zeit vor 1933 gemeint sein, in der er, wie er in seinem Antrag auf Wiedergutmachung behauptete, 6.000 bis 7.000 Mark jährlich verdient habe. Das war damals das Gehalt eines höheren Beamten, eines Rates oder Oberrates.

1939 arbeitete F. V. noch am Haus im Rheinland.

In der Ausstellung „Künstler sehen eine Stadt“ im Mai/Juni 1939 wurden von 94 Künstlern, hauptsächlich aus Niederdeutschland, 235 Werke mit Soest- und Bördemotiven gezeigt. F. V. war dabei mit dem Holzschnitt „Portrait einer Bäuerin“.

Ende Juni 1939 wurde die Städtische Kunstsammlung Soest ein drittes Mal umgestaltet und vor allem mit den angekauften Werken der Ausstellung „Künstler sehen eine Stadt“ aufgefüllt, nachdem sie durch die Konfiszierung der „entarteten“ Werke stark dezimiert worden war. Nach den Richtlinien der Nazis sollten die nun bevorzugten Portraits, Stillleben, Genre-, Landschafts- und Tierbilder Ausdruck einer „ewigen Ordnung“ sein, die sich auf unvergängliche Werte gründete, auf Blut und Boden, Heimat und Tradition. Gezeigt wurden 73 Werke von 36 Künstlern. Die Hitlerbüste von H. M. Ley stand wieder im Mittelpunkt. F. V. war hier jetzt mit sechs Arbeiten vertreten, also doppelt so vielen wie noch 1932. Über diese Neuordnung gab es mehrere Berichte in den Zeitungen. Der SoA hob die Werke von F. V. besonders hervor.

Vermutlich 1939/40 (nach Auskunft des Hausbesitzers) fertigte F. V. acht Holzfiguren auf den Regalen und zwei über der Lادتür des Hauses „Zur Rose“ in der Marktstraße. Im Heimatkalender des Kreises Soest 1953 schrieb Hermann Schmoekel dazu: „Über den ästhetischen Wert [...] läßt sich streiten.“ Er sei aber F. V. dankbar für den „Versuch, eine neue Profankunst zur Dekoration der Schaufenster und Läden angebahnt zu haben“.

1940 erwarb die Stadt von F. V. ein Holzrelief, das das alte Jakobitor zeigte.

Die WL und der SoA meldeten am 24.10.1940 fast gleichlautend, dass F. V. vor einigen Wochen aus Ostpreußen zurückgekehrt sei, wo er in Liebstadt (heute Milakowo in Polen) „umfangreiche figürliche Bildschnitzereien an der Fassade eines großen Neubaus“ gefertigt habe. In Workallen, Gemeinde Bolitten bei Liebstadt, errichtete der Industrielle Heinrich Pferdmenes ab 1935/36 eine Fabrik als Heimwerksiedlung, die Tuchfabrik Hinrichsseggen, ein „Werkbauern“-Siedlungsdorf mit Häusern für die „Gefolgschaftsmitglieder“, die in den Häusern an Webstühlen arbeiteten⁵¹. Schon 1938/39 hatte F. V. für H. Pferdmenes einen großen Auftrag im Rheinland ausgeführt. „Auch der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Gauleiter [Erich] Koch, besuchte den Soester Künstler an der vorübergehenden Stelle seines Schaffens und sah mit Beifall ... eine neue Kunstform in seinem Gau entstehen.“ Der verbrecherische und brutalste Nazi-Gauleiter Koch (nach 1945 in Polen wegen Mordes an 400.000 Polen verurteilt) besuchte am 7.6.1940 auf einer Reise durch den Kreis Mohrungen die Tuchfabrik (Osteroder Zeitung vom 5. und 10.6.1940 und Preußische Zeitung vom 8.6.1940). Kurz darauf erteilte der Gau Ostpreußen F. V. einen „Auftrag zur Herstellung von sechs großen, holzgeschnitzten Tafeln mit symbolischen Darstellungen des Schaffens des Wehr- und Nährstandes.“ Die Tafeln waren für den Kreis Mohrungen bestimmt (die Stadt Mohrungen heißt heute polnisch Morąg).

51 Eine solche Siedlung, die vom Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (DINTA) unter Carl Arnold in den 1920er-Jahren entwickelt und propagiert wurde, sah eine „autoritär, terroristisch ausgeübte Kontrolle über die Gesellschaft“ vor. Die DINTA förderte vor 1933 NSDAP-Tarnorganisationen. Carl Arnold beteiligte sich an der Finanzierung des antisemitischen und antislawistischen Artamanenbundes, der schon 1924 „Arbeitslager in Ostelbien unterhielt.“ Aus Bruhn, S. 57-59, u. a. auch Fußnote 16.



Fritz Viegens Schnitzereien am Haus Marktstraße 7, in der Mitte - unterm Hakenkreuz wieder aufgebaut

Am 1.12.1940 besprach Erwin Sylvanus die Weihnachtsausstellung Soester Künstler in der WL unter dem Titel „Soester Kunst in großer Zeit“ und lobte F. V.: „Die vergangenen Jahre führten ihn zu Großaufträgen weit in den Westen und Osten des Reiches. Er hat bei diesen Arbeiten viel gelernt.“ In der Besprechung dieser Ausstellung im Westfälischen Kurier vom 9.12.1940 schrieb der Autor: „Die Kunst-Reliefs von F. V. lassen zugleich das Ideengut unserer Zeit lebendig werden.“

In der WL vom 5.12.1940 berichtete Sylvanus über die Weihnachtsausstellung, dass schon am zweiten Tag alle ausgestellten Arbeiten von F. V. verkauft waren, darunter zwei Tonplastiken für 450 Mark an die Stadt, u. a. auch die Reliefplastik „Der Kämpfer“. Das abgebildete Foto zeigt einen monumentalen Männerkopf eingerahmt von einer Kornähre und einem Schwert. Dieser Kämpfer erinnert an den Auftrag von der ostpreußischen Gauleitung für F. V., den Wehr- und Nährstand im nationalsozialistischen Sinn darzustellen.

Am 29.11.1941 beschrieb Sylvanus ausführlich die Balkenschnitzereien von F. V. am bombenzerstörten und wieder aufgebauten Haus Marktstraße 7. Daraus habe ich ausführlich in meinem Band „Soest im Nationalsozialismus“ zitiert. F. V. hat dort u. a. germanische Runen und Hakenkreuze und an der Front des Hauses ein besonders auffälliges Hakenkreuz in die Balken geschnitzt. Es ist aber auch die Bombenzerstörung des Hauses 1940 durch einen eingelassenen



Aufnahme: Sylvanus

**„Der Kämpfer“,
eine Reliefplastik von Fritz Viegner.**



Fritz Viegener mit einigen seiner Konsolen für das Haus Marktstraße 7

Gedenkstein dokumentiert. Sylvanus betonte, dass das Programm der Schnitzarbeiten von F. V. stammte, das er vermutlich aber mit dem Hauseigentümer (NSDAP-Mitglied seit Januar 1932) abgestimmt hatte. In verschiedenen Veröffentlichungen in Zeitungen aus jüngster Zeit (auch von J. Kleine) wurde das Programm der Schnitzereien dem Soester NS-Kulturwalter oder dem Landeskonservator angelastet. Das ist falsch. Der Soester NS-Kreiskulturamtsleiter war seit 1939 Soldat und der Landeskonservator lehnte es ab, für die Schnitzarbeiten zu zahlen, da, wie er schrieb, die Provinz sie nicht bestellt und damit auch nichts zu tun habe (Mitteilung der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Soest aus den vorliegenden Akten). Den Hauptteil der Wiederaufbaukosten beglich das Reichskriegsschadensamt. Für seine Arbeiten bekam F. V. 4.925,62 Reichsmark⁵².

Die WL berichtete am 7.2.1942 über eine erneute Umgestaltung und „kriegsbedingte“ Erweiterung der Städtischen Kunstsammlung. F. V. war dort weiterhin vertreten.

Die „Große Westfälische Kunstausstellung“ fand im November und Dezember 1942 in Dortmund statt. F. V. zeigte dort zwei Plastiken aus Terrakotta.

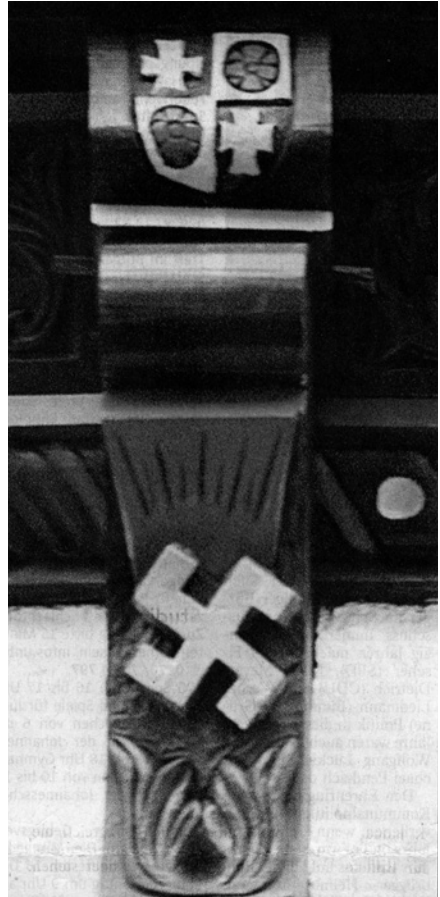
Auch im nächsten Jahr 1943 war F. V. dort vertreten. Im Mai/Juni 1943 zeigte eine Ausstellung in Soest „Kunst am Hellweg“. F. V. war mit drei Arbeiten vertreten.

Am 24.6.1944 besprach die WL die „Siebte Sauerländische Kunstausstellung“ im Karl-Osthaus-Museum in Hagen. Es war die „repräsentative Ausstellung der bilden-

⁵² KrAS, Landratsamt Soest B 99.

den Künste“ im NS-Gau Westfalen-Süd. F. V. war auch dort vertreten. Am 23.8.1944 berichtete der SoA über das zehnjährige Bestehen des Soester Kunstringes. Als Jahresgaben wurden von den Mitgliedern 57mal „Paulikirche“ von H’loch, 48mal „Heimkehr“ von Schulze-Sölde, 33mal die Plastik „Häschen“ von F. V. und 10mal Paulikirche von Franz Lachner gewählt. Die im November 1944 in Dortmund geplante „Große Westfälische Kunstausstellung“, zu der F. V. sich beworben hatte, wurde Anfang September 1944 abgesagt.

In einem maschinenschriftlichen „Ausstellungsverzeichnis der städtischen Kunstsammlung Soest“ von 1945 sind die von der Stadt erworbenen Kunstwerke aufgeführt⁵³. Danach hatte man von Wilhelm Wulff für 4.200 Mark, von Eberhard Viegner für 2.900 Mark und von F. V. für 2.140 Mark gekauft.



Objekt des Anstoßes: Hakenkreuz in leuchtendem Gelb am renomierten Husemeyer-Haus.

⁵³ StAS D 1070.

Quellen

Kreisarchiv Soest (KrAS): verschiedene Nummern aus dem Bestand „Altkreis Soest“ betr. „Wiedergutmachungen“ und Landratsamt Soest B 99 betr. „Wiederaufbau des Hauses Marktstraße 7“.

Landesarchiv Münster (LAM): verschiedene Nummern aus dem Bestand Regierung Arnsberg „Wiedergutmachungen“ und die Akte Nr. 108 aus „Rückerstattungen“.

Archiv des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL) Münster, Bestand 711, Nr. 1042 (Denkmalpflege – Städte – Soest, Stadt, 1928-1940), u. a. Haus Marktstraße 7.

Stadtarchiv Soest: Zeitungsarchiv, Personensammlung und verschiedene Akten aus der Abteilung D (Malerei und bildende Kunst, Gewerbesteuerlisten und Wiedergutmachungen).

Staatsbibliothek zur Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Zeitungsabteilung: Osteroder Zeitung und Preußische Zeitung.

Etliche Einzelauskünfte aus dem Privataarchiv von Herrn Jürgen Hoeck, Soest.

Herrn Gerd Lamers vom Stadtarchiv Mönchengladbach danke ich für seine Recherchearbeiten zum Haus Langmaar in Giesenkirchen.

Frau Julia Volmer-Naumann danke ich für verschiedene Hinweise zur Praxis der Wiedergutmachung.

Literatur

800 Jahre Delecke – ein Dorf hat Geburtstag. Werl 1991.

Bruhn, Joachim: Thesen zum nationalsozialistischen Arbeitsbegriff, seinem historischen Umfeld und seinen Konsequenzen. In: Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstandes 5 (1982), S. 57-72. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Entschädigung von NS-Unrecht. Berlin 2001. S. 1-58.

Cöppicus-Wex, Bärbel und Torley, Carl Heinz: Handel im Wandel. 150 Jahre Familien- und Firmengeschichte Torley (1859-2009). Soest 2009.

Frei, Norbert; Brunner, Jose und Goschler, Constantin (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Bonn 2010.

Goschler, Constantin: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. 2. Aufl. Göttingen 2008 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. 3.)

Goschler, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954). München 1992. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. 34.)

Herbst, Ludolf und Goschler, Constantin (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer.)

Hockerts, Hans Günter: Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz 1945-2000. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 167-214.

Kenkmann, Alfons; Spieker, Christoph; Walter, Bernd: Wiedergutmachung als Auftrag. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung in der Villa ten Hompel [Münster]. Essen 2006. (Villa ten Hompel Schriften. 7)

Kerber, Bernhard: Der Maler Eberhard Viegner. Soest 1982.

Klatt, Marlene: Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925-1965. Paderborn 2009 (Forschungen zur Regionalgeschichte. 61)

Knackstedt, Wolfgang: Anröchte im 19. und 20. Jahrhundert. Anröchte 2003.

Köhn, Gerhard: Die jüdische Gemeinde Soest. Ihre Mitglieder von 1700 bis zur Vertreibung und Ermordung im Dritten Reich. Versuch einer Rekonstruktion. In: Brocke, Michael: Der jüdische Friedhof in Soest. Soest 1993. S. 221-288.

Köhn, Gerhard: Die Kunstsammlung der Stadt Soest und ihre „Ausrichtung nach den Prinzipien nationalsozialistischer Kulturpolitik“ ab 1936/37. In: SZ 118/119 (2006/07), S. 162-176.

Köhn, Gerhard: Soest in alten Bildern. Bd. 4: Soest 1919-1939, Teil 1: [Soest in der Weimarer Republik.] Soest 2003.

Köhn, Gerhard: Soest in alten Bildern. Bd. 4: Soest 1919-1939, Teil 2: Soest im Nationalsozialismus. Soest 2006.

Köhn, Gerhard: Soester NSDAP-Funktionäre – ihre Schuld und ihre Strafe. In: SZ 112 (2000). S. 136-150.

Köhn, Gerhard: Die Soester Opfer der Judenverfolgung im Dritten Reich. Zur Erinnerung an die Deportationen vor 50 Jahren. In: SZ 104 (1992), S. 84-139.

Köhn, Gerhard: Die Verfolgung der jüdischen Mitbürger in Soest während des Dritten Reiches. Soest 1979.

- Meyer, Kristina und Spernol, Boris: Wiedergutmachung in Düsseldorf. In: Frei, Brunner, Goshler (s. oben), S. 690-727.
- Möller, Reimer: „Entartete Kunst in Soest“: Ausstellung im Wilhelm-Morgner-Haus der Stadt Soest vom 21. April bis 23. Mai 2003. In: SZ 115 (2003), S. 114-169.
- Pferdmenges, Heinrich: Industrielle Beiträge zur abendländischen Lösung des Sozialproblems: Tuchfabrik Hinrichsseggen, Leinetal GmbH Holzwerkstätten, Heim- und Siedelwerk, Leimbauweise Leinetal. [Hilprechtshausen] 1946.
- Real, Caroline: Studien zum malerischen Werk des Künstlers Max Schulze-Sölde (1887-1967). Diss. phil., Münster 2004.
- Richter, Friedrich: Heinrich Pferdmenges: Hinrichsseggen. Schicksal eines ostpreußischen Textilwerkes 1934 - 1945. In: Arnold, Udo u. a. (Hrsg.): Preußische Landesgeschichte. Festschrift für Bernhart Jähning zum 60. Geburtstag. Marburg 2001. S. 391-404. (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. 22.) Wiederabdruck in: Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten 101 (2003), S. 42-49 und 102 (2004), S. 54-57.
- Schulte, Birgit (Hrsg.): Eberhard Viegener 1890 - 1967. Katalog zur Ausstellung des Westfälischen Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte Münster vom 27. Mai bis 19. August 1990 und im Wilhelm-Morgner-Haus Soest vom 2. September bis 14. Oktober 1990. Soest 1990.
- Tjardes, Ilse: Studien zu Leben und Werk des westfälischen Künstlers Eberhard Viegener (1890-1967). Münster 1989. (Kunstgeschichte. Form und Interesse. 2.)
- Volmer, Julia: Der Beginn der Wiedergutmachung. In: Deist, Markus (Hrsg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung. Essen 2003, S. 126-145.
- Volmer-Naumann, Julia: Vor und hinter dem Schreibtisch. Wiedergutmachungsbürokratie in Münster. In: Frei, Brunner, Goshler (s. oben), S. 554-571.
- Wikipedia-Artikel (www.de.wikipedia.org): „Bundesentschädigungsgesetz“, „Dego-Abgabe“, „Deutsche Wiedergutmachungspolitik“, „Judenvermögensabgabe“, „Reichsfluchtsteuer“, zuletzt aufgerufen am 20.1.2011.
- Wille, Hans: Hermann Kätelhön. Leben und Werk. Essen 1982.

Abkürzungen:

DM = Deutsche Mark (ab 1948); BEG = Bundesentschädigungsgesetz; F. V. = Fritz Viegener; Hbll.: = Heimatblätter, Heimatbeilage zum SoA; HR = Heimat und Reich (nationalsozialistische heimatkundliche Zeitschrift, die vom westfälischen NS-Landeshauptmann und „Führer“ des Westfälischen Heimatbundes herausgegeben wurde, und die „die Gestaltung deutschen Wesens aus den Urgründen unserer Volkskraft, aus Blut und Boden, Rasse und Landschaft“ propagierte); KrAS = Kreisarchiv Soest; KPD = Kommunistische Partei Deutschlands; LAM = Landesarchiv Münster; RM = Reichsmark (bis 1948); RP = Regierungspräsident Arnsberg; SoA = Soester Anzeiger; SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands; StAS = Stadtarchiv Soest; SZ = Soester Zeitschrift; WL = Westfälische Landeszeitung Rote Erde (Organ der westfälischen NSDAP).

MICHAEL RÖMLING

BEFREIT UND IMMER NOCH GEFANGEN - DISPLACED PERSONS IM RAUM SOEST

Unter der Konkursmasse des Dritten Reiches befand sich neben Millionen von Gefangenen, Verwundeten, Ausgebombten und Vertriebenen, neben einer halben Milliarde Kubikmeter Schutt, einer verwüsteten Infrastruktur und einer demolierten Industrie auch die Schattenarmee der Arbeitssklaven, die diese Industrie bis zuletzt am Leben erhalten hatten. Noch in den letzten Tagen des Krieges taten die Machthaber alles, um Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und die Häftlinge aus den Konzentrationslagern nicht in die Hände ihrer Gegner fallen zu lassen – sei es, um ihre Arbeitskraft zu erhalten, sei es, um zu verbergen, was man ihnen angetan hatte. Doch als der Machtapparat implodierte, tauchten auch die Bewacher ab, um ihre eigene Haut zu retten. Wer von den nun nicht mehr Bewachten noch laufen konnte, zog in Pulks und Kolonnen weiter, bis er irgendwann den Siegern in die Arme lief oder von ihnen eingeholt wurde.

Diese Menschen waren nicht irgendein Problem unter vielen anderen, die sich den Alliierten an der Nahtstelle zwischen Krieg und Besatzung stellten. Sie waren neben der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der öffentlichen Ordnung das größte Problem, das sie hatten. Und dieses Problem wirkte seinerseits tief in alle Fragen von Versorgung und öffentlicher Ordnung hinein. Denn es betraf elf Millionen Menschen, die Hunger hatten und alles andere als gut auf das Land zu sprechen waren, das sie jahrelang als Brennstoff in seiner Kriegsmaschine verfeuert und schließlich ausgespuckt hatte.

Elf Millionen – diese ungeheure Zahl bezog sich auf die Gesamtheit aller im Lauf des Krieges aus ihrer Heimat in den deutschen Machtbereich gespülten Personen. Die größten Gruppen waren ehemalige sowjetische und französische Kriegsgefangene, polnische Zivilarbeiter und Ostarbeiterinnen aus der Ukraine, ferner italienische Militärinternierte, belgische und niederländische Kriegsgefangene und aus Konzentrationslagern befreite Häftlinge, aber auch Wehrmachtsangehörige aus dem Baltikum, Rumänien und Ungarn. Und weil diese Menschen so vielfältig waren wie die Umstände, unter denen sie nach Deutschland gekommen waren, gaben die Westalliierten ihnen die allgemeinste Bezeichnung, die sie fanden: Displaced Persons.

1. Überblick

Dass diese Menschen in den zu erobernden Gebieten ein Problem werden würden, hatte man bei SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force) erkannt, noch bevor das letzte Kapitel des Krieges aufgeschlagen war. Ein von SHAEF im Dezember 1944 herausgegebenes Handbuch definiert den als Displaced Persons bezeichneten Personenkreis so, dass er alle durch Kriegseinwirkung aus ihrer Heimat

entfernten Personen mit Ausnahme von deutschen Militärangehörigen umfasste¹. Die Dokumente der Alliierten unterscheiden später dann allerdings oft zwischen Displaced Persons (DP) und Kriegsgefangenen (PW), weshalb man bei Zahlenangaben genau auf die jeweiligen Bezeichnungen schauen muss. Hier sollen unter dem Begriff DP beide Gruppen verstanden werden.

Selbst die Größenordnung des Problems hatte man bei SHAEF durchaus richtig eingeschätzt: Ein so genannter Outline Plan, zwei Tage vor der Invasion in der Normandie erstellt, beziffert die Zahl der Betroffenen auf 11,3 Millionen Personen, davon 7,7 Millionen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches². Diese Zahl wiederum erhöhte sich in den folgenden Monaten noch einmal, weil viele Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Häftlinge vor der nahenden Front aus den besetzten Gebieten ins Reich getrieben wurden. Die geschätzte Zahl der bei Kriegsende in Deutschland befindlichen DPs belief sich auf 9,6 Millionen, zu denen noch mehrere Hunderttausend Flüchtlinge aus den zwischenzeitlich mit Deutschland verbündeten Staaten und dem Baltikum kamen, die vor der Roten Armee geflohen waren, weil sie als Kollaborateure der Deutschen oder Angehörige von Wehrmacht und SS aus guten Gründen um ihr Leben fürchteten³.

Im Prinzip waren die Westalliierten und die Sowjetunion sich darüber einig, dass die DPs so schnell wie möglich in ihre Heimatländer zurückzuführen seien. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatte Stalin darauf bestanden, dass alle Sowjetbürger ohne Rücksicht auf deren eigenen Willen sofort zu repatriieren seien. Churchill und Roosevelt hatten sich mit einigem Unbehagen auf diese Bedingung eingelassen, um ihrerseits die Rückführung ihrer eigenen Kriegsgefangenen aus dem sowjetischen Machtbereich nicht zu verkomplizieren. Im Sommer 1945 schwenkten dann zunächst die USA und bald darauf auch Großbritannien auf eine andere Linie ein: keine Repatriierungen mehr gegen den Willen der Betroffenen. Wer als Sowjetbürger zu gelten hatte und wer nicht, hatte man in Jalta allerdings zu definieren versäumt.

Als der Reißverschluss zwischen Ostfront und Westfront sich schloss, fanden sich etwa zwei Drittel der DPs auf der westlichen und ein Drittel auf der östlichen Seite wieder. Für das weitere Schicksal dieser Gestrandeten war es von entscheidender Bedeutung, zu welcher nationalen Gruppe sie jeweils gehörten, genauer gesagt: welche territorialen, völkerrechtlichen und politischen Gegebenheiten der Krieg und seine Nachwehen ihren Heimatländern inzwischen diktiert hatten.

Die Rückführung der meisten westeuropäischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter war innerhalb von einigen Wochen abgeschlossen, weil die Wiederherstel-

1 Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (Hrsg.): Handbook for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender. §§ 703ff.

2 Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 65). Göttingen 1985, S. 24.

3 Hans Harmsen: Die Integration heimatloser Ausländer und nichtdeutscher Flüchtlinge in Westdeutschland. Ergebnisse einer sozialbiologischen Strukturanalyse der 1954/1955 noch in Lagern, Wohnheimen und Wohnsiedlungen sowie in Heimen und Krankenhäusern erfaßten 53.642 nicht-deutschen Flüchtlinge (Schriftenreihe der Deutschen Nansen-Gesellschaft, Heft 1). Augsburg 1958, S. 13.



Fußballmannschaft im DP-Lager Hagen-Kabel; alle Polen auf dem Foto waren vorher in Soest an der Funkstation

lung der politischen Vorkriegslandkarte für Befreite und Befreier gleichermaßen selbstverständlich war. Das galt neben Frankreich, Belgien und den Niederlanden auch für Italien, wenn auch die Rücktransporte dorthin wegen des späten Abzugs der deutschen Besatzer erst im Sommer einsetzten.

In Osteuropa dagegen sah die Situation ganz anders aus, da die sowjetische Führung die Völker in ihrem Machtbereich vor allem als Verfügungsmasse auf dem hegemonialpolitischen Schachbrett betrachtete. Die Komplikationen, die sich für die DP's daraus ergaben, hatten nicht erst mit der Befreiung ihrer Heimatländer von der deutschen Besatzung begonnen, sondern schon mit der Teilung Polens 1939 und der Besetzung des Baltikums durch die Rote Armee 1940. Daraus und aus Stalins weiteren Plänen zur Neuordnung seines Machtbereichs ergaben sich zahlreiche Probleme. Die wichtigsten sollen hier kurz genannt werden:

1. Der von der Roten Armee im September 1939 besetzte Ostteil Polens war zwischen der Ukraine und Weißrussland aufgeteilt und damit der Sowjetunion einverleibt worden. Es folgte die Vertreibung der dort verbliebenen Polen. Eine Rückkehr der polnischen DP's in diese Gebiete war ohnehin unmöglich, ganz abgesehen davon, dass die sowjetische Militärregierung sich weigerte, polnische DP-Transporte durch ihre Besatzungszone zu lassen, solange die mehr als zwei Millionen Sowjetbürger aus den Westzonen noch nicht repatriert waren. Als die Repatriierung der Polen im Herbst 1945 schließlich in Gang kam, war die Bereitschaft zur Rückkehr bereits im Schwinden, nicht zuletzt weil die Exilregierung in London die Installation des kommunistischen Regimes in Polen nutzte, um bei den DP's gegen eine Repatriierung zu agitieren.

2. Estland, Lettland und Litauen waren im Sommer 1940 in die Sowjetunion gezwungen worden, was eine erste Fluchtwelle ausgelöst hatte. Die deutsche Besetzung im Jahr darauf wurde von vielen Balten begrüßt und unterstützt, was folgerichtig bei der Rückeroberung durch die Rote Armee eine zweite Fluchtwelle der Kollaborateure in Gang setzte. Am Ende waren etwa ein Drittel der baltischen DP's in Deutschland ehemalige Angehörige faschistischer Organisationen⁴. Völkerrechtlich ergab sich eine komplizierte Situation: Stalin betrachtete Esten, Letten und Litauer als Sowjetbürger, die der auf der Konferenz von Jalta vereinbarten Zwangsrepatriierung unterlagen. Und während Frankreich sich dieser Lesart anschloss, stuften Großbritannien und die USA die Balten als Staatenlose ein. Nachdem die beiden großen Westmächte im Sommer 1945 die freie Entscheidung der Betroffenen zur Voraussetzung für die Repatriierung erklärt hatten, vervielfachte sich in Deutschland plötzlich die Zahl der baltischen DP's, die nun ihre sowjetische Identität ablegten oder aus dem Untergrund auftauchten. Dazukamen bald die baltischen Wehrmachtsangehörigen, denen die britische Regierung im Februar 1946 schließlich den DP-Status zuerkannte⁵. An eine Rückkehr in die Heimat dachten viele von ihnen zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr.

3. Auch unter den Sowjetbürgern im engeren Sinne waren viele, die eine Rückführung in Stalins Machtbereich ablehnten oder jedenfalls fürchteten. Einzelne Gruppen fanden in ihrem Nationalgefühl einen Katalysator für ihre Gegnerschaft zum Kommunismus. Die größte dieser Ethnien waren die Ukrainer, die schon im Jahr 1945 in den Dokumenten von Hilfsorganisationen vereinzelt als nationale Gruppe genannt werden, obwohl ihre Nationalität erst zwei Jahre später von den Westalliierten anerkannt wurde. Dazu kam, dass gemäß Stalins Befehl Nr. 270 aus dem August 1941 alle unverletzt in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten mit Deserteuren gleichgesetzt wurden. Viel dramatischer noch war die Lage der Angehörigen der so genannten Wlassow-Armee, eines in den letzten Kriegsmonaten in Deutschland aus gefangenen Sowjetsoldaten aufgestellten Freiwilligenverbandes, denen im Fall der Auslieferung Exekution oder Gulag drohten.

4. Durch Jugoslawien war während des Krieges eine tiefe Spaltung zwischen Verbündeten und Gegnern der deutschen Besatzer gegangen, in die auch ethnische Motive hineinspielten. Als bei Kriegsende die kommunistischen Partisanen unter Tito die Macht übernahmen, kam es trotz eines Amnestieversprechens zu Massakern an Tausenden von zurückgeführten Gefangenen, die auf deutscher Seite gekämpft hatten. Eine Rückkehr der noch in Deutschland verbliebenen jugoslawischen Antikommunisten war deshalb ausgeschlossen.

Während die Westalliierten durch Deutschland stürmten, ahnten sie noch nicht, welches Ausmaß die geschilderten Probleme annehmen würden. Solange die Kampfhandlungen andauerten, waren die unkontrollierten Menschenströme ein

4 Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 80.

5 Tillmann Tegeler: Esten, Letten und Litauer in Nachkriegsdeutschland. Von rechtlosen Flüchtlingen zu heimatlosen Ausländern. In: Christian und Marianne Pletzing (Hrsg.): *Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland*. München 2007, S. 18f; Stefan Schröder: *Nachbarschaft und Konflikt. Die DP's und die Deutschen*. In: ebd., S. 68.

Hindernis für die Militäroperationen, dann ein Sicherheitsproblem und schließlich eine Belastung für die Lebensmittelversorgung. Nachdem Briten und Amerikaner die Kolonnen in den ersten Wochen nach der Eroberung teilweise an Flüssen und anderen natürlichen Barrieren abgefangen, erfasst und in Auffanglager umgeleitet hatten, begannen die Vorbereitungen für die Repatriierungen.

Die Verantwortung für die DP's sollte von den Militärs dabei nach und nach auf die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) übergehen, eine im November 1943 gegründete Hilfsorganisation der gerade im Entstehen begriffenen Vereinten Nationen, die die Arbeit weiterer Organisationen zu koordinieren hatte und ansonsten bis auf weiteres den alliierten Kommandostäben unterstellt wurde. Im Dezember 1944 wurden 200 UNRRA-Teams angefordert, von denen die ersten im April 1945 in Deutschland eintrafen. Zwei Monate später waren es über 300⁶. Diese Teams bestanden theoretisch aus 14 Personen und einem LKW. Die Zusammensetzung der Ausrüstung war bis hin zu Bahren, Kochern und Schreibmaschinen genau reglementiert⁷. Jedes der selbstverwalteten Lager sollte 2000 bis 3000 Personen fassen, für deren Ernährung jeweils 2650 Kalorien am Tag vorgesehen waren⁸. Bedenkt man, welche grundsätzlichen Probleme sich bald in den Vordergrund schieben sollten, wirkt diese akribische Detailplanung fast schon anrührend naiv.

Als ab dem Frühsommer die Züge mit den sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern nach Osten rollten, waren Franzosen, Belgier und Niederländer bereits zu Hause. Zwischen Mai und September 1945 wurden Tag für Tag im Durchschnitt 33 000 Personen aus den Westzonen repatriiert. Vier Monate nach Kriegsende waren damit von 6,5 Millionen DP's nur noch 1,2 Millionen übrig, von denen wiederum zwei Drittel Polen waren⁹. Und damit begannen die Probleme.

Der ohnehin nicht mehr besonders schwungvolle Rücktransport der Polen musste nach wenigen Wochen wegen der einsetzenden Kälte abgebrochen werden. In den Lagern machte sich Lethargie breit; Perspektivlosigkeit und Bequemlichkeit gingen eine fatale Mischung ein. Vor allem die Briten verstärkten im folgenden Jahr noch einmal ihre Anstrengungen, um die Unwilligen zur Repatriierung zu bewegen: zunächst durch eine zweimalige Kürzung der Kaloriensätze, anschließend durch das Versprechen von Zusatzrationen, sodann durch die Verpflichtung zur Arbeit und schließlich durch die Drohung mit Aberkennung des DP-Status. Doch im Frühling 1947 waren die Mittel von Zuckerbrot und Peitsche erschöpft und der Repatriierungsstrom zu einem dünnen Rinnsal geworden. Bald bestand die DP-Gemeinde in Westdeutschland fast nur noch aus Polen und Balten. Der Zähler war bei etwa 600 000 stehen geblieben.

Auf administrativer Ebene bestand der nächste Schritt darin, dass man das Mandat der UNRRA zum 30. Juni 1947 auslaufen ließ. An ihre Stelle trat die IRO (International Refugee Organization), die den Schwerpunkt nicht mehr auf die Repatriierung legte, sondern auf die Vermittlung der DP's als Auswanderer in Drittstaaten.

6 Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 54.

7 George Woodbridge: United Nations Relief and Rehabilitation Administration. The History of the U.N.R.R.A. Bd. 3. New York 1950, S. 183.

8 Woodbridge (wie Anm. 7), Bd. 3, S. 500ff.

9 Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 82ff.

Es begann eine fieberhafte Vermittlungstätigkeit, durch die in den nächsten Jahren die letzten DP's bis auf einen kleinen harten Kern nach Übersee verfrachtet wurden. 95 Prozent der von der IRO betreuten Flüchtlinge nahmen allein fünf Länder auf: die USA, Australien, Israel, Kanada und Großbritannien¹⁰.

Nach der Gründung der Bundesrepublik drängte sich eine rechtliche Lösung des Problems auf, die dann im April 1951 mit dem Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet schließlich gefunden wurde. Das Gesetz bestimmte die weitestgehende Gleichstellung von Bundesbürgern und DP's, die nun als heimatlose Ausländer bezeichnet wurden, und die Möglichkeit der Einbürgerung. Damit war das DP-Problem zumindest insoweit gelöst, als für die deutschen Behörden kein weiterer Handlungsbedarf bestand. Für die verbliebenen DP's ging die Zeit des Verwalteterdens zu Ende, die für einige von ihnen zu diesem Zeitpunkt seit mehr als zehn Jahren andauerte. Die Probleme aber endeten für die in Deutschland verbliebenen DP's ebenso wenig wie sie für die repatriierten DP's mit der Ankunft in ihren Heimatländern geendet hatten.

Das Trauma von Entbehrung, Misshandlung und Demütigung blieb für viele ein Leben lang belastend. Vor allem für die sowjetischen DP's kam dazu noch der Umstand, dass die von Krieg und Diktatur zerrüttete Gesellschaft, in die sie zurückkehrten, sich hartnäckig weigerte, ihr Leiden überhaupt anzuerkennen und sie gewissermaßen zu Kriegsoffern zweiter Klasse degradierte. Der ausgesprochene oder unausgesprochene Vorwurf, auf deutschen Bauernhöfen wohlgenährt durch den Krieg gekommen zu sein, stand jahrzehntelang im Raum und entsprach im Übrigen der von Stalin geprägten Lesart, deren brachiale Logik keinen Unterschied zwischen Zwangsarbeit und Feindbegünstigung machte. Die Folge war, dass die Betroffenen ihre Geschichte für sich behielten. Nachdem diese Zwänge sich mit der Perestroika endlich gelockert hatten, wurde das anders. Und als zwischen 2001 und 2007 tatsächlich Wiedergutmachungsgelder flossen, war die damit verbundene moralische Anerkennung ihres Martyriums mindestens genauso wichtig wie die finanzielle Entschädigung. Den Kriegsgefangenen blieb indes beides versagt.

Die öffentlichen Debatten im Zusammenhang mit der Entschädigung der Zwangsarbeiter brachten dem Thema viel Interesse ein, was letztlich auch zu einer verstärkten wissenschaftlichen Beschäftigung führte, vor allem im Bereich der regionalen Geschichtsforschung. Dabei fällt auf, dass in aller Regel ein scharfer Schnitt zwischen Krieg und Nachkriegszeit gemacht wird. Die meisten Arbeiten befassen sich entweder mit Zwangsarbeitern oder mit DP's und verwenden die jeweils andere Hälfte des Themas als Einleitung oder Ausblick. Das ist insofern verständlich, als die Quellenbasis eine völlig andere ist, da vom Augenblick der Eroberung an mit einem Schlag die staatliche Autorität auf die Alliierten überging, deren Akten heute in London und in Washington liegen und nicht in deutschen Archiven. Es ist auf der anderen Seite aber zu bedauern, dass auf diese Weise meistens nur die halbe Geschichte dieser Menschen erzählt wird.

10 Arie Kochavi: British Policy on Non-Repatriable Displaced Persons in Germany and Austria, 1945-7. In: *European History Quarterly* 21/1 (1991), S. 377.

2. Untersuchungsgegenstand

Die Geschichte der Zwangsarbeiter im Altkreis Soest während des Krieges ist durch ein kürzlich erschienenen Buch von Mechthild Brand umfassend und vorbildlich aufgearbeitet worden¹¹. Der vorliegende Beitrag führt diese Geschichte chronologisch nahtlos weiter und behält auch den geografischen Rahmen bei. Eine ausschließliche Fokussierung auf die Stadt Soest ist wenig sinnvoll, da eine ständige Fluktuation zwischen den DP-Lagern in Soest und denen auf den umliegenden Dörfern bestand. Außerdem war die Kreisebene für die britische Besatzungsmacht der entscheidende Aktionsradius für alle Einsätze im Zusammenhang mit den Lagern.

Die wichtigste Quelle für die DP's in Soest sind die offiziellen Berichte der amerikanischen Eroberer und der britischen Besatzer sowie die Protokolle von deren Konferenzen und ihre Korrespondenz¹². Dazu kommen die Soest betreffenden Listen und Karteien des ITS (International Tracing Service), der bis heute in Zusammenarbeit mit militärischen und zivilen Stellen das Schicksal der Verschollenen und Verschleppten aufzuklären versucht. Die meisten dieser Quellen sind chronologisch oder thematisch unvollständig. Im Stadtarchiv Soest finden sich einige fragmentarische Akten aus der Besatzungszeit, die das Thema streifen. Zur Abwechslung einmal vollständig sind die Patientenbücher im Archiv des Klinikums Stadt Soest erhalten, die ebenfalls einige Rückschlüsse auf die DP's ermöglichen. Schließlich gibt es eine Reihe von Augenzeugenberichten, die zum Teil im Druck erschienen sind, zum Teil im Stadtarchiv Soest verwahrt werden.

Diese Auflistung zeigt schon, wo das quellenmäßige Defizit dieser Untersuchung liegt: Die Betroffenen selbst kommen so gut wie gar nicht zu Wort. Das Anliegen, ihnen Stimmen und Gesichter zu geben, scheitert an genau dem Umstand, der bestimmend für die ganze Tragik ihres Schicksals war: Solange sie DP's waren, wurden sie kaum als Individuen gesehen, sondern als Menschenmasse, die zu erfassen, zu verpflegen, zu versorgen, zu disziplinieren, unterzubringen und abzutransportieren war, ein Problem, das sich wahlweise in zugestandenen Kalorien, abgestellten Wachposten, ausgestellten Passierscheinen oder umgebeteten Leichen beziffern ließ. Während die Arbeit von Mechthild Brand ihren Wert gerade aus der Tatsache bezieht, dass sie durch aufwändige Recherchen eine große Zahl von Soester Zwangsarbeitern aufgespürt und zum Reden gebracht hat, waren solche Zeugenbefragungen für die vorliegende Untersuchung nicht möglich. Man muss also im

11 Mechthild Brand verdanke ich viele Hinweise auf Archivmaterial und eine ganze Reihe von Anregungen im Hinblick auf Quellenkritik und einzelne Sachfragen, ganz abgesehen davon, dass mir das von ihr bereitgestellte Material die Arbeit erheblich erleichtert hat. Zu allem Überfluss war sie dann auch noch so freundlich, mich ihr zum damaligen Zeitpunkt noch nicht veröffentlichtes Buch lesen zu lassen.

12 Dass ich diese Quellen überhaupt einsehen konnte, verdanke ich Dr. Reimer Möller von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der alle für Soest auffindbaren Dokumente in den entsprechenden Archiven in London und Washington ausgegraben hat und damit einen besonders aufwändigen Teil der Arbeit bereits gemacht hatte, bevor ich überhaupt zum ersten Mal mit diesem Thema in Berührung gekommen war. Dieser Beitrag konnte nur zustande kommen, weil Dr. Möller mir seine Kopien zur Verfügung gestellt und mir bei der Auflösung vieler Rätsel, besonders im Zusammenhang mit den Abkürzungen, geholfen hat.

Hinterkopf behalten, dass das Bild der DPs durch die hier verwendeten Quellen einer gewissen Verzerrung unterliegt, weil sich in ihnen eben nicht der Alltag niederschlägt, sondern in erster Linie Zwischenfälle, Auffälligkeiten und Ärgernisse. Damit gilt auch für die Soester Quellen, was Wolfgang Jacobmeyer schon vor Jahren für die Überlieferung zu den DPs feststellte: „wenig Strukturelles und viel Chaotisches, viel Allgemeines und wenig Spezifisches, viel Zufälliges und wenig Planvolles gleichzeitig, unvermittelt, ungeordnet und ungleichgewichtig nebeneinander.“¹³ Und aus diesem Chaos soll nun das Bild der DPs in Soest skizziert werden, so gut es sich eben rekonstruieren lässt.

3. Der Kreis Soest bei Kriegsende

Während des Krieges sah die Situation im Kreis Soest nicht anders aus als in anderen Städten mit vergleichbarer Struktur: Zwangsarbeiter waren in den Städten (in diesem Fall Soest und Werl) vor allem bei der Reichsbahn, in einer Reihe von Industriebetrieben und als private Haushaltshilfen beschäftigt. Eine noch größere Zahl war auf den Dörfern in Arbeitskommandos, Kleinbetrieben und auf Bauernhöfen im Einsatz. Untergebracht waren sie in über 200 Barackenlagern, Scheunen, Gasthöfen und anderen provisorisch hergerichteten Räumlichkeiten¹⁴. Eine Soester Chronik vermerkt, dass gegen Ende des Jahres 1944 insgesamt 2000 ausländische Arbeitskräfte in der Stadt registriert waren, und eine Liste des ITS nennt 3000 Russen und 2000 Polen, die während des Krieges im Kreisgebiet im Einsatz gewesen waren¹⁵. Aus diesen und einigen anderen Zahlen lässt sich mit allem Vorbehalt schließen, dass kurz vor dem Zusammenbruch im Kreis Soest mit vielleicht 8000 ausländischen Arbeitskräften zu rechnen ist¹⁶. Dazu kamen gegen Kriegsende noch 5600 französische Offiziere und deren Ordonanzen sowie 1000 russische Kriegsgefangene in der als Oflag VI A bezeichneten Kaserne am Meininger Weg¹⁷. Doch die eigentliche Lawine rollte gerade erst heran.

In der letzten Märzwoche nahmen amerikanische Truppen vom Rhein aus das Ruhrgebiet in die Zange. Zu diesem Zeitpunkt wälzten sich bereits seit zwei Wochen Hunderttausende von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus den Industriebetrieben des Reviers nach Osten, vorwärtsgetrieben von Begleitkommandos aus Landwehr und Volkssturm, die zumeist nur noch wenig Lust hatten, ihren Beitrag zum Endsieg zu leisten. Während die einen begannen, an ihre Zukunft zu denken, wurden die anderen immer fanatischer. Ein Befehl von Gauleiter Albert Hoffmann,

13 Wolfgang Jacobmeyer: „Displaced Persons“ in Westfalen als ein zufälliger Regionalismus. In: Peter Johanek (Hrsg.): Westfalens Geschichte und die Fremden. Münster 1994, S. 128.

14 Mechtild Brand: Verschleppt und entwurzelt. Zwangsarbeit zwischen Soest, Werl, Wickede und Möhnetal. Essen 2010, S. 169.

15 Wolf-Herbert Deus: Soester Chronik, zugleich Bericht der Stadtverwaltung Soest über die Zeit vom 1. April 1942 bis 31. März 1948 (Soester wiss. Beiträge. 4). Soest 1951, S. 42; International Tracing Service (im Folgenden abgekürzt ITS), Landkreis Soest, Dok.-ID 70740940 bis 70741218.

16 Auf diese Zahl kommt auch Brand (wie Anm. 14), S. 39.

17 Geschichtswerkstatt Französische Kapelle e. V. (Hrsg.): Das Oflag VI A. Gefangen in Westfalen. Die Geschichte der französischen Kriegsgefangenen in Soest. Soest 2000, S. 30.

30 000 Dortmunder Zwangsarbeiter in einen Bergwerksstollen zu treiben und dort zu ertränken, kam nicht zur Ausführung¹⁸. Die Evakuierungsmärsche hatten inzwischen die Hellwegregion erreicht. Die Menschen stauten sich an Straßensperren, die nach den widersprüchlichen Anordnungen einzelner Behörden errichtet worden waren, kampierten auf Feldern und in Scheunen, wurden umgeleitet und irrten irgendwie weiter, tagelang ohne Essen und irgendwann schließlich auch ohne Begleitung.

Noch heute erinnern sich Zeitzeugen mit einer Mischung aus Schauern und Mitleid an „die schmachterigen Leute“, die in zwei Hauptströmen nördlich und südlich des Hellwegs über die Dörfer zogen, Essen erbettelten und mit dem zunehmenden Zerfall der öffentlichen Ordnung dazu übergingen, sich ungefragt zu nehmen, was sie brauchten¹⁹. Dabei kam es immer wieder zu regelrechten Massakern, weil alliierte Tiefflieger die grauen Kolonnen offenbar für Truppenbewegungen der Wehrmacht hielten und das Feuer eröffneten. Schon am 14. März waren bei einem solchen Angriff 15 Franzosen und 2 Belgier auf der Straße von Wickede nach Waltringen getötet worden. Am 4. April starben 10 französische Kriegsgefangene bei Ellingsen auf der Haar im Kugelhagel eines weiteren Luftangriffs.

Die nahende Front tat ein Übriges. Am 5. April, einen Tag vor dem Einmarsch der Amerikaner in Soest, wurden in Ostönnen 16 und in der Soester Kaserne 21 Russen sowie 6 Franzosen durch Artilleriebeschuss getötet, bevor der französische Oberst Lacassie zusammen mit dem deutschen Hauptmann Wingen zu den amerikanischen Vorposten radelte und die Einstellung des Feuers erwirkte. Den traurigen Rekord bildete der Tieffliegerangriff auf eine Kolonne russischer Kriegsgefangener mit ihren Bewachern bei Brüllingsen, der 37 Todesopfer forderte. Und schließlich finden sich auf einer Liste mit namenlosen Toten insgesamt 38 Personen, die zwischen März und Mai 1945 von den zurückflutenden Russen auf den Soester Friedhöfen ohne Angaben von Personalien zurückgelassen wurden²⁰. Da mit der Eroberung von Soest am Abend des 6. April keine Kampfhandlungen mehr stattfanden, dürfte die Mehrheit dieser Toten als Opfer von Hunger, Mangelkrankheiten und Entkräftung anzusehen sein. Und auch in der Tuberkulose-Baracke in Delecke ging das Sterben weiter: Vom 10. bis zum 19. April starben dort noch 8 Insassen²¹.

Wie viele dieser Versprengten zum Zeitpunkt der Eroberung durch die Region vagabundierten, ist nicht mehr festzustellen. Ohne Zweifel bildeten sich hier, an der wichtigsten Ausfallstraße aus dem Ruhrgebiet, die größten Zusammenballungen. Ein später verfasster Bericht spricht von 60 000 Personen allein für das Gebiet des Kreises Soest²².

18 Gisela Schwarze: *Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg*. Essen 1997, S. 199.

19 Aussage von Walburga Isenbeck, Lohne.

20 ITS, Landkreis Soest, Dok.-ID 70740401, 70740703, 70740705 und 70740707; Geschichtswerkstatt Französische Kapelle (wie Anm. 17), S. 79; Brand (wie Anm. 14), S. 242.

21 ITS, Landkreis Soest, Inventarnummer 10004867, Liste der im Standesamtsbezirk Körbecke von 1939 bis jetzt verstorbenen Russen.

22 Bernhard Granzeuer: *Kreis Soest nach der Katastrophe*. In: *Heimatkalender des Kreises Soest* (1953), S. 81.

Für das 377. Infanterieregiment der US Army, das noch weitere zehn Tage in Kämpfe verwickelt war, hatte die Freihaltung der Straßen für Militärtransporte Priorität²³. Zur Bewachung von wichtigen Objekten wie Krankenhäusern, Verkehrsknotenpunkten, Brücken und Getreidesilos wurden kleinere Abteilungen abgestellt. Die umherziehenden Kolonnen der Russen, Polen und anderer Nationalitäten wurden an improvisierten Sammelpunkten zusammengefasst, während man die auf den Bauernhöfen der Bördedörfer eingesetzten Zwangsarbeiter zunächst dort beließ.

Ansonsten war Improvisation das Gebot der Stunde. Im Oflag hatten sich die deutschen Wachen kurz vor der Ankunft der Befreier bereitwillig von ihren Gefangenen entwaffnen lassen. Die französischen Offiziere sorgten bald darauf in Absprache mit den Amerikanern in der Stadt für Ordnung und bildeten bewaffnete Kommandos zur Bewachung von Lebensmittellagern²⁴. Ansonsten streiften sie durch die Stadt, klaubten Souvenirs auf und besichtigten die Sehenswürdigkeiten. Die Deutschen waren in der Regel erleichtert sie zu sehen, denn das Auftauchen französischer Uniformen verscheuchte zumeist die russischen Plünderer, die durch alle Straßen zogen²⁵. Im Mikrokosmos der zerbombten alten Bördestadt zeigte sich, wie die Welt auf den Kopf gestellt worden war: Die ehemaligen Besiegten beschützten nun die ehemaligen Sieger vor den Opfern ihres ehemaligen Größenwahns.

Um die Versorgung der Bevölkerung durch ausufernden Schwarzhandel mit Ware zweifelhafter Herkunft nicht zu gefährden, wurde am 14. April eine Bekanntmachung erlassen, die auf deutsch, russisch, polnisch, französisch und englisch verkündete: „Allen deutschen Zivilpersonen ist es verboten, Lebensmittel an Kommandos, gleich welcher Nationalität, abzugeben, die nicht von der amerikanischen Besatzungsmacht schriftlich ermächtigt sind, Waren einzuholen.“²⁶

Solche Lebensmittel stammten zum großen Teil von den Bauernhöfen des Umlandes, und ihre Herkunft war in der Tat äußerst zweifelhaft. Während es nämlich in der Stadt wegen der Anwesenheit der Amerikaner und Franzosen vergleichsweise ruhig war, rollte eine Welle von Plünderungen über das Land, wie die Börde sie seit den Tagen des Dreißigjährigen Krieges wohl nicht mehr erlebt hatte. In den deutschen Augenzeugenberichten stellen sich die befreiten Zwangsarbeiter in der Zeit des Machtvakuums zwischen dem Zusammenbruch des Naziregimes und der Etablierung der amerikanischen Besatzung als gesichtslose Horde dar, die jede nur denkbare Art von Unrecht beging. Dabei wurde mit der größten Selbstverständlichkeit auf das Vokabular der gerade untergegangenen Diktatur zurückgegriffen. „Die Fremdvölker steigen ein, und die amerikanischen Soldaten schauen lachend zu“, schrieb Wilhelm Diestmann empört in sein Tagebuch²⁷. Adolf Clarenbach drückte sich noch unverblümter aus: „Ihrer slawischen Natur gemäß war ihre frühere un-

23 Reimer Möller: Soest am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der Besatzungszeit. In: Soester Zeitschrift 116 (2004), S. 212.

24 Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS) D 2309, Tagebuchblätter von Wilhelm Diestmann, Eintrag vom 10.4.1945.

25 Raymond Gangloff: Cinq ans d'Oflag. Grandeur, drames et misères des officiers français 1940-1945. Paris 1989, S. 235ff.

26 StAS D 2309, Bekanntmachung Nr. 11 vom 14. April 1945.

27 StAS D 2309, Tagebuchblätter von Wilhelm Diestmann, Eintrag vom 8.4.1945.

terwürfige Zurückhaltung verschwunden, nachdem die deutsche Herrschaft vorbei war und sie zum Mindesten der wohlwollenden Duldung der Amerikaner sicher waren.“²⁸

Diese und andere Aussagen zeigen, dass man die Exzesse der ersten Tage und Wochen nach dem Einmarsch der Amerikaner weitgehend durch die Brille eines unterschwelligen Herrenmenschendünkels sah, der mit dem Untergang des NS-Regimes nicht einfach verschwunden war. Und allzu gern wurde vergessen, dass es hier aus dem Wald herausschallte, wie man ein paar Jahre zuvor selbst hineingerufen hatte. Schließlich schienen die verwahrlosten Gestalten, die überall herumliegenden Abfälle, die aus Übermut zu Schrott gefahrenen Autos und die Kadaver der wahllos geschlachteten Tiere dieses Bild zu bestätigen. Andererseits standen bei weitem nicht alle Deutschen den verhungerten Elendsgestalten mitleidlos gegenüber. Allein die Tatsache, dass mehrere dieser Berichte von bettelnden Russen erzählen, zeigt, dass viele und vielleicht die meisten der Betroffenen gar nicht mehr die Kraft hatten, um randalierend von einem Hof zum anderen zu ziehen. In Ampen organisierte Wilhelm Fortmann die Versorgung der Durchziehenden mit Kartoffeln und Fleisch und machte nicht als Einziger die Erfahrung, dass ein solches Entgegenkommen die Beteiligten vor Plünderungen schützte²⁹. Auf einem Hof bei Borgeln gelang es der Bäuerin, eine Plündererbande mit einem Rosenkranz zum Abzug zu bewegen³⁰.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass es im April 1945 tatsächlich zu Orgien der Verwüstung und zu noch Schlimmerem kam. In Müllingsen kam die gesamte Familie eines Bauern ums Leben, und in Hiddingsen gab es drei Selbstmorde³¹. Kaum ein Dorf blieb von Überfällen verschont, bei denen oft mehr vernichtet als verzehrt wurde. Der Hunger mochte die Plünderungen und die Demütigungen den Vandalismus entschuldigen, ohne dass sich damit Vergewaltigungen, Misshandlungen und Morde rechtfertigen lassen. Eine differenzierte Sicht auf das Geschehen lässt sich am treffendsten unter den von Jacobmeyer geprägten Begriff der „Befreiungskrise“ fassen: eine Mischung aus Erschöpfung und Aggressivität, Findigkeit und Skrupellosigkeit, die in den Jahren der Gefangenschaft unter dem Zwang der Verhältnisse zur Überlebensstrategie herangewachsen war³². Fehlendes Unrechtsbewusstsein senkte die Hemmschwellen, Alkohol wirkte als Katalysator.

Die Zwangsarbeiter, die zuvor auf den Bauernhöfen eingesetzt gewesen waren, beteiligten sich kaum an den Ausschreitungen. Wer gut behandelt worden war, half eher noch bei der Verteidigung seiner ehemaligen Arbeitgeber gegen die Banden. Eine Zeitzeugin erinnert sich, dass der auf dem Hof ihres Vaters eingesetzte Serbe sie vor der Vergewaltigung durch einen Russen bewahrte³³. In einigen Dörfern bildete sich eine Bürgerwehr, die die Verteidigung gegen die Plündererbanden selbst in die Hand nahm. Am bekanntesten und vielleicht bezeichnendsten ist der Bericht des

28 Gerhard Köhn (Bearb.): Bomben auf Soest. Tagebücher, Berichte, Dokumente und Fotos zur Erinnerung an die Bombardierung und das Kriegsende vor 50 Jahren. Soest 1994, S. 73.

29 Wilhelm Runte: Ampen 833-1983. 1150 Jahre mitten in der Welt. Soest 1982, S. 258.

30 Köhn (wie Anm. 28), S. 99.

31 Ebd., S. 86.

32 Jacobmeyer (wie Anm. 13), S. 130.

33 Aussage von Walburga Isenbeck, Lohne.

Pfarrers Wilhelm Jansen aus Schwefe, der die Gegenwehr in seiner Gemeinde organisierte und dabei höchstpersönlich mit dem Knüppel in der Hand zur Tat schritt. Dabei war es letztlich seiner Besonnenheit zu verdanken, dass bei den wüsten Massenprügeleien der nächsten vier Wochen nichts wirklich Schlimmes passierte³⁴.

Beim Zusammenstoß von amerikanischen Patrouillen mit Plünderern kam es dagegen mehrmals zu Toten und Schwerverletzten. Es genügt ein Blick auf Totenscheine und in Patientenbücher und die Listen des ITS-Archivs: Bauchstich, Bauchschuss, Brustschuss, Leberdurchschuss, Sepsis nach Oberschenkelschuss – so kam in diesen Wochen ums Leben, wer zuvor jahrelang bei Hungerrationen und Knochenarbeit überlebt hatte³⁵.

4. Das Lagersystem

Adolf Clarenbach beobachtete am 18. April Russen auf Motorrädern, wie sie in Berwicke einige Landsleute aufforderten, sich in Soest einzufinden³⁶. Diese Konzentration diente in erster Linie der Erfassung und Kontrolle. Zwei Wochen nach der Einnahme von Soest waren kaum noch vagabundierende Gruppen unterwegs.

Die Stadt muss in diesen Wochen aus allen Nähten geplatzt sein. Für kurze Zeit ballte sich hier mit mehr als 30 000 DPs das Anderthalbfache ihrer Einwohnerzahl zusammen. Zu den 5600 Franzosen aus dem Oflag gesellten sich noch einmal etwa 5000 französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter. Die Zahl der Russen wurde auf 20 000 geschätzt, nachdem einige von ihnen wenige Tage nach der Befreiung von französischen Offizieren aus Soest nach Lippstadt geleitet worden waren³⁷. Dazu kamen in der Stadt schließlich noch Belgier, Niederländer und Italiener. Die meisten Polen wurden nach Sassendorf geschickt. Über weitere Nationalitäten ist aus den ersten Wochen zwar so gut wie nichts überliefert, es muss sie aber gegeben haben.

Auf diese Weise etablierte sich ein System von DP-Camps, das dem der Zwangsarbeiterlager aus der Kriegszeit nicht unähnlich, allerdings kompakter war. Am besten waren noch die vier Soester Kasernen zur Aufnahme solcher Menschenmassen geeignet. Da die Kaserne am Meinungser Weg (das Oflag) bereits mit den französischen Offizieren und die Metzger Kaserne mit französischen Kriegsgefangenen belegt waren, wurden die Russen als größte Gruppe in die Bleidornkaserne und in die Baracken des so genannten E-Lagers, einem Anhängsel der wiederum mit französischen Zivilarbeitern belegten Argonner Kaserne, gepfercht. Das Archigymnasium und die Luftschutzschule an der Niederbergeheimer Straße beherbergten die Italiener, das Unteroffizierscasino an der Arnsberger Straße die Belgier. In den Hochbunkern waren ukrainische Frauen einquartiert³⁸. Schließ-

34 Wilhelm Jansen: Rückblick auf schwere Jahre. In: Heimatkalender des Kreises Soest (1960), S. 53ff.

35 StAS Ea 10577, Sterbebescheinigungen aus dem April 1945; ITS, Landkreis Soest, Dok.-ID 70740478 und 70740517.

36 Köhn (wie Anm. 28), S. 91.

37 Gangloff (wie Anm. 25), S. 229.

38 Deus (wie Anm. 15), S. 34; Köhn (wie Anm. 28), S. 100.

lich geben die Patientenlisten des Stadtkrankenhauses, die unter anderem Nationalität und Wohnort der Neuaufnahmen verzeichnen, Aufschluss darüber, dass es zwischenzeitlich noch weitere Unterkünfte gab, von denen sich im Einzelnen nicht mehr sagen lässt, wann sie wieder aufgegeben wurden. Das größte dieser Lager war das so genannte Ostlager an der Briloner Straße, in dem während des Krieges vor allem die Zwangsarbeiter der Firma Akku Hagen untergebracht waren und das mindestens bis Ende Mai 1945 Russen und Polen beherbergte³⁹.

Wie man sich vorstellen kann, war die Versorgung all dieser Menschen in einer ausgebombten Stadt eine große Herausforderung. Bei dem von der UNRRA festgelegten Kaloriensatz waren 37 Tonnen Brot oder 133 Tonnen Kartoffeln am Tag zu ihrer Ernährung notwendig, auch wenn der schon am 17. April begonnene Abtransport der Franzosen die Situation etwas entschärfte. Eigentlich sollte die Verpflegung der DP's ausschließlich aus deutschen Vorräten erfolgen, doch zumindest in der ersten Zeit mussten die Rationen durch Armeebestände und Lieferungen von Hilfsorganisationen ergänzt werden, weil die deutschen Stellen einfach nicht liefern konnten. Im Stadtarchiv Soest liegen noch eine Reihe von Bescheiden, mit denen die amerikanische Kommandantur die Kommunalbehörden knapp und sachlich zur Lieferung von Zucker, Nudeln, Haferflocken, Eiern, Butter, Marmelade, Bohnen, Fleisch, Kartoffeln und Milch aufforderte⁴⁰. Eine undatierte Tabelle war offenbar als Rechenhilfe für solche Forderungen gedacht: Sie führt die jeweiligen Tagesrationen an Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett, Nährmitteln und Zucker auf und rechnet sie auf 5 und 25 Tage hoch – und zwar für 14 500 Personen⁴¹.

Neben der Lebensmittelversorgung war auch die Einkleidung ein Problem. Die DP's trugen teilweise noch immer die Uniformen, in denen sie vor Jahren in Gefangenschaft geraten waren. Am 12. Juni erging eine Aufforderung an die Kreisbevölkerung, insgesamt 14 000 vollständige Kleidergarnituren mit Schuhen abzuliefern. Zwei Wochen später waren nur 8000 davon abgegeben worden, so dass das geforderte Kontingent schließlich auf 11 000 herabgesetzt wurde⁴².

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Briten gerade das Kommando übernommen. Die Stationierung des Militärs orientierte sich dabei weitgehend an den deutschen Verwaltungsgrenzen. Für den Regierungsbezirk Arnsberg war die 49. Infanteriedivision mit Hauptquartier in Neheim zuständig. Die fünf Brigaden dieser Division waren auf jeweils mehrere Landkreise verteilt, wobei in Soest das Hauptquartier der 56. Brigade eingerichtet wurde, die für die vier Kreise Hamm, Unna, Soest und Lippstadt zuständig war. Für den Kreis Soest war schließlich das Second Gloucestershire Battalion zuständig, dessen Kompanien über das Kreisgebiet verteilt wurden. Am 22. Juni richtete außerdem ein UNRRA-Team sein Hauptquartier in der Argonner Kaserne ein. Es war allerdings noch weit davon entfernt, die Verantwortung für die DP's zu übernehmen. Noch am 24. September

39 Klinikum Stadt Soest, Patientenbuch 1945, Einträge vom 28. April und vom 4. und 12. sowie vom 22. bis 26. Mai.

40 StAS D 1624, Schreiben von Decker an den Bürgermeister vom 22. April 1945.

41 StAS D 1624, loses Blatt, ohne Datum.

42 StAS D 2309, verschiedene Bekanntmachungen zwischen dem 22. und dem 29. Juni 1945.

schrieb Oberstleutnant Taylor vom Military Government Relief Detachment 204, der Plan für die Übernahme am 1. Oktober sei viel zu optimistisch gewesen⁴³.

Ansonsten ist über das, was in den Soester Lagern und Kasernen passierte, wenig oder gar nichts überliefert. Ein Zeitzeuge erinnert sich, dass auf dem Gelände der Argonner Kaserne unter freiem Himmel in großen Kesseln Essen gekocht wurde⁴⁴. Und die Soester Chronik berichtet, dass die Stadt Soest den Russen für die Feier zum 1. Mai Bilder von Stalin und Musikinstrumente besorgen musste. Bald darauf wehte über den drei Kasernen (Metzer, Argonner und Bleidorn), die seit der Abreise der Franzosen vollständig von den Russen belegt waren, die sowjetische Flagge⁴⁵.

Von den Lagern aus machten sich die DP's immer wieder in Gruppen oder allein auf den Weg in die Stadt. Wie in den ersten Monaten der Ausgang geregelt war, ist nicht überliefert. Klaus Hilse beschreibt in seiner Chronik mehrmals leicht verstimmt, in welchen Massen die Russen durch die Straßen von Soest fluteten, wo sie nach seiner Ansicht vor allem Diebstähle verübten oder Schwarzhandel trieben. Allerdings beobachtete er bei einem Gang durch die Stadt Mitte Mai auch eine seltsam anrührende Szene: Ein Italiener hatte in einem zerbombten Haus ein verstimmtes Klavier entdeckt, spielte darauf und sang dazu vor einem begeisterten russischen Publikum eine Arie⁴⁶. Ende Juni wurde von den Briten verfügt, dass nur noch 2,5 Prozent der Russen und 5 Prozent der Polen sich gleichzeitig außerhalb der Lager aufhalten durften⁴⁷.

Die Briten verwendeten in ihren Dokumenten fast nie die deutschen Bezeichnungen für die DP-Lager, sondern belegten diese mit Codes. Alles in allem ergeben sich daraus für das Kreisgebiet um die 20 DP-Lager (siehe Anhang). Ganz genau ist diese Zahl deshalb nicht zu bestimmen, weil nicht ganz klar ist, wann die Codierung eingeführt wurde und weil die Codes auch nicht immer genannt werden, keine zusammenhängende Liste existiert und gerade bei den kleineren Lagern nicht immer zu ermitteln ist, wann sie eingerichtet und wann wieder aufgelöst wurden. Dazu kommen noch zahlreiche DP's, die weiterhin auf Bauernhöfen untergebracht waren. Einige der Arbeitsverhältnisse zogen sich noch ganz offiziell bis in den Sommer hin.

Einen Monat nach Kriegsende waren Franzosen und Belgier bereits in ihre Heimatländer abgereist, so dass sich eine Neuverteilung der verbliebenen DP's anbot. Die Italiener aus dem Archigymnasium und aus der Luftschuttschule wurden ins Oflag verlegt. Gleichzeitig entstand eine ganze Reihe neuer Lager für die Polen, die offenbar von den Bauernhöfen zusammengezogen wurden. In Sassendorf waren bereits seit April etwa 3000 Polen und außerdem Russen, Italiener und Jugoslawen untergebracht. Genaugenommen war ganz Sassendorf ein einziges Lager: Die DP's wohnten nicht nur in vier von den Einwohnern eilig zusammengezimmerten Baracken, sondern auch in Firmenquartieren, einem Gemeindehaus, einem Hotel und

43 National Archives London (im Folgenden abgekürzt LNA) WO 171/7930, Brief von Oberstleutnant Taylor an das HQ der 49. Infanteriedivision vom 24. September 1945.

44 Aussage von Hans Martin Römeling, Soest.

45 Kl. Hilse: Soester Chronik 1945-1949. Masch.-schr. Manuskript, StAS D Hs 4.

46 Deus (wie Anm. 15), S. 36.

47 LNA WO 171/4376, War Diary der 56. Infanteriebrigade, Eintrag vom 27. Juni 1945.

schließlich in über 200 requirierten Wohnungen und in der Lohner Schützenhalle⁴⁸. Im Sommer wurden dann weitere Polenlager mit jeweils 200 bis 400 Personen eingerichtet; neben der Marinefunkstation an der Emdenstraße in Soest waren das Schwefe, Borgeln, Ostönnen und Ostinghausen, und auch hier handelt es sich bei den Unterkünften um eine bunte Mischung aus Gaststätten, Bauernhöfen, Schulen und Privatwohnungen. Schließlich lebten schon seit den letzten Kriegstagen etwa 200 Polen in den Flak-Baracken von Weslarn.

Das Leben in diesen Lagern war besonders für die Russen ein Provisorium. Die eigens eingeflogenen Verbindungs-offiziere führten ein hartes Regiment mit drakonischen Strafen vor allem für Plünderer. Und der bald wieder eingeführte militärische Drill erinnerte daran, dass der Krieg noch nicht vorbei war. Gerüchte über einen baldigen Einsatz gegen Japan schwirrten durch die Luft⁴⁹.

Für Ordnung und Instandhaltung der Lager waren die DP's selbst verantwortlich. Noch zur amerikanischen Zeit waren von den Soester Behörden Schaufeln, Hämmer, Nägel, Besen und Feudel für die Russen sowie weitere Werkzeuge, Zement, Kalk, Ziegel und Ofenrohre für die Italiener angefordert worden⁵⁰. Auch andere organisatorische Fragen wurden so weit wie möglich durch die Selbstverwaltung der Lager geregelt. Von der UNRRA ist in den Quellen merkwürdigerweise kaum die Rede. Dazu passt der leicht abfällige Ton, der aus den Berichten der britischen Offiziere herauszuhören ist, wenn die Rede auf die UNRRA kommt. Die Besatzungsmacht trug auch weiterhin die Hauptverantwortung.



Hochzeitsfeier jugoslawischer DP's vor dem Kasino der Kaserne am Meininger Weg

48 Vgl. Hans-Walter Schmuhl: Bad Sassendorf im 20. Jahrhundert – Vom Ersten Weltkrieg bis heute. In: Peter Kracht (Hrsg.): Sassendorf – Vom Sälzerdorf zum Heilbad. Münster 2009, S. 295-372, hier S. 330-340.

49 Deus (wie Anm. 15), S. 37.

50 StAS D 1624, zwei Schreiben des Hauptquartiers des 377. Infanterie-Regiments an den Bürgermeister, eins undatiert, eins vom 25. April 1945.

Während nun über den Sommer nach und nach die Russen aus den Lagern verschwanden, richteten sich die Polen für einen längeren Aufenthalt ein. Eine Reihe von Requisitionsformularen aus dieser Zeit zeugt – endlich, möchte man sagen – davon, dass das Überleben langsam wieder zum Leben wurde: Angefordert wurden nämlich nicht nur Bretter, Nägel, Scharniere, Schlösser und Glühbirnen für die Marinefunkstation, nicht nur Büromaterial und Werkzeuge, sondern auch 100 Kinderwagen und 250 Badeanzüge⁵¹.

Die Lebensfreude äußerte sich auch darin, dass die vielen Paare, die sich in der Zeit der Gefangenschaft gefunden hatten, endlich heiraten konnten. Schon am 6. Mai, zwei Tage vor der deutschen Kapitulation, traute der polnische Priester Alexander Chudoba in der Sassendorfer Bonifatiuskirche 36 zumeist polnische Ehepaare. Sechs Wochen und 24 Eheschließungen später brach sein Amtskollege Wawrzyniec Wnuk den Rekord, indem er an einem einzigen Tag an vier verschiedenen Orten 41 Paare traute. Zusammen brachten es die beiden Priester in wenigen Monaten auf 192 Eheschließungen⁵².

Weniger begeistert waren die Briten, wenn die Lebensfreude die Gefahr von Geschlechtskrankheiten mit sich brachte. Immer wieder wurden in den Lagern Frauen aufgegriffen, die dort nichts zu suchen hatten und im Verdacht standen, sich als Prostituierte zu betätigen. Nachdem am 13. Juli bei den Italienern im Oflag nicht weniger als 26 deutsche Frauen verhaftet worden waren und die Klagen über schlechte Disziplin sich häuften, kürzte der Lagerkommandant das Unterhaltungsprogramm⁵³.

Die umfassendste Momentaufnahme aus dem Innenleben dieser Lager sind die Besuchsprotokolle von Oberstleutnant Long, der im September eine Reihe von DP-Camps besichtigte, darunter das mit 1400 Polen belegte Lager in Sassendorf. Er sah dort die Krankenstation und die Küche. Er ließ sich berichten: Jeden Tag besuchte ein polnischer Arzt das Lager, und jeden Tag wurde eine Messe gelesen. Ein Chor trat in einem improvisierten Theater auf. Ansonsten waren die Kartoffeln knapp, die Suppe dünn, die Seife rar und die Schuhe so schlecht, dass einige Kinder barfuß in die Schule gingen – aber sie gingen. Long sah ein Lager, in dem die Menschen wieder Atem schöpften. UNRRA-Leute sah er nicht⁵⁴.

6. Repatriierung

Während die Polen sich in den Lagern so weit einrichteten, wie das unter den gegebenen Umständen möglich war, rollten bereits die Züge mit den sowjetischen DPs nach Osten. Bis zum 1. Oktober wurden aus den Westzonen fast 2,4 Millionen von ihnen repatriert⁵⁵. Dabei spielten sich gerade in der Anfangszeit an den Bahnhöfen zum Teil furchtbare Szenen ab, weil vor allem den Kriegsgefangenen aufgrund von Befehl Nr. 270 die Exekution drohte. Zwar war seit Anfang Juli eine Amnestie in

51 StAS D 1624, verschiedene Requisitionsformulare aus den Monaten Juni und Juli 1945.

52 Brand (wie Anm. 14), S. 264f.

53 LNA WO 171/4377, Incident Report vom 13. Juli 1945.

54 LNA WO 171/7930, Besuchsprotokoll von Oberstleutnant Long vom 21. September 1945.

55 Bernd Bonwetsch: Sowjetische Zwangsarbeit vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 59 (1993), S. 539.

Kraft. Doch Stigma und Generalverdacht blieben, und die Verhöre durch NKWD und SMERŠ in so genannten Filtrierlagern trugen nicht dazu bei, die Vorfreude auf das zu steigern, was von der Heimat noch übrig war. Auch im Kreis Soest kam es zu Selbstmorden⁵⁶.

Die sowjetischen Verbindungsoffiziere waren meistens aus Personalmangel in entlegenen Gebieten der Sowjetunion rekrutiert worden, hatten den Krieg nur selten miterlebt, waren aber durchdrungen vom Geist ihrer Weisungen und dementsprechend wenig geeignet, die spezifischen Probleme der DP's überhaupt zu begreifen⁵⁷. Gegenüber den Briten traten sie so anmaßend und selbstgerecht auf, dass diese noch im Juni den Austausch der gesamten Soester Militärmission erwirkten.

Nach den britischen Dokumenten verließ ein erster Repatriierungszug am 12. Juni das Gebiet der 56. Brigade. Bis zum Ende des Monats ging ein Dutzend weitere Transporte ab, von denen einige davon nur auf der Durchreise aus anderen Gebieten waren. Auch Russen aus Soest waren dabei, allerdings können es nicht allzu viele gewesen sein, denn eine Zählung in den drei mit Russen belegten Kasernen ergab immer noch 15 582 Köpfe, davon mehr als die Hälfte in der Bleidornkaserne, wo sie zum Teil in Garagen schliefen⁵⁸.

Zu diesem Zeitpunkt schlug die Haltung der Briten zu den Zwangsrepatriierungen gerade um, was sich auch deutlich aus den Dokumenten herauslesen lässt. Als die sowjetischen Verbindungsoffiziere darauf bestanden, die Bauernhöfe nach Nachzählern zu durchkämmen, wurden ihnen britische Offiziere zur Begleitung an die Seite gestellt, die darüber wachten, dass kein Druck ausgeübt wurde. Im folgenden Monat schärfte ein Rundschreiben vom Stabschef des Korps den Besatzungstruppen ein, die Verbindungsoffiziere nur einzeln, in Begleitung und mit Dolmetscher in die Lager zu lassen. Außerdem wurden Einschränkungen für die Zwangsrepatriierungen bekanntgegeben⁵⁹. Um die Stimmung auf dem diplomatischen Parkett nicht zusätzlich zu trüben, forderte der Brigadekommandant im September seine Offiziere auf, ein von den sowjetischen Verbindungsoffizieren organisiertes Konzert im Soester Burgtheater mit so vielen Leuten wie möglich zu besuchen⁶⁰.

Noch im Juli ging der Abtransport der Russen aus den Soester Kasernen weiter. Die Verschiebungen auf den verschiedenen Ebenen der Besatzungshierarchie sind insgesamt ziemlich verworren. Am 1. Juli befanden sich noch 206 000 DP's im Bereich der 49. Division, also im Regierungsbezirk Arnshagen⁶¹. Diese Zahl schmolz nun Woche für Woche dahin, obwohl ab und zu im Rahmen der fortschreitenden Zusammenlegung der Lager auch Transporte aus anderen Divisionsgebieten über die Grenze kamen und die Zahlen kurzzeitig wieder steigen ließen. Das Gleiche

56 Aussage von Ernst H. Wulfert, Bad Sassendorf.

57 Ulrike Goeken: Von der Kooperation zur Konfrontation. Die sowjetischen Repatriierungsoffiziere in den westlichen Besatzungszonen. In: Klaus-Dieter Müller u. a. (Hrsg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941-1956. Köln 1998, S. 322ff.

58 LNA WO 171/4377, Anhang A zum Bericht vom 5. Juli 1945.

59 LNA WO 171/4378, Rundschreiben des Stabschefs vom 25. August 1945.

60 LNA WO 171/4379, Konferenz des Brigadekommandanten vom 24. September 1945.

61 LNA WO 171/4231, War Diary der 49. Infanteriedivision, Eintrag vom 1. Juli 1945. Dabei wird ausdrücklich zwischen DP's und Kriegsgefangenen unterschieden.

gilt auch auf der Ebene der Brigade: Zwar sind vollständige Zahlenangaben für die Repatriierungen überliefert, aber im Einzelnen ist nicht immer klar, ob der Bahnhof, von dem aus sie die Reise antraten, auch zu der Stadt gehörte, in der sie untergebracht gewesen waren. Neben Soest waren auch Unna und Lippstadt immer wieder genannte Durchgangsstationen.

Ihren Höhepunkt erreichte die Repatriierungswelle in der zweiten Augustwoche, in der insgesamt 35 000 Russen und 6500 Italiener das Divisionsgebiet verließen. Auch die Soester Kasernen wurden im Rahmen dieser Transporte vollständig geleert, und im Kreisgebiet verblieb nur ein harter Kern aus Verweigerern und Untergetauchten. Der Schreiber des Kriegstagebuches beim Divisionsstab in Neheim bilanzierte erleichtert: „a good week!“⁶²

Die Repatriierung der Italiener setzte später ein als die der Russen. Das Oflag war nach dem Abzug der Franzosen von den Italienern aus dem Archigymnasium und der Luftschutzschule belegt worden. Im Sommer wurde es zum Transitlager für italienische Repatrianten erklärt. Im Juli warteten dort 2600 Italiener auf ihren Rücktransport, der Anfang August begann und seinen Höhepunkt und Abschluss in der ersten Septemberwoche erreichte. Anders als viele Osteuropäer hatten die Italiener es sehr eilig, nach Hause zu kommen: In der Nähe von Unna war schon im Juli einer aufgegriffen worden, der mit dem Fahrrad von Oldenburg aus auf der Durchreise war und damit offenbar auch die Alpen überqueren wollte⁶³. Und als Major Goudie am 31. August das Lager der Italiener in Lippstadt besuchte, die am nächsten Tag über Soest in die Heimat gebracht werden sollten, fand er sie „in state of real Italian enthusiasm.“⁶⁴

Dieser Enthusiasmus entlud sich am nächsten Tag im Oflag in beispielloser Randal. Kurz vor dem endgültigen Abtransport rächten sich die Italiener für die schlechte Behandlung in deutscher Gefangenschaft, indem sie das Lager regelrecht zerlegten. Fassungslose Briten fanden eingeschlagene Fenster, aus der Wand gerissene Kabel und abgebrochene Türklinen vor und verdonnerten ein paar deutsche Frauen und italienische Nachzügler zum Aufräumen⁶⁵. Doch die meiste Arbeit blieb an der nächsten Gruppe der DP's hängen: den Polen.

Schon im Juli hatte man sich Gedanken über die Polen gemacht. Anfang des Monats waren es im Brigadebereich 9500, die auf die vier Soester Kasernen und auf die Luftwaffenkaserne in Werl verteilt werden sollten⁶⁶. Dieser Plan wurde noch mehrmals geändert, am Ende landeten einige wenige Polen in der Metzger und in der Argonner Kaserne, die anderen blieben auf den Dörfern. Schließlich wurde am 10. September eine Abteilung von etwa 250 polnischen Handwerkern ins Oflag verlegt, um das von den Italienern hinterlassene Chaos in Ordnung zu bringen und die Kaserne winterfest zu machen. Gleichzeitig wurden in allen polnischen Lagern Plakate aufgehängt, die bevorstehende Repatriierungen ankündigten⁶⁷.

62 LNA WO 171/4231, War Diary der 49. Infanteriedivision, Eintrag vom 14. August 1945.

63 LNA WO 171/4377, Incident Report vom 16. Juli 1945.

64 LNA WO 171/8186, Bericht des 78. DPAC.

65 LNA WO 171/8183, Berichte des 64. DPAC vom 1. bis 8. September 1945.

66 LNA WO 171/4377, Schreiben aus dem HQ der 56. Infanteriebrigade an einzelne Einheiten vom 5. Juli 1945.

67 LNA WO 171/4379, War Diary der 56. Infanteriebrigade, Eintrag vom 12. September 1945.

Dieses Nebeneinander von Vorbereitungen für die Überwinterung auf der einen Seite und Werbung für die Repatriierung auf der anderen spiegelt das Dilemma, in dem die Polen sich befanden. Fünf Monate nach Kriegsende hing ihr Leben immer noch in der Luft, mehr als ein Provisorium und weniger als ein Dauerzustand. Von daher ist die Enttäuschung der Polen verständlich, die das Oflag mit viel Aufwand auf Vordermann gebracht, eine Wäscherei eingerichtet, eine Schule und eine Kirche geplant hatten und bald darauf erfahren mussten, dass es wieder woandershin gehen sollte⁶⁸.

Am 19. Oktober verließ ein erster Zug mit Polen den Brigadebereich, es folgten drei weitere. Nach zwei Wochen war die Zahl der Polen in den vier Kreisen von 10 100 auf 6200 gesunken – zum Leidwesen des Brigadekommandeurs, der gern vollere Züge gesehen hätte und das schlechte Ergebnis auf die subversive Propaganda der polnischen Lagerleiter schob⁶⁹.

Der nächste Plan bestand darin, die verbleibenden polnischen DP's nach Sennelager zu schaffen, scheiterte aber am Widerstand der Polen selbst, die in dem Vorhaben eine Strafmaßnahme wegen ihrer Repatriierungsunwilligkeit erblickten. Die Lagerkommandanten verfassten eine Resolution, in der sie argumentierten, die Polen hätten sich nun gerade an die hergerichteten Unterkünfte gewöhnt und wollten nicht schon wieder umziehen, schon gar nicht in die SS-Kasernen in Sennelager, die viel zu wenig Platz böten – ganz zu schweigen davon, dass im total zerbombten Paderborn noch nicht einmal eine Kirche zur Verfügung stünde. Die Resolution schließt mit einer Rücktrittsdrohung und der Feststellung, dass es im Fall der Verlegung zu einem Aufstand unter den polnischen DP's kommen könnte⁷⁰.

Am Ende wurde gegen Mitte November etwa die Hälfte der Polen nach Sennelager gebracht und die andere Hälfte auf zwei Lager in Lippstadt und die Luftwaffenkaserne in Werl verteilt. Damit wurden neben der Marinefunkstation auch Sassendorf und die kleineren DP-Lager in Schwefe, Borgeln, Ostönnen und Ostinghausen aufgelöst. Auch aus den Soester Kasernen verschwanden die Polen, darunter als größte Gruppe 1700 DP's, die zwischenzeitlich noch einmal ins Oflag gelegt worden waren. Dort bereitete man sich schon auf die nächsten Gäste vor.

Mit der Zusammenfassung der Polen in nur noch drei Lagern im Brigadegebiet war auch das Lagersystem im Kreis Soest stark zusammengeschrumpft. In Lohne und in Hovestadt lagen im Herbst noch etwa 600 Jugoslawen, die nach dem Abzug der Polen zusammen mit ihren Landsleuten aus dem Brigadegebiet in der Argonner Kaserne zusammengefasst wurden, insgesamt etwa 1600 Personen. Gleichzeitig wurde die Metzer Kaserne für 1100 DP's aus Estland, Lettland, Litauen und einigen anderen Ländern hergerichtet. In der Bleidorn-Kaserne quartierten die Briten eine Garnison ein, und das Oflag wurde für 1500 ungarische Wehrmachtangehörige eingerichtet. Schließlich gab es in einer Schreinerei auf Haus Lohe bei Werl ein Lager mit etwa 300 Rumänen.

68 LNA WO 171/8183, Berichte des 64. DPAC vom 10. September bis 6. Oktober 1945.

69 LNA WO 171/4380, Konferenz des Brigadekommandanten vom 8. Oktober 1945.

70 LNA WO 171/7930, Resolution der polnischen Lagerkommandanten und Brief des polnischen Verbindungsoffiziers an Brigadegeneral Exham vom 22. Oktober 1945.

Damit verliert sich die Spur der DP's im Kreis Soest weitgehend. Wann die 1500 Ungarn aus dem Oflag ihre Heimat wiedersahen, ist ebenso unbekannt wie das weitere Schicksal der Rumänen von Haus Lohe. Jugoslawen und Balten wurden im Sommer 1946 nach Voerde verlegt. Damit endeten die großen Rückführungstransporte.

7. Kriminalität

Die Kriminalität ist aus zwei Gründen ein Thema, das in den Quellen alle anderen Aspekte des DP-Daseins übertönt und zur oben schon angesprochenen Verzerrung der Darstellung beiträgt: Zum einen dominiert bei den deutschen Zeitzeugen die Erinnerung an ausgestandene Ängste und erlittene Verluste, weil solche Gefühle sich nun einmal tiefer ins Gedächtnis einbrennen als alltägliche Begegnungen, ganz abgesehen davon, dass viele Deutsche sich nur allzu gern in die Opferrolle begaben, weil dadurch die für sie wenig schmeichelhafte Vorgeschichte des Problems leichter ausgeblendet werden konnte. Zum anderen nimmt die Kriminalität auch in der Dokumentation der britischen Besatzer einen breiten Raum ein, weil Berichte nun einmal dann erstellt wurden, wenn es Zwischenfälle gab.

Die Exzesse der ersten Tage nach der Befreiung wurden bereits geschildert. Nach der Ankunft der sowjetischen Verbindungsoffiziere besserte sich die Situation vor allem wegen der Strafen und der strikteren Lagerdisziplin. Als die Briten das Kommando übernahmen, wunderten sie sich zunächst über die in ihren Augen laxen Disziplin, die unter den Amerikanern geherrscht hatte. Das bezog sich auf die Widerspenstigkeit der DP's, die manchmal durch Warnschüsse zur Raison gebracht werden mussten, und auf die allgemeine Missachtung der Ausgangssperre, die seit dem Juni strenger durchgesetzt wurde. Um die Mitte des Monats kam es in nur sechs Tagen zur Verhaftung von 90 DP's und 345 Deutschen zumeist aus diesem Grund⁷¹. Die Maßnahmen zeigten offenbar Wirkung, denn die Verhaftungen gingen zurück.

Dafür flammten nach kurzzeitiger Besserung im Frühsommer die Übergriffe wieder auf. In den sechs Monaten von Juni bis November wurden im Brigadegebiet insgesamt etwa 60 Überfälle registriert, dabei gab es auch einige Tote⁷². Kurioserweise fanden diese Überfälle fast alle in der Umgebung von Soest statt, obwohl das Stationierungsgebiet ja von Unna bis Lippstadt reichte.

Schaut man sich die Berichte genauer an, dann ergibt sich, dass vor allem kleinere Delikte vorkamen, von der Verletzung der Ausgangssperre bis hin zum verbotenen Tauschhandel. Russen und Polen tauchten nachts in Lagern auf, in denen sie nichts zu suchen hatten, oder fehlten bei Kontrollen in ihren eigenen, oder sie betrieben Schnapsbrennereien an verschwiegenen Orten, die immer wieder von britischen Patrouillen hochgenommen wurden. Auch in den Lagern kippten die Briten alle „bottles of Schnapps“⁷³ aus, die sie fanden. Das war auch nötig, denn der Alkoholmissbrauch war ein immer wieder anzutreffendes Problem, das andere nach sich

71 LNA WO 171/4376, War Diary der 56. Infanteriebrigade, Einträge vom 6. und vom 19. Juni 1945.

72 Möller (wie Anm. 23), S. 223.

73 LNA WO 171/4378, Incident Report vom 27. August 1945.

zog. Knapp und routiniert vermerkt ein Einsatzbericht vom 12. Juli, wie nach der Inhaftierung eines sturzbetrunkenen Polen weiter verfahren werden sollte: „Action will be taken when sober.“⁷⁴

Neben Alkohol wurde bei solchen Razzien vor allem nach dreierlei gefahndet: nach Waffen, nach Diebesgut und nach Prostituierten, wobei nur die Waffen immer eindeutig als solche zu erkennen waren – auch wenn das Fahrrad, das bei einer Razzia im Sassendorfer Polenlager am 6. Juli an einem Seil aus einem rückwärtigen Fenster baumelnd gefunden wurde, sicherlich nicht zum Lüften dort hingehängt worden war und folgerichtig mit 20 weiteren Rädern beschlagnahmt wurde⁷⁵. Ansonsten wurde Schwarzhandel gern in Zügen getrieben, sobald diese wieder fuhren – und zwar in solchem Ausmaß, dass die Bahn zwischen Soest und Lippstadt ganz unverblümt als rollender Schwarzmarkt bezeichnet wurde⁷⁶. Schließlich kam es sogar vor, dass sich bei Überfällen auf Bauernhöfe deutsche Hamsterer mit ausländischen DP's kurzfristig zusammentaten⁷⁷.

Eigentumsdelikte waren naturgemäß weit verbreitet und betrafen meistens Lebensmittel. Ab und zu wurden auf den Landstraßen DP's aufgegriffen, die Kartoffelsäcke oder ganze Schweine mit sich herumschleppten. Gelegentlich kam es vor, dass sie bei Überfällen britische Uniformen trugen – eine Tarnung, die meistens aufflog, sobald sie den Mund aufmachten. Da half es auch nichts, dass der Rädelführer einer polnischen Bande sich bei einem Überfall in Niederense am 3. Dezember 1945 von seinen Genossen mit Jim anreden ließ⁷⁸. Besonders bemerkenswert für das mangelhafte Unrechtsbewusstsein ist die Geschichte einiger Polen aus Sassendorf, die offensichtlich gestohlene Lebensmittel aus freundschaftlicher Verbundenheit einer deutschen Familie schenkten, weil die ein kleines Kind hatte⁷⁹. Und schließlich versuchte ein besonders geistreicher Pole, der mit einem gestohlenen Radio erwischt wurde, sich mit der Behauptung herauszureden, das Radio habe „Nimm mich mit, Kapitän, auf die Reise“ gespielt, als er vorbeikam⁸⁰.

Weit weniger zu lachen gab es mit einer polnischen Bande, die ab Juli ihr Unwesen trieb. Da die Briten immer wieder zu spät kamen, lässt sich nicht ermitteln, ob es sich wirklich jedes Mal um die gleiche Gruppe handelte, doch die Überfälle tragen eine ähnliche Handschrift. Meistens waren um die 20 Personen beteiligt, und meistens gingen sie ziemlich brutal vor. Der Auftakt war ein Überfall auf einen Hof in Merklingsen am 3. Juli, bei dem der Bauer erschossen wurde. Am 14. August folgte ein Hof in Heppen mit einem Schwerverletzten, am 22. einer in Beusingsen, am 29. wieder einer in Heppen, wobei es erneut einen Toten gab. Am 1. September war Herringsen an der Reihe, am 4. zum dritten Mal Heppen, wobei vier Personen misshandelt wurden. Am 1. Oktober fiel diese oder eine andere Bande mit einem

74 LNA WO 171/4377, Incident Report vom 12. Juli 1945.

75 LNA WO 171/4377, Incident Report vom 6. Juli 1945.

76 LNA WO 171/4377-4378, Konferenzprotokolle vom 28. Juli und 4. August 1945.

77 Köhn (wie Anm. 28), S. 111; Ernst Tillmanns: Röllinger Geschichte und Geschichten. Soest 1985, S. 73.

78 LNA WO 171/4381, Incident Report vom 3. Dezember 1945.

79 Aussage von Ernst H. Wulfert, Bad Sassendorf.

80 Wörtlich sagte er: „Kapitän nimm mich mit in die Ferne“; Jansen (wie Anm. 34), S. 36.

ALLIED EXPEDITIONARY FORCE

D. P. INDEX CARD

G 01996598 S S

1. (Registration number) 16-35306-1

Borek **Marian**

2. (Family name) (Other given names)

3. *Borek Marian*

(Signature of holder) D. P. 1

Ausweis Marian Borek

LKW in Stockum ein, am 23. traf es den Brockhof bei Stirpe. Am 31. wurde eine verdächtige Gruppe von 14 Polen in Neuengeseke gesehen, die allerdings schon wieder verschwunden war, als die Patrouille eintraf. Am 22. November, dem Tag von Montgomerys Besuch in Soest, wurde ein Hof in Deiringsen überfallen und dem Bauern ins Bein geschossen. Der letzte dokumentierte Überfall am 21. Dezember erfolgte wieder in Deiringsen, und wieder war die Bande mit einem LKW unterwegs⁸¹.

Die Tatsache, dass solche Überfälle über Monate hinweg stattfinden konnten, zeigt schon, wo das Problem bei der Kriminalitätsbekämpfung lag: Das Einsatzgebiet war zu groß, als dass das britische Militär rechtzeitig vor Ort sein konnte. Außerdem gab es auf den entfernten Höfen manchmal kein Telefon. Den Bauern wurde geraten, Fallen mit Leuchtkörpern zu installieren⁸².

Ansonsten blieb den Briten nichts, als immer wieder Razzien in den Lagern durchzuführen, in deren Nähe die Überfälle verübt worden waren. Die Patrouillen wurden angewiesen, jedes Mal unterschiedliche Routen zu fahren und sich dabei an möglichst vielen Orten sehen zu lassen⁸³. Einer Postenkette, die im September um ganz Soest gelegt wurde, gingen lediglich 15 Personen ins Netz, die die Ausgangssperre missachtet hatten⁸⁴. Von den dörflichen Bürgerwehren aus der Zeit nach der Eroberung hört man dagegen gar nichts mehr. Selbst der streitbare Pfarrer Jansen hatte

81 LNA WO 171/4377-4378-4379-4380-4381, Einträge in den Incident Reports und War Diaries unter den entsprechenden Daten. Bei den Überfällen wurden zwischen 8 und 30 Personen gezählt.

82 LNA WO 171/4381, Konferenz des Brigadekommandanten vom 7. Dezember 1945.

83 LNA WO 171/4378, Operation Instruction Nr. 1 der 56. Infanteriebrigade vom 28. August 1945.

84 LNA WO 171/4379, War Diary der 56. Infanteriebrigade, Eintrag vom 3. September 1945.

den Knüppel in die Ecke gestellt und war ins Lager der Diplomatie gewechselt: Als die in Schwefe untergebrachten auswärtigen Polen eine Bande bildeten, quartierte er den Rädelsführer bei sich ein – weil er, Jansen, nach eigener Aussage der einzige war, von dem der noch nicht einmal zwanzigjährige Junge sich etwas sagen ließ⁸⁵.

Nachdem der Winter vorbei war, hätten eigentlich die Repatriierungen der Polen wieder aufgenommen werden sollen. Doch es war fast niemand mehr da, der dazu noch bereit war: „Sogar erfahrene internationale Beobachter lernten 1946 zu ihrer Bestürzung, daß sich der Selbsthilfewille von Betroffenen nicht beliebig konservieren läßt und daß Lösungsangebote versagen müssen, wenn dieser Wille erloschen ist.“⁸⁶ In der Tat ergab eine Umfrage der UNRRA im Frühjahr 1946 unter den Polen in den Lagern, dass vier Fünftel von ihnen nicht mehr zur Rückkehr bereit waren⁸⁷. Und eine 40 Jahre später durchgeführte Befragung brachte die Gründe ans Licht: 44 Prozent nannten dabei politische Motive, 23 Prozent gaben einen deutschen Partner an und 10 Prozent zog es nicht mehr in die Heimat, weil sie dort ihre ganze Familie verloren hatten⁸⁸.

Für die meisten der polnischen DPs hieß es im Sommer 1946 Abschied nehmen – sie kamen zusammen mit einem Großteil der Jugoslawen aus der Argonner Kaserne nach Voerde⁸⁹. Die letzten Nachrichten von den Polen betrafen keine erfreulichen Vorfälle: Mitte Juni wurde Richard Maron mit Blinddarmentzündung als letzter Pole aus der Werler Luftwaffenkaserne ins Stadtkrankenhaus eingeliefert. Und Anfang Juli 1946 beging Peter Lewscha Selbstmord in der Argonner Kaserne⁹⁰.

Nachdem das rückkehrwillige Fünftel der Polen repatriiert war, versickerten die zurückgebliebenen DPs in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Das ITS-Archiv führt für den Kreis Soest neben 34 Polen noch 15 Russen, 10 Jugoslawen, 2 Griechen und 1 Rumänen auf. Ein Viertel von ihnen waren Frauen⁹¹. Die Krankenbücher des Stadtkrankenhauses nennen ein paar letzte Namen von Jugoslawen in Block 6 des Oflag, das ansonsten inzwischen von deutschen Vertriebenen besiedelt war. Es sind die letzten Spuren von DPs, die immer noch in den Lagern lebten. Neben allen anderen Namen sind private Unterkünfte in der Stadt und auf den Dörfern eingetragen.

Während Polen und Jugoslawen nach Voerde gingen, wurden die Balten nach Greven verlegt. Es ist bezeichnend für die Quellenarmut dieser späten DP-Zeit in Soest, dass wir erst bei dieser Gelegenheit von einer litauischen Handelsschule erfahren, die seit September 1945 dort bestanden hatte und nun ebenfalls nach Greven umzog⁹².

85 Wilhelm Jansen: Rückblick auf schwere Jahre. In: Heimatkalender des Kreises Soest (1961), S. 33ff.

86 Jacobmeyer (wie Anm. 13), S. 132.

87 Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 88.

88 Stanislaus Stepień: Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland. Frankfurt 1989, S. 83.

89 Deus (wie Anm. 15), S. 109.

90 StAS E a 10577, Bestätigung des Selbstmordes durch Administration Officer Saunders und Dr. Marković, 9. Juli 1946.

91 ITS, Dok.-ID 70740268 bis 70740366.

92 Stefan Schröder: Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945-1951 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen. 22). Münster 2005, S. 216, Anm. 104.

8. Fazit

Die deutschen Zeitzeugen sind sich einig, dass mit dem Abzug der DP's eine schreckliche Zeit endete. Selbstmitleid und Selbstgerechtigkeit sind dabei kaum zu überhören. Stereotype Gegenüberstellungen vom ordentlichen, anständigen und fleißigen Deutschen auf der einen Seite und von polnischer Wirtschaft und russischer Barbarei auf der anderen gaben der Bevölkerung das bisschen Selbstwertgefühl, nach dem sie nach der Niederlage lechzte. Eine deutsche Zeitung löste das Kürzel DP als „Deutschlands Parasiten“ auf⁹³. Diese Haltung führte nicht nur zur einseitigen Wahrnehmung der DP's als Kriminelle, sondern auch zur sofortigen Verdrängung ihrer Anwesenheit, sobald die DP-Gemeinde nach der großen Repatriierungswelle im Sommer 1945 so weit geschrumpft und so weit diszipliniert war, dass man sie übersehen konnte. Eine 1947 durchgeführte Umfrage in den Westzonen ergab, dass 81 Prozent der Deutschen sich keine DP's als Mitbürger vorstellen konnten. Des Weiteren waren nur 15 Prozent der Ansicht, dass Deutschland für deren Versorgung aufzukommen habe⁹⁴.

Letztlich ging durch diese Haltung für beide Seiten eine Gelegenheit verloren: „Wegen dieser Beziehungslosigkeit bestand für die deutsche Gesellschaft keine Chance, die tatsächliche Problematik der DP's zu erfahren, und umgekehrt für die DP's keine Chance, Vorteile und Disziplinierungen aus dem Gefüge einer sich wieder findenden Gesellschaft zu erlangen.“⁹⁵

Die Geschichte der DP's aus Soest und Umgebung endet weniger, als dass sie versickert. Gegen Schluss beschränken sich die Nachrichten nur noch auf amtliche Einträge, eben in Krankenbüchern oder Meldelisten, die wegen ihrer geringen Zahl noch nicht einmal statistisch verwertbar sind. Dabei wären gerade für diese Zeit auch persönliche Zeugnisse wünschenswert. Denn wie die Geschichte der DP's die Fortsetzung der Geschichte von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit ist, so hat auch sie ihrerseits eine Fortsetzung – für die meisten in einer Heimat, in der sie nicht immer willkommen waren, für einige wenige im Land ihrer ehemaligen Peiniger, das ihnen ihre Rechte zurückgab, das Verständnis aber oft verweigerte. Noch leben einige der Zeugen dieser Zeit, einige wenige auch noch in Soest. Sie noch einmal zum Sprechen zu bringen, könnte dem dünnen Faden der Überlieferung zwischen dem Ende der Gefangenschaft und dem Neubeginn in der alten oder neuen Heimat ein wenig Substanz hinzufügen.

93 Wolfgang Jacobmeyer: Die ‚Displaced Persons in Deutschland 1945-1952. In: Bremisches Jahrbuch 59 (1981), S. 98.

94 Stepień (wie Anm. 88), S. 97.

95 Jacobmeyer (wie Anm. 13), S. 135.

Anhang: Tabelle der DP-Lager im Altkreis Soest

Ort	Code*	Gebäude	Belegung	Größe**	Bemerkungen
Borgeln	AR 370	Schützenhalle Steinhoff, Borgelerlinde	Polen	••	Mitte Nov. 1945 aufgelöst.
Delecke	-	TBC-Baracke	Russen	•••	Ende Juni 1945 aufgelöst.
Hovestadt	AR 372	zwei Bauernhöfe zwei Schulen	Jugoslawen	•	Wahrscheinlich Dez. 1945 aufgelöst.
Lohne	AR 369	Schützenhalle Privatunterkünfte	Polen Jugoslawen	••	Wahrscheinlich Dez. 1945 aufgelöst.
Ostinghausen	AR 601	Haus Düsse	Polen	••	Mitte Nov. 1945 aufgelöst.
Ostönnen	AR 361	zwei Schulen zwei Gaststätten 50 Privatunterkünfte	Polen	••	Mitte Nov. 1945 aufgelöst.
Sassendorf	AR 368	Privatunterkünfte Hotel Fabrik	Polen	••••	Mitte Nov. 1945 aufgelöst.
Schwefe	AR 362	Schmidts Hof Gastwirtschaft Dierks	Polen	••	Mitte Nov. 1945 aufgelöst.
Soest	AR 602	Oflag	Franzosen Italiener Polen Jugoslawen	•••••	Einige Jugoslawen noch mindestens bis August 1947.
Soest	AR 363	Bleidorn-Kaserne	Russen	•••••	Am 1. Dez. 1945 mit britischer Garnison belegt.
Soest	AR 364	Metzer Kaserne	Franzosen Russen Polen Balten	•••••	Juli 1946 aufgelöst.
Soest	AR 365	Argonner Kaserne	Franzosen Russen Tschechen Polen Jugoslawen	•••••	Am 22. Juni 1945 UNRRA-Hauptquartier.
Soest		E-Lager	Russen	••••	
Soest	AR 345	Marinefunkstation, Arnsberger Str.	Polen	••	Mitte Nov. 1945 aufgelöst.
Soest	-	Ostlager, Briloner Str.	Russen Polen	••	Ende Mai 1945 aufgelöst.
Soest	-	Archigymnasium	Italiener	••	Nur bis Juli 1945 belegt.
Soest	-	Luftschutzhule, Niederbergheimer Str.	Italiener	••	Nur bis Juli 1945 belegt.
Soest	-	Unteroffizierscasino, Arnsberger Str.	Belgier	•	Nur wenige Wochen belegt.
Werl	AR 358	DOMAG-Lager, Soester Str.	Polen	•••	

Ort	Code*	Gebäude	Belegung	Größe**	Bemerkungen
Werl	AR 359	Luftwaffenkaserne	Polen		Ab Nov. 1945 letztes Polenlager im Kreis Soest.
Werl	AR 360	Haus Lohe	Rumänen	..	
Weslarn	AR 371	Baracken der Flak-Unterkunft	Polen	•	Noch vor Kriegsende belegt.

* Die Lager AR 372 und AR 378 konnten nicht lokalisiert werden. Vielleicht sind sie mit zwei von den Lagern identisch, für die sich keine Codes finden ließen.

** Da die Zahlenangaben insgesamt widersprüchlich sind, werden hier nur (teilweise geschätzte) Größenordnungen angegeben. Dabei gilt: • = < 200 Insassen, .. = < 500, ... = < 1000, = < 2000, = < 5000, = > 5000.

ULRICH LÖER

SIEGER IN TRÜMMERN?

ZUM KATHOLISCHEN MILIEU IN SOEST ZUR NACHKRIEGSZEIT EIN BEITRAG ZUR NEUEREN KATHOLIZISMUSFORSCHUNG¹

Gonda Schädler, geb. Schüttfort, deren Vater Johannes Schüttfort als Reichsbahnsekretär am Nikolausabend 1944 unter Trümmern auf dem Bahnhofsgelände verschüttet worden ist, erinnert sich. Mit ihrer Mutter und vier Geschwistern lebte sie eine Woche im Keller, bis der Vater einer Mitschülerin aus Theiningsen sie auf seinen Bauernhof abholte: „Mitten im Winter, die Schneeflocken tanzten, wurden Möbel und Hausrat auf die offenen Pferdewagen gehoben. So konnten wir mit fünf Personen, die älteste Schwester kam aus Leipzig, in einem Raum schlafen und in einem Küchenraum wohnen. Der jüngere Bruder bekam Fronturlaub wegen Vaters Tod. Meine Mutter erfuhr in der Stadt, daß viele Tote des Angriffs auf dem Osthofenfriedhof gesegnet und dann beigesetzt werden sollten. Wir gingen alle den Weg von Theiningsen bis zum Friedhof und kamen zu spät. Man hatte uns einen falschen Termin gemeldet. Die Trauerfeier war vollzogen, die Toten wie unser Vater schon beerdigt. Wir haben später am Grab für ihn gebetet.“²

Dem Bombenangriff am Nikolausabend folgten mit fast vergleichbarem Ausmaß die Angriffe am 28. Februar und 7. März 1945. Sie gehörten zu den insgesamt 32 Bombenangriffen, unter denen in Soest seit 1940 insgesamt 443 Menschen ihr Leben verloren. Soest zählte zu den 83 am schlimmsten beschädigten Städten in Deutschland³. Am 5. Dezember 1944 wurde die Nordwand des Westwerks des Patroklidoms, am 28. Februar 1945 das Hauptschiff unter dem Turm und am 7. März Apsis und Hauptchor getroffen. Am 5. Dezember 1944 starben unter den Bomben aus der Patrokligemeinde 44 Erwachsene und 19 Kinder, am 7. März des folgenden Jahres 30 Erwachsene und 6 Kinder. Allein 1944 fielen 82 Soldaten der Gemeinde im Feld, 1945 weitere 58⁴.

Vom 4. bis 11. Juli 1954 feiert die Patrokligemeinde „Tausend Jahre Patroklidom“. Mit Kunstaussstellungen, Konzerten, Theater, Vorträgen und Volksfest auf dem Marktplatz wird der Stifts- und Kirchengründung Erzbischof Brunos, des Bruders Kaiser Ottos I., gedacht. Die Soester Katholiken erleben im Pontifikalamt des Paderborner Erzbischofs Lorenz Jaeger unter Assistenz von Propst Carl Völlmecke

1 Der Titel des Beitrages ist übernommen von: Joachim Köhler, Damian van Melis (Hrsg.): Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Stuttgart 1998.

2 Westfalenpost vom 3.12.1994.

3 Ebd.; Gerhard Köhn (Bearb.): Bomben auf Soest (Soester Zeitschrift [im Folgenden abgekürzt SZ] 106). Soest 1994, S. 19.

4 Die Zahlen werden aus einer maschinenschriftlichen Chronik (1944–1952) übernommen. Diese befindet sich im Archiv der Patrokligemeinde (im Folgenden abgekürzt: PA), dessen Bestände ab 1940 noch nicht verzeichnet und geordnet sind.

und Bischof Julien le Couëdic aus der französischen Diözese Troyes den Höhepunkt der Festwoche und gleichsam den Schlussakkord der Nachkriegsgeschichte. Der Patrokli-Kirchenchor in Verbindung mit dem städtischen Orchester Dortmund gestaltet mit der e-Moll-Messe von Bruckner das Fest musikalisch. Bundeskanzler Konrad Adenauer spricht in seinem Grußtelegramm von christlicher Kulturleistung, städtischer Selbstbehauptung und vom gemeinsamen christlich-abendländischen Erbe im europäischen Einigungswerk⁵.

Wie kann in knapp zehn Jahren ein Selbstbewusstsein wachsen oder auferstehen, wie es in der Tausendjahrfeier zum Ausdruck kommt? Fühlen sich die Katholiken als Sieger in Trümmern und auf dem Weg in einen religiösen Frühling? Oder weniger provozierend formuliert: Wird der Neubeginn nicht als Bruch, als Chaos, als Katastrophe, sondern eher als Bestätigung der eigenen Weltsicht gedeutet? Aufgelebt wäre dann das Katholische Milieu, das durch seinen Verbandskatholizismus seit dem späten 19. Jahrhundert das öffentliche Wirken der Katholiken prägte und in der NS-Zeit zur „lebendigen Pfarrgemeinde“ schrumpfte. Wird der Aufbruch der Patrokligemeinde von einem kirchlichen und religiösen Neuansatz angestoßen und begleitet⁶? Wenn wir nunmehr versuchen, unsere Fragen durch die Auswertung von persönlichen Aufzeichnungen und Erinnerungen, durch Deutung von gottesdienstlichen Handlungen und Gedenktagen und schließlich durch Aufhellung von Ereignissen und Entscheidungen zu beantworten, wählen wir die Zugänge zur Zeitgeschichte, die Hans Günter Hockerts Primärerfahrung, Erinnerungskultur und zeitgeschichtliche Forschung nennt⁷. Die für diesen Zeitraum noch unverzeichneten Bestände des Patrokliarchivs begrenzen die Perspektive. Sie werden befragt zu den Aspekten Wiederaufbau kirchlicher Gebäude, gottesdienstliches Leben, Wiederbeginn einzelner Vereine, karitativ-soziale Aktionen und liturgische und pastorale Initiativen.

Aufbruch aus den Trümmern

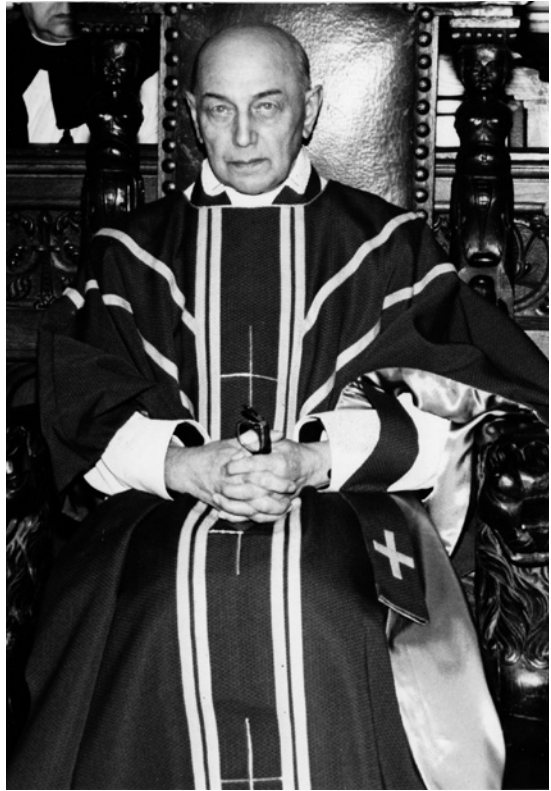
Am 18. Dezember 1944 berichtet Propst Völlmecke an das Paderborner Generalvikariat von den Bombenschäden am Dom und den weiteren kirchlichen Gebäuden. Der Aufriss des Mauerwerks an der Nord-West-Seite des Doms habe das angrenzende Gewölbe z. T. erschüttert und einstürzen lassen, sämtliche Fenster seien vernichtet, das Kolpinghaus sei total zerstört, ebenso das Marienhospital. Dessen Dachstuhl sei ausgebrannt, das Kapellengewölbe eingestürzt und das Haus verwüstet. Die drei Gebäude der Schwestern von der Christlichen Liebe seien schwer mitgenommen,

5 Westfalenpost vom 6.6.1954.

6 Die Fragestellung orientiert sich an der neueren Katholizismusforschung: Werner K. Blessing: „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“ Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949. In: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1989, S. 3–210; Wilhelm Damberg: Moderne und Milieu 1802–1998 (Geschichte des Bistums Münster. Bd. 5). Münster 1998; Köhler/van Melis (wie Anm. 1).

7 Hans Günter Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 28 (2001), S. 15–30.

die Wohnungen von vier Geistlichen erheblich beschädigt, aber noch bewohnbar. „An Todesopfern dieser furchtbaren Katastrophe hat die Gemeinde 80 Mitglieder zu beklagen.“ Am 2. März 1945 spricht Erzbischof Lorenz Jaeger nach der „neuen schweren Heimsuchung“ den „Katholiken von Soest“ persönlich seine Teilnahme aus und beteuert angesichts der Zerstörungen des Luftkriegs: „Menschlich können wir keinen Sinn mehr in diesen Ruinen und Trümmerstätten entdecken.“ Der Aufblick zum Kreuz (1. Petr. 2, 20f.) und zu Maria unter dem Kreuz könne den Menschen helfen, alle Verluste an lieben Menschen, an Hab und Gut aufzuopfern, damit sie frei würden für das restlose Vertrauen auf Gottes Vaterliebe. Diese tröstenden Worte seien auch der St.-Bruno-Gemeinde bekannt zu geben. Propst Völlmecke



Propst Carl Völlmecke

bedankt sich für „die trostvollen und aufmunternden Worte oberhirtlicher Anteilnahme“ in einem Schreiben an den Erzbischof vom 11. März 1945, in dem er von jüngsten Bombenschäden, auch von dem Volltreffer auf die Bruno-Kapelle, spricht und schließt mit dem Satz: „Die Gemeinde trägt diese neuen Prüfungen mit Ergebung in Gottes Willen.“⁸

Diese Deutung des sichtbaren Zusammenbruchs scheint zuzutreffen, denn am 10. Mai, dem Fest Christi Himmelfahrt, werden alle Gottesdienste (7, 8, 9, 10 u. 11 Uhr) in der Turnhalle der Patrokli Schule gefeiert, ebenso die Maiandacht. Die Werktagsmessen bleiben weiterhin im Pfarrheim in der Niedergasse⁹. Am 24. Mai, also 16 Tage nach der Kapitulation, legt Architekt Conrad Berghoff ein „Gutachten für die Wiederherstellung des Patrokli-Domes“ vor. Er geht davon aus, dass Aufräumung des Schutts, Transport, Reinigung und Sortierung der Steine in Gemeinschaftsarbeit geleistet werden. Die Gemeindechronik spricht von den Appellen des Kirchenvorstands zu Aufräumarbeiten täglich von 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr unter fachkundiger Aufsicht, und zwar bis Oktober 1945.

⁸ PA Wiederaufbau.

⁹ PA Chronik 1945–1952.

Kaum ein Dokument dürfte den Eifer und die Kompetenz der Bauleute, das Engagement der Gemeindemitglieder und die Zuversicht im Glauben treffender wiedergeben als der Bericht des Propstes Völlmecke an das Paderborner Generalvikariat vom 27. April 1948:

„Nach dreijähriger Unterbrechung werden am 1. Mai die Gottesdienste im St. Patrokli-Dom wieder aufgenommen. Damit geht eine leid- und opfervolle, aber auch große und bedeutsame Periode in der 1000-jährigen Geschichte des ehrwürdigen Gotteshauses zu Ende. St. Patrokus ist aus Schutt und Asche wieder neu erstanden!

Zwar sind nicht alle Wunden, die der furchtbare Bombenkrieg dem Dom geschlagen hat, wieder geheilt. Es werden noch Jahre vergehen, bis alle Schäden beseitigt sind. Aber die große Halle vom Turm bis zur Apsis ist wieder geschlossen, Wände und Gewölbe sind erneuert, Fenster und Türen eingesetzt, Kanzel, Bänke und Beichtstühle instandgesetzt. Groß und feierlich erhebt sich auf dem hohen Chor der neue, aus Rütthener Sandstein erbaute Altar, und unter dem Chor wölbt sich auf 28 Säulen die Krypta, dem Gedächtnis der Toten geweiht, eine Kirche für sich ... Sakristei und Kapitelsaal sind in ihrem früheren Zustande mit dem alten Inventar wieder hergestellt.

Soester Firmen und Handwerker haben Kräfte und Geräte bereitwillig für den Wiederaufbau des Domes zur Verfügung gestellt, die treuen Handwerker und Steinmetzen haben vorbildliche Arbeit geleistet, vor allem hat die Patrokligemeinde selbst durch stete freiwillige Geldspenden und durch immer bereite Hilfsarbeiten den Dom mitaufgebaut.

In zweijähriger Arbeit ist der Patrokli-Dom wieder aufgebaut worden, nachdem fast ein ganzes Jahr vorher die gewaltigen Schutt- und Trümmerrmassen aus dem Innern des Gotteshauses entfernt worden waren. Aus dem Glauben an Gott und den Heiland Jesus Christus hat die Gemeinde den Mut geschöpft, das schwierige Wiederaufbauwerk zu wagen, aus dem Glauben hat sie es gemeistert. Der Glaube hat auch dieses Mal Berge von Trümmern und Schwierigkeiten versetzt.“¹⁰

Mit der Überführung der Reliquien des hl. Patrokus in den Altar der Krypta, der Festpredigt des Erzbischofs Lorenz Jaeger, einem Pontifikalamt unter Anwesenheit der Kultusministerin Christine Teusch und der Domführung durch den Landrat Hubertus Schwartz feiern die Soester Katholiken am Kirchweihstag 1948 die Altarweihe im neu errichteten Dom. Die Westfalenpost deutet am 3. Juli 1948 in der Tradition des hl. Augustinus den Dom als Symbol der Welt der Menschen, als steinerne Katholizität, in der man vom Chor zum Turm, von Gott zur Welt schreitet. Die Harmonie des Friedens sei der Menschheit entflohen. Unruhe und Angst, Zweifel und Spaltung, Ichverstrickung und Gottesleugnung, so der Zeitungsredakteur, hätten einen Feuerregen auf den Dom fallen lassen. Von den Gewalttaten der Deutschen, von Krieg und Mord, von Willkür und Unmenschlichkeit, wie sie mancher Soester in der Heimat und an der Front unmittelbar gesehen und erfahren hatte, ist nicht ausdrücklich die Rede.

Die weiteren Baumaßnahmen, die den Wiederaufbau des Domes begleiten, beziehen sich auf die Kindergärten am Endlosen Weg (Eröffnung am 1. Dezember 1946),

10 PA Wiederaufbau.

auf der Borg (Eröffnung am 14. Dezember 1948) und in St. Bruno (September 1951) sowie auf die Wohnungen der Geistlichen, der Schwestern der christlichen Liebe und auf das Kolpinghaus (Einweihung 29. April 1951). Unter dem Namen „Freunde des St. Patrokli-Domes, Komitee für den Wiederaufbau“ beginnt am 10. Oktober 1947 unter Leitung des Apothekers Bruno Pickel die Arbeit des Vereins zur Beschaffung von Geldmitteln. In der Lichtburg wird am 16. November 1947 nach einem Lichtbildervortrag über den Dom und Darbietungen des Kirchenchores eine große Weihnachtsverlosung angekündigt. Die Gewinnspenden steigern sich täglich, Hermann Milke stiftet als Hauptgewinn ein Hermann-Milke-Eigenheim samt der Aufstellungskosten¹¹. Der Verein tritt erneut ins Rampenlicht der Soester Öffentlichkeit, als er am 4. April 1952 im Burgtheater ein Symphoniekonzert der Nordwestdeutschen Philharmonie unter Leitung von Walter Schulten maßgeblich unterstützt.



Wiederaufbau St. Patrokli nach Bombenzerstörungen im 2. Weltkrieg durch Fa. Milke

Den Wiederaufbau des Domes begleitet eine lebhafte Diskussion der kunsthistorisch und denkmalpflegerisch orientierten Öffentlichkeit. Am 27. Februar 1946 wendet sich Landrat Dr. Hubertus Schwartz an den Provinzialkonservator Dr. Rave in Münster und an Propst Völlmecke mit dem dringenden Anliegen, im Zuge des Wiederaufbaus die Chorkrypta, bis 1817 ursprünglich fünfschiffig und elfjochig und bis zu den Vierungspfeilern ausgedehnt, wiederherzustellen. Diese Ausmaße erinnern Hubertus Schwartz an die Krypten der Dome zu Gurk und Speyer. Bau-

¹¹ Westfalenpost vom 14.11.1947.



Aufbauarbeiten nach Kriegszerstörungen an St. Patrokli

rat Heinrich Schäfer, offiziell mit dem Wiederaufbau beauftragt, setzt aber die fünfschiffige Säulenkrypta nur unter dem Chorraum durch¹².

Erneut um „die naturgetreue Wiederherstellung“ geht es 1948 dem städtischen Denkmalpfleger Schwartz in der Diskussion um die Neuausmalung der Chorapsis. Schwartz bringt bereits qualitätvolle Foto-Aufnahmen der mittelalterlichen Fresken und Namen von modernen Kirchenmalern ins Spiel. Im März 1953 werden die Entwürfe von fünf Künstlern im Morgner-Zimmer des Rathauses der Öffentlichkeit präsentiert. Im Herbst 1953 entscheidet sich die Jury für den Entwurf des Kölner Malers Peter Hecker. Mitglieder der Jury sind Landeskonservator Dr. Rensing, Prof. Dr. Fuchs, Paderborn, Dombaumeister Weyres aus Köln, die Soester Bauräte Dambloff und Schäfer, Propst Völlmecke und Dr. Schwartz. Über die Entscheidung

der Jury und damit über das ausgeführte Werk urteilt Edmund Pesch in der Westfalenpost am 9. Mai 1955: „Der Künstler hat mit vorbildlich gedämpfter Palette den farblichen Dreiklang von Gold, Blau und Rot wiederaufgenommen, wobei wir freilich glauben, daß das alte Original aus Barbarossas Tagen in der Farbgebung noch duftiger gewesen ist, weil die Kunst jener Zeit ihre Freude daran hatte, die zeichnerische Kontur möglichst reich zu entfalten und nicht durch satte farbige Flächen zu unterdrücken. Hecker hat der Ausdruckssprache unserer Zeit dadurch stärker entsprochen, dass er die betont zeichnerische Auflösung und das üppige Lineament des spätromanischen Stils in kompaktere, flächige Formen und in eine mehr statisch-monumentale Liniensprache übersetzte.“¹³

Eine historische Interpretation der Jahre des Aufbruchs aus den Trümmern liefert die Patrokligemeinde selbst mit der Festschrift zum Tage der Weihe des neuen Hochaltares am 5. Juli 1948¹⁴. Hubertus Schwartz stellt die Baugeschichte des Münsters in vier Phasen systematisch dar. Wilhelm Dietrich schildert das Ausmaß der Zerstörung. Heinrich Schäfer berichtet über Wiederaufbauarbeiten, Hans Thümmeler stellt St. Patrokli in die Reihe der vom ottonischen Kaiserhaus mitgeprägten Stiftskirchen und Dome in Magdeburg, Merseburg, Gernrode, Essen und Köln (St. Pantaleon). Der bewusste Rückgriff auf die Geschichte soll 1948 den Bau-

12 PA Wiederaufbau.

13 Westfalenpost vom 9.5.1955.

14 St. Patrokli in Soest. Beiträge aus Anlass der Wiederherstellung des tausendjährigen Domes am Hellweg nach seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Münster 1948. Die Festschrift enthält zahlreiche Abbildungen, sie dokumentieren den Dom vor und nach der Zerstörung.

leuten offensichtlich den Weg weisen. Wie stark das Selbstbewusstsein der Autoren dieser Beiträge erscheint, belegt bereits die Sprache der Titel: „Aus den Trümmern neu entstanden“ (Heinrich Schäfer), „Ein stolzes Werk der Jahrhunderte“ (Hubertus Schwartz), „Stolzes Denkmal westfälischer Kultur“ (Wilhelm Rave), „Unterpfund des Glaubens am Hellweg“ (Adolf Wortmann).

Carl Völlmecke sieht das „große Aufbauwerk“ (S. 5) getragen von der Selbsthilfe der Gemeinde, von ihren freiwilligen Arbeitseinsätzen und großzügigen Spenden und Sammlungen. Er rechtfertigt den Wiederaufbau angesichts des unerträglichen Wohnraummangels und der dringlichen Bauten wie Schulen, Werkstätten und Industrieanlagen (S. 8). Der Wiederaufbau dürfe nicht nur im Rahmen der örtlichen religiösen Bedürfnisse gesehen und gewertet werden, so führt Propst Völlmecke aus. Er erfülle angesichts der abendländischen Bautradition auch eine denkmalpflegerische und pastorale Aufgabe. Die Menschen bedürften ganz existenziell des kostbaren Gotteshauses, in dem Gott in sichtbarer Gestalt, wenn auch geheimnisvoll verborgen, gegenwärtig sei. Der sakrale Kultraum, das Erbe des alten Testaments, werde schließlich zu einem steinernen Credo, dem Zeugnis und Glaubensbekenntnis des dreifaltigen Gottes in der Welt. Die Zerstörung sei letztlich ein Werk des modernen Atheismus, der das Daseinsrecht der Kirchen verneine (S. 8). Die „schwere Zeit“ (Heinrich Schäfer) zieht sich als elementare Erfahrung durch alle Beiträge der Festschrift, aber auch die Zuversicht und das Vertrauen (Psalm 84) sowie die Bereitschaft, die Chance einer kunstgeschichtlichen und denkmalpflegerischen Vergewisserung und Erneuerung zu nutzen.

Fortdauer der gemeindlichen Gottesdienste

Im März und April 1945 feiert die Patrokligemeinde ihre Sonntagsmessen im Pfarrheim in der Niedergasse und im Leo-Waisenhaus in der Schonekindstraße, im Pfarrheim sechs Messen, im Leo-Waisenhaus drei. Vom Mai 1945 bis März 1946 dient die Turnhalle der Patroklischule als Gottesdienstraum, in den folgenden zwei Jahren bis Mai 1948 der Blaue Saal im Rathaus. Werktagsmessen finden jetzt im Hildegardis-Lyzeum und in der Nikolaikapelle statt¹⁵. Der bruchlosen Abfolge der Feier der Messen entsprechen Vorbereitung und Feier der Erstkommunion. Drei Wochen nach dem 8. Mai 1945 gehen 58 Kinder zur Erstkommunion, 1951 sind es 231.

Die Fronleichnamsprozession 1946 führt über die Wälle und durch die Stadt und entfaltet in ständischer Gliederung mit Fahnen und Christusbanner ein wirkungsvolles Ritual in der Öffentlichkeit. Repräsentanten der Stadt reihen sich ein. Am 12. August, vier Tage nach dem Potsdamer Abkommen, pilgert die Patrokligemeinde zum Gnadenbild nach Werl, ihr folgen am 29. Juni 1947 die katholischen Ostvertriebenen aus Oberschlesien und dem Glatzer Land. Am 27. Januar 1946 begehen die Katholiken das Patrokli-Patronatsfest mit einer Andacht in der Patroklischule. Eine Reliquienprozession mit dem Patroklusschrein führt zum Paradies-Portal des Domes.

15 Diese und die folgenden Daten und Zahlen überliefert die Pfarrchronik im Patrokliarchiv.

Nimmt man die vierzehntägige Volksmission in der Fastenzeit 1952 hinzu, so lässt sich der Eindruck eines religiösen Frühlings in der Patrokligemeinde nicht ganz übersehen. Vier Dominikaner aus Köln, die Patres Donatus, Friedrich, Paschalis und Hildefonds – 1814 haben die Dominikaner Soest nach fast 600-jähriger Seelsorge im Kloster an der Brüderstraße verlassen –, predigen über die Kirche als mystischen Leib Christi, über Himmel und Hölle, über Beten und Sakramente, über die christliche Familie und die soziale Frage. In 53 Predigten werden 79 000 Zuhörer gezählt. Werktags beginnt um 5:30 Uhr die Messfeier mit anschließender Predigt. 8000 von insgesamt 12 000 Gemeindemitgliedern sind an der Volksmission beteiligt, jeder Erwachsene hat etwa zehn Predigten gehört. Propst Völlmecke berichtet nach Paderborn, 600 Gemeindemitglieder hätten den Weg zu Gott neu gefunden, acht seien offiziell in die Kirche zurückgekehrt¹⁶. „Über Soest stand wirklich der Himmel offen, und die Tage der Mission waren dank Gottes Hilfe ein konzentrierter Angriff der Gnade“, so Pater Paschalis am 17. März 1952 gegenüber dem Soester Anzeiger.

Der Kern des katholischen Gemeindelebens, Messfeiern, Andachten, Sakramentenempfang, Prozessionen und Heiligenverehrung, wird durch das Kriegsende, den vermeintlichen Zusammenbruch und die Bombenschäden allenfalls ganz kurzfristig unterbrochen oder eingeschränkt. Insgesamt vollzieht sich das religiöse Leben wie in vielen Städten in selbstverständlicher Kontinuität und stärkt somit nicht unerheblich die Autorität der Institution Kirche in der Stadt, in der manche Position noch ungewiss und das Vorgehen der siegreichen Alliierten abzuwarten ist¹⁷.

Katholisches Milieu im Aufwind

Einen statistischen Überblick über die kirchlich orientierten Vereine und ihre Mitgliedsstärke bietet 1955 der Fragebogen für die bischöfliche Visitation¹⁸. Unter dem Abschnitt VIII „Standesseelsorge“ lautet die erste Frage: „Welche Standesvereine bestehen in der Gemeinde? Wer leitet sie?“

Arbeiter-Verein	144 Mitgl.	L. V. Hildebrand
Männer-Sodalität	180 Mitgl.	L. H. Propst
Kolping-Familie	320 Mitgl.	L. V. Goeke
Jungmänner-Verein	130 Mitgl.	L. V. Goeke
Jungschar	120 Mitgl.	L. V. Goeke
Georgspfadfinder/Quickborn	85 Mitgl.	L. V. Goeke
Neu-Deutschland	40 Mitgl.	L. Dr. Brüggeboes
Kath. Kfm. Verein	50 Mitgl.	L. V. Winterberg
Frauen/Müttergemeinschaft	1000 Mitgl.	L. H. Propst
Jungfrauen-Arbeitskreis	30 Mitgl.	L. H. Propst
Weibliche Pfarrjugend	190 Mitgl.	L. V. Winterberg

16 PA Volksmission 1952

17 Blessing (wie Anm. 6), S. 61f.

18 PA Dekanat, KKV, Borromäus-Verein, Cäcilien-Chor.

Frohschar	175 Mitgl.	L. V. Winterberg
St. Hedwigskreis	320 Mitgl.	L. V. Hildebrand
(L - Leitung, V - Vikar, H - Hochwürden)		

Die karitativ tätigen Vereine und Gruppen werden unter Abschnitt X aufgeführt. Vielfach sind die Vereinsakten in dem Besitz der Vorsitzenden geblieben. Das Patronatliarchiv bewahrt Einzelakten weniger Vereine, die nur einen begrenzten Einblick in die Situation der Nachkriegszeit zulassen. Zeitungsberichte und Festschriften ergänzen gelegentlich das Bild.

Der katholische Kaufmännische Verein (KKV) tritt wie auch der Arbeiterverein 1946 (seit 1968 KAB) an die Öffentlichkeit. Beide werden von außen angestoßen, der KKV durch einen überörtlichen Arbeitsausschuss in Wuppertal, der Arbeiterverein durch ein päpstliches Rundschreiben. Der KKV feiert am 8. Dezember 1946 sein Patronatsfest in der Nikolaikapelle. Der unter Beteiligung des Mainzer Bischofs Emanuel von Ketteler gegründete KKV versteht sich als katholische Standesorganisation, in der Weimarer Republik in 350 Ortsvereinen organisiert. Im Oktober 1946 wirbt der Soester KKV für das „Hilfswerk für KKVer-Ostflüchtlinge“ und sammelt im folgenden Jahr 4000 RM für den Wiederaufbau des Domes. Das jährliche Patronatsfest, Ausflüge und die Verbandszeitschrift „Das Kreuzschiff“ binden die Mitglieder vor Ort. Die beiden Vorsitzenden sind Ernst Majonica und Bruno Pickel.

Der Kirchenchor St. Cäcilia probt seit September 1945, bald unter dem neuen Chorleiter Heinrich Graefenstein. Von 1931 bis 1940 ist die jährlich im November stattfindende „Kirchenmusikalische Andacht“ durch eigens gedruckte Programme nachweisbar. Am 21. April 1947 wird eine Soester Gruppe des DJK-Sportverbands (die Abkürzung steht für Deutsche Jugendkraft) gegründet.

Im beschädigten Remter eröffnet am 30. September 1945 der Borromäus-Verein die Pfarrbücherei unter Leitung von Clemens Drees. Von Propst Nübel 1861 gegründet, hatte sich die Bücherei sprunghaft entwickelt und registrierte im Jahre 1919 insgesamt 165000 Ausleihen. Die Nationalsozialisten beschlagnahmten 2000 Bände wegen Staatsgefährdung. Die Westfalenpost nimmt den Büchersonntag im November 1951 (3. November) zum Anlass, die Dringlichkeit der „kulturellen und geistigen Gesundung des Volkes“ zu betonen und dem Borromäus-Verein den „ersten Platz in der Front der Organisationen“ zuzuweisen, „die den Strom geistig-kultureller Werte aufzeigen.“

Die Kolpingsfamilie, von Adolf Kolping persönlich 1852 in Soest als Gesellenverein gegründet, schart sich nach Ausweis ihres Protokollbuches seit dem Mai 1945 ganz dicht um den Wiederaufbau ihres Kolpinghauses in der Wiesenstraße, das am Nikolausabend 1944 zu 70 Prozent zerstört worden war. Bereits im Herbst 1945 ist der Gastraum wiederhergestellt, und Weihnachten 1945 versammelt sich die Kolpingsfamilie hier zu einer kleinen Weihnachtsfeier. In regelmäßigen Zusammenkünften begleitet der Schutzvorstand der Kolpingsfamilie die Grundsteinlegung 1948, den stufenweisen Baufortschritt und die Einweihung am 29. April 1951¹⁹. „Kolping – 100 Jahre in Soest – Festwoche vom 31. August – 7. September 1952.“

19 Archiv Kolpingsfamilie Soest, aufbewahrt von Bernd Hille, Welter-Schwefe, dem für die Einsichtnahme mein Dank gilt.

So sind Jubiläum und Festschrift überschrieben und im Schlusswort des geistlichen Präses Georg Hesse heißt es: „Zu neuem Leben ist auch in Soest das Werk des Gesellenvaters aus den Ruinen erstanden.“²⁰ Mit zwei Gottesdiensten und zwei Abendvorträgen, mit Festakt und Festumzug durch die Stadt repräsentiert Kolping sieben Jahre nach Kriegsschluss die Tradition von Handwerkerschaft und christlichem Glauben. Die Grußworte des Kölner Erzbischofs Josef Kardinal Frings und des Paderborner Erzbischofs Lorenz Jaeger, des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold und des Landrats Clemens Blume sowie des Generalpräses des Kolpingwerkes, Dr. Bernhard Ridder, und des Soester Propstes Carl Völlmecke illustrieren jeweils auf ihre Weise das Motto der Jubiläumsfeier „Persönlichkeit – Familie – Beruf“. Durchgehend wird das Erbe und die verpflichtende Botschaft Adolf Kolpings angesprochen. Die noch junge Erfahrung von Diktatur, Zusammenbruch und Wiederaufbau spricht außer dem Präses Hesse nur der Kreishandwerksmeister August Müller an: „Vermassung bringt Verlust der persönlichen und politischen Freiheit. Vermassung bringt Diktatur, Abstieg und Niedergang.“²¹ Mit der Freilichtaufführung „Das große Welttheater“ von Hugo von Hoffmannsthal im Schulhof der Patroklischule greift Kolping das Vorbild der Salzburger Festspiele der 1920er Jahre auf. Menschen aller Stände haben sich auf dem Kampfplatz von Sünde und Gnade, Versuchung und Erlösung zu bewähren.

„Ende Februar und Anfang März 1945 wurde unsere Heimat so schwer von feindlichen Fliegern heimgesucht, dass keine Versammlungen mehr möglich waren“, so berichtet das Protokollbuch der Frauen- und Müttergemeinschaft der Patroklengemeinde²². Auf der monatlich stattfindenden Versammlung im Juni 1945 steht das Thema „Familie“ an, im Juli dann „Einstellung zum Zeitgeschehen“. Dieses habe, so heißt es hier, so viel Not und Tod und Heimatlosigkeit über unser schwer geprüftes Vaterland gebracht. Über die Rolle der Frau angesichts der Heimatlosigkeit und des Wohnungselends predigt Propst Völlmecke am Fest Mariae Himmelfahrt. Ein Einkehrtag in der Patroklischule, wöchentliche Gemeinschaftsmessen, 14-tägige Bibelabende, Predigten des Propstes über die zehn Gebote, Patronatsfest und Wallfahrt nach Werl dokumentieren das ungebrochene Bedürfnis der Mitglieder der Frauen- und Müttergemeinschaft nach religiöser Vergewisserung.

Predigten des Propstes Drehmann während des Krieges über Erziehung und Familien 1941 sowie drei Vorträge des Propstes Völlmecke über die göttliche Vorsehung 1944 sprechen die Opferbereitschaft und Ausdauer der Mütter ganz nachhaltig an. Da seit 1941 der Religionsunterricht in der Schule nicht mehr erteilt wird, müssen die Mütter ihr religiöses Wissen weitertragen. Das Apostolat der Mütter werde immer dringender, so Weihbischof Baumann am Tage des 25-jährigen Bestehens der Soester Frauen- und Müttergemeinschaft im Januar 1941. Mit Beginn des Russlandfeldzuges spürt man in der Berichterstattung des Protokollbuches beschwörende

20 100 Jahre Kolping in Soest, der ehrenreichen Stadt am Hellweg. Soest 1952, S. 65.

21 Ebd., S. 11.

22 PA Protokollbuch der Frauen- und Müttergemeinschaft 1940–1967. Das Protokollbuch wird während des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre sehr sorgfältig von Elisabeth Osterwinter geführt, es referiert ausführlich die Inhalte der Predigten und Vorträge, es berichtet vom Kriegsalltag in der Gemeinde und schließt jeweils mit einem Jahresrückblick.

Zweifel an dem Sinn des Krieges: „Seit Wochen tobt ein neuer Krieg im Osten unseres Vaterlandes an einer endlosen Front vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer. Was hat Gott, der solches zulässt, mit den Menschen vor?“ Das sei der tiefste Sinn des Krieges, dass wir lernen sollen, die mahnende Gottesstimme zu hören, so lesen wir zum Juli 1941 im Protokollbuch. Im Februar 1942 fordert der Präses, sich auf die Kirche der Katakomben einzustellen, das Diakonat aus der Urkirche zu beleben, sich für Trinker, unversorgte Kinder, Mädchenschutz und junge Kriegerwitwen einzusetzen. Im Bericht über die Firmung 1944 heißt es im Protokollbuch, sie sei die Ritterweihe zum Soldaten Christi, das Kreuz auf der Stirn stelle gleichsam die Kokarde des jungen Soldaten Christi dar.

Vom Gedanken des Laienapostolats sind auch die Standespredigten der ersten Nachkriegsjahre geprägt. Die Frauen und Mütter versammeln sich 1946 regelmäßig im Blauen Saal zu Themen wie „Autorität in der Familie“, „Bekenntnisschule“, „Heimholung des Mannes in die Kirche“ und ganz allgemein „Kindererziehung“. Arbeitskreise für Mütter von Lernanfängern, Koch- und Nähkurse gehören ebenso zum Engagement der Gemeinschaft wie der Einsatz für den Fürsorgeverein, die Bahnhofsmision und Sammlungen für Flüchtlingsfamilien und den Wiederaufbau des Domes. Immer wieder scheint Propst Völlmecke vom Apostolat der Frauen und Mütter zu sprechen, mag es sich um die unmittelbar caritativ ausgerichteten Aktionen oder um die katechetische Hilfe in der religiösen Erziehungsarbeit handeln. Gefördert wird das Engagement der Gemeinschaft, so heißt es im Jahresbericht 1949, durch die Zeitschrift „Frau und Mutter“, die 1940 bis 1945 nicht mehr ausgeteilt werden durfte.

Während im ersten Kriegsjahr die Predigten und Vorträge bei den monatlichen Heimabenden der Frauen- und Müttergemeinschaft erkennbar an dem religiösen Aufbruch der Schönstattbewegung orientiert waren, beobachten wir in den folgenden Kriegsjahren unübersehbar den aktuellen Bezug. Die Prediger und Vortragenden wehren sich gegen den „organisierten Ansturm der Gottlosigkeit“, ge-



Das Kolpinghaus in der Wiesenstraße mit Kriegsschäden

gen „Christusentfremdung“ und gegen die „Erziehung der Kinder zur rassischen Weltanschauung“. Die Schönstattbewegung wurde in Soest besonders durch den Vikar und späteren Pfarrvikar in St. Bruno Friedrich Ernst (1935–1944) gefördert. Sie möchte vorrangig den Einzelnen spirituell ansprechen, ihm Hilfen für sein christliches Leben in der pluralistischen Gesellschaft anbieten, sein religiöses Empfinden und Erleben vertiefen und die Liebe zur Kirche und Maria entfachen²³. Die Pröpste Drehmann und Völlmecke haben eher das Wirken von Glauben und Kirche nach außen im Blick. Ihre Standespredigten zielen auf Verantwortung der Frauen und Mütter für ihre Umgebung und damit auch auf das öffentliche Bekenntnis. Wenn sie von den Aufgaben des Laienapostolats sprechen, meinen sie die innere und äußere Ausbreitung des Gottesreiches und die konzentrische Arbeit in kleinsten Kreisen. Das durch das Unheil geprüfte Vaterland bedürfe dringend, so heißt es wiederholt während des Krieges, des Apostolats des Gebetes und des Leidens, des Gebetes für die Gefallenen, Verwundeten, Vermissten, des Leidens im Sinne des Sühnegedankens, nach welchem „das Leid für die Sünden anderer oder für die sündige Menschheit überhaupt aufgeopfert wird“²⁴. Der Prüfungs- und Sühnegedanke dürfte die Frauen und Mütter in den kommenden Jahren begleitet, wenn nicht sogar motiviert haben, Trauer- und Aufbauarbeit in den Familien in Gang zu halten, eher in die Zukunft als in die Vergangenheit zu blicken.

Der Weg der deutschen Gesellschaft in die Moderne ist bekanntlich begleitet, wenn nicht sogar stark mitbestimmt, von der Ausprägung der drei großen sozialen Milieus, dem protestantisch-bürgerlich-nationalen, dem sozialistisch-sozialdemokratischen und dem katholischen²⁵. Diese Milieus haben ihre je eigenen Strukturen und Subkulturen geschaffen²⁶. Träger des katholischen Milieus waren neben der eigenen Presse bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts die katholischen Vereine und Verbände. „Ein Milieu ist als eine sozial abgrenzbare Personengruppe Träger kollektiver Sinndeutung von Wirklichkeit. Es prägt reale Verhaltensmuster aus, die sich an einem Wert- und Normenkomplex orientieren.“²⁷ Diese Definition, vorgelegt vom Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte Münster, erfährt in der Frauen- und Müttergemeinschaft der Patrokligemeinde ihre Bestätigung, wenn mit dem Prüfungs- und Sühnegedanken NS-Zeit und Krieg „bewältigt“ und durch die Ver-

23 PA Dekanat. Pfarrvikar Friedrich Ernst hält in der Dekanatskonferenz 1943 oder Anfang 1944 unter Anwesenheit des Erzbischofs Lorenz Jaeger einen eindrucksvollen Vortrag: „Pfarrei und Pfarrseelsorge im Lichte der Enzyklika *Mystici corporis Christi* vom 29. Juni 1943.“ Ernst referiert und interpretiert die Enzyklika, setzt sich für eine neue Gewichtung der Pfarrseelsorge ein und wendet sich gegen neue kirchliche Organisationen, wie sie Pius XI. unter dem Leitwort „*actio catholica*“ propagiert hat.

24 PA Protokollbuch, S. 10, 42, 156.

25 Wilhelm Damberg: Katholizismus und pluralistische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Karl-Joseph Hummel (Hrsg.): *Zeitgeschichtliche Katholizismusforschung. Tatsachen, Deutungen, Fragen. Eine Zwischenbilanz* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B, Bd. 100). 2. Aufl. Paderborn 2006, S. 121.

26 Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1818. Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist*. München 1990, S. 439.

27 Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte, Münster (Hrsg.): *Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe*. In: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 606.

pflichtung zum Laienapostolat zukünftiges Verhalten ausgerichtet werden soll. Für die Soester Gruppen KKV, Kolpingsfamilie und Borromäus-Verein, deren Neubeginn durch die überörtlichen katholischen Verbände angestoßen wird, lassen sich vergleichbare, wenn auch weniger deutlich ausgesprochene sinnstiftende Angebote nachweisen. Die neu aufblühende Vereinspresse wie z. B. „Frau und Mutter“ und „Das Kreuzschiff“ und auch die gemeinsamen Kultformen wie Messen, Andachten, Prozessionen und Feste vermitteln den Vereinsmitgliedern Geborgenheit und Schutz gegen die immer stärker werdende „Gefahr säkularer Desorientierung“²⁸.

Caritatives Engagement zur Bewältigung der Not

Neben dem örtlichen Elisabethverein, der seine Gründung im Jahre 1872 dem Propst Eberhard Nübel verdankt, wirken unmittelbar nach Kriegsende der „Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder“ und die Vinzenzkonferenz. Wir sprechen diese beiden Gruppen wegen der günstigen Quellenlage hier an.

Durch die Jahresberichte 1950 und 1952, die von der Vorsitzenden Maria Thiemann, Gewerbelehrerin in Soest, abgefasst sind, erhalten wir einen Einblick in das breite Aufgabenfeld des Fürsorgevereins. Der von der Zentrumsolitikerin Agnes Neuhaus aus Dortmund im Jahre 1900 unter dem Namen „Vom guten Hirten“ gegründete Verein wechselt wiederholt seinen Namen und heißt als Fachverband des Deutschen Caritas-Verbandes seit 1968 „Sozialdienst katholischer Frauen“. Er ist heute mit seiner Zentrale in Dortmund in 157 Ortsvereinen organisiert, leistet Beratung und Hilfe im Bereich Jugend, Schwangerschaft, Behinderung und psychischer Erkrankung und unterhält ca. 35 Frauenhäuser. Das Kondolenzschreiben des Erzbischofs vom 25. November 1944 für Agnes Neuhaus, die im Antoniusheim in Soest verstorben ist, spricht von dem außergewöhnlichen Einsatz und Erfolg der Vereinsgründerin.

1950 betreut der Verein, so berichtet Maria Thiemann in ihrem Jahresbericht, 802 Schützlinge, 378 Schützlinge erstmalig in diesem Jahr. Darunter befinden sich 157 Flüchtlinge bzw. Ostvertriebene²⁹. Die betreuten Frauen arbeiten mehrheitlich als Hausangestellte, sie werden dem Verein durch Behörden, andere Zufluchtshäuser, auswärtige Fürsorgevereine und ehrenamtliche Mitarbeiter vermittelt. Die Vermittlung von Vormundschaften bzw. Pflegschaften über Mündel sowie die Ausbildung von Vormündern und Pflegern gehören zum unverkennbaren Profil des Soester Vereins. Dieser hält seine Sprechstunde in der ehemaligen Stiftscurie Am Vreithof 7 ab und beschäftigt mit Elisabeth Meschede eine ausgebildete Fürsorgerin. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden die Betreuungsfälle verteilt, auch die Pfarrbezirke Welver und Körbecke werden einbezogen. Da die finanzielle Lage des Vereins ungesichert ist, müssen immer wieder Mittel neu beantragt oder durch Sammlungen aufgebracht werden. Die Zentrale des Katholischen Fürsorgevereins in Dortmund versendet 1947 Rundschreiben an die Pfarrer der Diözese, in denen sie ihr Anliegen

28 Nipperdey (wie Anm. 26), S. 440.

29 PA Sozialdienst Katholischer Frauen. Zur Gründerin Agnes Neuhaus vgl. Ulrich Löer: Kampf für die „Verstoßenen des weiblichen Geschlechts“. Agnes Neuhaus und der Sozialdienst katholischer Frauen. In: Heimatkalender Kreis Soest 2010, S. 67-72 (mit Literatur).

vorstellt, ihre Leistung illustriert – in der offenen Arbeit 84 080 Schützlinge – und um finanzielle Hilfe bittet. „Die Arbeit geschah 1946 durch 2688 Mitglieder, 193 Fürsorgerinnen, ca. 30 000 Vormünder, Schutzaufsichtshelfer und andere Einzelhelfer“, so heißt es in einem Rundschreiben vom 5. Mai 1947.

„Im Rahmen der Reorganisation des kirchlichen Lebens unserer Pfarrei ist es eine wichtige Aufgabe, die Arbeiten der Caritasorganisation neu zu bilden.“³⁰ Mit diesem Satz beginnt Propst Völlmecke am 6. Dezember 1945 sein Einladungsschreiben zu einer Besprechung am folgenden Sonntag nach dem Hochamt in der Patrokli Schule. Es richtet sich nur an männliche Mitglieder der Gemeinde. Diese Besprechung am 9. Dezember wird zur konstituierenden Versammlung der Vinzenzkonferenz in Soest. Der vom Propst eingesetzte Vorstand wird bestätigt. Ihm gehören nach Ausweis der Niederschrift an:

Amtsgerichtsrat Dr. Max Barella als 1. Vorsitzender
 Kaufmann Karl Berendes als 2. Vorsitzender
 Obersteuerinspektor Paul Jacobs als Schriftführer
 Kaufmann Heinrich Rademacher als Kassierer
 Oberschullehrer Szymanski als Beisitzer
 Spark.-Angest. Heinrich Sändker als Beisitzer

Vorausgegangen ist dieser Gründungsversammlung ein Rundschreiben des Generalsekretärs der Vinzenzkonferenzen aus Bad Godesberg vom September 1945. Generalsekretär Hostmann erinnert an die Gründung der ersten deutschen Vinzenzkonferenz vor 100 Jahren im Mai 1845 in München, wirbt für die Neugründung und erbittet eine Liste der Namen der Mitglieder und weitere Nachrichten, insbesondere über regelmäßige Sitzungen und wöchentliche Armenbesuche. Die Niederschrift stellt die hauptsächlichen Aufgaben heraus: Armenhilfe, Hilfestellung für Ostflüchtlinge und Evakuierte, Jugendfürsorge. Die Versammlung beschließt nach dem Vorbild des Elisabethvereins die Einteilung des Gemeindegebiets in 26 Bezirke. 23 Bezirke können bereits jetzt mit 23 Vertrauensleuten besetzt werden. Vorerst soll am ersten Sonntag im Monat eine Konferenz stattfinden, zu der die 36 anwesenden Mitglieder eingeladen sind. Der Propst als Repräsentant der Kirche, der Dachverband als Laienorganisation und ein energischer Vorsitzender vor Ort bringen die Vinzenzkonferenz rasch auf den Weg. Dieser lässt sich mit Hilfe der überlieferten Akte beschreiben. Zunächst legt Dr. Barella großen Wert darauf, in Absprache mit Verbänden und Behörden die Aufgabe der Konferenz deutlich zu umschreiben. Am 6. März teilt er der Zentrale der katholischen Männerfürsorge in Düsseldorf mit, dass die Soester Konferenz die gesamte Arbeit der Katholischen Männerfürsorge übernommen habe. Damit ist die Konferenz für die freie Jugendhilfe mitverantwortlich, so schreibt Barella an den Oberkreisdirektor, und sie bestellt Vormünder und Pfleger für gefährdete Jugendliche. Um die Aufgabe des Suchdienstes wahrnehmen zu können, nimmt Barella Kontakt zum Caritas-Verband in Paderborn und zur Zentrale der Osthilfe in Lippstadt auf. Der Suchdienst ermittelt in diesen Monaten mit

30 PA Vinzenzkonferenz. Diese Akte aus dem Besitz von Dr. Max Barella gelangt 2001 in das Patrokliarchiv und spiegelt das Wirken der Vinzenzkonferenz bis Pfingsten 1946.

äußerster Anspannung die Namen und das Schicksal von gefallenen und gefangenen Soldaten, von Evakuierten und Ostflüchtlingen. Beim Stadtdirektor erkundigt sich Barella am 28. März 1946, ob in Soest bereits ein Ostflüchtlingskommissar eingesetzt sei. Den Erfolg der Suchdienst-Recherchen dokumentiert er durch zahlreiche auswärtige Anfragen.

Die unmittelbare Hilfe der Vinzenzkonferenz wird im Rahmen der Besuche der Bedürftigen durch die Mitglieder geleistet. Mit einem „Erfassungsbogen“ suchen sich die Vertrauensleute ein Bild von Hilfsbedürftigkeit und Gefährdung der neuen Gemeindemitglieder zu machen. Es wird nach Herkunft und Kinderzahl, nach Beruf und Versorgung, nach dem Schicksal im Krieg und auf der Flucht gefragt. Mit der Abgabe von Kleidungsstücken, Haushaltsgegenständen und der Teilnahme an der Krautverteilung (Rübenkraut) sowie mit Vermittlung von Arbeitsplätzen besonders an Kriegsversehrte begegnen die Vinzenzbrüder der täglichen Not. Wiederholt setzt sich Dr. Barella bei der Deutschen Reichsbahn für die Einrichtung eines Geschäftsraumes für die Bahnhofsmision ein. Hier wird die Orientierungslosigkeit der Ankommenden zunächst aufgefangen, mag es sich um verwaiste und gefährdete Kinder und Jugendliche oder Obdachlose und Kriegsversehrte handeln. Hilfe für den Umgang mit Behörden bietet Obersteuerinspektor Jacobs in den Räumen des Finanzamtes an. Die Vinzenzbrüder setzen sich im April 1946 aktiv für die Werbung für die Bekenntnisschule ein.

Wie eine Zwischenbilanz, ja fast wie ein persönliches Vermächtnis wirkt Dr. Barelles Rundschreiben an seine „Vinzenzbrüder“ zu Pfingsten 1946. Er spricht von der Aussendung des Hl. Geistes damals, von der Erneuerung des Antlitzes der Erde heute, von der verpflichtenden Botschaft in der „eisigen gottlosen Welt“ des 20. Jahrhunderts. „Als wir zu Beginn des Kirchenjahres die Arbeit der Vinzenzkonferenz wieder aufnahmen, erwählten wir uns ein hohes Vorbild. Dr. Carl Sonnenschein (†1929), den Apostel der Großstadt, den unermüdlichen Helden christlicher Nächstenliebe hinter den verlogenen Fassaden der modernen Welt und auf dem Asphalt einer Großstadt des 20. Jahrhunderts [...] Unsere Vinzenzkonferenz ist keine NSV mit anderen Vorzeichen und kein Wohlfahrtsamt. Wir sind ein religiöser Kreis, eine Schar Männer, die mit der Bergpredigt Ernst machen wollen.“

Vinzenzbrüder nennen sich die Mitglieder der Vinzenzkonferenz und bringen auch im Namen ihr gemeinsames spirituelles Fundament zum Ausdruck. Auf Anfrage schlägt Domkapitular Dr. Braeckling am 27. Mai 1946 vor, das Patronatsfest der Vinzenzkonferenz durch eine sonntägliche Gemeinschaftsmesse mit Predigt und eine anschließende Versammlung mit einem Vortrag zu begehen. Der Vortrag sollte die Tätigkeit der Vinzenzbrüder bekannt machen. Eine große musikalische und deklamatorische Umrahmung des Vortrags entspräche allerdings nicht der Tradition des Vereins, so der Domkapitular aus Paderborn. Die caritativen Hilfen und Methoden der Soester Vinzenzbrüder ergeben sich in diesem ersten Nachkriegsjahr aus der unmittelbar erfahrenen Not der Menschen. Der Anspruch aber, nach außen öffentlich wahrgenommen zu werden, das Engagement auch rechtlich-institutionell abzusichern und zu erweitern, fordert die Vinzenzkonferenz zur aktiven Mitgestaltung der neuen, nunmehr sichtbar werdenden Ordnung heraus. Die Arbeit der folgenden

Jahre lässt sich auf Grund fehlender Überlieferung nicht dokumentieren, sie geht zum Teil in den sich ausweitenden Einrichtungen der örtlichen Caritas auf. 1955 gehören der Vinzenzkonferenz unter Leitung von Wilhelm Zacha und dem Beirat Studienrat Josef Jansen 35 Mitglieder an.

Ein neuer Weg: Laienapostolat in der Katholischen Aktion

Am 14. Mai 1948 ernennt Erzbischof Lorenz Jaeger den Oberst a. D. Carl Schunck zum Vorsitzenden des Katholikenausschusses im Dekanat Soest. „Der Katholikenausschuss soll ja der Lösung der großen Aufgaben dienen, die der Hl. Vater Pius XI. in der *actio catholica* den katholischen Laien gestellt hat“, so der Erzbischof in seinem Ernennungsschreiben. Der Zweck des Katholikenausschusses liegt nach



Ehepaar Barella

der Satzung vom 12. Mai 1948 in der „geschlossenen Mitwirkung der Laien an den Aufgaben der Kirche im öffentlichen Leben“ und in der Förderung der Zusammenarbeit der „aufbauwilligen Kräfte“ innerhalb und außerhalb der Pfarrgemeinden³¹. Inwiefern ist Carl Schunck den Soestern bekannt? Welche Vorstellungen verbinden sich mit der Katholischen Aktion und welche Erfahrungen in Soest gehen der Ernennung voraus? Was wird aus dem Katholikenausschuss in den folgenden Jahren? Antworten auf diese Fragen lassen

sich auf Grund der Forschungen vor allem des Bochumer Kirchenhistorikers Wilhelm Damberg und mit Hilfe der Handakten ermitteln, die Carl Schunck zum Katholikenausschuss gesammelt und offenbar später dem Patrokliarchiv anvertraut hat oder die aus dem Nachlass ins Archiv gegeben worden sind.

Carl Schunck leitete seit 1935 das Wehrbezirkskommando am Opmünder Weg. Sein Sohn Norbert, geboren 1920 in Torgau, legt 1938 am Archigymnasium das Abitur ab und nimmt bei Kriegsbeginn seinen Dienst auf dem Linienschiff Schleswig-Holstein wahr, das am 1. September 1939 mit der Beschießung der Westerplatte bei Danzig den Krieg eröffnet. Während des Krieges kommandierte Norbert Schunck das U-Boot 348. Von seinem Vater weiß Hans Rudolf Hartung, dem wir diese Informationen verdanken, zu berichten: „Vater Schunck, zeitweise ranghöchster Offizier

31 PA Katholikenausschuss, Diözesan-Komitee.

in Soest, pflegte in der Fronleichnamsprozession an der Spitze der katholischen Soldaten mitzugehen, was die Nazis nicht gern sahen.³²

Am 6. Mai 1945 empfiehlt Erzbischof Jaeger in einem Rundschreiben an die Dechanten die Standesseelsorge der Katholischen Aktion und spricht sich am 5. Juni 1945 auf einer Konferenz der westdeutschen Bischöfe in Werl mit diesen gegen „ein einfaches Wiederaufleben oder Neugründen“ der früheren, in großen überdiözesanen Verbänden zusammengeschlossenen katholischen Organisationen aus³³. Das Protokoll der Dekanatskonferenz vom 9. Juli 1945, an der auch der Erzbischof teilnimmt, berichtet von der neuen Seelsorgemethode. Das alte Vereinswesen habe ein anderes Baugesetz als die Kirche gehabt. Beim Neubau des Vereinslebens müsse diese Tatsache entsprechend dem Baugrund der Katholischen Aktion berücksichtigt werden³⁴.

In der Katholischen Aktion wird neben der Liturgischen Bewegung des frühen 20. Jahrhunderts das zweite theologische Leitmotiv der Katholiken auf dem Weg in die Moderne gesehen. Selbst binnenkirchlich sei die Erinnerung an die frühere Popularität dieses gesamtkirchlichen Reformprogramms heute geschwunden, bedauert 1998 Wilhelm Damberg³⁵ und beschreibt den Kern der Botschaft des Papstes Pius XI. von 1922: „Die katholische Aktion wurde als Teilnahme der Laien am hierarchischen Apostolat der Kirche definiert. Auf der Grundlage einer religiösen Erneuerung und intensiven Schulung sollten die Laien zum missionarischen Einsatz gegen die Säkularisierung und Entchristlichung der Gesellschaft befähigt werden. Dabei war ein neuartiges Organisationskonzept vorgesehen, das durch seinen einfachen Aufbau bestach: In den Pfarreien und im Bistum sollten sich die in der Katholischen Aktion engagierten Laien nach den sogenannten Naturständen (Männer, Frauen, Jungmänner, Jungfrauen) in Komitees zusammenschließen.“³⁶

Die deutschen Bischöfe greifen die Anliegen der Katholischen Aktion während des Dritten Reiches in unterschiedlicher Intensität auf. Der Laienkatholizismus, repräsentiert in Verbänden und Vereinen und ab 1933 stark auf die Pfarrgemeinden verwiesen, lebt 1945 wieder auf. Die westdeutschen Bischöfe, insbesondere der Münsteraner und Paderborner Bischof, wenden sich gegen die „einfache Wiederherstellung der erträglichen Zustände vor 1933“³⁷. Wenn auch die auf der Juni-Konferenz der westdeutschen Bischöfe in Werl angekündigten allgemeinen Richtlinien zur Umsetzung der Katholischen Aktion nicht verabschiedet werden³⁸, so sehen Michael Keller, seit 1947 Bischof in Münster, und Lorenz Jaeger mit seinem Seelsorgeamtsleiter Dr. Franz Hengsbach, dem späteren ersten Bischof des Bistums Essen, in der Katholischen Aktion eine Zukunftsperspektive.

32 Soester Anzeiger vom 8.6.2000.

33 Ludwig Volk (Bearb.): Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche in Deutschland 1933–1945, VI 1943–1945. Mainz 1985, Nr. 987a, S. 520.

34 Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS), P 175.16 (Sammlung Rocholl): Dekanatskonferenzen.

35 Wilhelm Damberg: Radikal katholische Laien an die Front! Beobachtungen zur Idee und Wirkungsgeschichte der katholischen Aktion. In: Köhler/ van Melis (wie Anm. 1), S. 142.

36 Damberg (wie Anm. 6), S. 223.

37 Ders.: Abschied vom Milieu. Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B, Bd. 79). Paderborn 1997, S. 111.

38 Ebd., S. 115.

Blicken wir nunmehr wieder nach Soest. Propst Völlmecke ernennt im Frühjahr 1946 Carl Schunck zum Vorsitzenden des Katholikenausschusses³⁹. Schunck nimmt sofort Kontakt zur Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft katholischer Laienwerke in Frankfurt auf, er abonniert das dort erscheinende Werkblatt und berichtet am 6. Januar 1947 an Dr. Englert, den Leiter der Geschäftsstelle in Frankfurt, über die bisherigen Aktivitäten in Soest. Man habe bisher in den drei Kommissionen Kultur, Erziehung und Politik gearbeitet. Schunck kann auf mehrere Vorträge mit dem Mainzer Kulturphilosophen Professor Anton Hilckmann, mit Pfarrer Dr. Lares, Frau Dr. Schlüter-Herkes und Dr. Eduard Stakemeier verweisen sowie auf die Bildung eines interkonfessionellen Arbeitskreises mit je einem geistlichen Berater. Im September 1947 besucht Schunck die Fürstenrieder Tagung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Laienwerke. Hier steht der Münchener Pastoraltheologe Prof. Dr. Pacher mit seinem Vortrag „Der Ruf der Kirche an die Laien“ im Mittelpunkt der Diskussion. Das Korreferat hält Dr. Benno Roegele, Heidelberg, später Chefredakteur des Rheinischen Merkurs und Professor in München.

Der Genehmigung der Satzung für die Katholikenausschüsse in der Erzdiözese Paderborn am 12. Mai 1948 geht eine Tagung unter Leitung von Dr. Franz Hengsbach in St. Meinolf im Arnsberger Wald voraus. Mit 20 Delegierten der Katholikenausschüsse des Bistums wird der Entwurf der Satzung diskutiert. Im Protokoll der Tagung heißt es, das Minderwertigkeitsgefühl der katholischen Laien müsse durch die Katholikenausschüsse überwunden werden; der Katholikenausschuss, nicht die Verbände sollten das kirchliche Leben nach außen repräsentieren. Es sei ausdrücklich der Wunsch des Erzbischofs, die „unmittelbare Einschaltung des Klerus auf ein Mindestmaß“ zu beschränken. In St. Meinolf wird ein sechsköpfiger Vorstand des Diözesankomitees gewählt, an der Spitze der Dortmunder Prof. Dr. med. Otto Graf, einer der drei Beisitzer Carl Schunck aus Soest. Im Oktober 1948 findet eine zweite Tagung in St. Meinolf mit dem Thema „Schule und Erziehung“ statt. Den Höhepunkt seiner Tätigkeit erreicht der Katholikenausschuss in Soest in der im folgenden Abschnitt dargestellten Veranstaltung „Christliche Kulturwoche Soest (2.–15. Mai 1948)“.

Am 10. und 26. September 1948 gibt Schunck die Namen der Mitglieder des Soester Katholikenausschusses in Paderborn bekannt und bittet um Bestätigung:

Ludwig Clemens, Rechtsanwalt und Notar, Soest, Schriftführer
 Evamaria Klein, Ehefrau, Soest
 Walter Klemann, Regierungsinspektor, Soest
 Wilhelm Sperlbaum, Schulrat, Soest
 Karl Klüner, Versicherungsvertreter, Katholischer Arbeiterverein
 Theodor Lindauer, Schreinermeister, Männersodalität
 Theodor Körtling, Schuhmachermeister, Kolping
 Wilhelm Zacha, Obersteuerinspektor, Vinzenzverein
 Elisabeth Faber, Lehrerin, Caritas und Elisabeth-Verein

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft im Soester Katholikenausschuss lädt im November und Dezember zu mehreren Themenabenden in den Zeichensaal der Patrokli-

39 PA Katholikenausschuss, Diözesankomitee und Werkhefte.

schule ein. Unter Leitung von Prof. Dr. Günter Küchenhoff, der als Vertriebener in Werl lebt und später Öffentliches Recht in Würzburg lehrt, werden Fragen einer neuen Betriebsverfassung, der gerechten Lohnfindung sowie das Problem der Entchristlichung und Wiederpersonalisierung der Arbeit diskutiert. Ebenfalls im Dezember schließt Chefredakteur Edmund Pesch mit einem Vortrag im Blauen Saal das Programm 1948 ab: „Tiefsinn und Schönheit der Liturgie“.

Für „Ite missa est – Werkblätter des Seelsorgeamtes und der Katholikenausschüsse des Erzbistums Paderborn“⁴⁰ erbittet Dr. Franz Hengsbach von Carl Schunck einen Bericht über die Arbeit der ersten Jahre in Soest. Schunck berichtet am 5. November 1948 von zahlreichen akademischen Vorträgen, von der Arbeit der Fachausschüsse und von der Christlichen Kulturwoche. Ungeklärt sei für ihn das Verhältnis zu den Verbänden. Versuche fruchtbarer Zusammenarbeit blieben häufig in den Anfängen stecken. Dem Katholikenausschuss fehle die „Verankerung in den Pfarrgemeinden“. Das Wirken des Carl Schunck muss unter dem Aspekt der Trauer um Kriegsopfer, der Sorge um das tägliche Überleben und der Linderung der unmittelbaren Not gesehen werden. Die gewohnten Formen kirchlichen Lebens und die caritativen Aktionen sind bereits in den Alltag der Katholiken eingedrungen, als Carl Schunck und seine Gesinnungsgefährten die Nachkriegssituation als Chance zur Erneuerung wahrzunehmen suchen. Gemeinsam mit einigen Bischöfen hatten sie die Erfahrung gemacht, dass das herkömmliche katholische Vereinswesen sich während des Dritten Reiches auch nicht als Bollwerk vor dem Ansturm der Gottlosigkeit erwiesen hatte⁴¹. Die Katholische Aktion im Erzbistum Paderborn setzt jetzt nach den Worten des Hauptinitiators Franz Hengsbach nicht nur auf christliches Handeln aus Vernunft und Gewissen allein, sondern vielmehr auf den „Anteil der Laien an dem hierarchischen Apostolat der Kirche, also an dem Amt, das Christus seinen Aposteln und ihren Nachfolgern übertragen hat“⁴². Diesem hohen Anspruch versucht in Soest der Katholikenausschuss durch Aufklärung und Schulung gerecht zu werden.



*Dr. Franz Hengsbach 1953,
1957 erster Bischof des
Bistums Essen*

40 Ite missa est – Werkblätter des Seelsorgeamtes und der Katholikenausschüsse des Erzbistums Paderborn, Folge 1 (November 1948) publiziert die Satzung für die Katholikenausschüsse, einen Artikel des Diözesanvorsitzenden Dr. Otto Graf und des Seelsorgeamtsleiters Dr. Franz Hengsbach. Folge 2 (November 1948) hat das Thema: „Die Verantwortung des katholischen Christen gegenüber Presse, Film und Funk“.

41 Blessing (wie Anm. 6), S. 108.

42 Franz Hengsbach: Auftrag und Grenze der actio catholica. In: Ite missa est (wie Anm. 40), Folge 1, S. 14.

Eine Bündelung der Interessen auch anderer katholischer Organisationen, die zu einem christlichen Mandat in der Öffentlichkeit geführt hätte, hat der Katholikenausschuss nicht erreicht. Während Propst Völlmecke im letzten Kriegsjahr durch seine Standespredigten in der Frauen- und Müttergemeinschaft methodisch die Katholische Aktion zu favorisieren scheint, agiert er in den Nachkriegsjahren zurückhaltender. Erst am 5. November 1948 beruft ihn Erzbischof Jaeger in den Katholikenausschuss, und zwar jetzt mit der besonderen Bitte, für die „rechten Mitarbeiter“ im Katholikenausschuss zu sorgen und auf „gute Zusammenarbeit“ mit dem Klerus hinzuwirken⁴³. Es ist sicher ein Verdienst des Katholikenausschusses in Soest, die Mithilfe der Laien an einer missionarischen Seelsorge versucht zu haben. Franz Hengsbach, mit dem Carl Schunck in engem brieflichen und persönlichen Kontakt steht, wird 1952 geistlicher Sekretär des jetzt neugegründeten Zentralkomitees der deutschen Katholiken, das bis heute die Interessen der katholischen Laienverbände innerhalb und außerhalb der Kirche vertritt. In dem nachkonziliaren Pfarrgemeinderat eine späte Nachwirkung des Katholikenausschusses der Nachkriegszeit zu sehen, erscheint uns wenig überzeugend. Carl Schunck hätte sich nach einem Konzil wohl von einem Laiengremium mehr Antrieb und Außenwirkung erhofft. Von Initiativen der Katholischen Aktion in Soest ist nach dem Tode von Carl Schunck 1949 nicht mehr die Rede.

Zuversichtliche Aufbauarbeit: Christliche Kulturwoche 1948

Als sich im November 1947 ein Arbeitsausschuss konstituiert, um im kommenden Jahr die Wiederbenutzung der evangelischen Petrikirche und des katholischen Patroklidoms gemeinsam zu feiern, lassen sich Anspruchsniveau und Begeisterung nicht voraussehen, mit der die „Christliche Kulturwoche“ zwischen Himmelfahrt und Pfingsten 1948 erlebt wird. „Religiöse Feiern beider Konfessionen, bildende Kunst, Bühne, Musik und kulturpolitische Kundgebungen wetteifern, den Reichtum des christlich- abendländischen Geistesgutes zu feiern und wegweisend an den Anfang einer zuversichtlichen Aufbauarbeit zu stellen“, so schreibt die Westfalenpost⁴⁴. Zu dem Ausschuss unter Vorsitz von Carl Schunck (Katholikenausschuss) gehören als Vertreter der beiden Kirchen und der Stadt Soest die Herren Superintendent Clarenbach, Regierungsbaurat Dampleff, Petripfarrer Freytag, Studienrat Tometten, Studienrat Gaupp, Stadtbaurat Schäfer, Verkehrsamtsleiter Hilse und Regierungsinspektor Klemann⁴⁵.

Wie das im Druck erschienene Programm der Christlichen Kulturwoche ausweist, gelingt es dem Ausschuss, die in der Soester Kulturszene engagierten Gruppen und Personen zur aktiven Mitarbeit zu bewegen. Sie tragen die beweglichen Werke der bildenden Kunst aus den wiedererstehenden Kirchen in die Ausstellungsräume im Rathaus und in der Ressource, sie singen bei der dreimaligen Aufführung des „Messias“ in der Hohnekirche unter Leitung von Musikdirektor Dr. Ludwig Kraus mit

43 PA Katholikenausschuss.

44 Edmund Pesch, Westfalenpost vom 3.5.1948.

45 StAS D 1097. Es handelt sich um die Handakte des Verkehrsamtsleiters Hilse, der auch die zitierten Zeitungsartikel aufbewahrt hat.

und lassen sich von der Kunstring-Bühne unter Leitung von Julius Neuhaus mit dem biblischen Zeitstück „Das Zeichen des Jonas“ (Günter Rutenborn) begeistern. Für die Ausstellung „Christliche Kunst der Gegenwart“ werden die Bedingungen der Beteiligung selbstbewusst ausgeschrieben. Mehr als 50 Künstler präsentieren ihre Arbeiten in Form von Originalen oder Entwurfsunterlagen der Jury, der außer den Soestern Schunck, Dambieff, Schäfer und Schulze-Sölde noch Pastor Dr. Girkon, Prof. Hoff, Werkschule Köln, Dr. Rave, Provinzialkonservator, Prof. Wendling (Köln) und Goldschmied Timpel angehören. Edmund Pesch sieht in dieser neuen christlichen Kunst die selbstbewusste Überwindung des Malerischen im Sinne von Historismus und Akademikertum. Die „befreiende und glückliche Heiterkeit des Geistes“ ist nach Pesch den Künstlern seiner Tage noch nicht vergönnt, sie ringen mit sich und der Welt und erheben an die Stelle von Phantasieprodukten missverständener Frömmigkeit wieder den tiefen geheimnisvollen Dreiklang von Realität, Überwindung – und Ärgernis.⁴⁶

Die Reihe der öffentlichen Vorträge der Christlichen Kulturwoche eröffnet Prof. Konrad (Münster). Sie wird fortgesetzt von Prof. Ermecke (Paderborn) und Prof. Stier (Münster). Sie endet in dem Auftritt von Oswald von Nell-Breuning SJ in Soest: „Sozialer Neuaufbau aus christlicher Verantwortung“. Der Mitarbeiter der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo Anno greift bewusst den von Marx entfaltenen Widerstreit von Kapital und Proletariat auf, kritisiert die Lösung des Widerstreits durch die Kommunisten und Nationalsozialisten und plädiert angesichts der sich entwickelnden Mittelstandsgesellschaft für die Suche nach neuen Formen der sozialen Gliederung und Auseinandersetzung. Der sozialpolitisch argumentierende Theologe von Nell-Breuning lenkt während der Christlichen Kulturwoche die Blicke der Soester auf die Zukunft, ebenso die Sprecher im Rahmen der ökumenischen Kundgebung auf dem Petrikirchhof. Dr. Oelze (Westfälische Frauenhilfe) ermuntert zur Überwindung „kleinlicher Eifersüchteleien“ zwischen den Konfessionen und ruft zu dem gegenseitigen Zugeständnis auf, „dass einer jeden Kirche Wahrheit gegeben sei“⁴⁷. Studentenfarrer Schmitt (Münster) fügt in seinem Appell hinzu, der Weg der Einheit im Glauben könne nur einer sein: uns noch mehr kennenlernen und ernst zu nehmen in unserer Haltung. Die liberalistisch-bürgerliche Art, alles zu vermengen, sei der größte Feind dieser Einheit.

Nach der Niederschrift der Arbeitsausschusssitzung vom 7. Juni 1948 beteuern die Mitglieder den Erfolg der Christlichen Kulturwoche und ihre Zufriedenheit, bedauern allerdings die zu geringe Resonanz bei der Jugend. Die ökumenischen Veranstaltungen hätten doch besser besucht sein können, meint Pastor Freytag, das Wort „ökumenisch“ sei offensichtlich noch wenig bekannt. Der Arbeit des Katholikenausschusses bleibt das Verdienst, über die konfessionellen Grenzen hinweg entschlossen die abendländische Kunsttradition bewusst gemacht und durch christliche Gegenwartskunst und Vorträge auf die Neugestaltung vor der Währungsreform und noch während der Besatzungszeit verwiesen zu haben.

46 Edmund Pesch, Westfalenpost vom 4.5.1948.

47 Westfalenpost vom 11.5.1948.

Vergewisserung durch Vortragsreihen

Die im Patrokliarchiv aufbewahrte chronikalische fünfzehnseitige Übersicht 1944–1952 überliefert die in der Gemeinde und den Vereinen gehaltenen Vorträge. Wir ergänzen diese um die Vortragsveranstaltungen des Katholikenausschusses. Über Frequenz und Akzeptanz der Vorträge lassen sich keine Aussagen machen, wohl aber über die Themen und die Auswahl der Referenten⁴⁸:

- 15.7.45 Dr. Theodor Prange, Regierungsvizepräsident, für Männer und Jungmänner: Die Stellung des katholischen Menschen in der heutigen Volksgemeinschaft, seine Pflichten und seine Verantwortung
- 2.46 Dr. Johannes Hirschmann SJ, Frankfurt, für Männer und Jungmänner: Grundsätzliches zum Neuaufbau unseres öffentlichen Lebens aus katholischer Sicht
- 3.46 Pater Fritz Pieper SJ, Düsseldorf: Gott bleibt gerecht – auch heute
- 31.3.46 Prof. Dr. Bernhard Rosenmöller: Die Würde des Christenmenschen
- 4.46 Pater Anton Freiburg SJ: Sollen wir lieben oder hassen?
- 5.46 Pater Fritz Pieper SJ, Düsseldorf:
Wir glauben weiter an den alten Gott
- Mai 46 Prof. Dr. Anton Hilckmann, Mainz, Katholikenausschuss:
Die Grundlagen des Abendlandes
- 9.46 Pater Dr. Edgar Nawroth OP, für Männer und Jungmänner:
Wie steht heute der Christ in der Schicksalsgemeinschaft seines Volkes?
- 9.46 Pater Dr. Edgar Nawroth OP, Walberberg:
Wie stellen wir den Staat in die christliche Neuordnung unserer Zukunft?
- 9.46 Pater Dr. Edgar Nawroth OP, Walberberg:
Kämpft das Christentum um eine soziale Gerechtigkeit?
- 8.10.46 Pater Heinrich Kremer SDB, für Frauen und Mütter:
Die Mutter als Erzieherin ihrer Kinder
- 28.10.46 Frau Gallina Berkenkopf:
Die Kirche im heutigen Russland
- 29.10.46 Pater Fritz Pieper SJ, Düsseldorf:
Versuch der totalen Vernichtung des Christentums
- 30.10.46 Das neue staatliche Eherecht
- 20.11.46 Dr. Maria Schlüter-Hermkes, Katholikenausschuss:
Die Polarität von Mann und Frau im geistigen Leben
- 26.11.46 Pater Ferdinand Kasper SJ: Hat Gottes Vorsehung versagt?
- 12.46 Prof. Dr. Eduard Stakemeier, Paderborn:
Die Christusfrage in der Gegenwart
- 1.47 Prof. Dr. Anton Hilckmann, Mainz: Sinn des Glücks

⁴⁸ PA Chronik, Katholikenausschuss, Werkhefte.

- 2.47 Pater Anton Freiburg SJ: Katholische Toleranz – gestern und heute
- 2.47 Pater Fritz Pieper SJ, Düsseldorf: Unsterblichkeit – Ewiges Leben?
- 3.47 Pater Ferdinand Kasper SJ: Warum lässt Gott die Unschuld leiden?
- 4.47 Prof. Dr. Erich Küchenhoff, Werl, Katholikenausschuss:
Naturrecht und Christentum
- 22./23.47 Prof. Dr. Josef Lortz, Münster, Katholikenausschuss:
Die Reformation als religiöses Anliegen heute
- 24.6.47 Pater Fritz Pieper SJ, Düsseldorf:
Erschütterte Welt! Auch erschüttertes Christentum?
- 7.47 Prof. Dr. Alfred Neuß, Bonn, Katholikenausschuss:
Das christliche Mittelalter
- 17.10.47 Dr. Willemssen, Katholikenausschuss:
Dämonie, Utopie und das Christentum
- 21.11.47 Pater Dr. Ditmar OFM, Domprediger zu Paderborn:
Der hl. Franz von Assisi
- 5.48 Prof. Dr. Konrad, Münster, Christliche Kulturwoche:
Christliche Kultur heute
- 5.48 Museumsdirektor Dr. Walter Borchers, Osnabrück, Christliche
Kulturwoche: Christliche Kunst heute
- 5.48 Prof. Dr. Gustav Ermecke, Paderborn, Christliche Kulturwoche:
Rettung des Abendlandes
- 5.48 Prof. Dr. Hans-Erich Stier, Münster, Christliche Kulturwoche:
Die geistige Welt des Abendlandes und der heutige Mensch
- 5.48 Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning SJ, Frankfurt, Christliche
Kulturwoche: Sozialer Neuaufbau aus christlicher Verantwortung
- 29.6.-3.7.48 Prior Donatus Hoffmann, für Männer und Jungmänner:
Vorträge als Vorbereitung auf das Dombaufest
- 24./25.9.48 Prior Donatus Hoffmann, für Männer und Jungmänner:
Die kirchliche Sendung des katholischen Mannes in die heutige Zeit
- 11.48 Prof. Dr. Erich Küchenhoff, Katholikenausschuss:
Der heimatlose Mensch
- 1.49 Generalvikar Dr. Friedrich Maria Rinteln, Paderborn:
Das Ringen um den Gottesbegriff in der abendländischen
Geistesgeschichte
- 3.49 Prof. Dr. Hans Peters, Köln, Katholikenausschuss:
Der Dom zu Köln – Bau und Bild
- 9.49 Domkapitular Peter Buchholz, Berlin:
Helden und Heilige unserer Tage
- 1.50 Ruhrkaplan Carl Klinkhammer: Moskau – Potsdam – Golgotha
- 10.50 Pater Konsten: Ursachen der Familien- und Jugendgefährdung
und Wege zur Überwindung

Ob die thematischen Angebote der Referenten den Erwartungen der Soester Katholiken entsprochen haben, können wir nicht zuverlässig ermitteln, zumal die Zeitungen vom Verlauf der Veranstaltungen kaum berichten. Die Dichte allerdings, mit der die Themenkreise Abendland, Gottesfrage und Neuordnung wiederholt und unter unterschiedlichen Aspekten auftauchen, spricht für eine positive Resonanz. Aus der Kenntnis der Redner und der Kernbegriffe der Themen lassen sich über die inhaltliche Orientierung nur Vermutungen anstellen. Wenn der Althistoriker Stier, der Mediävist Neuß und der Kulturphilosoph Hileckmann von christlichem Abendland sprechen, haben sie die platonische Staatsidee, den römischen Verfassungsstaat und die mittelalterliche Transzendenz Erfahrung im Auge, die Grundlagen westeuropäischer Staaten, die von den Nationalsozialisten pervertiert worden sind. Eher fundamentaltheologisch mögen die Jesuitenpatres Pieper, Freiburg und Kasper argumentiert haben, wenn sie über das Versagen der Vorsehung, über die Gerechtigkeit Gottes, über Theodizee und die Unsterblichkeit sprechen. Mit den Jesuiten Hirschmann und von Nell-Breuning und dem Dominikaner Nawroth treten in Soest sozialpolitisch aktive Theologen der ersten Stunde auf. Sie wirken durch ihre Vorträge, Bücher und akademische Lehre unmittelbar an der Erarbeitung einer neuen Gesellschaftspolitik mit und gelten später als Sachverständige und theologische Begleiter der jungen Bundesrepublik. Man scheint in Soest – dies legt die dichte Vortragsfolge der Nachkriegsjahre nahe – die Notwendigkeit einer historischen Grundlegung und eines politisch-religiösen Neubeginns zu spüren, wenn nicht sogar in Angriff nehmen zu wollen. Die Menschen sind offenbar getragen von der „erschütterten Welt“ (Vortrag Fritz Pieper), gleichzeitig aber auch beseelt von der „Verkündigung“ des christlichen Existenzialisten Paul Claudel, dessen Theaterstück in der Christlichen Kulturwoche im Mai 1948 auf die Bühne gelangt.

Aus der Opferrolle zum Aufbruch im eigenen Milieu

Deutlicher als durch die Jubiläumswoche „Tausend Jahre Patroklidom“ vom 4.-11. Juli 1954 lässt sich für die Patrokligemeinde das zunehmend spürbare Ende der Nachkriegszeit kaum markieren⁴⁹. Historische Vorträge zur Geschichte des Patroklitifts (Dr. Schwartz), zur künstlerischen Architektur des Gotteshauses (Prof. Rosemann, Göttingen) und seiner Symbolik (Domvikar Hoster, Köln) erhellen die Soester Kirchen- und Kunstgeschichte. Volkslied und Volkstanz auf dem Petrikirchplatz, Gastspiel der Städtischen Bühnen Münster und der Nordwestdeutschen Philharmonie Herford unter Walter Schulten im Burgtheater und die „Ausstellung zeitgenössischer religiöser Kunst“ im Blauen Saal sprechen alle Soester Mitbürger an. Nicht zuletzt die Jugendkundgebung „Gottes Haus und Gottes Reich“ mit Professor Theoderich Kampmann, Paderborn, und schließlich die Missa Solemnis von Ludwig van Beethoven mit vier Solisten, dem Chor des Städtischen Musikvereins und dem Städtischen Orchester Bochum zum Abschluss der Festwoche im Patroklidom lassen den Eindruck aufkommen, als sei tatsächlich ein später innerer Sieg zu feiern. Jedenfalls scheinen Trauer und Not, Verluste und Entbehrungen der ers-

⁴⁹ StAS, P 175.33 (Sammlung Rocholl): Programm der Festwoche und lokale Zeitungsberichte.

ten Nachkriegsjahre überwunden zu sein. Von den dunklen Schatten der Nazi-Zeit ist in der breiten Berichterstattung der lokalen Presse nicht die Rede.

Blickt man vom Ende der Nachkriegszeit aus, von der Tausendjahrfeier 1954 auf die Jahre der Not 1945/46, auf das anfängliche Chaos, auf Zerstörung und Hunger, auf die Toten in fast jeder Familie, auf die Trümmerfrauen, Flüchtlinge und Heimatvertriebenen⁵⁰, so wird man dennoch nicht von einer „Stunde Null“ im Sinne eines schroffen Absturzes ins Nichts, wohl aber von einem entschlossenen Aufbruch sprechen können. „Wohl ist diese Zeit groß in der Leistung, aber auch groß und grausam in der Zerstörung“, sagt Propst Völlmecke in der Monatspredigt Februar 1945 in der Frauen- und Müttergemeinschaft⁵¹

und schreibt im März an den Paderborner Bischof, die Gemeinde trage die neuen Prüfungen mit Ergebenheit in Gottes heiligem Willen, wenn sie ihre Gottesdienste im Pfarrheim und im Leo-Waisenhaus abhalten müsse, da der Dom zur Zeit nicht brauchbar sei⁵².

Die Hinnahme der Opferrolle verbunden mit einer leisen Anklage ist 1948 in der Patrokligemeinde einem Selbstbewusstsein gewichen, das sich nicht zuletzt aus dem gelungenen Wiederaufbau des Doms erklärt. In der Festschrift zur Altarweihe von 1948 melden sich die Hauptverantwortlichen zu Wort. Dr. Hubertus Schwartz zeichnet die vier mittelalterlichen Bauperioden des Domes auf, Dr. Hans Thümmeler, Universität Münster, öffnet den Horizont der ottonischen Baukunst, Studienrat Dr. Wilhelm Dietrich berichtet über die Zerstörung, Oberbaurat Heinrich Schäfer stellt den Wiederaufbau dar. Propst Carl Völlmecke nimmt einleitend die Gelegenheit wahr, einerseits von der Glaubensarmut und Glaubensscheu zu sprechen, an-



Ökumenische Kundgebung auf dem Petrikirchplatz im Mai 1948

50 Jörg Kornacker, Peter Stockmann: „Das Volk, das im Dunklen lebt, sieht ein helles Licht.“ Katholische Kirche im Deutschland der Nachkriegszeit – eine Einführung. In: Dies. (Hrsg.): Katholische Kirche im Deutschland der Nachkriegszeit. Hamburg 2004, S. 1f.

51 PA Protokollbuch der Frauen- und Müttergemeinschaft, S. 160.

52 PA Wiederaufbau.



Oswald von Nell-Breuning SJ

dererseits das äußere Zerstörungswerk als Folge langjähriger und planmäßiger Ausrottung christlichen Glaubens in den Seelen der Menschen zu deuten⁵³. Von Verantwortung für ein äußeres und inneres Gelingen des Aufbruchs ist aber 1954 nicht mehr vorrangig die Rede. Die Festschrift zur Tausendjahrfeier dokumentiert den Patrokli-Dom, seine architektonische Gestalt und seine ehemalige malerische Ausstattung im Haupt- und nördlichen Nebenchor. Sie begleitet und kommentiert das historische Bauwerk mit anspruchsvollen, z. T. künstlerisch verdichteten Texten, die sich auf den kunsthistorischen Rang (Wilhelm Pinder, Georg Dehio, Wilhelm Lübke), aber vor allem auch auf die „geistige Situation der Zeit“ (Karl Jaspers) beziehen⁵⁴. Mit Gertrud von Le Fort († 1971), Theodor Haecker († 1945), Leon Bloy († 1917), Walter Nigg (†

1988), Max Picard († 1965) und Reinhold Schneider († 1958) werden Schriftsteller und Philosophen zitiert, die in ihren Werken aus der Erfahrung des Unheils ihrer Epoche auf das Wesenhaft-Unvergängliche verweisen. Die heilsgeschichtliche Sendung in der christlichen Botschaft darf nicht in Vergessenheit geraten. Sie schwingt in den von Walter Klemann ausgewählten Texten mit, wenn z. B. Gertrud von Le Fort von den Heiligen als Heiden fremder Länder spricht, wenn Walter Nigg im Patrokli-Dom den Ruf zum symbolischen Denken vernimmt, wenn Leon Bloy das Mittelalter als eine Zeit der Ekstase in Anbetung und Schrecken jetzt in die Gegenwart ruft. Die Festschrift zur Jahrtausendfeier macht jedenfalls den Versuch, durch das Bekenntnis eigenständiger zeitgenössischer Denker die christlich-abendländische Tradition einzuholen.

Die Zuversicht und das Selbstbewusstsein, mit denen die Katholiken der Patrokli-gemeinde 1954 in die Zukunft blicken – der Einbanddeckel der Festschrift 1954 zeigt St. Patroklos mit den Attributen Schwert und Schild –, waren, wie wir gesehen haben, 1945 grundsätzlich im Bereich des gottesdienstlichen und gemeindlichen Lebens nicht ganz geschwunden. Der liturgische Rahmen des Kirchenjahres, die Dichte und Regelmäßigkeit der Messfeiern und Andachten, improvisierte Sakralräume, Sakramentenempfang und Patronatsfeste vermitteln den Eindruck, dass sich das religiöse Ritual in selbstverständlicher Kontinuität vollzieht und die Kirche vor Ort eine ungebrochene Position auch bei der Besatzungsmacht einnimmt⁵⁵. So protestiert Propst Völlmecke am 5. November 1946 beim Landrat gegen die Regelung, den 31. Oktober, nicht den 1. November auch als staatlichen Feiertag begehen zu lassen. Unsicherheit bestehe auch in der Öffnung der Geschäfte am Fronleichnam-

53 St. Patrokli in Soest. Beiträge aus Anlass der Wiederherstellung des tausendjährigen Domes am Hellweg nach seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Münster 1948.

54 Stadt Soest (Hrsg.): Tausend Jahre St. Patrokli-Dom. Soest 1954.

55 Blessing (wie Anm. 6), S. 61.

tag. Noch 1950 erbittet Propst Völlmecke vom Oberkreisdirektor eine verbindliche Regelung für die Öffnung der Geschäfte der evangelischen und katholischen Inhaber an diesem Tag⁵⁶.

Katholisches Milieu, wie es Thomas Nipperdey für die Kaiserzeit überzeugend dargestellt hat, stellt sich 1945/46 nunmehr offen und selbstbewusst ein, nachdem kirchliches Wirken während der zwölfjährigen NS-Zeit auf die Ebene der Pfarrei und Pfarrseelsorge eingedämmt worden war⁵⁷. Wenn nach Nipperdey katholische Vereine und Verbände mit ihren Presseorganen, mit ihrer Teilnahme am kulturellen Leben vor Ort und ihrer Fortbildungs- und Aufstiegsfunktion für Vorsitzende „Religion und Moral der Tradition gegen alle Gefahren säkularer Desorientierung sichern“, wurde bereits 1900 den Laien in der Kirche eine Chance geboten, den Weg der Katholiken in die Moderne mitzugestalten⁵⁸. Das Protokollbuch der Frauen- und Müttergemeinschaft spiegelt uns mit der Wiedergabe der monatlichen Predigten des Propstes und dem Bericht über weitere Aktionen der Helferinnen unmittelbar ein Milieu, in dem nach der bekannten Definition eine „abgrenzbare Personengruppe als Träger kollektiver Sinndeutung von Wirklichkeit“ anzusprechen ist, in diesem Falle verbunden mit gelebter Kirchlichkeit und Alltagsfrömmigkeit⁵⁹. Diese kollektive Sinndeutung bestätigen die Vorträge für Männer und Jungmänner 1945/46 ebenso wie die Rundschreiben des KKV oder die frühen Hirtenworte der Bischöfe. Nimmt man die sechs in der Patrokligemeinde arbeitenden Geistlichen, den Propst, drei Vikare und zwei geistliche Studienräte, als eine kleine Elitegruppe hinzu, bedenkt man ferner, mit welchem Eifer die katholischen Kindergärten neu betrieben werden, so stellen sich damit weitere Merkmale des katholischen Milieus in der Nachkriegszeit ein. Jugendarbeit, die hier nicht näher betrachtet wird, und Kirchenbesuch, katholisch geprägte Vereinsarbeit und seelsorgliche Betreuung schrumpfen erst mit Beginn der 60er Jahre⁶⁰. Noch 1957 scheint man in Soest mit der Neugründung der Pfarrei St. Albertus Magnus auf ein zunehmendes Bedürfnis nach kirchlicher Betreuung und Geborgenheit zu reagieren⁶¹. Von Transformation und Pluralisierung des Katholizismus seit den 60er Jahren spricht der Religionssozio-

56 PA Kirchliche Feiertage.

57 Damberg (wie Anm. 6), S. 278f.

58 Nipperdey (wie Anm. 26), S. 440.

59 Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (wie Anm. 27), S. 606; Ulrich von Hehl: Zeitgeschichtliche Katholizismusforschung. Versuch einer Standortbestimmung. In: Hummel (wie Anm. 25), S. 21.

60 Karl Gabriel: Die Katholiken in den 50er Jahren: Restauration, Modernisierung und beginnende Auflösung des konfessionellen Milieus. In: Axel Schild, Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Hamburg 1993, S. 416–432. Die Schrumpfung des Katholischen Milieus liegt im gesamtgesellschaftlichen Wandel der 60er Jahre begründet. Sie wird hier nicht weiter erläutert.

61 Die Pfarrei St. Bruno entsteht bereits 1941 als Pfarrvikarie, die Pfarrei Hl. Kreuz wird 1987 gegründet. Die kirchliche Nachkriegszeit im Süden der Stadt dokumentiert die Festschrift: Barbara Köster, Dorothea Simon: St. Bruno in Soest. Portrait einer Gemeinde ... es begann Anno Domini 1928. Soest 2006.



Prozession anlässlich der 1000-Jahrfeier von St. Patrokli mit Erzbischof Jaeger im Juli 1954

loge Michael Ebertz und benennt sechs Hauptströmungen, die das katholische Milieu seit den späten 60er Jahren sprengen⁶².

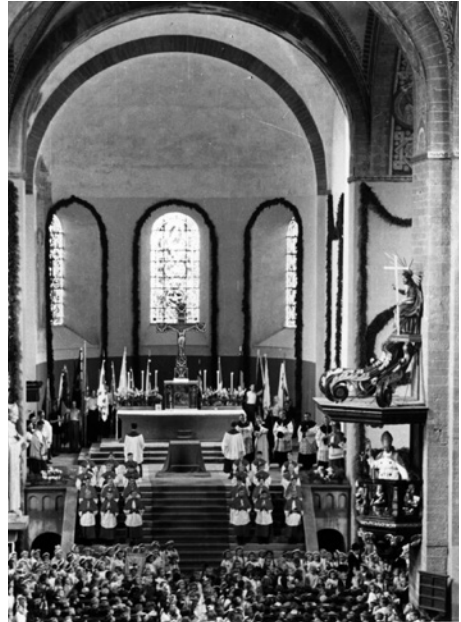
Wenn auch dem Katholikenausschuss mit seinem Vorsitzenden Carl Schunck und dessen intensiven Beziehungen zur Katholischen Aktion auf der Di  zesanebene keine dauerhafte Wirkung beschieden ist, wird er doch von den Vereinen und Verbänden überholt, von Geistlichen nur zaghaft unterstützt und von der vorkonziliaren Theologie offenbar wenig bemerkt, so bleibt doch das Verdienst, längerfristig ausgerichtete, gesamtgesellschaftlich relevante Fragen angesprochen und sie als dringliche Aufgabe der Laien in der Kirche vorgestellt zu haben. Antworten und Lösungen kann sich der Katholikenausschuss im Erzbistum Paderborn nur mit der kirchlichen Hierarchie vorstellen. Die Relevanz jedenfalls belegt ein Blick auf die Themen der Vorträge in den Nachkriegsjahren: „Die Christusfrage in der Gegenwart, Das Ringen um die Gottesfrage, Kämpft das Christentum um eine soziale Gerechtigkeit? Naturrecht und Christentum.“ Diese Themen lassen sich mit dem Motto Rechristianisierung, mit dem die Kirche in den 50er Jahren fast fundamentalistisch auftrumpft⁶³, kaum angemessen erfassen. Der Kalte Krieg und der damit

62 Michael N. Ebertz: Transformation und Pluralisierung des Katholizismus. Anmerkungen und Thesen aus soziologischer Perspektive. In: Hummel (wie Anm. 25), S. 156-164. Ebertz unterscheidet katholischen Parochialismus, Erneuerungsaktivismus, Fundamentalismus, spirituellen und gesellschaftspolitischen Katholizismus und schließlich privatisierten Kulturkatholizismus; vgl. auch Urs Altermatt: Plädoyer für eine Kulturgeschichte des Katholizismus, in: Hummel (wie Anm. 25), S. 183f.

63 Gabriel (wie Anm. 60), S. 425; Damberg (wie Anm. 25), S. 124; Andreas Holzem, Erinnerungstreit und Erinnerungsrecht: Katholiken und Protestanten deuten Krieg und Diktatur in span-

verbundene Antikommunismus machen das Motto Rechristianisierung so aktuell⁶⁴. Es bedarf erst des konziliaren Aufbruchs der 60er Jahre, eines neuen Kirchenverständnisses, um die katholische Welt für den gesellschaftlichen Wandel zu sensibilisieren und eine Erneuerungsbereitschaft auch bei den Gläubigen zu wecken.

Wenn wir unseren Beitrag „Sieger in Trümmern?“ überschrieben haben, meinen wir nicht ein Überlegenheitsgefühl der Soester Katholiken gegenüber anderen Gruppen, sondern vielmehr die Erfahrung der Bestätigung des eigenen Weltbildes und damit auch den „Selbstfreispruch von der Mitverantwortung an der Fehlentwicklung“ seit 1933⁶⁵. Die katholische Kirche hatte die NS-Zeit institutionell und politisch-moralisch recht unbeschadet überstanden, ja man kann mit der neueren Forschung sagen, sie glaubte, den weltanschaulichen Kampf mit der NS-Ideologie siegreich überwunden zu haben⁶⁶. Im Hirtenwort der westdeutschen Bischöfe vom 13. August 1945, das im Patrokliarchiv bewahrt wird und auch verlesen worden ist, spiegelt sich diese moralische Selbstbehauptung, allerdings mit Ansätzen der Selbstkritik. Viele Deutsche auch aus den eigenen Reihen seien für die NS-Ideologie empfänglich gewesen, viele hätten sich gegenüber den begangenen Verbrechen gleichgültig gezeigt oder sich gar offen an ihnen beteiligt. Von einem Versagen der Bischöfe oder dem Massenmord an den Juden wird nicht gesprochen⁶⁷. Die entschlossene Mitarbeit an der Beseitigung der unmittelbaren Kriegsfolgen wie Wiederaufbau und Sorge um Kriegsoffer im weitesten Sinn lässt in den ersten Nachkriegsjahren die Erinnerung an eigenes Fehlverhalten während der Nazi-Zeit, an den Dauerzwang zur Anpassung oder auch an Situationen partieller Verweigerung verblassen⁶⁸.



Hochamt in St. Patrokli anlässlich der 1000-Jahrfeier St. Patrokli mit Erzbischof Jaeger im Juli 1954

nungsreicher Unterschiedlichkeit. In: Ders., Christoph Holzapfel (Hrsg.): Zwischen Kriegs- und Diktaturerfahrung. Katholizismus und Protestantismus in der Nachkriegszeit (Konfession und Gesellschaft. 34). Stuttgart 2005, S. 24.

64 Martin Greschat: Die Kirchen in den beiden deutschen Staaten nach 1945. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1991), S. 269.

65 Blessing (wie Anm. 6), S. 68; Damberg (wie Anm. 6), S. 313.

66 Karl-Joseph Hummel, Kirche und Katholiken im Dritten Reich. In: Ders. (wie Anm. 25), S. 63.

67 PA Hirtenbriefe; Volk (wie Anm. 33), S. 657; Josef Schmid: Verdrängungen, Instrumentalisierungen und einzelne Einsichten. Die frühe Schulddebatte. In: Arno Surminski (Vorw): Der Neubeginn. Deutschland zwischen 1945 und 1949. Hamburg 2005, S. 146.

68 Blessing (wie Anm. 6), S. 108. Die Verfolgung des Widerstandes katholischer Geistlicher in Soest,

„Hinter der Not unserer Zeit stehen Sünde und Schuld, die Sühne fordern“, heißt es im Protokollbuch der Frauen- und Müttergemeinschaft im Februar 1945, und im September 1946 schreibt die Protokollantin der Standespredigt: „Dass wir diese Zeit erkennen müssen als eine Heimsuchung, die uns lehren soll, dass alle Unternehmen, die nicht auf Gott und die Religion gegründet sind, in die Irre gehen.“⁶⁹ Die Deutung des Krieges als Heimsuchung und Strafe Gottes, als Prüfung des Vaterlandes⁷⁰, die mit den Worten des Kardinals von Galen am 8. Juli 1945 dennoch „Rettung, künftiges Heil, Wiederaufbau und Wiederaufstieg“ erwarten lässt⁷¹, tritt neben die Erfahrung des inneren Sieges.

Im Dezember 1947 ist in der Ausschreibung zur Beteiligung an der Ausstellung „Christliche Kunst“ von den „barbarischen Zerstörungen“ in den Soester Kirchen die Rede⁷². Studienrat Dr. Wilhelm Dietrich spricht 1948 von dem „grausamen Vernichtungskrieg“, der den Patrokliedom getroffen habe⁷³. Dr. Max Barella schreibt zu Pfingsten 1946 von der „eisigen gottlosen Welt“, in der die Menschen gegenüber den Schwestern und Brüdern in Not stumpf geworden seien⁷⁴. Wenn schließlich Dr. Wolf-Herbert Deus 1951 angesichts der 150 Toten der drei Bombenangriffe im Winter 1944/45 vom „Zerstörungswerk des Krieges in der Heimat“ spricht, begegnet uns eine dritte Deutung des Krieges und der Nachkriegszeit in Soest. Die Menschen erfahren sich als Opfer einer satanischen Zerstörungswut, gleichsam vom dämonischen Führer der Bewegung verführt und damit ein Stück weit entlastet⁷⁵.

Die im Patrokliarchiv sichtbar gewordene Deutung von Kriegsende und Neubeginn als innerer Sieg, als Strafergericht und dämonische Verfolgung und Zerstörung bedarf der Ergänzung um weitere Perspektiven, wenn man Kontinuität und Wandel in den Nachkriegsjahren unter dem Anspruch einer angemessenen Historisierung gerecht werden will. Das Leiden unter dem Bombenkrieg (Jörg Friedrich 2002) und die große Zahl der willigen Vollstrecker (Daniel J. Goldhagen 1996) sind ebenso zu bedenken wie die erstmalige Deutung des 8. Mai 1945 als Befreiung am 40. Jahrestag durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Wenn wir die Vielschichtigkeit der Entscheidungen und Entwicklungen auch auf der lokalen Ebene erfahren und erforschen, verlieren die Charakterisierungen wie „Die deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke), Umbruchgesellschaft (Martin Broszat), Religiöser Frühling (Werner K. Blessing) oder „Stunde Null“⁷⁶, mit der die Vergangenheit oftmals ab-

insbesondere der aus dem Dienst entlassenen beiden Religionslehrer Dr. Bernhard Heinemann und Joseph Jansen, ist neuerdings dokumentiert bei Gerhard Köhn: *Soest in alten Bildern*, Bd. 4, 2: *Soest im Nationalsozialismus*. Soest 2006, S. 702-712.

69 PA Protokollbuch Frauen- und Müttergemeinschaft, S. 160, 182.

70 Ebd. Juli 1945, S. 162: „Der hochwürdige Herr Präses sprach zur Einstimmung von der rechten Einstellung zu dem Zeitgeschehen, das so viel Not und Tod und Heimatlosigkeit über unser schwer geprüftes Vaterland brachte.“

71 Damberg, (wie Anm. 6), S. 314; Holzem (wie Anm. 63), S. 21.

72 StAS D 1097.

73 St. Patrokli in Soest (wie Anm. 53), S. 36.

74 PA Vinzenzverein.

75 Hummel (wie Anm. 66), S. 75.

76 Die Stunde Null lässt sich allenfalls als Metapher mit drei Gesichtern verstehen. Sie meint dann 1. die Besatzungspolitik der Alliierten, die Schließung oder vorübergehende Stilllegung der wich-



Einweihung des Patroklidoms in Soest mit Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger, Paderborn.

getan wird, die „Aura der Undurchdringlichkeit“ und damit das Dritte Reich seine vielfach blockartig erstarrte Unzugänglichkeit⁷⁷. „Stets gewinnt 'das Erlebnis', zum Objekt gemacht, Perspektiven und Zusammenhänge, die im 'Erleben' eben nicht bewusst werden“ (Max Weber)⁷⁸.

tigsten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, 2. den materiellen und physischen Zusammenbruch und 3. Hoffnung und Aufbruch; Heinrich Jaenecke: Absturz und Aufstieg: Die Stunde Null. In: Surminski (wie Anm. 67), S. 30f.

77 Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 40-41 (2003) S. 12.f.

78 Zitiert nach Hockerts (wie Anm. 7), S. 20.

ILSE MAAS-STEINHOFF

BEKENNTNIS, TRADITION UND NOTHILFE

DIE SOESTER EVANGELISCHEN KIRCHENGEMEINDEN IN DER NACHKRIEGSZEIT (1945–1950)

Auf der Rückseite einer maschinenschriftlichen Trauerbotschaft richtete Superintendent Clarenbach am 9. Juni 1945 ein Schreiben an einen auswärtigen Amtsbruder. Darin führte er ihm, ohne das Kriegsende als Zäsur zur Sprache zu bringen, die Bombenschäden in seinem Kirchenkreis auf¹. Das Ende der Kampfhandlungen lag hier zwei Monate zurück, am 6./7. April war das 377. Infanterieregiment der 9. US-Armee Soest einmarschiert, vier Wochen später hatten Briten das Kommando übernommen. Die schriftliche Bilanz des Pfarrers verzeichnete für die Stadt Zerstörungen an allen Kirchen und Gemeindehäusern: Von den evangelischen Gotteshäusern waren nur die Brunsteinkapelle und Maria zur Höhe in absehbarer Zeit wieder funktionsfähig zu machen. Seit dem 4. Mai des Jahres nutzte man einen ehemaligen Adelssitz als Ausweichgebäude, das Haus der Loge „Zur Bundeskette“ an der Roßkampffsgasse 1, das in den dreißiger Jahren zum nationalsozialistischen „Haus der Jugend“ umfunktioniert worden war. Nach Freimaurer-Symbolen und Parteifahne zog nun also das christliche Kreuz dort ein, begann „die Petrigemeinde im großen Saal, die reformierte in einem größeren Zimmer von neuem das gottesdienstliche Leben“².

Noch im Frühling war die erste Kirche – Maria zur Höhe – wieder provisorisch hergerichtet, so dass am 20. Mai dort der Pfingstgottesdienst gefeiert werden konnte. „Durch die völlig offenen Fenster schien helle Pfingstsonne, und das frische Grün der Linden sah herein“³. Zwei Tage danach ordnete der inzwischen britische Kommandant der Stadt an, dass ab sofort Anfang und Ende der Ausgehzeit durch zwölf Schläge der Betglocke von St. Petri zu markieren seien⁴. Betglocken lösten Sirenen ab und begannen das Leben zu steuern.

War in dem frischen Blattgrün das Vorzeichen für geistliche Neuorientierung zu sehen? Wie organisierte man sich in den Gemeinden neu und unter welchen Voraussetzungen? Griff man auf alte Strukturen zurück?

1. Die „alte Ordnung der Dinge“

Die sechs evangelischen Kirchengemeinden in Soest zählen zu den dreißig Prozent in Westfalen, die bereits in der Zeit vor der Reformation entstanden⁵. Sie gehen

1 Brief an einen nicht feststellbaren Adressaten; Tagebuch-Nr. 424, Ev. Petrigemeinde Soest; Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen (künftig zit. LkA EKvW) Bestand 4. 50, Nr. 9 Bd. 2.

2 Ernst Winnacker: Chronik der Reformierten Gemeinde. o. J. o. S.

3 Wolf-Herbert Deus (Bearb.): Soester Chronik 1942–1948. Soest 1951.

4 LkA EKvW Best. 4.50, Nr. 3. Die Ausgehzeit dauerte von 5 Uhr morgens bis um 21 Uhr abends.

5 Im Jahre 2008 gab es 558 evangelische Kirchengemeinden in Westfalen. Jens Murken: Die evan-

letztlich zurück auf die Teilung der ersten Stadtpfarre St. Petri in sechs Hofen in den Jahren zwischen 1178 und 1191 durch den damaligen Landesherrn, den Kölner Erzbischof Philipp von Heinsberg⁶. Zwei Jahreszahlen markieren Fixpunkte aus der weiteren Geschichte der hiesigen evangelischen Gemeinden. Nach der Reformation in Soest (1532) und wechselnden Konfessionen in der Zeit danach sind 1570 die Gemeindekirchen der Stadt und der Börde evangelisch. Jedoch das kurkölnische Umland, das Patroklistiftskapitel und die Bettelorden wirken gegenreformatorisch, so dass im 19. Jahrhundert ein annähernd gleich starker Anteil von Christen katholischen Bekenntnisses in der Stadt besteht.

1625 hält im Dreißigjährigen Krieg durch niederländische Truppen calvinistisches Gedankengut erstmals Einzug in Soest: Fürst Moritz von Nassau sichert 1662 als kurfürstlich-brandenburgischer Statthalter den Reformierten freie Religionsausübung zu.

Von der Reformationszeit an bis ins 19. Jahrhundert hinein gilt in Soest und der Börde für die evangelischen Kirchen eine eigene kirchliche Ordnung. Der Rat der Stadt übt als „*summus episcopus*“ („oberster Bischof“) das Kirchenregiment aus. Die kirchlichen Angelegenheiten regelt das „Prediger-Ministerium“, die Versammlung aller Pfarrer aus Stadt und Börde mit dem Superintendenten an der Spitze.

Mit dem Wiener Kongress tritt Friedrich Wilhelm III. als protestantischer Preußenkönig an die Stelle dieser kirchlich-städtischen Selbstverwaltung. Bereits 1815 errichtet dieser durch Verordnung die Westfälische Provinzialkirche mit dem Königlich-Preußischen Konsistorium in Münster als der leitenden Behörde. Sie ordnet am 9. Juli 1818 die Gründung der Kreissynode Soest an, Vorgängerin des heutigen Kirchenkreises.

Friedrich Wilhelm III. scheitert mit seinem Vorhaben, die Evangelische Kirche in Preußen zu einigen. So kommt 1817 nur ein Kompromiss zustande: der später „Westfälische Provinzialkirche der Altpreußischen Union“⁷ genannte organisatorische Überbau der unierten, lutherischen und reformierten Gemeinden, deren jeweiliges Bekenntnis fortbesteht. Im Jahr 1819 tagt die erste Westfälische Provinzialsynode in Lippstadt, wo man die bis heute gültige „presbyterial-synodale Kirchenordnung“ als Rechtsprinzip des Kirchenaufbaus von unten auf den Weg bringt („presbyterial“: gr. „ältester“; „synodal“: „gemeinsamer Weg“). Sie basiert auf der Gemeinschaft der Brüder und Schwestern, ein Entscheidungsprozess zielt nicht auf das Sammeln von Mehrheiten ab, sondern auf Einmütigkeit. Seit 1835 wird Soest für nahezu hundert Jahre Tagungsort der Provinzialsynode.

gelischen Gemeinden in Westfalen. Ihre Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Band 1: Ahaus bis Hüsten. Bielefeld 2008 (Schriften des Landeskirchlichen Archivs der Evangelischen Kirche von Westfalen), S. 15.

6 Wilfried. Ehbrecht: Einwohner und Bürger. Von der Stadt- zu Gemeindebildung. Soest in spätsalischer und staufischer Zeit (etwa 1100 bis 1250). In: Ders. (Hrsg.): Soest – Geschichte der Stadt, Bd. 1: Der Weg ins städtische Mittelalter. Topographie, Herrschaft, Gesellschaft. Soest 2010 (Soester Beiträge. 52), S. 311–427, hier S. 376.

7 Jürgen Kampmann: Verordnete kirchliche Gemeinschaft. Die Einrichtung des Kirchenkreises Soest vor 175 Jahren. In: Ernst Brinkmann/Bernd Hey (Hrsg): Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte, Band 88, Lengerich 1994, S. 139–195.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die Monarchie endet, geht zugleich das königliche Kirchenregiment verloren. An seine Stelle treten Provinzialsynode und Provinzialkirchenvorstand.

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges konnten sich die Kirchen als einzige Organisationen weitgehend frei von staatlichen Vorgaben eine neue Ordnung geben. Sie zu erarbeiten, stand bei der Evangelischen Kirche von Westfalen im Mittelpunkt der ersten Provinzialsynoden nach 1945. Die ehemals preußischen Kirchenprovinzen formierten sich zu selbständigen Landeskirchen. Aus der westfälischen Provinzialkirche entstand unter dem neuen Präses Karl Koch am 13. Juni 1945 eine „neue juristische Größe“⁸, die „Evangelische Kirche von Westfalen“. Präses Koch hielt in einem Aufruf Prämissen der künftigen Arbeit fest, darunter die Barmer Theologische Erklärung (BTE) als Bekenntnisgrundlage und die Selbstreinigung der Kirche als Aufarbeitung des Kirchenkampfes⁹.

Aus den verschiedenen Etappen dieser skizzierten überörtlichen Entwicklung waren die Soester Gemeindestrukturen weitgehend unverändert hervorgegangen, abgesehen von dem Abriss der Georgskirche und der Vereinigung der Georgsgemeinde mit der Gemeinde Maria zur Wiese im 19. Jahrhundert. Seit dem 18. Jahrhundert hatte es verschiedene Versuche einer Reform der alten Soester Einteilung gegeben. So war das großherzoglich-bergische Innenministerium 1809 mit dem Ansinnen gescheitert, die Gemeinden an die neu geschaffenen „Municipalgrenzen“ anzupassen. Aus Soest hatte man damals entgegnet, „wie bedenklich die Ausführung des projektierten Plans ist und wie gut es sein würde, wenn in Ansicht unserer kirchlichen Verfaßung die alte Ordnung der Dinge beibehalten wird“¹⁰.

Die alte Ordnung der Dinge – ein Kompass auch für bevorstehende Entscheidungen?

2. Pfarrer als Gewährsmänner der Alliierten

Die Wiederaufnahme der kirchlichen Arbeit geschah auch in Soest von Beginn an mit voller Billigung der Alliierten. Deren Militärgouverneure hatten bereits im November 1944 eine entsprechende Direktive erhalten¹¹. Am 14. April 1945, bereits eine Woche nach dem Einmarsch in die Stadt, bestellte der amerikanische Kommandant die Geistlichen der christlichen Kirchen zu einer Unterredung und sicherte ihnen zu, „so weit seine Kraft reiche, zu helfen, dass alle Hemmungen kirchlicher Arbeit beseitigt würden“. Zugleich forderte er auf, verbliebene Behinderungen zu melden¹².

8 Jürgen Kampmann: Von der altkirchlichen Provinzial- zur evangelischen Landeskirche (1945–1953). Die Verselbständigung und Neuordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen. Bielefeld 1998, S. 232. Zwei Monate später wird auf der Kirchenkonferenz von Treysa in Hessen die Evangelische Kirche in Deutschland gegründet.

9 Wilhelm Heinrich Neuser: Evangelische Kirchengeschichte Westfalens im Grundriss. Bielefeld 2002, S. 225f.

10 Insp. Hennecke an Präfektur Dortmund, zit. n. Kampmann (wie Anm. 7), S. 146.

11 Direktive Nr. 12 der EAC (European Advisory Commission), zit. n. Clemens Vollnhals: Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. München 1989, S. 22.

12 Pf. Freytag an den Kommandanten der Interalliierten Militärkommission in Soest am 19.4.1945. LKA EKvW Best. 4.50, Nr. 3.

„Hemmungen kirchlicher Arbeit“ – dazu zählten in den ersten Monaten nach Schweigen der Kriegswaffen auch die Gefahren durch unorganisiert befreite Kriegsgefangene und ehemalige Zwangsarbeiter, die nun plündernd und bewaffnet die Dorfbevölkerung bedrohten¹³. Um ein Beispiel aus der Kirchengemeinde St. Maria zur Wiese anzuführen: „Nach Beendigung der Kampfhandlungen hat der Pfarrer in Verbindung mit den anderen Pfarrern der Soester Gemeinden zahlreiche Verhandlungen mit der amerikanischen und englischen Besatzungsbehörde geführt, um die Gemeinde vor den Plünderungen durch die russischen und polnischen Zivilgefangenen zu retten [...] 3 Bauern unserer Gemeinde fielen nächtlichen Raubmorden zum Opfer.“¹⁴ In der Petrigemeinde war Pfarrer Freytag selbst einer bedrohlichen Situation ausgesetzt¹⁵.

Die Petrigemeinde spiegelt wie in einem Brennglas den Kirchenkampf während der NS-Zeit und seine Auswirkungen danach. Hauptpfarrer war hier seit Februar 1938 der fünfundvierzigjährige Gottfried Freytag, ein Mitglied der Bekennenden Kirche (BK). Diese innerkirchliche, primär nicht politische Oppositionsbewegung hatte sich 1934 formiert. Eine ihrer wichtigsten Wurzeln war der Pfarrernotbund, der sich 1933 unter Pfarrer Martin Niemöller aus Ablehnung des Arierparagraphen in der Kirche gebildet hatte. 1934 fixierte die BK in sechs Thesen ihr Lehr- und Glaubenszeugnis in der Barmer Theologischen Erklärung (BTE), einer zentralen Schrift der Evangelischen Kirche bis heute.

Die BK richtete sich gegen die „Deutschen Christen“ (DC), die Vereinigung protestantischer Nationalsozialisten, die 1932 mit dem Ziel einer „Entjudung“ der kirchlichen Botschaft und einer nach dem Führerprinzip strukturierten, gegen den Marxismus gewandten Einheitskirche entstanden war. In einem erdrutschartigen Sieg hatten die Deutschen Christen 1933 die Wahlen in der neu geschaffenen Reichskirche gewonnen und fast alle Bischöfe in den Landeskirchen aus ihren Reihen stellen können.

Die gegnerischen Positionen im Kirchenkampf hatten in den Vorkriegsjahren in der Petrigemeinde zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, die in der Besetzung der dortigen zweiten Pfarrstelle kulminierten. Das Presbyterium hatte Wilhelm Bülow zum Pfarrer gewählt und damit einen Kandidaten der Deutschen Christen verhindert, den die Kirchenleitung hatte durchsetzen wollen. Bülow war dann bereits kurz nach Kriegsbeginn zur Wehr-



*Gottfried Freytag, Pastor der Petri-Kirche.
Foto vom 18.3.1987*

13 Zu den Displaced Persons: s. Beitrag im vorliegenden Band von Michael Römling: Displaced Persons in Soest.

14 Archiv der Kirchengemeinde Maria zur Wiese (künftig zit. AW), Nr. 362.

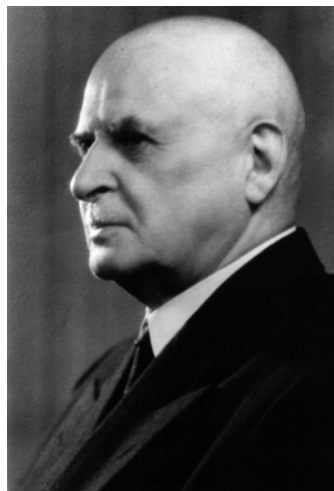
15 Kampmann (wie Anm. 8) S. 98.

macht eingezogen worden. Er sollte bis Juli 1945 in Kriegsgefangenschaft bleiben.

Die anderen Soester Pfarrer waren alle älter als fünfzig Jahre. Die Wiese-Georgs-Gemeinde versorgte seit drei Jahrzehnten der sechsfünfundfünfzigjährige Dr. Paul Girkon¹⁶, bis dieser sich vom 1. Mai 1946 an seiner neuen Aufgabe als Leiter des Amtes für Kirchbau und kirchliche Kunst widmen konnte. Auf seine Pfarrstelle sollte 1948 Theodor Bureckhardt kommen.

In der Hohnegemeinde tat ebenfalls seit Jahrzehnten der 1945 über sechzig Jahre alte Pfarrer Gustav Neumann Dienst¹⁷. Nur wenig jünger war der 1940 von Stettin nach Soest gekommene Seelsorger der Thomägemeinde August Stein. Im März 1945 hatte dieser seine Ehefrau verloren, die bei einem Bombenangriff in der Pfarrwohnung ums Leben gekommen war. Ihn selbst hatte man „für sterbend geborgen“¹⁸. Monatelanger Krankenhausaufenthalt verhinderte nicht, dass chronische Folgen zurückblieben. Der letzte in der Reihe war Pfarrer Ernst Winnacker. Er hatte noch 1944 mit 55 Jahren die reformierte Pfarrstelle übernommen, außerdem seit 1943 die Kriegsvertretung der Pauli-Pfarrstelle, deren Pfarrer Thurmman erst im August 1945 aus der Kriegsgefangenschaft wiederkommen sollte.

Überblickt man diese Konstellationen in den Soester Kirchengemeinden, so deuteten sich Spannungen zwischen den am Ende des NS-Regimes in ihrer Haltung bestätigten Vertretern der Bekenntnenden Kirche und den nun Unterlegenen, die sich nicht vom Nationalsozialismus distanziert hatten, an. Dazu trat die traditionelle innerkonfessionelle Abgrenzung zwischen Unierten, Lutheranern und Reformierten, all das verkörpert durch Pfarrer, die fast alle dem Pensionsalter nahe waren.



Pfarrer August Stein

Wie standen die Soester Christen nach der NS-Zeit dem Gemeindeleben gegenüber? Die Soester irritierten die Alliierten anfangs damit, in riesiger Zahl zu den Gottesdiensten zu strömen, so dass diese zunächst den Intelligence Officer Captain K. G. Rice ermitteln ließen, was dahinter steckte. Die neuen Herren, so zeigt sich hier, blieben also bei aller Förderung der Kirchen misstrauisch und wollten sehr wohl wissen, was darin vor sich ging. Die Zahlen konnten sie in der Tat aus der Ruhe bringen: Am 5. August 1945 etwa – es war im übrigen der Vortag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima – kamen zu drei Gottesdiensten hintereinander jeweils

16 Friedrich Wilhelm Bauks: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945. Beiträge zur westfälischen Kirchengeschichte 4. Bielefeld 1980, S. 270, Nr. 1952. Als noch weitere überörtliche Funktionen die Gemeindearbeit zusätzlich erschweren, wird er am 1.10.1948 bei vollem Gehalt für wissenschaftliche Arbeiten davon freigestellt.

17 Bauks (wie Anm. 16), S. 356, Nr. 4453. Neumann war Pfarrer an Maria zur Höhe vom 5.3.1914 bis 30.6.1949.

18 Wolf-Herbert Deus: Aus der Geschichte der St.-Thomä - Pauli- Kirchengemeinde in Soest, Soest 1955, S. 26.

350 Menschen allein aus der Petrigemeinde, was sich noch bescheiden ausnahm gegenüber 4000 Teilnehmern der sechs Messen im Patroklimünster am gleichen Tag¹⁹. Im Jahr 1947 blickt Hubertus Schwartz noch auf eine ähnliche Relation: „Der katholische Propst von St. Patrocli sagte mir, dass seine Gemeinde sonntags e l f überfüllte Gottesdienste habe. Die Evangelischen haben, bei größerer Seelenzahl, sechs!“²⁰

Was lag diesem Wunsch nach Gebetsgemeinschaft zugrunde? Ganz offensichtlich sahen die Kirchgänger darin nicht etwa die einzige verfügbare Zerstreuung, wie man aus angelsächsischer Sicht zunächst vermutete. Stattdessen standen wohl die Suche nach Gemeinschaft dahinter und nach bewährten geistlichen Werten, die sich in den ersten Monaten der Niederlage im ganzen besiegten deutschen Volk zeigte²¹. Doch dieses christliche Engagement hielt in den nächsten Jahren nicht an. Auch in Soest entstanden bald Klagen über „Entchristlichung“.

Die zwei großen christlichen Kirchen sahen sich nun aber im allgemeinen nach der bedrängenden Zeit im NS-Regime von beiden Seiten anerkannt, sowohl von den Siegern als auch von den besiegten Deutschen. Die Alliierten bauten zum einen darauf auf, dass die evangelische wie die katholische Kirche ihre innere Struktur über die NS-Zeit hatten retten können. Den Pfarrern maß man zum anderen Einsicht in schuldhaftes Vergangenes zu. Darüber hinaus sah man in dem Neuansatz auf der Basis der gemeinsamen christlichen Werte das Fundament für den Weg in die Demokratie²². Dass man mit den hier in Rede stehenden evangelischen Geistlichen nicht unbedingt immer Vorkämpfer des Parlamentarismus vor sich hatte, wird weiter unten noch deutlich werden.

Welchen Stellenwert nahmen die evangelischen Gemeindepfarrer nach Kriegsende in der Soester Nachkriegsgesellschaft ein? Die Alliierten billigten den Gemeindepfarrern in den ersten Wochen nach dem Einmarsch Einfluss auf Personalentscheidungen in der staatlichen Verwaltung zu. Dafür fanden sich hier eines der andernorts eher seltenen Beispiele. Auf Anraten des damaligen Landrats Hackethal wurden die Soester Pfarrer nach geeigneten Persönlichkeiten für neu zu besetzende Verwaltungsposten gefragt. Pfarrer Freytag erstellte daraufhin für vier Dörfer des Amtes Borgeln-Schwefe eine vollständige Liste mit „christlich gesinnten“ Männern, die „dem bisherigen Parteigeist nicht verknechtet“²³ waren. Man verstand sich aber auch als Anwalt des Volkes. „Der Pfarrer wurde [...] oft um ein kirchlich-seelsorgerisches Gutachten zum Zwecke der Entnazifizierung gebeten, eine Aufgabe, die nicht immer leicht war“²⁴.

19 Reimer Möller: Soest am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der Besatzungszeit, in: Soester Zeitschrift (künftig zit. SZ) 116 (2004), S.209–257, hier: S. 237.

20 Brief an Präses Koch, 10.2.1947. LkA EKvW Best. 2 neu Nr. 10396 Soest, Gesamtverband 1946–1955.

21 Wolfhart Beck: Westfälische Protestanten auf dem Weg in die Moderne. Die evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Lübbecke zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Paderborn 2002, S. 294f.

22 Clemens Vollnhals: Evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch. Göttingen 1988, VIII.

23 LkA EKvW Best 4.50, Nr. 3; zit. auch bei Kampmann (wie Anm. 8), S. 108.

24 Soester Chronik (wie Anm. 3), S. 163.

Andererseits sahen die Pfarrer in den neuen Herren die Vollstrecker des göttlichen Willens: „Die Kirche hat sich (der) Not [...] anzunehmen, indem sie unerschrocken den Feind auf die verhängnisvollen Wirkungen seiner Einstellung hinweist, wo sie mit ihm ins Gespräch kommt. Aber [...] über die Sünden anderer predigen, ohne sich mit einzuschließen, ist [...] Bußpredigt, wie sie nicht sein soll. Für eine Polemik gegen die, die Gottes Ratschluss an uns vollziehen, ist da kein Raum mehr [...] Religion ist Opium für das Volk, wenn [...] die Schuld an den jetzigen Zuständen allein in den feindlichen Maßnahmen und nicht auch in unserem gegenwärtigen Versagen gesehen wird.“²⁵

Zu den „feindlichen Maßnahmen“ zählte die Beschlagnahme von Häusern, wodurch sich das elementare Wohnungsproblem in der von Trümmern gezeichneten Stadt zusätzlich verschärfte. Die Pfarrer wurden als Seelsorger wie auch andererseits als Betroffene mit diesem zentralen Konfliktstoff konfrontiert. Einerseits versuchten sie durch Fürsprache, Eheleuten etwa oder Familien zu helfen, die sich wieder gefunden hatten, aber ohne gemeinsame Wohnmöglichkeit getrennt leben mussten. Die Kreissynode appellierte 1948 an die Kirchenleitung, so gut es irgend möglich sei, sich bei den Besatzungsbehörden für Besserung einzusetzen²⁶.

Andererseits bietet das Wohnraumproblem ein Beispiel dafür, dass die Alliierten die Pfarrer bis hin zur privaten Privilegierung in ihrer Arbeit unterstützten. Pfarrhäuser standen zumindest bis 1947 unter einem besonderen Schutz vor Beschlagnahme. Der Regierungspräsident Arnsberg erließ am 17. März 1947 die folgende Weisung: „Die Wohnraum- und Flüchtlingsnot zwingt in zunehmendem Maße auch in solchen Gebäuden Raum in Anspruch zu nehmen, bei denen aus der Art der Zweckbestimmung bisher noch gewisse Rücksichten genommen wurden. [...] In der Ausübung ihrer seelsorgerischen Tätigkeit haben alle Pfarrer, Prediger und Religionsdiener bei der Inanspruchnahme von Räumen, die unter ihrer Verfügungsgewalt stehen, weitgehende Berücksichtigung zu finden. Die seelsorgerische Tätigkeit darf in keiner Weise [...] eine Beschränkung erfahren“. Den Seelsorgern wurde ein ausreichender Arbeitsraum auch für Gespräche mit Besuchern zugestanden. Bei Einquartierungen hatten sie das Recht, zwischen Bewerbern auszuwählen. „Asoziale und überkinderreiche Familien“ waren auszuschließen und auf das „betreffende Bekenntnis [...] Rücksicht zu nehmen“. Streitfälle werde der Regierungspräsident selbst „im Benehmen mit den oberen kirchlichen Stellen [...] bereinigen“²⁷.

In der Ausführungsanweisung zum „Wohnungsgesetz“ ein knappes Jahr zuvor waren beschlagnahmte Räume in Pfarrwohnungen wohnungslosen Amtsbrüdern aus dem Osten vorbehalten: „Die Kirchen wünschen aber mit Recht, dass die aus dem Osten vertriebenen Geistlichen in ihren Familien und Angehörigen möglichst in den abzugebenden Räumen (der Pfarrdienstwohnungen) ... untergebracht werden,

25 LKA. EKvW Best. 4.50 Nr. 13. Die Verkündigung der Kirche heute. Thesen der Kreissynode Soest für die Pfarrkonferenz Dortmund am 27.1.1947.

26 Verhandlungen der Kreissynode Soest am 21.7.1948 in Arnsberg und am 3.9.1948 in Soest. Lippstadt 1948, S. 17.

27 Kreisarchiv Soest Best. Altkr. So., 4624/I. Weisung des Regierungspräsidenten Arnsberg an die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren zur „Inanspruchnahme von Räumen in Pastoraten und in sonstigen kirchlichen oder religiösen Zwecken dienenden Gebäuden“.

da das den Einsatz dieser Geistlichen bei der Seelsorgearbeit [...] erleichtert“. Dies galt auch, wenn bereits eingewiesene Familien umzuquartieren waren, „zumal die unterzubringenden Geistlichen vielfach zu den aktiven Gegnern des Nationalsozialismus – oder den von ihnen Verfolgten, durchweg aber nach einem oder mehreren Gesichtspunkten zu den bevorrechtigten Wohnungssuchenden gehören“²⁸.

Dem Augenschein nach kann man in Soest nicht von einer solchen „Bevorrechtigung“ sprechen. Mehrere Pfarrer waren ausgebombt und hatten Ausweichquartiere, Pastor Stein hatte drei Jahre lang keine Pfarrwohnung, Pastor Neumann beispielsweise wurde der Soester Chronik zufolge aus seiner Ausweichwohnung am Deiringser Weg eine Woche nach dem Einzug von der amerikanischen Besatzung „verjagt“²⁹.

Wie ein Fazit der alliierten Haltung bestätigt Clarenbachs Nachfolger Superintendent Dahlkötter 1947 rückblickend: „Wenn es in den Jahren des Kirchenkampfes weithin zu einer Erneuerung der Verkündigung in der evangelischen Kirche gekommen ist, so wurde ihr mit dem politischen Zusammenbruch des Jahres 1945 die Möglichkeit gegeben, das Evangelium in der Öffentlichkeit unsres Volkes frei zu bezeugen“³⁰.

Auf der anderen Seite begann die Militärregierung im April 1946 damit, westfälische Pfarrer „wegen ihrer Zugehörigkeit zur NS-Partei ihres Amtes zu entheben oder ihre Amtsenthebung aufzugreifen“.

Gemäß der Vorgaben der Kirchenleitung forderte Clarenbach seine Pfarrer auf, ihre Partei-Mitgliedschaften binnen vierzehn Tagen offen zu legen³¹.

3. Schuldbekennnis und Rückgriff auf die Barmer Theologische Erklärung

Die „neuen Ordnungen“ sind in zwei Richtungen zu untersuchen, zum einen: Wie sollte man den geistlichen Neuaufbau der Gemeinden angehen? Zum anderen: Welcher organisatorische Aufbau würde sich den immensen sozialen Problemen gewachsen zeigen? Kaum ein anderer Aspekt bündelt elementare Fragen des Weiterlebens mit der NS-Hypothek, mit den moralischen Verwerfungen in ähnlicher Dichte. Die hiesigen Pfarrer sahen nur einen Weg: die Besinnung auf die Kernbestandteile der Glaubenslehre: Evangelium, Gebet, Verkündigung. „Unsere Aufgabe gilt der Predigt und immer wieder der Predigt. Sie ist und bleibt der Mittelpunkt evangelischen Gottesdienstes. Sie allein führt seine Erneuerung herauf“³².

Die „Erneuerung der Verkündigung“ in der Evangelischen Kirche setzte auch in Soest ein Eingeständnis der Schuld voraus. Als Clarenbach am 11. April 1946 hier die erste Kreissynode nach 1933 eröffnet, erinnert er nach dem Regularien-

28 Ausführungsanweisung zum Gesetz Nr. 18 des Alliierten Kontrollrates vom 8. März 1946; Oberpräsident der Provinz Westfalen; Generalreferat IX (Landeswohnungsamt) Münster 4.5.1946. Ebd.

29 Soester Chronik (wie Anm. 3), S. 162.

30 Superintendent Dahlkötter auf der Kreissynode 1947: Kreissynodalbericht v. 12.11.1947, Soest 1947, S. 3.

31 Superintendentur Soest (Clarenbach) an die Geistlichen des Kirchenkreises Soest; 23.4.1946. LKA EKvW Best. 4.50 Nr. 9 Bd. 2.

32 So Dahlkötter auf der Synode 1947. Berichte der Kreissynode am 12.11.1947 (wie Anm. 30), S. 18.

bericht an die damaligen einstimmigen Beschlüsse, die „mit dankbarer Freude“³³ die nationalsozialistische Umwälzung begrüßt hatten. Man hatte sich als „Salz der Erde“ der „kraftvollen Führung unseres Reichskanzlers Adolf Hitler“ unterstellt. Der Superintendent fuhr 1946 rückblickend fort: „Im Hinblick auf jene Beschlüsse können wir nur feststellen, dass bei uns staubgeborenen Menschen Wissen und Verstand von Finsternis umhüllet ist. Wir erkennen und bekennen aber auch, dass wir selbst alle in diesen zurückliegenden Jahren manche Schuld auf uns geladen haben, weil wir nicht genug „Salz der Erde“ gewesen sind [...] und uns nicht immer eindeutig auf die Seite des Herrn Christus gestellt haben. Nun muss aus unseren Gemeinden heraus unsere Kirche neu gebaut werden“³⁴.

Clarenbachs Eingeständnis, nicht genug „Salz der Erde“ gewesen zu sein, verkehrt den ursprünglichen Sinn indessen in sein Gegenteil. 1933 hatte man als „Salz der Erde“ ein Aktivposten des Führers sein wollen. So kann die Selbstanklage, zu wenig davon eingesetzt zu haben, nur als Vorliebe für die Bergpredigt-Metapher und nicht als Reflektion zurückliegenden Unrechts verstanden werden. Clarenbach hatte durchaus „Salz der Erde“ für den Nationalsozialismus beige-steuert, indem er den „Söhnen im Felde“ die „Sturm-glocke des Führers“ wortgewaltig hatte erschallen lassen: „Der Führer hat sie gezogen, und ihr seid ihm gefolgt [...] Tut Eure Pflicht, Ihr wackeren Krieger!“³⁵ Nun gab er sich den Teilfreispruch, als „staubgeborener Mensch“, „von Finsternis umhüllet“, nicht „immer eindeutig“ auf die Seite des Herrn Christus“ gewesen zu sein.

Sein Bekenntnis stellt aber auch verdichtend dar, dass der geistliche Neubau der Gemeinden in Soest wie andernorts in direktem Zusammenhang mit den beiden Schlüsselerklärungen der Evangelischen Kirche, der BTE und dem Stuttgarter Schuldbekenntnis stand. Jenes von Karl Barth verfasste Grundsatzpapier der Bekenntnissynode vom 29. bis zum 31. Mai 1934 in Barmen, die „Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der DEK“, wurde mit seinen sechs Glaubensthesen zu einem Grundstein des Selbstverständnisses der Evangelischen Kirche. Es bildete die Basis auch für die „Stuttgarter Schuld-erklärung“ der soeben gebildeten Evangelischen Kirche, die auf einer Ratstagung in Stuttgart am 19. Oktober 1945 verlesen wurde. Ihr Kernsatz lautet: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ Damit hat die Evangelische Kirche erstmals eine Mitschuld an den Verbrechen der Jahre zuvor bekannt, da sie „nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt“³⁶ habe.

Dies öffnete der Evangelischen Kirche Deutschlands die Tür zur Rückkehr in den Ökumenischen Rat der Kirchen und ermöglichte durch diese internationale Basis die beispiellose internationale Hilfsaktion des Evangelischen Hilfswerks, - der der

33 Verhandlungen der Kreissynode Soest in Soest am 16.8.1933, Soest 1933, S. 5.

34 Verhandlungen der Kreissynode Soest in Soest am 11. April 1946, Dortmund 1946, S. 5.

35 Nr. 1 der „Heimatglocken Neue Folge“, 1.10.1939, zit. n. Gerhard Köhn: Der Verein für Heimatpflege unter seinen Vorsitzenden Adolf Clarenbach und Richard Jüsten 1933-1939. In: SZ 116, (2004), S. 206.

36 Die Stuttgarter Erklärung. Verordnungs- und Nachrichtenblatt der EKD, Nr. 1, Januar 1946.

Zielsetzung seines Gründers Eugen Gerstenmaier nach der Beginn der „Erneuerung der Kirche von der Diakonie her“³⁷.

Fasst man zusammen, so erschien in dem aufgeführten Beispiel das offene Eingeständnis der Schuld formelhaft. Zudem war es in den westfälischen Kirchengemeinden vielerorts umstritten und wurde auch in Soest allenfalls als eine Möglichkeit zur Abkehr von weiterer Reflektion verstanden: „Die Stuttgarter Erklärung war ein notwendiger Akt des Bekenkens und der Buße. [...] Ihr Sinn ist nicht die Verewigung, sondern der Abschluss der Schulddebatte.“³⁸ Die wie Freytag geradlinig die NS-Zeit über ihr Bekenntnis auch gegen Hindernisse vertreten hatten, wollten die Lehre ihrer Amtsbrüder, die sich hatten verführen lassen, der Supervision unterzogen wissen, wie weiter unten noch auszuführen ist.

4. Zurück zur Männerkirche? Das passive Wahlrecht im Entwurf der Presbyter-Wahlordnung

Neben dem geistlichen Neuaufbau standen die evangelischen Kirchengemeinden auch vor der konfliktträchtigen Neuregelung des inneren organisatorischen Aufbaus, sowohl die überörtliche Kirchenordnung als auch die Soester Gemeindestruktur bedurften der Klärung. Zu ersterem sei die Diskussion um die Presbyterwahlordnung herausgegriffen. Woran orientierte man sich dabei? Welches gesellschaftliche Leitbild zeigte sich?

Im Jahr 2008 gab die Evangelische Kirche von Westfalen ein Nachschlagewerk für Presbyter heraus, in dem es unter dem Abschnitt „Frauen in der Kirche“ heißt: „1923 wurden den Frauen die gleichen Rechte zugestanden wie den Männern.“³⁹ Was hier so lapidar konstatiert wird, bedeutete in der Realität einen mutigen Sprung über die Schwelle. Es war bei beiden Neuorientierungen, 1923 und 1946, auch in der Evangelischen Kirche nicht eben selbstverständlich, Frauen Verantwortung zuzugestehen.

Auf politischer Ebene besaßen Frauen seit dem 30. November 1918 neben dem aktiven auch das passive Wahlrecht⁴⁰. Doch „die Kirche“, so hieß es, „habe nicht die Aufgabe, auch noch ihrerseits das Narrenschiff der Zeit zu befrachten.“⁴¹ Wer auf die Diskussion um das passive Wahlrecht für Frauen in der Presbyterwahlordnung zurückblicken will, hat zunächst bei der 28. außerordentlichen Westfälischen Provinzialsynode vom 4.-7. März 1919 in Soest, der ersten nach dem Ersten Weltkrieg,

37 Johannes Michael Wischnath: Kirche in Aktion. Das Evangelische Hilfswerk 1945–1957 und sein Verhältnis zur Inneren Mission. Göttingen 1986, S. 371.

38 Die Verkündigung der Kirche heute (wie Anm. 25).

39 Evangelische Kirche von Westfalen (Hrsg.): Unsere Geschichte- unser Selbstverständnis, S. 14, in: Gemeinde leiten. Handbuch für die Arbeit im Presbyterium, Bielefeld 2008.

40 Dieses wurde ihnen allerdings 1933 wieder entzogen.

41 Verhandlungen der 28. außerordentlichen Westfälischen Provinzialsynode zu Soest vom 4.–7. März 1919, Dortmund 1919, S. 50ff, hier S. 51. Die Gegner befürchteten eine „vollkommene Verkehrung der von Gott gebotenen Ordnung“, einen Widerspruch zum „ganze(n) Wesen der Frau“, eine „Bemutterung“ der Männer, eine Entfremdung der Frau vom Haus. Ebd. Zuvor hatte der Präses „an erster Stelle“ den bisherigen Inhaber des obersten Kirchenregiments, Kaiser Wilhelm II., begrüßt und an ihn „mit nie verlöschender Dankbarkeit“ erinnert (S. 3).

zu beginnen. Unter diesen Synodalen gab es etliche, die in dem Frauenwahlrecht nichts anderes sahen als eine Potenzierung der Kriegsniederlage, die ja schon zum Verlust der – protestantischen – Hohenzollernmonarchie geführt hatte. Man klagte, „mit Weh im Herzen habe man das Vaterland demokratisieren lassen müssen, aber die Demokratisierung der Frauen wolle man nicht selbst durch Beschluß herbeiführen“.

Befürworter argumentierten dagegen, es „werde die Frauenwelt in der Kirche mobil gemacht werden, als wolle diese ihre Dienste gern annehmen, aber ihr die Rechte verweigern“⁴². Mit 63 gegen 22 Stimmen beschloss die Synode schließlich am 6. März 1919, Frauen vom vollendeten 24. Lebensjahr an das aktive und passive Wahlrecht zum Presbyteramt zuzugestehen, schränkte es aber ein: Die Provinzialsynode sollte die Anzahl der mit Frauen zu besetzenden Presbyterstellen festlegen können. 1923 trat die neue Presbyterwahlordnung in Kraft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand das passive Frauenwahlrecht erneut auf den Prüfstand. Von Anfang an zählte der Soester Petri-Pfarrer Gottfried Freytag zu dem „Ausschuß für die Kirchenordnung“, der in einem ersten Schritt eine Beschlussvorlage für die Synoden erarbeitete. Dessen Entwurf wollte das Rad zurückdrehen: Frauen sollte das 1919 zugebilligte passive Wahlrecht zum Presbyteramt nicht mehr zugestanden werden⁴³.

Der Vorschlag wurde dann Hauptverhandlungsgegenstand auf den Kreissynoden. In Soest versammelte sich dazu die erste Kreissynode nach dem Zweiten Weltkrieg am 11. April 1946 im Gemeindehaus der Wiese-Georgs-Gemeinde. Letztmalig tagte sie unter Leitung von Superintendent Clarenbach, der das Amt seit 1933 ausgeübt hatte. Die Vorlage rief eine „lebhaft“e Aussprache hervor⁴⁴. Schließlich stellte Dr. Hubertus Schwartz, Presbyter der Petrigemeinde, den Antrag, die Synode möge sich in ihrer Stellungnahme zum passiven Wahlrecht für die Zulassung von Frauen aussprechen. Für diesen Vorschlag stimmten dann 48 Synodale, drei dagegen, darunter Gottfried Freytag, sieben enthielten sich.

Nur sechs andere von insgesamt 24 Kreissynoden votierten für das passive Frauenwahlrecht⁴⁵. Wie kam es dazu, dass man es in Soest befürwortete? War es die Nähe zur Evangelischen Frauenhilfe? Gab es Spannungen dem Petripfarrer gegenüber? Wirkte sich häuslicher Einfluss beim Antragsteller Schwartz aus, dessen Ehefrau zu den ersten Studentinnen in Preußen gehört hatte und auch ehrenamtlich kirchlich tätig war? Die uns bekannten Quellen antworten darauf nicht.

Gegen den sich abzeichnenden Rückschritt wehrte sich der evangelische Zweig der Frauenbewegung in Deutschland, der Deutsch-Evangelische Frauenbund, als einziger kirchlicher Frauenbund unter weiblicher Führung. Der Vorstand seiner Bielefelder Ortsgruppe stellte einen mit je einem theologischen und einem juristischen Gutachten unterfütterten Antrag auf Änderung. Zwar wurde dieser auf Druck später

42 Verhandlungen (wie Anm. 41), S. 51. „Das Frauenwahlrecht sei über uns hereingebrochen wie ein reißender Strom, der uns einfach mit fortreißt“.

43 Artikel 3, 1; im Ausschuss hatten nach „hinreichender“ Erörterung 18 Mitglieder gegen, 12 für dieses Recht gestimmt. Ernst Brinkmann/Hans Steinberg (Hrsg.): Die Verhandlungsniederschriften der Westfälischen Provinzialsynode vom Juli 1946, Lippstadt 1946, S. 182.

44 Zum folgenden Brinkmann (wie Anm. 43), S. 6.

45 Darunter Münster mit Begrenzung auf ein Viertel weiblicher Presbyter. Ebd., S. 146.

zurückgezogen, blieb aber nicht ungehört. Am 15. Mai, über einen Monat nach der Kreissynode, forderte auch der Vorstand der Westfälischen Frauenhilfe in Soest, Pfarrer Hermann Bastert, „die Wählbarkeit [von Frauen] in der kommenden Wahlordnung sicherzustellen.“ In der Verweigerung ihres passiven Wahlrechts liege eine „Geringschätzung der von der Frau im Kirchenkampf geleisteten Dienste“⁴⁶.

Die „Männer-Fassung“ lag dann der entscheidenden ersten westfälischen Provinzialsynode nach dem Zweiten Weltkrieg in Bethel vom 15. bis zum 20. Juli 1946 vor. Dort trug Superintendent Karl Lücking den Entwurf vor: „Wenn unsere Kirchenordnung vor 1922 der Frau das aktive kirchliche Wahlrecht nicht gab, so war das ungerechtfertigt und unrichtig. Wenn sie aber der Frau die Wählbarkeit zum Presbyterium nicht zuerkannte, so lag darin das u. E. richtige Empfinden, dass der Frau das Amt der Leitung in der Gemeinde nicht zukommt. Ihre Aufgaben in der Gemeinde liegen schöpfungsgemäß und nach den Charismen, die der Herr gibt, auf anderen Gebieten des kirchlichen Lebens und Dienstes.“⁴⁷

Gegner und Fürsprecher des Streitpunktes führten daraufhin Bibelworte konträren Inhalts zur Streitfrage an⁴⁸. Schließlich wurde auf Antrag des Frauenhilfspfarrers Bastert aus Soest „mit Mehrheit“ beschlossen, Frauen das passive Wahlrecht zuzugestehen⁴⁹.

Erst auf der Oktober-Synode 1946 in Bethel kam es zur endgültigen Verabschiedung der neuen Presbyterwahlordnung⁵⁰, am 11. April 1948 schließlich konnte danach gewählt werden. In den Presbyterien der Soester Kirchengemeinden, die zusammen 42 Mitglieder hatten, waren nun zwei Frauen vertreten: in der Petri-gemeinde Anna Clarenbach, Schwester des ehemaligen Superintendents, in der reformierten Gemeinde Marie Siebert⁵¹. Auch wenn es die Evangelische Kirche nun anders vorgemacht hatte: Als vom 1. September 1948 bis zum 23. Mai 1949 in Bonn der Parlamentarische Rat über das Grundgesetz beriet, konnte man sich erst unter massivem Druck von außen auf Artikel 3, Absatz 2 einigen: Männer und Frauen sind gleichberechtigt⁵².

46 Westfälische Frauenhilfe Soest (Bastert) vom 15.5.1946. LKA EKvW Bi 5,1-865,J; zit. n. Kampmann, (wie Anm. 8), S. 391; Die Westfälische Frauenhilfe umfasste 1939 150000 Mitglieder; s. Basterts Bericht vor der Synode in: Verhandlungen (wie Anm. 43), S. 77ff; hier S. 78. Vgl. Kerstin Stockhecke: „...das Salz unserer Gemeinde“ - Kirchliche Frauenarbeit in Westfalen 1945-1949; in: Bernd Hey/Günther van Norden (Hrsg.). Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945-1949). Beiträge zur westfälischen Kirchengeschichte, Bd. 12, Bielefeld 1996, S. 183-210, hier S. 208.

47 Brinkmann (wie Anm. 43), S. 57. Basterts Vorwurf der Leitung der 150 000 in der Frauenhilfe organisierten Frauen, betrachtete Lücking als abwegig: „Mit derselben Begründung könnte man das volle Pfarramt für die Frau fordern.“

48 Ebd., S. 98.

49 Brinkmann (wie Anm. 43), S. 98; Formulierung: „Das Presbyteramt kann nur solchen Gliedern der Gemeinde übertragen werden, die...“.

50 Ernst Brinkmann/Hans Steinberg (Hrsg.): Die Verhandlungsniederschriften der Westfälischen Provinzialsynode vom Oktober 1946, Bielefeld 1971, S. 22.

51 Kreissynode Soest (Hrsg.): Gemeindebuch 1951 der Kreissynode Soest, Essen 1951, S. 72, 76.

52 Antje Späth: Vielfältige Forderungen nach Gleichberechtigung und „nur“ ein Ergebnis: Artikel 3 Absatz 2 GG, in: Anna- Elisabeth Freier/Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte. Bd. V:

In der Folgezeit wird ein verzweifelter Kampf um das überkommene Frauenbild spürbar. Während sich 1948 als Konzession an den kriegsbedingten Frauenüberschuss in einer Entschließung der Kreissynode das Stichwort „Frauenberufsarbeit“ findet⁵³, lautet im Synodalbericht 1953 ein Antrag der St. Petrigemeinde Soest zu den sittlichen Zuständen: „Die weibliche Jugend kommt Jahr für Jahr mehr und mehr in einen Lebensstil hinein, in dem sie dem eigentlichen Lebensbereich der Frau: dem Hauswesen [...] hilflos gegenübersteht. Es wächst die Gefahr, dass die deutsche Hausfrau und Mutter sich den familienzerstörenden Lebensstil der Amerikanerin angewöhnt und nicht mehr kochen, braten, backen, putzen, waschen usw. kann und will. Die Kirche muß sich hier verpflichtet wissen, auf diese Gefahr öffentlich hinzuweisen und zu fordern, dass jedes junge Mädchen nachweislich ein volles Jahr in einem guten Haushalt alle Zweige der Hausarbeit [...] erlernt haben muß“⁵⁴.

Freitag kritisierte die USA, doch England stand ihm als Besatzungsmacht nicht nach, die deutsche Hausfrau und Mutter dem Haus zu entfremden. Die britische Militärregierung sah 1948 „die Zeit für gekommen, dass Frauen sich mehr im öffentlichen Leben betätigen sollen.“ Sie ermutigte sie zum Eintritt in Parteien und andere Organisationen und sucht nach Möglichkeiten, dass es „immer mehr weibliche Fachkräfte“ gebe⁵⁵. Diese Schreiben erhielt auch Freitag.

Berufstätigkeit der Frau war in der Soester Evangelischen Kirche im brennenden Notfall akzeptiert, wünschenswert und förderungswürdig war weitgehend das überkommene Bild der Hausfrau. In der veränderten Frauenrolle sah man sich einer Hauptursache für den eklatanten Anstieg der Ehetrennungen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren auf der Spur. In Westfalen war 1948 die Scheidungsrate fast dreimal so hoch wie zehn Jahre zuvor, ebenso stark stieg die Anzahl der Ehelösungen⁵⁶.

Im vorangegangenen Abschnitt wurde versucht aufzuzeigen, dass eine janusköpfige Unentschiedenheit in der Nachkriegszeit spürbar war. Die Pfarrer und Synoden wurden von außerkirchlichen Entwicklungen zum Gang über die Schwelle in Richtung Moderne getrieben. Indem nun Frauen das Wahlrecht zur Presbyterin besaßen, war der erste Schritt in Richtung Zulassung weiblicher Pfarrergebeten – 1974 war es in der Westfälischen Landeskirche soweit.

„Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand von Frauen“. Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Düsseldorf 1984, S. 122–167.

53 Entschließung und Anlage der Kreissynode zum Proponendum v. 21.7.1948, Archiv der Kirchengemeinde Maria zur Höhe (künftig zit. HA), Nr. 106.

54 Synodalberichte 1953, S. 36.

55 Militärregierung 916 M.G.Det File Nr. 425 5/1, Soest, LKA EKvW Best. 4.50, Nr. 3.

56 Statistisches Landesamt NRW (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch NRW. 1. Jahrgang 1949, Düsseldorf 1950, S. 66.

5. Übergemeindliche Arbeiten – Zentralstelle der evangelischen Kirchengemeinden Soest

Die sechs unabhängigen Soester evangelischen Kirchengemeinden waren jede für sich der Organisation der drängenden Tagesprobleme nicht gewachsen. Ein gemeinsamer Überbau war vonnöten. So wurde am 11. Juli 1946, noch in Clarenbachs Amtszeit, ein Arbeitsausschuss für übergemeindliche Arbeiten ins Leben gerufen, die „Evangelische Zentralstelle Soest“⁵⁷. Sie wurde durch eine Zwangsumlage finanziert. Es war der 1901 geborene Presbyter der Petrigemeinde Dr. Adolf Korn, der die Initiative ergriffen hatte. Er war Studienrat am Aldegrevier-Gymnasium für die Fächer Deutsch, Englisch, Geschichte, Sport und Schwimmen, bevor er 1948 Oberschulrat in Münster wurde⁵⁸.

Nach einem Entwurf Korns erhielt die Zentralstelle fünf „Ämter“ mit einer vorläufigen Geschäftsstelle im Gemeindehaus in der Rosskampffgasse: Für die Öffentlichkeitsarbeit entstand das „volksmissionarische Amt“, das Vorträge organisieren und „auch je nach Notwendigkeit“ das „Fühlunghalten mit der katholischen Kirche“ gewährleisten sollte. Um den evangelischen Religionsunterricht und Kindergärten zu fördern, schuf man das „Schul- und Jugendamt“ als Arbeitsgemeinschaft zwischen Pfarrern und Lehrern. Als besonderer Dreh- und Angelpunkt sollte sich das „Sozialamt“ erweisen, die Zentrale für alle Fürsorgestellen, für das Evangelische Hilfswerk, die Bahnhofsmision und die Diakonissen. Die öffentlichen Interessen der evangelischen Bevölkerung vertrat das „politische Amt“, das auch die Kirchensteuer bzw. den Pflichtbeitrag regelte. Als letztes galt das „kirchenmusikalisch-liturgische Amt“ den Belangen der Kirchenmusik⁵⁹.

5.1 Soest - ein „schwerer Boden“? Das volksmissionarische Amt der Zentralstelle

„Soest ist schwerer Boden“ – diesen Stoßseufzer richtet Pfarrer Thurmman, Beauftragter für das volksmissionarische Amt, an einen Amtsbruder, der 1947 eine Volksmissionswoche abhielt. Im Rückblick auf eine Reihe von Evangelisationen in den letzten Jahrzehnten schreibt er „Es hat immer schwer gefallen, Entkirchlichte in nennenswerter Zahl unter das Wort zu bringen.“⁶⁰ Er sieht also bei dieser Arbeit keine Zäsur in der christlichen Gesinnung durch die Ereignisse des Krieges.

57 Der Satzung zufolge sollten dem „Organ für ein großzügiges und wirksames kirchliches Handeln, insbesondere auch auf sozialem Gebiete“ alle Soester Geistlichen angehören, dazu sechs Abgeordnete der Presbyterien, mindestens vier weitere Laien aus den Gemeinden und ein Mitglied des Stadtverbandes der Westfälischen Frauenhilfe. Niederschrift über die gemeinsame Sitzung der Presbyterien der 6 evangelischen Kirchengemeinden [...], Punkt 7. HA Nr. 108. Zur Biografie Dr. Korn: Personalakte Korn, StA So, Bestand D, P 369.

58 Protokolle des Geschichtsvereins 1881-1961, Dr. Korn, Gründungsmitglied der Soester CDU, war von 1936-1950 im Vorstand des Vereins und noch einmal 1967-1968 als Vorsitzender.

59 Richtlinien für die Arbeit der Evangelischen Zentralstelle Soest, beschlossen durch die sechs Presbyterien am 11.7.1946, HA Nr. 108.

60 Pastor Thurmman in einem Brief v. 14.9.1947 an Bender, LKA EKvW, Best. 4.41, Abt. B, Ev. Kirchengemeinde St. Pauli Soest 143.

Der Schriftwechsel des Vortragsbeauftragten Thurmman legt ein beredtes Zeugnis ab von seinen Problemen, unter den Verkehrs- und Lebensverhältnissen der ersten Nachkriegszeit und in Konkurrenz zur regen Kulturarbeit der katholischen Seite, Referenten zu gewinnen. Je ein Vortrag fand in den Monaten des Winterhalbjahres statt. Das Beispiel 1946/47 spiegelt das Bemühen wider, auf die zurückliegende Kirchenkrise mit klaren Aussagen zum Glauben zu antworten. Joachim Konrad referierte am 20. September 1946, zehn Wochen, bevor er eine außerordentliche Professur für Praktische und Systematische Theologie in Münster übernehmen konnte. Die Arbeit an seinem später veröffentlichten Vortragsthema „Schicksal als Sinn und Aufgabe“ hatte er noch als letzter Stadtdekan von Breslau begonnen. Dort war es im Juni 1946 seine Aufgabe gewesen, in der Elisabethkirche den evangelischen Deutschen die letzte Predigt als geistliches Rüstzeug vor der Ausweisung zu halten. Anfang Mai 1945 hatte er der Delegation angehört, die unter persönlicher Gefahr den Stadtkommandanten Niehoff zur Übergabe der eingeschlossenen Stadt an die Rote Armee überreden wollte. Konrad übernahm 1954 eine Professur in Bonn als Kollege Gollwitzers und Iwands. Seine Theologie zielte darauf ab, von der Kirche Entfernte zu einem Neuanfang mit Gott einzuladen.

Zum Reformationsfest sprach vom 31. Oktober bis zum 2. November 1946 Hermann Strathmann (1882–1966), Theologieprofessor aus Erlangen zu den Themen: „Luthers größtes Erbe, die deutsche Bibel“ – „Wie kann Gott das zulassen?“ – „Die jüngsten Funde zur Geschichte des ältesten Christentums“. Strathmann hatte im gleichen Jahr einen Sitz im Bayrischen Landtag für die CSU errungen. Vor 1933 Mitglied der DNVP, war er zunächst prominenter Vertreter des protestantischen Flügels der Bayernpartei, bis er sich 1954 mit ihr überwarf.

Über „Advent im alten Testament“ referierte am 2. Dezember 1946 der Pfarrer Lic. Paul Jacobs (1908–1968) aus Salzuflen, später Lehrstuhlinhaber für Reformierte Theologie in Münster. Ihm folgte im Februar Clarenbach über „Westfälische Dorfkirchen“. Der nächste Referent erfüllte das angestrebte „Fühlunghalten mit der katholischen Kirche“: Wilhelm Stählin (1883–1975), Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Oldenburg, der als protestantischer Protagonist des ökumenischen Gedankens im März über „Die Einheit der Kirche“ sprach. Er leitete einen der beiden ökumenischen Arbeitskreise, die sich im April 1946 in Werl auf Initiative der katholischen Seite gegründet hatten. Leiter des katholischen Arbeitskreises war



*Wilhelm Thurmman und Gattin,
August 1975*

Kardinal Lorenz Jäger ⁶¹. Stählin, bis 1941 Mitglied der Bekennenden Kirche, setzte sich seit langem an exponierter Stelle für die liturgische Erneuerung des Protestantismus und für die Ökumene ein. Zum Abschluss sprach im April der Arnsberger Pfarrer Dr. Gottfried Niemeier zur Einheit der Kirche.

Die Einheit der Kirche – leicht wird es Stählin mit diesem Thema in Soest nicht gehabt haben. Symptomatisch für die Spannung unter den Konfessionen steht der folgende Vorgang: Wenige Monate vor seinem Vortrag, im Oktober 1946, hatte eine Feiertagsregelung des evangelischen Landrates Hubertus Schwartz die Propsteigemeinde zu Protesten veranlasst. Schwartz hatte der Militärregierung vorgeschlagen, den Reformationstag (31.10.) in der „überwiegend evangelischen“ Stadt Soest zum allgemeinen Feiertag zu erklären, den Tag Allerheiligen aber nur als katholischen Feiertag ohne allgemeine Festtagsruhe einzustufen. Der Propst von St. Patrokli, Carl Völlmecke, wollte diese Einstufung nicht gelten lassen. Die von Schwartz angeführten Daten der letzten Zählung, die 13.713 Evangelische und 11.196 Katholiken erbrachte, wertete er anders. Er forderte, den Buß- und Betttag zum Ausgleich wegfallen zu lassen und im nächsten Jahr nur kirchliche Feiertage anzusetzen.

In seinem „Erfahrungsbericht“ aus dem Jahr 1950 berichtet der zur Evangelisation in der Wiese-Georgs-Gemeinde weilende Pfarrer Helmut Bluhm von immer wieder spürbarer Besorgnis bei Geschäftsleuten und Beamten der Gemeinde: „Die Katholiken hielten mehr zusammen, während die Evangelischen oft einsam zu ringen hätten und sich von den katholisch besetzten Behörden benachteiligt fühlten“⁶².

Wurde das „volksmissionarische“ Amt nach den geschilderten Ansätzen seiner „Volksmission“ gerecht? Die Referatsthemen sprechen von allgemeinem Bedürfnis nach religiös begründeten Werten. Die Eifersüchteleien zwischen den Konfessionen erinnern allerdings mehr an die Nadelstiche, die im 19. Jahrhundert beider Verhältnis kennzeichnete, als an einen Neustart in eine andere Zeit.

5.2 „Schule unter dem Evangelium“⁶³? Das Schul- und Jugendamt der Zentralstelle

In Westfalen hatte die Evangelische Kirchenleitung 1945 die überkonfessionelle christliche Simultanschule unter der Bedingung akzeptiert, dass auch die katholische Kirche ihr zustimmte. Diese strebte jedoch von Anfang an die Bekenntnisschule an. So verfügte am 14. Januar 1946 die Militärregierung mit der Erziehungsanordnung Nr. 1 die Einrichtung von Konfessionsschulen dort, wo sie gewünscht wurden und vor 1933 auch bestanden hatten. Damit schwenkte die Evangelische Kirche um und warb ihrerseits für die Bekenntnisschule. Doch was vor der NS-Zeit

61 1968 wurden beide Kreise zu dem „Ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen“ (ÖAK) vereinigt. Papst Benedikt XVI. war vor seiner Wahl Mitglied des ÖAK. Der Kreis wird auch nach den beiden Gründungsvätern „Jäger-Stählin-Kreis“ genannt. <http://www.theol-fakultaet-pb.de/jam.htm>, aufger. am 12.6.2010.

62 Helmut Bluhm: „Erfahrungsbericht über die Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni 1950 in Soest“; handgeschriebenes, ungedrucktes Schulheft-Manuskript: AW, Nr. 102.

63 Helmut Kittel: Schule unter dem Evangelium. Zum Problem der Konfessionalität im Schulwesen. Braunschweig 1949.

noch praktikabel schien, wurde nun wesentlich erschwert. In zuvor geschlossene Konfessionsgebiete strömten Flüchtlinge anderen Bekenntnisses ein, was entsprechende Diaspora-Probleme heraufbeschwor.

Auf der Kreissynode Soest am 12. November 1947 gab der Petri-Presbyter Dr. Adolf Korn einen Bericht „über das Verhältnis von Kirche und Schule“, der den Alltag widerspiegelt⁶⁴. Zwei Monate zuvor hatte er an die Gemeinden einen Fragebogen verteilt mit zwanzig Fragen zur Schulform, zum Religionsunterricht an den Volksschulen und zur konfessionellen Orientierung der höheren Schulen und ihrer Lehrer. Korn konstatierte einen „ausgesprochenen Notstand“ auf dem Gebiet des Religionsunterrichts für evangelische Kinder, die eine katholische Bekenntnisschule besuchten. Von den vorgeschriebenen vier Stunden Religionsunterricht wöchentlich (!) würden sehr oft nur ein bis zwei durch Hilfskräfte mit geringer Qualifikation erteilt. Viele Lehrer erteilten nun Religionsunterricht ohne jede Qualifikation. Korn, unterstützt durch Superintendent Dahlkötter, forderte deren Fortbildung in monatlichen Arbeitsgemeinschaften, die Lehrer und Pfarrer zusammenführen sollten. In der Praxis kam es jedoch in Soest nur in den ersten Jahren zu solchen regelmäßigen Zusammenkünften⁶⁵. Doch gerade darin hatte ein Ziel bei der Einrichtung des Schul- und Jugendamtes der Zentralstelle bestanden: Kontakt zwischen Pastoren und Lehrern aufzubauen, um die religionspädagogischen Defizite aus der NS-Zeit zu verringern⁶⁶.

Insgesamt beklagte Korn in seinem Bericht vor der Synode „die starre Durchführung des Bekenntnisschulprinzips in den Kreisen (der) Synode“⁶⁷. Für die Stadt Soest erschienen ihm die Verhältnisse noch ausgewogen: Wie er ausführte, hatten die beiden evangelischen Bekenntnis-Grundschulen Wiese- und Petri-Thomäschule zusammen 31 Lehrkräfte und 1668 Schüler/innen. An den katholischen Schulen Patrokli- und Marienschule unterrichteten zusammen 28 Lehrkräfte 1429 Kinder⁶⁸.

An weiterführenden Schulen gab es zum einen das Soester Mädchengymnasium als einzige gymnasiale Simultanschule für Mädchen, mit überwiegend katholischem Lehrkörper und unter katholischer Leitung wie alle Mädchenschulen in der Synode, mit Ausnahme des Evangelischen Mädchengymnasiums Lippstadt. Ein überwiegend evangelisches Profil bestätigte Korn dem Archigymnasium mit seiner evangelischen Leitung und einem starken Prozentsatz „nominell evangelischer Lehrer“⁶⁹, für die „Oberschule für Jungen“, den Vorläufer des Aldegrevier-Gymnasiums, machte er ein genau ausgewogenes konfessionelles Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern aus.

64 Berichte (wie Anm. 30), S. 21-40.

65 Synodalbericht 1953, S. 31.

66 So hatte es bereits auf der Westfälischen Provinzialsynode vom Juli 1946 der Leiter des Katechetischen Amtes der Evangelischen Kirche, Dr. Ernst Kleßmann, gefordert. Verhandlungen (wie Anm. 41), S. 34.

67 Berichte (wie Anm. 30), S. 24.

68 Ebd., S. 22.

69 Ebd., S. 30.

Zwei Jahre später sollte Superintendent Dahlkötter ein schweres Versäumnis von Kirche und Eltern darin sehen, nicht mehr evangelische höhere Schulen zu schaffen. „Der Wille der evangelischen Elternschaft (müsse) ganz anders als bisher gebildet und zum Einsatz gebracht werden.“⁷⁰ Auf dem Gebiet der Jugendarbeit bot die Zentralstelle in den Jahren 1946-1948 bescheiden, aber sehr konstant Sing- und Posaunenchorstunden für Heranwachsende an, außerdem Gebetskreise. Die Angebote wurden laufend über die Bekanntmachungen der Militärregierung mitgeteilt.

5.3 Nothilfe: Das Sozialamt der Zentralstelle

Hier liefen die Fäden der evangelischen Hilfseinrichtungen zusammen, so dass die einzelnen Gemeinden, abgesehen von dem Einsatz der Frauenhilfe, von der Flut an karitativen Aufgaben, die die Not der Zeit mit sich brachte, weniger berührt waren. Auf der Kirchenkonferenz in Treysa war im August 1945 das Evangelische Hilfswerk⁷¹ ins Leben gerufen worden. Hilfswerk und Caritas hatten sich zusammen zunächst den Kriegsheimkehrern zugewandt. Im Winter 1945/1946



Care-Pakete für die notleidenden Soester nach 1945,

trafen aber schon die ersten 2000 Flüchtlinge im Kreis Soest ein, und seit Jahresbeginn 1946 suchten Menschen Aufnahme, die nach dem Potsdamer Abkommen aufgrund der Aktion „Swallow“ aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße ausgewiesen worden waren. Die Organisation ihrer allerersten Grundversorgung lag in der Hand der Kreisverwaltung⁷². Sie versuchte das Nötigste an Unterkunft, Nahrung und Kleidung zu beschaffen. Doch die Hilfsorganisationen wurden dringend benötigt, unter den Flüchtlingen, Vertriebenen im „O-Lager“ (dem ehemaligen Offizierslager in der Adam-Kaserne), den Heimkehrern, Kriegsverletzten, Kindern, Alten und all den anderen Müheligen und Beladenen die Hilfsgüter aus dem In- und Ausland zu verteilen: Textilien, Lebensmittel,

70 Verhandlungen der Kreissynode Soest am 31.8.1949 in Lippstadt. Lippstadt 1949, S. 25.

71 Karl Silex: Das Hilfswerk der evangelischen Kirche. In: Joachim Beckmann (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch 1945-1948. Gütersloh 1950, S. 389-413.

72 Hans Weller: Die Selbstverwaltung im Kreis Soest 1817-1974. Paderborn 1987, S. 165.

Schuhe, „Cralog“⁷³- und „Care“- Pakete. In der Fürsorge waren 1951 16 Flüchtlingshelferinnen und -fürsorgerinnen eingesetzt, außerdem Scharen ehrenamtlicher Helferinnen aus der Frauenhilfe und anderen Gruppen.

Hilfsgüter kamen bereits 1945 ganz besonders zahlreich aus der Schweiz und Schweden. Später unterhielt das Hilfswerk Verbindungen zu den Evangelischen Kirchen in Holland, Australien, Brasilien, Norwegen, Kanada, Südafrika und vor allem den USA. Das Evangelische Hilfswerk in Soest unter der als sehr umsichtig beschriebenen Leitung des Geschäftsführers von Viebahn, Oberstleutnant a. D.⁷⁴, organisierte im O-Lager wenige Tage nach dem Einzug Vertriebener einen Kindergarten unter der Leitung von zwei ebenfalls dort aufgenommenen Kindergärtnerinnen. Mit seiner Hilfe konnten Mütter von Kleinkindern wenigstens zeitweise einen äußerst dürftigen Lebensunterhalt verdienen.

Insgesamt bleibt die praktische Nothilfe in den Quellen zur Zentralstelle seltsam unkonkret. Die Alltagsfragen spiegeln sich dort kaum.

Das „politische Amt“, das die öffentlichen Interessen der evangelischen Bevölkerung vertrat und auch die Kirchensteuer bzw. den Pflichtbeitrag regelte, sowie das „kirchenmusikalisch-liturgische Amt“ für die Kirchenmusik können hier nicht näher erläutert werden.

6. „Eintopfgemeinden“ oder „Atomisierung der Kräfte“?: Zum Versuch einer Neuordnung der evangelischen Kirchengemeinden

Superintendent Dahlkötter hatte sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit einem Richtungsstreit unter den evangelischen Soester Kirchengemeinden zu stellen: Es ging um die zukünftige Struktur der Gemeinden. Sollten sechs evangelische Kirchengemeinden bestehen bleiben oder war ein Zusammenschluss die sinnvolle Antwort auf spärliche Ressourcen?

Angesichts der brennenden Probleme hatten sich die bisherigen Gemeindeverhältnisse als völlig unzureichend erwiesen, Amtspflichten und finanzielle Lasten waren ganz ungleichmäßig verteilt. Die östlichen Stadtbezirke hatten wesentlich mehr Bombenschäden, so dass etliche zuvor dort ansässige Gemeindemitglieder woanders Unterkunft gesucht hatten und in den Heimatgemeinden als Kirchensteuerzahler wegfielen. Steuerlich potentere Wohngebiete lagen ohnehin im Westen und Süden der Stadt. Als Hauptantipoden des Problems standen sich die Pfarrer Stein (Thomägemeinde) und Freytag (Petrigemeinde) gegenüber, deren Vorgaben keine leichte Einigung versprachen. Stein war Leiter einer Diakonischen Anstalt gewesen⁷⁵, hatte also den Beruf des Geistlichen auch außerhalb einer Kirchengemeinde ausgeübt. Den konfessionellen Unterschied zu den Reformierten beurteilt er als marginal. Er war der Hauptgegner der von Freytag mit erarbeiteten Wahlrechts-Vorlage für die Kreissynoden.

73 Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany, Parallel-Organisation zu Care, sammelte im Gegensatz zu Care Pakete ohne spezifische Empfänger-Adresse.

74 Petrigemeinde, Pfarrer Bülow in einem Vorbericht für die Soester Chronik vom 20.7.2010, in: LKA EKvW, Best. 4.50, Nr. 2.

75 Bauks (wie Anm. 17), S. 488, Nr. 6050.

Freitag dagegen, „unbeugsamer Lutheraner“⁷⁶ sah in der Aufgabe des Gemeindepfarrers von Jugend an den schönsten Beruf. Unbeugsam zeigte er sich auch „Dis-sidenten“ gegenüber, die nach dem Kirchenaustritt in der NS-Zeit wieder zurückkommen wollten. Er legte ihnen anfangs im Allgemeinen ein Jahr Probezeit auf, ein halbes Jahr mehr als andernorts⁷⁷. Freitag gehörte einem engen Kreis besonders aktiver, streng lutherisch gesonnener westfälischer Pfarrer an, deren Anliegen es abweichend von der BTA war, das Luthertum gegen das reformierte Bekenntnis neu abzugrenzen. Für diesen Konvent unterzeichnete er eine Denkschrift mit der Forderung, die anstehende Neuordnung der westfälischen Kirche möge den „uneingeschränkten, weltlich bestimmten Mehrheitswillen von Gemeinden und kirchlichen Körperschaften“ eindämmen und „alle Entlehrungen (sic) aus weltlich-parlamentarischen Gepflogenheiten“ ausmerzen⁷⁸.

So brachte es die Nachkriegszeit mit sich, dass ein evangelischer Pfarrer, abgestoßen von weltlich-parlamentarischen Gepflogenheiten, dank seiner aufrechten Haltung in der NS-Zeit Gewährsmann der Alliierten wurde, deren Bestreben doch die Verankerung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland war.

Stein hatte sich, seit er in Soest Gemeindepfarrer geworden war, dafür eingesetzt, die sechs Kirchengemeinden zusammen zu legen oder wenigstens einen Parochialverband zu schaffen⁷⁹. Eine Statistik der Thomägemeinde, deren Zahlenmaterial von dem Petripresbyter Korn stammt, stellt die Relationen gegenüber.

Gemeinde	Zahl d. Pfarrstellen	Seelenzahl Stadt*	Seelenzahl Land	Zusammen 1945 (R.M.)	Steuerkraft 1945 (R.M.)	Pfarrbesold.-Zuschüsse 1945 (R.M.)
Petri	2	4000	4000	8000	450.000	-----
Thomä	1	3300	600	3900	105.000	2000
Wiese	1	2300	600	2900	150.000	2000
Pauli	1	1800	----	1800	80.000	2000
Maria z. H.	1	700	200	900	40.000	4000
Reformierte	1	400	50	450	55.000	2000

*Soester Evangelische Kirchengemeinden im Vergleich (1950)*⁸⁰

Am 26. September 1946 brachte der juristische Konsistorialrat Otto Franke auf einer gemeinsamen Sitzung mit allen Soester Presbyterien diesen Versuch der Neuordnung ins Rollen. Sein Fazit nach diesem Abend: „Bei allen Gemeinden außer der

⁷⁶ Soester Anzeiger vom 25.7.1967.

⁷⁷ Presbyteriumssitzung vom 21.6.1945. Protokollbuch der Ev. St. Petrigemeinde Soest, LKA EKvW Bi, Best. 4.50, Nr. 48, S. 218.

⁷⁸ Denkschrift des „Märkischen Konvents“, ca. August 1945; zit. n. Kampmann, Landeskirche (wie Anm.8), S. 353.

⁷⁹ LKA EKvW (wie Anm.20).

⁸⁰ Bericht des Presbyteriums der Thomägemeinde an Superintendent Dahlkötter vom 8.2.1947 (wie Anm. 20).

Petrigemeinde (besteht) die Bereitwilligkeit zu einem stärkeren Zusammenschluss“. Diese jedoch lehne ihn ab, „aus geschichtlichen Gründen und um der Aufrechterhaltung der Stellung der evangelischen Kirche gegenüber der katholischen willen“⁸¹.

War der Optimismus berechtigt? Noch unmittelbar vor Jahresende 1946 fordert der Synodalvorstand Berichte der Soester Kirchengemeinden über die kirchlichen Verhältnisse in den Gemeinden an⁸². Sie werden zwischen Ende Januar 1947 (Petrigemeinde) und Ende Februar (Hohnegemeinde) abgeliefert, eine Stellungnahme der Gemeinde Maria zur Wiese, wenn sie denn erfolgte, liegt nicht vor.

Aus der Petrigemeinde erhält Dahlkötter einen achtseitigen, von vier Autoren verfassten maschinenschriftlichen Bericht⁸³, der eine Strukturveränderung ablehnt. Bülow beklagt darin alle bekannten akuten Sorgen und führt auch „das Problem der Ostvertriebenen“ an, denn 1500 Schlesier der Adamkaserne „haben die Struktur der Gemeinde nicht zum Besten verändert“. Nebenbei bietet sein Kommentar einen ungewollten Einblick in die Haltung gegenüber Vertriebenen. „Und doch“, so sein Fazit, „ist der Zustand der Gemeinde normal bis gut zu nennen. Darin dürfen wir die Frucht eines elfjährigen Bekenntniskampfes sehen, den St. Petri von allen Soester Gemeinden nahezu allein in schärfster Auseinandersetzung mit den DC und der Gestapo auszutragen hatte. Die Gemeinde sieht heute ein, dass sie eindeutig gelenkt wurde und ist heute dankbar“⁸⁴. Er wertet eine erfolgreiche Gemeindegemeinschaft von 127000 RM, für den Wiederaufbau der Kirche – die Summe verdoppelt das bestehende Kirchenvermögen „als ein wirklich gutes Zeichen vorhandener Kirchlichkeit und Gemeindetreue“⁸⁵.

Korn als zweiter Autor sieht ebenfalls einen „Mangel an kirchlicher Kraft“ in den anderen Gemeinden, da sie „die aufrüttelnde Wirkung des Kirchenkampfes kaum empfunden haben“. Schwartz greift als Vorbild eine standhaft abgewehrte Zusammenlegung der Thomägemeinde aus dem Jahre 1836 auf. Sein Augenmerk gilt dem Wiederaufbau, ihm scheint, „als ob mindestens zwei der Kirchengemeinden sich überhaupt nicht darum zu kümmern gedenken, was aus ihren zerstörten Kirchen werden soll, [...] ein Versagen der Kirche auf der ganzen Linie“⁸⁶.

Pfarrer Freytag sieht in der Stadt wie im ganzen Land geistliche Not, der er „durch Intensivierung der Verkündigung des Evangeliums, durch Wortverkündigung und Sacramentspendung in Gottesdienst, Unterricht und Seelsorge“⁸⁷ begegnen will. Er fordert, durch Kirchenvisitationen zu überprüfen, wie sich die Erfahrungen aus

81 Bericht von Konsistorialrat Franke vom 2.10.1946 an Superintendent Dahlkötter mit der Aufforderung, sich mit den finanziellen Verhältnissen der Soester Gemeinden vertraut zu machen und darüber zu berichten (wie Anm. 20).

82 LKA EKvW Bi (wie Anm. 20).

83 Autoren: Pfarrer Bülow; Pfarrer Freytag, Dr. Korn, Dr. Schwartz. LKA EKvW Bi genannt in: Protokollbuch (wie Anm. 20).

84 Bülow selbst war 1938-1939 durch seine Wahl auf die 2. Petri-Pfarrstelle in den langen Kampf der Gemeinde gegen einen DC – Gegenkandidaten der Kirchenleitung involviert.

85 Bericht der Petrigemeinde über ihre kirchlichen und finanziellen Verhältnisse und Schwierigkeiten im Rahmen einer Gesamtplanung für die Soester Gemeinden vom 25.1.1947, in: LKA EKvWi Bi (wie Anm. 20).

86 Ebd., S. 5-7.

87 Ebd., S. 8.

dem Kampf der Bekennenden Kirche in den Gemeinden niedergeschlagen haben. Als gemeinsame Vertretung aller Gemeinden regt er ein Stadtdekanat „mit ausgesprochen geistlicher Beauftragung“ an. Um dem Geldmangel der Gemeinden zu begegnen, fordert er einen einheitlichen Kirchensteuersatz, also die Abkehr vom damals angewandten System der Selbsteinschätzung. Bei den Pfarrbesoldungszuschüssen könne gespart werden, wenn die Pfarrstellen von Maria zur Höhe und der Reformierten Gemeinde nach der Pensionierung der dortigen Pfarrer bis auf bessere Zeiten unbesetzt blieben. Zugleich regt er an, die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen nach Soest zu verlegen, dessen reformiertem Mitglied die hiesige reformierte Gemeinde zu übertragen und einen Hilfsprediger zu berufen, der die Jugendarbeit von Gesamt-Soest und die Flüchtlingsarbeit übernehme. Wenn die „zum Äußersten angestregten Kräfte“ der anderen Gemeinden nicht ausreichen, könne die Petrigemeinde den Wiederaufbau von Pauli und Alt-St. Thomä unterstützen. Die Wiesenkirche könne mit Landesmitteln und Spenden aus wenig zerstörten Städten und dem Ausland wiederhergestellt werden⁸⁸.

„Die Soester Tradition ist ein übles Erbe“⁸⁹ konstatiert dagegen die Pauligemeinde einen Tag später. Soest zementiere kirchliche Grenzen „aus dem finsternen Mittelalter“ und die „Atomisierung des Soester kirchlichen Lebens“: So gäbe es geteilte Gemeindeglieder in dem gleichen Dorf, der gleichen städtischen Straße, weite Wege zur Kirche, geteilte Möhnese-Diaspora, unorganische Pfarrstellenaufteilung, Bau- und Finanzprobleme, die Abhängigkeit aller Soester Gemeinden außer der Petrigemeinde von Pfarrkassen-Zuschüssen. Man fordert, alle Soester Gemeinden zusammenzulegen, mindestens aber drei Gemeinden zu bilden: Petri mit 8000 Seelen, Pauli-Thomä mit 5500, Wiese-Hohne mit 3700 Seelen, dazu eine Möhne-Pfarrstelle. Als ersten Schritt kündigt die Pauligemeinde an, sich mit der Thomägemeinde zusammenzuschließen⁹⁰. So glaubt man, die Aufbaukosten der gemeinsam zu nutzenden Paulikirche in der größeren Gemeinde besser tragen zu können, neben anderen Synergie-Effekten.

Noch Ende des Monats Januar erhebt sich bei Dahlkötter eine gar nicht erbettene Stimme. Superintendent a. D. Clarenbach kommt einer Bitte der Petrigemeinde nach und schreibt an seinen Nachfolger seine Sicht der Gemeindefaufteilung. Er hält – als enger Bekannter mehrerer Mitglieder des Presbyteriums – die Zusammenlegung „für einen bedauerlichen Rückschritt des Soester Kirchenwesens“⁹¹.

Das Presbyterium der Thomägemeinde reicht am 8. Februar seinen Bericht ein. Eine Kartenskizze mit den Gemeindegrenzen und eine Statistik zur Gemeindestruktur untermauern das Votum für eine Gesamtgemeinde⁹².

Zwei Tage später schreibt Petri-Presbyter Dr. Hubertus Schwartz, Mitglied der Provinzialsynode, an „Herrn Präses Dr. Koch, Hochwürden“ auf acht maschinen-

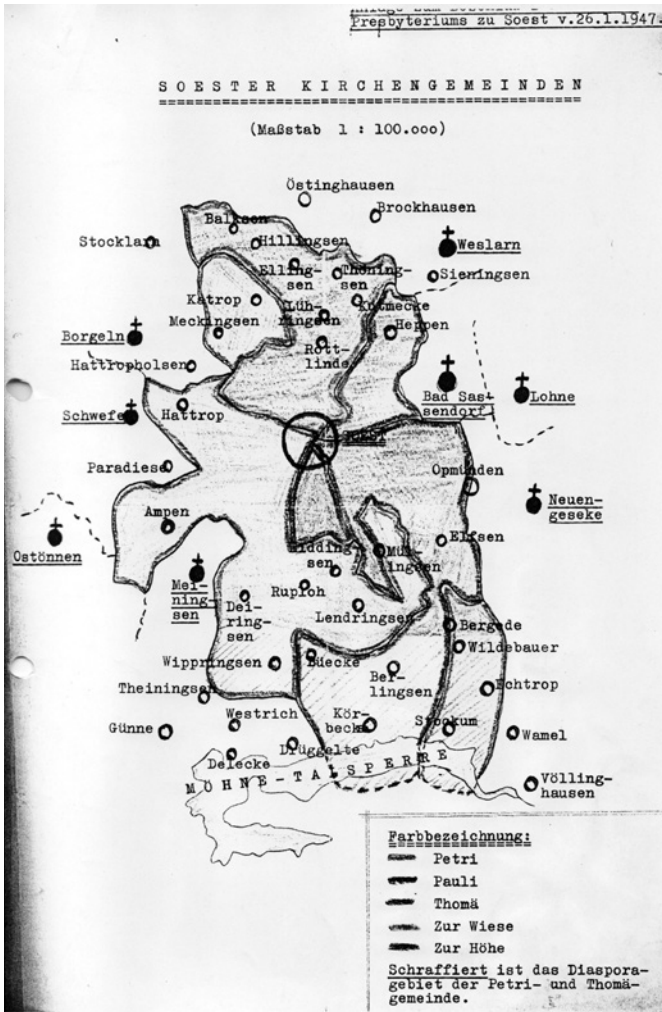
88 Ebd., S. 8-10.

89 LKA EKvW, Bd. I (wie Anm. 80).

90 Auf eine Arbeitsgemeinschaft aufbauend, die bereits seit dem 28.9.1945 besteht: Soester Chronik (wie Anm. 3), S. 161.

91 28.1.1947; LKA EKvW Best. 2 neu 10396 Soest.

92 Ebd.



Gemeindegrenzen der evangelischen Kirchengemeinden Soest

schriftlichen Seiten einen beschwörenden persönlichen Brief⁹³. Er kämpft, „von aufrichtiger Sorge [...] bewegt“, mit schweren Sprachgeschützen, um dem Präses Insiderwissen zukommen zu lassen. Die Zusammenlegung hält er „für schädlich, für so schädlich“, dass sie „als Anfang vom Ende des Soester Kirchenwesens und einer Jahrhunderte alten Tradition zu betrachten“ seien. Pastor Steins Kritik an dem Übelstand, „dass die Höhe der Kirchensteuer nicht in allen Gemeinden gleich war, [...] hätte sich meines Erachtens aber schon irgendwie anders regeln lassen“. Er mutmaßt, dass die anderen nun „auf die vermeintlich großen Schätze von Petri schielen“. In deren ungenügendem Kampf gegen die Deutschen Christen sieht er den „Krebsschaden der ganzen heutigen Soester kirchlichen Verhältnisse“. Obwohl

93 10.2.1947, ebd.

durch Stein auf aktuelle Erhebungen hingewiesen⁹⁴, begründet er mit Zahlen von 1931, dass sich jede Soester Gemeinde „wie eine große evangelische Familie“ fühlen kann, „so etwas wie ein Idealzustand im Kirchenwesen Soests“. Er appelliert an den Präses, als „berufener Hüter der geschichtlich gewordenen Eigenart des westfälischen Kirchenwesens, [...] das geschichtlich Gewordene und Bewährte der Soester Evangelischen Kirche wahren zu helfen! [...] So führt es nur in den Abgrund.“⁹⁵

Während eine Stellungnahme der Gemeinde Maria zur Wiese offenbar unterblieben ist – Pfarrer Dr. Girkon ist durch sein Amt in der Landeskirche ohnehin an dieser Frage nicht interessiert –, hat am letzten Tag im Februar die Gemeinde Maria zur Höhe ihre von Pfarrer Neumann handschriftlich verfasste Stellungnahme fertig gestellt. Auch er kann sich mit „dem Gedanken einer uniformen Zusammenlegung der 6 ev. Gemeinden zu einer einzigen Gemeinde [...] nicht befreunden“. Trotz stark schwankenden Steueraufkommens seit 1944 sieht er eine positive Entwicklung seiner Gemeinde durch den geplanten Aufbau der Eisenbahnersiedlung jenseits der Bahngleise. In einer unpersönlichen Gesamtgemeinde könnte die Hohnegemeinde mit einer Bevölkerung aus Eisenbahnern, Arbeitern, Handwerkern als östliche Randgemeinde „zu einer quantité négligeable herabsinken“. „Und im Osten von Soest“, fährt er fort, „ist der Westen der Stadt fremd und wird uns stets bleiben; umgekehrt ist es genau so“. Die Zukunft möge erweisen, ob in der Zentralstelle mit Galater 6 Ernst gemacht werde⁹⁶.

Hermann Kunst, Superintendent des Kirchenkreises Herford und Mitglied der Kirchenleitung, hat nichts gegen Galater 6 und wendet sich im März in einem abwägenden Brief an Superintendent Dahlkötter: „Sind in städtischen Verhältnissen 6 Kirchengemeinden bei 12500 Evangelischen schon ungewöhnlich viel, so ist hier... die Verteilung auf die sechs Kirchengemeinden höchst ungleichmäßig [...]. Die Evangelische Kirche in Soest bedarf unbestritten einer Zusammenfassung und einer einheitlichen Spitze gegenüber den städtischen Stellen und der katholischen Kirche“⁹⁷. Ein halbes Jahr später genehmigt die Kirchenleitung die Zusammenlegung der Kirchengemeinden Thomä und Pauli am 6. August 1947.⁹⁸

Vier Wochen danach beantragt Pfarrer Bülow parallel zu den Diskussionen um bessere Verteilung der Pfarrstellen bei der Landeskirche für die Petrigemeinde eine Hilfspredigerstelle zur Versorgung bestimmter Landgemeinden.⁹⁹ Drei Tage später kommt eigens Landeskirchenrat Nockemann nach Soest, um mit Vertretern aller Gemeinden die finanzielle Perspektive zu klären.¹⁰⁰ An diesem Abend eröffnen die zuständigen Pfarrer Winnacker und Stein dem Gremium, die zerstörten Kirchen Alt- und Neu-St. Thomä nicht wieder errichten zu können und allenfalls eine Ka-

94 Brief Steins vom 6.1.1947 „an die Herren Vorsitzenden der Soester Presbyterien“. AW Nr. 1.

95 Der Brief schließt „in ausgezeichnete Hochachtung Ihr sehr ergebener Dr. Hubertus Schwartz, Senator a. D. der Freien Stadt Danzig, Landrat des Kreises Soest“, Nachlass Schwartz, Stadtarchiv Soest P 1.77

96 HA Nr. 106; Galater 6, 2: „Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“.

97 S. 2f. des Briefes; LKA EKvW Best. 4.50, Nr. 48.

98 Protokollbuch Presbyterium der KG St. Pauli, LKA EKvW Best. 1 neu.

99 Nachlass Schwartz (wie Anm. 95).

100 HA, Nr. 108.

pelle für finanzierbar zu halten. Stattdessen ginge es darum, die Paulikirche wieder funktionsfähig zu machen und danach ein Gemeindehaus zu bauen.

Für Senator Schwartz bedeutet dies, „dass die Soester Evangelische Kirche das in der Reformationszeit an die Stange gebundene Fähnlein nicht mit Ehren wieder heruntergeholt habe.“ Stein hält dagegen: Man „müsse sich hüten, vor neuen Dingen in der Kirche allzu große Furcht zu haben; es könnte sonst sein, dass die Entwicklung darüber hinweg ginge“. Ähnlich meint Superintendent Dahlkötter: Die traditionellen Dinge seien für die Flüchtlinge als einem großen Teil der Gemeinde nicht mehr vorhanden.

Ein folgenschwerer Abend. Hubertus Schwartz zögert nur drei Tage, um in einem Schreiben an Herrn Präses Dr. Koch¹⁰¹ sein Amt als Mitglied der Provinzialsynode niederzulegen. Er ist von der Haltung der Landeskirche in dem Soester Dissens tief getroffen. Sie hatte sich nicht gegen eine neue Gemeindestruktur und auch nicht gegen die Mitteilung der Pfarrer Stein und Winnacker gewandt, die Neuerrichtung beider Thomäkirchen aus ihren Plänen zu streichen. Das konnte ihn, den Autor einer „Geschichte der Soester Reformation“¹⁰², den ehrenamtlichen Denkmalpfleger der Stadt, der den Wiederaufbau maßgeblich beeinflusste, nicht unberührt lassen. „Ich bin nicht in der Lage, der Provinzialsynode einer Kirche anzugehören, die sich selbst aufgibt“.

Während Schwartz weiter vergeblich Einfluss zu nehmen versucht, die Zusammenlegung der Pauli- und Thomägemeinde auf 10 Jahre zu befristen¹⁰³, kann die Petrigemeinde aber auch bald einen Erfolg verbuchen. Am 25. November 1947 stellt in einem weiteren Kontakt zwischen Vertretern aller Presbyterien und der Kirchenleitung Superintendent Dahlkötter einen Hilfsprediger für Müllingsen in Aussicht und hält sogar auf die Dauer in jedem der Dörfer eine Hilfskraft für erforderlich. Die Diskussion lässt Landeskirchenrat Nockemann befürchten, „dass man in der Kirche nie Neuordnungen treffen oder neue Pfarrstellen errichten“¹⁰⁴ könne.

Mitte Dezember 1946 muss Dr. Schlaaf Senator Schwartz die Genehmigung der Thomä-Pauli-Kirchengemeinde für mindestens 20 Jahre mitteilen¹⁰⁵. Schwartz legt daraufhin aus Protest sein Amt als Mitglied der Provinzialsynode nieder. Über vier Monate nach seinem Rücktrittschreiben versucht Präses Koch vergeblich, ihn umzustimmen. Die Zusammenlegung sei „in der heutigen Zeit der evangelischen Lauheit für so unheilvoll, dass (er) nicht vor der Geschichte die Verantwortung (da) für tragen kann [...]“¹⁰⁶. Sie sollte knapp dreizehn Jahre Bestand haben.

Wie ist das Ringen um die Struktur des Jahres 1947 in der Rückschau zu werten? An diesem Prozess wird die Schwellensituation der Kirchengemeinden in der Nachkriegszeit zwischen Tradition und dem Wagnis neuer Wege sichtbar. Zwei Lager

101 14.9.1947; s. Schreiben v. 2.2.1948; Nachlass Schwartz (wie Anm. 95).

102 Hubertus Schwartz: Geschichte der Reformation in Soest, Soest 1932.

103 Schwartz an das Mitglied der Kirchenleitung Dr. Johannes Schlaaf aus Lippstadt, Brief vom 13.11.1947. Nachlass Schwartz (wie Anm. 95). Dr. Johannes Schlaaf, Chefarzt des Evangelischen Krankenhauses Lippstadt, war Mitglied des Bruderrates.

104 HA Nr. 108.

105 Nachlass Schwartz (wie Anm. 95).

106 2.2.1948, ebd.

bildeten sich: Hier Petri- und Hohnegemeinde, die aus unterschiedlichen Motiven an der alten Ordnung festhalten wollen, dort die „Modernisierer“ Thomä-Pauligemeinde und die Reformierten am Rande, dazwischen indifferent die Gemeinde Maria zur Wiese. Die Kirchenleitung wirkt halbherzig. Die Petrigemeinde eint das Bewusstsein, im Kirchenkampf Position bezogen zu haben. Jedoch kann die reiche Spendensammlung als Beweis für ein lebendiges Gemeindeleben angesichts der guten Ausgangslage (weitgehend unzerstörte Wohnungen, gutbürgerliche Gemeindeglieder) nicht recht überzeugen. Auch die Gemeindevision vom Hirten und seiner Herde verliert an Kraft, wenn Pastoren anderer Gemeinden bereitwillig zur Disposition gestellt werden. Insgesamt wird hier ein Beispiel für das protestantische Milieu sichtbar, das sich durch die Auseinandersetzungen in der Zeit des Nationalsozialismus nach Kriegende zur „selbstbewussten Bastion des Traditionalismus“¹⁰⁷ verfestigte.

Dass Hubertus Schwartz die Zusammenlegung zweier Gemeinden derart vehement bekämpft, ist wohl auch aus seiner Sorge um den fehlenden Willen zur Rettung der zwei Thomäkirchen zu verstehen: Wenn nicht die beiden Kirchengemeinden erhalten blieben, so mag er befürchtet haben, fehle auch ein tragendes Argument für den Wiederaufbau der entsprechenden Gotteshäuser. Die beiden pragmatischen Gegenspieler Stein und Winnacker legen ihren Stellungnahmen unabwiesbare Fakten zugrunde, verlieren aber nicht ein Wort über den geschichtlichen Wert ihrer zerstörten Kirchen – die stilbildende Kirche Alt-St. Thomä, Wirkungsstätte bedeutender Prediger und Nachfolgebau eines der ersten Soester Gotteshäuser und Neu-St. Thomä als Klosterkirche der Minoriten und beliebte Grablege der Soester Patrizier. Diese Ignoranz musste den Mann, der wie kein zweiter die Soester Kunstgeschichte sich zu eigen gemacht hatte, in der Seele treffen, so dass er durch die Zusammenlegung zweier Kirchengemeinden die Verantwortbarkeit „vor der Geschichte“ überschritten sah, nicht aber zuvor durch Vorgänge in der Stadt während der NS-Zeit. Doch hätte er sich nicht, wenn er die Kirchen neu erstehen lassen wollte, für finanzielle Unterstützung einsetzen müssen, spricht: für eine Gesamtgemeinde?

Nicht ganz leicht nachvollziehbar ist die Haltung des Hohnepfarrers. Einerseits sieht er die Probleme der ungleichen finanziellen Voraussetzungen der Soester Gemeinden, andererseits scheut auch er, kurz vor der Pensionierung stehend, grundsätzliche Änderungen, die durch den Zuzug der Flüchtlinge und andere Zeitumstände doch unweigerlich kommen werden.

Nach dem Jahr der Weichenstellung 1947 geht es folgendermaßen in den Soester Kirchengemeinden weiter: Am 18. März 1949 ergeht die Verfügung der Landeskirche „betreffend einer pfarramtliche Verbindung der Hohne- und Wiese-Gemeinde“¹⁰⁸ Das Hohnepresbyterium stimmt drei Wochen später zu, dass der zu erwartende Nachfolger Pfarrer Neumanns einen Teil der Wiesegemeinde mit versteht, äußert aber Bedenken, die als Vorbehalte in der Wiese-Georgs-Gemeinde zu vernehmen sind.

107 Christoph Kleßmann: Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu. In: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998, S. 403-417, hier S. 410

108 HA Nr. 108.

Am 31. März 1949 erhebt Pfarrer Stein ein letztes Mal seine Stimme zur grundsätzlichen Neuordnung der Gemeinden. „Mir sind die Maßstäbe unbekannt, nach denen die landeskirchliche Umlage für Pfarrgehaltszuschüsse verteilt wird. (Sie) [...] wird von den ausgebombten Kirchengemeinden mit bitterer Mühe aufgebracht. Aus dieser Umlage werden 5 bis 6 Tausend Mark dazu verwandt, um hier in Soest einen Zustand aufrecht zu erhalten, der das [...] kirchliche Leben [...] lähmt. Die Tradition um der Tradition willen wahren bedeutet in Soest, die Entfaltung kirchlichen Lebens hemmen. [...] Nur dadurch, dass die Pfarrgehaltszuschüsse bedingungslos in der bisherigen Weise gewährt werden, ist es hier in Soest immer wieder möglich, das nach dem Grundsatz verfahren wird: Res conservandae sunt.“¹⁰⁹

Ende Juli 1949 ist offenbar noch einmal eine Sitzung zur Neuordnung der Kirchengemeinden geplant. Der Vorsitzende des Petri-Presbyteriums Pfarrer Bülow bedauert schriftlich einen Tag zuvor, wegen des 70. Geburtstages seiner Mutter nicht teilnehmen zu können. Da auch die Herren Senator Schwartz und Oberschulrat Dr. Korn sowie Frauenhilfspfarrer Bastert verhindert seien, deren Stellungnahme „für das gesamtkirchliche Leben in Soest immerhin von Bedeutung ist“, bittet er „ausdrücklich, nichts Definitives festlegen zu wollen“¹¹⁰. Die geplante Sitzung hat in den Quellen keine Spuren hinterlassen, sie scheint ausgefallen zu sein. Die Verhältnisse blieben bestehen¹¹¹.

109 LKA EKvW Best. 2 neu Nr. 10396.

110 Brief Bülows an Nockemann vom 19.7.1949; ebd.

111 Die weitere Entwicklung sah wie folgt aus: In der Kirchensteuerverteilung 1950 des Kirchenkreises Soest entfallen auf die Petrigemeinde Soest bei 5500 Gemeindemitgliedern 13,72 % der Steuern aus 34 Gemeinden, es sind knapp zwei Drittel der Kirchensteuerbetrages der Gesamtgemeinde Lippstadt (4000 Seelen). Auf Maria zur Höhe entfallen bei 1400 Mitgliedern 1,25 %, auf die reformierte Gemeinde (415) 1%, auf Maria zur Wiese mit 3500 Gemeindemitgliedern 6,72 %, auf die Thomä-Pauligemeinde bei 6900 Seelen 6,56 %. Am 1. Juli 1951 wird die Evangelische Möhnesee-Kirchengemeinde gegründet. Der Wiederaufbau der Kirche Neu St.-Thomä geschieht von 1956-1966 unter Pfarrer Hans Sprenger, Alt-St. Thomä stellt man ab 1963 als offene unverputzte Halle wieder her. Die umkämpfte Gemeinschaft der Thomä- und Pauli-Kirchengemeinden geht am Neujahrstag 1961 zu Ende, beide werden zunächst wieder selbständig. Doch im Soester Süden entsteht zugleich die Johannesgemeinde. Sie kann 1972 den südlichen Gemeindebezirk der Pauligemeinde übernehmen, denn diese wird aufgeteilt, ihr Innenstadtbezirk geht an die Petrigemeinde, die sich fortan Petri-Pauligemeinde nennt. Seit 2006 kooperiert die Thomägemeinde mit der Johannesgemeinde. Zwecks Zusammenarbeit aller Soester Kirchengemeinden kommt am 1. April 1956 ein „Gesamtverband der Evangelischen Kirchengemeinden in Soest“ zustande. (dessen „Kind“ ist die Soester Stadtkantorei). Er wird zum Jahresende 1989 wieder aufgelöst und zum 1.1.1990 durch eine „Gemeinsam beschließenden Versammlung evangelischer Kirchengemeinden in der Stadt Soest“ ersetzt, die im wesentlichen der Terminabsprache dient. Im Jahr 2001 nimmt die Kreissynode Soest zur Reformvorlage „Kirche mit Zukunft“ Stellung: „Die Kreissynode Soest wünscht, dass auch in Zukunft im Bereich des Kirchenkreises Soest sowohl im städtischen Bereich als auch im ländlichen Bereich „Ein-Pfarrstellen-Gemeinden“ existieren können, wenn das die jeweils Verantwortlichen für die sinnvollere Lösung halten. [...] Die bestehenden Kirchengemeindengrenzen sollen überall (!) auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft werden, ohne dass eine Übereinstimmung mit kommunalen Grenzen bevorzugt angestrebt wird.“ (15. März 2001; Stellungnahme der Kreissynode Soest zur Reformvorlage „Kirche mit Zukunft“ vom 15. März 2001, Punkt 6: Grenzen und Größen, in: http://www.reformprozess.de/fileadmin/sites/reformprozess/dokumente_reformprozess/os_soest.pdf, aufgerufen am 23.5.2011

Der erwähnte auswärtige Pfarrer Helmut Bluhm, der 1950 eine Evangelisation in der Wiese-Georgsgemeinde durchführte, beklagt in seinem Bericht die „Eigenwüchsigkeit“ der Soester. „Sie bauen schöne Mauern, doch diese sind zu hoch... Die kirchengeschichtliche Lage und die Grundhaltung der Soester war mir seit langem bekannt. Das bewahrte mich vor Enttäuschungen“¹¹².

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es auch andernorts in dieser Zeit in Westfalen nicht zu Gemeindezusammenlegungen kam. Es gibt bis heute Parallelen dafür, dass die Gemeindegrenzen weit ins Umland hinein reichen, etwa in Minden. Aufgrund der historischen Bedingungen behielt Soest jedoch innerhalb des Stadtgebietes eine so stark aufgegliederte Struktur der evangelischen Kirchengemeinden wie nirgendwo sonst innerhalb der Landeskirche¹¹³.

Nach den Weichenstellungen für die innere Struktur hatte auch der äußere Wiederaufbau eine Phase der Konsolidierung erreicht. Als ein Zeichen der Hoffnung auf eine gute Zukunft wurde am 15. Oktober 1950 die Kirche Maria zur Wiese wieder eingeweiht, dazu kam bekanntlich Bundespräsident Theodor Heuss nach Soest. Im Spalier aller sich verbeugenden Pfarrer blieb Pastor Freytag aufrecht stehen: Für ihn war Heuss ein normales Gemeindemitglied.

All dies enthielt unterschiedliche Antworten auf die Frage: Was ist, was will die Evangelische Kirche in Zukunft sein? Der Weg der Evangelischen Kirche sollte eine andere Richtung nehmen, als man es sich in der Pastorenschaft unmittelbar nach Kriegsende vorstellen konnte. Während man die Zukunft durch Konzentration auf Predigt und Gebet hatte gestalten wollen, kam der Impuls zu neuem Ansatz aus dem Kirchenvolk. Ebenfalls im Jahr 1950 schloss der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann als Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD den ersten offiziellen evangelischen Kirchentag in Essen (der später als zweiter Kirchentag gezählt wurde) vor etwa 180.000 Teilnehmern mit den Worten an die Völker der Welt: „Lasst uns der Welt antworten, wenn sie uns furchtsam machen will: Eure Herren gehen – unser Herr aber kommt!“ Die Evangelische Kirche öffnete sich der Laienbewegung.

¹¹² AW, Nr. 102.

¹¹³ Freundliche Auskunft Wolfgang Günther und Dr. Jens Murken, LKA EKvW Bielefeld. Ich danke Herrn Wolfgang Günther als Ansprechpartner.

HANS RUDOLF HARTUNG

ALLTAGSLEBEN

NACH TAGEBUCH-NOTIZEN AUS DEN JAHREN 1945 BIS 1949
AUFGEZEICHNET IM SOMMER 2008

1945

Samstag, 7. April: Seit gestern sind die Amerikaner in Soest. Ich sah die ersten feindlichen Soldaten am Brüdertor. Unsere Clique stand auf dem Platz vor dem Bunker. Die Amerikaner scheuchten uns mit ihren Automatik-Gewehren zum Eingang. Dabei schrien sie: „Mak snell!“ Ich hatte starkes Herzklopfen.

Wir trugen unsere kurzen Jungvolkhosen – andere haben wir gar nicht – und buntkarierte Hemden. Was uns noch als Hitlerjugend hätte ausweisen können, hatten wir abgelegt. Man sah uns nicht an, dass wir vor zwei Tagen in der Uniform des Volkssturms den Feind von den Stadtwällen aus mit Panzerfäusten abschießen wollten. Im letzten Augenblick hatte uns Bannführer Fritz Seifart nach Hause geschickt.

Vor dem Bunker schnappten sich zwei Amerikaner gerade den Luftschutzwart, der mit der Hand am Stahlhelm zackig grüßte. Die Soldaten grüßten nicht zurück, sondern stießen den Luftschutzmann hinter den Zaun von Lindenstruths Eisenlager. Zwei Eisenbahner schubsten sie hinterher, desgleichen einen Briefträger. „Hands up!“ verlangten sie auch von den beiden Polizisten, die immer am Bunker standen, und nahmen ihnen die Pistolen ab. Auch sie mussten ins Eisenlager. Dann waren die Verwundeten aus den Lazaretten dran. Die wedelten mit ihren Ausgangsscheinen, aber die Amerikaner nahmen von den Papieren keine Notiz. Sogar Beinamputierte auf Krücken mussten hinter den Zaun.

Weil wir nicht auch eingesperrt werden wollten, verschwanden wir nun doch in den Bunker. Wir hätten lieber zu Hause nach dem Rechten gesehen, denn unsere Wohnungen standen leer. Eltern und Geschwister waren dem Evakuierungs-Befehl gefolgt und auf den Dörfern im Süden Soests untergekröchen. Aber wir kapierten, dass die Amerikaner uns von der Straße haben wollten. Daher richteten wir uns auf eine Nacht im Bunker ein.

Erst heute um neun durften wir wieder vor die Tür. Da rangierten gerade ein paar Schwarze zwei Lastwagen vor das Tor von Lindenstruths Eisenlager. Die Schwarzen luden die Uniformierten auf: Soldaten, Luftwaffenhelfer, Eisenbahner, Luftschutzwarte, Polizisten und den Briefträger. Alle schlotterten vor Kälte. Sie hatten die Nacht im Freien verbracht. Nun wurden sie mit lautem Geschrei angetrieben. Auf den Lkws standen sie schließlich so dicht, dass keiner umfallen konnte. Als alle verladen waren, fuhren die Wagen in ziemlichem Tempo über den Hammer Weg aus der Stadt. „Ab in die Gefangenschaft“, sagte Lothar Schramm. Keiner hatte eine Vorstellung, wo das sein könnte. Vielleicht in Frankreich?

Sonntag, 8. April: Unsere Eltern sind zurück. Sie waren mit meinen Schwestern in Hewingsen untergekommen. Wir tauschten erst mal aus, was wir seit Ostersonntag erlebt hatten. Die Evakuierten hatten die Artillerie-Kanonade gehört, aber von den Folgen nichts mitgekriegt. Jetzt waren alle erschrocken über die vielen Einschläge. Überall sind Plünderer am Werk. Russen und Polen, Jugoslawen und Italiener sind nach dem Einmarsch der Amerikaner in die Stadt geströmt und nehmen sich, was sie brauchen. Vor allem gefragt sind Essen und Kleidung. Alle sehen erbärmlich aus. Manche tragen noch ihre zerschlissenen Uniformen, in denen sie einst zu uns kamen.

Montag, 9. April: Beim Artilleriebeschuss hat unser Haus zwei Treffer abgekriegt, im Garten sind drei weitere Einschläge. Glücklicherweise haben die Granaten nicht so viel zerstört wie die schweren Fliegerbomben. Aber überall türmt sich der Schutt. Am schlimmsten ist, dass wir weder Strom noch Gas noch Wasser haben. Wir können uns nicht waschen, nicht kochen und nicht aufs Klo. Am Nachmittag türmen wir gegen die Plünderer vor der Haustür einen Haufen Kleidungssetzen auf und machen damit klar: „Kollegen schon da gewesen! Alles kaputt!“

Dienstag, 10. April: Heute werde ich 16 Jahre alt. Aber mein Geburtstag wird nirgendwo zur Kenntnis genommen. Keiner gratuliert, es gibt keinen Kuchen. Es gibt überhaupt nichts zu essen. Brot sahen wir seit Tagen nicht. Alle Bäckereien liegen still. Die Metzgereien sind geplündert. Das einzige, was wir im Keller haben, sind Kartoffeln. Aber wir können weder kochen noch braten.

Mittwoch, 11. April: Heute ziehe ich einen Strich unter meine Vergangenheit. Alles, was es noch vom Jungvolk gab, lasse ich verschwinden: Abzeichen, Ausweise, Braunhemd, Fahrtenmesser, Fähnleinführer-Kordel, Hakenkreuzwimpel und Koppelschloss. Alles versinkt in Dr. Geisthövels Bombentrichter am Brüdertor, der zur Hälfte voll Wasser ist.

Freitag, 13. April: Wir suchen brauchbare Dachziegel zusammen und flicken das Hausdach. Es bleibt ein großes Loch, das wir mit Blechen decken müssen. Zwei Bleche hat uns Paul Hilchenbach versprochen. Nur eine Woche nach dem Einmarsch der Amerikaner brennt heute wieder Licht, wenn auch noch nicht überall. Die Fernleitung von Erwitte nach Soest ist geflickt. Man kann es kaum glauben.

Sonntag, 15. April: Ich sprach zum ersten Mal mit einem amerikanischen Soldaten. Er saß in einem Polstersessel mitten auf dem Markt und langweilte sich. Erst verstand ich ihn sehr schlecht, dann klappte unsere Unterhaltung ganz gut. Er war zwei Jahre älter als ich und wollte wissen, ob ich Soldat war. Ich zeigte ihm meinen Wehrpass und probierte mein Schulenglisch: „If you have this paper, you cannot have been a soldier!“ Ich war überrascht, dass er mich verstand. Dann fragte er: „What do you think about Pearl Harbor?“ Von Pearl Harbor hatte ich noch nie gehört.

Donnerstag, 19. April: Vater drängt jeden Tag, ich sollte mir Arbeit suchen, weil ich sonst zum Aufräumen rangezogen werde. Als ich heute früh in der Straße der SA den Bäcker Wilhelm Dörendahl traf, bei dem wir immer unser Brot kauften, fragte ich ihn: „Kann ich nicht bei Ihnen arbeiten?“ Der Bäcker sah mich an und fragte: „Wo willst du denn hier arbeiten? Ist doch alles kaputt!“ Ich wusste, dass die Bä-

ckerei Dörendahl beim Angriff am 5. Dezember 44 schwer demoliert worden war. Aber immerhin war sie als einziges Gebäude zwischen Brüderstraße, Katzengasse, Salzbrink und Kohlbrink stehen geblieben. Ich fragte: „Kann man das nicht wieder in Ordnung bringen?“

Mittwoch, 25. April: Heute mussten sich „alle männlichen Personen zwischen 15 und 30 Jahren“ in der amerikanischen Kommandantur im Amtsgericht melden. Alle Ausweise mussten mitgebracht werden. Im Vertrauen auf meinen Wehrpass ging ich ganz ruhig hin. Er wurde als Beweis akzeptiert, dass ich kein Soldat war. Daher bekam ich ein Papier mit dem Stempel der 95. US-Infanteriedivision. Es bescheinigt mir, Zivilist zu sein. Das ist mir jetzt so wichtig wie der Wehrpass. Wer nicht nachweisen konnte, kein Soldat gewesen zu sein, kam sofort auf einen Lastwagen und wurde abtransportiert. Dabei zuzusehen, war ein schreckliches Gefühl. Keiner weiß, wohin es geht.

Montag, 14. Mai: Ich habe Ömmes Rodewald überredet, in der Backstube mitzumachen. Wir haben zwei Wochen gebraucht, um alles wieder herzurichten. Mit einer einzigen Schubkarre haben wir allen Schutt durch die Katzengasse und über den Schweinemarkt in den von-Köppenschen Park gefahren und da abgekippt. Jeder von uns hat an die dreißig Mal die Schubkarre gestemmt. Den Schutt sollen später Bauern mit Fuhrwerken aus dem Park abfahren und in die Bombentrichter kippen. Gott sei Dank waren die Öfen und die Maschinen noch in Ordnung. Jetzt könnten wir backen, aber im Haus kann noch keiner wohnen. Backen können wir erst, wenn wir auf dem Grundstück wohnen, sonst wird uns nachts das Mehl geklaut. Der Meister will versuchen, eine Flakbaracke zu kriegen, die man als Wohnung herrichten kann.

Montag, 21. Mai: Heute früh ab 5.30 Uhr haben wir das erste Brot gebacken. Ömmes und ich hatten unsere kurzen Jungvolkhosen an und weiße Turnhemden, von denen die Hakenkreuze abgetrennt waren. Frau Dörendahl hatte uns zwei weiße Schürzen und zwei Bäckermützen gegeben. Ganz nach Vorschrift war nur der Meister angezogen. Er trug die bekannten Pepitahosen der Bäcker.

Mittwoch, 23. Mai: In der Stadt wird erzählt, die Amerikaner verhafteten alle Nationalsozialisten. Auch die hauptamtlichen Hitlerjugendführer sollen abgeholt worden sein, darunter Bannführer Fritz Seifart und die Bannmädelführerin Gertrud Eisenberg. Sie sollen nach Recklinghausen oder nach Staumühle bei Paderborn in Internierungslager gebracht worden sein. Beim Verhaften sollen angeblich entlassene KZ-Häftlinge geholfen haben, die in Soest gelandet sind. Aber keiner weiß was Genaues.

Dienstag, 5. Juni: Heute verlassen die Amerikaner die Stadt, die sie vor vier Wochen erobert haben. An ihre Stelle treten englische Truppen, denn Soest gehört jetzt zur „Britischen Zone“.

Wir backen inzwischen auch Kassler und Schnittbrot. Bei Brötchen und Weißbrot arbeiten wir mit Hefe statt mit Sauerteig. Zwischen den Backvorgängen nehmen wir die Reste des zerstörten Hauses von Fritz Viegner im Salzbrink, dessen Trümmer an das Backhaus grenzen, auseinander und zersägen die Fachwerkbalken in ofengerechte Stücke. Da die Balken eisenhart sind, ist das unsere schwerste Arbeit, aber

sie muss getan werden; der Backofen braucht ständig Futter. Briketts gibt es auch. Sie werden uns unter Bewachung angeliefert, wie übrigens auch das Mehl, das der Müller Lücking aus Lohne jeden Tag anfährt. Wir müssen es per Aufzug auf den Mehlboden hochziehen.

Mittwoch, 20. Juni: Das Wohnungsamt hat uns eine Flüchtlingsfrau zugewiesen. Eigentlich haben wir gar keinen Platz. Wir haben ein Elternschlafzimmer, ein Zimmer für die beiden Schwestern, ein Zimmer für mich und ein Wohnzimmer. Nun kommt in mein Zimmer eine fremde Frau. Ich muss ins Wohnzimmer umziehen. Das Familienleben findet jetzt in der Küche statt. Frau Jasnoch ist eine Polin aus Krakau, die einen deutschen Hauptfeldwebel geheiratet hat. Sie weiß nicht, ob ihr Mann noch lebt. Sie hofft, dass er in russischer Gefangenschaft ist.

Montag, 2. Juli: Die Engländer richten sich häuslich ein. Angeblich haben sie hundert Wohnhäuser beschlagnahmt, dazu das „Pilgrimhaus“, den „Wilden Mann“ und andere Gaststätten. Am schlimmsten ist, dass sie beide Kinos, alle Sportplätze, das Freibad und viele Geschäfte für sich nehmen. Übrigens erwarten sie, dass alle deutschen Männer an der Fahne vor ihrer Kommandantur am Westenhellweg den Hut ziehen. Das tut aber keiner. Entweder geht man ohne Hut an der Kommandantur vorbei, oder man macht mit Hut einen Umweg durch die Gärten.

Mittwoch, 4. Juli: Die „KZ-Bande“, die an der Verhaftung von Parteifunktionären beteiligt war, soll aufgefliegen sein. Angeblich haben die Engländer erkannt, dass die zwielichtigen Gestalten, denen viele Übergriffe nachgesagt werden, nicht politische Häftlinge waren, sondern Kriminelle. Bei den Amerikanern waren sie lieb Kind; das sind sie jetzt wohl nicht mehr. Aber Genaueres erfährt man nicht.

Dienstag, 17. Juli: Der Bäcker hat seinen beiden Schwestern einen Backwaren-Verkaufsladen in der Walburgerstraße eingerichtet. Den müssen wir nun zweimal am Tag mit frischem Brot beliefern. Der Transport geschieht mit einer zweirädrigen Karre, die wir aus dem Salzbrink durch die Sterngasse und von da die Walburgerstraße hoch schieben. Bewacht werden wir von einem Schäferhund, der neben unserer Karre herläuft und auf unser Brot aufpasst.

Mittwoch, 12. September: Seit ein paar Tagen kommen die ersten Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Sie kommen nicht auf den Lastwagen, mit denen sie vor einem halben Jahr weggebracht wurden, sondern mit der Ruhr-Lippe-Eisenbahn aus Arnsberg. Da gibt es angeblich eine Entlassungsstelle. Jeden Abend stehen Tausende am Kleinbahnhof am Brüdertor und sehen den Heimkehrern in die Gesichter. Das Wiedersehen geht allen nahe. Von keinem, der zerlumpt aus dem Zug steigt, Brotbeutel und Feldflasche an Bindfäden über der Schulter, hat man gewusst, dass er überhaupt noch lebt. Keiner hat schreiben dürfen, keiner konnte seine Heimkehr ankündigen. Wenn die Mütter ihren Söhnen, die Frauen ihren Männern, die Kinder ihren Vätern in die Arme fallen, kommen allen die Tränen.

Hänschen Bruns, mein Kindheits- und Schulfreund aus der Gärtnerei gegenüber, nur drei viertel Jahre älter als ich, war in einem Kriegsgefangenenlager in der Normandie. Bis dorthin waren die Luftwaffenhelfer und die siebzehnjährigen Soldaten verfrachtet worden – „die halbe Klasse war da“. Viele sind im Lager gedemütigt worden. Die Amis schnitten ihnen die langen Soldatenhosen ab und ließen sie rum-

laufen wie die Kinder. Herbert Schäfers aus der Nötten-Brüder-Wallstraße, Luzies großer Bruder, den ich zuletzt als stolzen Leutnant mit dem Eisernen Kreuz sah, stieg total abgerissen aus dem Zug. „Alles Scheiße“, sagte er. Heinz Götte vom Hammer Weg, der im Bannorchester die zweite Geige spielte, hielt eine Hand hoch, die keinen Daumen mehr hatte. „Geige ist nicht mehr“, sagte er traurig.

Mittwoch, 7. November: Eigentlich müsste heute die Kirmes anfangen, aber davon kann keine Rede sein. Sie fand schon 1944 nicht statt. Seit April 1944 gab es einen Luftangriff nach dem anderen, im September einen mit 32 „Fliegenden Festungen“, die 400 Sprengbomben warfen. Ob es wohl überhaupt mal wieder eine Kirmes geben wird?

Dienstag, 18. Dezember: Ich erfahre vom alten Majonica, dass das Obere britische Militärgericht in der Patrokli-Turnhalle, wo wir monatelang heilige Messe feierten, gegen die „KZ-Bande“ verhandelt. Die Turnhalle sei jetzt ein großer Gerichtssaal. Meister Dörendahl, der gerne wissen will, was da vor sich geht, gibt mir zwei Stunden frei. In der Turnhalle sehe ich die Bandenmitglieder leibhaftig, von denen so viel geredet wird. Der Hauptangeklagte, der auch Leiter des Arbeitsamtes war, ist ein langer Kerl, „Liane Haid“, seine Freundin, eine wenig attraktive Frau. Zu meiner Überraschung sitzt vor den Angeklagten der Soester Rechtsanwalt Dr. Artur Sträter. Er ist der Verteidiger der ganzen Bande. Neben ihm sitzt seine Ehefrau Dorita und führt Protokoll. Ich kenne beide, weil ihre Tochter Angelika mit meiner Schwester in einer Klasse ist. Verhandelt wird in Englisch mit Dolmetschern. Ich verstehe nicht alles und bin gespannt, wie das Verfahren ausgeht.

Montag, 24. Dezember, Heiligabend: Wir haben die Nacht durchgearbeitet, damit jeder zu Weihnachten Brot und Brötchen hat. Auch ein paar Kuchen, die uns von Kunden gebracht wurden, haben wir abgebacken. Zum ersten Mal roch es in der Backstube festlich. Frau Dörendahl warf einen Blick in die große Teigmaschine und sagte: „Früher machte der Opa zu Weihnachten hier drin das Marzipan!“ Am Abend fand das „Soester Gloria“ wieder statt, sogar mit Lichterschwingen vom Turm der Petrikerche. Im vorigen Jahr musste es nach dem schweren Luftangriff ausfallen. Viele Leute verhielten sich beim Gloria wie bei der Begrüßung der Heimkehrer: Sie weinten hemmungslos.

1946

Dienstag, 1. Januar: Vater füllt zum zweiten Mal einen Fragebogen der Militärregierung aus. Diesmal muss er 132 Fragen beantworten. Er kreuzt u.a. an, dass er dem Reichsbund der Deutschen Beamten, der NS-Volkswohlfahrt und dem Deutschen Roten Kreuz angehört hat. Er glaubt nicht, dass er aus dem Dienst entlassen wird.

Sonntag, 6. Januar: Nach der Kirche erzählt der alte Majonica, das Obere Britische Militärgericht habe die „KZ-Bande“ verurteilt. Ihr Chef, der auch Leiter des Arbeitsamtes war, habe fünf Jahre Gefängnis gekriegt, seine Komplizin „Liane Haid“ drei. Leider kann man das nicht nachlesen. Es gibt keine Zeitungen.

Montag, 14. Januar: Wir müssen mal wieder beim Arbeitsamt erscheinen. Ich gehe ganz gelassen hin. Mit der Bescheinigung meines Bäckers laufe ich nicht Gefahr, in die Kolonne der Bombentrichter-Zuschauer eingereiht zu werden.

Mittwoch, 23. Januar: Täglich hört man die Namen von Gefallenen und Kriegsgefangenen. Sie werden von Heimkehrern mitgebracht. Von unseren Lehrern soll Bubi Gerhards gefallen sein, unser schöner Studienrat für Englisch. Oberstudiendirektor Dr. Stopp vom Archi erfährt erst jetzt, dass seine beiden Söhne Ingolf und Lanfrid ganz zum Schluss gefallen sind. Sie waren Jungvolkführer und gehörten zu den Abiturienten von 1942 und 1944. Vom Hammer Weg hat es Heinz Bruns erwischt, den älteren der beiden Söhne aus der Gärtnerei gegenüber. Auch Werner Sträter, der ältere Bruder von Helmut und Günter aus der Schreinerei, ist gefallen. Er war bei der Waffen-SS. Carl Linnhoff, der Sohn des Friseurs, ist mit seinem U-Boot untergegangen.

Freitag, 8. Februar: Karl-Werner Cebulla gibt Bescheid, dass die Schule wieder anfängt. Er weiß immer alles zuerst, weil er im E-Werk wohnt und dort telefonisch erreicht werden kann. Private Telefone gibt es so gut wie gar nicht.

Der genaue Termin des Schulbeginns steht noch nicht fest. Wir sollen uns aber schon mal bei unseren Lehrern melden. Ich gab die Neuigkeit sofort in der Backstube bekannt. Meister Dörendahl lässt sich versprechen, dass ich jeden Freitagabend zur Nachtschicht komme und vielleicht auch morgens um halb fünf vor der Schule. Wir versorgen inzwischen die halbe Stadt mit Brot und Brötchen.

Dienstag, 19. Februar: Heute kamen wir zum ersten Mal seit der Zerstörung unserer Schule am 5. Dezember 1944 zusammen. Wir trafen uns zunächst in der Schulmesse und wanderten dann ins Lyzeum am Paradieser Weg. Unterricht gab es aber nicht. Die Schule ist für uns viel zu klein. Jetzt ist guter Rat teuer. Unsere Oberschule am Pollhof wird wohl noch lange eine Ruine sein.

Mittwoch, 20. Februar: Von den alten Klassenkameraden kommen viele nicht zur Schule zurück. Dazu gehören fast alle Söhne von Landwirten, u.a. Paul Wilhelm Winckler aus Enkesen, Georg Wilhelm Altehöfer aus Neuengeseke und Ernst Blumenmeller aus Röllingsen. Sie müssen später die elterlichen Höfe übernehmen und brauchen nicht unbedingt ein Abitur. Andere wollen mit der Berufsausbildung weitermachen, die sie inzwischen angefangen haben. Zu ihnen gehört Hänschen Bruns aus der Gärtnerei gegenüber. Weil sein älterer Bruder Heinz noch in den letzten Kriegstagen in Berlin gefallen ist, muss er jetzt die Gärtnerei übernehmen.

Für die verschwundenen Mitschüler kommen neue Gesichter. Horst Bochmann stellt sich als ein Gastwirtssohn aus Schlesien vor, Helmut Bergmann als Ruhrgebietler, dessen Vater, ein Realschulrektor, in Soest untertauchen konnte. Heinz Schneider, 22, ist ein Soester, der vor dem Krieg im mittleren Verwaltungsdienst der Stadtverwaltung war. Nun will er über das Abitur den gehobenen Dienst erreichen.

Zu alt für unsere Klasse sind auch Ernst Bierbrodt und Peter Engelmann. Sie sind aber durch den Krieg so aus der Bahn geworfen worden, dass sie in keinen Förderkurs passen, in den sie eigentlich gehörten. Wenn sie das Abi erreichen wollen, müssen sie bei uns weitermachen.

Dienstag, 26. Februar: Wir kommen im Archi unter, allerdings nur an drei Tagen in der Woche. Weil die Klassenräume auch hier nicht reichen, müssen wir auch in die Lehrerbildungsanstalt am Immermannwall und in die Landwirtschaftsschule ausweichen. Außerdem erfahren wir, dass einige unserer ehemaligen Lehrer nicht

wiederkommen werden. Bisher dürfen erst sieben Lehrer wieder Unterricht erteilen. Wer in der Partei war, muss „entnazifiziert“ werden.

Schulleiter ist jetzt Dr. Paul Kirchhof. Als wir 1939 in die Oberschule eintraten, war er Oberstudiendirektor und blieb es auch, durfte aber wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ keine Schule leiten. Genauso geht es nun unserem Direx Dr. Ludwig Schulte-Braucks: Er behält seinen Titel, muss aber ins zweite Glied zurücktreten.

Einige Fächer stehen nicht mehr auf dem Stundenplan, z.B. Biologie und Geschichte. Für die werden neue Richtlinien erwartet. Schulbücher gibt es für kein Fach. Die müssen erst von der Militärregierung geprüft werden, und das kann dauern.

Am Nachmittag gehen Jochen Borries und ich zur Tanzschule von Lotte Kipp-Meis im Grandweg und fragen, ob unsere Klasse einen Tanzkursus absolvieren kann. Wir sind willkommen, müssen aber unsere Partnerinnen mitbringen. Die müssen wir uns nun erst mal zusammensuchen.

Donnerstag, 28. Februar: Wir haben nur an drei Tagen in der Woche Unterricht. An den drei anderen Tagen sind „Einsätze“. Das kennen wir schon aus unserer Jungvolkzeit. Wir machten Nachtwachen im „Haus der Jugend“ und im „Braunen Haus“, mussten nach Bombenangriffen Verschüttete bergen, auch in den Nachbarstädten Hamm, Dortmund und sogar in Bochum, und schaufelten auf den Rollbahnen im Flughafen Werl tagelang Bombentrichter zu. Jetzt sollen wir in Soest Schutträumen, am Hinderking Trichter zuschaufeln, die Felder nach Kartoffelkäfern absuchen und im Arnsberger Wald Brennholz schlagen. Wer weiß, was noch kommt!

Samstag, 16. März: Nach der Nachtschicht in der Bäckerei war ich um fünf Uhr für drei Stunden im Bett, um halb neun in der Schule. In der letzten Stunde wurden wir zur Viehzählung eingeteilt. Ich musste die ganze Schendelerstraße bis nach Hattrop ablaufen und in jedem Haus nach der Zahl der Schweine fragen. Die Strecke ist mir schon von früheren Viehzählungen in Jungvolk-Uniform vertraut. Für Schularbeiten bleibt nur der Sonntag.

Montag, 1. April: Kein Unterricht, aber wir dürfen trotzdem an der Schulspeisung teilnehmen. Heute gab es die beliebte süße Suppe. Ohne den täglichen Schlag ins Kochgeschirr wären wir arm dran!

Donnerstag, 25. April: Erster Schultag nach den Osterferien. Es beginnt wie eh und je mit einer Morgenfeier. Und wie eh und je muss ich ein Gedicht aufsagen. Diesmal ist es von Eduard Mörike und hört sich am Ende wie ein Gebet an: „Herr, dir in die Hände sei Anfang und Ende, sei alles gelegt.“ Anschließend im Unterricht sagt Thea: „Das beten wir künftig zu Beginn eines jeden Schultags!“

Freitag, 26. April: Seit heute gibt es wieder eine Zeitung. Sie heißt „Westfalenpost“ und erscheint an zwei Tagen in der Woche mit vier Seiten. Aber besser als gar nichts! Eine halbe Seite ist voller Todesanzeigen von Gefallenen. Viele sind schon seit Monaten tot. Auch der Tod von Walter Fischers Mutter, die 1945 plötzlich starb, wird jetzt erst gemeldet.

Dienstag, 30. April: Im Garten bauen wir zum ersten Mal Tabak an. Die Pflanzen hat die Gärtnerei Bruns im Gewächshaus gezogen. Im Garten sollen sie von allein wachsen. Die richtige Arbeit fängt erst an, wenn die reifen Blätter getrocknet sind

und „fermentiert“ werden müssen. Wie das geht, wissen wir noch nicht. Aber als starke Raucher kommen wir am eigenen Tabakanbau nicht vorbei.

Dienstag, 7. Mai: Propst Völlmecke hat am Sonntag an alle appelliert, beim Wiederaufbau des Doms zu helfen. Es wird erwartet, dass wir das Auseinandersortieren des gewaltigen Steinhaufens übernehmen, der seit dem Einsturz der Apsis vor dem Längsschiff liegt. Jeder soll einmal in der Woche antreten. Den Tag kann man sich aussuchen, aber drücken kann man sich nicht. Montags soll der Kirchenchor erscheinen, dienstags die KAB, mittwochs der Kirchenvorstand und das Männer-Apostolat, donnerstags die Handwerker und Kaufleute und freitags die Beamten und Angestellten.

Mittwoch, 14. Mai: Gestern war ich zum ersten Mal beim Männergesangverein „Frohsinn“, der seine Übungsstunden im Hansa-Café schräg gegenüber der Bäckerei hält. Mitgenommen hatte mich Pudel Fischer. Ich traf beim Singen ungefähr zwei Dutzend alter Freunde aus Schule und Jungvolk. Nach einer Stimmprobe wurde ich dem Zweiten Bass zugeteilt. Ich sitze da zwischen lauter Handwerkern. Mein rechter Nachbar ist der Schlossermeister Georg Dülberg, der mit Vater im Kirchenvorstand ist.

Montag, 20. Mai: Nach der Schule wurden wir zum Aufräumen auf den Osthofenfriedhof geschickt. Da sieht es immer noch wüst aus. Wir kriegten Arbeitshandschuhe und mussten zusammentragen, was die Bomben aufgerissen und überallhin verstreut hatten – Sargteile, Grabsteine, Bäume, Büsche und vor allem Menschenknochen.

Donnerstag, 30. Mai: Weil heute Himmelfahrt und „Vatertag“ ist, fuhren wir mit dem „Frohsinn“ zum Ausflug nach Völlinghausen. Metzgermeister Gustav Zurmühl aus dem Ersten Tenor hatte für eine Wibbelbohnenuppe gesorgt, der Friseur Heini Möbus führte einen Sketch auf. Vor allem aber wurde viel gesungen. Die älteren Sangesbrüder bedauerten, dass es noch immer nur „Dröppel“- Bier gibt.

Donnerstag, 6. Juni: Abends Tanz bei Richard Jüsten. Er hat ein Grammophon und Platten. Seine Schwester Käthe bringt uns die ersten Tanzschritte bei. Unsere Tänzerinnen kommen aus unserer Parallelklasse im Lyzeum, sind also für uns zu alt. Tanzen können wir alle nicht.

Montag, 17. Juni: Aus der Schule werden wir geschlossen zum Gesundheitsamt im Landratsamt geführt. Wir sollen auf Tbc geröntgt werden. Dabei sehen britische Offiziere zu. Nach der Prozedur fragt einer freundlich, ob er uns fotografieren dürfe. Wir wollen ablehnen, aber dann flüstert uns der deutsche Arzt zu, die Engländer wären interessiert an deutschen Jugendlichen, „deren Rippen man zählen kann“. Deren Bilder sollten in England veröffentlicht werden. Weil man bei Karl-Werner und mir die meisten Rippen besonders deutlich sieht, ließen wir uns fotografieren. Jedermann soll sehen können, wie abgemagert wir sind.

Dienstag, 16. Juli: Der „Frohsinn“ wechselt aus dem Hansa-Café in der Brüderstraße („Café Hemd hoch!“) in die Gastwirtschaft „Drei Kronen“ in der Jakobistraße. Es heißt, das Hansa-Café werde von der Besatzung beansprucht.

Montag, 5. August: Schulferien. Ich arbeite von 4 bis 12 Uhr in der Bäckerei. Dann holt mich Ursula Ense zur Fahrt an die Möhne ab. Weil es sehr heiß ist, schwimmen

wir in der Nähe des Stockumer Damms vom Südrandweg durchs Wameler Becken und wieder zurück. Eigentlich müsste ein Boot neben uns herfahren, aber wir haben leider keins.

Montag, 26. August: Zum ersten Mal Französisch. Damit haben wir nun drei Fremdsprachen: Englisch seit Sexta, Latein seit Quarta und nun Französisch. Den Unterricht erteilt Dr. Schulte-Braucks, unser alter Direktor.

Samstag, 14. September: Zu Hause große Freude: Es kam ein Paket aus Amerika! Absender ist Onkel Hans, Muttis einziger Bruder, der 1926 in die USA ging. Für mich ist ein dunkelblauer Anzug dabei. Nie zuvor besaß ich ein so edles Kleidungsstück. Und in jeder Hosentasche steckte ein Päckchen Zigaretten!

Freitag, 4. Oktober: Wir gehören weiter zur britischen Zone, wir behalten auch die englische Militärregierung, aber als Besatzung haben wir jetzt Belgier. Gut, dass wir französisch lernen, schlecht, dass die Belgier so schreckliche Zigaretten haben. Am besten waren noch die amerikanischen!

Dienstag, 8. Oktober: Gestern und heute waren die schwersten Tage seit langer Zeit. Wir mussten den ganzen Tag lang im Arnsberger Wald bei permanentem Nieselregen Bäume fällen, weil es in der Stadt kein Brennholz mehr gibt. Wir wurden mit dem E-Werks-Lkw in den Wald gefahren, kriegten Sägen und Äxte in die Hand gedrückt und mussten nach Anweisung von Forstleuten schuften wie die Kulis. Trichter-Zuschaukeln ist nichts dagegen. Abends waren wir total kaputt. Aber jeder, der zwei Tage durchhielt, bekam zum Lohn einen ganzen Handwagen voll Brennholz für zu Hause.

Dienstag, 15. Oktober: Um drei Uhr war die ganze Familie beim Fotografen Viegener in der Jakobistraße zum Familienfoto. Das Bild ist bestimmt für Onkel Hans in Amerika als Dankeschön für das große Paket. Das Foto aber wird auch uns für alle Zeit daran erinnern, wie wir im Herbst 1946 aussahen. Nach dem Fototermin eilte ich in den „Domhof“ am Großen Teich zur ersten Tanzstunde.

Mittwoch, 6. November: Heute hat die Allerheiligenkirmes angefangen. Wir trafen uns nach der Schule und sahen uns um, aber es war noch nicht wieder wie früher. Für eine Bratwurst wurden Fleischmarken verlangt, für ein Lebkuchenherz Brotmarken.

Mittwoch, 27. November: Die Studienräte Dr. Korn und Gaupp haben die Klasse zu einem Krippenspiel überredet. Es soll zu Weihnachten in der Hohnekirche aufgeführt werden. Wir sollen die Figuren aus dem Evangelium samt Hirten und drei Königen verkörpern. Keiner hat Lust, aber dann ködern uns die Lehrer mit dem Hinweis, die Rollen der vielen Engel würden von „den Damen des Lyzeums“ übernommen. Da sieht die Sache gleich anders aus. Wir machen allerdings darauf aufmerksam, dass wir die Rollen der männlichen Mitspieler ausschließlich mit Jungvolkführern besetzen können. Es gibt bei uns keinen, der nicht wenigstens Jungzug- oder Fähnleinführer war. Dr. Korn meint, wir sollten uns mal nicht so wichtig nehmen. Er erinnert daran, dass auch die Schülerinnen des Lyzeums durchweg Jungmädelführerinnen waren. Ich muss einen hundert Jahre alten Hirten mimen.



Dienstag, 15. Oktober 1946: Familienfoto



Sonntag, 22. Dezember 1946: Unser Krippenspiel

Sonntag, 22. Dezember: Unser Krippenspiel ist ein solcher Erfolg, dass wir zu mehreren Aufführungen antreten müssen. Sie beschäftigen uns die ganze Weihnachtswoche. Einerseits ist es anstrengend, andererseits sind wir stolz, dass wir so gut ankommen.

1947

Mittwoch, 29. Januar: Aus der Turnhalle der Patroklischule ist die Patrokligemeinde mit ihren Messen in den Blauen Saal des Rathauses umgezogen. Hier haben wir während der Jungvolkzeit viele Singestunden gehabt und Reden anhören müssen. In der Weihnachtszeit wurde Spielzeug für die Kinder von Gefallenen gebastelt.

Freitag, 7. Februar: Unsere Tanzstunden enden heute mit dem Schlussball. Er findet im Kurhaus Bad Sassendorf statt. Hier gibt es den einzigen ordentlichen Saal weit und breit. Weil der Personenzug Soest-Lippstadt wie immer überfüllt ist, fahren wir auf den Puffern hin und erscheinen beim Ball leicht verdeckt. Wir Jungen tragen die langen schwarzen Hosen unserer Jungvolk-Winteruniformen, die Mädchen haben überwiegend Kleider aus Gardinen- und Dekorationsstoffen.

Dienstag, 29. April: Zum ersten Mal eine „Schülerratsitzung“. Dr. Korn erklärt uns Sinn und Zweck der Veranstaltung, an der alle Klassen der Oberstufe teilnehmen. Es geht darum, dass die Schüler künftig mitbestimmen sollen, wie der Schulbetrieb laufen soll. Wir können uns gar nicht vorstellen, dass so etwas funktionieren soll.

Freitag, 9. Mai: Dr. Korn hat uns nachdrücklich eingeladen, in der Volkshochschule an seinem Kurs „Faust“ teilzunehmen. Ich melde mich an.

Freitag, 8. Juni: Karl-Werner und ich fahren mit dem E-Werks-Laster nach Neuhaus im Arnsberger Wald und helfen beim Schlagen von Büschen für die Fronleichnamsprozession am kommenden Sonntag. Mit den Büschen sollen die hässlichen Trümmer am Prozessionsweg verdeckt werden.

Donnerstag, 3. Juli: Schulfrei, weil der erste „Förderkurs für Kriegsteilnehmer“ Abitur macht. Es handelt sich um Schüler, die durchweg schon Offiziere waren. Schon am Nachmittag haben alle bestanden. Wenn nun auch noch die beiden anderen Kurse beendet sind, sind wir die höchste Klasse an der Schule.

Samstag, 12. Juli: Generalprobe „Der zerbrochene Krug“ von Kleist auf der Wiese hinter dem Haus Kätelhön in Wamel. Zuschauer sind Sextaner, die gerade im Landheim sind. Sie tun so, als hätten sie alles verstanden.

Freitag, 1. August: Pudel Fischer überredet mich, ihn zu einem Treffen der Jungen Union im wiederhergestellten Keller des Hotels „Deutsches Haus“ in der Rathausstraße zu begleiten. Die Leitung hat der Gerichtsreferendar Ernst Majonica jun. Es geht nicht um meine Mitgliedschaft, sondern um „Kontakte“. Ich lerne eine Menge Leute kennen, aber ich vertrete weiterhin den „Ohne-mich-Standpunkt“.

Mittwoch, 1. September: Die Ferien sind rum, und schon geht es wieder zum Einsatz. Diesmal muss die ganze Klasse in Meiningsen Hagebutten pflücken.

Dienstag, 30. September: Auf dem Küchenherd Zuckerrüben gekocht und ausgepresst. Rübenkraut ist unser einziger Brotaufstrich. Die Rüben sind von Fuhrwerken geklaut.



Freitag, 9. Mai 1947: Kurs „Faust“ an der Volkshochschule

Mittwoch, 22. September: Schuttfahren statt Schule. Wir sind mal wieder den ganzen Tag mit dem E-Werks-Lastwagen unterwegs. Irgendwann müssen die Bombenrichter doch mal gefüllt sein.

Sonntag, 30. November: Dombau-Lotterie. Karl Werner, Lothar und ich sind von Vater Clemens Schramm zum Lose-Verkauf eingeteilt worden. Wir laufen den ganzen Tag mit den roten Sammelbüchsen klappernd durch die Stadt wie einst fürs Winterhilfswerk.

Donnerstag, 18. Dezember: Zeugnisse. Am Nachmittag Generalprobe des Krippenspiels. Anschließend muss ich mit dem Handwagen fünf Zentner Kohlen holen.

Sonntag, 21. Dezember: Weihnachtsbescherung für die Vertriebenen im ehemaligen Oflag. Der alte Majonica, inzwischen Vorsitzender der CDU in Soest, und sein Sohn Ernst jun. haben wochenlang Liebesgaben zusammengebettelt und verteilen die Päckchen nun unter den Schlesiern. Pudel und ich tragen die Körbe. Die Vertriebenen sind unmöglich untergebracht. Aber keiner weiß, wie man das ändern kann. Unsere Stimmung ist entsprechend.

1948

Donnerstag, 5. Februar: Nach der Schulmesse schaufeln wir Bombenrichter zu. Über Mittag tagt der „Schülerrat“. Am Nachmittag fahren wir nach Ampen und brennen bei Wilhelm Runte Schnaps aus Rüben und Kartoffeln.

Freitag, 27. Februar: Frieda Grafe aus Allagen, die zur Clique von Hubertus Ense

gehört, überredet mich zu einem Diskussionsabend, aus dem eine philosophische Arbeitsgemeinschaft werden soll. Leiterin ist die Assessorin Frl. Mönninghoff vom Lyzeum. Ich trete nach dem Probeabend der Arbeitsgemeinschaft bei.

Donnerstag, 11. März: Die CDU veranstaltet zusammen mit der Militärregierung eine Ausländertagung in Soest, an der Ministerpräsident Karl Arnold aus Düsseldorf teilnimmt. Auf Bitten des alten Majonica lotse ich gegen Mittag den Regierungschef in seinem Wagen vom Rathaus zum Mönchshof. Zu einem Gespräch im Wagen kommt es nicht; Herr Arnold ist erschöpft. Am Mittagessen darf ich teilnehmen.

Freitag, 19. März: Wir fahren mit der Jungen Union nach Dortmund ins Theater zu „Des Teufels General“ von Carl Zuckmayer. Wir sind besonders beeindruckt von der Tatsache, dass auf der Bühne deutsche Uniformen mit Hakenkreuzen und sogar eine Jungmädelschaftsführerin in weißer Bluse mit rotweißer Kordel zu sehen sind. Das wäre vor einem Jahr noch nicht möglich gewesen.

Mittwoch, 24. März: Wir sind in die Oberprima versetzt worden. Dass zwei unserer Freunde auf der Strecke bleiben, betrübt alle. Wir meinen, die Schule dürfe noch nicht so tun, als sei kein Krieg gewesen. Man kann uns doch noch nicht mit den alten Friedens-Maßstäben messen, was manche Lehrer offensichtlich gerne täten.

Samstag, 17. April: Nach „Des Teufels General“ sehen wir auch das andere aktuelle Stück „Wir sind noch einmal davongekommen“. Es wird in der „Lichtburg“ aufgeführt. Unter den Schauspielern ist die berühmte Elisabeth Flickenschild.

Samstag, 1. Mai: Wir sind wieder im Dom! Vier Jahre nach den schweren Zerstörungen ist unsere Kirche so weit hergerichtet, dass wir das zweite Notquartier, den Blauen Saal im Rathaus, verlassen können. Die erste Unterkunft in der Turnhalle der Patroklischule ist schon fast vergessen. Heute gab es aber noch nicht schon Domweihe, sondern eine „Feierstunde vorweg“. Es sollte denen gedankt werden, die sich um den Wiederaufbau besonders verdient gemacht haben. Propst Völlmecke nannte namentlich Generaldirektor Hermann Milke, der „mit Geld, Fachverstand und viel Zement“ geholfen habe, und Magistrats-Oberbaurat Heinrich Schäfer, Vaters Vetter, dem das Amt des Dombaumeisters zugefallen ist. Er wird allgemein gerühmt, weil er so schnell vorangemacht hat.

Dienstag, 15. Juni: Mit Mutti in die Tauschzentrale in der Brüderstraße. Sie will sich freiwillig von ihrer alten Schülergeige trennen und hofft auf ein Paar Schuhe für mich. Ich habe zwar dauernd nasse Füße, aber richtig scharf bin ich auf eine Ami-Windjacke aus den Beständen der US-Armee, und ich habe Erfolg. Die Jacke ist funkelnagelneu und passt wie angegossen. Sie soll mein Alltags-Kleidungsstück werden.

Sonntag, 20. Juni: Nach der Messe geht die ganze Familie geschlossen zur Patroklischule. Dort wird das neue Geld ausgegeben, die Deutsche Mark. Jeder kriegt 40 Mark. Vater kassiert den Gesamtbetrag für die Familie, wir sehen nicht mal ein Taschengeld. Am Nachmittag starten wir mit unserer Klasse ins Zeltlager am Hevebecken. Bevor wir ins Abitur steigen, wollen wir eine Woche zusammen verbringen.

Sonntag, 27. Juni: Nach der Kirche staune ich in der Stadt über die Auslagen in den Schaufenstern. Als wir vor einer Woche losfuhren, war überall gähnende Leere. Jetzt gibt es alles. Bei Schramms liegen Zigaretten im Schaufenster! Das Größte

aber ist, dass man wieder Fahrradschläuche kaufen kann. Meine alten, auf denen ich seit Weihnachten 1939 fuhr, sind tausendmal geflickt, so dass ich die Freude am Radfahren lange verloren hatte.

Mittwoch, 30. Juni: Ernst A. Luhmann ist wieder da! Der alte Schulfreund, ein halbes Jahr älter als ich, war dreieinhalb Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft. Er steht zwischen uns wie einst, aber wir sind alle einen Kopf größer geworden, er nicht. Und dann hat er total verfaulte Zähne. Er hat im Kaukasus arbeiten müssen, aber er klagt nicht. Er war überall der Jüngste. Zur Schule kommt er nicht zurück; er müsste noch drei Jahre absolvieren, aber das will er sich nicht antun. Er wird in Kürze 20!

Mir sitzt ein Kloß im Hals, wenn ich daran denke, dass es uns allen so hätte gehen können.

Montag, 5. Juli: Dom-Weihe. Man hat die Wiederweihe nach Zerstörung und Wiederaufbau bewusst auf den Tag der ersten Weihe im Jahre 1166 gelegt. Der Erzbischof ist schon seit dem Vorabend in der Stadt. Der Dom ist zur Feier des Tages mit Girlanden geschmückt. Auf den Chorstufen stehen die Abordnungen der Vereine mit ihren Bannern und Fahnen. Alle freuen sich, dass auch das Umfeld einschließlich Propstei und Nikolaikapelle wiederhergerichtet ist.

Freitag, 23. Juli: Am Morgen machen die Belgier eine Parade in der Stadt. Ich gehe anschließend auf unseren Gartenacker hinter der Hammer Unterführung und wracke ein deutsches Panzerfahrzeug ab, das da schon seit Kriegsende liegt. Leider kriege ich die schwersten Teile nicht bewältigt, aber auch viele kleine Einzelteile bringen zusammen eine Menge Gewicht. Der Verkauf des Altmetalls, das plötzlich gefragt ist, bringt mehr ein als der Lohn einer Backstuben-Nachtschicht oder die vielen Nachhilfestunden, die ich inzwischen gebe. Aber Spaß macht die Arbeit am Panzer nicht.

Mittwoch, 28. Juli: Ich kaufe mir vom selbstverdienten Geld zwei Fahrradmäntel. Ein Festtag! Wie lange habe ich davon geträumt.

Dienstag, 3. August: Spatz Althöfer in Neuengeseke bietet Äpfel an, Klaus Ebel in Volbringen Zwetschen. Ich mache von beiden Offerten Gebrauch.

Montag, 1. November: Ich bewerbe mich schriftlich bei der „Westfalenpost“ um die Stelle eines Volontärs.

Donnerstag, 11. November: Ich hätte so viel anderes zu tun, aber ich muß zu Hause sechs Stunden lang Sauerkraut stampfen.

Mittwoch, 24. November: Vaters 50. Geburtstag. Zum Mittagessen gibt es Gänsebraten, den ersten meines Lebens. Am Abend kommt Vaters Vetter Heinrich Schäfer auf ein Glas Wein.

Montag, 6. Dezember: Unsere Krippenspiel-Arbeitsgemeinschaft lebt wieder auf. Wir werden das Spiel in diesem Jahr zum dritten Mal aufführen. In der Besetzung ändert sich kaum etwas. Ich bleibe der hundert Jahre alte Hirte.

Donnerstag, 30. Dezember: Letzte Nachtschicht dieses Jahres in der Bäckerei. Mir wird endgültig klar, dass ich mir diese strapaziöse Nebenbeschäftigung in den letzten Monaten vor dem Abitur nicht mehr leisten kann.

Freitag, 31. Dezember: Als Silvesteressen gibt es zu Hause endlich wieder Würst-

chen mit Kartoffelsalat. Wir begrüßen das Neue Jahr, das für uns so wichtig werden soll, mit Tänzen bis zum frühen Morgen.

1949

Dienstag, 11. Januar: Von den 19 Schülern unserer Klasse werden vier nicht zum Abitur zugelassen. Wir sind empört und protestieren. Aber es hilft nichts. Die Schule will zeigen, wie stark sie wieder ist.

Montag, 31. Januar: Heute beginnen die schriftlichen Abiturarbeiten. Am Anfang steht der deutsche Aufsatz. Ich habe ein gutes Gefühl.

Dienstag, 22. Februar: Vorstellung bei Chefredakteur Edmund Pesch von der „Westfalenpost“. Ich habe mich vorbereitet auf die Frage, warum ich Journalist werden will. Danach fragt er aber nicht. Stattdessen zeigt er mir stolz das Abiturzeugnis seiner Tochter Elisabeth, die gerade in Lippstadt ein „Pudding“-Abitur gemacht hat. In Deutsch hat sie eine Eins! Ob ich eingestellt werde, wird erst nach bestandenem Abitur entschieden. Aber ich habe das Gefühl, dass die Sache bereits klar ist.

Mittwoch, 2. März: Mündliches Abitur. Wir fünfzehn Schüler bilden drei Fünfer-Gruppen, die zu bestimmten Zeiten aufgerufen werden. Ich bin in der ersten Gruppe und komme am Vormittag dran. Wir müssen einzeln vor der Kommission Platz nehmen. Sie besteht aus unseren Lehrern, die in schwarzen Anzügen erscheinen, dem Oberschulrat Dr. Schulte aus Münster im grauen Anzug und dem Soester Bürgermeister Senator Dr. Hubertus Schwartz im feierlichen Gehrock mit gestreifter Hose. Wir sehen so was zum ersten Mal. Der Bürgermeister ist dabei, weil wir eine städtische Schule sind.

Donnerstag, 3. März: Während heute die beiden anderen Fünfer-Gruppen durchs Mündliche gehen, besuchen Werner Aleite, Helmut Bergmann und ich den Dampfwalzenfabrikanten Bernhard Ruthemeyer. Die beiden Freunde brauchen vor dem Studium Praktikantenstellen. Ruthemeyer sagt ihnen Plätze zu.

Dann schlägt er vor: „Wenn ihr für euren Abiturienten-Umzug nichts Besseres findet, könnt ihr eine Dampfwalze haben und damit durch die Stadt fahren – das hat noch nie einer gemacht, wär’ das nichts?“ Wir nehmen das Angebot an.

Freitag, 4. März: Von 16 bis 19 Uhr machen wir unseren Umzug durch die Stadt. Wir sitzen in schwarzen Mänteln und Zylindern auf einem land-



*Donnerstag, 3. März 1949:
Ausflug zum Dampfwalzenfabrikanten Ruthemeyer*



Freitag, 4. März 1949: Umzug durch die Stadt mit einer Dampfwalze

wirtschaftlichen Anhänger mit Gummirädern, der von einer fauchenden Dampfwalze durch die Stadt gezogen wird. Wir hatten gedacht, die Leute würden uns zujubeln, aber das tun sie nicht. Einige zeigen uns den Vogel, andere schütteln den Kopf.

Samstag, 5. März: Unseren offiziellen Abiturball sehen wir für den 26. März vor. Bis dahin kann unsere „Bierzeitung“ fertig sein, an der ich mitarbeite. Der Ball soll im Saal der „Loge“ stattfinden, zu unserer Zeit das „Haus der Jugend“. Vor zehn Jahren wurden wir hier ins Jungvolk aufgenommen und kriegten den „Dolch“ überreicht, das Fahrtenmesser der Hitlerjugend. Nun spielt das alles keine Rolle mehr. Unser Damen wollen in langen Kleidern erscheinen.

Mittwoch, 30. März: Heute werde ich Minister a. D. Dr. Otto Boelitz vorgestellt, dem obersten Chef der „Westfalenpost“. Er sitzt in der Paulistraße unter einem Gemälde, das ihn in Lebensgröße zeigt. Chefredakteur Pesch präsentiert mich mit freundlichen Worten. Boelitz war Gymnasialdirektor. Er interessiert sich für meine Deutsch-Zensur, findet sie „schwach“ und legt mir nachdrücklich nahe, sofort Steno und Schreibmaschine zu lernen: „Ohne Stenografie werden Sie nie ein guter Journalist!“

Freitag, 1. April: Beginn meines Volontariats, der erste Tag in der Redaktion der „Westfalenpost“. Chefredakteur Pesch bringt mich in die Lokalredaktion im Parterre des Hauses Jakobstraße 46 zum Lokalchef Clemens Herbermann, einem 1,95-Meter-Mann von 39 Jahren. Er weist mir den freien Schreibtischplatz ihm ge-

genüber an. Die beiden ersten Stunden gehen damit drauf, dass er ausführlich aus der russischen Gefangenschaft erzählt, aus der er gerade zurückgekommen ist. Danach erfahre ich, dass die „Westfalenpost“ unter der Devise „Für demokratischen Aufbau in christlichem Geist“ erscheint. Sie vertritt also die Linie der CDU. Eine Mitgliedschaft wird aber nicht erwartet. Dann schickt der Lokalchef mich zum Wochenmarkt. Ich soll einen Zehn-Zeilen-Bericht über das aktuelle Angebot machen. Der Bericht über die Eierpreise wird die erste Veröffentlichung meines Lebens.

Mittwoch, 6. April: Meine täglichen Anlaufstellen heißen jetzt Rathaus mit Verkehrsamt und Einwohnermeldeamt, Polizei, Kreishandwerkerschaft, Arbeitsamt. Schon beim zweiten Besuch werde ich als „der von der WP“ wiedererkannt.

Samstag, 9. April: Mit dem Fahrrad nach Niederense, wo der Erzbischof das neue Himmelpforten einweiht. Das alte war ein Opfer der Zerstörung der Möhnetalsperre am 17. Mai 1943. Das Kloster war von der gewaltigen Wasserwelle binnen einer Minute weggeschwemmt worden. Die Weihe der neuen Kirche dauert Stunden. Mein Bericht darf nur 60 Zeilen lang sein. Die Zeitung erscheint nur zweimal in der Woche mit vier Seiten, da muss man sich mit allem kurzfassen.

Sonntag, 1. Mai: Heute beginnt mit Beethovens 9. Sinfonie die „Handwerks- und Kulturwoche“, die erste große öffentliche Veranstaltung in Soest seit dem Kriegsende. Sie soll die Leistung des Handwerks beim Wiederaufbau beleuchten. Die Kulturereignisse sind handwerklich gefärbt. Es gibt die Oper „Zar und Zimmermann“ und das Schauspiel „Schneider Wibbel“. Für diese Kulturbeiträge setzt Herbermann unseren Mitarbeiter Erwin Sylvanus ein, den „Poeta laureatus susatensis“. Als Soester Dichter kennt er sich am besten aus. Ich muss über einen „Blauen Montag“ und den ersten Festzug nach dem Krieg berichten. Nach den vielen Aufmärschen und Festzügen, die wir früher mitgemacht haben, kann ich mir gar nicht vorstellen, dass das was wird.

Freitag, 8. Juli: Richtfest der LVA-Siedlung. Der Wohnungsbau fängt an.

Sonntag, 7. August: Volksfest im O-Lager, wo die Schlesier noch immer unter unwürdigen Umständen hausen müssen. Sangesbruder Hermann Püschel, ein schlesischer Kolonialwaren-Händler, macht mich mit vielen Landsleuten bekannt. Dass die WP zu den Schlesiern kommt und über ihre Sorgen berichten will, finden alle gut.

Sonntag, 14. August: Wahl zum Deutschen Bundestag. Für uns zieht der Sauerländer Heinrich Lübke, ein weißhaariger Düsseldorfer Landesminister, ins Parlament. Unser Freund Ernst Majonica jun., der gerne kandidiert hätte, wurde von Konrad Adenauer zurückgewiesen, weil er seinen Assessor noch nicht hat.

Mittwoch, 24. August: Die Presse ist eingeladen zur Jungfernfahrt des „Fliegenden Soester“. Der erste Omnibus nach dem Krieg wurde von der Firma Hermessen beschafft. Die Fahrt geht ins Sauerland. In Grevenstein besichtigen wir die Veltins-Brauerei.

Donnerstag, 25. August: Heute besuchte uns der Dichter Werner Bergengruen in der Redaktion. Er will sich mit einem Beitrag über Soest an einem Journalistenwettbewerb beteiligen, den das Kulturamt ausgeschrieben hat.

Freitag, 2. September: Ich werde von der Chefredaktion nach Bochum zum Katholikentag geschickt, von wo ich ausführlich über das Pontifikalamt in der Ruine



Mittwoch, 24. August 1949: Der erste Omnibus nach dem Krieg von der Firma Hermessen

der großen Stahlhalle berichten soll. Mein Bericht soll auf die erste politische Seite. Für die Fahrt nach Bochum setzt die WP einen Wagen mit Fahrer ein. Der rese-dagrüne „Volkswagen-Export“ ist der erste, der nach Soest geliefert wurde. Seine Beschaffung hat damit zu tun, dass die WP auf tägliches Erscheinen umstellt. Mit einer umfangreicheren Zeitung, die werktäglich erscheint, soll ein Bollwerk gegen die Heimatzeitungen aufgebaut werden. Sie werden wahrscheinlich alle wieder erscheinen, weil die neue Bundesrepublik Pressefreiheit gewährt. Mit dem Lizenz-zwang ist es dann aus.

Samstag, 1. Oktober: In der Zeitung erscheint meine erste Serie. Sie behandelt das Wirken der „KZ-Bande“, die sich den Amerikanern angedient hatte. Während die Bande tätig war, gab es keine Zeitungen, so dass man auf Gerüchte angewiesen war. Jetzt kann ich mich auf die Prozessakten des Verteidigers Dr. Artur Sträter stützen. Die Serie schlägt wie eine Bombe ein und wird von fast allen Nachbarausgaben nachgedruckt.

Donnerstag, 1. Dezember: Der Anzeiger ist wieder da! Weil die alte Heimatzeitung während des Dritten Reichs weiter erscheinen durfte, bekam sie nach dem Krieg von der Militärregierung keine Lizenz. Der Verlag W. Jahn konnte aber weiterexistieren, weil er seinen kompletten Betrieb einschließlich des technischen Personals

an die Lizenzzeitung „Westfalenpost“ verpachten durfte. Dieses Verhältnis muss jetzt beendet werden. Jahn braucht seinen Betrieb für die eigene Zeitung, die „Westfalenpost“ muss wegen der Konkurrenzsituation den Komplex zwischen Jakobstraße und Höggenstraße verlassen. Unsere Lokalredaktion zieht in die Puppenstraße um, wo wir uns drei Räume mit der Geschäftsstelle der neuen Partei CDU teilen.

Anmerkungen

Anmerkungen zu 1945: Öffentliches Leben, insbesondere geselliges Miteinander, findet nach dem Ende der kriegserischen Ereignisse nicht statt. Tränen müssen geweint, Wunden geleckt und Sünden der Vergangenheit „verdaut“ werden, und das geschieht auch.

Der allgemeine Stillstand des öffentlichen Lebens geht auch auf Einschränkungen der Militärregierung zurück. Durch Ausgehverbote und Sperrstunden sichert sich die Besatzungsmacht Ruhe auf den Straßen.

Schließlich wirkt sich aus, dass alte Autoritäten abgetreten sind (durch Tod, Freitod, Gefangenschaft, Internierung, Untertauchen). Neue Autoritäten stehen noch in den Kulissen. 1945 orientiert man sich – wenn überhaupt – an einzelnen Geistlichen, an Bürgermeister Franz Becker und an Oberkreisdirektor August Günter. Als Persönlichkeiten werden auch Senator Dr. Hubertus Schwartz und Superintendent Adolf Clarenbach wahrgenommen.

Kulturelle Aktivitäten können sich wegen allgemeiner Veranstaltungsverbote und des Wegfalls von Veranstaltungsräumen (Zerstörung, Beschädigung, Beschlagnahmen) nicht entwickeln.

Unter der Sperrstundenregelung leidet auch das Kino.

Anmerkungen zu 1946: Im zweiten Nachkriegsjahr wacht das gesellige Leben wieder auf. Das ist vor dem Hintergrund der Wiedereröffnung der Schulen (19.2.) und dem Erscheinen der ersten Nachkriegszeitung (26.4.) zu sehen. Der Wunsch nach Sozialkontakten findet auch Ausdruck in den vielen Tanzkursen, die von nun an stattfinden. Eine Rolle spielt auch die Lockerung der Vereins- und Veranstaltungsverbote. Chöre und Gesangsvereine finden starken Zulauf.

Anmerkungen zu 1947: Das gesellschaftliche Leben kommt in Gang. Wanderbühnen beleben die Kulturszene. Zu sehen sind „Nathan der Weise“ (16.1.), „Rose Bernd“ (20.3.), „Donna Diana“ (10.4.), „Jedermann“ (19.5.), „Ein Inspektor kommt“ (18.9.), „Maria Stuart“ (9.10.), „Pygmalion“ (6.11.) und „Lilofee“ (15.12.).

Konzertveranstalter warten u.a. mit Bachs „Johannespassion“ auf (13.11.). Die Gründung eines Streichquartetts führt zu einem großen Angebot von Kammerkonzerten. Verzeichnet sind aber auch Sinfoniekonzerte, Solistenauftritte und Angebote heimischer Chöre („Frohsinn“ 27.11.). Im Kino gibt es die alten Filme „Der weiße Traum“ und „Das Bad auf der Tenne“, aber nun auch schon den ersten Nachkriegsfilm: „In jenen Tagen“ (3.10.).

Anmerkungen zu 1948: Das öffentliche Leben bekommt seinen stärksten Impuls durch die Währungsreform. Allenthalben sind Aufschwünge zu spüren. Viele Sorgen existieren nun nicht mehr. Im gesellschaftlichen Leben gewinnen Vereine zunehmend an Bedeutung. Tanzen spielt eine größere Rolle als Essen und Trinken.

Aufschwung gibt es auch im Kulturbereich. Das aktuelle Theater wartet auf mit „Wir sind noch einmal davongekommen“ mit Elisabeth Flickenschild (17.4.). Höhepunkte des Musiklebens sind Bruckners „Große Messe“ in f-Moll (24.3.), „Der Messias“ (5.5.) und Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“ (18.10.), eine Opernproduktion der Soester Kunstringbühne.

Anmerkungen zu 1949: Mit dem Jahresende endet die Schul- und Ausbildungszeit des Tagebuch-Autors. Noch nicht beendet ist die Nachkriegszeit. Auch sein Tagebuch führt der Autor weiter. Allerdings erfasst es nicht mehr Ereignisse in Soest, da die beruflichen Lehr- und Wanderjahre beginnen. Sie führen zunächst durch die Redaktionen der WP in Siegen und Betzdorf, Altenhundem und Olpe und später zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn.

Die Tagebuchnotizen werden in den 1980er Jahren in Büchern verarbeitet, u. a. in „Der Kreis Soest“, „Soest im Krieg“, „Das neue Soest“, „Das große Morgenrot“, „Soest im Fadenkreuz“ und „Sind Sie Rheinländer?“.

Abbildungsnachweis

Bonifatius-Verlag Paderborn, Der Dom, Jg. 8, Nr. 36 (1953): 313

CDU-Kreisgeschäftsstelle Soest: 154, 167

Ev. Kirchengemeinde St. Petri-Pauli Soest, Nachlass Herbert Ehring: 34, 36 links

Heimatkalender des Kreises Soest 1952: 91

Kreisarchiv Soest: 74

Friedrich Wilhelm Landwehr: 68, 106, 107, 117, 118, 119 oben und unten rechts, 120, 122, 124

Privatarchiv Familie von Nell-Breuning / Michael Böhles: 320

Privatbesitz: 22, 27 oben rechts, 271, 283, 290, 320, 349, 364, 366, 369, 372

Soester Anzeiger: 193

Stadtarchiv Lippstadt, Nachlass Nies: 48, 300, 319, 325, 344

Stadtarchiv Mönchengladbach: 246, 259

Stadtarchiv Soest: Titelbild, 11, 14, 31, 32, 36 rechts, 39, 40, 42, 53, 59, 69, 76, 81, 112, 119 links oben, links Mitte, links unten, rechts Mitte, 127, 134, 135, 139, 140, 143, 144, 156, 157, 174, 179, 183, 188, 200, 208, 212, 230, 233, 236, 240, 241, 263 oben, 264, 297, 299, 305, 310, 322, 323, 330, 331, 341

Stadtwerke Soest: 13, 19, 21, 25, 27 oben links, unten rechts

Carl H. Torley: 258

Westfälische Landeszeitung Rote Erde: 263 unten

Westfalenpost, Foto Reinhard Pöschel: 265

Anschriften der Autoren

Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Becker, Nötten-Brüder-Wallstr. 7, 59494 Soest

Hans Rudolf Hartung, Kohlbrink 5, 59494 Soest

Martin Hucklebrink, Klusenerweg 32a, 59494 Soest

Dr. Gerhard Köhn (†)

Dr.-Ing. Friedrich Wilhelm Landwehr, Kohlbrink 7, 59494 Soest

Dr. Ulrich Lör, Kleine Helle 1, 59494 Soest

Ilse Maas-Steinhoff, Nottebohmweg 23, 59494 Soest

Guido Niermann, Thomästr. 85, 59494 Soest

Dipl.-Ing. Jürgen Peters, Terlindenweg 1, 59494 Soest

Bernd-Heiner Röger, Vor dem Schonekindtor 15, 59494 Soest

Dr. Michael Römmling, Thomästr. 35, 59494 Soest

Ulrike Sasse-Voswinckel, Steingraben 3, 59494 Soest

Dr. Wolfgang Stelbrink, Elisabeth-Rathus-Weg 19, 59494 Soest

